

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Freitag, 20. Februar 2026 · Nr. 43/8 D1

HERAUSGEGEBEN VON GERALD BRAUNBERGER, JÜRGEN KAUBE, CARSTEN KNOP, BERTHOLD KOHLER

4,10 € F.A.Z. im Internet: faz.net

König Charles' Bruder Andrew festgenommen

Lt. LONDON. Der britische König Charles hat mit „tiefster Besorgnis“ auf die Festnahme seines jüngeren Bruders Andrew Mountbatten-Windsor reagiert und festgestellt, niemand stehe über dem Gesetz. Die Polizei ermittelt gegen den ehemaligen Prinzen, der am Donnerstag seinen 66. Geburtstag hatte, wegen des Verdachts auf „Fehlverhalten in einem öffentlichen Amt“. Die jüngsten Veröffentlichungen aus den Ermittlungsakten gegen den amerikanischen Finanzier und Sexualtäter Jeffrey Epstein enthalten Hinweise, wonach Mountbatten-Windsor vor mehr als eineinhalb Jahrzehnten an Epstein Interna aus seiner Tätigkeit als britischer Handelsbotschafter weitergegeben haben soll. Die ermittelnde Polizeibehörde nahm den ehemaligen Prinzen am Donnerstagmorgen in Norfolk in Gewahrsam, wo er innerhalb des königlichen Anwesens Sandringham eine Unterkunft bezogen hat. Das dortige Domizil und sein früherer Wohnort Royal Lodge bei Windsor wurden durchsucht. Neben den Ermittlungen, die jetzt zu seiner Festnahme führten, laufen weitere Voruntersuchungen gegen den früheren Herzog von York. So prüft dieselbe Polizeibehörde den Verdacht des Menschenhandels. *(Siehe Deutschland und die Welt.)*

Weil sich die Schule ändern muss

Mehr Mittel für Bildungsbauten fordert der Bund Deutscher Architekten. Ein Neubau zeigt, wie das Geld gut angelegt wird. **Feuilleton, Seite 13**

Nur eine deutsche Partei?

Weil der Staat als handlungsunfähig erlebt wird, sind immer mehr Menschen offen für autoritäre Ideen. **Politik, Seite 2**

Magisches Denken

Warum reden rationale Menschen so schwärmerisch über Künstliche Intelligenz wie Anhänger einer Religion? **Feuilleton, Seite 11**

Gestank bis zum Himmel

Ein Abwasserrohr zerbarst im Januar in Washington. Der Schaden ist nicht behoben. Jetzt macht Trump Dampf. **Wirtschaft, Seite 24**

Olympia auf der Baustelle

Die Winterspiele bieten Bilder von perfekten Sportstätten. Was aber sieht und erlebt man aus der Nähe? **Sport, Seite 36**

Umbau von Kirchen

Evangelische und katholische Kirche veräußern immer wieder Immobilien. Das bietet Raum für die Stadtentwicklung. **Immobilien, Seite 23**

Briefe an die Herausgeber, Seite 24

Lebenslange Haft für Yoon

stah. PEKING. Südkoreas früherer Präsident Yoon Suk-yeol ist wegen der Ausrafung des Kriegsrechts Anfang Dezember 2024 zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Das Gericht in Seoul befand ihn am Donnerstag für schuldig, Anführer eines Aufstands gewesen zu sein. Yoon habe Soldaten zum Parlamentsgebäude entsandt, um seine politischen Gegner zum Schweigen zu bringen, sagte der Vorsitzende Richter Ji Gwi-yeon. Die Staatsanwaltschaft hatte die Todesstrafe für Yoon gefordert. Auch weitere Beteiligte wurden am Donnerstag zu langen Haftstrafen verurteilt. *(Siehe Seite 6.)*

Die Kunst, ein großer Friedrich zu sein



Friedrich II. und Friedrich Merz – Der „Alte Fritz“, hier als Gipsbüste der Königlichen Porzellan-Manufaktur Berlin, verstand sich selbst als „erster Diener des Staates“. Welches Selbstverständnis hat sein Namensvetter Merz? In seiner ersten Rede als Kanzler versprach der CDU-Politiker, er

werde die Verantwortung des Amtes mit Demut, aber auch „mit Entschlossenheit und mit Zuversicht“ angehen. Wie gut ist ihm das gelungen? Bevor der CDU-Parteitag von diesem Freitag an eine Antwort darauf gibt, haben wir vier Parteifreunde befragt. **Seiten 3 und 25**

Foto Andreas Pein

CDU-Politiker fordern von Merz weitere Reformen

Koch: Können mit derzeitiger Lage nicht zufrieden sein / Prien wirbt um Geduld

elo./mawy. BERLIN. Vor dem Bundesparteitag der CDU, der an diesem Freitag in Stuttgart eröffnet wird, haben sich mehrere Politiker der Partei hinter den Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Friedrich Merz, gestellt. Sie verbanden das jedoch mit der Erwartung von Reformen. „Merz ist genau der richtige Kanzler zur richtigen Zeit“, sagte CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann der F.A.Z. Er gestand aber Probleme ein: „Die hohe Verschuldung nach der Bundestagswahl hängt uns bis heute nach“, sagte er. „Deshalb müssen die notwendigen Reformen jetzt konsequent umgesetzt werden.“ Erste Schritte seien getan. „Unser Ziel muss es sein, durch harte Arbeit und gute, sichtbare Ergebnisse Vertrauen zurückzugewinnen.“

Der langjährige Vertraute von Merz und frühere hessische Ministerpräsident Roland Koch bezeichnete die CDU als Heimat für Friedrich Merz. Und fügte hinzu: „Der Satz Angela Merkels über die CDU, sie sei ‚die Partei, der ich nahesteh‘, wäre Merz niemals über die Lippen gekommen.“ Koch sagte aber auch: „Ein Christdemokrat kann doch auch mit der aktuellen Situation nicht wirklich zufrieden sein.“ Es passiere „natürlich“ nicht genug mit Blick auf die Reformvorhaben. Schuld daran seien aber die Sozialdemokraten: „Wir haben uns nach der Bundestagswahl über die strategische Leitentcheidung der SPD getäuscht“, so Koch. „Die meisten Christdemokraten waren der Auffassung, dass der Korridor bei der SPD im Interesse des Landes größer ist.“

Die stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Karin Prien warb um Geduld. „Manche sind nach der Rückkehr der CDU ins Kanzleramt enttäuscht, dass ihre Vorstellungen sich noch nicht von jetzt auf gleich verwirklicht haben“, sagte die Ministerin für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend. „Ich bin das nicht.“ Merz sei ein klassischer Mitte-Politiker, der sich klar geltenden demokratischen Verfahren verpflichtet fühle, so mühsam es manchmal sein möge. „Manche hätten es gern disruptiver, auch in unserer Partei.“

Am Freitagnachmittag soll Merz zum ersten Mal als Kanzler im Parteivorsitz bestätigt werden. Zuletzt hatte er 2024 knapp 90 Prozent als Vorsitzender erhalten. *(Siehe Seiten 3 und 10.)*

Missbrauchsopfer häufig nicht entschädigt

Beauftragte Claus: Staat meldet viele Fälle nicht / Ansprüche aus Unfallversicherung

oll. BERLIN. Die Unabhängige Bundesbeauftragte gegen sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen (UBSKM), Kerstin Claus, hat alle Kitas und Schulen in staatlicher wie privater Trägerschaft dazu aufgefordert, ihrer Meldepflicht von sexualisierter Gewalt in den Einrichtungen nachzukommen. Offenbar wissen noch zu wenige Einrichtungen davon, dass sie derartige Vorfälle melden müssen. „Es geht mir um staatliche Verantwortung“, sagt Claus der F.A.Z.

Sie plädiert dafür, sämtliche Schülerakten bis zum hundertsten Geburtstag aufzubewahren. Außerdem fordert sie alle Bundesländer dazu auf, verpflichtende schulische Schutzkonzepte gesetzlich zu verankern. Bisher gibt es gesetzliche Regelungen in Berlin, Brandenburg, Hessen,

Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, dem Saarland und Schleswig-Holstein. Untergesetzliche Regelungen gelten in Baden-Württemberg, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Thüringen. Dort werden die Schulen angehalten, selbst Schutzkonzepte zu entwickeln. Völlig ohne Verpflichtung zu einem Schutzkonzept gegen sexualisierte Gewalt sind das Flächenland Bayern, Bremen, Hamburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt. „Ich erwarte jetzt einen konsequenten Umgang mit der Vergangenheit, aber auch für die Zukunft“, sagt Claus.

Die Unfallkasse in Nordrhein-Westfalen hat im Jahr 2025 insgesamt 138 Meldungen aus Schulen, Kitas und Berufsschulen erhalten, rund 5400 Schulen gibt es im Land. Unter den Meldungen konn-

ten 79 Fälle sexualisierter Gewalt als Arbeitsunfälle anerkannt werden, 25 sind in der Bearbeitung, 34 erfüllten nicht die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Anerkennung. Die Unfallkassen gewähren nicht nur Rehabilitationsmaßnahmen, sondern in bestimmten schweren Fällen auch vorübergehende oder dauerhafte Renten. Nordrhein-Westfalens Schulministerin Dorothee Feller (CDU), die auch die unionsregierten Länder in der Bildungsministerkonferenz koordiniert, sagte der F.A.Z., sie werde den Hinweis der USBKM aufgreifen und ihn in der Bildungsministerkonferenz zur Sprache bringen. „Mein Ziel ist, dass Missbrauchsopfer überall in Deutschland sämtliche Leistungen bekommen, die ihnen zustehen“, so Feller. *(Siehe Seite 2.)*

Nordische Kombinierer verpassen Medaille

F.A.Z. TESERO. Die nordischen Kombinierer haben auch im letzten Rennen bei den Olympischen Spielen eine Medaille knapp verpasst. Im Teamsprint waren Johannes Rydzek und Vincenz Geiger nach dem Springen führend in den abschließenden Langlauf gegangen. Nachdem Geiger kurz vor dem Ende gestürzt war, beendete das deutsche Duo den Wettkampf auf Platz fünf. Damit sind die Kombinierer erstmals seit 1998 bei Olympischen Spielen ohne Medaille geblieben. Beim ersten Olympia-Wettbewerb im Skibergsteigen wurde Tatjana Paßler Vierte. *(Siehe Sport.)*

Wer stürzt über Andrew?

Von Johannes Leithäuser

Die Festnahme Andrew Mountbatten-Windsors fügt dem Ansehen der britischen Monarchie einen schweren Schaden zu; existenzbedrohend aber ist sie für den gegenwärtigen Premierminister Sir Keir Starmer. Denn der frühere Prinz Andrew wurde ja nicht wegen seiner – von ihm noch immer bestrittenen – sexuellen Begegnungen mit minderjährigen Gespielinnen in Gewahrsam genommen, die ihm der amerikanische Finanzier und Bösewicht Jeffrey Epstein zuführte. Vielmehr interessierte sich die Polizei für Hinweise, dass Andrew einst in seiner Mission als Handelsbotschafter Ihrer Majestät interne Dokumente umstandslos an seinen amerikanischen Freund weitergab.

Deswegen gerät nun vor allem Starmers Labour-Regierung in Gefahr. Denn der gleiche Tatvorwurf trifft Peter Mandelson, der ausweislich der Epstein-Akten noch viel gravierendere Interna in Textnachrichten über den Atlantik sandte und der damals sogar den Status eines Ministers innehatte. Diese Details waren zwar noch unter Verschluss, als Starmer vor rund

einem Jahr darauf beharrte, Mandelson müsse Botschafter am Hof des amerikanischen Präsidenten Trump werden. Trotzdem wird der ohnehin angeschlagene Premierminister dessen mögliche Verurteilung kaum überleben, auch wenn er zuletzt darauf gedrungen hat, dass sein einstiger Parteifreund sowohl die Partei als auch das Oberhaus verlässt und die damit verbundene Peerswürde abgibt.

Das Staatsoberhaupt, König Charles III., hat dem eigenen Bruder schon Monate zuvor rigoros alle Titel und Ehren abgenommen. Dass der König nun in einer knappen Stellungnahme quasi schulterzuckend festgestellt hat, es stehe niemand über dem Gesetz, lässt sich als panischer Distanzierungsversuch begreifen. Wahrscheinlicher aber ist, dass diese Härte des erkrankten Monarchen das Ansehen seines Hauses am Ende stabilisiert. Charles emanzipiert sich damit auch von seiner Mutter Elisabeth II., die seit jeher um die Schwächen ihres zweiten Sohnes wusste, aber nie das Herz hatte, ihn aus dem Rampenlicht zu ziehen.

Die Berlinale muss sich verwandeln

Von Andreas Kilb

Es ist wieder passiert. Und es kann weiter passieren. Auch dieses Jahr haben die Gegner des israelischen Vorgehens im Gazastreifen die Berlinale für ihre Kampagne gekapert. Weil der Jurypräsident Wim Wenders auf die Frage eines Journalisten, wie sich das Festival zum „Genozid“ in Gaza verhalte, die Unabhängigkeit des Kinos von der Politik verteidigte, sagt die indische Schriftstellerin Arundhati Roy einen geplanten Auftritt ab. Und als die Berlinale-Intendantin Tricia Tuttle ihre Jury mit einem Statement in Schutz nahm, reagierten mehr als achtzig Filmschaffende mit einem offenen Brief, der die angebliche Einschränkung der Meinungsfreiheit auf dem Festival anprangerte.

So dreht sich das Empörungskarussell immer weiter. Die Filmfestspiele können wenig dagegen tun, denn ihre Selbstdarstellung als politisches, seit seinen Anfängen im Kalten Krieg für Demokratie und Freiheit einsteheendes Festival gehört zu ihrem Markenkern. Ganz ungelegen kommt die öffentliche Aufregung wohl auch nicht, denn sie lenkt das Scheinwerferlicht der Medien auf ein Ereignis, das im Vergleich zur Konkurrenz an Glamour und Bedeutung eingeblüßt hat. Die Frage ist, was davon übrig bleibt, wenn sich der Meinungsqualm verzogen hat.

In den letzten Jahren ist die strukturelle Schwäche der Berlinale im Vergleich zu den beiden anderen Weltfilmfestivals immer stärker zutage getreten. In der medialen Wahrnehmung fallen die Filmfestspiele hinter Cannes und Venedig zurück. Dasselbe gilt für den Marktwert des Goldenen Bären und der anderen Auszeichnungen, die in Berlin verliehen werden. Bei den Oscars wie an den Kinokassen spielen Filme, die auf der Berlinale gelaufen und prämiert worden sind, so gut wie keine Rolle. Dabei zeigt das Festival mit seinen vielen Nebenreihen eine unschlagbar hohe Zahl an Beiträgen, in diesem Jahr an die dreihundert. Sein Problem liegt nicht in der Breite. Es liegt in der Spitze.

Der Wettbewerb der Berlinale, ihr eigentliches Schaufenster, kann mit dem Angebot in Venedig und Cannes seit Langem nicht mehr mithalten. Auch das Angebot an Stars, die über den roten Teppich laufen, ist in Berlin deutlich schmäler als am Lido oder an der Croisette. Nun könnte man sagen, die Filmkunst sei auf derlei Oberflächeglanz nicht angewiesen. Aber im Kino gehören Starrummel und filmische Höhepunkte zusammen. Und mit der Kunst ist es in Berlin auch nicht eben weit her – nur etwa die Hälfte der Beiträge im Hauptprogramm erreicht das Niveau, das man bei einem so wichtigen Festival erwarten kann.

Manche der Faktoren, unter denen die Berlinale leidet, kann sie kaum

beeinflussen. Berlin liegt nun einmal nicht unter Palmen am Strand, und der deutsche Winter ist keine gute Zeit für Fotoshootings im Freien. Aber auch die Aura eines Winterfestivals kann reizvoll sein. Allerdings hängt sie entscheidend von der Umgebung ab. Seit fünfundzwanzig Jahren wohnt die Berlinale im Musicaltheater am Potsdamer Platz zur Miete. In dieser Zeit hat die Strahlkraft des gesamten Viertels stark abgenommen, und auch der Bau von Renzo Piano hat seine besten Tage hinter sich. Die Filmfestspiele können hier auf Dauer nicht bleiben, und das bedeutet, dass der Kulturstaatsminister, der ihren Etat mit zwölf Millionen Euro jährlich bezuschusst, sich etwas einfallen lassen muss.

Der Bund sorgt für die Filmfestspiele. Für ihre Zukunft sollte er sich etwas einfallen lassen.

Gleichzeitig sucht die Bundesregierung seit Jahren nach einem Standort und der Finanzierung für einen Neubau, um die Deutsche Kinemathek, ihr Filmmuseum und ihr Archiv (zu dem der Nachlass von Marlene Dietrich gehört) unterzubringen, die aus dem Sony-Center gegenüber der jetzigen Festivalmeile ausziehen mussten. Man brauchte nur zwei und zwei zusammenzuzählen, um eine Lösung für beide Probleme zu finden. Der Bund könnte den Piano-Bau kaufen und entsprechend umrüsten, damit Festival, Museum und Kinemathek gemeinsam dort unterkommen können.

Oder er könnte, besser noch, ein völlig neues Gebäude in Auftrag geben, das als Archiv, Kinomuseum und Festivalpalast das ganze Jahr über in Betrieb wäre und den Ruf Berlins als Filmmetropole stärken würde. Freiflächen für ein solches Vorhaben gibt es selbst mitten in der Hauptstadt noch genug. Die Berlinale würde damit nur nachholen, was ihre Konkurrenten lange erreicht haben, denn Cannes und Venedig haben vom Staat schon in den Achtziger- und Neunzigerjahren neue Spielstätten bekommen. Wenn Wolfram Weimer auf der Suche nach einem Projekt ist, mit dem er seine kulturpolitische Durchschlagskraft beweisen könnte: Hier ist es.

Bis dahin bleibt die Berlinale ein Festival im Übergang, ein Kultur-Event, das wie das wiedervereinigte Deutschland noch nicht richtig in der Gegenwart angekommen ist. Sie ist längst nicht so schlecht wie ihr Ruf, und das hauptstädtische Publikum liebt sie. Aber sie könnte noch viel mehr. Was zu beweisen wäre.



4 190295 404105 5 0 0 0 8

Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH; Kundenservice: (069) 75 91 - 10 00, Telefax: (069) 75 91 - 21 80 oder www.faz.net/meinabo. Briefe an die Herausgeber: leserbriefe@faz.de
Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Österreich, Niederlande, Portugal (Cont.), Spanien 4,90 € / Kanaren, Balearen 5,10 € / Schweiz 5,90 sfrs

Viele Deutsche sind offen für autoritäre Ideen

Eine Mehrheit hat den Eindruck, mit der Demokratie gehe es bergab. Ein Drittel befürwortet eine Einparteienherrschaft.

Von Friederike Haupt, Berlin

Nur ein knappes Viertel der Deutschen nimmt gesellschaftlichen Wandel als Chance wahr. Drei Viertel stehen ihm dagegen ambivalent gegenüber oder sehen ihn sogar äußerst kritisch. Das geht aus dem Deutschland-Monitor hervor, einer repräsentativen Studie, die die Stimmung der Deutschen untersucht. Sie wird von der Ostbeauftragten der Bundesregierung, Elisabeth Kaiser (SPD) gefördert. Während Kaiser bei der Vorstellung der Studie am Donnerstag in Berlin betonte, dass das Ergebnis besage, dass die Menschen im Land nicht generell veränderungsmüde seien, legen die Zahlen eine große Erschöpfung der Menschen nahe. Das hat auch damit zu tun, unter welchen Voraussetzungen sie Veränderungen akzeptieren.

Die Forscher kamen zu dem Ergebnis, dass politische Entscheidungen eher dann akzeptiert würden, wenn die Entscheidungen nachvollziehbar seien und transparent kommuniziert würden. Der Staat müsse als handlungsfähig und gestaltend erlebt werden. Viele Menschen haben den Eindruck, das sei nicht der Fall, und neigen daher autoritären Ideen zu. Zwar sind fast alle abstrakt der Überzeugung, dass die Demokratie die beste Staatsform sei. Der Aussage, dass „unter bestimmten Umständen“ eine Diktatur besser sei, stimmen bundesweit nur vier Prozent der Befragten zu. Aber mit dem „Funktionieren der Demokratie“ sind den Ergebnissen zufolge bundesweit nur 60 Prozent zufrieden, in Ostdeutschland sogar nur 51 Prozent. Insgesamt sehen 71 Prozent eher eine negative Entwicklung der Demokratie in Deutschland.

Indirekte Fragen der Forscher zeigen aus ihrer Sicht den „Graubereich“, wo autoritäre Ideen durchaus Anklang finden.

Dass „politische Entscheidungen von einer starken Führungspersönlichkeit getroffen werden sollten“, ohne Rücksicht auf ein gewähltes Parlament, unterstützt bundesweit gut jeder Zehnte. Weitere 21 Prozent beziehen hierzu keine eindeutige Position. Mit 68 Prozent lehnen etwas mehr als zwei Drittel eine Führung ohne Beachtung von Parlament und Gewaltenteilung ab. Noch auffälliger ist das Meinungsbild zur Aussage, Deutschland brauche jetzt „eine einzige starke Partei, die den Willen des Volkes insgesamt verkörpert“. Eine solche Einparteienherrschaft befürworten 31 Prozent der Deutschen, 25 Prozent zeigen sich unentschieden, und nur 45 Prozent lehnen sie ab. Unter den westdeutschen Befragten war die Ableh-

nung deutlich größer (47 Prozent) als unter den ostdeutschen (39 Prozent).

Der Politikwissenschaftler Everhard Holtmann vom Zentrum für Sozialforschung in Halle betonte, dass es wichtig sei, die Antworten nicht nur nach Ost und West zu sortieren; aufschlussreich sei auch, wie sich die Einschätzungen von Deutschen in prosperierenden und in strukturschwachen Regionen unterscheiden. Deshalb wurde die repräsentative Befragung um eine regionale Vertiefungsstudie ergänzt. Dafür befragten die Forscher Menschen in je drei prosperierenden Landkreisen in Ost und West und in je drei strukturschwachen. Dabei zeigte sich: In prosperierenden Regionen in West und Ost nähern sich die Einstellun-

gen stark an. Unterschiede werden in ärmeren Gegenden deutlicher. So stimmten in prosperierenden Teilen von West- und Ostdeutschland je nur vier Prozent diktatorischen Aussagen zu. Die Ablehnung war im Osten sogar mit 79 Prozent etwas höher als im Westen mit 76 Prozent. Dagegen zeigte sich in Ostregionen mit niedriger Prosperität eine deutlich höhere Zustimmung und ein großer Graubereich; nur 67 Prozent lehnten diktatorische Aussagen klar ab.

Die Studie sieht den Grund dafür in Gefühlen; unter anderem dem, benachteiligt zu sein, und der Angst vor Statusverlust. Kaiser sagte, für diese Ängste, darunter auch die Sorge, „den mühsam aufgebauten, bescheidenen Wohlstand

wieder zu verlieren“, seien auch Abwertungserfahrungen seit den Neunzigerjahren ursächlich. Dazu komme die „nach wie vor zu geringe Repräsentation Ostdeutscher in nahezu allen Bereichen“.

Auffällig ist dabei – wie auch in vergleichbaren Studien – ein Unterschied in der Beurteilung der eigenen Situation und der allgemeinen. So fällt die persönliche, also auf das eigene Leben bezogene Wiedervereinigungsbilanz der Deutschen mehrheitlich positiv aus, wobei es im Westen mit 62 Prozent weniger so empfinden als im Osten, wo 73 Prozent es so sehen. Aber der Anteil der Ostdeutschen, die eher Nachteile der Wiedervereinigung für Ostdeutschland sehen, stieg in den vergangenen Jahren deutlich. Waren es 2023 noch 26 Prozent, so kamen 2025 schon 37 Prozent zu dem Ergebnis.

Wie konnte in so kurzer Zeit die Ansicht so populär werden, dass der Osten Schaden genommen hätte durch die deutsche Einheit? Dazu gibt die Studie keine eindeutige Antwort. Allerdings beschreibt sie einen ostdeutschen „Resonanzraum“, in dem sich strukturelle Nachteile stärker subjektiv niederschlagen. Das heißt, Menschen in strukturschwachen Gebieten in Westdeutschland gehen anders mit ihrer Lage um als Menschen in vergleichbaren Landesteilen in Ostdeutschland. Dort würden die Lebensbilanz und die Wahrnehmung der gesellschaftlichen Anerkennung „signifikant geringer“ ausfallen, schreiben die Wissenschaftler. Daraus könnte man schlussfolgern, dass Ostdeutsche eher dazu neigen, Ängste oder Sorgen, die Menschen im ganzen Land haben, auf die Lage der Ostdeutschen zurückzuführen.

Kaiser beschreibt ein „kollektives ostdeutsches Gedächtnis“. Die Lebensumstände in den ostdeutschen Ländern hätten sich zwar in den vergangenen 35 Jahren massiv verbessert. Doch die „Sorgen und Ängste der Nachwendejahre“ seien Teil besagten ostdeutschen Gedächtnisses. Dazu kämen gegenwärtige Missstände wie die Landflucht vieler junger Menschen. Kaufhallen und Arztpraxen machten dicht, Busse kämen seltener als früher, und den Vereinen ginge der Nachwuchs aus.

Kaiser forderte, darauf müsse die Regierung reagieren. Man müsse neue Wege finden, um Arbeitskräfte anzuwerben und strukturschwache Regionen zu stärken. „Sichere Arbeitsplätze und faire Löhne durch wirtschaftliches Wachstum, gute Bildung und ein starker Sozialstaat sind die Basis, um die Unterstützung der Menschen zu gewinnen.“



Versammlung gegen Rechtsextremismus: Teilnehmer einer Demonstration in Frankfurt Anfang 2025

Foto Lucas Büttel

Wenn Missbrauchsopfer aus Unwissen nicht entschädigt werden

Damit Geld von Unfallkassen fließt, müssen Kitas und Schulen die Fälle melden. Aber die wissen oft nichts von der Pflicht / Von Heike Schmoll, Berlin

Auch wenn die Sensibilität für sexualisierte Gewalt an privaten wie öffentlichen Schulen gestiegen ist, kommt es immer wieder zu neuen Fällen. Die Opfer sind lebenslang traumatisiert, die meisten brauchen psychotherapeutische und medizinische Behandlungen. Eigentlich sind die Institutionen zu einer Meldung an die Unfallkasse verpflichtet. Doch diese Meldung erfolgt nicht immer. Denn nicht allen Kitas, Schulen oder Universitäten scheint klar zu sein, dass sexualisierte Gewalt rechtlich als Arbeitsunfall behandelt wird.

Schon am 25. Mai 2011 hatte die Unterarbeitsgruppe „Immaterielle und materielle Hilfen für Betroffene“ des von der Bundesregierung einberufenen runden Tisches „Sexueller Missbrauch“ in einem Ergebnisprotokoll festgehalten, dass in Fällen sexuellen Missbrauchs kaum Anträge bei den Unfallversicherern gestellt wurden. „Dies liegt nach übereinstimmender Meinung darin begründet, dass die Möglichkeit einer derartigen Antragstellung in der Öffentlichkeit bislang nicht ausreichend bekannt ist“, heißt es in dem Text. Seit 1971 sind alle Kinder in privaten und gemeinnützigen Tageseinrichtungen, aber auch Kindergartenkinder in den öffentlichen und privaten Einrichtungen, alle Schüler und Studenten in den Unfallkassen versichert. Sexueller Missbrauch kann als „Unfall“ gelten, wenn er im Verantwortungsbereich der Bildungseinrichtung geschieht. Dazu gehören der Schulweg, Klassenfahrten, aber auch Besuche bei Lehrern, wenn sie über einen schulischen Kontext eingefädelt wurden.

Die gesetzliche Unfallversicherung deckt jedes Ereignis ab, das in einem inneren Zusammenhang mit der „Arbeit“ steht und einen Schaden zufolge hat. Die Deut-

sche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV) ist der Spitzenverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften und der öffentlichen Unfallversicherungsträger. „Unfälle mit schwerwiegenden Gesundheitsschäden sind sofort dem zuständigen Unfallversicherungsträger zu melden“, heißt es in den Richtlinien der DGUV zur Unfallanzeige. Konfliktfälle ergeben sich häufig aus Grenzbereichen, in denen nicht klar ist, ob eine Tat privat motiviert war oder vom schulischen oder institutionellen Verantwortungsbereich umfasst war.

Ein „Skandal“ im öffentlichen Sektor

Die Unabhängige Bundesbeauftragte gegen sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen, Kerstin Claus, kann nicht nachvollziehen, dass sich die Lage seit 2011 kaum geändert hat. Am runden Tisch „Sexueller Missbrauch“ saßen Vertreter der Länder, der Kultusministerkonferenz, des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, des Bundesfamilienministeriums, der Kirchen und des Bundesbildungsministeriums. „Es ist für mich nicht zu verstehen, wie ein solches Ergebnis untergehen kann“, sagte Claus der F.A.Z. und wies darauf hin, dass die Meldepflicht bei der Unfallversicherung bei den Empfehlungen des runden Tisches fehlte. Sie glaubt, dass Schulen und Kitas einfach zu wenig über die Meldepflicht wissen. Hinzu kommt, dass es offenbar Unfallversicherer gibt, die noch in den letzten fünf Jahren ihre Unzuständigkeit damit begründet haben, dass ein sexueller Missbrauch nicht als Unfall gelte, weil es sich nicht um ein einmaliges, unvorhergesehenes Ereignis handele, sondern um

fortgesetzte Taten. Claus spricht von einem „Skandal“, der nicht nur die Kirchen betrifft, die offensichtlich erst seit 2022 melden, sondern auch den öffentlichen Schul- und Kita-Sektor, aber auch einige Unfallversicherer selbst.

Zu den Ausnahmen gehört die Verwaltungs-Berufsgenossenschaft VBG, die 2022 einen geharnischten Brief an die Kirchen schrieb. Kurz darauf ging sie selbst an die Öffentlichkeit, um Betroffene sexuellen Missbrauchs zu einer eigenständigen Meldung aufzufordern, weil die Kirchen, die dort versichert sind, zu wenig Fälle melden würden. In einem Interview mit der „Zeit“ hat der Geschäftsführer der VBG, Kay Schumacher, auf das Gutachten über den Missbrauch im Erzbistum München verwiesen, der „das Fass zum Überlaufen“ gebracht habe. Danach habe die VBG intern abgefragt, wie viele Fälle aus den Kirchen gemeldet wurden. Es waren verschwindend wenige. „Die Kirchen haben gegen das Gesetz verstoßen“, so Schumacher damals. Von Bußgeldbescheiden versprach er sich jedoch nichts, weil sie den Betroffenen nicht weitergeholfen hätten. Seither soll sich das Bewusstsein in den Kirchen geschärft haben.

Die VBG hat daraufhin auf ihrer Internetseite eine gesonderte Rubrik mit Telefonnummern eingerichtet, unter denen sich Betroffene melden können. Vom Zeitpunkt des Unfalls aus gilt eine Verjährungsfrist von vier Jahren. Versichert sind Messdiener, Chorsänger in kirchlichen Chören und Mitglieder kirchlicher Jugendgruppen. Bis Februar 2026 wurden der VBG 906 Fälle gemeldet, 200 davon wurden bisher anerkannt.

Das gilt jedoch noch nicht für die staatlichen Kitas und Schulen, die offenbar noch

immer zu wenig von der Meldepflicht wissen. „Es geht mir um staatliche Verantwortung“, sagte Claus der F.A.Z. Das müssten auch alle Abgeordneten verstehen. Sie plädiert dafür, sämtliche Schülerakten bis zum hundertsten Geburtstag aufzubewahren. Außerdem fordert sie alle Bundesländer dazu auf, verpflichtende schulische Schutzkonzepte gesetzlich zu verankern. Bisher gibt es gesetzliche Regelungen in Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, dem Saarland und Schleswig-Holstein. Untergesetzliche Regelungen gelten in Baden-Württemberg, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Thüringen. Völlig ohne Verpflichtung zu einem Schutzkonzept gegen sexualisierte Gewalt sind das Flächenland Bayern, Bremen, Hamburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt. „Ich erwarte jetzt einen konsequenten Umgang mit der Vergangenheit, aber auch für die Zukunft“, sagte Claus an die verantwortlichen Bildungspolitik der Länder gerichtet.

138 Fälle allein in NRW gemeldet

Angesichts der Einführung der verpflichtenden Ganztagsbetreuung für Grundschulen hält Claus Schutzkonzepte gegen sexuelle Gewalt für unabdingbar, auch weil sie Gewaltprävention insgesamt stärken. Zur Ganztagsbetreuung kämen viele externe Kräfte auf Honorarbasis an die Schulen, umso wichtiger würden Prävention und klare Schutzkonzepte sowie Beschwerdewege. Außerdem müsse in der Praxis sichergestellt werden, Täter unter Lehrkräften und Schulleitungen ganz aus dem Schuldienst zu entfernen. „Denn am Ende muss klar sein, dass Kinder- und Jugendschutz Vorrang hat“, sagte Claus.

In dem 85 Seiten umfassenden Leitfaden der Kultusministerkonferenz zur Entwicklung und praktischen Umsetzung von Schutzkonzepten und Maßnahmen gegen sexuelle Gewalt an Schulen kommt die Meldepflicht an die Unfallversicherung nicht einmal vor. Das baden-württembergische Kultusministerium bestätigt die Meldepflicht der Schulen an die Unfallkasse Baden-Württemberg (UKBW). Im Leitfaden des Ministeriums für die Entwicklung der Schutzkonzepte ist die Unfallversicherung bisher noch nicht genannt. „Wir sind der Bundesbeauftragten Kerstin Claus dankbar für ihren Impuls. Wir nehmen den Vorstoß zum Anlass, unsere Konzepte nachzuschärfen und die Hilfsmöglichkeiten der Unfallversicherer bekannter zu machen“, sagte ein Sprecher des Ministeriums.

Aus dem nordrhein-westfälischen Schulministerium heißt es gegenüber der F.A.Z.: „Ein Austausch zwischen den Fachebenen von Schulministerium und Unfallkasse NRW legt nahe, dass die nordrhein-westfälischen Schulen Fälle von sexuellem Missbrauch bereits konsequent melden.“ Dennoch meint Schulministerin Dorothee Feller (CDU), Koordinatorin der unionsregierten Länder in der Bildungsministerkonferenz: „Kindern und Jugendlichen, die sexuell missbraucht wurden, muss jede Unterstützung zuteilwerden, die ihnen hilft, mit dem, was sie erleiden mussten, umzugehen. Nordrhein-Westfalen greift den Hinweis der Bundesbeauftragten auf und wird dies mit Kolleginnen und Kollegen anderer Länder besprechen. Mein Ziel ist, dass Missbrauchsopfer überall in Deutschland sämtliche Leistungen erhalten, die ihnen zustehen.“ Um Schüler in Nordrhein-

Entschädigung für Sea Watch

Meloni und Salvini reagieren empört

rüb. ROM. Die Mitte-rechts-Koalition in Rom hat mit Empörung auf das Urteil eines Gerichts in Palermo reagiert, wonach Italien der deutschen Seenot Rettungsorganisation Sea Watch eine Entschädigung in Höhe von 76.000 Euro zahlen muss. In einem Beitrag in den sozialen Medien schrieb Ministerpräsidentin Giorgia Meloni: „Ist es Aufgabe der Richter, das Gesetz durchzusetzen oder diejenigen zu belohnen, die sich damit brüsten, das Gesetz zu brechen?“ Das Gericht in Palermo hatte geurteilt, dass die Festsetzung des von Kapitänin Carola Rackette gesteuerten Rettungsschiffes Sea Watch 3 mit 40 aus Seenot geretteten Bootsmigranten an Bord im Sommer 2019 im Hafen von Lampedusa unrechtmäßig war. Bei dem Manöver hatte Rackette ein Boot der italienischen Finanzpolizei gerammt.

Der damalige Innenminister und Vizeregierungschef Matteo Salvini hatte zum Kampf gegen die illegale Migration eine Hafenblockade für alle Schiffe mit Migranten an Bord verfügt. Salvini, der in der amtierenden Koalition Verkehrsminister ist, schrieb auf der Plattform X zu dem Urteil: „Liebe Italiener, ihr müsst 76.000 Euro (von eurem Steuergeld!) an die NGO Sea Watch von Carola Rackette zahlen.“ Nach Angaben von Sea Watch fiel die Entscheidung des Gerichts bereits vergangene Woche, wurde aber erst jetzt bekannt. Man hoffe, „dass dieses Urteil auch der aktuellen Regierung eine Lehre ist“, sagte Sea-Watch-Pressesprecherin Bana Mahmood.

Die Mitte-rechts-Koalition Melonis ist schon länger im Streit mit der Justiz Italiens. Immer wieder wirft sie Richtern vor, mit ihren Urteilen Politik zu machen. Am 22. und 23. März findet ein Referendum über die von der Regierung beschlossene Justizreform statt. Meloni hatte zuletzt auch ein Urteil kritisiert, wonach ein Algerier, der sich illegal in Italien aufhielt und 23 Vorstrafen angesammelt hatte, wegen unrechtmäßiger Unterbringung in den extraterritorialen italienischen Abschiebelagern in Nordalbanien vom Innenministerium 700 Euro Entschädigung zu erhalten habe.

Zweimal schwarzer Rauch

Die italienische Tageszeitung „La Repubblica“ (Rom) meint zu den Gesprächen über den Ukrainekrieg und den Iran-Konflikt in Genf:

„Zweimal schwarzer Rauch bei den Verhandlungen in Genf: Das Nein aus Moskau und Teheran führt zu einem Patt in den jeweiligen Verhandlungen zur Beendigung des Krieges in der Ukraine sowie zur Vermeidung eines neuen Konflikts im Nahen Osten. Damit zwingen sie Präsident Donald Trump, sich mit dem Willen der Autokratie auseinanderzusetzen, seine wiederholten diplomatischen Angebote nicht anzunehmen. Das Weiße Haus wollte die Parallel-Verhandlungen in der Schweiz nutzen, um den Widerstand des Kremls und der Ajsatollahs zu brechen. Bei-

de Seiten unterbreiteten ihren Gegenparteien eine Flut großzügiger Angebote: einen für Moskau vorteilhaften territorialen Kompromiss im Donbass und eine Lockerung der Sanktionen für Teheran. Dies ließ Washington glauben, dass tatsächlich eine doppelte Wende bevorstehe. (...) Doch innerhalb von zwölf Stunden brach das gesamte amerikanische Verhandlungsgebäude zusammen.“

Trumps magerer Erfolg

Zu den Ergebnissen dieser Gespräche in Genf schreibt die britische Tageszeitung „The Times“ (London):

„Um angesichts russischer Sturheit, Doppelzüngigkeit und Hinhaltetaktik ein Ende des Krieges in der Ukrai-

ne auszuhandeln, bedarf es erheblicher Geduld und diplomatischen Geschicks. Ebenso erfordert es Entschlossenheit und Erfahrung, das repressive und korrupte islamistische Regime in Iran mit einem neuen Abkommen zur Beendigung seines Atomwaffenprogramms und des Exports von Terrorismus im Nahen Osten festzunageln.

Beides gleichzeitig, in derselben Stadt und mit denselben Verhandlungsführern zu versuchen, birgt das Risiko, in keinem der beiden Gesprächsstränge viel zu erreichen. Kein Wunder also, dass die Versuche von Steve Witkoff und Jared Kushner, den Gesandten von Präsident Trump, Durchbrüche mit der Ukraine und Iran zu erzielen, bislang nur mageren Erfolg hatten.“

Gefährliches Signal an Verbündete

Mit Blick auf das im April geplante Gipfeltreffen zwischen dem amerikanischen Präsidenten Donald Trump und dem chinesischen Staats- und Parteichef Xi Jinping schreibt die amerikanische Tageszeitung „Wall Street Journal“:

„Der chinesische Präsident versucht, Herrn Trump dazu zu bewegen, die geplanten Waffenverkäufe an Taiwan zurückzuziehen. (...) Taiwan benötigt die Waffen zur Selbstverteidigung, da China den militärischen Druck auf das Gebiet verstärkt. (...) Xi weiß, dass der amerikanische Präsident Trump sich einen erfolgreichen Gipfel in China wünscht, und der Chef der Kommunistischen Partei nutzt dies als Druckmittel. Trump strebt stabile Beziehungen zu China an,

damit die Volksrepublik nicht erneut den Export von Seltenerdmetallen blockiert oder den Kauf amerikanischer Agrarprodukte, insbesondere Sojabohnen, verweigert. Jedoch würde ein Nachgeben gegenüber Xis Drohungen in Bezug auf Taiwan ein gefährliches Signal hinsichtlich der Zuverlässigkeit Amerikas als Verbündeter senden. (...) Auch Japan, Südkorea und die Philippinen würden die Botschaft verstehen, dass Trumps Priorität im Pazifikraum China ist und nicht ihre gemeinsame Verteidigung.

Niemand wünscht sich einen Krieg um Taiwan, aber der wird wahrscheinlicher, wenn Xi zu dem Schluss kommt, dass Präsident Donald Trump für ein freundliches Gipfeltreffen eingeschüchtert werden kann.“

In der CDU herrscht nervöse Ruhe. Nicht vor dem Sturm, sondern inmitten rauer See. Wer in der Partei ein positives Bild zeichnen will, sagt, das Regierungsschiff ist losgefahren, nachdem Friedrich Merz die Mannschaft wieder sortiert und die Brücke erobert hat. Nun stehe eine lange, anstrengende Fahrt bevor, doch der Kurs stimme. Die weniger Optimistischen weisen darauf hin, dass die von Merz zu Zeiten, als er noch nicht am Ruder stand, versprochenen Erfolge bei Weitem nicht erreicht, kaum mehr am Horizont zu erahnen seien. So drängt sich vor dem Parteitag die Frage auf, wie geschlossen die Mannschaft hinter ihrem Kapitän steht, dem Vorsitzenden. Das erste Mal muss Merz seine Kanzlerbilanz vor den Delegierten verteidigen. Und an diesem Freitag wieder an die Spitze gewählt werden.

Die Umfragewerte für den Bundeskanzler hängen ebenso wie die für die Union auf niedrigem Niveau fest. Glück im Unglück für Merz ist, dass die kollektive Angst vor einem Scheitern dieser Koalition angesichts einer starken AfD – zumindest noch – für eine Wagenburgmentalität sorgt. Er wird von den eigenen Leuten nicht offen angegriffen. Doch das Raunen und Nölen unter Deck ist kaum zu überhören. Bei seiner letzten Wahl zum Vorsitzenden hat Merz im Mai 2024 knapp 90 Prozent geholt. Selbst bei seinen Unterstützern ist die Unruhe groß. Allzu weit, so denken sie in der CDU-Spitze, sollte das Ergebnis am Freitag nicht darunter landen. Man hat beim Finanzminister Lars Klingbeil erlebt, was das miserable Ergebnis seiner Wahl zum SPD-Vorsitzenden mit ihm macht. Und mit der Koalition.

Bei der kollektiven Verteidigung von Merz gibt es zwei stets vorgetragene Punkte: Die Außenpolitik, in der das Handeln des Kanzlers in den Konflikten der Welt weithin anerkannt wird. Und die strengere Migrationspolitik, die zu sinkenden Asylzahlen beiträgt. Doch das Fragezeichen sind die ausbleibenden großen Reformschritte in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Da behelfen sich viele mit der Beteuerung, dieses Jahr werde etwas kommen. Immerhin lobt der sonst zur Stichelei gegen Berlin und die CDU neigende CSU-Vorsitzende Markus Söder den Kanzler in erstaunlicher Kontinuität. Und während man sich in der Union fragt, warum es nach mehrjähriger Pause sogar die Kanzlerin a. D. Angela Merkel zum Parteitag zieht, bietet sich die Interpretation an, dass sie denjenigen, die ihr Tränen nachweinen, vielleicht zurufen will: Alles wird gut, auch mit Merz!

Wir haben mit vier Christdemokraten gesprochen, die aus unterschiedlichen Blickwinkeln auf die Partei schauen, aber alle versuchen, der schwierigen Lage Gutes abzugewinnen. Mit einem langjährigen Freund des Kanzlers, der dessen Erfolg will, sich kritische Bemerkungen aber nicht versagt. Mit einer Ministerin, die lange nicht zum Merz-Fanklub gehört hat, aber sich heute loyal zeigt. Mit einem jungen Abgeordneten aus berühmter CDU-Familie und mit jenem Mann, dessen Hauptaufgabe es ist, als General mehr denn als Sekretär alles für den Erfolg der CDU zu tun. Als Merkel einst die Parteispitze verlassen hat, war die Klage verbreitet, dass die CDU unter der langen Kanzlerschaft blutleer geworden sei, gar inhaltlich entkernt. Aber wie hat Merz als Vorsitzender seine Partei geprägt – und wie prägt sie den Kanzler?

Der Freund

In der Nacht, in der Friedrich Merz im vorigen Februar mit der CDU die Bundestagswahl gewonnen hat, war auch Roland Koch bei der Wahlparty im Konrad-Adenauer-Haus dabei. Koch und Merz sind seit Jahrzehnten befreundet. Der frühere hessische Ministerpräsident, der schon lange aus der aktiven Politik ausgeschieden ist, und der heutige Kanzler haben eine ähnliche Sicht auf das, was politisch zu tun ist. Dass Merz nach seiner langen Politikpause bereit war zurückzukommen, hatte Koch nicht überrascht. 2018 war es so weit, als Merkel ihren Rückzug von der Parteispitze verkündete. Der erste Anlauf von Merz auf dem Hamburger Parteitag im selben Jahr scheiterte trotzdem.

Koch hat 2002 aktiv daran mitgewirkt, dass Merkel nicht Kanzlerkandidatin wurde. Merz hat nach der Wahl im selben Jahr im Ringen um den Fraktionsvorsitz gegen Merkel eine schmerzhaft Niederlage erlitten. Beide wollen eine andere CDU als die unter Führung Merkels. „Die CDU ist für Friedrich Merz seine Heimat“, sagt Koch. „Der Satz Angela Merkels über die CDU, sie sei, die Partei, der ich nahesteh“, wäre Merz niemals über die Lippen gekommen.“

Freunde ohne politische Karrierepläne haben den Vorteil, Kritik ehrlich aussprechen zu können, ohne dass ihnen Illoyalität unterstellt wird. Koch sagt zustimmend, dass Merz seine Ziele sehr weitgehend formuliere und dann versuche, möglichst nah an sie heranzukommen. Der Kanzler gehe davon aus, dass er mit dem Druck, den er ausübe, da hinkomme, wo er hinwolle und wo das Land nach seiner Überzeugung hinmüsse. Als Beispiel nennt er die Rente, die für die SPD ausschließlich eine staatlich finanzierte Leistung mit fester Haltelinie sei. Friedrich Merz wolle nicht das Rentenniveau senken. „Vielleicht will er es sogar erhöhen, aber er will eine Kombination von drei Säulen für die Altersvorsorge. Vor allem will er dafür die Betriebsrenten stärken.“

Der einstige hessische Ministerpräsident sagt jedoch auch, dass diejenigen,



Zeit, dass sich was dreht: Merz inmitten von Unterstützern Anfang Februar vergangenen Jahres in Berlin

Foto Daniel Pilar

Friedrich Merz in der Wagenburg

Erstmals, seit er Kanzler ist, muss der CDU-Vorsitzende seine Bilanz auf einem Parteitag verteidigen. Freunde wie Kritiker bemühen sich, Positives zu finden. Vier Perspektiven.

Von Eckart Lohse und Matthias Wyssuwa, Berlin

die Merz seine Strategie abnähmen und als Parteifreunde zu ihm stünden, trotzdem enttäuscht sein könnten. „Ein Christdemokrat kann doch auch mit der aktuellen Situation nicht wirklich zufrieden sein.“ Es passiere „natürlich“ nicht genug mit Blick auf die Reformvorhaben. Aber schuld daran seien nicht Friedrich Merz und das Konrad-Adenauer-Haus. „Wir haben uns nach der Bundestagswahl über die strategische Leitentscheidung der SPD getäuscht“, sagt Koch. „Die meisten Christdemokraten waren der Auffassung, dass der Korridor bei der SPD im Interesse des Landes größer ist.“ In der Außen- und der Europapolitik hält Koch Merz für weitgehend unangefochten. „Da hat er großen Kredit“, sagt er. Weniger wohlwollend klingt, was er zur Wirtschaftspolitik sagt. „Bei der ökonomischen Lieferfähigkeit hat diese Koalition allerdings eine gefährlich schlechte Performance.“ Merz müsse weiterhin auf Reformen setzen und das Regierungsbündnis zu mehr bringen als dem, was es derzeit liefere.

Die Loyale aus dem anderen Lager

Karin Prien fällt es leicht, mit wenigen Pinselstrichen das ganz große Bild zu malen. Sie sitzt in ihrem Büro im Bildungsministerium und redet über die Partei, deren stellvertretende Vorsitzende sie ist, und das Grundsätzliche: „Ich bin wirklich sehr überzeugt vom Konzept Volkspartei“, sagt sie. Davon, dass eine große Breite von Meinungen in einer Partei verhandelt und ausgehalten werde. „Aber erkennbar fällt es immer mehr Menschen immer schwerer auszuhalten, wenn es andere Meinungen gibt, die sich durchsetzen. Und auch, dass Kompromisse nicht als Niederlage angesehen werden“, fügt sie an. Das sehe man in den Parteien, auch in ihrer CDU. „Diese Unerbittlichkeit betrachte ich als große Gefahr für die Gesellschaft insgesamt.“ Auch in den Fraktionen gebe es zunehmend Abgeordnete, „die mit dem Konsensgedanken hadern, und immer mehr, die sich dem Sog der von Empörungsdemokratie geprägten sozialen Medien nicht entziehen können“.

Diese Unerbittlichkeit dient Prien als Argument, um die Unruhe in Partei und Fraktion zu erklären – und Merz so zu verteidigen. „Manche sind nach der Rückkehr der CDU ins Kanzleramt enttäuscht, dass ihre Vorstellungen sich noch nicht von jetzt auf gleich verwirklicht haben“, sagt Prien. „Ich bin das nicht.“ Merz sei ein klassischer Mitte-Politiker, der sich klar geltenden demokratischen Verfahren verpflichtet fühle, so mühsam es manchmal sein möge.

„Manche hätten es gern disruptiver, auch in unserer Partei.“

Karin Prien hat eine Wandlung vollzogen, die man in der Partei je nach eigenem Standort als erstaunlich betrachtet, beachtlich oder anzweifelt. Prien kennt Merz schon lange, die beiden duzen sich. Als Merz auf dem Parteitag 2018 Vorsitzender werden wollte, unterstützte sie Annegret Kramp-Karrenbauer. Diese verstehe die Partei besser, ließ Prien sich damals zitieren. Nachdem Kramp-Karrenbauer als Vorsitzende gescheitert war, unterstützte Prien Armin Laschet. Nachdem der gescheitert und die Bundestagswahl 2021 verloren war, unterstützte sie Merz. „Die Gesellschaft ist insgesamt nach rechts gerückt, die CDU hat das ein Stück weit mit vollzogen“, sagt Prien. „Ich habe Friedrich Merz als Einzigen zugetraut, die Partei zu befrieden. Dazu musste er etwas mehr nach rechts gehen“, sagt sie. „Ich war und bin der festen Überzeugung, dass es den Versuch wert ist, ihm das zuzutrauen.“

Jetzt ist Prien eine der wichtigsten Frauen im Kabinett und der Partei und schafft es, gegenüber Merz loyal zu bleiben, ohne die Unterschiede zwischen beiden völlig zu negieren. Er war es immerhin, der in der Partei die Frauenquote durchsetzte, für die Prien sich lange eingesetzt hatte. Als die Partei ihr Grundsatzprogramm schrieb und über eine Formulierung zu Muslimen stritt, drang Prien auf eine zugewandtere Wortwahl. Schwierig wurde es kurz vor der Bundestagswahl: „Am 29. Januar 2025 einen Antrag in den Bundestag einzubringen, der nur mithilfe der AfD eine Mehrheit bekam, war falsch“, sagt Prien. Das habe sie Merz vorher und auch nachher gesagt. „Aber ich halte – damals wie heute – die Unterstellung für falsch, dass Merz eine irgendwie geartete Zusammenarbeit mit der AfD auch nur in Betracht gezogen hätte.“

Es dürfte eine große Frage für die zweite Jahreshälfte werden, über die der Parteitag nach bisherigem Plan nicht diskutieren soll: Wie hält es die CDU mit der Brandmauer, mit ihrem Verhältnis zur Linken und AfD? Bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern werden der AfD große Wahlsiege vorhergesagt, schwierige Regierungsbildungen sind absehbar. Der Druck steigt.

Prien sagt, sie traue Merz nach wie vor zu, dass er die Erwartungen erfülle, „die CDU auf einen etwas konservativen Kurs der demokratischen Mitte zu führen und zu halten“. Und sie sagt, es brauche in einer Volkspartei die Bereitschaft, sich dem Großen und Ganzen auch mal unterzuordnen und am Ende trotzdem gemeinsam abzustimmen. „Ich war schon mal zu 90 Prozent einverstanden mit meiner CDU und dann auch mal

nur zu 60 Prozent, und trotzdem war und ist die CDU immer meine Partei“, sagt sie. „Jetzt gerade bin ich bei 80 Prozent. Das ist okay.“

Die drängende Jugend

Johannes Volkmann ist seit noch nicht einmal einem Jahr Bundestagsabgeordneter und trotzdem schon weithin bekannt in Berlin. Weil viel Gutes zu hören ist über seine Kompetenz als Außenpolitiker. Ein Talent, sagt man nicht nur in seinen Reihen. Und natürlich auch, weil er der Enkel von Helmut Kohl ist. „Mit meinem Großvater habe ich eher wenig über seine aktive politische Zeit sprechen können“, sagt Volkmann. „Dafür war ich zunächst zu jung, und später ließ das leider sein Gesundheitszustand kaum noch zu.“ Stattdessen wuchs Volkmann politisch mit einer Kanzlerin Merkel auf, deren Migrationspolitik er „für grundlegend korrekturbedürftig“ hielt. „Friedrich Merz steht für mich für eine Rückbesinnung auf unsere Kernwerte, gerade auch in der Außen- und Europapolitik.“

Volkmann gehört zu den konservativen in der Partei und zu den jungen Abgeordneten. Auch er war dabei, als diese beim Rentenpaket den Aufstand probten. Gegen die eigene Führung. Es war eine Situation, die außer Kontrolle zu geraten drohte, das Unverständnis auf beiden Seiten füreinander war groß. Selbst das Ansetzen einer Vertrauensfrage war möglich. Am Ende stand die Mehrheit knapp im Bundestag, Volkmann stimmte gegen das Paket. „Eine politische Jugendorganisation muss nicht zu hundert Prozent die Meinung der Mutterpartei vertreten, sondern hat die Aufgabe, sich unbequemen Zukunftsfragen zu stellen“, sagt er nun diplomatisch.

Volkmann hat es schon vor zwei Jahren in den Bundesvorstand seiner Partei geschafft, auch in Stuttgart will er wieder gewählt werden. Die CDU habe sich in den vergangenen Jahren spürbar modernisiert, sagt er. Auch sei es positiv, „dass in der Partei offene inhaltliche Debatten und ein Ringen um Ideen möglich sind“. Volkmann sagt, er habe nicht den Eindruck, dass die CDU jetzt mit Merz im Kanzleramt und mit Generalsekretär Carsten Linnemann weniger diskussionsfreudig wäre. „Gleichzeitig ist es doch nachvollziehbar, dass wir als Regierungspartei mit einer knappen Koalitionsmehrheit eine andere Gesamtverantwortung haben als in der Opposition.“ Und er sagt, wieder ganz diplomatisch: Für ihn sei entscheidend, dass Deutschland mit Bundeskanzler Merz in dieser kritischen Phase zu einer Führungsrolle in Europa zurückgefunden habe. „Welches Thema kann derzeit

wichtiger sein als die Sicherung unseres Friedens und unserer Freiheit?“

Der General

Es war der Ruf eines Enttäuschten. „Lieber Friedrich, bitte bleib bei uns!“ Carsten Linnemann rief es dem eben knapp gegen Kramp-Karrenbauer unterlegenen Merz hinterher. Es war der Dezember 2018. Linnemann schien von der Sorge getrieben, dass Merz es bei einem Anlauf belassen könne. Es kam anders, und Linnemann wurde, nachdem Merz seinen ersten Versuch mit einem Vertreter des liberalen Flügels korrigiert hatte, sein Generalsekretär. Merz marschierte als Vorsitzender der Partei und Unionsfraktion gegen eine rasch strauchelnde Ampelkoalition los. Und niemand marschierte so entschlossen an seiner Seite wie der „Einfach mal machen“-Linnemann.

Bis die nächste Enttäuschung für ihn kam. Das Ergebnis der CDU in der Bundestagswahl 2025 blieb deutlich unter 30 Prozent, und Linnemann machte sich heftige Vorwürfe. Dieses Mal hätte Merz rufen können: „Lieber Carsten, bitte bleib bei uns!“ Linnemann aber bekam nur ein Ministerium angeboten, das er nicht wollte. Zwischenzeitlich wirkte er so, als seien ihm Antriebs- und Zuversicht abhandengekommen. Inzwischen hat er sich gefangen, scheint seine alte Dynamik wiedergewonnen zu haben und kann auch ein Lob für den Vorsitzenden an das nächste reihen: „Friedrich Merz hat die Partei nach 2021 wieder aufgerichtet, er hat die Bundestagswahl gewonnen, und unser Verhältnis zur CSU ist heute besser denn je.“ Oder: „Merz ist genau der richtige Kanzler zur richtigen Zeit. Das hat nicht zuletzt seine Rede bei der Münchner Sicherheitskonferenz eindrucksvoll gezeigt.“

Er reiht auch rasant die – allerdings schon reichlich oft bemühten – Erfolgsmeldungen aneinander. „In der Migrationspolitik haben wir einen Richtungswechsel eingeleitet. In der Wirtschaftspolitik sind wir mit dem Investitions-Turbo und der Senkung der Energiekosten auf dem richtigen Weg.“ Bei den Sozialversicherungen setze die Koalition mit der Einführung der neuen Grundsicherung einen „ersten starken Akzent“. Jetzt müsse die Koalition den Mut haben, weitere Schritte folgen zu lassen. Gemessen an kühnen Ankündigungen aus dem Wahlkampf, was man schon bis zum Sommer des vorigen Jahres alles geändert haben werde, klingt das deutlich zurückhaltender.

Die hohe Verschuldung nach der Bundestagswahl „hängt uns bis heute nach“, gibt Linnemann zu. Das zielt auf den abrupten Kurswechsel von Merz beim Einhalten der Schuldenbremse, auf das Sondervermögen für die Infrastruktur vor allem. Linnemann sagt, Reformen müssten „konsequent“ umgesetzt werden, erste Schritte seien getan.

Aber wie versteht die Partei ihre Rolle, wenn sie den Kanzler stellt? Sollte sie in der einen Hälfte des Tages nach innen erklären, was die Regierung tut, und in der zweiten nach außen die Erfolge des Kanzlers bejubeln? Das ist eine Erwartung, die es gibt. Linnemann will mehr, gibt den Antreiber. Einfach mal machen. „Die CDU muss eine selbstbewusste und lebendige Partei sein, die auch über das politische Alltagsgeschäft hinausschaut.“ Anfang des Jahres wechselte mit Philipp Birkenmaier einer seiner wichtigsten Mitarbeiter ins Kanzleramt als neuer Büroleiter von Merz. „Unser Ziel muss es sein, durch harte Arbeit und gute, sichtbare Ergebnisse Vertrauen zurückzugewinnen“, sagt Linnemann. Die Botschaft ist klar: Wer Vertrauen zurückgewinnen muss, hat es vorher verloren.

Wahlkampf mit Kanzler

Heiße Phase in Rheinland-Pfalz

Von Timo Steppat, Trier

Haben die Debatten vor dem CDU-Parteitag in Stuttgart den Wahlkämpfern in den Ländern geschadet? Gordon Schnieder, Spitzenkandidat seiner Partei in Rheinland-Pfalz, gibt sich demonstrativ gelassen. Den Vorstoß des Wirtschaftsflügels der CDU, den Rechtsanspruch auf Teilzeit zu reformieren, nannte Schnieder schon vor Wochen eine Schnapsidee. Damit schaffte es der wenig bekannte Fraktionsvorsitzende der CDU-Landtagsfraktion in Mainz in die Nachrichtensendungen. Irgendwie also doch gut gelaufen, finden manche in der Partei.

Schwieriger sei die Sache mit der Zahnbehandlung gewesen, sagt Schnieder am Rande eines Treffens mit Unternehmern in Trier. Der Wirtschaftsrat, welcher der CDU nahesteht, hatte eine Streichung aus dem Leistungsspektrum der gesetzlichen Krankenkassen gefordert. Das habe auch in den eigenen Reihen Schaden angerichtet und für Irritation gesorgt, so Schnieder. „Dafür kann ich aber nichts“, denn der Wirtschaftsrat sei keine Parteigliederung. Gleichwohl lässt der sozialdemokratische Ministerpräsident Alexander Schweitzer bei kaum einem Auftritt die Gelegenheit aus, sein Entsetzen über den „Vorstoß aus der CDU“ auszudrücken.

Johannes Kölling, CDU-Kandidat für das Trierer Umland, berichtet, dass er häufig am Wahlkampfstand und an Türen auf die Vorschläge angesprochen werde. „Eigentlich wollen wir darüber sprechen, was in unserem Land schief läuft und wie wir das ändern, müssen uns aber stattdessen verteidigen“, sagt er. Schnieder und er hoffen, dass in den nächsten vier Wochen bis zur Landtagswahl am 22. März der Fokus auf der Landespolitik liegt. Mit dem Beginn der Fastenzeit beginnt in Rheinland-Pfalz auch die heiße Phase des Wahlkampfes.

Am Mittwochabend kam Bundeskanzler Friedrich Merz nach Trier, um Wahlkampfhilfe zu geben. Vor 1100 Besuchern, vor allem Parteimitgliedern, hielt er in weiten Teilen eine staatsmännische Rede. Statt scharfer oder polemischer Töne, wie man sie beim Politischen Aschermittwoch vielleicht erwarten würde, sprach Merz darüber, wie man in fünf bis zehn Jahren auf die heutige Zeit bleiben werde. Seine Antwort auf Protektionismus, auf „Make America Great Again“, auf den Krieg in der Ukraine, auf Künstliche Intelligenz und Globalisierung war letztlich Europa. Es sei nicht die europäische Bürokratie gemeint, nicht der Kontinent als solcher, sondern ein Wertefundament, das Christentum, die Aufklärung, große Literatur, Musik und Kunst, die hervorgebracht worden sei. Dafür gab es viel Applaus in der Europahalle, sogar Bravorufe.

Über Rheinland-Pfalz sagte Merz nur wenige Sätze. Dass er hoffe, wenn die Wahl in Baden-Württemberg gewonnen sei, auch „durch Rheinland-Pfalz noch ein Ruck“ gehe. Es klingt, als wäre das einstige Land der Rüben und Reben eher ein Anhängsel. Sicherlich ist der Stellenwert für die Parteiführung in Berlin geringer. In der SPD verbreitet man gerne, dass die Berliner CDU-Führung dem Koalitionspartner im Bund gerne einen Sieg in Rheinland-Pfalz gönnen würde, um die Stabilität des Bündnisses aufrecht zu erhalten.

Die CDU bemüht sich, die seit 35 Jahren regierende SPD in die Defensive zu bringen. Bei den Themenfeldern Gesundheits- und Bildungspolitik, in denen es deutliche Defizite gibt, gelingt das bislang nicht. Von Ministerpräsident Schweitzer fordert Schnieder nun, sich stärker von linkem Antisemitismus zu distanzieren und deshalb eine Koalition mit der Linkspartei auszuschließen. Erstmals könnte die Partei in den rheinland-pfälzischen Landtag einziehen. Wer die SPD wähle, bekomme linke Standort- und Wirtschaftspolitik, warnt Schnieder Wechselwähler. Vieles spricht für die Bildung einer Großen Koalition nach der Landtagswahl. Je nachdem, wer vorne liegt, CDU oder SPD, entscheidet sich auch, wer Ministerpräsident wird. Zuletzt sank der Vorsprung der CDU in einer Umfrage vor der SPD auf drei Prozentpunkte.

Merz kündigte bei seiner Rede in Trier an, in fünf Jahren für die Wiederwahl von Gordon Schnieder werben zu wollen. Er selbst wolle dann noch im Amt sein. Indirekt deutete er damit an, dass er auch bei der nächsten Bundestagswahl antreten will. Als Merz im Publikum kurz Irritation vernahm, sagte er, er wolle „noch längere Zeit“ Kanzler sein. Selten erzähle er etwas aus seiner Familie, aber sein Vater sei kürzlich 102 Jahre alt geworden.

Nun auch in Thüringen

AfD-Affäre um Vetternwirtschaft

mwe. ERFURT. Die Affäre um Vetternwirtschaft von AfD-Abgeordneten wegen der Anstellung von Familienmitgliedern in parlamentarischen Büros von Parteikollegen betrifft nun auch die Thüringer AfD. So arbeitet der Ehemann der Landtagsabgeordneten Wiebke Muhsal im Büro des Thüringer AfD-Bundestagsabgeordneten Stefan Schröder. Darüber berichtete der Podcast „Inside AfD“ des Nachrichtentportals Politico. Der Ehemann Muhsals ist nach Aussagen Schröders „aufgrund seiner fachlichen Ausbildung und Qualifikation seit Beginn der Legislatur“ in seinem Büro beschäftigt. Er besitze einen Doktor der Philologie, teilte Schröder der Deutschen Presse-Agentur mit. Muhsal teilte der F.A.Z. auf Anfrage mit, „dass es sich nicht um eine Überkreuzanstellung handelt“. Gegen diese Einordnung werde sie auch presserechtlich vorgehen.

Der Fall ist brisant, weil die Thüringer AfD-Landespitze nach den Vorwürfen der Vetternwirtschaft in der AfD Sachsen-Anhalt Konsequenzen gefordert hatte. So sagte Landeschef Stefan Möller, auch wenn die Anstellungen von Familienangehörigen in Büros anderer Abgeordneter legal seien, bedeuteten sie „ein Problem für unsere Glaubwürdigkeit“. Die Bundes-AfD müsse die Frage von Überkreuzanstellungen mit einer Anpassung der Parteisatzung auf dem nächsten Bundesparteitag klären. Möller ist neben Björn Höcke Ko-Landeschef der Thüringer AfD. Höcke hatte vor einem Scheitern der AfD gewarnt und einen Text des rechtsextremistischen Verlegers und Publizisten Götz Kubitschek in den sozialen Medien geteilt, in dem es heißt: „Tünche reicht nicht, aufräumen muss man.“ Muhsal äußerte sich dazu nicht.

Stefan Schröder, Historiker und Rhetoriktrainer, hatte bei der Bundestagswahl den Wahlkreis Jena-Sömmerda-Weimarer Land I direkt gewonnen. Muhsal ist Sprecherin des AfD-Kreisverbands Jena-Gera-Saale-Holzland-Kreis. Im Erfurter Landtag ist sie Parlamentarische Geschäftsführerin der AfD-Fraktion, deren Vorsitzender Höcke ist. Nach der Landtagswahl 2024 wurde sie von der Fraktion als Kandidatin für das Amt der Landtagspräsidentin nominiert, unterlag aber dem CDU-Kandidaten Thadäus König. Muhsal wurde 2018 rechtskräftig wegen Betrugs zu einer Geldstrafe von insgesamt 8000 Euro verurteilt, weil sie 2014 den Arbeitsvertrag einer Mitarbeiterin zwei Monate vor der tatsächlichen Aufnahme der Tätigkeit eingetragen und dafür deren Gehalt bezogen hatte, das sie in Büroausstattung, Handy und Internetauftritt investierte.

Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) erwägt unterdessen eine schärfere rechtliche Regelung, um Vetternwirtschaft zu unterbinden. Auf die Frage, wie der Staat verhindern könne, dass sich Politiker schamlos an ihm bereichern, sagte Merz: „Ich würde uns eine gesetzliche Regelung gerne ersparen. Angesichts des Ausmaßes des Missbrauchs werden wir aber möglicherweise nicht darum herumkommen.“ Er äußerte sich im Gespräch mit den Zeitungen der Neuen Berliner Redaktionsgesellschaft und der „Rheinpfalz“. Im Abgeordnetengesetz ist festgelegt, dass Parlamentarier keine eigenen Verwandten, Partner oder Ex-Partner auf Kosten der Steuerzahler anstellen dürfen. Die Beschäftigung solcher Personen in anderen Abgeordnetenbüros ist nicht geregelt. Merz sprach sich dafür aus, die AfD nicht nur in der Sache hart zu stellen, sondern sie auch als „die Partei der vermeintlichen Saubermänner und Patrioten“ mit ihrem tatsächlichen Verhalten zu konfrontieren. „Die Partei ist geprägt von einer tief verankerten Filz- und Vetternwirtschaft.“

Amerika verstärkt Militärpräsenz

Das US-Militär zieht im Nahen Osten seine Kräfte zusammen. Die Warnung richtet sich an Teheran.

Von Sofia Dreisbach, Washington, und Friederike Böge, Istanbul

Ein amerikanischer Militäreingriff auf Iran wäre nach Angaben von US-Medien schon am kommenden Wochenende möglich. Präsident Donald Trump soll jedoch noch keine endgültige Entscheidung getroffen haben. Laut Berichten der Sender CNN und CBS wurde der amerikanische Präsident informiert, dass das Militär bereit für einen potentiellen Angriff am Wochenende sei. Demnach gab es am Mittwoch eine Besprechung zu Iran im Situation Room des Weißen Hauses. Trump soll privat sowohl Argumente für als auch gegen einen Militärschlag vorgebracht, Berater und Vertraute zur besten Vorgehensweise befragt haben.

Die Vereinigten Staaten haben ihre Militärpräsenz in der Region in den vergangenen Wochen beträchtlich verstärkt. Trump hatte am Freitag angekündigt, auch den Flugzeugträger USS Gerald R. Ford, das größte Kriegsschiff der Welt, mit drei Zerstörern in Richtung Iran zu schicken. Die USS Abraham Lincoln befindet sich schon vor der Küste Omans.

Nach Informationen der „New York Times“ sind 13 Zerstörer in der oder auf dem Weg in die Region. Außerdem sollen sich auf der jordanischen Muwaffaq Salti Air Base knapp 30 Kampfflugzeuge, neun Reaper-Drohnen und vier Flugzeuge zur elektronischen Kampfführung befinden, die Radar- und Kommunikationssysteme stören können. Flugtrackerdaten wiesen darauf hin, dass Washington in dieser Woche Dutzende weitere Kampf- und Tankflugzeuge in die Region verlegt hat. Grundsätzlich sind im Nahen Osten

30.000 bis 40.000 amerikanische Soldaten stationiert.

Nach Angaben des „Wall Street Journal“ gibt es derzeit die größte Konzentration von Luftstreitkräften in der Region seit der Invasion des Iraks 2003. Die Nachrichtenwebsite Axios schrieb am Mittwoch unter Berufung auf ungenannte Quellen, ein Militärschlag auf Iran wäre im Gegensatz zur Operation in Venezuela im Januar „wahrscheinlich eine massive, wochenlange Kampagne, die eher einem vollwertigen Krieg ähneln würde“. Trump äußerte in einem Beitrag auf seiner Plattform Truth Social, sollte Teheran sich nicht auf ein Abkommen mit den USA einlassen, könne es unter Umständen nötig sein, dass die Vereinigten Staaten die von Großbritannien kontrollierte Insel Diego Garcia im Indischen Ozean für einen Angriff nutzen.

Ein Sprecher des Pentagon wollte sich gegenüber CBS nicht zu den Berichten äußern. Die Sprecherin des Weißen Hauses, Karoline Leavitt, hatte in einer Pressekonzferenz zuvor gesagt, es gebe „viele Gründe“ für einen Angriff auf Iran, doch Diplomatie sei für Trump immer die erste Option. Jared Kushner und der Sonder-

gesandte Steve Witkoff hatten am Dienstag in Genf Verhandlungen mit dem iranischen Außenminister Abbas Araghchi geführt. Anschließend hieß es aus Washington, es gebe noch „viele Details zu klären“. Die Nachrichtenagentur Reuters berichtete, Iran habe sich in Genf bereit vorzulegen, wie es amerikanischen Forderungen begegnen wolle, um den Konflikt beizulegen. Darauf warte man derzeit, sagte ein amerikanischer Regierungsvertreter der Agentur. Unmittelbar nach den Gesprächen war von einer zweiwöchigen Frist die Rede gewesen.

Berichten zufolge soll Außenminister Marco Rubio am 28. Februar nach Israel reisen, um Ministerpräsident Benjamin Netanjahu über den Verlauf der Verhandlungen mit Iran in Kenntnis zu setzen. Laut „New York Times“ soll es auch in Israel „signifikante Vorbereitungen“ für ein mögliches gemeinsames militärisches Vorgehen geben.

Auch in Iran häufen sich die Anzeichen, dass das Land sich auf eine kriegerische Auseinandersetzung einstellt. Am Donnerstag hielten iranische und russische Marineeinheiten eine gemeinsame

Übung in den Gewässern vor der iranischen Südküste ab. Auf einem Video des Staatsfernsehens war zu sehen, wie Soldaten sich von einem Hubschrauber auf das Deck eines Handelsschiffs abseilten, das von Kriegsschiffen eingekreist wurde.

Am Dienstag hatte die Revolutionsgarde nach eigenen Angaben Teile der Straße von Hormus für eine Militärübung gesperrt. Der Name der Übung „Smarte Kontrolle der Straße von Hormus“ war als Drohung zu verstehen, dass Iran im Falle eines amerikanischen Angriffs die Durchfahrt selektiv für bestimmte Tankschiffe sperren könnte. Teheran hofft, Trump mit der Aussicht auf rapide steigende Ölpreise abzuschrecken. Zudem droht das Regime mit Angriffen auf amerikanische Militärstützpunkte und Energieanlagen von US-Verbündeten in der Region. Bereits in den vergangenen Wochen hat Iran eine Anlage auf dem Parchin-Militärgelände südöstlich von Teheran mit Beton verstärkt und Tunnelleingänge der Atomanlagen von Isfahan und Natanz mit Erde geschlossen, wie aus Satellitenbildern hervorgeht. Ziel der Arbeiten ist offenbar, die Auswirkungen möglicher Luftangriffe zu minimieren.



Stärke zeigen: Amerikanische Flugzeugträger Anfang Februar im Arabischen Meer

Foto U.S.-Marine/APF

Frederiksen verspottet

Trump-Vertrauter Graham nennt sie „kleine Dame“

jib. HAMBURG. Getragen von der Hoffnung in ihren Ländern, dass die Grönland-Krise entschärft, das Schlimmste vorbei sei, waren die dänische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen und ihr grönländischer Amtskollege Jens Frederik Nielsen zur Münchner Sicherheitskonferenz gereist. Doch ein Treffen mit einer Reihe amerikanischer Senatoren und Kongressabgeordneter am Samstag dürfte sie eines Besseren belehrt haben. Bei diesem soll der republikanische Senator Lindsey Graham Frederiksen und Nielsen beschimpft und verspottet haben.

Graham, der als Vertrauter und außenpolitischer Einflüsterer des amerikanischen Präsidenten gilt, soll bei dem Treffen Berichten zufolge außer sich geraten sein. Demnach soll er deutlich gemacht haben: Wenn Donald Trump Grönland wolle, würde er es sich nehmen. Zudem bezeichnete Graham Frederiksen als „kleine Dame“, dem grönländischen Regierungschef Nielsen soll er demonstrativ ins Gesicht gegähnt haben, so die dänische Zeitung „Berlingske“. Graham soll mit Schimpfwörtern um sich geworfen haben, von „F-Bomben“ („Fuck“) schreibt das amerikanische Portal „Puck“. Teilnehmer berichteten „Berlingske“ von einem „erschütternden“, „schockierenden“ Auftritt. Frederiksen soll entgegnet haben: „wenn Sie damit fertig sind, kann das Treffen fortgesetzt werden“.

Donald Trump hatte wiederholt seinen Anspruch deutlich gemacht, Grönland besitzen zu wollen. Zuletzt hatte er den Einsatz militärischer Gewalt ausgeschlossen. Derzeit verhandeln Vertreter Dänemarks und der USA im Rahmen einer Arbeitsgruppe über eine Lösung. Doch bleibt man im dänischen Königreich skeptisch. In München wurde die dänische Ministerpräsidentin gefragt, ob die Krise vorbei sei, da Verhandlungen stattfänden. Das glaube sie nicht, sagte

Frederiksen. „Ich denke, dass der Wunsch des US-Präsidenten genau derselbe ist. Er meint es sehr ernst damit.“

Als die Arbeitsgruppe ins Leben gerufen wurde, hieß es zunächst, verhandelt werde auch über einen offenbar von NATO-Chef Mark Rutte ins Spiel gebrachten Vorschlag, angelehnt am Beispiel Zyperns, den USA die Teile Grönlands abzugeben, auf denen Militärbasen sind. Dem Vernehmen nach ist das aber vom Tisch. Dafür, so heißt es in Kopenhagen, seien die Vertreter Dänemarks schon zu weit auf den Bäumen. Dänemark habe zu deutlich gemacht, dass es nicht bereit sei, Souveränität abzugeben. Auch Frederiksen wiederholte in München diese Aussage. Graham wiederum hatte sich in München zuversichtlich gezeigt. Die Gespräche würden zu einer Vereinbarung über mehr US-Militärinfrastruktur führen, sagte er, verband das aber mit der Aussage, „who gives a shit“, wem Grönland gehöre. Derlei dürfte eine Einigung erschweren.

Trotz allem hält Frederiksen zumindest nach außen an der Darstellung fest, die USA seien der wichtigste Verbündete ihres Landes. Das bekräftigte sie etwa Mitte Januar bei einer Veranstaltung. Dänemark hat wie kaum ein anderes westeuropäisches Land die USA in seine Sicherheitsarchitektur eingebunden. Im Nachhinein wäre es besser gewesen, wenn man „eine etwas ausgewogenere Politik verfolgt hätte“ und etwa wie die Niederlande eine enge militärische Zusammenarbeit mit Deutschland eingegangen wäre, sagte dazu nun der langjährige Spitzendiplomat und frühere NATO-Botschafter Michael Zillmer-Johns der Zeitung „Politiken“. Zusammen mit anderen Fachleuten hat er dieses Abrücken von Amerika in eine aktualisierte Fassung des Sicherheitsberichts der Regierung geschrieben – der aber vor der Veröffentlichung gestoppt wurde.

Im Stil Trumps

US-Botschafter wirft Belgien Antisemitismus vor

Der amerikanische Botschafter in Brüssel tritt dieser Tage ganz wie sein Präsident auf. Im Stil Donald Trumps warf Bill White Anfang der Woche auf der Plattform X Belgien Antisemitismus vor. Das „ganze“ Land müsse in dieser Angelegenheit „einen viel besseren Job“ machen. In Großbuchstaben fügte er hinzu: „Insbesondere müsst ihr jetzt die lächerliche und antisemitische ‚Strafverfolgung‘ der drei jüdischen religiösen Persönlichkeiten (Mohels) in Antworten einstellen!“

Belgiens Außenminister konterte ebenfalls auf X, verzichtetet aber auf Großbuchstaben. „Jede Andeutung, Belgien sei antisemitisch, ist falsch, beleidigend und inakzeptabel“, schrieb Maxime Prévot. „Belgien als antisemitisch zu bezeichnen, ist nicht nur falsch, sondern auch gefährliche Desinformation.“ Die Äußerungen Whites seien „inakzeptabel“. Einen Tag später bestellte das belgische Außenministerium White ein.

Hintergrund von Whites Aussagen sind Ermittlungen gegen drei Mohalim, also jüdische Fachleute, die Beschneidungen durchführen. Das ist in Belgien an sich nicht verboten, sofern sie ein Arzt macht. Den Mohalim wird nun vorgeworfen, die Beschneidungen ohne entsprechende medizinische Ausbildung durchgeführt zu haben. Mit seinem Antisemitismus-Vorwurf wiederum hat der US-Botschafter eine Debatte in Gang gesetzt, die mittlerweile über Belgien hinausreicht.

So mischte sich auch der israelische Außenminister Gideon Saar ein und stellte sich auf die Seite Whites. Seit Jahren steige die Zahl der antisemitischen Übergriffe in Belgien, so Saar. Direkt an Prévot gewandt, schrieb er auf X: „Ich verstehe, dass der Spiegel, den Ihnen Botschafter Bill White vorgehalten hat, unangenehm ist, aber man sollte diese Gelegenheit nutzen, um einen genauen Blick in diesen

Spiegel zu werfen und die Realität anzuerkennen.“ Prévot antwortete, dass Belgien seine jüdische Gemeinde mit allen Mitteln schützen werde.

In der Regierungskoalition wurden indes Stimmen laut, die dem Abgeordneten Michael Freilich von der Partei des Ministerpräsidenten (N-VA) vorwerfen, er habe die USA gebeten, in der Sache der Mohalim zu intervenieren. Nach eigenen Angaben sprach er das Thema Beschneidungen bei einem Besuch in Washington an, auch gegenüber einem Berater Trumps. Belgischen Medien zufolge weist er zurück, amerikanischen Druck auf die Föderalregierung gefordert zu haben. Er wolle nun „nach Lösungen suchen, die sowohl die Religionsfreiheit respektieren als auch den höchsten medizinischen Standards entsprechen“. Jüdische Organisationen stellten sich hinter Freilich.

Andere Politiker wiesen darauf hin, dass Antisemitismus in Belgien durchaus ein Problem sei. Der Fall um die Mohalim hatte schon im vergangenen Jahr Staub aufgewirbelt, als mehrere Wohnungen in Antwerpen durchsucht worden waren. Die Polizei reagierte damals Medienberichten zufolge wohl auf den Hinweis eines mutmaßlich antizionistischen Aktivisten und Holocaustleugners.

Belgische Medien wiesen indes darauf hin, dass auch die US-Botschafter in Frankreich und Polen kürzlich innenpolitische Kontroversen auslösten. Und so ging auch Whites „diplomatischer Feldzug“ weiter. In einem Schreiben an Prévot beschwerte er sich über den Vorsitzenden der sozialdemokratischen Partei Vooruit, Conner Rousseau. Dieser hatte in einem Video auf Instagram das harte Vorgehen der US-Einwanderungsbehörde ICE kritisiert. White wirft ihm vor, Trump mit Adolf Hitler verglichen zu haben. (*Siehe Kommentar Seite 10.*) ogl.

Frankfurter Allgemeine

Frankfurter Zeitung
Gründungsherausgeber Reich Welter †

VERANTWORTLICHE REDAKTEURE: Für Innenpolitik: Dr. Jasper von Altenbockum; für Außenpolitik: Dr. Nikolas Busse; für Nachrichten und Politik Online: Andreas Ross, Dr. Kim Björn Becker (stv.), Tatjana Heid (stv.), Anna-Lena Ripperger (stv.); für „Zeitgeschehen“: Dr. Reinhard Müller; für „Die Gegenwart“: Dr. Daniel Deckers; für Deutschland und die Welt: Dr. Alfons Kaiser; für Wirtschaft und Finanzen Online: Alexander Armbruster; für Sport: Anno Hecker, Christoph Becker (stv.); für Sport Online: Tobias Rabe; für Feuilleton: Sandra Kegel, Dr. Matthias Alexander (stv.), Jakob Strobel y Serra (stv.); für Literatur und literarisches Leben: Andreas Plathaus; für Feuilleton Online: Kira Kramer, Kai Spanke (stv.); für Rhein-Main: Manfred Köhler und Jacqueline Vogt (verantwortlich), Marie Lisa Kehler (stv.).

FÜR REGELMÄSSIG ERSCHEINENDE BEILAGEN UND SONDERSEITEN: Beruf und Chance: Britta Beyer; Bildungswelten: Dr. h.c. Heike Schmoll; Der Betriebswirt: Mark Fehr; Der Volkswirt: Dr. Tillmann Neuscheler; Die Lounge: Patrick Welter; Die Ordnung der Wirtschaft: Heike Göbel; Digitalwirtschaft: Alexander Armbruster; Forschung und Lehre: Thomas Thiel; Geisteswissenschaften: Patrick Bahners; Immobilien: Jan Hauser; Jugend schreibt: Dr. Ursula Kals; Jugend und Wirtschaft: Lisa Becker;

Kunstmarkt: Ursula Scheer; Medien: Michael Hanfeld; Menschen und Wirtschaft: Philipp Krohn; Natur und Wissenschaft: Dr. Pia Heinemann und Joachim Müller-Jung; Neue Sachbücher: Tania Martini; Politische Briefe: Thomas Jansen; Recht und Steuern: Corinna Budras; Reiseblatt: Jakob Strobel y Serra; Staat und Recht: Dr. Reinhard Müller; Technik und Motor: Holger Appel; Weltwirtschaft: Dr. Christoph Hehn.

Bildredaktion: Henner Flohr; **Chefin vom Dienst:** Dr. Elena Geus; **Grafische Gestaltung:** Holger Windfuhr (Art Director), Benjamin Boch (stv.).

ARCHIV: Olivera Kipic.

DIGITALE PRODUKTE: Cai Tore Philippsen (verantwortlicher Redakteur), Dr. Holger Schmidt (verantwortlicher Redakteur Newsletter und Verticals), Ina Lockhart, Andreas Brand (Social Media und Video), Robert Wenkemann (Art Director), Nina Hewelt (Stv./Koordinatorin Informationsgrafik), Andreas Krobok (Audio), Felix Hooß (Paywall).

GESCHÄFTSFÜHRUNG: Thomas Lindner (Vorsitzender), Dr. Volker Breid.

DIGITALE PRODUKTION UND VERTRIEB: Nico Wifler, Marina Sorg (stv.), Dr. Tobias Fredebeul-Krein (stv.).

ANZEIGEN: Ingo Müller (verantwortlich) und Jürgen Maukner, REPUBLIC Marketing & Media Solutions GmbH, Mittelstraße 2–4, 10117 Berlin, www.republic.de.

HERSTELLER: Andreas Gierth.

MONATSBEZUGSPREIS: Inland: Abonnement Frankfurter Allgemeine Zeitung 83,90 € (85,90 € inkl. FAZ+); einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 92,90 € (94,90 € inkl. FAZ+); Abonnement Digitale Frankfurter Allgemeine Zeitung 48,90 €; einschließlich Digitale Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 52,90 €. Abonnenten der

gedruckten Zeitung erhalten für einen Aufpreis von 13,00 € die digitalen Ausgaben der FAZ und Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Darin enthalten ist außerdem der vollständige Zugang zur Website FAZ.NET (FAZ+). Mehr Informationen zu allen Angeboten und Preisen (z. B. für junge Leser, Geschäftskunden, Digital- und Auslandsabonnements) im Internet unter abo.faz.net. Ihre Daten werden zum Zweck der Zeitungszustellung an Zustellpartner und an die Medienservice GmbH & Co. KG, Pariser Straße 1, 60486 Frankfurt am Main, übermittelt. Gerichtsstand ist Frankfurt am Main.

NACHDRUCKE: Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Zeitung oder der in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen, besonders durch Vervielfältigung oder Verbreitung, ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar, soweit sich aus dem Urhebergesetz nicht anderes ergibt. Besonders ist eine Einspeicherung oder Verbreitung von Zeitungsinhalten in Datenbanksystemen, zum Beispiel als elektronischer Pressespiegel oder Archiv, ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.

Sofern Sie Artikel dieser Zeitung nachdrucken, in Ihr Internet-Angebot oder in Ihr Intranet übernehmen oder per E-Mail versenden wollen, können Sie die erforderlichen Rechte bei der F.A.Z. GmbH online erwerben unter www.faz-rechte.de. Auskunft erhalten Sie unter nutzungsrechte@faz.de oder telefonisch unter (069) 75 91-29 01. Für die Übernahme von Artikeln in Ihren internen elektronischen Pressespiegel erhalten Sie die erforderlichen Rechte unter www.presse-monitor.de oder telefonisch unter (0 30) 28 49 30, PMG Presse-Monitor GmbH.

© FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG GMBH, FRANKFURT AM MAIN

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH behält sich eine Nutzung ihrer Inhalte für kommerzielles Text- und Data-Mining im Sinne von § 44b UrhG ausdrücklich vor. Für den Erwerb einer entsprechenden Nutzungslizenz wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@faz.de.

DRUCK: Pressedruck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Straße 24, 14473 Potsdam; Süddeutscher Verlag Zeitungsdruck GmbH, Zamdorfer Straße 40, 81677 München; VRM Druck GmbH & Co. KG, Alexander-Fleming-Ring 2, 65428 Rüsselsheim; Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG, Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel.

Amtliches Publikationsorgan der Börse Berlin, Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, Frankfurter Wertpapierbörse, Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg, Niedersächsischen Börse zu Hannover, Börse München, Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart

ANSCHRIFT FÜR VERLAG UND REDAKTION: Postadresse: 60267 Frankfurt am Main, Hausanschrift: Pariser Straße 1, 60486 Frankfurt am Main; zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

ZENTRALE: (0 69) 75 91-0.

KUNDENSERVICE: aboservice@faz.de,

Telefon: (0 69) 75 91-10 00 oder unter www.faz.net/meinabo.

ANZEIGENSERVICE: anzeigenannahme@m-s-medienservice.de oder Telefon: (0 69) 75 91-33 44.

BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER: leserbrieue@faz.de

Warten auf die USA

Washington kritisiert Londoner Chagos-Deal

Lt. LONDON. Der amerikanische Präsident Donald Trump hat die britischen Bemühungen neuerlich in Zweifel gezogen, das Archipel der Chagos-Inseln an Mauritius abzugeben. Die britische Regierung hatte dazu einen Übergabe-Vertrag mit Mauritius geschlossen, das völkerrechtliche Ansprüche auf das Archipel erhebt. Der Vertrag sichert zudem den Bestand der von Briten und Amerikanern gemeinsam genutzten Luftwaffen- und Marinebasis Diego Garcia gegen die Zahlung einer zweistelligen Milliardensumme für mindestens 99 Jahre. Die dort lebenden Einwohner, die meist indische und französische Wurzeln haben, waren vor rund 60 Jahren zwangsweise umgesiedelt worden; die meisten leben jetzt auf Mauritius und in Großbritannien. Der Vertrag sieht nicht ihre Rückkehr vor, soll ihnen aber das Leben an ihren gegenwärtigen Wohnorten erleichtern. Das Archipel liegt rund 500 Kilometer südlich der Malediven im Indischen Ozean.

Die Verhandlungen über die Rückgabe der Inseln und die Sicherung des Stützpunkts waren von der konservativen Regierung des ehemaligen Premierministers Rishi Sunak begonnen und von der gegenwärtigen Labour-Regierung von Keir Starmer im vergangenen Mai zum Abschluss gebracht worden. Der Vertrag ist vereinbart, aber auf britischer Seite noch nicht ratifiziert worden. Die britische Seite gab an, vor einer Inkraftsetzung des Vertrags sei das Einverständnis Washingtons notwendig.

Nach dem Wiedereinzug von Trump ins Weiße Haus vor rund einem Jahr gab dessen Außenministerium an, es billige die Abmachungen mit Mauritius. Doch im Januar nannte Trump den Vertrag einen „Akt großer Dummheit“ und „vollkommener Schwäche“. Wenige Tage später äußerte Trump dann, vermutlich sei das Abkommen der beste Deal, der den Briten möglich gewesen sei. Auf dieses mutmaßliche Einverständnis folgte jedoch in dieser Woche abermals eine Aufforderung Trumps an den britischen Premierminister Starmer, „die Inseln nicht wegzugeben“. Trump nannte die Vereinbarung außerdem „eine Schande für unseren großen Alliierten“. Er stellte die Bedeutung des Stützpunktes im Indischen Ozean in einen Zusammenhang mit möglichen militärischen Schlägen gegen Iran. Das amerikanische Außenministerium hatte tags zuvor noch gutgeheißen, dass der Militärstützpunkt gesichert sei und von den Vereinigten Staaten „dauerhaft genutzt werden“ könne. Erst am Dienstag hatte es außerdem mitgeteilt, dass Regierungsvertreter aus Washington kommende Woche zu bilateralen Gesprächen nach Mauritius reisen.

Das Londoner Außenministerium stellte, ohne auf Trumps jüngste Äußerung einzugehen, am Donnerstag fest, der Vertrag über die Abgabe der Inseln sei „von entscheidender Bedeutung für die Sicherheit des Vereinigten Königreiches und unserer wichtigsten Alliierten“. Das erreichte Abkommen sei „der einzige Weg, die langfristige Zukunft der lebenswichtigen Militärbasis“ zu sichern.

Unterdessen sind vier frühere Einwohner der Chagos-Inseln, die von Sri Lanka aus aufbrachen und am Montag auf einer entlegenen Insel des Archipels ankamen, von einem britischen Patrouillenboot zur Abreise aufgefordert worden. Die britischen Behörden überreichten den Rückkehrern strafbewehrte Ausweisungs-Anordnungen. Die Reise der ehemaligen Bewohner, von denen einer sich zum „Ersten Minister von Chagos“ erklärte, war von Adam Holloway mitorganisiert worden – einem früheren britischen konservativen Unterhaus-Abgeordneten, der mittlerweile Nigel Farages Partei Reform UK angehört.

Mit einem außergewöhnlichen Gefühlsausbruch hat der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj auf Verlauf und Ausgang der jüngsten Gespräche in Genf über ein Ende des russischen Angriffs-kriegs gegen sein Land reagiert. „Ich brauche keinen historischen Scheiß, um diesen Krieg zu beenden und zur Diplomatie überzugehen“, schrieb Selenskyj auf der Plattform X. „Das ist nur noch Hinhalte-taktik. Ich habe genauso viele Geschichts-bücher gelesen wie Putin“, erklärte Selenskyj über den russischen Herrscher. „Und ich habe viel gelernt.“ Er wisse mehr über Russland als Putin über die Ukraine, hob Selenskyj hervor, der vor seinem Einstieg in die Politik als Schauspieler und Moderator auch in Russland große Beliebtheit erlangt hatte. So präsentierte er eine traditionelle Silvestergala im russischen Staatsfernsehen, bei der ihm ein heutiger Kriegspropagandist Putins, Wladimir Solowjow, zujubelte. Putin sei nur selten in der Ukraine gewesen, und wenn, dann nur in Großstädten, so Selenskyj. Er dagegen sei auch in russischen Kleinstädten gewesen, „vom Norden bis zum Süden, überall. Ich kenne ihre Mentalität“, die Russen hätten sich entschieden, dass sie „einen neuen Zaren“ bräuchten. Das sei ihre Sache, doch für die Ukraine gehe es um Sicherheit. „Gegen uns wird ein großer Krieg geführt, es geht um unser Leben.“ Er wolle deshalb nur darüber sprechen, wie dieser Konflikt bestmöglich gelöst und der Krieg „schnellstmöglich beendet“ werden könne.

Zuvor waren die Gespräche in Genf zwischen der Ukraine, Russland und den USA offenbar ergebnislos zu Ende gegangen. Die zweite Verhandlungsrunde am Mittwoch wurde bereits nach zwei Stunden beendet. Rustem Umjerow, der Verhandlungsführer der ukrainischen Delegation und Leiter des Nationalen Sicherheitsrats, sprach im Anschluss lediglich vage von „Fortschritten“, die erreicht wurden, nannte jedoch keine Details. Vielmehr soll die ukrainische Delegation abermals von Geschichtsvorträgen des russischen Verhandlungsführers Wladimir Medinskij genervt gewesen sein.

Putins Kulturbereiter hat Bestseller über „Mythen“ verfasst, mit denen der Westen Russland schon immer habe kleinhalten wollen, und leitet die neoimperiale „Russische Militärhistorische Gesellschaft“, die den Diktator Stalin verkörpert. In der Ukraine wird diese Art der Gesprächsführung als Hinhalten empfunden, weil Russland



Keine Fortschritte: Die Unterhändler Russlands, der USA und der Ukraine am Dienstag in Genf Foto Schweizer Außenministerium/upa

Krieg für die Ukrainer, Billionen für Trump

Moskau nutzt die Verhandlungen in Genf, um Washington zu umwerben – auch mit absurden Geschäftsideen.

Von Stefan Locke, Kiew, und Friedrich Schmidt

auf diese Weise der amerikanischen Seite Gesprächsbereitschaft suggeriere, aber keinerlei Schritte zur Lösung des Konflikts gehe. Dennoch will sich Kiew weiteren Gesprächen nicht verschließen. Laut Selenskyj werde ein weiteres Treffen in der Schweiz stattfinden, an dem die Ukraine „selbstverständlich teilnehmen“ werde. Zugleich bekräftigte er, dass die Ukraine kein Gebiet an Russland abtreten oder sich aus derzeit von ihr kontrolliertem Gebiet

wie dem Donbass zurückziehen werde. Tausende Ukrainer seien getötet worden, als sie diesen Teil der Ukraine verteidigten, sagte Selenskyj einem britischen Journalisten. „Wir müssen verstehen, dass der Donbass Teil unserer Unabhängigkeit ist“, so der Präsident. „Es geht nicht nur um Territorien. Es geht um Menschen.“

Der Kreml bleibt weiter bei der Linie, den Angriffskrieg fortzuführen, nicht von Putins Maximalforderungen abzurücken,

Trump zu umwerben und die Europäer zu kritisieren. Offiziell beschränkte sich Medinskij in Genf auf die Aussage, die Verhandlungen seien „schwer, aber sachlich“ gewesen. Putins Sprecher wollte am Donnerstag nicht mehr sagen. Alexandr Gruschko, ein stellvertretender Außenminister, wies neuerlich „Aufrufe der Europäer, an den Verhandlungstisch gelassen zu werden“, zurück, und griff Putins Darstellung dieser Gegner als Kriegstreiber

auf. Denn für Moskau sind weiter allein die Amerikaner der Verhandlungspartner, von dem man sich Impulse erhofft, die für Putins Kriegsziele in der Ukraine und darüber hinaus günstig sind. Es geht darum, Trump einzureden, nicht Putin, sondern Selenskyj und dessen europäische Unterstützer seien schuld daran, dass sich weiter kein Ende des Krieges abzeichnet, das der US-Präsident angeblich bis Juni erreichen will. Um Trump für Putin einzunehmen, nutzt dieser die bilateralen, russisch-amerikanischen Gespräche, die 2025 begannen und nun die trilateralen Begegnungen flankieren.

Putins Mann dafür ist der in den USA ausgebildete Kirill Dmitrijew, der als Leiter des Staatsinvestitionsfonds RDIF wie ein Wirtschaftslenker wirkt, aber ebenso in Putins Machtapparat eingebunden ist wie andere Funktionäre. Auch in Genf war Dmitrijew dabei, zuvor in Abu Dhabi, oft reist er in die USA, und wenn Trumps Emissäre nach Russland kommen, ist Dmitrijew dabei, holt sie am Flughafen ab, führt sie zum Essen aus. Seine Rolle ist es, Trump mit Wirtschaftsideen zu ködern, und seien es ökonomisch absurde wie ein Tunnel unter der Beringstraße zwischen Russlands äußerstem Nordosten und Alaska. Über Dmitrijew als Sondergesandten beeinflusste Moskau auch im Herbst Trumps Entwurf für einen „Friedensplan“. Selenskyj sagte jüngst, Russland habe den USA in einem „Dmitrijew-Paket“ Geschäfte im Umfang von zwölf Billionen Dollar in Aussicht gestellt, wenn Sanktionen gelockert würden. Die Summe wäre rund sechsmal höher als Russlands Bruttoinlandsprodukt. Die Übertreibung diene dazu, Trumps Interesse zu gewinnen, schrieb nun „The Economist“.

In einem Post auf der Plattform X, die Dmitrijew in Russland zensurbedingt über VPN-Umweg nutzen muss, bezeichnete er den Bericht der Zeitschrift als „Fake News“, behauptete aber, das „Potential von US-Russland-Projekten“ belaufe sich gar auf „mehr als 14 Billionen Dollar“. Dabei zählt der Artikel von geographischen bis zu politischen Faktoren etliche Gründe dafür auf, warum Putins Russland „nur geringes Potential für ein neues El Dorado“ habe, hebt aber hervor, Personen, die Trump nahestehen, könnten für sich selbst lukrative Geschäfte dort sichern. Zitiert wurde ein „Insider“ in Washington, einige dieser Personen hätten mit Kreml-Emissären über Vorstandspositionen in russischen Unternehmen gesprochen. Zudem könnten Bau- und Pipelineprojekte einige Taschen füllen.

Bericht: CIA kannte Pläne

Eingeweicht in Sabotage von Nord Stream?

jib. HAMBURG. Der amerikanische Geheimdienst CIA soll früh von den ukrainischen Plänen, die Nord-Stream-Pipelines zu sprengen, gewusst haben. Er soll die Pläne befürwortet sowie – nach deren Auffliegen – erfolglos versucht haben, sie zu stoppen. Das berichtet die Zeitschrift „Spiegel“ unter Berufung auf „Eingeweichte“ in der Ukraine.

Demnach hatten ukrainische Spezialisten für Sabotageaktionen die CIA von den Plänen zur Sprengung der Ostseepipelines im Frühjahr 2022 in Kiew informiert. Operation „Diameter“ nannte sich dem Bericht zufolge das Projekt, das ein Anbringen von Bomben an den Pipelines durch Taucher vorsah. Immer wieder soll es Treffen mit den Amerikanern gegeben haben, bei denen diese Zustimmung signalisiert und den Eindruck erweckt haben sollen, sie könnten bei der Finanzierung helfen.

Nachdem der niederländische Geheimdienst dann im Sommer 2022 von den Plänen erfuhr und dies unter anderem an den BND weitergab, versuchte die CIA dem Bericht zufolge, die Umsetzung zu verhindern. Auch indem der Geheimdienst im ukrainischen Präsidialamt vorsprach. Doch seien die Warnungen erfolglos verhallt. Eine CIA-Sprecherin bezeichnete die Darstellung laut „Spiegel“ als „komplett und völlig falsch“. Ende September 2022 waren drei der vier Pipelinedränge explodiert.

Laut dem Bericht hatte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj die Pläne nicht abgesegnet. Dem entgegen stehen frühere Berichte des „Wall Street Journal“, wonach Selenskyj dem Vorhaben zunächst zugestimmt, es dann aber erfolglos versucht haben soll, zu stoppen. In Hamburg sitzt derzeit der Ukrainer Serhij K. in Untersuchungshaft, der an der Sprengung beteiligt gewesen sein soll. Er soll zusammen mit anderen Ukrainern per Tauchgang Sprengsätze an den Pipelines angebracht haben.

Vorgeschobene Abhängigkeit?

Ungarn, die Slowakei und das russische Öl / Von Alexander Haneke, Wien

Seit dem 27. Januar fließt kein russisches Öl mehr durch die Druschba-Pipeline in Richtung Slowakei und Ungarn. Am Mittwoch rief der slowakische Ministerpräsident Robert Fico nun den Notstand für die Ölversorgung aus und gab 250.000 Tonnen aus der Notreserve frei. Versehen war die Maßnahme mit der Drohung in Richtung Kiew, die Stromlieferungen ins Nachbarland einzustellen, sollte die Ukraine den Betrieb der Pipeline nicht wieder aufnehmen, zu dem sie trotz des russischen Angriffs vertraglich verpflichtet ist.

Fico stellte auch Kiews Begründung für den anhaltenden Stopp infrage, wonach die Pipeline durch einen russischen Angriff nahe der ukrainischen Stadt Brody beschädigt sei. Denn Geheimdienstinformationen zufolge seien die Reparaturarbeiten längst abgeschlossen. Dem sprang Ungarns Außenminister Péter Szijjártó bei, indem er von einer „politischen Entscheidung“ Kiews sprach, die Lieferungen nicht wieder aufzunehmen. Bis wieder Öl durch die Druschba fließe, stelle Ungarn seine Diesellieferungen in die Ukraine ein, sagte Szijjártó.

Hintergrund des Streits ist nicht nur, dass die Slowakei und Ungarn genau jene beiden Länder sind, die trotz des russischen Überfalls auf die Ukraine weiter an ihren guten Beziehungen zu Moskau festhalten und sich mit aller Macht gegen das von 2027 geltende generelle Importverbot für russisches Rohöl in die EU stemmen. Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán steht vor der Parlamentswahl am 12. April mit dem Rücken zur Wand und hat die Folgen des Ukrainekriegs zu seinem zentralen Wahlkampfthema erkoren, um von der Unzufriedenheit vieler Ungarn mit Misswirtschaft und hohen Preisen abzulenken. Jede Eskalation im Streit mit Brüssel und Kiew, denen Orbán vorwirft, Ungarn in einen Krieg mit Moskau hineinziehen zu wollen, kommt ihm offenbar gelegen. Anfang Februar bezeich-

nete er die Ukraine sogar als „Feind“, solange Kiew in Brüssel verlange, „dass Ungarn von der billigen russischen Energie abgeschnitten“ werde.

Die Warnung vor höheren Preisen trifft bei vielen Ungarn einen Nerv. Auch Oppositionsführer Péter Magyar, der versucht, ungarische Interessen trotz guter Beziehungen zu Brüssel nicht aufzugeben, spricht sich gegen ein Importverbot für russisches Öl aus und wirbt stattdessen für eine Diversifizierung, um die Abhängigkeit zu reduzieren.

Dabei dreht sich alles um die Frage, inwieweit Ungarn und die Slowakei wirtschaftliche Alternativen zum russischen Öl haben. Beide Staaten verweisen auf ihre Geographie als Binnenland und die historisch gewachsenen Liefer Routen. Als im Herbst auch die US-Regierung den russischen Lieferweg durch Sanktionen gegen die Ölkonzerne Rosneft und Lukoil bedrohte, konnte Orbán aufgrund seiner persönlichen Beziehung zu Donald Trump eine Ausnahme erreichen. Trump wiederholte anschließend Orbáns Verweis auf die „Geographie“, die man nicht ändern könne.

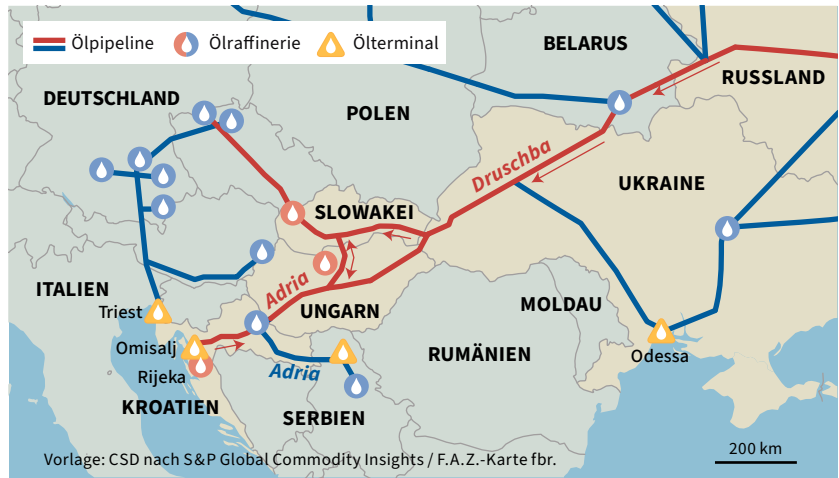
Doch viele Fachleute halten das für vorgeschoben. Eine aktuelle Studie des bulgarischen „Center for the Study of Democracy“ (CSD) verweist etwa darauf, dass Ungarn vor Beginn der Vollinvasion nur 61 Prozent seiner Rohölimporte aus Russland bezog, diesen Anteil aber bis 2025 auf gut 92 Prozent steigerte. Ungarn rechtfertigt das stets mit dem Argument, im Interesse der heimischen Wirtschaft und Verbraucher auf das günstigste Angebot zurückzugreifen. Doch das CSD verweist darauf, dass die Verbraucherpreise an ungarischen Tankstellen (im Gegensatz zu den tatsächlich günstigen Gaspreisen in Ungarn) keineswegs niedriger seien als in den Nachbarländern, und sogar höher als in der Tschechischen Republik, die trotz vergleichbarer Binnenlage kein russisches Öl mehr bezieht. Eigentlicher Gewinner sei daher der ungarische Energiekon-

zern MOL, der seine Profite enorm gesteigert habe.

Delikat ist nun, dass Budapest und Bratislava (Pressburg) durch den Lieferstopp in der Druschba-Linie gezwungen sind, auf jene alternative Route zurückzugreifen, von der sie bislang behauptet haben, dass sie keine Alternative ist. Anfang der Woche gaben Ungarn und die Slowakei bekannt, dass sie Kroatien gebeten hätten, den Transport von russischem Tankeröl durch die Adria-Pipeline zu genehmigen, die ihre Raffinerien mit der kroatischen Küste verbindet. Das ist mit Blick auf die EU-Sanktionen zwar rechtlich heikel, aber im Fall von unverschuldeten Lieferunterbrechungen grundsätzlich möglich. Außenminister Szijjártó sagte, Ungarn habe bereits 500.000 Tonnen russisches Öl für den Seetransport bestellt, die im März in kroatischen Häfen anlanden könnten. Doch Kroatien zeigt bislang wenig Interesse, russisches Tankeröl weiterzuleiten, da auf dem Seeweg offenkundig auch andere Bezugsquellen offenstünden.

Szijjártó vergaß bei in seinem Statement derweil nicht den Hinweis, dass die Adria-Pipeline nur eine „ergänzende“ Rolle bei der Versorgung Ungarns spielen könne. Das entspricht der ungarischen Darstellung, dass die kroatische Leitung die russischen Lieferungen nicht ersetzen könnte, sowohl was die Kapazitäten als auch die technischen Spezifikationen ungarischer Raffinerien angeht, die auf russisches Rohöl ausgelegt seien. Dem Kapazitätsargument hat der kroatische Pipelinebetreiber JANAF bereits widersprochen und auf aktuelle Testungen verwiesen. Dass bislang nur wenig Öl nach Ungarn fließe, liege allein an der geringen Nachfrage. Im Herbst hatte auch die MOL selbst erklärt, dass man zumindest 80 Prozent des Bedarfs über die Adria-Linie beziehen könnte, aber auf technische Risiken abgestellt.

Auch das bulgarische CSD kommt zu dem Schluss, dass die Kapazität der Adria-Verbindung von gut 14 Millionen Tonnen pro Jahr für den Bedarf Ungarns und der Slowakei ausreichen; die Autoren verweisen zudem auf die Möglichkeit, zusätzlich die Pipeline-Verbindung zwischen dem ukrainischen Hafen Odessa und Brody wiederherzustellen, wodurch nicht-russisches Öl in ähnlicher Menge in das letzte Teilstück der Druschba geleitet werden könnte. Das Argument technischer Schwierigkeiten bei der Verarbeitung lassen viele Experten ohnehin nur bedingt gelten, da auch viele andere Staaten gezeigt hätten, dass die Umstellung ihrer Raffinerien auf nicht-russisches Öl möglich ist, wenn auch unter bestimmten Kosten. Doch Ungarn hatte vor dem Krieg schließlich fast 40 Prozent seines Bedarfs aus anderen Quellen bezogen.



Folge 81

Wie senke ich das Krebsrisiko?

Die Schwarzwald-klinik

informiert

Die Forschung ist sich einig, gesünder leben ist die beste Krebsvorsorge! Und ab 50 zum **kostenlosen Darmcheck**.

FELIX BURDA STIFTUNG

Lebenslange Haft für Yoon

Der frühere südkoreanische Präsident hatte das Kriegsrecht ausgerufen, um mehr Macht zu gewinnen. Reue zeigte er bis zuletzt nicht.

Von Jochen Stahnke, Peking

Äußerlich gefasst nahm Yoon Suk-yeol sein Strafmaß entgegen, am Ende scherzte er mit seinen Anwälten. Der Vorsitzende Richter Ji Gwi-yeon verurteilte den früheren südkoreanischen Präsidenten zu lebenslanger Haft mit Arbeitsauflagen. Yoon entging damit der von der Staatsanwaltschaft beantragten Todesstrafe.

Richter Ji sprach Yoon für schuldig, einen Aufstand angeführt zu haben, als der damalige Präsident im Dezember 2024 das Kriegsrecht verhängt, politische Betätigung verboten und den militärischen Befehl zur Besetzung des Parlaments und der Wahlbehörde erteilt habe. „Yoons aufrührerische Taten haben die Grundwerte der Demokratie grundlegend untergraben“, sagte Richter Ji.

Yoon habe zudem persönlich die Verhaftung des damaligen Oppositionsführers und heutigen Präsidenten Lee Jae-myung angeordnet. Yoon sei für die gewaltsame Unterdrückung des Parlaments verantwortlich, habe die verfassungsmäßige Ordnung untergraben und sein Amt missbraucht. Das Urteil gegen Yoon gilt als wichtige Wegmarke der mittlerweile fast vier Jahrzehnte alten Demokratie in Südkorea.

Yoon dagegen hatte in seinem Schlussplädoyer argumentiert, dass sein Dekret zum Ausnahmezustand in seine rechtmäßigen präsidenten Befugnisse gefallen sei. Er habe das Dekret als „Weckruf an die Öffentlichkeit“ gedacht gegen die „legislativen Übergriffe der Opposition“. Die Oppositionsparteien hatten zu dieser Zeit

die Mehrheit im Parlament und erschweren ihm das Regieren. Yoon sagte, er habe nicht die Absicht gehabt, über Südkorea eine Militärherrschaft zu errichten.

Dem folgten die Richter am Donnerstag nicht. Neben Yoon verurteilten sie auch den damaligen Verteidigungsminister Kim Yong-hyun, den früheren Polizeichef Cho Ji-ho und den damaligen Militärgeschäftsdienstchef Roh Sang-won. Eine Entschuldigung für seine Taten versuchte der 65 Jahre alte Yoon auch am Donnerstag nicht. Richter Ji begründete die harte Strafe in Teilen auch mit der fehlenden Reue Yoons. Gleichwohl seien Yoons Alter sowie seine Zurückhaltung beim Befehl der Anwendung scharfer Schusswaffen Gründe, die Todesstrafe nicht zu verhängen.

Die Todesstrafe ist in Südkorea zwar weiter in Kraft, wurde aber seit 1997 nicht mehr vollstreckt. Der Verhandlungssaal 417, in dem das Urteil gegen Yoon verlesen wurde, ist dabei ein geschichtsträchtiger Ort. Hier war 1996 auch der frühere Putschgeneral Chun Doo-hwan 1996 zum Tode durch den Strang verurteilt worden; er wurde ein Jahr später begnadigt. Chun war verantwortlich für ein Massaker in Gwangju, das Soldaten 1980 an Hunderten Freiheitsanhängern verübt hatten. So war es auch das Gespenst der Militärdiktatur des 1987 gestürzten Machthabers Chun, das Ende 2024 Tausende Koreaner auf die Straße trieb, nachdem Präsident Yoon das Kriegsrecht verhängt hatte.

Der Ausnahmezustand währte dann nur wenige Stunden. Das lag am halb-



Anführer des Aufstands: Zuschauer verfolgen die Übertragung des Urteils gegen Yoon in Seoul.

Foto Reuters

herzigen Eingreifen der mobilisierten Truppen und an den freien Medien, die trotz einer Nachrichtensperre weiter berichteten. Nicht zuletzt lag es auch an der Geistesgegenwart der eilig in die Nationalversammlung geeilten Parlamentarier, die in der Nacht vom dritten auf den vierten Dezember das notwendige Quorum und die erforderliche Mehrheit zur Aufhebung des Ausnahmezustands erreichten. Sinnbild wurde der damalige Oppositionsführer der Demokratischen Partei Lee Jae-myung, der über ein Geländer des vom Militär und Polizeikräften abgeriegelten Parlamentsgeländes kletterte, um in den Plenarsaal zu gelangen.

Nach Absetzung und Anklage Yoons und der vorgezogenen Präsidentenwahl wurde der Zentrumspolitiker Lee Präsident Südkoreas und genießt seitdem Zustimmungswerte von rund 65 Prozent. Zu dem Urteil wollte sich Lee am Donnerstag zunächst nicht äußern. Zu Beginn des Tags aber pries Lee die Südkoreaner abermals dafür, die Kriegsrechtsaktion friedlich vereitelt zu haben.

Yoons konservative Volksmachtpartei (PPP) dagegen ist tief gespalten. Ein Lager hält weiter zu ihm, Anhänger demonstrierten am Donnerstag zu Hunderten vor dem Gerichtsgebäude. Das andere konservative Parteilager steht für einen demokratischen Neuanfang; im März will sich die PPP einen anderen Namen geben. Ein Neuanfang steht ohnehin an, denn neben Yoon wurde schon eine Reihe von Weggefährten verurteilt. So verhängte ein anderes Gericht bereits gegen den damaligen Ministerpräsidenten Han Duck-soo 23 Jahre Haft wegen Beihilfe zu einem Staatsstreich. Der damalige Innenminister Lee Sang-min erhielt sieben Jahre Haft wegen Beihilfe in einer nachgeordneten Rolle.

Ebenfalls verurteilt wurde schon die Ehefrau Yoons, Kim Keon-hee. Sie galt

als besonders einflussreich auch auf das politische Wirken ihres Mannes. Ende Januar wurde Kim zu zwanzig Monaten Haft wegen Korruption verurteilt. Sie hatte von der politisch aktiven rechts-populistischen „Vereinigungskirche“ für mutmaßliche politische Gefälligkeiten eine Chanel-Handtasche und eine Halskette im Wert von mehreren Zehntausend Euro angenommen. Zwei weitere Strafverfahren gegen sie laufen noch.

Kim war zwar nicht vorgeworfen worden, an Yoons Kriegsrechtserlass mitgewirkt zu haben. Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft sei der damalige Präsident Yoon aber auch ihrerwegen den Schritt in den Ausnahmezustand gegangen: Er habe seine Frau vor Ermittlungen schützen wollen, welche von der parlamentarischen Opposition vorangetrieben worden waren.

Yoon wiederum war bereits im Januar in einem separaten Verfahren wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und weiterer Delikte zu fünf Jahren Haft verurteilt worden. Eine Reihe weiterer Verfahren wegen seiner Kriegsrechtsaktion ist noch anhängig. Gegen sein Urteil vom Donnerstag kann Yoon binnen einer Woche Berufung einlegen.

Kritik an Vorwürfen gegen Albanese

Nach Rücktrittsorderungen mehrerer Länder gegen UN-Sonderberichtsteratterin

Mehr als 150 ehemalige europäische Diplomaten und Abgeordnete haben den französischen Außenminister Jean-Noël Barrot aufgefordert, seine „unzutreffenden“ Äußerungen über die UN-Sonderberichtsteratterin für die palästinensischen Gebiete, Francesca Albanese, zurückzunehmen. Frankreich, Deutschland und weitere Länder hatten der italienischen Juristin zuvor antisemitische Äußerungen vorgeworfen und ihren Rücktritt gefordert.

Albanese hatte die Vorwürfe als „Manipulation“ und „völlig falsch“ zurückgewiesen. Im italienischen Fernsehen sprach sie von einem „beispiellosen Angriff“ gegen eine Expertin der Vereinten Nationen. „Alles, was über mich gesagt wurde, ist falsch und daher diffamierend“, so Albanese weiter.

Auslöser der Kontroverse war eine Rede Albaneses auf einem Forum des qatarischen Nachrichtensenders Al Jazeera gewesen. Der UN-Sonderberichtsteratterin wurde vorgeworfen, Israel darin als „gemeinsamen Feind der Menschheit“ bezeichnet zu haben. Die

Echtheit eines Videos, auf das sich Kritiker dabei bezogen, steht allerdings infrage. Laut dem Portal „euronews“ sei Albaneses Stimme in dem durch Künstliche Intelligenz manipulierten Video-clip offenbar so verändert worden, dass der Eindruck entstehe, sie habe gesagt, Israel sei der „gemeinsame Feind der Menschheit“. In der Originalversion spricht Albanese zwar ebenfalls von einem „gemeinsamen Feind“, nennt aber in diesem Satz nicht den Namen Israel. Auch ein Transkript der Rede, das der Nachrichtenagentur Reuters vorliegt, enthält diese Formulierung nicht.

Albanese selbst verteidigte sich mit den Worten, der „gemeinsame Feind der Menschheit“ seien „das System, das den Genozid in Palästina ermöglicht“ habe, und das Kapital, das ihn finanziere. Dass Israel der gemeinsame Feind der Menschheit sei, habe sie jedoch „nie“ behauptet.

Die ehemaligen Diplomaten und Abgeordneten, die Albanese nun verteidigen, kritisieren in einem offenen Brief die „Verwendung unzutreffender und mani-

Verbrechen der RSF-Miliz

UN: Anzeichen eines Völkermords in Sudan

mei. TEL AVIV. Eine von den Vereinten Nationen eingesetzte Untersuchungsmission ist zu dem Schluss gekommen, dass die Eroberung der sudanesischen Stadt Al-Faschir durch die RSF-Miliz im Herbst vergangenen Jahres „Anzeichen eines Völkermords“ aufweise. Am 26. Oktober hatten Milizionäre der „Schnellen Unterstützungskräfte“ die Hauptstadt des Bundesstaats Nord-Darfur eingenommen. Sie hatten die Stadt, die letzte Hochburg der sudanesischen Armee (SAF) in der Region, zuvor anderthalb Jahre lang belagert. Bei der Eroberung wurden Tausende Menschen getötet; die genaue Zahl ist unklar. Es kam zu Plünderungen, Verhaftungen, Misshandlungen, Vergewaltigungen und Folter. In Al-Faschir lebten vor allem Angehörige der Volksgruppen der Zaghawa und Fur, wohingegen die RSF von Arabern dominiert werden.

In dem am Donnerstag veröffentlichten Bericht der „Unabhängigen internationalen Untersuchungsmission für Sudan“ heißt es, bei der Einnahme Al-Faschirs seien Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verübt worden. Darüber hinaus wiesen die Gräueltaten ein Muster auf, welches „die Absicht der Schnellen Unterstützungskräfte offenbart, die Gemeinschaften der Zaghawa und Fur ganz oder teilweise zu vernichten“. Die in und um Al-Faschir begangenen Verbrechen seien „keine zufälligen Kriegsauswüchse“ gewesen, sagte der Vorsitzende der Mission Mohamed Chande Othman. „Sie waren Teil einer geplanten und organisierten Operation, die die charakteristischen Merkmale eines Völkermords aufweist.“

Von der sudanesischen Regierung sowie den RSF gab es zunächst keine Stellungnahme zu dem Bericht der Mission, die vom UN-Menschenrechtsrat eingesetzt worden ist. Beiden Seiten in dem im April 2023 ausgebrochenen Bürgerkrieg sind Kriegsverbrechen vorgeworfen worden; sie haben das jeweils zurückgewiesen. Mindestens 40.000 Menschen sind getötet, Millionen Menschen vertrieben worden. Die Mitglieder der Mission wiesen auf die Gefahr hin, dass es zu weiteren Völkermordakten in dem andauernden Bürgerkrieg komme. Die internationale Gemeinschaft habe eine „erhöhte Verpflichtung“, einzugreifen, wenn Beweise auf einen Völkermord hindeuteten, sagte Othman. Zudem müssten die Täter „auf allen Ebenen der Macht“ zur Rechenschaft gezogen werden.

Wissenschaft im Dialog

Ist unsere Beziehung noch zu retten?

Seien Sie am 11. März 2026 um 19.30 Uhr in der Evangelischen Akademie Frankfurt oder im Livestream dabei.

Nur noch Wolke vier statt Wolke sieben – das kommt in jeder Partnerschaft vor. Doch wenn die Liebe erkaltet und es ständig Streit gibt, stellt sich die Frage, ob das Zusammenleben noch Sinn hat. Wann die Unzufriedenheit eine kritische Schwelle erreicht und wie sich eine Beziehung vielleicht doch noch retten lässt, weiß **Janina Bühler**. Sie ist Professorin für Psychologie an der Uni Freiburg und ausgebildete Paartherapeutin. Moderation: **Sascha Zoske**, F.A.Z.



Sie sind noch nicht registriert? Unter hilfe.faz.net erhalten Sie alle Informationen, die Sie für die Erstmeldung benötigen.

Jetzt anmelden: selection.faz.net



Wichtiges in Kürze

ICE darf legal eingereiste Flüchtlinge festnehmen

Die amerikanische Regierung hat die Einwanderungsbehörde ICE dazu befugt, Flüchtlinge festzunehmen, die regelkonform in die Vereinigten Staaten eingereist sind, ein Jahr nach ihrer Einreise jedoch noch keine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung, eine sogenannte Green Card, haben. Das berichtete der Sender CBS am Mittwoch unter Berufung auf eine vorliegende Mitteilung. Demnach müssen Flüchtlinge nach einem Jahr abermals überprüft werden und können, wenn sie sich nicht freiwillig melden, „durch Zwangsmaßnahmen in Gewahrsam genommen werden“. Zuvor war die Tatsache, dass ein Flüchtling nach zwölf Monaten noch keine gültige „Green Card“ hatte, kein legitimer Grund für eine Verhaftung. fia.

USA ziehen alle Soldaten aus Syrien ab

Die Vereinigten Staaten ziehen nach elf Jahren des Antiterrorkampfes gegen den „Islamischen Staat“ (IS) alle rund tausend verbliebenen Soldaten aus Syrien ab. Das berichteten amerikanische Medien am Donnerstag. Laut dem „Wall Street Journal“ soll das amerikanische Militär das Land in den nächsten zwei Monaten verlassen. Der Abzug sei jedoch „von den Bedingungen abhängig“; Washington könne die Entscheidung überdenken, sollte der IS wieder erstarben. Admiral Brad Cooper, Kommandeur des Zentralkommandos Centcom, äußerte am Mittwoch, man sei weiterhin bereit, „auf alle IS-Bedrohungen in der Region zu reagieren“. Den Druck aufrechtzuerhalten sei „von entscheidender Bedeutung“ für den Schutz der USA. (Kommentar Seite 10.) fia.

Peru wählt Linkspolitiker zum Interimspräsidenten

Das peruanische Parlament hat am Mittwochabend den 83 Jahre alten Abgeordneten José Balcázar von der linksgerichteten Partei „Freies Peru“ zum neuen Interimspräsidenten des Landes gewählt. Der Jurist ist Perus neunter Präsident in zehn Jahren. Er tritt die Nachfolge von José Jeri an, der am Dienstag vom Parlament unter den Vorwürfen der Korruption und des Machtmissbrauchs abgesetzt wurde. Jeri hatte das Amt erst im Oktober übernommen und Dina Boluarte ersetzt, die ebenfalls des Amtes enthoben worden war. Balcázar wird die laufende Amtszeit zu Ende führen und Ende Juli durch einen neuen Präsidenten ersetzt werden, der bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im April oder in einer eventuellen Stichwahl im Juni gewählt wird. tjb.



**3 Monate mit
50 % Ersparnis**



Leisten Sie sich eine eigene Meinung.

Erhalten Sie mit der F.A.Z. von Montag bis Samstag eine unabhängige
Berichterstattung zum Geschehen in Deutschland und der Welt.



**Jetzt die F.A.Z. für 3 Monate zum
Vorteilspreis entdecken:**

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung unterstützt
durch unterschiedliche Perspektiven und kontroverse
Standpunkte die selbstbestimmte Meinungsbildung.
Keine Ausgabe mehr verpassen: als digitale Ausgabe
bereits am Vorabend lesen oder als gedruckte Zeitung
bequem frei Haus liefern lassen.

Angebot sichern:  (069) 75 91-33 59  faz.net/faz-vorteil



Alles nur erfunden?

Ermittlungen gegen
Pascal Kaiser

FRANKFURT. Gegen den Amateur-Schiedsrichter Pascal Kaiser wird wegen des Anfangsverdachts des Vortäuschens von Straftaten ermittelt. Die Staatsanwaltschaft Köln bestätigte der F.A.Z. auf Anfrage, dass sie solche Ermittlungen gegen einen in Wermelskirchen wohnhaften Mann aufgenommen hat. Laut Staatsanwaltschaft wird der Mann verdächtigt, Körperverletzungsdelikte zu seinem Nachteil vorgetauscht und zuvor an ihn gerichtete Drohnachrichten selbst verfasst und abgesandt zu haben. Demnach haben Ermittler am 13. Februar die Wohnräume des Beschuldigten durchsucht und Beweismittel sichergestellt. Zuvor hatten mehrere Medien berichtet.

Ende Januar hatte der bisexuelle Amateur-Schiedsrichter Kaiser seinem Partner im Kölner Stadion öffentlich einen Antrag gemacht. Zwei Wochen später kursierte ein Bild von ihm mit geschwellenem Gesicht und blauem Auge, das ihn nach einem mutmaßlichen Angriff zeigen sollte. Sein damaliger Anwalt Moritz Lange erklärte der F.A.Z., Kaiser sei am Abend des 7. Februar vor seinem Haus attackiert worden, am Abend des 9. Februar habe es noch einen weiteren Angriff auf ihn gegeben.

Gab es diese Attacken wirklich? Der Kölner Staatsschutz nahm nach dem ersten mutmaßlichen Angriff auf Kaiser Ermittlungen auf. In sozialen Medien reagierten Influencer, queere Gruppen und Politiker mit Solidaritätsbekundungen auf die mutmaßlichen Angriffe. Sogar die Querbeauftragte der Bundesregierung, Sophie Koch, meldete sich zu Wort. Auch internationale Medien berichteten. „Das hat schon Kreise gezogen, die weitaus größer sind, als man sich das, glaube ich, jemals hätte vorstellen können, als dieser Antrag gestellt worden ist“, sagte Lange der F.A.Z. in der vergangenen Woche.

Der Hintergrund der mutmaßlichen Angriffe blieb unklar. Anwalt Lange erhob Vorwürfe gegen eine Kölner Bar, in der Kaiser gearbeitet hatte. Ihm lägen Ausschnitte aus privaten Nachrichtenverläufen vor, die den Schluss zuließen, dass der Barbetreiber Kaisers Wohnadresse veröffentlicht und dazu aufgerufen habe, ihm „einen Besuch abzustatten“. Der Barbetreiber beschuldigt wiederum Kaiser, mehrere Tausend Euro unterschlagen zu haben. Die Staatsanwaltschaft ermittelt auch in diesem Fall.

Der Anwalt des Barbetreibers, Oliver Strank, hatte die „potentiell erhebliche geschäfts- und rufschädigende Behauptung des Anwalts von Herrn Kaiser“ gegenüber der F.A.Z. als unzutreffend zurückgewiesen. „Mein Mandant hat weder die Wohnadresse von Herrn Kaiser öffentlich verbreitet noch dazu aufgerufen, ihm einen Besuch abzustatten“, sagte Strank. Die Belegschaft der Bar lebe selbst eine bunte Vielfalt offen aus und verurteile jede Form von Gewalt.

Strank vertritt auch den Moderator Bernd Reisig, dem Kaiser ebenfalls Geld schulden soll, laut der „Süddeutschen Zeitung“ geht es um 3500 Euro. „Wie so viele Menschen, die von Herrn Kaiser in ihrem Vermögen geschädigt wurden, fordert mein Mandant lediglich, dass Herr Kaiser endlich die von ihm verursachten Schäden ausgleicht“, so Strank. Anwalt Lange sagte der F.A.Z., Kaiser habe von den angeblichen Ermittlungsverfahren „vollumfänglich keine Kenntnisse“. Vorwürfe, dass Kaiser mehr als 20 Personen Geld schulde, seien ihnen lediglich aus der „Süddeutschen Zeitung“ bekannt.

Inzwischen wird Kaiser von dem Rechtsanwalt Ramon Thal vertreten. Dieser äußerte sich auf Anfrage der F.A.Z. zunächst nicht zu dem Vorwurf, sein Mandant habe die Angriffe nur vorgetauscht. Dem „Kölner Stadt-Anzeiger“ teilte er mit, dass er zum jetzigen Zeitpunkt „keine Fragen zu dem mutmaßlichen Sachverhalt, zu etwaigen Erklärungen gegenüber Ermittlungsbehörden oder zu sonstigen Details beantwortet“. Aus einer „Nichtäußerung“ könnten jedoch „keinerlei Rückschlüsse gezogen werden“. Er bitte darum, bei der Berichterstattung Kaisers Privatsphäre zu respektieren und „von spekulativen Zuschreibungen abzusehen“.

Der „Tagesspiegel“ berichtete unter Berufung auf ein Videotelefonat mit Kaiser, die Blessuren in seinem Gesicht seien echt, es sei allerdings unklar, woher sie stammten. Wie der „Kölner Stadt-Anzeiger“ berichtete, sind Kaiser und sein Partner rechtsmedizinisch untersucht worden. Ein Gutachten solle klären, ob Kaiser sich selbst verletzt haben könnte oder ob sein Partner ihn geschlagen haben könnte, um Angriffe vorzutauschen. Mit einem Ergebnis werde in der kommenden Woche gerechnet. Auf Nachfrage dazu äußerte sich die Staatsanwaltschaft nicht. CAROLINE BECKER



Ein Turm als Denkmal: 405 Menschen kamen beim größten Bergbauunglück der deutschen Geschichte ums Leben.

Foto dpa

„Hier bin ich, holt mich hier raus!“

Vor 80 Jahren explodierte in Bergkamen die Schachanlage „Kuckuck“. Es war das schlimmste Grubenunglück in der Geschichte des deutschen Steinkohlebergbaus.

Von Reiner Burger

Das etwas Fürchterliches passiert sein musste, war den Menschen in Bergkamen am 20. Februar 1946 sofort klar. Um 12.05 Uhr schlug mit einem infernalischen Knall eine 300 Meter hohe blaurote Stichflamme aus dem Steinkohlebergwerk „Kuckuck“. So gewaltig war die Wucht der Explosion, dass der Seilfahrkorb in den Turm jagte und auf ein Drittel seiner ursprünglichen Größe zusammengestaucht wurde. Tief unter der Erde, wohl im Gebiet der zweiten, der 930-Meter-Sohle, war es in der vom Volksmund „Kuckuck“ genannten Schachanlage Grimberg III/IV des Bergwerks Haus Aden/Monopol in Bergkamen-Weddinghofen zu einer verheerenden Katastrophe gekommen. Die Nachricht raste „in Windeseile durch die Straßen“, wie es in einem Bericht von damals heißt. „Minuten später umklammerten Frauen- und Kinderhände verzweifelt die kalten Eisenstäbe an den Gittertoren von ‚Grimberg‘.“ Die Katastrophe von Bergkamen ist das schlimmste Grubenunglück in der Geschichte des deutschen Steinkohlebergbaus. Mehr als 400 Kumpel kamen ums Leben.

Der 20. Februar vor 80 Jahren begann für die 466 Bergleute der Morgenschicht wie üblich. Nach einem Teller Bohnensuppe ging es in die Tiefe. Außergewöhnlich war lediglich, dass das Abbausoll noch höher angesetzt war als ohnehin schon, weil der Werksdirektor drei britischen Offizieren der „North German Coal Control“ (NGCC) die Leistungsfähigkeit eines neu entwickelten Kohlehoibels vorführen wollte. „Kuckuck“ galt damals als eines der modernsten Bergwerke der Welt. Schon während des Kriegs waren aber Sicherheitsvorschriften nicht eingehalten worden. Ohne Rücksicht auf Verluste erhöhte man die Abbauvorgaben. Bereits im September 1944 kam es in der Schachanlage zu einem schweren Unglück mit 107 Toten, die meisten von ihnen waren russische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene. Der nationalsozialistischen Propaganda gelang es, dieses Unglück weitgehend

geheim zu halten. Nach der Katastrophe am 20. Februar 1946 glaubten die britischen Besatzer zunächst an einen Sabotageakt. Doch überlebende Bergleute berichteten, dass in Zeche „Kuckuck“ wie zu Kriegszeiten die Vorgabe galt, sämtliche Arbeitskräfte für die Erfüllung der Förderquoten einzusetzen. Nicht nur auf Sicherheitspersonal wurde verzichtet, sondern auch darauf, den beim Abbau freigesetzten, hochentzündlichen Kohlestaub zu entsorgen. Eine folgenschwere Entscheidung. Die genaue Ursache der Katastrophe konnte zwar nie zweifelsfrei aufgeklärt werden. Viel spricht aber für eine Kettenreaktion. Da die Kohle aus Schacht „Kuckuck“ einen hohen Methananteil hatte, dürfte es durch eine heiß gelaufene Maschine oder eine zu Bruch gegangene Grubenlampe zunächst zu einer Schlagwetterexplosion gekommen sein, die dann die Zündquelle für eine Kohlenstaubexplosion war. „Der Luftdruck war so gewaltig, dass er alles umgehauen hat, was nicht niet- und nagelfest war. Das war wie ein Wirbelsturm“, wird in einer Dokumentation des Stadtmuseums Bergkamen der 2013 gestorbene Bergmann Friedrich Hägerling zitiert.

Die Rettungs- und Bergungsarbeiten fanden unter widrigsten Bedingungen statt. Die alarmierten Grubenwehren von benachbarten Bergwerken hatten große Schwierigkeiten anzurücken. So kurz nach Kriegsende fehlten Lastwagen, und die Straßen waren in erbärmlichem Zustand. Es vergingen viele Stunden, bis Grubenwehrlaute von einer benachbarten

Schachanlage in kilometerlangem Fußmarsch unter Tage nach Grimberg III/IV gelangten. Nur einzelne Rettungskräfte schafften es, zu einigen wenigen Verunglückten an den Hauptschächten vorzudringen, wo es noch Sauerstoff gab. „Irrendemand rief: Ist da jemand?“, erinnerte sich der Bergmann Hägerling. „Ich habe mich zusammengerissen und mit letzter Kraft geschrien: Hier bin ich, holt mich hier raus!“

Weil es wegen der ausgefallenen Belüftung immer wieder zu Nachexplosionen kam, Schwaden giftiger Brandgase durch die Grube zogen und die Kohleflöze an mehreren Stellen brannten, beschlossen die Verantwortlichen schon am 22. Februar, die Aktion abzubrechen und das Stollensystem zuzumauern, um den noch immer lodernen Flammen den Sauerstoff zu nehmen. Doch gegen 16 Uhr tauchte plötzlich der Bergmann Emil Gröne hinter der beinahe fertiggestellten Mauer auf. Gröne berichtete von anderen Kumpeln tiefer im Schacht, die dann tatsächlich sechs Stunden später gerettet werden konnten. Die letzten beiden Geretteten führten am frühen Morgen des 24. Februar aus. Wenig später wurde der endgültige Befehl zur Abdämmung gegeben.

Nur 64 Bergleute konnten gerettet und lediglich 18 Leichname geborgen werden. Mehr als 380 der Opfer blieben unter Tage. Ihre Angehörigen durften in die Waschkäue kommen und die Haken herunterholen. Da hing ja noch die Kleidung der Kumpel, die unten geblieben waren. Und draußen in den Fahrradstän-

dern steckten noch ihre Räder in Reih und Glied. Im Februar 1946 gab es dort kaum eine Familie, die nicht von der Katastrophe getroffen war. Nach Angaben des Stadtmuseums Bergkamen verloren 283 Frauen ihre Ehemänner, 433 Töchter und Söhne ihre Väter. „Aber das Leben ging weiter, weil es weitergehen musste“, sagt der 89 Jahre alte Ernst Neugebauer, dessen Vater Paul in der Grube blieb. Das klinge wie eine Floskel. „Aber genau so war es. Schließlich war Mutter jetzt allein für drei Kinder zuständig.“ Es war ein Leben in bitterer Nachkriegsnot. Klara Neugebauer bekam lediglich eine Mark Knappschaftsrente und 68 Mark Unfallrente im Monat. In der Dokumentation des Stadtmuseums wird sie mit den Worten zitiert: „Wir haben nur noch von einem Tag in den anderen gelebt und versucht, die größte Not zu lindern.“

Neugebauer zählt zu den letzten noch lebenden Zeitzeugen. Anders als all die Jahre hat er nicht mehr die Kraft, am Totengedenken teilzunehmen, das seit 1952 am Jahrestag auf dem Kommunalfriedhof in Weddinghofen stattfindet. Das Ehrenmal, ein neun Meter hoher dreieckiger Stein, soll den Schachturm darstellen, durch den die Bergleute einfuhren. Bis heute sei das Unglück in Bergkamen gegenwärtig, berichtet Volker Wagner vom Gesichtskreis Haus Aden/Grimberg III/IV. Damit das so bleibt, will der Verein einen Erinnerungsort auf dem ehemaligen Zechengelände schaffen, das nach und nach mit Wohnhäusern bebaut wird. Im Sommer soll eine zweiteilige Skulpturengruppe eines Bildhauers aus Hamm aufgestellt werden. Der eine Teil zeigt die unter Tage gebliebenen Bergleute. Der andere Teil die über Tage trauernden Frauen und Kinder.

„Wir schaffen nicht nur einen Erinnerungsort für die Kumpel, die verteilt in einem Massengrab in den Stollengängen liegen“, sagt Wagner. „Uns liegt sehr am Herzen, mit der Skulptur auch den unglaublich starken ‚Kuckucks‘-Witwen ein Denkmal zu setzen.“

Acht vermisste Skifahrer tot aufgefunden

ceh./F.A.Z. LOS ANGELES. Nach dem Abgang einer Lawine am Lake Tahoe im Nordosten von Kalifornien hat die Polizei den Tod von acht Skitourengehern bestätigt. Ein Wintersportler der Gruppe wurde laut dem Sheriff des Bezirks Nevada am Mittwoch weiterhin vermisst. Er sei aber vermutlich ebenfalls gestorben. Trotz Lawinenwarnungen hatte die Gruppe aus vier Bergführern und elf Skitourengehern ihre Unterkunft am Dienstag verlassen, um nach einer dreitägigen Tour am etwa 2800 Meter hohen Castle Rock nach Hause zu fahren. Bei ungewöhnlich heftigen Schneefällen und Windböen wurden die Wintersportler unter noch ungeklärten Umständen von einer Lawine eingeholt. Sechs Mitglieder konnten sich in ein Waldstück retten.

Wie am Mittwoch bekannt wurde, entdeckten sie kurz nach dem Schneerutsch die Leichen von drei Mitgliedern der Gruppe. Weitere fünf Leichen wurden später von Rettungskräften gefunden. Wegen der anhaltenden Schneefälle konnten die Verstorbenen vorerst nicht ins Tal gebracht werden. Der Sheriff leitete am Mittwoch eine Untersuchung ein, um zu klären, warum die Skitourengänger trotz der Lawinenwarnungen ihre Unterkunft am Frog Lake verlassen hatten. Nach einem der schlimmsten Lawinenunglücke in den Vereinigten Staaten lobte der kalifornische Gouverneur Gavin Newsom am Mittwoch den Einsatz von fast 100 Helfern unter gefährlichen Umständen. Auf der Plattform X sprach er den Angehörigen der Opfer sein Beileid aus.

Auch in den Alpen ist die Lawinengefahr derzeit vielerorts ungewöhnlich hoch. Fachleute warnten eindringlich vor Skitouren im freien Gelände. Allein im österreichischen Bundesland Tirol waren am Mittwoch mehr als 30 Lawinen an einem Tag gezählt worden. In Tirol und Voralberg kamen dabei drei Menschen ums Leben. Zwei der Toten waren Deutsche, das dritte Opfer kommt aus den Niederlanden. In Tirol wurden bis diesen Freitag vereinzelt bis zu 50 Zentimeter weiterer Neuschnee erwartet, dazu starker, stürmischer Wind. Zudem ist der Aufbau der Schneeschichten nach Angaben der Experten sehr ungünstig, weil sich durch den zunächst eher schneearmen Winter keine gute Grundlage bildete. Auch die zum Wochenende erwartete Warmfront werde daher nicht zu einer Entspannung führen.

Kurze Meldungen

Verschnittenes Paradies

Eine sonnige Schneelandschaft mit Hirsch, Eichhörnchen und Vogel ist zur schönsten Briefmarke des vergangenen Jahres gewählt worden. Das Motiv „Winterlandschaft“ habe in einer Umfrage die meisten Stimmen bekommen, teilte die Deutsche Post mit. „Die ganze Szenerie strahlt Ruhe und Frieden aus“, sagte Briefmarken-Designer Thomas Steinacker. „Dannach sehnen sich offensichtlich gerade viele Menschen.“ Das Motiv wurde



Foto dpa

mit Künstlicher Intelligenz erstellt. Zur Auswahl standen 56 Sonderbriefmarken, die das Bundesfinanzministerium 2025 herausgegeben hat. dpa

Gestohlener Kater

Ein Paar aus dem Allgäu hat bei seinem Umzug neben den eigenen Sachen auch einen Kater der Nachbarin mitgenommen. Das Tier namens Staller sei verschwunden, als die Nachbarn der in Füssen wohnenden Besitzerin nach Sachsen umgezogen seien, teilte die Polizei mit. Weil Staller mit seinem Kompanjon, Kater Hubert, als Freigänger auch immer wieder bei den Nachbarn war, habe die Besitzerin der Tiere der Polizei schließlich den Verdacht auf Diebstahl gemeldet. Die Vermutung bestätigte sich. Deshalb hätten Polizeibeamte die neue Wohnung der ehemaligen Nachbarn durchsucht. Dabei habe der Mann noch versucht, Staller rechtzeitig über die Terrasse ins Freie zu lassen. Das habe die Polizei aber verhindern können. So kam es zum Happy End: Staller wurde nach etwa 600 Kilometern Fahrt wieder mit Hubert vereint. dpa

Cindy und Wert

Cindy Crawford, eines der wenigen wirklichen Supermodels, wird 60 Jahre alt. *Von Alfons Kaiser*

Cindy Crawford ahnte nicht, wie legendär dieses Bild werden sollte. Liz Tilberis, die Chefredakteurin der britischen „Vogue“, hatte Peter Lindbergh 1989 gebeten, „die neue Frau“ der Neunzigerjahre zu fotografieren. Der deutsche Fotograf sagte, dafür brauche er aber mehrere Frauen, denn das Schönheitsideal lasse sich nicht mehr auf blond und blauäugig reduzieren. Außerdem wollte Lindbergh die Aufnahmen in seinem typischen Stil halten, also natürlich. Die Achtzigerjahre mit den aufgedonerten Frisuren und den clownesk geschminkten Gesichtern sollten endlich vorbei sein. Wie hätte Cindy Crawford ahnen können, dass mit dem Bild, das aus einer so simplen Idee entstand, ein neues Zeitalter begann, ihr Zeitalter?

„Wir wurden nicht mit tonnenweise Haarstyling und Make-up fotografiert“, so erinnerte sie sich später, „wir waren ganz natürlich.“ Die fünf Models, die Lindbergh in Tribeca in Schwarz-Weiß fotografierte, trugen einfache Bodysuits von Giorgio di Sant'Angelo und Levi's-Jeans. Die britische „Vogue“ vom Januar 1990 machte Naomi Campbell, Linda Evangelista, Tatjana Patitz, Christy Turlington und Cindy Crawford mit dem Titelbild berühmt. Die Supermodels waren geboren.



Mit ihrer Tochter: Cindy Crawford und Kaia Gerber im November bei der Lacma-Gala in Los Angeles

Foto AFP

Sie kamen nun ohne Nachnamen aus. Cindy, am 20. Februar 1966 als Tochter eines Elektrikers und einer Bankangestellten in DeKalb (Illinois) geboren, wuchs mit zwei Schwestern auf; als sie zehn Jahre alt war, starb ihr dreijähriger Bruder an Leukämie. Cindy, das Mädchen mit dem Leberfleck über dem linken Mundwinkel, wurde mit 17 Jahren entdeckt, zog mit 20 Jahren nach New York und betrat schließlich 1990 die große Bühne.

George Michael war so begeistert von den Lindbergh-Models, dass er sie im Video zu seinem Song „Freedom 90“ auftreten und lippensynchron singen ließ. Das Lied sangen Naomi, Linda, Christy und Cindy auch, als sie 1991 in bunten Minikleidern und wackeligen High Heels bei einem legendären Auftritt über den Versace-Laufsteg wippten. Außer den „Big Five“ durften sich dann noch Claudia Schiffer, Helena Christensen, Elle MacPherson und Stephanie Seymour als Supermodels bezeichnen. Kate Moss, deutlich jünger, war mit ihrer rotzigen Art nie ein Supermodel, Heidi Klum in ihrer kommerziellen Manier erst recht nicht.

Cindy Crawford war in den Neunzigern so erfolgreich, dass sie zu einem Abziehbild der Popkultur zu werden drohte. Sie

war mit Richard Gere verheiratet (1991 bis 1995), drehte Fitness-Videos und wurde als Schauspielerin gleich doppelt für den Negativpreis „Goldene Himbeere“ nominiert. Als sie 1998 den Unternehmer Rande Gerber heiratete, war das große Zeitalter der Supermodels schon vorbei.

1999 kam ihr Sohn Presley, 2001 ihre Tochter Kaia zur Welt. Auch die beiden Kinder wurden Models. Dem jüngeren Publikum sagt Kaia Gerber (9,7 Millionen Instagram-Follower) heute mehr als Cindy Crawford (8,2 Millionen). Aber auch die Tochter, selbst wenn sie in vielen Chanel-Schauen lief und schon mit 16 Jahren auf dem Titel der „Vogue Paris“ zu sehen war, wird nie ein Supermodel werden.

In der Galerie Camera Work in Berlin sind ihre Mutter und deren Weggefährtinnen bis zum 14. März in der Ausstellung „Cindy Crawford“ zu sehen. Die Erlöse der Fotoschau, die Crawford mitkuratiert hat, gehen zu Teilen an Kinderkreiskliniken. An diesem Freitag wird Cindy Crawford, die sich die Model-Jobs weiter aussuchen kann, 60 Jahre alt. Beschenkt hat sie sich mit einem Werbevideo für ihre eigene Beauty-Marke, die das Geheimnis von schöner Haut und schönem Haar zu offenbaren verspricht.

Persönlich

Bono ehrt Renée Good

Bono trauert musikalisch um die von Beamten der amerikanischen Einwanderungsbehörde (ICE) erschossene Renée Good. In dem am Mittwoch veröffentlichten Titel „American Obituary“ (übersetzt „Amerikanischer Nachruf“) erinnert der Ire mit seiner Band U2 an Goods gewaltsamen Tod in Minneapolis im amerikanischen Bundesstaat Minnesota, an ihre drei Kinder und die drei Kugeln, die sie Anfang Januar trafen. Auf der sechs Titel umfassenden EP „Days of Ash“ singt Bono auch über die Konflikte in Gaza, in Iran und in der Ukraine. „Die Lieder handeln von Bestürzung und offenem Ungehorsam. Sie wollten unbedingt an die Öffentlichkeit“, erklärte der Fünfundsechzigjährige das eher ungewöhnliche Musikformat von „Days of Ash“ mit nur wenigen Titeln.

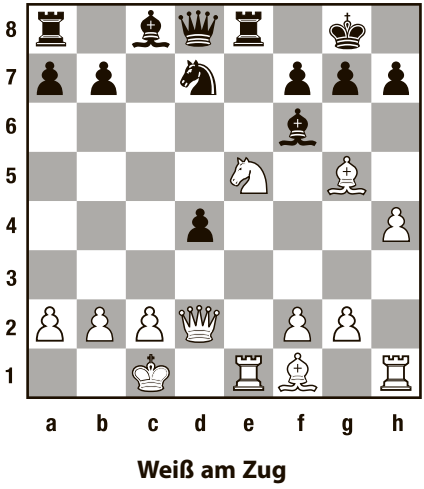
Taylor Swift steht wieder an der Spitze

Taylor Swift hat auch im vergangenen Jahr mehr Geld mit Musik verdient als andere Künstler. Der Weltverband der Phonoiindustrie (IFPI) rief die Sängerin am Mittwoch zum vierten Mal in Folge zum „Global Artist of the Year“ aus, nachdem Swift mit dem Album „The Life of a Showgirl“, der Filmdokumentation „The End of an Era“, Streaming und Auftritten ein Rekordergebnis eingespielt hatte. Wie viel Taylor Swift verdiente, ließ der Verband aber offen. Auf dem zweiten Platz des jährlichen Rankings, das die Sechsunnddreißigjährige auch in den Jahren 2014 und 2019 angeführt hatte, folgte die südkoreanische Gruppe Stray Kids („Lose My Breath“, „S-Class“). Den dritten Platz schaffte der kanadische Rapper Drake, bekannt für Titel wie „One Dance“ und „Nokia“. ceh.

Ski Aggu will die Demokratie schützen

Ski Aggu, Berliner Rapper mit Skibrille, hat seinen für Ende April geplanten Auftritt in New York „aus politischen Gründen“ abgesagt. In einem Beitrag an seine amerikanischen Fans deutete er an, sich um ein „Entgleiten von Systemen“ zu sorgen. Ob der Rapper, bürgerlich August Jean Diederich, auf die Vereinigten Staaten unter Präsident Donald Trump anspielte, blieb offen. „Es geht darum, die Demokratie zu schützen und Verantwortung zu übernehmen, damit sich Geschichte nicht wiederholt“, schrieb der Achtundzwanzigjährige. Das für 25. April geplante Konzert in der Webster Hall in Manhattan, die etwa 2500 Besuchern Platz bietet, sei fast ausverkauft gewesen. „Die Absage bricht mir das Herz. Ich hoffe aber, bald wieder in Amerika aufzutreten“, ließ Ski Aggu wissen. ceh.

SCHACH



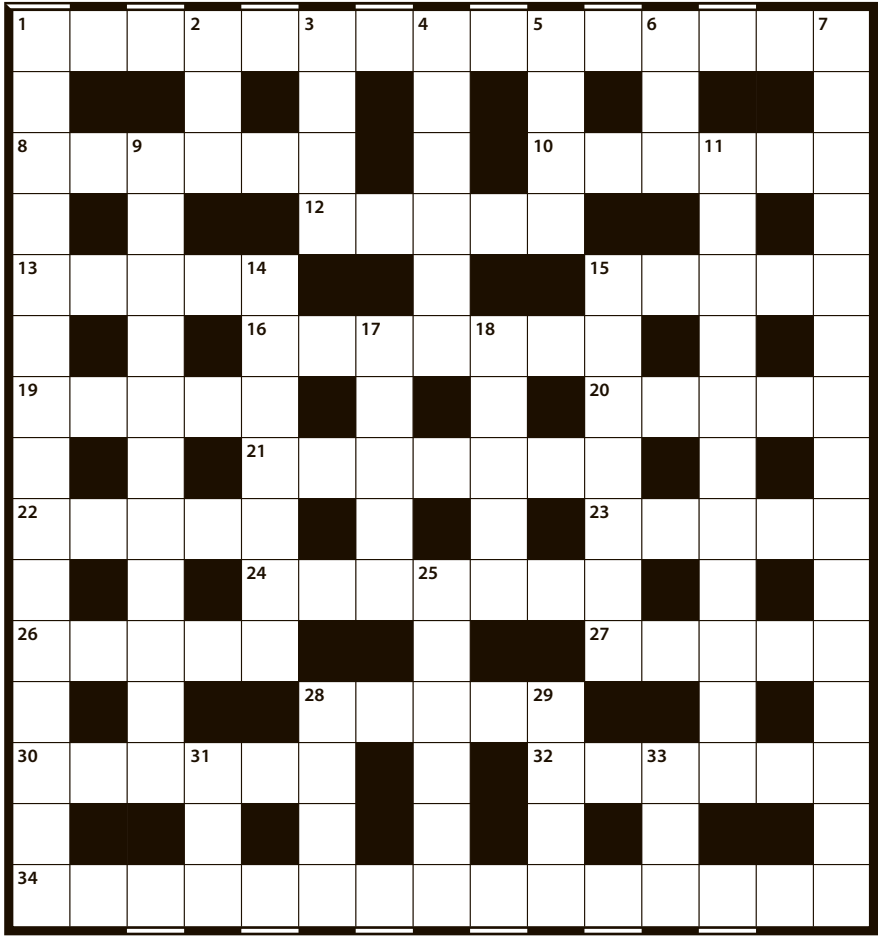
nen sind. Auf dem schmalen Pfad vom Zonenturnier übers Interzonenturnier zu den Kandidatenkämpfen brachte er es immer weiter, scheiterte aber stets. 1993 unterlag er im Kandidatenfinale dem Briten Nigel Short. Weil Short und Kasparow damals aus dem Welttschachbund ausscherten, kam Timman unverhofft doch zu einem WM-Kampf gegen Karpow, der zwar offizieller Natur war, aber den Beigeschmack hatte, dass beide nicht qualifiziert, sondern nur nachgerückt waren. Eine neue Generation um Anand, Gelfand, Iwantschuk, Kramnik, Schirow und Topalov dräng-

te an die Weltspitze. Timmans beste Jahre waren vorbei. Er wurde noch einige Male niederländischer Meister, neunmal insgesamt. Als Chefredakteur der führenden Zeitschrift „New in Chess“ kommentierte er das Schachgeschehen und verfasste hochwertige Bücher. Mit großer Hingabe komponierte er Studien, also Schachaufgaben mit wenigen Figuren und realistischen Materialverteilungen, wobei nicht eine Mattfolge, sondern ein Weg zum Gewinn oder Remis gefordert ist. In der Bundesliga trat er noch gelegentlich für den Düsseldorfer Schachklub an. Vorigen Oktober gab er bekannt, dass seine letzte Partie hinter ihm liege. Am Mittwoch ist Timman in Arnheim, wo er mit seiner zweiten Frau lebte, nach längerer Krankheit im Alter von 74 Jahren gestorben. Einen anderen alten Hauden, Viktor Kortschnoi, besiegte er 1991 in Tilburg auf spektakuläre Weise – nämlich wie? STEFAN LÖFFLER

Auflösung vom 13. Februar:

32.5d4 war Carlsens Zug. Falls 32...exd4 33.Lxd4+ Kg8 34.e5 gewinnt der weiße Angriff mindestens die Figur bei klarem Vorteil zurück. Sindarov versuchte 32...Sdc5 (besser wäre mit dem anderen Springer 32...Sbc5 gewesen). Nach 33.fe5 de5 34.Se6 S:e6 35.L:b6 Dd6 36.d:e6 und falls 36...D:e6 37.Ld4 stand Schwarz verloren.

KREUZWORT



Hand voll Hähmchen, aber je nach Gusto auch Guru am Monte Verità (Pl., Nachn.) 17 Sozusagen ein Ruf zu den Waffen – wenn es gilt, die Begeisterung in Angriff zu nehmen 18 Beherbergt Rinder und Rennfahrer 25 Was machte sich denn da bei Gerhart Hauptmann mausig? (Pl.) 28 Aber wie schön war es denn, Frau Knef? Und wie kriegste deine Keile, Gräfin Ilse von Bredow? 29 Dessen ladyliker Sport: kalt ausgereizter Männermord 31 So soll's sein mit dem Sein: nämlich für dritte Personen einfach singulär 33 Welche Institution bahnt sich oft in Instituten an? meu.

Auflösung vom 13. Februar:

Waagerecht: 1 Faschingsoutfit 9 Fastenmonat (+ fast 'n Monat; Kalauer, Pardon!) 12 Draht 13 Aetna (Vulkan auf der ital. Insel Sizilien; Kalauer, Pardon!) 14 (Zahn-)Belag (Plaque) 17 Rohbau 19 Agathe (singt die Arie „Leise, leise, fromme Weise“ in der Oper „Der Freischütz“ von Carl Maria von Weber, 1821) 21 Email (engl. elektronische Nachricht) 22 Atlant (männliche Säulenfigur; Karyatide = weibliche Säulenfigur) 23 Events (= S-T-E-V-E-N, engl. Veranstaltung; Vorstevens = Achtersteven = Bestandteile des Gerüsts eines Schiffsrumpfs) 24 Tasse (aus dem Französischen übernommen) 25 Spuele 27 (Der Hase im) Rausch (Gedicht von Sergej Michalkow, 1945, in dt. Übersetzung trug es Eberhard Esche 1964 auf einer „Lyrik – Jazz – Prosa“-Veranstaltung in Berlin vor) 29 (Geschichte einer) Nonne (amerik. Spiel-

film mit Audrey Hepburn, 1959) 32 Apoll 35 Pauli (der Maulwurf, Figur in den Fix-and-Foxi-Comics von Rolf Kauka, 1954) 37 Liebaeugeln 38 Elferatsmuetze

Senkrech: 1 Fledermausmaske (in der Operette „Die Fledermaus“ von Johann Strauss erzählt Gabriel von Eisenstein auf einem Fest, wie er einst seinen betrunkenen Freund Dr. Falke blamierte, als er ihn nach einem Maskenball in seinem Fledermauskostüm in der Öffentlichkeit zurückließ, 1874) 2 Sofa 3 Hast 4 Naeh 5 Samba (in Mettmann, dt. Spielfilm mit Hape Kerkeling, 2004) 6 Unna (Stadt in Nordrhein-Westfalen, im Stadtteil Massen gibt es die Viertel Nieder- und Obermassen) 7 (Sein) Fett (wegkriegen, Redewendung) 8 Theaterschminke 10 (Kapitän) Ahab (Figur im Roman „Moby Dick“ von Herman Melville, 1851) 11 Aera 14 Buetten(-rede; Bütt = Fass, Zuber) 15 Liaison (frz. Liebschaft) 16 (Die schwarze) Galeere (Erzählung von Wilhelm Raabe, 1861) 18 (Wäsc-)Helau(-gen) 20 Tanks (engl. Panzer + Behälter) 26 (Beatrice) Egli (Schweizer Sängerin; Egli-se = frz. Kirche) 28 Ural (russ. Motorradmarke; der dt. Dokumentarfilm „972 Breakdowns“ zeigt, wie fünf junge Künstler mit Ural-Gespannnen von Halle nach New York fahren, 2020) 30 Osaka (Stadt in Japan, hat als Wahrzeichen seines Amüsierviertels Dōtonbori eine große Leuchtreklame mit dem Glico-Mann) 31 (Wolfgang) Neuss (dt. Schauspieler und Kabarettist, 1923 bis 1989, trat 1963 mit seinem Kabarettprogramm „Das jüngste Gerücht“ auf) 33 Oluf(-Samson-Gang, Flensburgs „Sündenmeile“) 34 (Der Sieger geht) Leer (aus, Kurzgeschichtensammlung von Ernest Hemingway, 1933) 35 Peru (Land mit etwa 1900 Vogelarten) 36 Unit (engl. Einheit)

Festnahme in Sandringham

Der frühere Prinz Andrew wird an seinem Wohnsitz in Polizeigewahrsam genommen. Es geht um seine Freundschaft mit Jeffrey Epstein.

Von Johannes Leithäuser, London

Der frühere Prinz Andrew ist an seinem neuen Wohnsitz Wood Farm in Sandringham festgenommen und in Polizeigewahrsam gebracht worden. Die ermittelnde Polizeibehörde Thames Valley teilte am Donnerstag mit, sie habe „einen Mann in den Sechzigern aus Norfolk“ wegen des Verdachts auf „Fehlverhalten in einem öffentlichen Amt“ arretiert und Durchsuchungen an seinen Wohnsitzen in Berkshire und Norfolk veranlasst; der Mann bleibe vorläufig in Gewahrsam. Die Polizeibehörde Thames Valley war an Andrew Mountbatten-Windsors altem Wohnsitz, Windsor in Berkshire, für ihn zuständig. Andrew feierte am Donnerstag seinen 66. Geburtstag.

Die möglichen Tatbestände betreffen die Freundschaft des Sechsunndsechzigjährigen mit dem amerikanischen Milliardär und Sexualstraftäter Jeffrey Epstein. Ein öffentlich gewordener E-Mail-Austausch legt nahe, dass Andrew in seiner einstigen Funktion als Sonderhandelsbotschafter der britischen Regierung Interna von einer Dienstreise an Epstein weitergeleitet haben könnte.

Seit mehr als einer Woche hatte die Polizeibehörde im Themsetal bereits geprüft, ob sie ein Ermittlungsverfahren gegen Andrew eröffnen wird; nun ist dieses Verfahren offenbar in ein neues Stadium getreten. Ein Polizeisprecher sagte, „nach einer gründlichen Prüfung“ seien nun Ermittlungen wegen des Verdachts auf Fehlverhalten in einem öffentlichen Amt aufgenommen worden. Nach Berichten der Zeitung „Daily Mail“ führen am Donnerstagmorgen mehrere zivile Polizei-

fahrzeuge vor Andrews neuem Wohnsitz vor; offenbar waren zahlreiche Polizeibeamte an der Festnahme beteiligt.

Der britische König Charles III. nahm die Nachricht über die Festnahme seines jüngeren Bruders „mit tiefster Besorgnis“ zur Kenntnis. „Lassen Sie mich klarstellen: Das Gesetz muss seinen Lauf nehmen“, teilte er in einer Stellungnahme mit. „Was nun folgt, ist ein umfassendes, faires und ordnungsgemäßes Verfahren, in dem diese Angelegenheit in angemessener Weise und durch die zuständigen Behörden untersucht wird.“ Die Polizei habe die „uneingeschränkte und vorbehaltlose Unterstützung und Zusammenarbeit“, so der König weiter. „Während dieses Verfahren andauert, wäre es nicht richtig, wenn ich mich weiter zu dieser Angelegenheit äußern würde.“ Die königliche Familie werde weiter ihre Pflichten erfüllen.

Der einstige Prinz Andrew war von Charles III. erst vor wenigen Wochen veranlasst worden, seinen großzügigen bisherigen Wohnsitz Royal Lodge im Park von Schloss Windsor aufzugeben und in ein Bauernhaus auf dem Areal von Sandringham umzuziehen, das zum privaten Besitz der Königsfamilie gehört. Zuvor hatte Charles seinen Bruder im Zuge neuer Ent-



Im April 2025: Andrew Mountbatten-Windsor auf Schloss Windsor Foto dpa

hüllungen rund um dessen Freundschaft mit Epstein sämtlicher Titel und Auszeichnungen entkleidet. Andrew verlor den Titel des Herzogs von York und seine Titulierung als Prinz Andrew.

Neben den Ermittlungen, die jetzt zu Andrews Festnahme führten, laufen weitere Voruntersuchungen gegen ihn. So prüft dieselbe Polizeibehörde den Verdacht des Menschenhandels. Dabei geht es um eine angebliche sexuelle Begegnung Andrews mit einer von Epstein vermittelten Frau. Fünf weitere Polizeibehörden gehen außerdem die Flugbewegungen an diversen Flughäfen durch, um mögliche Starts und Landungen von Privatjets Epsteins zu prüfen, die mit dem gleichen Tatbestand in Verbindung stehen könnten.

König Charles hat schon vor zwei Wochen wissen lassen, dass sein Bruder nicht länger mit dem Schutz der Königsfamilie rechnen kann. Damals sagte ein Sprecher des Buckingham-Palasts, der König habe durch Äußerungen und durch beispielloses Handeln deutlich gemacht, dass er äußerst besorgt sei über die immer neuen Vorwürfe, die gegen das Verhalten „Mister Mountbatten-Windsors“ vorgebracht werden. Weiter hieß es, geradezu vorausschauend: „Falls wir von der Polizeibehörde Thames Valley angesprochen werden, sind wir natürlich zu jeder Unterstützung bereit.“

Der britische Premierminister Keir Starmer hatte Andrew am Donnerstagmorgen, vor der Festnahme, in einer Sendung der BBC aufgefordert, in der Epstein-Affäre mit britischen und amerikanischen Behörden zu kooperieren. Starmer sagte: „Eines unserer Grundprinzipien ist, dass jeder vor dem Gesetz gleich ist und niemand darüber steht, und es ist sehr wichtig, dass dieses Prinzip auch angewendet wird.“

Die Familie eines der bekanntesten Opfer Epsteins, Virginia Giuffre, äußerte sich nach Andrews Festnahme erleichtert. „Endlich, heute wurden unsere gebrochenen Herzen durch die Nachricht getröstet, dass niemand über dem Gesetz steht, nicht einmal die Königsfamilie“, teilten die Geschwister der mittlerweile verstorbenen Giuffre mehreren Medien mit. Andrew sei „nie ein Prinz“ gewesen, heißt es in der Mitteilung weiter. Giuffre hatte Andrew vorgeworfen, sie mehrmals missbraucht zu haben, unter anderem als Minderjährige. Andrew wies diese Vorwürfe stets zurück.

manager magazin



Jetzt neu im Handel



Alle Inhalte digital lesen: manager-magazin.de/plus



Putins Vorteil

Von Nikolas Busse

Es sind zwei sehr unterschiedliche militärische Signale, die Trump dieser Tage in den Nahen Osten sendet: Aus Syrien zieht er ab, gegenüber Iran baut er eine Drohkulisse auf. Auf den ersten Blick haben die beiden Vorgänge auch nicht viel miteinander zu tun. Die verbliebenen US-Truppen in Syrien sollten dort vor allem die Überreste des „Islamischen Staats“ in Schach halten. Diese Aufgabe will die amerikanische Regierung nun der neuen Führung in Damaskus überlassen, zu der sie gute Beziehungen pflegt. Im Fall Irans dagegen geht es formal wieder um das Atom- und Raketenprogramm, faktisch aber auch um die Zukunft des delegitierten Regimes, das Washington und Israel loswerden wollen. Es gibt allerdings zwei Gemeinsamkeiten der beiden Schauplätze. Das eine ist die Tatsache, dass Trump im Gegensatz zu seinen Vorgängern (bisher) keine Bereitschaft zu langwierigen Auslandseinsätzen und Besatzungen zeigt. Das könnte dem Regime in Teheran das Überleben erleichtern, selbst wenn es diesmal zu einer längeren Phase von Luftangriffen käme als im vergangenen Jahr. Die andere Gemeinsamkeit ist die russische Verbindung. Putin hat es trotz des Regierungswechsels in Damaskus geschafft, seine Stützpunkte in Syrien zu behalten. Das ist ein strategischer Vorteil, dessen Wert durch Trumps Abzug aus dem Land noch mal steigt. Vor allem wegen der Ukraine kann man nur hoffen, dass es in Iran am Ende nicht auch so läuft, dass Moskau einen Fuß in der Tür behält.

US-Vizekönige

Von Stephan Löwenstein

Amerikanische Botschafter neigen manchmal dazu, sich in den Ländern, in denen sie auf Posten sind, aufzuführen wie koloniale Vizekönige. Auch unter demokratischen Präsidenten haben US-Vertreter die diplomatischen Grenzen bisweilen arg gedehnt, etwa in Ungarn. Aber die von Donald Trump entsandten treiben es besonders bunt. In Deutschland erinnert man sich noch schlecht an einen gewissen Herrn Grenell. Jetzt hat der US-Botschafter in Brüssel sein Gastland im Befehlston angewiesen, eine staatsanwaltschaftliche Ermittlung fallen zu lassen. Das ist für einen Rechtsstaat nicht akzeptabel. Auch, ja, erst recht, wenn die Intervention von einem Verbündeten kommt, muss man sie entschieden zurückweisen. So hat es Belgiens Außenminister auch getan. Die Sache, um die es geht, ist weniger eindeutig. Drei jüdische Besneider sollen ohne das gesetzlich vorgeschriebene medizinische Fachpersonal Zirkumzisionen vorgenommen haben. Solche Vorschriften sind in Europa üblich; Deutschland, wo es eine etwas andere Regelung gibt, die Religionsgemeinschaften besser entgegenkommt, ist eher die Ausnahme. Wenn es in Antwerpen nun um einen mutmaßlichen Gesetzesverstoß geht, ist gegen Ermittlungen nichts einzuwenden, auch wenn der Hinweisgeber eine dubiose Gestalt sein soll. Und wenn ein Botschafter sich nach einem Verfahren erkundigen will, gibt es erprobte diplomatische Wege.

Der Papst gibt Trump einen Korb

Warum der Vatikan die Einladung zum Friedensrat ausgeschlagen hat.

Von Matthias Rüb, Rom

zeigte sich der Kardinalstaatssekretär pessimistisch: „Wir sehen auf beiden Seiten keine realen Fortschritte in Richtung Frieden.“ Es sei tragisch, dass man nach vier Jahren Krieg noch immer an diesem Punkt stehe. Zwar setze der Vatikan stets auf Dialog, aber „es scheint nicht viel Hoffnung und Erwartung zu geben“.

Ungeachtet der weltpolitischen Krisen hob Parolin die exzellenten Beziehungen zum italienischen Staat hervor. Ungeachtet dieser eingeübten und einvernehmlichen Kooperation gab Parolin seiner Überraschung Ausdruck, dass die Mitte-rechts-Koalition unter Führung von Ministerpräsidentin Giorgia Meloni sich an dem Friedensrat Trumps beteiligen werde,

obgleich „nur“ im Status eines Beobachterstaates. Es gebe dabei „einige Punkte, die uns etwas ratlos zurücklassen, kritische Punkte, die einer Erklärung bedürfen“, sagte Parolin. Das war eine wenig verhohlene Anspielung auf die Rolle Italiens in dem neuen Gremium, mit welcher Rom aus Sicht des Vatikans einer Schwächung der UN weiteren Vorschub leiste. Dadurch werde der Multilateralismus durch einen Multipolarismus der Mächte ersetzt, sagte Parolin nach dem Ende der Gedenkveranstaltung vor Journalisten.

Ähnlich hatte es Papst Leo schon bei seiner Ansprache vor dem diplomatischen Korps beim Heiligen Stuhl am 9. Januar formuliert. Leo beklagte dabei „die be-

sorgniserregende Schwäche des Multilateralismus auf internationaler Ebene in unserer Zeit“. An die Stelle einer „Diplomatie, die den Dialog fördert und einen Konsens unter allen anstrebt“ sei eine „Gewaltdiplomatie getreten, die von Einzelpersonen oder Gruppen von Verbündeten ausgeübt“ werde, sagte er. Damit distanzierte sich der erste Papst aus den USA vom Präsidenten seines Heimatlandes.

Als weitere Bedenken beziehungsweise Ausschlusskriterien für eine Teilnahme des Heiligen Stuhls am Friedensrat nannte Parolin, dass die ganze (unbefristete) Macht auf dessen Vorsitzenden Trump konzentriert sei und dass die Palästinenser keinen Platz am Tisch hätten. Der Lateinische Patriarch von Jerusalem, Kardinal Pierbattista Pizzaballa, nannte Trumps Friedensrat deshalb „eine kolonialistische Operation“, weshalb die Weltkirche die Einladung zur Mitarbeit an dem Gremium habe ablehnen müssen.

Ganz anders sieht es die italienische Regierung. Außenminister und Vizeregierungschef Antonio Tajani verteidigte in einer kontrovers geführten Parlamentsdebatte vor seiner Abreise nach Washington zum Friedensrat die Teilnahme Italiens an dem Friedensrat als „alternativlos“. Denn es gebe außer dem von Trump vorgeschlagenen Friedensplan gegenwärtig keinen anderen Plan für eine Versöhnung zwischen Israel und den Palästinensern. Aus verfassungsrechtlichen Gründen sei kein anderer Status als der eines Beobachterstaats möglich, dennoch werde sich Italien umfassend am Wiederaufbau und an der Friedenssicherung im Gazastreifen beteiligen, namentlich durch die Entsendung von Carabinieri zur Ausbildung palästinensischer Polizisten.

Ministerpräsidentin Giorgia Meloni warf den linken Oppositionsparteien vor, diese hätten monatelang bekräftigt, Frieden im Nahen Osten sei für sie „eine Priorität“, und jetzt forderten sie die Regierung auf, „uns nicht an der Durchsetzung des Friedensplans zu beteiligen“.



Angela MERKEL Foto Jens Gyrnarmy

Parteifreundin Merkel

Kaum hatte Angela Merkel bestätigt, dass sie zum ersten Mal als Kanzlerin a.D. auf einem CDU-Parteitag erscheinen würde, ging das Rätselraten los. Immer war sie, die nicht nur ehemalige Regierungschefin, sondern auch einstige CDU-Vorsitzende, eingeladen worden. Bisher hatte sie abgesagt. Nun kommt sie also nach Stuttgart. Ausdrücklich will sie bleiben, bis Friedrich Merz, ihr Nachfolger als Kanzler, an diesem Freitag wieder zum CDU-Vorsitzenden gewählt worden ist. Warum tut sie das? Die weniger wohlmeinende Interpretation lautet, ihre einigen Parteifreunden ohnehin auf die Nerven gehende Neigung, nach einer nicht allzu langen Pause wieder intensiv öffentlich aufzutreten, wolle sie nun auch auf dem Delegiertentreffen in Stuttgart ausleben. Die positive Interpretation sieht in Merks Anwesenheit eine Unterstützung für Merz.

Immerhin soll es in der CDU und deren Wählerschaft noch diejenigen geben, die nicht alles schlecht fanden, was Merkel gemacht hat. Diese könnten sich also freuen, wenn Merkel erscheint – und mutmaßlich auch zur Rede von Merz vor seiner Wahl den ein oder anderen Beifall spendet. Die Merz-Ultras wiederum werden genau das nicht mögen.

Schon dieses eine, kurze Erscheinen von Merkel auf dem Parteitag zeigt, wie kompliziert das Verhältnis von ihr zur CDU ist. Das lässt sich nicht einmal dann bestreiten, wenn man ihren Satz zum Ende ihrer Kanzlerschaft, die CDU sei die Partei, „der ich nahestehste“, als Versprecher durchgehen lässt.

Die 1954 in Hamburg geborene, dann aber als Kleinkind mit ihren Eltern in die DDR gekommene Angela Kasner, die bis heute den Nachnamen ihres ersten Ehemannes, Ulrich Merkel, trägt, hat sich nach dem Mauerfall beim Demokratischen Aufbruch engagiert. Als dieser der westdeutschen CDU beitrug, wurde auch Merkel Christdemokratin. Als Mitglied der Jungen Union ist sie nicht in ihr aufgewachsen. Aber sie lernte schnell, die Mechanismen der CDU zu lesen.

Eine Fehleinschätzung reichte dazu. Nachdem es ihr 1991 nicht gelungen war, brandenburgische CDU-Vorsitzende zu werden, weil ihr westdeutscher Gegenkandidat besser vorbereitet war, sollte sie nicht wieder scheitern, wenn sie in der Partei etwas werden wollte. Schon im Jahr 2000 wurde sie Bundesvorsitzende. Als sie 18 Jahre später spürte, dass sie an Rückhalt verlor, zog sie sich vom Parteivorsitz zurück. Scheitern wollte sie nicht.

Merkel werde, so teilte ihr Büro mit, auf dem Parteitag in Stuttgart keine Rede halten. Das deutet darauf hin, dass sie nicht in provokativer Absicht kommt. Würde sie sprechen, wäre es unumgänglich, dass ihre und die Rede des Vorsitzenden Merz Stück für Stück miteinander verglichen würden. ECKART LOHSE



Setzen auf die UN: Leo XIV. und Kardinalstaatssekretär Parolin Foto Getty

Fremde Federn: Manuel Hagel, Boris Rhein, Markus Söder

Erbschaftsteuer muss Ländersache sein

Deutschland steht an einem Wendepunkt: Das Wachstum stagniert, die Kosten des Sozialstaats strapazieren die öffentlichen Haushalte, internationale Krisen und die Transformation unserer Wirtschaft stellen unser Land vor enorme Herausforderungen.

Gleichzeitig beeindruckt das Silicon Valley, die Golfregion, Shenzhen und Bengaluru mit ihrer Innovationskraft, während hierzulande kleinste Reformdebatten in Empörung ersticken.

Deshalb ist es richtig, Deutschland jetzt grundlegend zu reformieren. Dafür haben Baden-Württemberg, Bayern und Hessen die „Drei-Löwen-Allianz“ ins Leben gerufen. Wir brauchen einen Reform-Ruck für neue Stabilität und Stärke. Wir müssen nicht bei null anfangen, sondern auf bewährte Prinzipien zurückgreifen: die Soziale Marktwirtschaft. Sie ist kein Relikt der Nachkriegszeit, sondern die tragfähigste Antwort auf die Zukunft – die Chance auf ein neues Wirtschaftswunder.

Die Reaktionen der Nordländer auf unsere „Drei-Löwen-Allianz“ waren enttäuschend wie erwartbar. Bremens Bürgermeister mahnte, die Herausforderungen bewältige man nicht, indem man sich „im Innenbereich kloppt“. Was er als Zwist missversteht, ist der notwendige Puls einer lebendigen Demokratie. Es geht nicht um „Kloppen“, sondern um das Stärken der wirtschaftlichen Herzkammern unseres Landes. Die Antwort auf die Wachstumsschwäche liegt nicht in Ministerialverwaltungen, sondern in der Dynamik vor Ort,

in Innovation und unternehmerischer Freiheit. Diese Kräfte zu bündeln und zu entfesseln – das ist der Kernauftrag unserer Allianz.

Uns leitet der Gedanke: Ein starkes Deutschland braucht starke Regionen. Ein prosperierender Süden ist kein regionaler Luxus, sondern verlässlicher Ankerpunkt für den Wohlstand der gesamten Republik. Unser Anspruch: gemeinsam als Innovations- und Wachstumsregion aufzutreten, die sich global mit den Besten misst. Das ist unser Beitrag für ein wettbewerbsfähiges Deutschland und ein starkes Europa.

Der Status quo ist ein einseitiger Kreis der Umverteilung. Baden-Württemberg, Bayern und Hessen stehen für über 99 Prozent des gesamten Länderfinanzausgleichs. Wer die Last des Systems fast im Alleingang trägt, für den muss es Pflicht sein, die eigenen Interessen und die Bedingungen klar zu formulieren. Während in Berlin oder Bremen die Kassen für immer neue Sozialgeschenke offenstehen, muss im Süden gespart werden. Wir müssen dieses System grundlegend reformieren – nach klarer Maßgabe: Hilfe nur gegen Reformen. Wir brauchen einen Deckel gegen die Überlastung der Geberländer und klare Reformanreize für die Empfänger. Zusätzliche Mittel für Nehmerländer müssen an Fortschritte in der Standortpolitik gebunden sein. Wir sind solidarisch, aber wir haben nichts zu verschenken. Wer dauerhaft auf Kosten anderer lebt, ohne die eigene Steuerkraft zu stärken, hat den kooperativen Föderalismus missverstanden.

Es geht um weit mehr als fiskalische Arithmetik: um die Freiheit, unsere Stärken zum Wohle aller einzusetzen. Wir weigern uns zu glauben, dass der nächste Technologiesprung zentralistisch verordnet werden kann. Wachstum entsteht vor Ort. Deshalb schmie den wir eine Innovationsachse. In Raumfahrt, Kernfusion, Künstlicher Intelligenz und Quantencomputing bündeln wir unsere Kräfte politisch, wissenschaftlich und wirtschaftlich. Wir wollen der Nukleus für Technologien sein, die die Welt verändern. Damit dies gelingt, brauchen wir regulatorische Luft zum Atmen. „Experimentierklauseln“ und „Reallabore“ sind unser Plädoyer für Geschwindigkeit. Wir wollen Lösungen im Bau- und Planungsrecht oder der Mobilität testen, bevor sie im Berliner Paragraphenschlingel zerredet werden.

Wahre Subsidiarität braucht echte Steuerhoheit. Wir fordern vom Bund, Steuersätze und Freibeträge beim Grunderwerb und Erbe in die Hand der Länder zu geben. Als Länder des Mittelstands und der Hidden Champions sind wir überzeugt: Eine Erhöhung der Erbschaftsteuer, wie sie Linke fordern, ist Gift für unsere Wirtschaft. Wer in der Wirtschaftskrise Steuererhöhungen fordert, sorgt dafür, dass Steuereinnahmen ausbleiben. Es braucht passgenaue Lösungen nahe am Mittelstand statt starrer Einheitsmodelle. Dazu gehört ein „Gold-Plating-Verbot“: Wir dürfen Unternehmen nicht durch Übererfüllung von EU-Vorgaben fesseln. Wer europäisches Recht übererfüllt, schadet

dem eigenen Standort. Dazu stoppen wir den Personal- und Regelaufwuchs – mit einer Schlankeitskur für den Staat. Ein Versprechen für die Zukunft: Die Stimme der Leistungsträger wird wieder gehört. Wir blicken mit Zuversicht auf die Landtagswahl am 8. März. Sollen die Menschen in Baden-Württemberg der CDU das Vertrauen schenken, den Ministerpräsidenten zu stellen, ist es ein Startschuss für eine neue Ära süddeutscher Kooperation, von der die gesamte Republik profitieren wird.

Die „Drei-Löwen-Allianz“ ist kein PR-Projekt für eine Legislaturperiode, sondern ein dauerhaftes Reformversprechen. Wir geben den Leistungsträgern in unseren Ländern eine starke Stimme – den Fachkräften in den Werkhallen, den Ingenieuren in den Forschungszentren und den Familien, die jeden Tag den Wohlstand sichern. Wir kämpfen für ihre Interessen, ihre Arbeitsplätze und ihre Zukunftschancen.

Unser Credo ist klar: Mehr Freiheit. Mehr Verantwortung. Mehr Wirkung. Deutschland braucht keinen weiteren Stillstands-Kompromiss, sondern einen echten Reform-Ruck. Starke Länder machen ein starkes Deutschland – und wir gehen entschlossen voran.

Manuel Hagel ist CDU-Fraktionsvorsitzender im Landtag Baden-Württembergs.

Boris Rhein (CDU) ist Ministerpräsident Hessens.

Markus Söder (CSU) ist Ministerpräsident Bayerns.



Frankfurter Allgemeine Buch

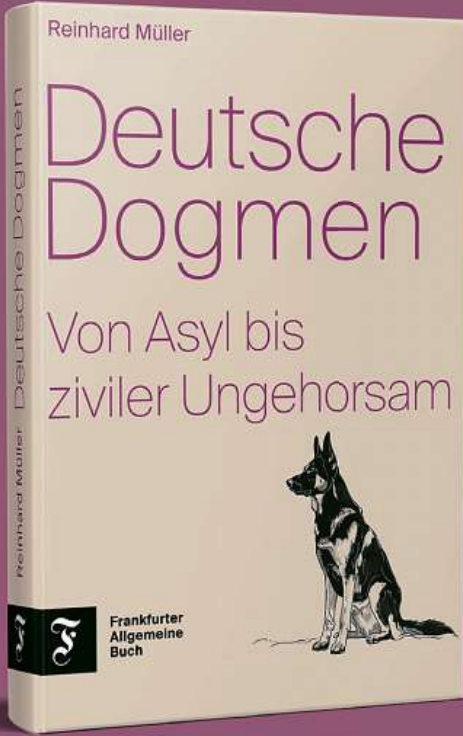
„Mehr Unfehlbarkeit geht nicht.“

Harald Schmidt

Reinhard Müller dekonstruiert 20 deutsche Dogmen und beleuchtet die Gefahren, wenn mit Ideologie Politik gemacht wird. Ein unverzichtbarer Denkanstoß für alle, die eingefahrene Narrative mit einem Lächeln hinterfragen wollen.



DEUTSCHE DOGMEN - VON ASYL BIS ZIVILER UNGEHORSAM
Reinhard Müller
184 Seiten – 22 Euro – ISBN 978-3-96251-231-6
www.fazbuch.de – 0711-7899 2044
faz@kolibri360.de



Magisches Denken

Warum reden rationale Menschen so schwärmerisch über Künstliche Intelligenz wie die Anhänger einer Religion? Woher das Vertrauen?

Was „Künstliche Intelligenz“ angeht, erleben wir seit einiger Zeit einen Extremfall von kognitiver Dissonanz: Auf der einen Seite wird ständig erzählt, wie diese sogenannte Intelligenz immer besser werde und immer komplexere Aufgaben lösen könne. Auf der anderen Seite zeigen sich weiter jeden Tag die haarsträubenden Fehler, die KI erzeugt. Längst ist die Welt durchsetzt von Falschinformationen, die zum Teil leicht erkennbar sind, in vielen Fällen aber nicht, weil das Erkennen Expertenwissen erfordert.

Jüngst etwa musste Google KI-Zusammenfassungen über Leberfunktionstests entfernen. Die falschen Informationen in den Zusammenfassungen wurden von Experten als gesundheitsgefährdend und daher alarmierend eingestuft. Eine von 22 internationalen Nachrichtenportalen gemeinsam durchgeführte Überprüfung aus dem Herbst 2025 ergab, dass KI-Assistenten Nachrichteninhalte in 45 Prozent der Fälle falsch darstellen.

Die Fehler der KI, so auffällig oder so alarmierend sie sind und so oft sie dokumentiert werden, scheinen allerdings weder bei den bezahlten Propagatoren noch den freiwilligen Werbeträgern zu einer Einsicht zu führen. Egal, wie eklatant KI versagt, die Reaktion darauf scheint stets schon ausgemacht: Das seien eben „Kinderkrankheiten“, die bald überwunden sein werden.

Erstaunlich ist, dass dieses Mantra auch aus den Mündern von Menschen kommt, die es eigentlich besser wissen müssten und wider alle Evidenz daran festhalten. Sie wirken dabei bisweilen selbst wie Kinder, die von ihrem Spielzeug nicht lassen können. Oder sie verraten ein noch problematischeres Verhältnis zur Technologie. Beispiel: Man sitzt beim Essen mit jemandem, der Naturwissenschaften studiert hat und sehr rational wirkt. Irgendwann kommt das Gespräch auf KI. Er erzählt, er habe für die Konzeption eines Vortrages einfach mal einen Chatbot gefragt. Mit den richtigen „Prompts“ habe der ein erstaunlich gutes Ergebnis erzielt, das ihn überrascht habe. Allerdings habe sich der Vortrag bei genauem Hinschauen an entscheidenden Stellen als reine Halluzination erwiesen, grob irreführend.

Man erwidert darauf, dass man Ähnliches schon sehr oft gehört habe, und fragt den Naturwissenschaftler, ob nach einigen Jahren der zu einem riesigen Berg gehäuften Anekdoten von halluzinierender KI nicht langsam der Punkt gekommen sei, an dem erkennbar ist: Sie taugt einfach nicht zur Unterscheidung von Fakten und Fiktion? Da antwortet der Naturwissenschaftler: „Na ja, sie taugt *noch* nicht.“

Der Naturwissenschaftler verhält sich wie ein Anhänger einer Religion: Sein „noch nicht“ erinnert an das, was die Theologie „eschatologische Spannung“ nennt, also jene, die Gläubige im Warten auf Vollendung des Reiches Gottes aushalten müssen. Das ist eine kategoriensprengende Vermischung von Glaubens- und Wissensfragen. Die KI-Prediger sparen nicht mit Heilsversprechen, wie schon öfter bemerkt wurde, etwa angesichts von Äußerungen charismatischer Figuren wie dem Tech-Investor Peter Thiel und dem Open-AI-Gründer Sam Altman. Letzterer hatte das Ziel ausgegeben, „magische Intelligenz im Himmel zu schaffen“. Auch mit Vorstellungen vom „Transhumanismus“ knüpfen Gestalten aus dem Silicon Valley an technoreligiöse Überzeugungen an, die in den Sechzigerjahren oder noch viel tiefer in der Moderne wurzeln.

Zugegeben: Oft ist der Vergleich zwischen KI und Religion nur eine Redefigur, gerade im Journalismus. Manchmal aber ist er substanzieller. Schon vor zehn Jahren erschien in dieser Zeitung ein Bericht darüber, wie in China „künstliche Intelligenz zur Religion wird“. Was daran damals gruselig wirkte, ist heute allerorten zu beobachten. Es gibt bereits Religionswissenschaftler, die KI als „religionsanaloge Formation“ verstehen (so in einem Forschungsprojekt der Universität Heidelberg) oder sie gar als die „einfluss-

reichste Religion der Gegenwart“ be-greifen. Aus der Sicht von Anhängern traditioneller Religionen, aus der Sicht von Theologen mag oder muss diese Analogie wie eine Perversion wirken. Bei allen Unterschieden: Auffällig sind immerhin schon die Ansätze von religiösem und magischem Denken und Reden in Bezug auf KI, die teils ins Schwärmerische ausarten.

Und auffällig ist auch, wie erfolgreich das schwärmerische Reden über „magische Technologie“ der KI sich verbreitet, wie unkritisch es und damit die Technologie übernommen wird. Eine internationale Studie aus dem Jahr 2025 legt nahe, dass Menschen empfänglicher für KI sind, je weniger sie über ihre Funktionsweise wissen. In anderen Worten: Je dümmer, desto leichter manipulierbar. Aber die Lage könnte sogar noch schlimmer sein. Nur jeder vierte Deutsche überprüfe die Ergebnisse von KI-Chatbots wie ChatGPT, Google Gemini und Microsoft Copilot, befand eine weitere Studie von 2025, die das Nutzerverhalten in 15 Ländern untersuchte.

Anfangs wunderte man sich noch, aber längst schon nicht mehr: Gestandene Akademiker zücken in allen Lebenslagen ihr Smartphone, stellen dem Chatbot Wissensfragen und geben sich mit dem Ergebnis zufrieden, das ein sogenanntes „großes Sprachmodell“ aus Quellen unterschiedlichster Qualität, aus nichtfiktionalen und fiktionalen Texten kombiniert hat. Nicht selten handelt es sich um Quatsch mit Soße.

Das muss man nicht verstehen, es fällt einem aber ein Satz des Regisseurs Guillermo del Toro dazu wieder ein, den er vor Kurzem anlässlich seiner „Frankenstein“-Verfilmung geäußert hat: „Meine Sorge gilt nicht der Künstlichen Intelligenz, sondern der natürlichen Dummheit.“ Del Toro sagte ferner, er habe gewollt, dass „die Arroganz von Victor Frankenstein in gewisser Weise jener der Tech-Bros ähnelt. Er ist irgendwie blind und erschafft etwas, ohne die Konsequenzen zu bedenken.“

Es geht hier indes nicht darum, KI an sich zu verteuflern – in bestimmten Bereichen sind ihre Erfolge unbestreitbar. Die generelle, grob verallgemeinernde Ablehnung wäre zudem nur die Entsprechung zur Reaktion der KI-Jünger auf spezifische Kritik: Solche führt nämlich oft zu Unterstellungen, man lehne Technologie oder „das Internet“ in Gänze ab. Nein, es soll an dieser Stelle nur um einen – weiterhin springenden – Punkt gehen: um die Untauglichkeit generativer KI, Wissensfragen verlässlich zu beantworten. Diese Untauglichkeit zeigt sich dem einzelnen Nutzer vor allem auch darin, dass ein scheinbarer „Lernfortschritt“ der KI bei Eingabe desselben Prompts einen Tag später schon wieder dahin sein kann: Es gibt offenbar, das zumindest zeigt die frustrierende Nutzererfahrung Mal um Mal, keine dauerhaft gesicherten richtigen Antworten der Bots; sie können stets auf frühere Falschaussagen zurückfallen oder neue Falschaussagen treffen.

Dass Influencer anderes versprechen, muss nicht verwundern, sie werden ja dafür bezahlt (wobei es schon ziemlich widerlich anzuschauen ist, wie etwa der Youtuber Rezo, der sich sonst so kritisch gibt, Werbung für KI-Produkte aus dem Hause Google macht). Aber warum entwickeln Menschen, die mehr Reflektiertheit erwarten lassen, manchmal ohne Not ein solches Sendungsbewusstsein bezüglich KI? Woher kommt es, dass sie auch außerhalb von Workshops in Workshop-Sprache mit einem reden, wie in einem Roman von Dave Eggers Sprechblasen aufsaugen und einem ständig „Tools“ in den Koffer legen wollen, die man gar nicht braucht? Dass sie schlecht funktionierende Algorithmen immer wieder verniedlichen müssen zu liebenswerten Roboter-Häschen, Dudi-dudi, Bot-bot?

Wie sich zeigt, ist dann trotz religiösem oder philanthropischem Anstrich meist nicht die Weltverbesserung ihr Anliegen, sondern doch eher der Wirtschaftsstandort, wobei ihnen die Unterstellung „KI gleich Fortschritt“ zum Credo wird und die Maxime „Digitalisierung first, Bedenken second“ ausnahmslos gelten muss. Manchmal noch ergänzt durch Erpressung: „Deutschland wird abgehängt, wenn du nicht mitmachst.“ Wird das Zuckerbrot verschmäht, haben sie auch die Peitsche im Werkzeugkoffer. Gegen Totschlagargumente ist selbst mit differenzierter Widerrede schwer anzukommen. Man könnte höchstens dagegenhalten, dass auch der Bildungsstandort Grund zur Sorge bietet. Mit unzuverlässigen oder gefährlichen Sprachbots als Lehrern wird sich seine Lage nicht verbessern. JAN WIELE

Feuilleton



Ludwig XIV. sehen, wie er gesehen werden wollte: AR-Rekonstruktion eines Denkmals von Martin Desjardins in Snapchat Foto Louvre

Snapchat kann jetzt Hochkultur

Unwirkliche Reize: Augmented Reality im Louvre / Von Ursula Scheer, Paris

Es dauert einen Moment, bevor die Smartphone-Kamera sich justiert hat, dann fliegen auf dem Handybildschirm wie von einem digitalen Sturm erhoben, Steinbrocken um die antike Statue vor der Linse. Sekunden später sieht das fragmentierte Bildnis des altägyptischen Pharaos Echnaton wieder aus wie vor dreieinhalb Jahrtausenden – oder so, wie Konservatoren des Louvre sich den unversehrten Zustand des Standbilds vorstellen. Die fehlenden Arme sind ergänzt, die königliche Haube sitzt, zuletzt überziehen kräftige Farben die Skulptur im Bild. Voilà, eines der sechs als „Unglaubliche unbekannte Werke des Louvre“ annoncierten Kunstobjekte, die das Museum in Kooperation mit Snapchat erlebbar macht: als Augmented Reality (AR).

Über den Blick auf die realen Gegenstände schiebt sich nach Scannen eines QR-Codes in der App die digitale Animation. Hans Holbeins – mitnichten unbekanntes – Porträt der Anna von Kleve, das dem tödlich fortpflanzungswütigen Heinrich VIII. eine geschönte Aussicht auf seine künftige vierte Ehefrau gewährte, zeigt sich im Schnelldurchlauf in rekonstruierten Stadien seiner Entstehung, von der Vorzeichnung bis zum fertigen Bild. Lässt man das Handy sinken, wird das Auge wieder frei für Holbeins meisterhaftes Spiel mit Naturalismus und stilisiertem Detailreichtum im Original von 1539.

Da erzeugt der virtuelle Sonnenkönig schon einen deutlich größeren visuellen Wow-Effekt: Wie die während der Französischen Revolution eingeschmolzene Statue Ludwigs XIV., die das Figuren-Arrangement der erhaltenen „Vier Gefangenen“ überragte, goldglänzend in AR wieder aufsteht, hat zweifellos AR-Grandeur. Um die Gruppe gehend, steht dem Betrachter via Handy das verlorene Beispiel absolutistischer Hybris aus Rundumperspektive vor Augen. Hier beweist die Technik ihre Überzeugungskraft. Sich die tatsächlich vor einem stehenden Monumentalfiguren Martin Desjardins' anzuschauen, könnte man darüber glatt vergessen.

Snapchat lässt in digitaler „superatio“ der Natur Fische durch eine allerlei Kreaturen täuschend echt darstellende Keramikschale des Barocks schwimmen oder hilft bei der Entzifferung der Keilschrift auf der Stele mit dem babylonischen Codex Hammurapi. Dass man sich in der App zu ausführlichen schriftlichen Informationen vom Louvre weiterleiten lassen

kann, ist gut, aber nicht der Clou – sondern das gamifizierte Spektakel der Realitätserweiterung, wie es Pokémon Go vor ein paar Jahren rasend populär machte. Die „Lenses“ von Snapchat – also die Fotofilter, mit denen Nutzer sich auch riesige Hundezungen aus dem eigenen Mund heraushängen lassen oder Bärchenohren aufsetzen – können Hochkultur: Das ist die Botschaft der nach einem Pilotprojekt vor zwei Jahren schon zweiten Zusammenarbeit zwischen dem Museum und der Social-Media-Plattform.

Die freilich hat, ebenso wie der Louvre, derzeit gehörige Probleme. Dass Snapchat, die App mit dem Geist-Icon, die Bildbearbeitung zum Kinderspiel machte und Nachrichten standardmäßig schnell oder auf Wunsch binnen Sekunden löscht, vor allem bei Jugendlichen beliebt ist, macht sie als museumspädagogischen Partner für den Louvre attraktiv. Da ist von generationenübergreifenden Erfahrungen die Rede, was heißen soll: Der Weg zum von der Kulturbegleitung gelangweilten Teenager führt übers Handy, die Offizien und TikTok, und man muss die Leute abholen, wo sie sind. An die fünfhundert Millionen aktive Nutzer täglich soll Snapchat im letzten Quartal 2025 gehabt haben, Durchschnittsalter angeblich 35 Jahre. Problematisch ist die App für die Jüngeren.

Auch in Frankreich tobt – wie in Deutschland und anderen Ländern – die Diskussion um Social-Media-Verbote für Kinder und Jugendliche. Bei Snapchat darf man sich anmelden, sobald man dreizehn ist. Das zu umgehen, ist einfach, und welche Gefahren drohen, zeigt gerade ein Prozess in Münster. Dort steht ein Einundsechzigjähriger wegen mutmaßlichen sexuellen Missbrauchs zweier Mädchen vor Gericht; überdies soll er auf Plattformen wie Snapchat Kinder im Alter von elf bis dreizehn Jahren dazu gebracht haben, Nacktbilder mit ihm zu teilen und sexualisierte Videoclips zu führen.

Um die Frage, ob soziale Medien Jugendliche gezielt süchtig nach ihrer Nutzung machen, geht es derzeit in einem Prozess in Los Angeles, bei dem gerade Mark Zuckerberg aussagen musste. Anders als sein Konzern Meta ist Snap Inc., die börsennotierte Firma hinter Snapchat, nach einem Vergleich mit der Klägerin zwar nicht mehr direkt im Visier, doch vom Urteil wird Verweiskarakter für die gesamte Branche erwartet.

Im Louvre wiederum reißt die Serie hausgemachter Skandale nicht ab: Auf den Einbruch im November folgten ein Wasserschaden und Streiks der Mitarbeiter, danach Festnahmen wegen des Verdachts auf Millionenbetrug mit Ticketverkäufen, der nächste Wasserschaden und wieder Streiks. Da ist ein bisschen Augmented-Reality-Zauber eine willkommene Abwechslung. Im Vergleich zu dem, was andere Museen an AR-Technik aufbieten, sind die Snapchat-Erweiterungen freilich nicht mehr als raffinierte kleine Dreingaben. In Gents Sankt-Bavo-Kathedrale etwa hat die Firma Alfavision einen ganzen Parcours durch die Krypta gestaltet, in dem mit AR-Brillen ausgestattete Besucher den Bau der Kirche, Jan van Eycks Werkstatt und die Geschichte des Genter Altars virtuell erleben können. Der Louvre als berühmtestes und meistbesuchtes, an Masse wie Klasse reichstes Universalmuseum der Welt ist an realen Artefakten so reich, dass es keinen solchen Aufwand um ein zentrales Schaustück treiben muss.

So profitiert eher Snapchat von der Private-Public-Partnership, zu der eine Seite die Objekte und die Expertise, die andere die Technik und die mediale Infrastruktur beisteuert. Snapchat will, das zeigt ein Besuch in der auf AR-Inhalte spezialisierten Pariser Niederlassung, inzwischen weit mehr sein als eine Austausch-App für Quatschbildchen. Zur Zukunftsvision gehört die hauseigene Kamerabrille, inzwischen in der vierten Generation. Die ist zwar immer noch schwer und unbequem, lenkt aber den Blick vom Handy weg in den offenen Raum, in dem man mit Gesten in der Luft und Sprachbefehlen die reale Welt nicht verlassen, aber doch erweitern kann, wie es Snap gefällt.

Zur Eröffnung der Filiale kam Emmanuel Macron; zu den Kunden gehört neben der Musik- die Luxusgüterindustrie. Ob das per AR erweiterte Plakat von Chanel an der Pariser Opéra, virtuelles Anprobieren von Gucci-Klamotten in der App oder eine virtuelle Ramadan-Shoppingmall für Nutzer im arabischen Raum: die Wertschöpfung im Premiumsegment ist in vollem Gang. Wohin könnte das besser passen als nach Paris, wo Kunst, Mode und Luxus durch Stiftungen Museen und Messen ohnehin gemeinsame Sache machen? Der wichtige Snap-Kunde Louis Vuitton zeigt gerade in seinem Ausstellungsraum LV Dream eine interaktive Art-déco-Schau – mit AR von Snapchat.



Stefanie

Von Jürgen Kaube

Der Bayerische Rundfunk stellt sich die Hörer seines Programms BR-Klassik vor. Das ist nicht verkehrt. Wer kommuniziert, sollte sich einen Begriff davon machen, mit wem er es tut. Außerdem einen Begriff der Mitteilungsabsicht. Was die Mitteilungsabsichten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks angeht, so gibt es schöne Reden, die von Stärkung der Demokratie, Aufklärung und Bildung handeln. Daneben natürlich Unterhaltung, Biathlon und Volksmusik, wieso auch nicht. In Sendern für ernste Musik, von denen manche durchaus unterhaltsam sind, wäre also, von der Mitteilungsabsicht her gesehen, ein Abstand zu den privaten Klassik-Radiosendern zu wahren. BR-Klassik ist kein Wellness-Kanal. In einem Merkblatt für seine freien Musikkritiker hat der Sender jetzt aber aufschlussreich erläutert, wie er sich sein Publikum vorstellt. Er stellt es sich als Stefanie vor. Stefanie ist 52 Jahre alt, lebt in Regensburg, arbeitet Vollzeit als Grafikdesignerin, hört meist nebenbei und nutzt Klassik (darunter fallen natürlich auch Romantik, Barock und Ravel) als „Mood-Management“. Diese Kunstfigur soll jedem Beitrag vor Augen stehen, vermutlich sogar der Musikauswahl. Für Orlando di Lasso, den späten Beethoven, Brahms' „Vier ernste Gesänge“ und Schönbergs „Überlebenden aus Warschau“ könnten unter dem Aspekt des Stimmungsmanagements von Stefanie und ihres Bedarfs an „positiven Emotionen“ schwere Zeiten anbrechen. (Den merkwürdigen Umstand, dass die Präferenz für musikalische Wellness auffällig oft und nicht nur in München einer „passiv genießenden“ Frau zugeschrieben wird, halten wir im Vorübergehen nur fest.) Stefanie will von Beiträgen keinesfalls belehrt werden, belehrt der Sender seine Mitarbeiter. Das „Prodesse et delectare“, das einst die Kunst aufforderte, aufzuklären und zu unterhalten, wird halbiert, der Unterschied von Kunst und Erfrischungsgetränk eingezogen. Dass die Kunst auch etwas zu denken gibt, fällt weg. Wissen? Weitgehend entbehrlich, sofern es nicht im Dienst der Erlebnisvermittlung steht. Bildung von Urteilskraft? Kein Wort davon, dafür „Storytelling“ und „Kino im Kopf“, was Konzertkritik ausschließt, denn da gibt es ja nicht viel zu sehen. Obwohl, vielleicht das fliegende Haupthaar der Pianisten? Erzeugt werden soll das Gefühl – lies: die Täuschung –, dabei gewesen zu sein; bei Dreiminüttern über die „Götterdämmerung“ eine unlösbare Aufgabe. Dass Musik gedankenreich und oft kein Schaumbad ist, schwierig sein kann und Verständnisfragen aufwirft, ignoriert das „Briefing“ der Musikkritiker. Den Begriff der Kritik löscht es aus dem Berufsbild. Es behandelt sie als Animatoure. Von allen Hörern, die nicht Stefanie sind, wird ebenso abgesehen wie von der Möglichkeit, Stefanie etwas zu erklären, Gedanken anzuregen, Verstehen zu erleichtern. Über Kunst soll keinesfalls mehr geredet werden, als stelle sie Rätsel. Die Missachtung von Musik und Musikkritik, die sich darin zeigt, passt zur Missachtung von Stefanie, die als Wesen vorgestellt wird, für das jeder Gedanke eine Zumutung wäre. Der Bayerische Rundfunk sollte sich schämen.

Plessner-Preis an Bernstein

Der alle drei Jahre und nun zum fünften Mal vergabene Wiesbadener Helmut-Plessner-Preis geht an Jay M. Bernstein. Die Jury hebt in ihrer Begründung hervor, dass der an der New School for Social Research in New York City unterrichtende Philosoph nicht nur seit Langem zu den besten Kennern deutscher philosophischer Traditionen zähle, sondern insbesondere auch durch seine Beschäftigung mit Helmut Plessner wesentlich dazu beigetragen habe, dessen philosophische Anthropologie in den USA bekannt zu machen. Der mit 20.000 Euro dotierte Preis wird am 4. September im Wiesbadener Rathaus übergeben werden. Die vorangegangenen Preisträger waren Michael Tommasello, Peter Sloterdijk, Onora O'Neill und Gérard Raulet. F.A.Z.

Der unsichtbare Autor

Leiser Abschied von der Literatur: Christoph Poschenrieder arbeitet als Straßenbahnfahrer in München. Der neue Roman soll also sein letzter gewesen sein?

Seine Homepage zeigt das Bild einer Grabinschrift. In Großbuchstaben steht da „Der R st ist Sch eigen“, in der Mitte das griechische Monogramm für Christus, XP. Gestorben ist er aber nicht, nur den Schriftsteller in sich hat er beerdigt, der Münchner Christoph Poschenrieder. „großbuchstaben sind leider aus, und vokale werdn immr knppr. v sll mn d nch bchr schrbn? [und wer sie lesen?]-“, so steht es unter dem Epitaph. Galgenhumor? Was ist geschehen?

2010 veröffentlichte der damals 46 Jahre alte Poschenrieder bei Diogenes seinen ersten Roman „Die Welt ist im Kopf“. Im Zentrum der junge Arthur Schopenhauer, das Buch war ein Erfolg bei Kritik und im Buchhandel. Eine neue Stimme, ein poeta doctus, der süffig formulieren kann, ein vorzügliches Debüt. Seither hat Poschenrieder weitere sieben Romane vorgelegt, für die das Gleiche gilt. Und dennoch wurde Anfang des Monats bekannt, dass er bereits seit einem Jahr als Straßenbahnfahrer in München arbeitet, die Literatur an den Nagel gehängt hat. Am Rande einer Lesung in Köln hatte er der „Frankfurter Rundschau“ sein Herz ausgeschüttet.

Er sei mit Anfang sechzig als weißer alter Mann unattraktiv fürs Feuilleton, die Zeit der Stipendien sei längst vorbei, Autorenmarketing sei heute entscheidend und so weiter. Um es mit einem Satz des von Poschenrieder verehrten Gustav Meyrink zu sagen: „Man kann vom Dichten erst leben, wenn man längst kriept ist.“ Das Dichten bleibt also ein Lebensphase: Poschenrieder, 1964 im Großraum Boston geboren, besuchte die Hochschule für Philosophie der Jesuiten in München sowie die Journalismusschule der Columbia University in New York, er arbeitete als freier Journalist und – wie seine Frau Daniela Agostini – als Dokumentarfilmer.

Als Romancier war er jedenfalls rasend fleißig. In rascher Abfolge veröffentlichte er „Der Spiegelkasten“ (2011), „Das Sandkorn“ (2014), „Mauersegler“ (2015), „Kind ohne Namen“ (2017), „Der unsichtbare Roman“ (2019), „Ein Leben lang“ (2022), „Fräulein Hedwig“ (2025). Und er wurde wahrgenommen, mit großen Be-

nes. Dort spült seit nunmehr vierzig Jahren ein Roman Geld in die Kasse, der sich dem Konzept des Autorenmarketings von Anfang an radikal versagte – Patrick Süskinds „Das Parfüm“. Die reine Lehre, nur Text, kein Autor. Süskind blieb ein Phantom, gab keine Interviews, man kennt ihn nur von schemenhaften Bildern. Und es stimmt schon, der Literaturbetrieb hat sich seither mehrmals gehäutet. Die Autorin von heute soll gut aussehen, mehrere Identitäten und Berufswege in sich vereinigen, als Performerin in Funk, Film, Fernsehen und sozialen Medien überzeugen.

Frau sein ist im Augenblick sicher hilfreich, aber es gibt auch Männer, die abgehen. Bei Diogenes fiel einem da Takis Würger ein, der allerdings zwanzig Jahre jünger ist als Poschenrieder. Würger hat die Herzen der Buchhändlerinnen und Leserinnen erobert. Sein aktueller Roman „Für Polina“ steht seit fünfzig Wochen auf der „Spiegel“-Bestsellerliste. Dem Vernehmen nach hat Würger, was Poschenrieder fehlt: Rampensau-Qualität. Die hilft sehr, denn Einkünfte aus Lesungen spielen für das Einkommen von Autoren noch immer eine Rolle. Also Poschenrieder bestätigte das, als er der FR-Reporterin sagte, dreißig Lesungen pro Roman wären aus finanzieller Hinsicht schon erstrebenswert. Ein ehemaliger Verlagskollege von ihm, der Schweizer Weltbürger Hugo Loetscher, kam auf hundert Lesungen pro Jahr.

Wenn Poschenrieder also bei seinem Entschluss bleibt, wird „Fräulein Hedwig“, Ende Oktober erschienen, seine letzte literarische Veröffentlichung bleiben. Die Geschichte der 1884 geborenen Hedwig Poschenrieder ist der fiktionale Versuch, Gerechtigkeit für die Großtante herzustellen, die von den Nationalsozialisten umgebracht wurde.

Ihren künstlerischen Neigungen nachzugehen, verbot man der Erstgeborenen eines bayerischen Lehrers, der im Alter von 44 Jahren starb, eine Frau und vier Kinder hinterließ. Die nach dem Tod ihres Mannes als Gymnasialprofessorwitwe firmierende Mutter Hedwigs überlebte ihren Mann um Jahrzehnte. Hedwigs Erziehung ist streng, der Regensburger Generalvikar Alphons Scheglmann, ein religiöser Eiferer, setzt ihrem Geisteszustand mit Verdünnungsphantasien stark zu.

Hedwig ergreift den einzig möglichen Beruf, sie wird Lehrerin. Unterrichtet als Studienrätin an Gymnasien in München und Regensburg, schon mit Mitte zwanzig plagen sie „Gemütsdepressionen“, 1928 wird sie wegen „amisch depressiven Irreseins“ in die Psychiatrische und Nerven-Klinik in der Münchner Nußbaumstraße eingeliefert – es besteht akute Suizidgefahr. Man entlässt sie aus dem Schuldienst, fortan lebt sie im Haushalt ihrer Schwester Marie, die sich um sie kümmert.

Als die Nazis an die Macht kommen, erlassen sie gleich im Juli 1933 das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“, Hedwig fällt mit ihrem Krankheitsbild in die Kategorie „erbkrank“, ist von Sterilisation bedroht, gilt als „lebensunwertes Leben“. Im Juni 1944 läuft sie desorientiert und verwahrlost sogar bei Fliegeralarm auf den Straßen Münchens herum, bis die Luftschutzpolizei sie aufgreift. Diesmal diagnostiziert man eine „paranoische Psychose“ und überstellt sie in die geschlossene Psychiatrie nach Eglfing-Haar. Drei Wochen später ist sie tot.

Für Poschenrieder ohne Zweifel ein Fall von Mord. Vor acht Jahren stieß er im „Gedenkbuch für die Münchner Opfer der nationalsozialistischen Euthanasie-Morde“ (Wallstein Verlag) auf Hedwigs Namen, ihre Krankenakte lieferte ihm weitere Aufschlüsse. Basis des Romans sind eine Fragment gebliebene autobiographische Lebensgeschichte Marias, Familienfotos, Postkarten, Briefe, Archivfunde. Anderes, wie die letzte Ruhestätte, bleibt im Dunkeln, so ist Hedwig Poschenrieders Geschichte am Ende nur eine Teilerlösung vergönnt.

Der Roman ist auch eine Selbstvergewisserung des Autors über seine Wurzeln. Die liegen im Tal der Schwarzen Laber, westlich von Regensburg, wo bis heute eine Mühle in Familienbesitz ist, seit 1809. Poschenrieder steigt tief in die Alltags-, Kirchen- und Medizingeschichte ein, um seine Rekonstruktion mit Fakten anzureichern. Das führt zu mancher Länge, aber auch zu überraschenden Funden wie jenem, dass die Familie Poschenrieder in Alfred Anderschs „Der Vater eines Mörders“ auftaucht, sowie zur irrigen Annahme, Burghausen liege am Inn.

Die Familiengeschichte als Wille und Vorstellung: viele Stimmen, viele Verschwinger und ein Nachgeborener, der mit großer Imaginationskraft sagt: So ist es wahrscheinlich gewesen. Auf seiner Homepage schreibt Christoph Poschenrieder „follow no one“. Berühmte letzte Worte? Seine Leser sind ihm jedenfalls gern gefolgt. HANNES HINTERMEIER



Christoph Poschenrieder Foto Picture Alliance

sprechungen, allein in der F.A.Z. wurden fünf der acht Romane rezensiert. Ins Programm des Diogenes Verlags passen Poschenrieders Romane gut – literarisch ambitionierte Unterhaltungsliteratur im besten Sinn, keine avantgardistischen Ausflüge, klassische Erzählkunst. Diogenes ist dafür bekannt, sich mit Nibelungentreue für das Gesamtwerk seiner Autoren einzusetzen. Und trotzdem scheint es nicht genug gewesen zu sein.

Man wüsste gern, wodurch der Autor eventuell umzustimmen wäre? Ob er seine Demission noch einmal überdächte, wenn ihm ein geschäftstüchtiger Agent einen sechsstelligen Vorschuss und einen Vertrag über mehrere Romane nebst Marketing- und Werbungskonzept auf den Tisch legen würde? Oder eine Verlegerin ihn dazu bewegen könnte, den Verlag zu wechseln, weil sie dort alles für ihn tun werde? Antworten gibt es keine, nach anfänglicher Zusage hat Poschenrieder das Gespräch mit der F.A.Z. wieder abgesagt.

Und der Diogenes-Sprecherin Henriette Kuch blieb nur ein Farewell. „Wir bedauern die Entscheidung sehr, zumal Christoph Poschenrieder ein wunderbarer Autor ist, der für eine hohe literarische Qualität steht, respektieren aber seine Entscheidung.“ Apropos Dioge-



Folie für Ulrike Almut Sandigs Romanschauplatz ist Mariupol. Um dessen kriegszerstörtes Theater errichteten die russischen Besatzer 2022 eine potemkinsche Fassade. Foto dpa

Die russische Bedrohung dringt überall hinein

Kraftspenderin für die Kriegszeit in der Ukraine: Ulrike Almut Sandigs Roman „Im Orkan“

„Ich bin ganz aus Sprache gemacht“, erklärt die Schriftstellerin Ulrike Almut Sandig und fügt burschikos hinzu: „Ich habe so viele Wörter in mir wie dreihundert Jahre Vaterunser in Schleife.“

Die 1979 im sächsischen Großenhain geborene Autorin ist ein Tausendsassa; auf dem Experimentierfeld der Sprache probiert sie jede mögliche Ausdrucksform aus und schreitet die Echoräume des Wörterklangs weit aus. Inzwischen hat sie fünf Gedichtbände, zwei Romane, drei Hörbücher, zwei Erzählungsbände und mehrere Hörspiele veröffentlicht, in ihrem „Poesiekollektiv Landschaft“ performt sie gemeinsam mit dem ukrainischen Musiker Grigory Semenchuk Gedichte, Lieder, Musik, Geräusche und Bewegungstanz in lustigen Verkleidungen zu witzigen und gewitzten Szenen kurzweiliger Videoclips. Titel wie „Ich bin ein Feld voller Raps, versteckte die Rehe und leuchte wie dreizehn Ölgemälde übereinandergelegt“ gehören zu ihrem übermütigen Reservoir. In ihrer Leipziger Studentenzeit hat Sandig Poesie auf Plakate und Postkarten geschrieben und sie an Bauzäunen in der Stadt fixiert – ihre Gedichte eroberten so den öffentlichen Raum als „augenpost“.

Berührungängste kennt Ulrike Almut Sandig nicht, sie will nahe heran an die Wirklichkeit: „Ich bin die Jägerin auf freier Flur.“ Sie kennt keine Tabus, sie sprengt und springt in die Realität, die sich allerdings ebenso flugs in Träume und Wahnbildern auflösen kann. „Einatmen. Ausatmen. Was alles ist hier. Sand liegt auf Nadia, Sand rinnt in Nadia, verstopft ihre Gehörgänge, ihre Nasenlöcher, ihre Kehle. Sand umgibt alles, woraus Nadias Körper sich zusammensetzt.“

Wie Sauerstoff fließt er in sie hinein und hält seine Hand über sie ... Eben stand sie noch in der Küche und tat einen Strauß Pflaumenzweige aus Bohdans Garten in eine Vase, und im nächsten Moment ist alles vorbei, als wäre es nie geschehen. Das ganze Gebäude ist weg, weil eine Düne von der Höhe der New Yorker Freiheitsstatue über ihrem Block eingestürzt ist und ihn unter sich begraben hat.“

Der Roman spielt in einer fiktiven ukrainischen Küstenstadt namens Wolnopol – Erinnerungen an Mariupol drängen sich auf –, nur verwüstet kein Krieg das Land, sondern feinkörniger Sand dringt in alle Poren und Ritzen der Gesellschaft. Zunächst ganz unauffällig, Düne um Düne schwappt in die Straßen, bis es immer gefährlicher und lebensbedrohlicher wird, Der Sand ist das Synonym für Krieg, der Sand kommt leise, der Krieg nimmt mit einem Schlag alles in Besitz und untergräbt alles Leben unter sich. Die Sandstürme werden von Russland gesteuert: „Der Sand, den Russland als Waffe einsetzt, ist nicht nur Kulisie. Ich mache mit ihm die Gewalt spürbar, die in alles eindringt: Fenster, Körper, Familien, Träume.“

In dieser sterbenden Stadt, die vollkommen gesichtslos bleibt, leben der alte Bohdan, der zwölf Jahre im Straflager war, aber nichts darüber erzählt, sich nicht erinnern will, und seine Tochter Nadia, die praktizierende Ärztin ist und sich um ihren Sohn Maksym sorgt. Dieser ist erst vierzehn Jahre alt, als er mit seiner Drogenkarriere beginnt. Mahnungen der Mutter und seiner Freundin, als Dealer nicht selbst zu konsumieren, verhallen. Maksym will „business“ machen mit

schwarzem Pulver, das er an seine Mitschüler, aber auch an eine andere Klientel verhökert. Der Schulbesuch interessiert ihn nicht. Das geht nicht ohne Gewalt ab, aber zu solch heftigen Gewaltorgien wie in Sandigs erstem Roman „Monster wie wir“ (2020) kommt es nicht. Hier toben keine Monster, es sind eher stille Menschen, die sich im Unmöglichen einzurichten versuchen.

„Einatmen, ausatmen“ ist der durchgehende Lebensfaden, an den sich die Menschen klammern. Halt gibt auch ein eingeflochtenes Märchen, „Maksyms Traum“, in dem der Junge in eine Traumlandschaft unter der Erde zum Waldgott Ach Ach Ach gelangt, „wie in den alten Zeiten“, und wie in alten Zeiten geht das Märchen trotz mancher Abenteuer glücklich aus. Märchen, vor allem die der Grimms, sind für Sandig ein elementarer literarischer Stoff, den sie immer wieder verarbeitet.

Nicht zufällig ist die Ukraine Schau- platz des Geschehens. Mit diesem Land verbindet die Autorin eine tiefe Solidarität und Freundschaft. Das vom Krieg gebeutelte und geschändete Land besucht sie immer wieder, knüpft Verbindungen zu Künstlerinnen und Künstlern und engagiert sich bei der deutsch-ukrainisch schreibenden Schriftstellergruppe „Eine Brücke aus Papier“. Als Klangkünstlerin ihrer Lyrik hat sie sich eine große Gemeinde mit internationalen Verflechtungen geschaffen. Viele Preise und Stipendien ehren Sandigs künstlerisches Werk.

In der Lyrik hat sie ihren unverwechselbaren Stil gefunden, tritt mutig, rebellisch und doch mit einer zarten Poesie auf, die viele feine Töne zulässt. Sprachlich changierte sie schon immer zwischen

Lyrik und Prosa, jonglierte mit den verschiedensten Stimmungen, liebte die Wechsel der Tempi und Schwingungen. Die Genres gleiten ineinander über. Kein Zufall, dass zu Beginn des Romans „Im Orkan“ der Großvater Bohdan das Gedicht „Der Sturm“ von Puschkin zitiert – nicht auftrumpfend, er murmelt es nebenbei, als ob es ganz natürlich zum Leben und in diesen Kontext gehörte.

Ulrike Almut Sandig bringt einen frischen Wind in die Gegenwartsliteratur. Sie persönlich hat den Klappentext für ihren neuen Roman verfasst und stimmt die Leserschaft mit einer klaren Botschaft ein: „Ich wollte einen Roman schreiben, der Hoffnung schenkt. Und davon erzählt, wie sehr wir einander helfen können, wenn es darauf ankommt. Der Krieg ist zu groß, zu schmerzhaft, zu chaotisch, als dass er sich eins zu eins abbilden ließe. Stürme, die eine ganze Stadt unter Sand zu begraben drohen – ich wähle also eine Bildsprache, die die klaustrophobischen Erfahrungen der Belagerung etwas spürbar macht. *Im Orkan* lässt greifbar werden, wie sich Realität und Traum, Grauen und Hoffnung in menschlichen Ausnahmezuständen verbinden. Mein Buch schenkt seinen Leser:innen – hoffentlich – Wut und Kraft.“ Das tut es. LERKE VON SAALFELD



Ulrike Almut Sandig:
„Im Orkan“. Roman.
Schöffling & Co.
Frankfurt am Main, 2026.
224 S., geb., 24.– €.

Die Stimmungen der Menschen ändern sich nicht

Ben Shattucks meisterhafter Erzählband „Eine Geschichte der Sehnsucht“ reicht über Jahrhunderte hinweg

Eine abgelegene Farm im Nordosten von Nantucket, einer Insel vor der Küste von Massachusetts, etwa fünfzig Kilometer südlich von Cape Cod. Im achtzehnten Jahrhundert war Nantucket eines der wichtigsten Zentren des Walfangs, in Melvilles „Moby-Dick“ sticht Kapitän Ahab von hier aus in See. Die Farm liegt ganz im Nordosten der Insel: Dünen, Salzwiesen, Kiefernwälder, Robben, Schafe, seltene Küstenvögel bestimmen die Szenerie – und eine Zeit, die sich mehr in den Formationen der Wolken und Wellen als in dem Schlagen der Uhren offenbart. Es ist der 31. Mai 1796, aber was heißt ein solches Datum schon? Das Entscheidende ist, dass es an diesem Morgen regnet hat und Pfützen auf dem Sand stehen. „Nantucket beginnt und endet mit dem Wetter.“

Eine junge verwitwete Mutter und ihr zwanzigjähriger Sohn reiben einen blinden Gaul mit Öl ein, damit die Flöhe es ihm nicht so schwer machen. Aus der Ferne nähert sich ein Paar: ein Mann mit seiner neuen Frau, der noch einmal die alte Geliebte besuchen will. Vor zwanzig Jahren sind sie auseinandergegangen, damals, als noch eine Chance auf gemeinsames Glück bestand, haben sie sich nicht getraut. Am Anfang haben sie einander unzählige Briefe geschrieben, aber mit den Jahren wurden sie weniger, und jetzt, zwei Jahrzehnte später, ist die Chance für immer vorbei. Geliebten ist nur die Erinnerung an etwas, das möglich gewesen

wäre. Und eine alte Anziehung, die sich in errötenden Wangen und einer zärtlichen Nennung ihrer Namen zeigt. Die beiden alten Geliebten sitzen vor dem Feuer. Die neue Frau ist nach oben gegangen, der Sohn kocht eine Ente und geht ins Bett. Ein kleines Bild, das der fremde Mann mitgebracht hat, bleibt am nächsten Morgen auf dem Kaminsims stehen: ein Vogel mit einem blauen Band am Bein.



Ben Shattuck:
„Eine Geschichte der Sehnsucht“. Aus dem Englischen von Dirk van Gunsteren. Hanser Verlag, München 2026. 75 S., geb., 18.– €.

Nicht mehr. Mehr nicht. Kein weiteres Geschehen folgt. Es ereignet sich nichts in dieser stimmungssouveränen Erzählung von Ben Shattuck. Und doch scheinen zwischen den beschreibenden Zeilen die größten inneren Ereignisse auf: der Krieg, der den von grausamen Gewalt-eindrücken heimgesuchten Vater in den Selbstmord getrieben hat. Die Reue einer Frau, die sich für das falsche Leben entschieden hat und ihre Versäumnisse nun nicht mehr aufholen kann. Das schmerzende Gefühl eines Sohnes, der plötzlich erkennen muss, dass seine Eltern sich nie

geliebt haben. „Wenn man genau genug hinhöre, sei jede Geschichte ein Geständnis“, heißt es einmal im Text. Wenn man dieser Geschichte genau genug zuhört, dann hört man Geständnisse aus jedem zweiten Satz. Es sind Zeugnisse aus einer anderen Zeit, und doch verstehen wir sie ohne Umstände. Die Technik, das Recht und die Erkenntnisse, all das ändert sich, aber die Stimmungen der Menschen, die ändern sich nicht.

Deshalb schließt sich ein zweites Kapitel an, das in unserer Gegenwart spielt. 2008 fährt ein junger Maler in das Haus seiner Großmutter auf ebenjener Insel. Im alten Kamin findet er ein geheimnisvolles Ding, das sich bald als Lustobjekt herausstellt. Im lokalen Heimatkundemuseum erklärt ihm die Kuratorin, dass es sich bei der kammgroßen Keramik um einen Dildo handele, den die Walfänger ihren Frauen aus China mitbrachten, damit sie ihnen über die langen Monate ihrer Abwesenheit hinweg treu blieben.

Aus dem Gespräch über die weibliche Lust entsteht eine kurze erotische Undeutlichkeit. Die in ihre Siebzigerjahre gekommene Frau lädt den jungen Mann zu sich nach Hause ein, versucht sich, so scheint es, noch einmal in der Kunst der Verführung. Lasziv setzt sie sich auf einen Stuhl und fleht ihn an, sie zu porträtieren. Für einen Moment liegt ein Flirren in der Luft, eine unwahrscheinliche Chance eröffnet sich, aber dann

bricht sie die Geschichte ab und schickt ihn nach Hause. Und nur das Bild vom Vogel mit dem blauen Band, das sie ihm zum Abschied schenkt, verbindet die beiden Stimmungsszenen über die Jahrhunderte miteinander.

Der 1984 geborene Ben Shattuck, der hierzulande noch nicht bekannt genug ist, dessen Erzählband „The History of Sound“ in den literarischen Kreisen der USA für viel Bewunderung und in Hollywood letztes Jahr sogar für eine Verfilmung mit Paul Mescal und Josh O'Connor gesorgt hat, lebt mit seiner Frau an der Küste von Massachusetts, wo er den ältesten Gemischtwarenladen Amerikas betreibt. Die bewegende Ruhe und präzise Demut, mit der Shattuck schreibt, muss von dieser Umgebung herkommen. Er schreibt im Auftrag all der früheren Dinge, die ein Geständnis ablegen und davon berichten wollen, wie sie da gelandet sind, wo wir sie heute finden.

„Wie macht man, dass etwas, das gar nicht wirklich da war, so echt aussah?“, wird der Maler einmal gefragt. Es ist eine Frage, die man auch an den Autor dieses ebenso kurzen wie sensationellen Erzählbandes richten will. Wie kommt es zustande, dass man seinen Sätzen so unaufhaltsam folgen, seinen Beschreibungen so innig vertrauen und seiner Stimmung so sehr verfallen will? Es muss etwas mit dem Wort im Titel zu tun haben: mit unserer Sehnsucht. SIMON STRAUSS

Der Spielmannszug der Freiwilligen Feuerwehr Neuen-gamme wurde aufgeboten, Fahnen-träger, die örtlichen Honoratioren und die Kultursenatorin Ksenija Bekeris gingen voran, mehr als 1000 Schüler, Eltern und Bürger folgten im Festzug von der alten Schule am Kirchwerder Hausdeich zur neuen Stadtteilschule Kirchwerder. In deren Aula begrüßte Hamburgs Erster Bürgermeister Tschentscher die Fest-versammlung.

Der große Aufzug hatte seine Gründe. Zehn Jahre lang hatten die Bewohner des ländlich geprägten Ortsteils am äußersten Südostrand der Hansestadt auf diesen Tag gewartet, die holprige Planung und die Entstehung der Schule verfolgt und sie schließlich in die Höhe wachsen sehen. Und nun ist sie ihnen schon ans Herz gewachsen.

Zwei lang gestreckte Riegel stehen mit ihren Giebeln an einem gemeinsamen Vorplatz. Der etwas kürzere und breitere Nordriegel und der schlankere Südriegel stehen im spitzen Winkel zueinander und bilden den rückwärtigen Schulhof, der sich nach Osten zum weiten Marschland öffnet. Mit ihren dunklen, geschuppten Ziegelfassaden, die sich zu den Giebeln hin bugförmig krümmen und die Riegel wie eine schützende Haut umhüllen, entsprechen sie so gar nicht dem Bild, das zeitgenössische Schulneubauten gemeinhin bieten. Man denkt an Reetdachhäuser mit tief herabgezogenen Traufen und Walmgiebeln, wie man sie in der Küstenregion allenthalben antrifft. Oder an große Feldscheunen oder an Archen, die kieloben an Land liegen. Aus der Luft sehen sie aus wie gestrandete Tanker, mit Photovoltaik und Lüftungsgeräten an Deck. Trotz der Dimensionen wirken sie nicht wie in die Landschaft abgeworfene Fremdkörper, sondern scheinen aus dem sumpfigen Marschboden gewachsen zu sein.

Ein subtiler Regionalismus vielleicht, doch die Formen zitieren auch die frühe Moderne. Die trapezförmigen Fensteröffnungen und abgeschleppten Ziegeldreiecke sind purer Expressionismus, die Hüllform erinnert an Erich Mendelssohns zwischen 1921 und 1923 erbaute Hutfabrik in Luckenwalde. Entworfen hat die Mittelpunktschule der Berliner Architekt Thomas Kröger (TKA), der den zweistufigen Architektenwettbewerb in Arbeitsgemeinschaft mit Eike Roswag-Klinge (ZRS Architekten und Ingenieure, Berlin) gewonnen hatte. Ihr Entwurf für die erste Stufe des Wettbewerbs hatte noch einen einzelnen Baukörper von 350 Meter Länge vorgesehen und wurde im Preisgericht als absurd abgetan. Doch der damalige Baudirektor Jörn Walter erkannte das Potential der Arbeit und sprach sich für die Mitnahme in die zweite Phase aus. Durch die anschließende Teilung des Projekts in zwei Riegel konnte es die Jury schließlich überzeugen.

Im weiteren Fortgang teilten sich TKA und ZRS die Aufgabe. Kröger baute die Schule, während die Schulsporthalle am



Subtiler Regionalismus: Die Baukörper der Stadtteilschule in Hamburg-Kirchwerder wecken vielfältige Assoziationen an Architekturformen des Nordens.

Foto Thomas Heimann

Wie aus dem Marschboden gewachsen

Aus der Vitalküche der Architektur: Ein Schulbau in Hamburg ignoriert den herrschenden Funktionalismus. Und siehe da, gute Gestaltung sorgt für Identifikation und Rücksichtnahme.

Nordrand des Areals von ZRS geplant wurde. Unter hohem Kostendruck entstanden, ist sie ein pragmatischer Funktionsbau nach Hamburger Sportbaunormen, der deshalb formal nicht mit den Schulgebäuden korrespondiert.

Auftraggeber war die SBH Schulbau Hamburg, ein Eigenbetrieb unter dem Dach der Finanzsenatsverwaltung. Ein Generalunternehmer wurde eingeschaltet – normalerweise nicht eben Garant für architektonische Qualität –, die Architek-

ten lieferten Leitdetails und hatten ansonsten nur Beraterfunktion. Bodenaustausch und 550 Bohrpfähle im wenig tragfähigen Grund streckten Bauzeit und Baukosten, die sich auf 68 Millionen Euro summierten, die Sporthalle und die Freiflächengestaltung durch das Hamburger Büro G2 Landschaft eingeschlossen.

Der SBH gelang es jedenfalls, den Entwurf fast unverändert zu realisieren. Und so profitieren die Schüler von einer Ausstattung in einem Standard, der aus an-

deren Bundesländern neidvolle Blicke auf sich zieht. In der „Vitalküche“ der Mensa wird frisch gekocht. Es gibt eine beeindruckend großzügige Lehrküche, Werkstätten für Holz- und Metallarbeit, Theaterräume mit Werkstatt sowie einen attraktiven Musikraum, flankiert von schallgedämmten Übezellen für Einzelinstrumente. Der Nordriegel beherbergt weitere Funktions- und Sonderräume. Die Aula vorn im Giebel strahlt schon vom Zuschnitt her und mit ihren gefalte-

ten Wänden eine gewisse Sakralität und Festlichkeit aus. 300 Sitzplätze fasst der Saal, bis zu 600 Personen können hier feiern.

Dass die Architekten nur auf Ästhetik und den Genius Loci fixiert gewesen wären, kann man ihnen nicht vorwerfen. Sie haben auch raffinierte Grundrisslösungen für moderne, flexible Unterrichtsformen entwickelt. Es gibt kein simples Mittelflursystem, sondern – durch quergestellte Doppeltreppenhäuser – voneinander ge-

trennt – jeweils drei Brandschutzkompartimente. Die Treppenhäuser zeichnen sich am Außenbau durch schmalere Dreiecksfenster ab und gliedern so den langen Bauriegel. Durchlaufende Fensterbänder der Klassenräume werden teilweise von den schrägen trapezförmigen Öffnungen der Fassade überlappt, was innen einen bergenden Raumeindruck erzeugt.

Die Kompartimente ermöglichen die Aufweitung der Mittelflure zu Dorfplätzen, wie sie der Architekt nennt. Jeweils fünf bis sieben Klassenräume sind zu einem Cluster zusammengebunden. Die Dorfplätze sind polygonale Flächen, zum Teil mit abgetrennter gläserner Loggia; sie müssen nicht als Fluchtwege von Brandlasten frei gehalten werden und können für besondere Unterrichtsformen, für Kleingruppen und für den Aufenthalt genutzt werden.

Die Innenräume der Schule sind überraschenderweise von Betonästhetik geprägt. Ein leicht beigefarbener Fußboden mildert den kühlen Eindruck. Leichtbauwände sind weiß gestrichen. Die Dorfplatzwände sind großflächig mit schwarzer Tafelfarbe beschichtet, um den Schülern Flächen für kreative Aktivitäten zu bieten. Vielleicht war deshalb der Graffiti-schutzanstrich der Betonwände gar nicht notwendig. Denn die Schule macht einen gepflegten Eindruck. Das mag der Lage in einer problemarmen ländlichen Gegend geschuldet sein, zeigt aber wohl auch die Wertschätzung, die die Schülerschaft ihrer Stadtteilschule entgegenbringt. Und diese Wertschätzung hat viel mit der Signifikanz und der attraktiven Form des Gebäudes zu tun, mit der sich die Menschen identifizieren. Jeder der Schüler wird sich sein Leben lang an diesen Schulbau erinnern.

Raumprogramm als Grundriss ausbilden, Konstruktionssystem auswählen, Fassadensystem entwickeln, so entsteht untadelige funktionalistische Architektur. Was fehlt, ist die Gestaltung schöner Häuser und attraktiver Räumlichkeiten. Schönheit, Raumempfinden – Aspekte, die Baukunst ausmachen, spielen heute in der auf Regeltreue und Effektivität fokussierten Architekturausbildung an den meisten Hochschulen keine Rolle mehr.

Architekt Thomas Kröger versucht immer, feinnerviger Moderne kraftvoll skulpturale Formen abzugewinnen, die sie individualisieren, wiedererkennbar machen. Auf dem Kirchwerder ist die Gratwanderung gelungen. Allzu gekünstelter Formalismus ist vermieden, Exotik und Spektakel bleiben außen vor, und doch steht da ein Schulbau von außerordentlicher Ausdruckskraft vor Augen – den die Menschen bewundern und mögen. Das Hamburger Beispiel zeigt, dass es lohnenswert und erfolgreich ist, über den pragmatischen Rationalismus hinauszudenken, Schade nur, dass derlei Entwürfe in aller Regel von Bauwirtschaft und Behörden ausgebrems werden; dass es also außergewöhnlich engagierter Protagonisten in der Planung und in den Bauämtern bedarf, sie zu realisieren; dass gute Architektur nach wie vor ein Glücksfall und nicht die Regel ist.

FALK JAEGER

Wir brauchen Schulen, an denen man das Handy gerne beiseitelegt

Priorität für beste Bildungsorte statt für den Bau von Straßen und Brücken fordert BDA-Präsident Alexander Poetzsch angesichts des Sondervermögens für Infrastruktur

Das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität beläuft sich insgesamt auf 500 Milliarden Euro, 300 entfallen auf den Bund, 100 auf zusätzliche Investitionen zur Erreichung der Klimaneutralität, weitere 100 Milliarden erhalten die Länder für ihre Infrastruktur und die der Kommunen. Wie viel sollten davon aus Ihrer Sicht in den Schulbau fließen?

Eine Erhebung der KfW stellte für das Jahr 2025 fest, dass es in Deutschland bei Schulen einen Investitionsrückstand von knapp 70 Milliarden Euro gibt. Wenn man diese Zahl anlegte, würde nicht viel übrig bleiben. Das Grunddilemma aber ist, dass immer davon ausgegangen wird, Infrastruktur bestehe nur aus Brücken und Straßen – Deutschland, das Autoland. Zur Infrastruktur gehören aber auch Krankenhäuser, Feuerwehren, Schulen und andere Bildungseinrichtungen. Wir vom Bund Deutscher Architektinnen und Architekten (BDA) sagen: Wenn wir „Deutschland fit für die Zukunft“ machen wollen; wenn Bildung, Forschung und Innovation einen größeren Stellenwert erhalten sollen – so steht es ja im Koalitionsvertrag –, dann gehören für uns dazu vor allem die Schulen. Es liegt jetzt an den Ländern, wie viel sie den Kommunen für die Schulen ausschütten.

Wie sähe Ihr Vorschlag aus?

Auf Bundesebene handelt es sich bei dem angesprochenen Sondervermögen – das Unwort des Jahres 2025! – um Schulden. Wenn wir der nächsten Generation das Abzahlen dieser Schulden aufbürden, dann ist das Mindeste, im Gegenzug in diese Generation zu investieren. Dann geht es eben nicht um Straßen, sondern um Schulen. Uns vom BDA geht es darum, dafür das Bewusstsein zu schaffen. Investitionen in den Schulbau müssen konsequent eingefordert werden.

Wie sollte künftig gebaut werden?

Wenn wir ehrlich sind, bauen wir Schulen noch immer wie vor 100 Jahren. Der Großteil besteht aus einem Flur und Zimmern rechts und links. Das ist nicht mehr zeitgemäß. Die Lehr- und Lernkonzepte haben sich derart verändert, dass wir dem beim Schulbau Rechnung tragen müssen. Vor allem muss aber ein Ver-

ständnis einsetzen, dass Schule mehr ist als ein Ort, an dem Tafeln stehen und Lehrbücher ausgepackt werden. Schulen sind ganzheitliche Lernorte. In der Schule habe ich meine erste Konfrontation, meine erste Argumentation, den ersten Kuss; ich finde dort heraus, wer ich bin, wie Gemeinschaft funktioniert. Die Schule ist ein Ort der Demokratiebildung, und die ist wichtiger denn je. Wir müssen Schulen auch unbedingt inklusiver machen, und wir müssen es schaffen, dass Schulen so attraktiv sind, dass Schüler hier gerne lernen, dass sie Gemeinschaft schätzen, dass man das Handy gerne beiseitelegt. Architektur hat einen nicht unerheblichen Anteil daran, diese Lernräume zu schaffen: Man spricht nicht umsonst vom Raum als dem dritten Pädagogen.

Wie könnte sichergestellt werden, dass Schulen von dem Sondervermögen angemessen partizipieren?

Es braucht auf Länderebene zunächst die Kenntnis des Zustands der eigenen Schulgebäude. Weiter geht es um zukunftsfähige Raumkonzepte. Oft sind Schulen Orte, die mit einem Zaun umschlossen sind. Die Freiflächen stehen nicht der Nachbarschaft, der Gesellschaft zur Verfügung. Aber das könnten sie. Schulen könnten Orte sein – zum Teil passiert es schon –, an denen Vereine trainieren, an denen sich in den Abendstunden in Foyers Menschen versammeln. Die Schulbibliotheken könnten auch von kleineren Kommunen mitgenutzt werden. Schulen können dritte Orte sein. Darin steckt auch eine Chance, sich auf kommunaler Ebene zu konsolidieren.

Gibt es diese Bedarfsanalyse für die Schulen aus Ihrer Sicht in ausreichender Form?

Die Kommunen haben schon einen guten Überblick, allerdings in unterschiedlicher Qualität: Die eine Kommune ist besser gebrieft als die andere. Das hängt auch davon ab, wie die entsprechenden Verwaltungen aufgestellt sind. Viele Bauämter haben in ihrer personellen Ausstattung durchaus Optimierungspotential. Wo ein Aufzug fehlt oder eine Sanierung angesagt ist, sieht man schnell. Dabei geht es aber nur um kleinere Schönheits-

reparaturen. Es fehlt meist an ganzheitlichem Nachdenken darüber, wie zum Beispiel aus einer alten Schule ein zukunfts-fähiger Lernort werden kann. Diese Chance böte das Sondervermögen.

Dem BDA ist wichtig, dass die Fördermittelvergabe an Qualitätskriterien gebunden wird. Was ist damit genau gemeint?

Gemeinsam mit der Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft und dem Verband Bildung und Erziehung (VBE) haben wir zu dem Thema im vergangenen Jahr mehrere Symposien veranstaltet. Wir fordern die Kommunen auf, einen Teil des Sondervermögens für eine Qualitätsoffensive zu nutzen. Qualität bezieht sich zum einen auf die Qualität der Räume, der Lernlandschaften. Es geht aber auch um „Qualität im Prozess“. Wie oft ist es so, dass die Modulschule, also ein Typenbauwerk, das für mehrere Orte entwickelt wurde und aus vorgefertigten großen Bauteilen konstruiert ist, als vermeintlich beste Lösung hingestellt wird? Ihre Umsetzung geht schnell, ist überschaubar und verspricht im Kostenrahmen zu bleiben. Für die personell unterdeckte Kommune ist das eine einfache Lösung. Leider bleibt diese hinter den Möglichkeiten zurück, die eine individuelle Lösung verspricht. Qualität gelingt am besten in einem partizipativen Pro-

zess, bei dem alle Seiten gehört werden. Qualität sollte außerdem über einen Wettbewerb sichergestellt werden; das Gegenteil davon sind Gesamtvergaben mit Generalplanern. Wir plädieren für Qualitäts- statt Preiswettbewerbe. Hinzu kommt: Die städtebaulichen Rahmenbedingungen, unter denen Schulen errichtet werden oder, noch besser, Schulen umgebaut oder Bestandsgebäude zu Schulen umgenutzt werden, sind derart individuell, dass man mit seriellen Lösungen oft nicht weit kommt.

Ist es nicht sinnvoll, bei Schulbauten Synergieeffekte zu nutzen, damit nicht bei jedem Projekt das Rad neu erfunden werden muss?

Oft wird davon ausgegangen, man baue entweder modular oder mit einem Architekten. Es gibt aber auch tolle Beispiele für ein „Sowohl als auch“: in Dresden zum Beispiel die Schule Schilfweg – ein Grundschulneubau in Holzmodulbauweise. Das Team von Peter Zirkel Architekten hat diese Schule weniger an der Bau-, sondern an der Straßenverkehrsordnung orientiert – Letztere legt ja am besten fest, wie groß Raummodule sein können. Das Wissen zum Bildungsbau ist bei den Kollegen, die sich darauf spezialisiert haben, vorhanden. Das ist auch bei jenen Kommunen so, die Schulbauämter haben. Aber dort ist es niedergelegt in Richtlinien und Regularien, die unserer Meinung nach regelmäßig angepasst werden müssten. Es ist immer die Rede davon, Deutschland brauche Bürokratienabbau. Wir sind der Meinung, Bürokratie ist gut, ergänzt werden muss sie allerdings durch Ermessensspielräume, um die passgenaue Lösung zu finden und schnellere Verfahren zu ermöglichen.

Wie sind die Gewichte beim Schulbau verteilt – zu welchem Anteil geht es um Neubau, Modernisierung, Umnutzung?

Man kann das zahlenmäßig schlecht herunterbrechen, da es immer von der Bereitschaft der Entscheidungsträger abhängt, in den baulichen Bestand zu investieren. Der Anteil an Neubauten ist beim aktuellen Schulbau aber wohl gering. Die Sanierung ist meist eine Herausforderung, weil die Grundrisse oft nicht mehr den neuen Anforderungen entsprechen,

aber das lässt sich bewältigen. Bei der Umnutzung ist die Phantasie der Kommunen gefragt: Gibt es vielleicht Büro- oder Fertigungsgebäude, die in Schulen umgewandelt werden können? Auch dazu gibt es meist gute individuelle Lösungen, und es ist immer ein Vorteil, wenn man ein Gebäude in der Stadt erhalten kann. Diese systematische Herangehensweise könnte übrigens auch beispielhaft sein für den gesamten Umgang mit Bestandsgebäuden. Wir reißen in Deutschland zu viel ab, obwohl wir einen Bestand haben, der es oft wert ist, erhalten zu werden.

Sie fordern in Ihrer Initiative ein Konzept auf der Grundlage einer „zukunftsgerichteten pädagogischen Leitidee“. Aber gibt es die momentan, kann es sie im Föderalismus geben? Schulentwicklung wird ja immer individueller.

Es reicht ja, wenn man ein robustes, anpassungsfähiges, flexibles Gebäude bereitstellt, das eine Entwicklung zulässt. Die Ausdifferenzierung liegt immer auch an der Schulleitung und dem Kollegium, an aktuellen Trends und Entwicklungen. Architektur soll nicht zementieren, sondern zulassen. Der Grundwiderspruch aber ist: Wir sprechen von zukunftsorientierten Lernkonzepten und bauen wie in der Vergangenheit. Es ist unglaublich, wie viele Quadratmeter im Schulbau an Verkehrsflächen draufgehen, die Flure ähneln oft Bundeskegelbahnen. Wenn wir beim Schulbau preisgünstiger bauen wollen, müssen wir schauen, dass ein Flur mehr ist als ein Raum, um von A nach B zu kommen. Es muss auch Gruppenarbeit auf ihm stattfinden können. Ein Großteil dessen, was in den Schulbau investiert wird, geht überdies in die Technik. Technik ist verschleißanfällig und oft übertrieben. Bei der Haustechnik kann man eine Menge sparen. Ein gutes Beispiel ist die Jenaplan-schule in Weimar, die im Rahmen der Internationalen Bauausstellung (IBA) Thüringen entstanden ist. Dort ist haustechnisch nur berücksichtigt worden, was man wirklich braucht. Gelüftet wird, indem die Schüler die Fenster öffnen. Wir müssen dafür sorgen, dass das Geld sichtbar investiert wird, in qualitativ hochwertige und einfache Technik. Eine Lehrkraft muss die

Heizung ohne haustechnische Nebenausbildung bedienen können.

Welche Erkenntnisse haben Sie aus den drei Schulbausymposien des vergangenen Jahres mitgenommen?

Bei dem Schulbausymposium in Berlin hat mich vor allem eine Schülerin beeindruckt, die vor Architekten und Kommunalvertretern die Situation auf den Punkt brachte. Auf die Frage, warum man andere Schulen bauen solle, sagte sie: „Ihr habt ein Sondervermögen aufgenommen, das wir abbezahlen sollen, okay. Ihr habt festgestellt, wir brauchen eine Bundeswehr, und wir Junge sollen das Land verteidigen, okay. Ihr bekommt den Klimawandel und die Nachhaltigkeit nicht in den Griff, das wird auf unseren Schulern landen, okay. Aber dann sorgt bitte wenigstens dafür, dass wir die beste Bildung bekommen, die wir kriegen können – und dazu gehören auch die besten Schulen, die wir bekommen können.“ Besser kann man es nicht sagen. Die Zustimmung war groß.

Gibt es Länderhandschriften beim Schulbau?

Die Stadtstaaten und die südlichen Länder sind investitionsfreudiger, hier gibt es vielleicht auch noch einen anderen Wohlstand. Berlin hat eine Taskforce für den Schulbau eingerichtet, weil man es musste. Ich hoffe, dass die Bildungsministerkonferenz sich gut austauscht und sich die Bundesländer gegenseitig anstecken. Ansonsten ist der Ansatz Bayerns mit dem Gebäudetyp E vielversprechend, mit dem keine bestimmte architektonische Form wie die Berliner Compartment-schule gemeint ist, sondern ein Bauen, bei dem bestimmte Regularien mit der Leitfrage „Was brauche ich wirklich, was kann ich weglassen?“ bewusst zurückgefahren werden, um günstiger und schneller zu werden. Wir müssen weg von der Überregulierung und dem Vollkaskodenken.

Das Gespräch führte **Uwe Ebbinghaus**.

Alexander Poetzsch ist Freier Architekt in Dresden und Präsident des Bundes Deutscher Architektinnen und Architekten (BDA).



Alexander Poetzsch

Foto Thomas Müller

Frankenstein auf dem Schaukelpferd

Harmlose Pöbelei: Karin Henkel zeigt am Theater Basel eine Horváth-Melange / *Von Robin Passon, Basel*

„Ich habe genug“, singt Elisabeth. Immer und immer wieder stimmt sie diese erste Zeile der gleichnamigen Bach-Kantate an, im schummrigen Licht des Bühnenraums, in ihrem weißen Totengewand, gerade noch stark genug, sich auf den Beinen zu halten. Genug haben, resignieren, schließlich aufgeben oder die Richtung ändern; das ist der Gestus von „Kasimir und Karoline und der Tanz mit dem Tod“. Karin Henkel führt dabei am Theater Basel das titelgebende Stück mit „Glaube Liebe Hoffnung“ zusammen; beide Stücke hat Ödön von Horváth in den Jahren 1931 bis 1933 dicht nacheinander geschrieben und wollte sie auch zusammen veröffentlichen lassen, denn beide entspringen dem gleichen sozialkritischen Impetus.

Das Stück mit dem biblischen Titel dreht sich um Elisabeth, die sich nicht befreien kann aus ihrer proletarischen Not, arbeiten zu müssen, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen, gleichzeitig aber diesen schmalen Lebensunterhalt aufbringen muss, um sich für die Arbeit zu qualifizieren, und den Ausweg aus den systemischen Fallstricken im Freitod findet. Mit ihrem Sturz ins Wasser und der darauffolgenden Rettung eröffnet der Abend, anschließend verkünden zwei Ausrufer, die sich gleich noch zu Präparatoren, Polizisten und Dessousverkäuferinnen wandeln werden, dass nun die Geschichte des Opfers noch einmal nacherzählt wird.

In diesem protokollarischen Ton schnurrt das Geschehen dann auch vorbei. Den lehrstückhaften Gehalt versucht die Inszenierung zu überspitzen; immer wieder wird die Handlung kommentiert, was vermutlich schon als Persiflage auf ironisierende Brecht-Abende gedacht ist und sich dabei doch in abgenutzten Zuschaueransprachen verheddert. Als Show-Runner spielt sich hier der Schauspieler Martin Wuttke in einem ganzen Strauß an Rollen auf, die er dann am Schluss des Dramas auch in einem Verwirrspiel mit Latexmantel und Polizistenmütze an- und abstreift. Das amüsiert immerhin mehr als die ollen Witze über Ehe, Kinderkriegen und Saufen, die er zuvor noch für ein paar müde Publikums-lacher krakeelen musste.

Aber es gibt auch konzentriertere Episoden: da, wo Elisabeth von ihrer Chefin schikaniert wird, die sich weder für die



Hand in Hand in die erleuchtete Dunkelheit: Gala Othero Winter als Elisabeth und Jörg Pohl als Schutzpolizist

Foto Ingo Höhn

bürokratischen Probleme noch für die Vergewaltigung ihrer Mitarbeiterin interessiert; eindrucksvoll auch die Beziehung mit dem Schutzpolizisten, die an Elisabeths Vergangenheit und seinem Egoismus zerbrechen muss, und schließlich ihr Tod. Wie Gala Othero Winter die letzten kurzen Monologe aus sich herausbringt, ist ein Destillat der berührenden Darstellung einer systemischen Zermürbung: tief verstört vom Ausgesetztsein, doch vom unbeholfenen Willen getrieben, Boden unter den Füßen zu gewinnen und ihre Stellung zu halten, wenn längst nichts mehr für sie spricht.

Dass Elisabeth und Kasimir in diesem System Leidensgenossen sind, wird schnell klar. Dennoch wollen sich die zwei Stücke an diesem Abend nicht recht

zusammenfügen, und Henkel, die in den letzten Jahren immer wieder durch Verdichtungen von Stoffen hervorgetreten ist, erschreckt mit der ersten Hälfte ganze Publikumsscharen. Es hätte der Dramaturgie des Abends geholfen, ihn als Doppelabend zweier unabhängiger Stücke zu rahmen. Das hätte einerseits die verkrampten Kopplungsversuche zwischen den beiden Stückwelten aufgehoben und andererseits den dichten Stoff, der „Glaube Liebe Hoffnung“ ja ist, aus seiner stiefmütterlichen Verortung als Oktoberfest-Budentheater gehoben.

So führt die Inszenierung nämlich nur zu der Erkenntnis, dass sich Karoline der Tragik von Kasimirs Situation nicht bewusst ist. Die abgeklärte Draufgängerin, als die man sie sonst oft sieht, ist sie hier in der

Darstellung von Marie Löcker aber auch nicht; vielmehr wird sie von der eigenen Leichtsinnigkeit, mit der sie die Beziehung zu Kasimir beendet, überwältigt, bandelt in einer Grube, auf den ein anderer Soldat vom Rand uriniert. Die Videos, die auch Originalton enthalten, dokumentieren tägliche Geschehnisse.

In Russlands Armee werden Soldaten auf diese Weise bestraft, wenn sie ihren Posten verlassen, betrunken sind, einen tödlichen Sturmangriff verweigern, nach ihrem Sold fragen, ihr Geld nicht dem Kommandanten geben – kurz: für jedes Vergehen, das dem Befehlshaber missfällt. Wie die unabhängige Zeitung „Wjorstka“ schreibt, enden die Folterungen oft tödlich. Die häufigste Marter besteht darin, jemanden in ein Erdloch zu sperren, ein Gitter darüber zu legen und bis zum Rand mit Wasser zu füllen, so dass er nur noch durch das Gitter atmen kann. Wenn das Opfer herausgeholt wird, stirbt es bald an Lungenentzündung oder Nierenversagen. Manchmal werden Soldaten zu Tode geprügelt, manchmal schickt man sie als „Leuchfeuer“, als lebende Köderfigur nach vorn, damit der Gegner feuert und seine Position bestimmt werden kann. Da hinter ihnen Sperrtruppen stehen, gibt es keine Überlebenschance, ebenso wie beim sogenannten „Fleischsturm“, bei dem Infanteristen als Zielscheiben eingesetzt werden, um die Verteidigung des Feindes auszudünnen.

Auf Befehl der Kommandeure werden die Leichen solcher Soldaten manchmal an der Frontlinie abgelegt und aus Maschinengewehren beschossen, um ihren Tod im Kampf vorzutäuschen. Meistens werden sie jedoch als vermisst oder als desertiert gemeldet. Dann kann sich die Armee die Zahlungen an die Angehörigen sparen. Ähnliches geschieht im Hinterland. Im Januar wurden in einer Militäreinheit im fernöstlichen Ussurijsk Soldaten, die aufgrund von Verletzungen nicht mehr in der Lage waren, ihre „patriotische Pflicht zu erfüllen“, eingesperrt, misshandelt und gezwungen, an die Front zu gehen. Der Anwalt Maxim Chikunow veröffentlichte in sozialen Netzwerken Hilferufe von Soldaten, die berichten, dass Kommandeure ihre Kameraden schlagen, vergewaltigen und ihnen ihren Sold abnehmen. Chikunow veröffentlichte Videos und Fotos aus dieser Einheit. Eine Aufnahme zeigt einen Mann mit amputiertem Arm, der auf dem Boden einer Sporthalle mit Plastikfolie gefesselt ist. Andere zeigen Uniformierte, darunter Schwerverletzte auf Krücken, ohne Arme, ohne Beine, mit Spuren von Schlägen. Einer berichtete, er sei mit einem Dildo vergewaltigt worden, weil er sich weigerte, dem Kommandanten 3500 Euro zu zahlen, und dass er infolge der Schläge ein Auge verloren habe. Später kam die Nachricht, er sei zurück an die Front in der Ukraine geschickt worden. Ein anderer Soldat berichtete, man werde auf dem Stützpunkt in Käfigen gehalten, selbst Männer mit fehlenden Gliedmaßen würden zum Frontdienst gezwungen.

Krüss-Preis für Anna Woltz

Die niederländische Autorin Anna Woltz erhält gemeinsam mit ihrer Übersetzerin Andrea Kluitmann den James Krüss Preis für internationale Jugendliteratur. Woltz bewahre in ihren Romanen auch bei schweren Themen „eine überraschende Leichtigkeit und einen feinen Witz“, begründete die Jury ihre Wahl. Der von der Erbgemeinschaft Krüss geförderte Preis ist mit 8000 Euro dotiert und wird alle zwei Jahre in der Internationalen Jugendbibliothek auf Schloss Blutenburg in München vergeben.

F.A.Z.

Armin Petras nach Bremen

Das Theater Bremen galt in den letzten Jahren als Brutstätte des postdramatisch-antinarrativen Theaters. Hier begannen so folgenreiche Figuren wie Benjamin von Blomberg ihre Karriere, hier wurde an der Verkleinerung des Schauspieltheater-Begriffs gearbeitet. Seit dem Tod von Generalintendant Michael Börgerding im Januar 2025 wurde das Vierspartenhaus von einem Interimsteam geführt. Nun hat die Findungskommission in dem im sauerländischen Meschede geborenen und ab 1969 in der DDR aufgewachsenen Armin Petras einen Nachfolger gefunden. Petras, der zumeist unter dem Pseudonym Fritz Kater auch Stücke veröffentlicht, war Intendant des Maxim Gorki Theaters und des Schauspiels Stuttgart. Zuletzt leitete er gemeinsam mit Franziska Benack und Philipp Rosendahl die Schauspielsparte am Staatstheater Cottbus.

Soldaten als lebende Köder

In Russlands Armee ist es gängige Praxis, Rekruten zu betrügen, Armeeangehörige zu foltern und Verwundeten medizinische Behandlung zu verweigern.

Von Irina Rastorgujewa

Täglich berichten Medien weltweit über Verbrechen der russischen Armee an ukrainischen Zivilisten, über Folterungen ukrainischer Kriegsgefangener und Verhaftungen von Bewohnern der besetzten Gebiete. Weniger bekannt ist, dass solche Verbrechen auch an den eigenen Leuten verübt werden. Gewalt war schon vor Beginn der Großinvasion Teil des russischen Armeelebens. Nun ist sie Grundlage des Systems.

Im Januar tauchten in ukrainischen und russischen Telegram-Kanälen Videos auf, die die „Erziehungsarbeit“ russischer Militärs zeigen. Da sieht man einen Uniformierten, der an einem Baum aufgehängt ist. Er wird geschlagen, und ein Gummi-Dildo wird ihm ins Gesicht gestoßen. Der Geprügelte weint und schreit: „Das tut weh, hör auf!“ Auf einem anderen Video sieht man nackte Männer, offenbar Rekruten, die mit Klebeband und Folie an Baumstämmen fixiert sind, einer mit dem Kopf nach unten. Es liegt Schnee. Beide werden geschlagen. Ein drittes Video zeigt einen Soldaten in einer Grube, auf den ein anderer Soldat vom Rand uriniert. Die Videos, die auch Originalton enthalten, dokumentieren tägliche Geschehnisse.

In Russlands Armee werden Soldaten auf diese Weise bestraft, wenn sie ihren Posten verlassen, betrunken sind, einen tödlichen Sturmangriff verweigern, nach ihrem Sold fragen, ihr Geld nicht dem Kommandanten geben – kurz: für jedes Vergehen, das dem Befehlshaber missfällt. Wie die unabhängige Zeitung „Wjorstka“ schreibt, enden die Folterungen oft tödlich. Die häufigste Marter besteht darin, jemanden in ein Erdloch zu sperren, ein Gitter darüber zu legen und bis zum Rand mit Wasser zu füllen, so dass er nur noch durch das Gitter atmen kann. Wenn das Opfer herausgeholt wird, stirbt es bald an Lungenentzündung oder Nierenversagen. Manchmal werden Soldaten zu Tode geprügelt, manchmal schickt man sie als „Leuchfeuer“, als lebende Köderfigur nach vorn, damit der Gegner feuert und seine Position bestimmt werden kann. Da hinter ihnen Sperrtruppen stehen, gibt es keine Überlebenschance, ebenso wie beim sogenannten „Fleischsturm“, bei dem Infanteristen als Zielscheiben eingesetzt werden, um die Verteidigung des Feindes auszudünnen.

Auf Befehl der Kommandeure werden die Leichen solcher Soldaten manchmal an der Frontlinie abgelegt und aus Maschinengewehren beschossen, um ihren Tod im Kampf vorzutäuschen. Meistens werden sie jedoch als vermisst oder als desertiert gemeldet. Dann kann sich die Armee die Zahlungen an die Angehörigen sparen.

Ähnliches geschieht im Hinterland. Im Januar wurden in einer Militäreinheit im fernöstlichen Ussurijsk Soldaten, die aufgrund von Verletzungen nicht mehr in der Lage waren, ihre „patriotische Pflicht zu erfüllen“, eingesperrt, misshandelt und gezwungen, an die Front zu gehen. Der Anwalt Maxim Chikunow veröffentlichte in sozialen Netzwerken Hilferufe von Soldaten, die berichten, dass Kommandeure ihre Kameraden schlagen, vergewaltigen und ihnen ihren Sold abnehmen. Chikunow veröffentlichte Videos und Fotos aus dieser Einheit. Eine Aufnahme zeigt einen Mann mit amputiertem Arm, der auf dem Boden einer Sporthalle mit Plastikfolie gefesselt ist. Andere zeigen Uniformierte, darunter Schwerverletzte auf Krücken, ohne Arme, ohne Beine, mit Spuren von Schlägen. Einer berichtete, er sei mit einem Dildo vergewaltigt worden, weil er sich weigerte, dem Kommandanten 3500 Euro zu zahlen, und dass er infolge der Schläge ein Auge verloren habe. Später kam die Nachricht, er sei zurück an die Front in der Ukraine geschickt worden. Ein anderer Soldat berichtete, man werde auf dem Stützpunkt in Käfigen gehalten, selbst Männer mit fehlenden Gliedmaßen würden zum Frontdienst gezwungen.

Soldaten des 7. Militärstützpunkts der 49. Armee veröffentlichten ein Video, um die Grausamkeit der Kommandeure und das völlige Fehlen medizinischer Versorgung zu dokumentieren. Um auf ihre Situation aufmerksam zu machen, schluckten sie Nägel. Sie können keine Beschwerden oder Anträge bei offiziellen Stellen einreichen, denn das verhindern der Inlandsgeheimdienst FSB und die Militärpolizei. Die Soldaten sagen, ein FSB-Mitarbeiter habe 47 Soldaten gezwungen, sich bis auf die Unterwäsche auszuziehen und mehr als eine Stunde lang draußen barfuß in der Kälte zu stehen. Viele hatten an Kampfhandlungen teilgenommen, waren verwundet, doch die Einweisung ins Krankenhaus und eine Behandlung wurden ihnen verweigert. Die Soldaten sagen, sie

hätten die geschluckten Nägel seit Tagen im Magen, aber keine medizinische Hilfe erhalten.

Ein Soldat der 55. Marineinfanteriedivision berichtete über systematische Verstöße bei der militärmedizinischen Behandlung. Demnach werden verletzte Soldaten nicht ins Krankenhaus gebracht, sondern in der Einheit festgehalten, wo sie täglich zum Appell antreten müssen und nicht behandelt werden. Selbst verwundete Soldaten mit Spezialschienen zur Fixierung komplizierter Knochenbrüche oder schweren Wunden wie faulenden Verletzungen der Bauchhöhle seien monatelang nicht behandelt worden.

Infolge dieses Verschleißes braucht die russische Armee ständig neue Soldaten. Anfang 2026 reichten die Eltern von neun Wehrpflichtigen aus dem sibirischen Chakassien sowie den Gebieten Swerdlowsk und Tscheljabinsk im Ural eine Sammelbeschwerde bei der Staatsanwaltschaft ein, deren Text dem unabhängigen Online-medium Astra zugespielt wurde. Zwar ist es verboten, Wehrpflichtige an die Front zu schicken, wenn sie sich nicht freiwillig als Zeitsoldaten verpflichten. Doch nach Angaben der Angehörigen hatten zwei Sergeanten und ein Offizier die im Dezember 2025 einberufenen Rekruten im Zug zu ihren Dienstorten in Fernost mittels „moralischem und physischem Druck“ dazu gebracht, einen Zeitvertrag zu unterzeichnen. Einer hatte „freiwillig“ unterschrieben, während er am Boden lag, ihm der Arm verdreht wurde und ein anderer ihn an den Beinen festhielt. Wer sich weigerte, bekam kein Wasser, wurde geschlagen, durfte nicht schlafen.

Iwan Tschuwiljajew vom Antikriegsprojekt „Geht durch den Wald“ berichtete davon, dass Wehrpflichtigen in einem dunklen Bus angebliche Papiere für die Ausgabe von Uniformen untergeschoben worden, die in Wirklichkeit Zeitverträge waren. Im sibirischen Tjumen wurde drei Wehrpflichtigen angeboten, ihre Versetzung in eine andere Einheit zu beantragen. Dann bekamen sie größere Beträge auf ihre Konten überwiesen – obwohl sie versichern, sie hätten keine Verträge unterzeichnet.

Die Nötigung von Wehrpflichtigen, Zeitverträge zu unterzeichnen, beruht auf Anweisung von ganz oben, behaupten Menschenrechtsaktivisten von „Schule für Wehrpflichtige“. Sie fanden in einem Gerichtsurteil den Verweis auf ein Telegramm aus dem zentralen Militärbezirk mit der Anweisung, Brigaden zu bilden, die Wehrpflichtige dazu zwingen, Verträge mit dem Verteidigungsministerium abzuschließen. Solche Verträge können nicht gekündigt werden, sie gelten bis zum Ende der „Spezialoperation“ in der Ukraine.

Um eine Massenmobilisierung zu vermeiden, rekrutieren die russischen Behörden über fiktive Personalagenturen Ausländer für den Krieg gegen die Ukraine, schreibt das britische Onlineportal The Telegraph. Migranten sterben in der Regel in den ersten Tagen an der Front aufgrund mangelnder militärischer Ausbildung. Demnach hat Russland 2025 mindestens 18.000 Menschen aus 126 Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in den Krieg geschickt. Mehr als 3000 sind im Kampf gefallen, etwa 700 sollen sich in ukrainischer Gefangenschaft befinden. Freiwillige aus den Ländern der früheren Sowjetrepubliken sind zum Frontdienst bereit, um die russische Staatsbürgerschaft zu erhalten. Die meisten kommen, so „Wjorstka“, aus Tadschikistan, Kirgisistan, Usbekistan und Moldau.

Auch Sträflinge werden im Krieg gegen die Ukraine eingesetzt. Die russischen Behörden wollen aber auch ausländische Kriminelle rekrutieren. Unlängst verabschiedete die Regierung Gesetzesänderungen, wonach Ausländer, die einen Vertrag mit dem Verteidigungsministerium unterzeichnet haben, nicht an ihre Heimatländer ausgeliefert werden, selbst wenn sie strafrechtlich angeklagt oder verurteilt sind. Die genannten Berichte wurden im Januar 2026 veröffentlicht, stellen also nur einen kleinen Teil der bekannten Fakten dar. Der Verfall aller staatlichen Institutionen, Korruption, der sinkende Lebensstandard sowie die steigende Kriminalität zerfressen Russland und breiten sich aus, so weit die Tentakel dieses Monsters reichen. Wenn daher jetzt die Ukraine zu „territorialen Zugeständnissen“ gedrängt wird, heißt das, dass auch die Bewohner dieser Gebiete dem Ungeheuer schutzlos ausgeliefert werden sollen.

Irina Rastorgujewa, 1983 im russischen Juschno-Sachalinsk geboren, lebt als Autorin, Grafikerin und Übersetzerin in Berlin.

Gemeinsam lesen.

Der neue Buchclub von Thalia und F.A.Z.



Jetzt Teil der Lese-Community werden!

Mit der Aktion „Gemeinsam lesen“ laden Thalia und die F.A.Z. zu einer offenen Leserunde ein. Viermal im Jahr rückt ein ausgewähltes Buch in den Mittelpunkt – den Auftakt macht „Trag das Feuer weiter“ von Leïla Slimani.

Lesen Sie das Buch und lassen Sie sich von der F.A.Z.-Redaktion dabei begleiten: Der Literatur-Newsletter der F.A.Z. liefert immer freitags Impulse aus dem Feuilleton – Einordnungen, Kommentierungen und Hintergründe zu Werk und Autorin.

Diskutieren Sie auf dem Thalia Book Circle mit anderen Lesenden und schließen Sie die Leserunde bei einer gemeinsamen Abschlussveranstaltung am 21. März 2026 in Leipzig oder online im Stream ab.

Hier mehr erfahren und an der Aktion teilnehmen: **faz.net/gemeinsam-lesen**

Eine Kooperation von



Rückkehr eines Chamäleons

Sie ist heute wieder in aller Munde, doch wird sie meist einseitig dargestellt:

Zur zweischneidigen Geschichte der Monroe-Doktrin.

Von Hendrik Simon

Ein Gespenst geht um in der internationalen Politik, das Gespenst der „Monroe-Doktrin“. War sie immer wieder totgesagt worden, hat sie Donald Trump als „Donroe-Doktrin“ wiederbelebt und mit ihr zugleich den Anspruch der USA auf Vorherrschaft in der „westlichen Hemisphäre“. Seit dem amerikanischen Angriff auf Venezuela Anfang Januar 2026 und der Entführung von Präsident Nicolás Maduro ist sie in aller Munde.

Dabei bleibt allerdings häufig nebulös, wofür diese „Doktrin“ eigentlich konkret stehen soll. Schon 1923 schrieb die „New York Times“ treffend: „Ohne ihre genaue Bedeutung oder die genaue Verpflichtung, die sie uns auferlegt, zu kennen, haben wir sie in fast allen unseren Beziehungen zu anderen Ländern als Substitut für Nachdenken verwendet.“ Das war hundert Jahre nach ihrer ersten Formulierung, aber der Befund wirkt heute fast noch passender.

Der Kern der Monroe-Doktrin liegt in ihrer Janusköpfigkeit: Sie lässt sich gleichermaßen für Intervention wie auch für Nichtintervention ins Feld führen, sowohl für Legitimation als auch Limitation von Gewalt, für Imperialismus und Antimperialismus. Sie war damit stets anschlussfähig sowohl für internationalistische als auch für isolationistische Außenpolitik.

Die Geburtsstunde der Monroe-Doktrin wird für gewöhnlich auf die Rede zur Lage der Nation des fünften Präsidenten der USA vom 2. Dezember 1823 zurückgeführt: Darin untersagte James Monroe jegliche imperiale Einmischung der europäischen Großmächte in die inneren Angelegenheiten des amerikanischen Doppelkontinents. Aber auch zuvor war in den USA bereits über eine eigene westliche Hemisphäre nachgedacht worden, nämlich vom dritten US-Präsidenten, Thomas Jefferson. Sein Traum von den USA als „Reich der Freiheit“ ging einher mit expansiven Vorstellungen einer langfristigen US-Hegemonie auf Kosten Spanisch-Amerikas.

Letztere wurde insbesondere nach dem Spanisch-Amerikanischen Krieg von 1898 in die Tat umgesetzt. Die USA traten zunehmend selbstbewusst auf – gegenüber Europa, aber auch gegenüber lateinamerikanischen Staaten. Mit dem Roosevelt-Korollar von 1904 beanspruchten sie, anstelle Europas in der „westlichen Hemisphäre“ für Recht und Ordnung zu sorgen (F.A.Z. vom 6. Januar). „Chronisch unzivilisiertes Fehlverhalten“, so Theodore Roosevelt im Kontext der Venezuela-Krise von 1902/03, könne die Intervention einer „zivilisierten Nation“ erforderlich machen. Ersteres meinte tadelnd die lateinamerikanischen Staaten, Letzteres ermächtigte die USA.

Die Monroe-Doktrin bedeutete nun immer weniger „Amerika für die Amerikaner“, sondern vielmehr: „Amerika für die US-Amerikaner“. Sie war vollends zur Rechtfertigung hemisphärischer Hegemonie geworden. Auch im zwanzigsten Jahrhundert verwiesen US-Präsidenten weiter auf die Monroe-Doktrin: Kennedy etwa im Kontext der Kubakrise von 1962 oder Johnson (indirekt) im Rahmen der US-Intervention in der Dominikanischen Republik von 1965.

An diese expansive Seite der Monroe-Doktrin ist seitdem immer wieder zur Begründung imperialer Gewalt angeknüpft worden. Eine der radikalsten Neuinterpretationen findet bei dem NS-Juristen Carl Schmitt, der 1939 in ihr einen „Präedenzfall für ein internationales Rechtsprinzip der Großräume“ erkennen wollte. Die so ausgelegte Doktrin sollte der Rechtfertigung eines „Großdeutschen Reichs“ und damit des Vernichtungskrieges in Osteuropa dienen. Zugleich sollte der eigene „Großraum“ durch ein „Interventionsverbot für raumfremde Mächte“ (Schmitt) abgesichert werden. Adolf Hitler verwies auf die US-amerikanische Anwendung der Monroe-Doktrin in Lateinamerika, um Kritik an der Besetzung der Tschechoslowakei zurückzuweisen. Die Kruz dabei war, dass mit der Limitation der Gewalt „von außen“ die Legitimation von Gewalt innerhalb des so schaffenden „Großbraums“ einherging. Um Letzteren zu schaffen, wollte man sich vor allem auf das

Recht des Stärkeren verlassen, wie Hitler kurz vor dem Überfall auf Polen 1939 klarmachte: „Bei Beginn und Führung des Krieges kommt es nicht auf das Recht an, sondern auf den Sieg. Herz verschließen gegen Mitleid. Brutales Vorgehen. (...) Der Stärkere hat das Recht.“

Es kann kaum überraschen, dass Schmitts neoimperiale Interpretation der Monroe-Doktrin bis heute besonders dort beliebt ist, wo antiliberaler Rechtsaushöhlung und imperiale Landnahme auf der Tagesordnung stehen: bei Kreml-nahen Figuren wie Alexander Dugin, dem Xi-treuen Politik- und Rechtswissenschaftler Jiang Shigong oder bei MAGA-Politikern beziehungsweise libertären Tech-Feudalisten wie J.D. Vance und Peter Thiel. Klar ist zudem, dass dieses neue Großraumdenken mit dem universellen Völkerrecht und seinen Gewalt- und Interventionsverboten völlig inkompatibel ist. Macht scheint das Recht zu überwinden.

So weit die eine Seite der Medaille, das expansive beziehungsweise imperiale Gesicht der Monroe-Doktrin, die angesichts von Trumps narzisstischem Größenwahn und Herrschaftsanspruch über die „westliche Hemisphäre“ heute im Vordergrund steht. Dabei wird aber die andere Seite der Monroe-Doktrin häufig übersehen. Zunächst war sie, in ihrer Erstfassung von 1823, keine expansive Gewaltrechtfertigung im Sinne der aktuell formulierten „Donroe-Doktrin“. Im Gegenteil: Sie stand nach Etablierung der USA als postkolonialer Staat für eine antiimperiale Agenda, auch zum Schutz der jungen Republiken Lateinamerikas vor europäischem Einfluss. Man sollte dabei keiner naiven Nostalgie verfallen: Wie das Beispiel Jeffersons zeigt, gab es natürlich auch zur Zeit der ersten Fassung der Monroe-Doktrin bereits expansive Bestrebungen der USA in Richtung von Spanisch-Amerika.

Zugleich bestanden gegenläufige Tendenzen, die auf Versuche einer Panamerikanisierung der Monroe-Doktrin verweisen: Monroe und Adams warben – gegen den Widerstand des US-Senats – für die Bildung einer panamerikanischen Allianz, um imperiale Interventionen der europäischen Monarchien abzuwehren, notfalls mit Gewalt. Zu einer solchen Allianz kam es zwar nicht, aber die Idee blieb wirkmächtig.

Sie war zudem nicht neu: Don Manuel Torres, Simón Bolívars Vertreter in Washington, kritisierte 1821 nicht nur „die Machenschaften der Heiligen Allianz, um Amerika von Europa abhängig zu halten und die Errichtung freier Regierungen zu verhindern“. Er plädierte zugleich für einen Schutz der republikanischen Institutionen durch Gründung einer amerikanischen Allianz. Solcher Widerstand Lateinamerikas gegen europäischen und US-amerikanischen Imperialismus wird in Geschichten der Monroe-Doktrin häufig unterschlagen.

Dabei waren es gerade lateinamerikanische Politiker, Diplomaten und Juristen wie etwa Luis María Drago oder Alejandro Alvarez, die im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert an dieser antiimperialen Tradition der Monroe-Doktrin als panamerikanischem Projekt festhielten und durchaus mit handfesten Erfolgen: Der argentinische Außenminister Drago entwickelte die Monroe-Doktrin zu einem Verbot des militärischen Eintretens von Schulden weiter, das 1907 auf der Zweiten Haager Friedenskonferenz beschlossen wurde (Drago-Porter-Konvention).

Dabei gelang es, US-Interventionen und Expansionen im Namen der Monroe-Doktrin als panamerikanisches Projekt der Nichtintervention und souveräner Gleichheit aller Staaten zu skandalisieren und politischen Druck auf die USA auszuüben: diplomatisch auf panamerikanischen Konferenzen, aber auch rechtlich durch Schiedsgerichtsverfahren. Diese Delegitimierung der hegemonialen Praktiken der USA seit dem Ende des neunzehnten Jahrhunderts bildete einen wichtigen Hintergrund für Franklin D. Roosevelts Good Neighbourhood Policy, die eine Abkehr von offenen Interventionen vorsah.

Was lässt sich aus der Geschichte dieser janusköpfigen Doktrin für die Gegenwart lernen? Heute überwiegt aus nachvollziehbaren Gründen der Fokus auf ihre imperialen Züge. Eine Blickweitung auf die antiimperialen Kämpfe in dieser Geschichte aber ist angezeigt. Wenn es gilt, dem Recht des Stärkeren à la Putin, Trump und Xi die Stärke des Rechts entgegenzusetzen, so zeigt sie: Widerstand lohnt sich.

Hendrik Simon ist Historiker und Politikwissenschaftler am Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt, Universität Frankfurt, sowie am Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung.

Da liegt ein Berg wie in einem Zielfernrohr

Was alles beim Bücherlesen passieren kann: Filme von und mit Ted Fendt in den Nebenreihen der Berlinale

Der Chamissoplatz im Berliner Bezirk Kreuzberg ist im kollektiven Imaginären der Hauptstadt mit einem bestimmten Gefühl verbunden. Hier waren die Menschen schon Bobos (Bohemiens mit einem Hang ins Bürgerliche und umgekehrt), als die Bezeichnung noch nicht einmal erfunden war. Hier hat Rudolf Thome 1980 einen seiner wichtigsten Filme gedreht, „Berlin Chamissoplatz“, und damit dem Leben in Kreuzberg 61, wie die Stadtetouristen das Stadtviertel lange kannten und nannten, seine unverwechselbare Sensibilität eingehaucht. Thomes Filme leisten sanften Widerstand gegen die Druckverhältnisse des Kapitalismus, der Politik, der Machtspiele, und seien es sexuelle.

Auf der 76. Berlinale läuft im Forum ein kleiner Film, der nicht nur in der Gegend rund um den Chamissoplatz gedreht wurde, sondern den man auch als Ehrenerklärung an das Thome-Gefühl verstehen könnte: „Auslandsreise“ von Ted Fendt. Die Geschichte beginnt damit, dass eine Frau in der Öffentlichkeit liest. Die Jahreszeit erlaubt es, dass sie sich für diesen intimen Akt ins Freie begibt und nicht – wie man es manchmal in der U-Bahn sieht – eine Lektüre-Monade abgibt. Fendt filmt zuerst gar nicht die Frau, sondern einen Blick in ein Buch, einen Text auf einer Seite. Dann kommt jemand vorbei, es beginnt ein Gespräch, und in den folgenden sechzig Minuten geht es auch um Berlin, um die Wohnverhältnisse, um die Gebräuche einer internationalen Gemeinschaft in einer Weltstadt.

Gut die Hälfte der Dialoge, wahrscheinlich mehr, sind der Frau gewidmet, die das Buch geschrieben hat, das im ersten Bild zu sehen war: Anna Maria Ortese (1914 bis 1998). Mit ihr beschäftigt sich in „Auslandsreise“ ein lockerer Lesekreis, in dem vorübergehend auch der nomadisierende Sohn eines Steuerberaters in Tübingen Aufnahme findet, der in Berlin von einem provisorischen Quartier ins nächste zieht, um nicht in die Fußstapfen seines Vaters treten zu müssen. Ortese steht mit ihren beiden vor allem zitierten Büchern „Iguana. Ein romantisches Märchen“ und „Der Hafen von Toledo“ für eine Literatur, die sich von der Sprache auf die Wege der Phantasie leiten lässt. Mit Begriffspedanterie, mit Festlegungen auf Bedeutung kommt man dabei nicht weit. Und Fendts Lesekreis, in dem die Muttersprache



Wie man durch gemeinsames Lesen in Deutschland ankommt: Szene aus Ted Fendts „Auslandsreise“

Foto Ted Fendt/Superzoom Film

Deutsch nicht vorherrscht und ein Leben zwischen den Sprachen und Übersetzungen alltäglich ist, findet in der rätselhaften Autorin eine wunderbare Spiegelfigur.

Der Regisseur ist selbst ein Zugezogener, ein Amerikaner, der auf den Spuren des Kinos nach Europa kam. Man kennt



ihn unter anderem als Godard-Philologen, wer ein wenig sucht, findet auf Websites fundierte Entzifferungen der hermetischen Collagen des großen französischen Regisseurs. Im Berliner Kino Arsenal arbeitete Fendt immer wieder als Vorführer, und den Materialcharakter des Mediums betont er auch mit „Auslandsreise“, der wie schon seine früheren Arbeiten auf 16 mm analog gedreht wurde.

Schon in seinem früheren Film „Classical Period“ (2018) hatte Fendt auf hintergründige Weise von einem literarischen Milieu erzählt, damals noch deutlich stär-

ker im Zeichen amerikanischer, akademischer Nerds, die sich weit in die Nebenthemen etwa der Dante-Expertise oder theologischer Spitzfindigkeiten treiben ließen. In „Auslandsreise“, der seinen Titel deziert literarisch nimmt, erzählt Fendt auch von einem sehr berlinischen Feld. Denn Anna Maria Ortese wurde von Verlagen auf Deutsch zumindest einer kleinen Gemeinde bekannt gemacht, die einander im früheren Westberlin gut kannten: Wagenbach, die Friedenauer Presse, viele Jahre später dann Matthes & Seitz. Fendts neuer Film ist auch eine Liebeserklärung an das Übersetzen (eine Tätigkeit, die er selbst auch ausübt): Leonie, die zentrale Figur im Film, zugleich in Teilen dessen Autorin, nimmt eine S-Bahn nach Potsdam und besucht die Übersetzerin Sigrid Vagt, in einer Szene, die fast ein Drittel der erzählten Zeit einnimmt und die im Grunde dokumentarisch ist, sich aber in das luftige narrative Geflecht von „Auslandsreise“ perfekt fügt.

Ted Fendt steht für ein kollaboratives Filmemachen, und so nimmt es nicht wunder, dass er auf der Berlinale auch an einer anderen Stelle auftaucht, die wie eine Entsprechung zu seinem Spiel mit dem Begriff „Auslandsreise“ wirkt. In „London“ von

Sebastian Brameshuber (der im Panorama läuft) fährt ein Mann regelmäßig mit dem Auto von Wien nach Salzburg und retour. Er nimmt dabei immer Passagiere mit, und aus den Gesprächen mit ihnen besteht weitgehend die Geschichte. Fendt spielt einen dieser Mitfahrer. Dieser hat sich mit der landschaftlichen Inszenierung der Autobahn durch die nationalsozialistischen Planer beschäftigt und weiß deswegen bei einer bestimmten Perspektive, bei der im Hintergrund ein Berg wie in einem Zielfernrohr auftaucht, dass solche Effekte des Erhabenen bewusst für die kraftfahrenden Anhänger des „Führers“ konzipiert wurden. Bei den Nazis sollte fast alles monumental sein, bei Ted Fendt hingegen ist es die kleine Form, an der das falsche Totaler scheitert.

Belesenheit war einmal eine bürgerliche Tugend, später eine verschrobene. Nun wird sie in verschiedenen Kontexten neu entdeckt, sicher nicht zufällig auch in einem Berlin, in dem viele Menschen muttersprachlich in der Minderheit sind. Für ein Filmfestival wie die Berlinale, das ja insgesamt eine große Auslandsreise ist, sind die beiden Auslandsreisen von Ted Fendt in diesem Jahr ein beziehungsreicher Mittelpunkt. BERT REBHANDL

Der Ober im Kleid singt ein Countertenor-Solo

Wütend über Herbie Baby: Das legendäre Treffen von Karajan und Bernstein als Theaterstück in Hamburg

„Die Wahrheiten nachbilden, mag gut sein“, sagte Giuseppe Verdi, „aber die Wahrheit erfinden, ist besser, viel besser.“ Dass Herbert von Karajan und Leonard Bernstein, vormals die Dioskuren der klassischen Musik, zu einem Treffen in Wien zusammengekommen sind, ist verbürgt. Das, was sich dabei begab, hat der amerikanische Theaterautor Peter Danish dreißig Jahre später dank der höheren Macht des Zufalls herausgefunden. In der „Blauen Bar“ des Wiener Hotels Sacher wurde er, in einem Buch mit Briefen Bernsteins blättern, von einem Kellner angesprochen, der ebendort vor dreißig Jahren dem einen der Musikgiganten Tee und dem anderen Whiskey serviert hatte.

Seine Erinnerungen inspirierten Danish zu einem dialogischen Duell, gefügt aus vielen Urteilen und Vorurteilen, die aus Archiven wohlbekannt sind. Das Stück aus dem Genre des well-made play wurde im März des vergangenen Jahres Off Broadway uraufgeführt. An den Hamburger Kammerspielen ist es jetzt, inszeniert von Gil Mehmert, in deutscher Fassung zu sehen – mit der Originalbesetzung: Lucca Züchner als Herbert, Helen Schneider als Lenny und Victor Petersen als Ober der Bar.

Durch die geschlechterindifferente Besetzung bekommen die beiden Figuren eine Physiognomie, die überzeugender ist als jenes Pseudogesicht, das Bernstein für Bradley Coopers Biopic „Maestro“ angeschminkt wurde. Die 90 Minuten, in denen die Freund-Feinde miteinander kabbeln und gegeneinander ketzern, vergehen in einer halben Stunde. Es ist, wie das ständige Ostinato-Lachen der Zuschauer zeigt, ein Vergnügen für Genießer boulevardesker Anzüglichkeiten: Etwa wenn Lenny eingesteht, dass er nach einer Prostata-OP „fast jede halbe Stunde zum Klo rennen muss“, und von Herbert den Rat erhält, kürzere Werke als die von Bruckner zu dirigieren – einen Katheter könne er ja deshalb nicht tragen, weil er beim Dirigieren zu viel herumhüpft; oder wenn Herbert sich bedankt, von Lenny erst nach zwanzig Minuten auf seine zwei Eintritte in die NSDAP angesprochen zu werden – dies ein Dauervorwurf, den Michael Wolfsohn soeben in seiner Karajan-Studie unter dem Titel „Genie und Gewissen“ entkräftet hat (F.A.Z. vom 13. Februar).

Die versprochene „tiefgründige“ Diskussion zweier „Giganten“ über Sinn und Wesen der Musik findet in „Letzte Runde“ nicht statt. Wenn die beiden sich über die wahre Form und richtige Weise des Musikmachens verständigen wollen, geschieht dies in zeitgeistig gefälliger Form des Spöttelns oder des Witzelns aus dem Brunnen der Vorurteile – ob es nun um den Irrsinn geht, dass der eine die erste Sinfonie von Brahms 162 Mal dirigiert hat und der andere sich der Trivialität ausgeliefert habe; ob eine Partitur sakrosankt sei



Beschwingt: Bernstein (Helen Schneider) und Karajan (Lucca Züchner) Foto Maria Baranova

oder ihre Darstellung Freiheiten oder Freizügigkeiten erlaube. Klar, dass auch Fragen nach Eitelkeit und Sucht nach Ruhm gestellt werden, auch die nach sexuellen Präferenzen.

Dafür, dass Versöhnung mitten im Streit möglich ist, sorgt Maria Callas: Sie hat Lenny zu seinem Debüt an der Mailänder Scala verholffen, Herbert hat sie dort als Regisseurin in „Lucia di Lammermoor“ auf

die Bühne gebracht. Während dieser seligen Erinnerungen stimmt Michael, der Ober, das „Il dole suono“ an, den Beginn der berühmten Wahnsinnszene. Dann steigt er auf einen Stuhl, zieht ein schwarzes Kleid von einem Bügel, setzt sein Countertenor-Solo fort und erntet jauchzenden Jubel. Wenn nach dem Beweis gesucht wird, dass auf dem Theater nichts weniger der Rechtfertigung bedarf als

Unterhaltung, so wurde er mit diesem flotten Dramelet erbracht. Über den enthusiastischen Beifall mag man mit Hugo von Hofmannsthal sagen: „Ich meine, ganz unrecht hat ein Publikum ja nie.“

Allerdings, eine kleine Coda aus persönlicher Erinnerung sei erlaubt. Richtig, dass es 1988 zum Treffen der beiden in Wien gekommen ist. Es wurde arrangiert von Karajan. Ein Thema des Gesprächs war der Ärger Bernsteins darüber, dass Karajan sich für seine Aufnahme der Neunten Sinfonie von Gustav Mahler des Materials bediente, das Bernstein nach zwei Konzerten der Berliner Philharmoniker am 4. und 5. Oktober 1979 hinterlassen hatte. Kurz darauf schwärmte Bernstein in einem Interview von dem Enthusiasmus, den er, anders als Karajan, im Orchester entfacht hatte. Ulrich Eckhardt, damals Direktor der Berliner Festwochen, erinnerte sich der hingebungsvollen Partnerschaft. Dass ein Mitschnitt des Konzerts – gedacht als Geschenk für Amnesty International – nicht veröffentlicht wurde, brachte Bernstein zu wütenden Vorwürfen über „Herbie Baby“. Wenig später teilte Peter Girth, der Intendant der Berliner Philharmoniker, mit, dass Bernstein in Berlin nicht wieder dirigieren werde, solange Karajan lebt. JÜRGEN KESTING

Wir trauern um

Prof. em. Dr. Peter Cornelius Claussen

19.2.1944 - 5.2.2026

Er hat uns viel gegeben: als Forscher, als Lehrer, als Mensch.

In Dankbarkeit,

Regine Abegg, Tatjana Bartsch, Lisa Berger, Andreas Beyer, Veronica Biermann, Sible de Blaauw, Susanna Blaser-Meier, Giulia Bordi, Lex Bosmann, Graziella Bozzini, Horst Bredekamp, Jan von Brevern, Wolfgang Brückle, Nicola Camerlenghi, Karl Clausberg, Katharina Corsepilus, Luca Creti, Georges Descoeudres, Albert Dietl, Britta Dümpelmann, Dagmar Eichberger, Thomas Endredi, Ursula V. Fischer Pace und Valentino Pace, Barbara von Flüe, Christian Freigang, Beate Fricke, David Ganz, Manuela Gianandrea, Karin Gimmi, Dorothy F. Glass, Michael Gnehm, Bettina Gockel, Isabel Haupt, Ingo Herklotz, Bianca Hermanin, Jochen Hesse, Joan Holladay, Carola Jägg, Peter Jezler, Etienne Lullin, Helga Kaiser-Minn, Dale Kinney, Almuth Klein, Bruno Klein, Ilka Kloten, Sibyl Kraft, Klaus Krüger, Peter und Brigitte Kurmann-Schwarz, Michael Langer, Katrin Luchsinger, Susan Marti, Marianne S. Meier, Hans-Rudolf Meier, Rahel Meier, Claudine Metzger, Tanja Michalsky, John Mitchell, Helga Möbius-Scuirie, Daniela Mondini, Stanislaus von Moos, Arnold Nesselrath, Bernd Nicolai, Werner Oechslin, Susanna Partsch, Giorgia Pollio, Johannes Pommeranz, Serena Romano, Johannes Roell, Katja Schenker, Wanda Schmid, Elisabetta Scirocco, Peter Seiler, Darko Senekovic, Lino Sibillano, Sabine Sommerer, Dorothea und Rainer Stichel, Philip Ursprung, Evelyn Vitali, Samuel Vitali, Caroline Vogt, Tristan Weddigen, Gerhard Wolf, Harald Wolter-von dem Knesebeck, Verena Wriedt, Angela Yorck von Wartenburg, Nino Zchomelidse.

Die Trauerfeier findet am Freitag, 27. Februar 2026, um 14:30 Uhr in der Reformierten Kirche Zürich-Höngg statt.



Wo einmal Schüler lernten, wird heute im Museum Haldensleben ein Teilnachlass der Familie Grimm ausgestellt.

Fotos Stefan Nieland



Üppig bestickt: Jacob Grimms Staatsrock

Albertine, die Erbin der Märchensammler

Wer in Berlin auf dem Alten St.-Matthäus-Kirchhof die Gräber der Familie von Jacob und Wilhelm Grimm besucht, findet am oberen Ende des abschüssigen Geländes vier glatte Blöcke aus dunklem Granit: rechts außen Jacob, dann Wilhelm, an dessen Seite sein Sohn Rudolf, gestorben 1889, und links von diesem schließlich der älteste Sohn, der 1901 verstorbene Herman Grimm.

Die wuchtigen Obeliskten für die Märchensammler, Sprach- und Mythenforscher sind streng, fast abweisend. Eine frühere Nachbarin erinnert sich 1874 in einem Brief an die knapp elf Jahre zurückliegende Beerdigung Jacob Grimms und beschreibt die Gräber, die sie ungeheuer kalt und öde findet: Weil die Steine nichts als die Namen und Lebensdaten tragen, sind sie für die fromme Briefschreiberin nur „kahler nackter Tod, ohne Kreuz, ohne ein Zeichen der Hoffnung und des Glaubens. Nichts von der Anmuth des Geistes die sie durchs Leben begleitete.“ Dass diese Grabgestaltung ausdrücklich dem Testament Jacob Grimms entspricht, wusste sie wohl nicht.

Seit 2016 steht ein fünfter Stein neben den Obeliskten für Jacob, Wilhelm, Rudolf und Herman. Ganz oben ist der Name Auguste Grimms angebracht, Wilhelmss Tochter, die 1919 unverheiratet starb und deren Urne im Grab ihres Vaters bestattet worden ist. Darunter erinnern Aufschriften an Frauen, die weit weg die letzte Ruhe gefunden haben: Wilhelmss Frau Dortchen, Hermans Frau Gisela. Und schließlich ein vierter Name: Albertine Plock, geboren 1881, gestorben 1974.

Albertine wer? Ihr bewegtes Schicksal wäre eine eigene Erzählung wert, die von einem langen Zeitraum berichtet und von der deutschen Teilung geprägt ist. Albertines Mutter Agnes Oestreich, Jahrgang 1861, kam 1880 auf Empfehlung der befreundeten Arnims als junge Haushälterin nach Berlin zu Herman und Gisela Grimm. Sie wurde von Hermans Bruder Rudolf schwanger und brachte 1881 ihre Tochter Albertine zur Welt. Laut einer Familienüberlieferung war eine Hochzeit „fest geplant“, allerdings immer verschoben worden, bis der überraschende Tod Rudolf Grimms 1889 alle Pläne zunichtemachte. Statt der Hochzeit war dann wenigstens eine Vereinigung der Liebenden im Grab vorgesehen, erinnert sich Agnes' Enkel, der Sarg seiner Großmutter sollte einst auf den ihres verstorbenen Geliebten gelegt werden. Weil sie erst 1943 starb, mitten im Krieg, kam es auch dazu nicht mehr.

Neben ihrem Vater Rudolf kümmerte sich besonders Herman Grimm um die kleine Albertine. Das Mädchen, das anfangs bei seinen Großeltern in der Uckermark aufwuchs, wurde immer wieder mit einem Schild um den Hals, auf dem Name und Anschrift standen, mit der Eisenbahn nach Berlin zu ihrer Mutter geschickt, wo

sie auch mit ihrem Vater Rudolf zusammentraf. Als Sechsjährige nahm eine Tante in Magdeburg sie auf, damit sie auf Kosten Herman Grimms zur Schule gehen und später ein Lehrerinnenseminar besuchen konnte, allerdings isoliert von den Mitschülerinnen, die sie wegen ihrer unehelichen Geburt verspotteten. In Althaldensleben im heutigen Sachsen-Anhalt erhielt die junge Lehrerin Albertine 1902 ihre erste Stelle – angeblich auf Empfehlung ihrer leiblichen Tante Auguste Grimm –, die sie wieder verlor, als sie 1904 ihren Kollegen Otto Plock heiratete.

Damals waren Herman und Rudolf, die beiden Söhne von Wilhelm Grimm, schon tot, übrig blieb ihre Schwester Auguste. Zu Albertines Mutter Agnes Oestreich scheint sie ein inniges Verhältnis gehabt zu haben. Ein spätes Foto zeigt die beiden Frauen gemeinsam Schulter an Schulter – Auguste sieht konzentriert in die Kamera, Agnes aber schaut Auguste an, als sei sie es gewohnt, die Greisin immerfort im Blick zu behalten, um sie zu behüten.

In den Schulferien bekamen die beiden Berlinerinnen regelmäßig Besuch vom jungen Ehepaar Plock. Dem ging es gut. Die Plocks kauften ein geräumiges Backsteinhaus in Haldensleben, das bis heute steht. 1906 kam der Sohn Aribert zur Welt, der erste Urenkel Wilhelm Grimms, zehn Jahre später sein Bruder Marko. Ein Foto, aufgenommen etwa 1910, zeigt die Familie im Garten hinter dem Haus am gedeckten Kaffeetisch: Albertine leicht im Hintergrund, vorn der kleine Sohn Aribert, der finster in die Kamera schaut und einen Hund an sich gedrückt hält, rechts von ihm sein etwas gedrungener Vater, der Lehrer, der zufriedenen einen aufgeschlagenen Folioband auf dem Schoß hält.

Dass das Haus am abgelegenen Dammühlenweg doch viel zu klein war, zeigte sich 1919. Mit dem Tod Auguste Grimms ging der verbliebene Nachlass tatsächlich an die Familie der unehelich geborenen Enkelin Wilhelm Grimms, begleitet allerdings durch einen Rechtsstreit mit der Familie von Arnim. Der Haushalt in der Berliner Matthäikirchstraße wurde aufgelöst, schreibt Albertine Plocks Sohn Marko fast ein Jahrhundert später, „und meine Großmutter, Agnes Oestreich, siedelte mit dem gesamten Inventar, ca. 4.000 Bänden der Bibliothek, zahlreichen Gemälden und anderen Kunstgegenständen, Möbeln und Dingen des täglichen Gebrauchs zu uns nach Haldensleben über“. Dafür rollten drei volle Güterwagen aus Berlin ins dünn besiedelte Niemandsland zwischen Magdeburg, Helmstedt und Stendal.

Anfangs musste für den ganzen Reichtum die Scheune eines Nachbarn herhalten. Dann bauten die Plocks auf ihrem Grundstück einen kleinen Speicher für den Grimm'schen Haushalt. Was auch dort nicht unterzubringen war, wurde verkauft, darunter zwei Flügel, während im Speicher unter einem kleinen, zum Dammühlenweg hinausweisenden Fens-

In Haldensleben in Sachsen-Anhalt wird ein Teil vom Nachlass der Brüder Grimm und ihrer Familie aufbewahrt. Wie kamen die Möbel, Büsten, Bilder und Bücher dorthin?

Von Tilman Spreckelsen



Judith Vater leitet das Museum in Haldensleben seit 2017.



Eigenhändige Anmerkungen Jacob Grimms in einer „Ossian“-Ausgabe

ter Herman Grimms Salon nachgestellt wurde – „ein riesiges, mit grünem Samt bezogenes Sofa“, schreibt Hermans Großneffe Marko Plock, „zwei ebensolche Sessel und ein gewaltiger ovaler Nussbaumtisch mit einem Viersäulenzentralfuß. Über ihm schwebte eine metergroße Fayence von der Decke, Maria mit dem Kinde, ein Werk von oder nach Luca della Robbia“, die Herman Grimm aus Italien als Geschenk zum siebzigsten Geburtstag erhalten hatte. Der jugendliche Marko Plock nutzte den Raum mit dem behaglichen Sofa als Rückzugsort zur ausgedehnten Lektüre von Abenteuerromanen.

Es ist ein Segen, dass sich Herman Grimm schon bald nach dem Tod seines Onkels Jacob darum bemüht hatte, den wissenschaftlichen Nachlass für die Nachwelt zu sichern. So gelangten noch zu seinen Lebzeiten bis zu zehntausend der Bücher von Jacob und Wilhelm Grimm an den preußischen Staat und ein großer Teil ihrer Handschriften an die Königliche Bibliothek Berlin, die für den Nachlass eigens zwei große Schränke bauen ließ, Handexemplare des „Deutschen Wörterbuchs“ gingen ebenfalls nach Berlin, die Landesbibliothek Kassel erhielt die Handexemplare der „Kinder- und Hausmärchen“ mit den wertvollen Anmerkungen über die

Herkunft der Texte. Die Schreibtische der Brüder übernahm das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg.

All dies also wurde schon im 19. Jahrhundert in Bibliotheken und Museen gesichert. Doch Möbel, Geschirr, Textilien, Kunstwerke, Bilder und ein weiterer Teil des handschriftlichen Nachlasses blieben in großer Zahl in der Familie und gelangten so nach Haldensleben. Vor allem Otto Plock, noch immer als Lehrer tätig, war sich der Verantwortung für das Erbe der Grimms bewusst und hütete die Handschriften in einem eigenen Schrank, den die Kinder nicht anfassen durften.

Otto Plock starb 1944, sein Sohn Aribert fiel im Zweiten Weltkrieg, Marko, der jüngere, überlebte und wurde bald nach Kriegsende Zivilangestellter bei den britischen Besatzern im Westen.

Währenddessen wurde Haldensleben 1945 erst von Amerikanern und anschließend von russischen Soldaten besetzt. Die Amerikaner nahmen aus der Bibliothek der Grimms englischsprachige Literatur an sich. Der russische Offizier, im Zivilberuf Bibliothekar in Moskau, wusste um die Bedeutung von Jacob Grimms Forschungen zu den slawischen Sprachen und beschlagnahmte dessen Schreibsessel.

Inzwischen trug sich Marko Plock kurzzeitig mit dem Gedanken, die Bibliothek der Grimms komplett in den Westen zu

schmuggeln, um dort in einer der kriegszerstörten Städte eine Leihbücherei zu eröffnen – ein Plan, der sich bald zerschlug. Aber er schaffte tatsächlich einen bedeutenden Teil – Handexemplare, Manuskripte, Briefe – des Nachlasses in den Westen, später noch aus den Rahmen geschnittene Bilder und weitere Kunstgegenstände aus dem Besitz der Grimms. Erst 1954 kam es nach langen Verhandlungen und auf Druck von Albertine Plock zu einem Verkauf des in die Bundesrepublik gebrachten Bestandes an das Land Hessen. Vieles davon wird in Steinau gezeigt, wo die Brüder Grimm aufwuchsen, und in Kassels Museum Grimmwelt.

Allerdings war ein erheblicher Teil in Haldensleben geblieben. Auch für ihn wünschte sich Wilhelm Grimms Enkelin, dass dieses Erbe nicht mehr weiter verstreut, sondern bewahrt werden sollte. Zu einem Verkauf an die Deutsche Staatsbibliothek in Ostberlin kam es nicht. Albertine Plock, die 1974 starb, fand einige Jahre vor ihrem Tod eine naheliegende Lösung: Sie vermachte, was sie vom Grimm-Erbe noch besaß, dem Museum ihrer Stadt.

So kommt es, dass ausgerechnet das Heimatmuseum von Haldensleben heute über einen beträchtlichen Teil des Nachlasses von Jacob und Wilhelm, Herman und Gisela, Auguste und Rudolf Grimm verfügt. Und dass niemand, der sich mit dem Leben der Grimms beschäftigt, einen Bogen um die Stadt machen sollte. Was trifft man dort an?

Eine winterliche Bahnfahrt durch Sachsen-Anhalt auf der Strecke Wolfsburg-Magdeburg. Die Wiesen und Felder sind verschneit, die Landschaft ist flach. Stoppfelder, ein ausgedehnter Wald, ein einsamer Bauernhof. Der Weg vom Bahnhof in die Stadt ist erst schnurgerade, dann kommt die Stadtmauer und hinter ihr ein Oval aus netzweise ausgespannten Straßen und teils liebevoll restaurierten, teils bröckelnden Fachwerkhäusern. Vor dem Rathaus steht ein steinerner Roland zu Pferd, bärtig, gelockt und ein bisschen einfältig: eine Kopie der originalen Statue, die seit Langem ein paar Straßen weiter im Foyer des 1910 gegründeten Heimatmuseums aufbewahrt wird.

Das ist in einem alten Schulhaus eingerichtet. Unten ist das Büro der Museumsleiterin Judith Vater und ein Raum für Sonderausstellungen. Eine Treppe höher gehen vier Türen von einer Diele ab, die der Stadtgeschichte gewidmet ist. Sie führen in ehemalige Klassenzimmer, in denen die Ur- und Frühgeschichte der Region ausgestellt wird, die lokale Unternehmerfamilie Uffrecht, der Fabrikgründer Johann Gottlob Nathusius und schließlich der Nachlass der Grimms, soweit er in Haldensleben geblieben ist.

Bis er eingerichtet wurde, enthielt er Exponate des Heimatmuseums zur Geologie der Gegend. Wer ihn heute betritt,

steht vor schierer Pracht: Vitrinen mit Geschirr, darunter eine Blumenvase, die schon im Marburger Studentenzimmer der Grimms stand, oder eine handvergoldete Vase aus dem Kasseler Haushalt, Ausgaben der „Kinder- und Hausmärchen“ oder der „Deutschen Sagen“, von Wilhelmss „Deutschen Runen“ oder Jacobs „Deutscher Grammatik“, Jacobs blumenbestickter Rock, den er zu offiziellen Anlässen trug, eine Standuhr, die schon den Eltern Grimm gehört hatte, dazu Möbel, die einen Teil der Ausstellung wie ein behagliches Wohnzimmer erscheinen lassen, darunter eine Eckvitrine aus dem Arbeitszimmer Wilhelm Grimms. Eine Goethe-Büste steht dort, ein Geburtstagsgeschenk Wilhelm Grimms an Jacob im Jahr 1811, ihr gegenüber ein Gipsabguss der berühmten Büste des jungen Clemens Brentano, die Friedrich Tieck schuf.

Am anderen Ende des unterteilten Raums sind zwei Büsten von Jacob und Wilhelm Grimm, die jeweils von eigenen Büchern umgeben sind. Auch Herman Grimms Büste steht dort, die Haare sind lang, die Oberlippe bedeckt ein Schnäuzer, der Ausdruck, mit dem er starr in die Mitte des Raums schaut, ist nicht zu deuten. Jedenfalls haben ihn die Kuratoren, die dieses Zimmer eingerichtet haben, nicht in die Richtung seiner Frau Gisela gedreht, deren jugendlich zarter Kopf, nachgebildet von Charlotte Hassenpflugs Sohn, dem Bildhauer Karl Hassenpflug, ebenfalls nicht zu ihrem Mann schauen darf. Die Leerstelle, den Punkt im Raum, an dem sich die Blicke der Büsten kreuzen, müsste der Geiger Joseph Joachim einnehmen, den Herman Grimm schätzte, Gisela von Arnim liebte und der diese Liebe erwiderte. 1859, im Sterbejahr Wilhelm Grimms, kam es dennoch zur Ehe von Herman und Gisela.

Ein äußerst großzügiges Geschenk, das Albertine Plock dem Museum ihrer Wahlheimat machte. Später wurde es durch weitere Stücke aus dem Besitz von Marko Plock und seiner Nichte ergänzt. Dass die erste Schenkung durch die deutsche Teilung begünstigt wurde, ist der Museumsleiterin klar: „Wir hätten den Nachlass nie bekommen, wenn die Mauer nicht gebaut worden wäre“, sagt Judith Vater.

Vieles andere aus dem riesigen Erbe ist verstreut. Von einer Wagenladung mit Haushaltsgegenständen ist die Rede, die noch Plocks Mutter Agnes Oestreich einem jungen Paar zur Hochzeit geschenkt habe. Der in den Westen abgewanderte Marko Plock bedachte auch andere Grimm-Forscher mit Gegenständen aus dem Nachlass. Zudem ist noch immer manches aus dem Haushalt der Grimms in Familienbesitz. Unterdessen entsteht in Kassel ein neues Museum zu den Grimms, und zum zehnjährigen Jubiläum der Grimmwelt wird die Dauerausstellung überarbeitet. In das Gedenken der Brüder ist Bewegung gekommen. Der Nachlass ist ein Teil davon.



Das Museum Haldensleben im Zentrum der Stadt, gegründet 1910, fand seinen Platz im alten Schulhaus.



Die Büste Herman Grimms schaut dezent an der Büste seiner Frau Gisela vorbei. Im Leben hielt das Ehepaar es anders.



Möbel aus dem Besitz der Familie Grimm, in der Mitte die Standuhr, die Jacob und Wilhelm schon in Hanau die Stunden schlug

„Jetzt ist es kalt in Silivri“

Als Staatsanwalt hat Akin Gürlek für Erdoğan den Job übernommen, die Opposition auszuschalten. Jetzt ist er Justizminister. Und kündigt an, was uns in der Türkei noch droht.

Von **Bülent Mumay**

Wir sind ja ein mediterranes Land, hier ist man eher dazu geneigt, Kummer und Sorgen zu verdrängen und das Glas als halb voll zu betrachten. Doch die Erfahrungen der letzten Jahre haben unsere Zuversicht erheblich gedämpft. Mittlerweile ist Pessimismus das neue Normal bei uns. Das politische Klima schlägt sich auch auf die Sprache nieder. Neue Redewendungen, neue Sprichwörter sind entstanden. Einen Spruch hatte ich vor einiger Zeit einmal erwähnt, will jemand etwas tun oder sagen, das dem Palast missfallen dürfte, erinnern wir ihn an das Gefängnis,



in dem die Oppositionellen inhaftiert sind mit: „Jetzt ist es kalt in Silivri.“ Je härter das Erdoğan-Regime agiert, desto mehr neue Sprüche tauchen auf. Besonderer Beliebtheit erfreut sich in letzter Zeit folgender: „Die schlechten Zeiten sind vorbei, uns erwarten noch schlechtere Zeiten.“

Dieser Spruch bringt zum Ausdruck, dass wir unseren Glauben daran, dass es irgendwann besser wird, nahezu verlieren haben. Warum führe ich ihn an? Kürzlich machte Erdoğan Oberstaatsanwalt Akin Gürlek, den Architekten seiner mittels Justiz geführten Schläge gegen die Opposition, zum Justizminister. Der Name kommt Ihnen vielleicht bekannt vor: Als Gürlek Ende 2024 Oberstaatsanwalt von Istanbul wurde, hatte ich Ihnen geschildert, was uns blühen könnte. Der Brief trug den Titel „Erdoğan's Geheimwaffe“.

Leider haben sich die schlimmsten Befürchtungen bestätigt. Erdoğan sah die Zustimmung für sich weiter schwinden, also versetzte Gürlek auf sein Geheiß der Opposition einen Schlag nach dem anderen. Er brachte etliche Politiker der Opposition, darunter Erdoğan's stärksten Konkurrenten Ekrem İmamoğlu, mit Korruptionsvorwürfen hinter Gitter. In der von ihm erstellten Anklageschrift werden über 2400 Jahre Haft für İmamoğlu gefordert. Dafür wurde Gürlek nun mit dem Posten des Justizministers belohnt.

Die Berufung eines Mannes, den die Opposition als „mobile Guillotine“ bezeichnet, zum Minister deutet darauf hin, dass uns noch schlimmere Zeiten erwarten. Dahinter steckt Folgendes: Erdoğan kann die kommenden Wahlen nicht gewinnen, er kann nur dafür sorgen, dass die Opposition verliert. Und zwar mit der von ihm politisierten Justiz. Dazu will er vor den vorgezogenen Neuwahlen, die wohl im November 2027 stattfinden, nichts dem Zufall überlassen. Dass er Gürlek an die Spitze des Rechtswesens setzte, hat zwei Folgen: Erstens kann der Justizminister dafür sorgen, dass der İmamoğlu-Prozess, dessen Anklageschrift aus seiner Feder stammt, das gewünschte Ergebnis zeitigt, weil er auf diesem Posten dem Gremium vorsteht, das Richter und Staatsanwälte einsetzt. Er kann also İmamoğlu, der in sämtlichen Umfragen vor Erdoğan liegt, politisch ausschalten. Punkt zwei: Gürlek hat nun die Macht, die Operationen, die er in Istanbul gegen die Oppositionsführerinnen CHP und andere Widersacher durchgeföhrt hat, auf das ganze Land auszudehnen. Nun hat er auch im Verfahren zur Annullierung des CHP-Parteitags, auf dem die neue Führung gewählt worden war, die anschließend ihre Partei zur Wahlsiegerin gemacht hatte, etwas zu sagen. Ebenso in den Prozessen gegen Mansur Yavaş, den Bürgermeister von Ankara, der als alternativer Kandidat der Opposition gilt, wenn İmamoğlu nicht antreten kann.

Tatsächlich hat Gürlek noch eine weitere Option: Er kann die Dienstaufsichtsbeschwerden niederschlagen, die gegen ihn erhoben wurden. Die Opposition hatte beim Justizministerium Beschwerde eingereicht, weil Gürlek während seiner Tätigkeit als Staatsanwalt illegalerweise ein zusätzliches Gehalt von einer öffentlichen Einrichtung bezog und einen Vorvertrag für den Kauf eines Appartements im Wert von rund zwei Millionen Euro abschloss. Jetzt steht er selbst dem Gremium vor, das über diese Beschwerden entscheidet.

Das sind Vermutungen darüber, was kommen könnte. Nun aber zu den Ereignissen unmittelbar nach seinem Amtsantritt. An Gürlek's erstem Tag als Justizminister wurde der Vorsitzende der CHP-Jugendorganisation zu 17 Monaten Haft verurteilt, weil er Gürlek kritisiert hatte. Ein weiterer junger CHP-Politiker wurde

verhaftet, weil er sich in den sozialen Medien zu Gürlek's Ernennung geäußert hatte.

In einem Exklusiv-Interview auf einem regierungsnahen Privatsender gab Gürlek Hinweise darauf, was uns erwartet. Er kündigte an, Anwaltsgespräche für politische Häftlinge, darunter İmamoğlu, einzuschränken. Darüber hinaus stellte er eine Regelung zur Kontrolle der sozialen Medien in Aussicht, dem einzigen Bereich, in dem die Opposition noch zu Wort kommt: Ohne Ausweis kein Zugang mehr. Das gelang nicht einmal in Russland und China, die blockierten stattdessen internationale Plattformen und ersetzten sie durch eigene. Um Regierungskritiker zu erfassen, denkt das Palastregime in der Türkei daran, den Zugang nur noch mit Ausweisnummer zu ermöglichen.

Leider gibt es noch weitere Maßnahmen, die insbesondere junge Leute stöhnen lassen: „Uns erwarten noch schlechtere Zeiten.“ Weltweit wird über ein Verbot sozialer Medien für unter 15-Jährige diskutiert, mancherorts ist es in dieser oder ähnlicher Form schon umgesetzt. Unsere Regierung geht weiter, sie schreibt in eine solche Reglementierung hinein, dass Computerspiele nicht im „Widerspruch zur nationalen Sicherheit und öffentlichen Ordnung“ stehen dürfen. Vermutlich können Sie sich denken, wie diese Vorschrift ausgelegt wird. Computerspiele könnten per Gerichtsbeschluss verboten, Plattformen wie Playstation könnten gar komplett blockiert werden, wenn sie in der Türkei keine Vertretungen einrichten.

Während unsere Regierung neue Verbote für die digitale Welt auflegt, setzt sie uns auch in der analogen Welt weiter unter Druck. So wurden in Istanbul bereits ausverkaufte Konzerte von Heavy Metal Bands aus Russland, Polen und Irland unmittelbar vor dem Event untersagt. Warum? Die Bands stünden nicht im Einklang mit den „Werten der Gesellschaft“. Ein solches Gesetz gibt es natürlich nicht, vielmehr erfolgte das Verbot, nachdem die radikalislamische Zeitung „Akıti“, deren Vertreter Erdoğan gern auf Auslandsflüge mitnimmt, geschrieben hatte, die Musiker seien Satanisten.

Es ist kein Einzelfall, dass Konzerte auf reaktionäre Forderungen hin verboten werden. Es ist das jüngste Beispiel für den Weg, auf den das Palastregime die laizistische Republik bringen will. Was haben wir in letzter Zeit nicht alles erlebt! Universitäten wurden angewiesen, den Unterricht gemäß der Zeiten für das Freitagsgebet zu organisieren. Studenten wurden geschlagen, weil sie zum Jahreswechsel einen Tannenbaum schmückten. Als reichte das noch nicht, wurden Ermittlungen gegen sie eingeleitet. Bei der Abiturfeier wurden junge Mädchen nach Hause geschickt, weil ihre Kleidung nicht angemessen sei. Die letzte Welle der reaktionären Belagerung kam zu Beginn des Ramadan, dem heiligen Monat der Muslime. Das Bildungsministerium wies von Kindergärten bis zu Gymnasien sämtliche Bildungseinrichtungen an, spezielle Aktivitäten zum Ramadan zu veranstalten. In den Schulen soll es religiöse Zeremonien geben, „Experten“ sollen als Redner eingeladen und mit den Schülern Moscheen besucht werden.

Unser Problem ist nicht allein die kulturelle und ideologische Belagerung. Auch die Situation der Wirtschaft setzt dem Land schwer zu. „Das Brot steckt im Maul des Löwen“, wie es in einem schönen türkischen Sprichwort heißt. Wobei er es nicht mehr im Maul hat, sondern schon im Magen. Für die Menschen in der Unter- und Mittelschicht ist es extrem schwierig geworden, ein Auskommen zu finden und genug zu essen zu bekommen. Ebenso schwierig ist es aufgrund der gestiegenen Arbeitslosigkeit, Karriere zu machen, außer vielleicht als Kassiererin im Supermarkt oder Moped-Kurier. Kaum bemerkt wurde kürzlich eine bittere gesetzliche Regelung erlassen. Früher lag die Altersbeschränkung für Moped-Kuriere bei 62 Jahren. Dann wurde sie auf 65 Jahre angehoben, gleich darauf auf 69. Mit der Durchschnittsrente von 440 Euro kommt kein Mensch aus. Millionen Rentner müssen sich gefährliche Nebenjobs wie Kurierfahrer oder Bauarbeiter suchen.

Nun glauben Sie aber nicht, nur die Armen wären unglücklich. Auch Menschen mit Geld sind auf der Suche nach Ruhe und Frieden. Kürzlich gab unser Nachbar Griechenland bekannt, die Zahl „goldener Visa“ sei explodiert. Damit sind Türken gemeint, die unbefristeten Aufenthalt erhalten, wenn sie dort mindestens 250.000 Euro investieren. Ihre Zahl stieg in den letzten zwei Jahren um 160 Prozent. Das Leistungsbilanzdefizit zeichnet ein ähnliches Bild. Im letzten Jahr investierten Türken nahezu 16 Milliarden Euro im Ausland. Wenn das Vertrauen in den Rechtsstaat auf 27 Prozent gesunken ist und die Gefahr besteht, dass Ihr Vermögen auf Anordnung eines Staatsanwalts konfisziert wird, würden Sie in einem Land leben wollen, dessen Politik nicht durch Wahlen, sondern durch Gerichtsurteile bestimmt wird? Würden Sie in einem Land bleiben und Ihr Geld dort lassen, wenn die „mobile Guillotine“ Justizminister ist? Behalten Sie Ihre Antwort besser für sich, denn: „Jetzt ist es kalt in Silivri.“

Aus dem Türkischen von **Sabine Adatepe**.



Eigentlich sind sie Bank-Azubis: die „Banksters“ in Berufskleidung

Foto HBO

Die gingen auch als Popband durch

„Banksters“ ist die erste deutschsprachige Serie von HBO. Sie erzählt von Azubis, die ihre eigene Bank ausrauben. Dann wird der Kopf der Bande inhaftiert.

Ist die ewige Angst, dass die Zuschauer bei einem ruhigen Einstieg abspringen, wirklich begründet? Auch die erste deutsche Eigenproduktion von HBO Max, „Banksters“, wird von ihr geprägt. Sie setzt auf hyperaktive Kameraführung, schnelle Schnitte und urbane Musik und baut Bilder wie bei einem Trailer XL.

Zwei Brüder, der eine um die 20 und sportlich, der andere viel jünger und in Süßigkeiten vernarrt, suchen in der elterlichen Wohnung hektisch Geldbündel zusammen. Das Geld stammt wohl von Banküberfällen, die ganz Berlin in Aufregung versetzen. Schließlich rennt der ältere Bruder Yusuf Arslan (Eren M. Güvercin) im Dunkel eines Abends als Kicker über einen mythisch dampfenden Bolzplatz. Er trotz dem heftigen Regen und zielt aufs Tor, trotz auch dem Blaulicht am Rand – und wird im Jubel über das Traumtor von einem schnauzbärtigen, väterlich schmunzelnd auftretenden Polizisten (David Ruland) verhaftet.

Das Erzählergüst ist sattsam bekannt: „Banksters“ gehört zu den vielen Geschichten, die mit einem adrenalinhaltigen Höhepunkt starten und die Vorgeschiede scheibenweise nachreichen. Das Marketing liebt eine solche „High-Concept-Struktur“ mit „Hook“ zu Beginn. Sie geht aber häufig auf Kosten der Figurenentwicklung, und so ist es auch hier. Style, Tempo und Aha-Effekte zählen für die Macher von „Banksters“ mehr als die Charaktere oder die Erkundung der von ihnen geschaffenen, einer „wahren Geschichte“ abgeleiteten Welt. Eigentlich hätte die Story des Drehbuch-

autors Bernd Lange (Idee Kida Khodr Ramadan) alles, um emotionale Tiefe zu finden. Der kluge Yusuf stellt in der Euphorie seiner Abizeit fest, dass der Lebensstandard, dem ihm sein Vater Mohamed ermöglicht hat, eine Kindheit mit schicker Wohnung, gutem Essen und erstklassiger Bildung, auf einem Schuldenberg fußt. Mohamed (Numan Acar) ist ein fleißiger Mann. Er will, dass es seine Söhne und seine Tochter (Anna Baradelidze) eines Tages leichter haben als er, und rechnet dem kleinen Sohn (Momo Ramadan) an den Fingern seiner Hand vor, wie gut sie es haben.

Yusuf hat eine Idee: Er wird Azubi bei derselben Bank, die den Vater durch ein Geflecht aus Krediten erdrückt, und will dort einen weniger belastenden Tilgungsplan für ihn erwirken. Stattdessen entdeckt er ein perfides System: Der selbstgefällige Filialleiter der „Berliner Kreditunion“ (Bernd Holscher), ein schon beim Bewerbungsgespräch latent rassistischer Laden, braucht Yusuf nur, um Migranten wie Mohamed in Schuldenfallen zu locken.

Zum „Bankster“ wird Yusuf durch die Begegnung mit anderen Azubis: dem spleenigen Außenseiter Steven (Michelangelo Fortuzzi), dem Troublemaker Malte (Merlin von Garnier) und der biedereren Mel (Maria Dragus). Sie könnten typenmäßig auch eine Gen-Z-Popband ergeben. Und haben allesamt mentale Schlagseite, ausgelöst durch die Depressionen der Mutter, den Beruf des Vaters (Andreas Pietschmann) oder das bürgerliche Erwartungskorsett. Vor allem besit-

zen sie aber die kriminelle Energie, die Yusuf zunächst noch abgeht.

Jede einzelne dieser empfindsamen Seelen hätte eine Geschichte verdient, die über plakative Dialoge und Instagram-taugliche Schlüsselszenen hinausgeht. „Banksters“ gibt sich mit dem Nötigsten zufrieden. Mag sein, dass das reicht. Bei „Haus des Geldes“, einer Bankräuber-Serie, die durch die Underdog-Attitüde der Räuber und ihren charmananten Plan Sympathien einheimste (das Geld wurde nicht geklaut, sondern gedruckt), trugen die hohe Schlagzahl und der Premium-Look über Plattitüden hinweg. Die Annutung von „Banksters“ entsteht durch viel Unschärfe und indirekte Beleuchtung, dunkle Bilder mit effektvollem Scheinwerferzusatz, Blendenflecke und starke Kontraste.

Gerade zum Start des ersten deutschen HBO-Originals sollte man als Zuschauer fordern sein: HBO steht wie keine zweite Fernseherschmiede für ambitionierte Serien wie „Sopranos“, „The Wire“, „Game of Thrones“ und „Succession“. Auch die Produzenten von „Banksters“, Max Wiedemann und Quirin Berg, haben schon komplexer als in „Banksters“ erzählt. Sie verhalten Netflix zu „Dark“ und TNT zum Gangster-Epos „4 Blocks“ und warten im Herbst, ebenfalls auf HBO Max, mit einer Fortsetzung von „4 Blocks“ auf. Man soll nicht denken, dass wir uns mit solchen Titeln im Hinterkopf mit Fast Food zufriedengäben. MATTHIAS HANNEMANN

Banksters startet heute bei HBO Max.

Was ins Narrativ der Antisemiten passt

Auf Social Media gilt der Fall Epstein als Beweis für „jüdische Weltverschwörung“

Seit das US-Justizministerium Ende Januar rund drei Millionen Ermittlungsakten zum Fall Jeffrey Epstein veröffentlicht hat, kann jeder mit einem Internetzugang sich durch E-Mails, Bilder und Videos des verurteilten Sexualstraftäters klicken. Die Dokumente zeigen, wie groß das Netzwerk des 2019 im Gefängnis verstorbenen Investors war; wie viele von seiner sexuellen Ausbeutung Minderjähriger gewusst haben müssen.

Man kann die Dokumente freilich auch aus dem Kontext lösen und so umdeuten, dass sie in ein vorgefertigtes Weltbild passen. Die Initiative Democ – ein Zusammenschluss von Journalisten, Wissenschaftlern und Medienschaffenden – hat untersucht, ob und wie die Akten genutzt werden, um auf Social Media antisemitische Stereotype zu verbreiten. Kurz nach der Veröffentlichung fiel den Forschern auf, wie viele entsprechende Inhalte ihr privater Instagram-Feed plötzlich anbot. Sie beschlossen, die Entwicklung systematisch zu dokumentieren. Über zehn Tage hinweg scrollten sie durch die „For-You“-Page auf Instagram – eine Ansicht, in der die Plattform automatisch Videos vorschlägt. Sie prüften die Inhalte anhand von Kriterien, die auf der Arbeitsdefinition von Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) beruhen – etwa Holocaust-Relativierung oder Auf-

rufe zur Gewalt gegen Juden – und sammelten so 55 Reels von 43 Nutzern.

Alle Videos beziehen sich auf Epsteins Religionszugehörigkeit, er wuchs als Kind jüdischer Einwanderer in New York auf. Die Logik ist oft diese: Ein minimaler jüdischer Bezug in den Akten reicht aus, um eine Verschwörungserzählung zu konstruieren. Kontakte zu Israelis gelten als Beweis dafür, dass Epstein Agent des Mossad gewesen sei, die Verwendung des hebräisch-jiddischen Begriffs „goyim“ für Nichtjuden weise angeblich auf Epsteins Verachtung für diese hin, und ein Bankkonto namens „Baal“ – benannt nach einer kanaanitischen Gottheit – reicht, um ihn und alle Juden weltweit mit Satanismus in Verbindung zu bringen. Zudem gibt es NS-Symbolik und Zitate aus Hitlers „Mein Kampf“. Einer der meistgelikten Kommentare spielt auf Hitler als „österreichischen Maler“ an und behauptet sinngemäß, die Epstein-Akten gäbe es nicht, hätte Hitler damals „gewonnen“. Kurzum: Jüdinnen und Juden werden pauschal für Epsteins Taten verantwortlich gemacht.

Zusammen erreichen die 55 Reels 114,4 Millionen Views, 6,7 Millionen Likes und 82.102 Kommentare. Die Democ-Autoren werten das als Hinweis darauf, dass schon relativ wenige Posts in kurzer Zeit eine große Reichweite erzielen. Eine zentrale Rolle spielen dabei

rechte Influencer, die Inhalte aus den Akten in antisemitische Narrative übersetzen und an das Publikum weitertragen. Als Beispiel nennen die Forscher die US-Verschwörungstheoretikerin Candace Owens: Schnipsel aus ihrem Youtube-Stream über Epstein und eine angebliche jüdische Weltverschwörung finden sich plattformübergreifend in neuen Beiträgen wieder. Algorithmen verstärken vermutlich die Verbreitung. Je mehr Leute mit den Postings interagieren, desto mehr werden sie anderen angezeigt.

Umso kritischer sehen die Forscher die Moderationspraxis von Meta, dem Konzern, zu dem Instagram gehört. Inhalte mit Hitler-Verherrlichung und NS-Bezügen seien im Beobachtungszeitraum weitgehend online geblieben. Mindestens ein Beitrag stamme von einem KI-generierten Account – ein Indiz dafür, dass antisemitische Inhalte zunehmend automatisiert produziert würden, während die Moderation schon bei menschlich erstellten Postings Lücken zeige.

Die Untersuchung von Democ ist nicht repräsentativ und nur eingeschränkt von anderen wiederholbar. Sie zeigt nur einen Ausschnitt des tatsächlichen Ausmaßes, vermittelt aber einen Eindruck von der Dimension der antisemitischen Narrative auf Social Media. Sie sind nicht neu. Doch der Fall Epstein gibt ihnen neuen Auftrieb. SOPHIA COPER

Miese Moderation und Moneten

Paolo Petrecca tritt als Sportchef der RAI zurück

Olympischen Spiele in die Kritik geraten war (F.A.Z. vom 12. Februar). Er hatte sich entschlossen, selbst den Abend zu moderieren, nachdem sein Kollege Auro Bulbarelli vorzeitig Details über die Anwesenheit von Staatspräsident Mattarella im San-Siro-Stadion bekannt gegeben hatte und deshalb

von der anspruchsvollen Aufgabe befreit wurde. Das Ergebnis war so miserabel, dass die Reporter der RAI ihre Namen unter ihren Beiträgen mehrere Tage lang aus Protest verweigerten. Die Sportredaktion hatte außerdem angekündigt, nach dem Ende der Olympischen Spiele drei Tage lang zu streiken.



In Bereitschaft

Von Michael Hanfeld

Noch ist auf der Website „freedom.gov“ wenig zu sehen. Doch versprochen wird viel: „Freedom is coming“, heißt es da: „Information ist Macht. Beanspruche dein Menschenrecht auf freie Meinungsäußerung. Macht euch bereit.“ Bereit machen sollen sich, folgen wir einer Recherche der Agentur Reuters, Bürger in der Europäischen Union und andernorts, um im Internet eine „Freiheit“ zu genießen, die hier auf rechtliche Grenzen stößt, um Demokratie und Grundrechte zu schützen. Lüge, Propaganda, Aufrufe zu Terror und Gewalt, Antisemitismus, Rassismus, Desinformation werden sanktioniert. In den Augen der Regierung Trump, die hinter „freedom.gov“ steckt, ist das „Zensur“. Deshalb, so Reuters, biete sie Nutzern an, über eine VPN-Verbindung auf das Portal zu gelangen, auf dem all das nicht gelten könnte. „freedom.gov“ habe schon zur Münchner Sicherheitskonferenz freigeschaltet werden sollen, berichtet Reuters, doch hätten Juristen des US-Außenministeriums Bedenken gegen das von der Unterstaatssekretärin Sarah B. Rogers geleitete Projekt angemeldet. Die US-Regierung hat den Bericht von Reuters demontiert, im Grunde aber bestätigt: Es gebe kein Programm „zur Umgehung von Zensur in Europa“, schreibt die Agentur. Der Start von „freedom.gov“ sei nicht verschoben worden. Von „Bedenken“ zu schreiben, sei „in dieser Form unzutreffend“. „Digitale Freiheit“ jedoch sei „eine Priorität“ des Außenministeriums, und dazu gehöre „die Verbreitung von Technologien zum Schutz der Privatsphäre und zur Umgehung von Zensur wie VPNs“. Das wäre auf der Münchner Sicherheitskonferenz ein schöner Eklat gewesen. Statt (naiven) Applaus für den US-Außenminister Marco Rubio zu spenden, hätten die Europäer nach der „Zensur“-Rede von J.D. Vance im letzten Jahr vorgeführt bekommen, wie diese US-Regierung die EU betrachtet: als Gegner, als Feind, der mit Digitalgesetzen die Meinungsfreiheit einschränke. Gemünzt ist das vor allem auf Europas Umgang mit Digitalplattformen wie Elon Musks X, dem die EU-Kommission im vergangenen Dezember eine Strafe von 120 Millionen Euro wegen Verstößen gegen den „Digital Services Act“ aufgebremmt hat, und die Betätigung rechtsextremer Parteien wie der AfD, die Trump und sein MAGA-Lager offen unterstützen. Hinter „freedom.gov“ dürfte sich der nächste Angriff der US-Regierung auf die Demokratie in Europa verbergen. Machen wir uns bereit.

3,1 Millionen

Journalisten müssen zahlen

Es war eine Skandalgeschichte, die der „Spiegel“ im Januar 2023 publik machte, ein „Immobilienkrimi“ in Berlin: Eine Eigentümergruppe – ehemalige Journalisten von „Zeit“, „Süddeutscher“, „Spiegel“, „Berliner Zeitung“ und „taz“ – bekam in den Neunzigerjahren für die Sanierung ihres Hauses Fördergeld in Millionenhöhe, um sozialen Wohnraum zu schaffen. In Wahrheit vermieten die Journalisten die Wohnungen teuer unter. Das fiel dem Land Berlin erst Jahre später auf, und es erhob Klage vor dem Verwaltungsgericht auf Rückzahlung der Mittel. Die bekommt Berlin, wie Spiegel Online berichtet, nun durch einen Vergleich mit Zinsen zurück. 3,145 Millionen Euro hätten die Journalisten, die in ihren eigenen Texten „regelmäßig Steuertrickserei, Subventionsmissbrauch und Wohnungsspekulation“ angeprangert hätten, zu zahlen. Das sei die Fördersumme von 1,78 Millionen plus Zinsen von 1,35 Millionen Euro. Die „mit „Spannung erwartete“ mündliche Verhandlung vor Gericht an diesem Freitag entfiel. Die Senatsverwaltung werte den Vergleich als „Erfolg für das Land Berlin“. F.A.Z.

Zuletzt war Petrecca, der wegen seiner politischen Nähe zu Ministerpräsidentin Giorgia Meloni und seiner fachlichen Schwäche als Symbol für „Telemeloni“ gilt, wegen zu hoher Ausgaben in die Kritik geraten. Eine interne Quelle hatte der Presse von astronomischen Summen berichtet, die durch Einstellungen, Beförderungen, Gratifikationen und externe Berater zusammengekommen seien. Die Moderation der Abschlusszeremonie am Sonntag in der Arena von Verona hat die RAI Auro Bulbarelli anvertraut. kkr

Fernsehen am Freitag Aktualisiertes und ausgewähltes Programm

ARD	ZDF	ARTE	3 sat	RTL	SAT 1	HÖRSPIEL	
9.00 Tagesschau 9.05 Hubert und Staller (6). Krimiserie. Brautjungfer über Bord 9.55 WaPo Bodensee (66). Krimiserie. Altmetall 10.40 Tagesschau 10.45 Meister des Alltags. Quizshow 11.15 Wer weiß denn sowas? Quizshow 12.00 ARD-Mittagsmagazin. Infotainment 14.00 Tagesschau 14.10 Rote Rosen (4288). Telenovela 15.00 Tagesschau 15.10 Sturm der Liebe (4541). Telenovela 16.00 Tagesschau 16.10 Leopard, Seebär & Co. Zoo-Doku. Traumjob: Elefantenpflegerin 17.00 Tagesschau 17.15 Brisant. Boulevardmagazin 18.00 Wer weiß denn sowas? Quizshow 18.50 Quizduell-Olymp. Quizshow 19.45 Sportschau vor acht. Magazin 19.50 Wetter vor acht 19.55 Wirtschaft vor acht. Dokumentation 20.00 Tagesschau 20.15 Mord oder Watt? Die wilde Hilde. Deut. Kriminalfilm mit Oliver Mommsen, Antonia Bill, Ulrike C. Tscharre, Joshua Seelenbinder, Angela Roy. Regie: André Erkau, 2026. Der selbstüberzeugte TV-Kommissar Tim Seebach untersucht den Mord an einer Umweltaktivistin. 21.45 Tagesthemen Mit Wetter 22.20 Morden im Norden (130) Krimiserie. Blutspur. Mit Sven Martinek, Ingo Naujoks, Julia E. Lenska, Jonas Minthe, Christoph Tomanek 23.10 Sportschau Fußball-Bundesliga 23.55 Brokenwood – Mord in Neuseeland Blutiges Pink. Neuseel. Krimireihe mit Neill Rea, Fern Sutherland, Pana Hema-Taylor, Nic Sampson, Cristina Serban Ionda. Regie: Joshua Frizzell, 2015. Der vermeintliche Suizid seiner Lieblingsärztin lässt Mike Shepherd im Umfeld der Band ermitteln. 1.25 Tagesschau	5.30 ZDF-Morgenmagazin. Infotainment 9.00 heute Xpress 9.05 Volle Kanne – Service täglich. Infomagazin 10.45 Notruf Hafenkante. Krimiserie. Zeit ist Geld 11.30 sportstudio live – Olympia. 14. Wettkampftag. Freestyle Ski / Curling (Halbfinale: Frauen) / Biathlon (Massenstart 15 km Männer) 15.15 heute Xpress 15.20 sportstudio live – Olympia. 14. Wettkampftag. Curling (Halbfinale: Frauen) / Eisschnellauf (Entscheidung: 1500 m Frauen) / Eishockey (Halbfinale: Männer) 17.00 heute Xpress 17.05 sportstudio live – Olympia. Olympische Spiele. 14. Wettkampftag. Eisschnellauf (Entscheidung: 1500 m Frauen) / Eishockey (Halbfinale: Männer) / Bob (Zweierbob Frauen, 1. Lauf) 19.00 heute 19.14 Wetter 19.15 sportstudio live – Olympia 14. Wettkampftag. Curling (Spiel um Bronze Männer) / Bob (Zweierbob Frauen, 2. Lauf) / Freestyle Ski (Finale: Halbpipeline Männer, 2. Lauf – Finale: Halbpipeline Männer, 3. Lauf) / Shorttrack (Halbfinals: 1500 m Frauen) / Eishockey (Halbfinale: Männer) / Shorttrack (A-Finale: 5000 m Staffel Männer) 21.50 heute journal 22.05 sportstudio live – Olympia 14. Wettkampftag. Eishockey (Halbfinale: Männer) / Shorttrack (A-Finale: 1500 m Frauen) 23.30 heute-show 0.00 aspekte Magazin. Moderation: Jo Schüick, Katty Salié 0.45 heute journal update 1.00 Terra X History: Spionage, Sabotage, Fake News – Putins Krieg gegen uns Doku-Reihe 1.45 Terra X: Unter Dinos – Geheimnisse der Urzeit Doku-Reihe. Der Vater	8.55 Oasen – Inseln des Lebens. Dokumentation. U. a.: Ein Traum aus 1001 Nacht 11.25 Re: Reportage 11.55 Zu Tisch mit Lucie – Kitchen Hacks. Dokumentation. Aloe vera 12.25 Stadt Land Kunst. Magazin. Französisch-Guayana / Wallonie / Mexiko-Stadt 13.10 Stadt Land Kunst Spezial. Magazin. Dominikanische Republik 14.00 Aviator. Amerik/Deut. Biografie mit Leonardo DiCaprio, Cate Blanchett, Kate Beckinsale, John C. Reilly, Alec Baldwin, 2004 16.55 Mit dem Zug zwischen Iser- und Riesengebirge. Dokumentation 17.50 Bulgariens letzte Schmalspurbahn. Dokumentation 18.35 Rumäniens älteste Gebirgsbahn. Dokumentation 19.20 Arte Journal 19.40 Re: Reportagereihe. Ich will 120 werden! 20.15 Das unsichtbare Mädchen Deut. Kriminalfilm mit Elmar Wepper, Ulrich Noethen, Ronald Zehrfeld, Silke Bodenbender, Anja Schiffler. Regie: Dominik Graf, 2011. Ein pensionierter Kommissar und sein junger Kollege rollen einen elf Jahre alten Mordfall neu auf. 22.00 Zu neuen Ufern Oster. Kriminalfilm mit Maria Hofstätter, Leonard Stirsky Händler, Karl Fischer, Martin Pechlat, Miriam Fussenegger. Regie: Nikolaus Leytnar, 2022. Die Patentochter von Kommissarin Grente kommt bei ihrem ersten Einsatz ums Leben. 23.30 Jason Mraz Theater Folies Bergère, Paris 1.05 Martin Scorsese – Von Little Italy nach Hollywood Künstler-porträt 2.00 Grönland, Überleben am Rand der Welt Dokumentation 2.45 Cry Wolf (6/8) Dramaserie 3.35 Mit offenen Karten		8.05 Alpenpanorama 8.30 ZIB 8.33 Alpenpanorama 9.00 ZIB 9.05 Kulturzeit 9.45 nano 10.25 Rundschau 11.15 Reporter: Landwirtschaft trotz allem – Aufbruch ins harte Bauernleben. Reportage 11.45 Stolperstein. Doku. Ping Pong gegen Parkinson: Kampf um Lebensqualität 12.15 Reporter: Strafe muss sein – Gespräche mit Gefangenen. Reportage 12.50 Fromme Törtchen – Zwischen Teig & Tradition Charles Nguela: „Gottesdienste sind Inspiration für Comedy“. Magazin. „Beignets aus Kongo-Kinshasa und Südafrika“ 13.05 Terra X: Unsere Kontinente. Doku-Reihe. U. a.: Afrika 18.15 Nano: Depression – Wie kommt man wieder raus? Magazin 19.00 heute 19.20 Kulturzeit. Magazin 20.00 Tagesschau 20.15 Aenne Burda – Die Wirtschaftswunderfrau (2) Deut. Drama mit Katharina Wackernagel, Fritz Karl, Luise Wolfram, Annika Olbrich, Jean-Yves Berteloot. Regie: Francis Meletzky, 2018. Aenne Burda hat mit ihrem Verlag Erfolg. Doch die Liebe zum Italiener Massimo misfällt ihrem Mann. 21.45 Erlebnisreisen Dokumentation. Der stürmische Westen – Bretagne. Die Bretagne: alte Mauern, gutes Essen, eine Jahrtausende alte Kultur und sogar eine eigene Sprache. Der Atlantik bestimmt das Leben dort im Nordwesten von Frankreich. 22.00 ZIB 2 22.25 Der Pate II Amerik. Mafiafilm mit Al Pacino, Robert Duvall, Diane Keaton, Lee Strasberg, Robert De Niro. Regie: Francis Ford Coppola, 1974 1.40 10 vor 10	9.00 GZSZ (8464) 9.30 Unter uns (7813) 10.00 Ulrich Wetzels (338) 11.00 Barbara Salesch – Das Strafgericht (350), Brandanschlag auf Glückscoach. War es sein größter Kritiker? 12.00 Punkt 12 15.00 Barbara Salesch – Das Strafgericht (387), Schwarze Witwe: Hat Ehefrau versucht, ihren älteren, reichen Ehemann umzubringen? 15.55 Ulrich Wetzels (336), Gefährlicher Drahtseilakt – Verübte frustrierter Seiltänzer hinterhältigen Mordanschlag auf attraktiven Konk 17.00 Ulrich Wetzels – Das Jugendgericht. Hat sich drangsaliertes Au Pair an Gastfamilie gerächt? 17.30 Unter uns (7814), Eine Waffe zu viel 18.00 Explosiv (36) 18.30 Exklusiv (36) 18.45 Aktuell 19.05 Alles was zählt (4893), Der Feind in der Familie 19.40 GZSZ (8465), Eskalation 20.15 Die ultimative Chart Show – Hits der erfolgreichsten Mitsing-Hits aller Zeiten Musikshow. Moderation: Oliver Geissen 0.00 RTL Nachttjournal 0.33 RTL Nachttjournal – Das Wetter 0.35 CS: Miami (12) Krimiserie. Deine eigenen Leute. Matthew Stone ist ein Tycoon und Genie. In seiner Firma wurde ein innovatives Handy erfunden. Die Früchte seines Erfolges kann er allerdings kaum genießen, denn er wird erschossen. 1.20 CS: Miami (13) Krimiserie. Endgeschwindigkeit. Ein Fallschirmspringer stürzt in den Tod, weil sein Fallschirm versagt. 2.10 CS: Miami (14) Krimiserie. Stutenbisse 2.55 CS: Den Tätern auf der Spur (15) Krimiserie. Nasser Tod 3.45 CS: New York (1) Krimiserie. Sommermorde 4.30 CS: New York (2) Kunstfehler	5.05 Auf Streife. Reality-Soap. Auto klauen, Unfall bauen 5.30 Sat.1-Frühstücksfernsehen. Infotainment. Moderation: Karen Heinrichs, Christina Wackert. Gäste: U. a.: Michael Nast, Sascha Zöller 6.00 Lebensreiter hautnah – Wenn jede Sekunde zählt. Reality-Soap 12.00 Auf Streife – Die Spezialisten. Reality-Soap. U. a.: Echt ätzend! 14.00 Auf Streife. Reality-Soap. Türsteher beschützt Koks-Dealer 15.00 Auf Streife – Die neuen Einsätze. Reality-Soap. Spieleabend ohne Sieger 16.00 Lebensreiter hautnah – Wenn jede Sekunde zählt. Reality-Soap 17.00 Notruf. Infomagazin. U. a.: Stromschlag in der Kirche 18.00 Lenßen hilft. Doku-Soap. U. a.: Der Gitzwieg 19.00 Die Landarztpraxis. Dramaserie. Mitgeföh! 19.45 Sat.1 „newstime 20.15 Die besten Comedians Deutschlands Comedyshow. Moderation: Daniel Boschmann 22.55 Halbension mit Schmitz Comedyshow. Gäste: Ruth Moschner, Kathrin Osterode, Katalyn Hühnerfeld, Simon Pearce 23.50 Halbension mit Schmitz Comedyshow. Gäste: Reiner Calmund, Janine Kunze, Lisa Feller, Simon Pearce 0.50 Die besten Comedians Deutschlands Comedyshow 2.55 Halbension mit Schmitz Comedyshow. Gäste: Ruth Moschner, Kathrin Osterode, Katalyn Hühnerfeld, Simon Pearce 3.35 Halbension mit Schmitz Comedyshow. Gäste: Reiner Calmund, Janine Kunze, Lisa Feller, Simon Pearce 4.20 Die Dreisten Drei – Die Comedy WG Comedyshow 4.40 Die Dreisten Drei – Die Comedy WG Comedyshow	19.04 Hörspiel – Krimi – WDR 3 Die Ersten von morgen. Produktion: WDR 2026. Hilde Eckert arbeitet in einer Kölner Lokalisation. Als junge Frau wird sie dort auf die leichten „Frauenthemen“ angesetzt. Dabei will Hilde mehr. Ermüht durch ihre Tante, eine ehemalige Edelweißpiratin, will sie aufdecken, was nach dem Krieg lieber unter den Teppich gekehrt wurde – alte Nazi-Schleichen und neue rechtsextreme Netzwerke. 20.13 Salon – BR 2 Hörspiel & Podcast. Hörspiel: True Stories. Von Sophie Galle und Ulrike Haage. Produktion: BR 2019 KLASSIK 9.05 Der Vormittag – BR-KLASSIK U. a.: Frédéric Chopin: Walzer cis-Moll, op. 64, Nr. 2 / Fanny Hensel: Ouverture C-Dur / Johann Strauß, Nordseebilder“, op. 390 / Wolfgang Amadeus Mozart: Divertimento D-Dur, KV 136 / Georg Philipp Telemann: Konzert Es-Dur / Maurice Ravel: Pavane pour une infante défunte“ 13.05 Mittagskonzert – SWR Kultur U. a.: Jean Sibelius: Karelia-Ouverture“ op. 10 / Camille Saint-Saëns: Cellokonzert Nr. 1 a-Moll op. 33 / Mumford & Sons: „Tinselt“ Bearbeitung / Charles Villiers Stanford: „The blue bird“ op. 119 Nr. 3 18.03 Klassik-Stars – BR-KLASSIK Trio Wanderer. Joseph Haydn: Klaviertrio C-Dur, Hob. XV/21 / Franz Schubert: Klavierquintett A-Dur, D 667 – „Forellnquintett“ / Ludwig van Beethoven: „The morning air upon my face“, WoO 152, Nr. 4 20.00 Konzert – Deutschlandfunk Kultur Salle Philharmonique Liège. U. a.: Maurice Ravel: „Le Tombeau de Couperin“ / Francis Poulenc: Konzert für zwei Klaviere und Orchester d-Moll 20.00 Live – Das hr-Sinfonieorchester in der

ZDF Neo	Hessen
8.40 Stadt, Land, Lecker 9.20 Die Küchenschlacht 10.05 Mein Zuhause richtig schön 10.50 Bares für Rares 12.35 Death in Paradise 14.20 The Rookie 15.45 Suits 17.05 The Rookie. Krimiserie. Das Erdbeben / Heimatruffront 18.30 Bares für Rares 20.15 Suits. Zweifelhafte Absichten / Gestern ist Heute 21.35 Deadly Tropics. Krimiserie. Eifersucht / Späte Rache 23.15 Doppelhaushälfte. Vorrundenaus 23.45 Hysteria! Mit Volgas in die Hölle / Die Nacht der Erlösung 1.20 Blockbustaz	8.35 Die Ratgeber 9.05 Quarks 9.50 Therapie und Praxis. Deut. Komödie mit Thomas Heinze, 2002 11.20 Krauses Hoffnung. Deut. Tragikomödie mit Horst Krause, 2019 12.50 In aller Freundschaft – Die jungen Ärzte (118), Arztserie. Mit allen Mitteln 13.40 In aller Freundschaft (325), Arztserie. Der Weg ist das Ziel 14.25 Morden im Norden (146), Krimiserie. Frauenabend 15.10 Eisbär, Affe & Co. (15) 16.00 hallo hessen 16.45 Hessenschau 17.00 hallo hessen 17.45 Hessenschau 17.55 Hessenschau Sport 18.00 maintower 18.25 Brisant 18.45 Die Ratgeber 19.15 alle wetter! 19.30 Hessenschau 20.00 Tagesschau 20.15 Nordmazedonien – Kommt auf die Bucket List. Dokumentation 21.00 Am Schwarzen Meer – Die Küsten von Rumänien und Bulgarien. Dokumentation 21.45 Hessenschau 22.00 NDR Talk Show 0.00 Verurteilt! Echte Kriminalfälle im Gespräch 14.7 1.10 ARD Crime Time: Auf den Spuren der drei toten Babys 1.40 Schleudergang
Phoenix	NDR
5.15 Schweiz. Dokumentation. Wingsuit-Basejump im Tal des Todes 5.30 ZDF-Morgenmagazin. Infotainment 9.00 phoenix vor ort. Dokumentation 9.30 phoenix plus. Dokumentation 10.00 phoenix vor ort. Dokumentation 17.30 phoenix der tag. Dokumentation 21.00 Hüter der Natur. Dokumentation. Indonesien / Afrika 22.30 Jeder Baum zählt. Doku-Reihe. Neue Ideen für die Rettung der Wälder 23.00 phoenix der tag. Dokumentation 0.00 phoenix persönlich. Talkshow 0.30 Soldaten des Lichts. Deut. Dokumentarfilm, 2025 2.15 Verschwörung – Die Wahrheit der Anderen. Dokumentation. Reichsbürger, Neue Rechte und Radikalisierung 3.00 Verschwörungen – Die Wahrheit der Anderen. Dokumentation	9.00 Nordmagazin 9.30 Hamburg Journal 10.00 SH Magazin 10.30 buten und binnen 11.00 Hallo Niedersachsen 11.30 mareTV kompakt 11.40 Leopard, Seebär & Co. (68) 12.25 In aller Freundschaft (1040), Entschert 13.10 In aller Freundschaft – Die jungen Ärzte (106), Vertra mir 14.00 Die Nordreportage. Zwischen Reusen und Reet – Ostfrieslands letzter Binnenfischer / Europas letzter Heringszaun 15.00 NDR Info 15.10 Hubert und Staller (26), Das Huhn, das faule Eier legt 16.00 NDR Info 16.15 Gefragt – Gejagt (909) 17.00 NDR Info 17.10 Seehund, Puma & Co. (105), Von kleinen, wilden und humpelnden Tieren 18.00 Regionales 18.15 Die Nordreportage. Hofgeschichten 18.45 DAS! Rete Sofa 19.30 Regionales 20.00 Tagesschau 20.15 die nordstory. Sommer auf Juist und Nordney – Viel Arbeit für die Inselversorger 21.15 Traumhäuser im Norden. Das Treppengiebelhaus 21.45 NDR Info 22.00 NDR Talk Show 0.00 NDR Talk Momente mit Jan Delay 0.30 NDR Talk Show
Pro Sieben	RBB
11.30 The Big Bang Theory 12.50 How I Met Your Mother 13.15 The Middle 13.45 Young Sheldon 14.10 Two and a Half Men 15.35 The Big Bang Theory 17.00 taff 18.00 News 18.10 Die Simpsons 19.05 Galileo 20.15 Chaos Walking. Amerik/Kanad/HK/Luxemb. Sci-Fi-Film, 2021 22.20 Die Tribute von Panem – The Ballad of Songbirds and Snakes. Amerik. Sci-Fi-Film, 2023 21.40 Chaos Walking. Amerik/Kanad/HK/Luxemb. Sci-Fi-Film, 2021	8.30 rbb24 Abendschau 9.00 In aller Freundschaft. Così fan tutte / Väter und Söhne 10.30 In aller Freundschaft – Die jungen Ärzte (391), Schicksal 11.15 Giraffe, Erdmännchen & Co. (74) 12.05 Morden im Norden (153), Alles aus Liebe 12.55 Guck mal Retro 13.10 rbb Gartenzeit. Gartenbaumschule Schneider in Berlin Kladow 13.40 Morden im Norden (154), Nichts zu verlieren 14.30 Nach der Hochzeit bin ich weg Deut. Komödie mit Saskia Vester, 2011 16.00 rbb24 16.15 In aller Freundschaft – Die jungen Ärzte (392), Befreiung 17.05 Panda, Gorilla & Co. (76) 17.53 Sandmännchen 18.00 Der Tag in Berlin & Brandenburg 19.27 rbb wetter 19.30 Regionales 20.00 Tagesschau 20.15 30 Berliner Kulmbisse 21.45 rbb24 mit Sport 22.00 Die schönsten Kultschlager der 60er 23.30 Die schönsten Kultschlager der 60er – Die Zugabe 0.30 Rabiye Kurnaz gegen George W. Bush. Deut/Franz. Drama, 2022
KIKA	
12.25 The Garfield Show 12.50 Super Happy Magic Forest 13.15 Apple Hils 13.25 Sherlock Yack 13.50 Die Regeln von Floor 14.10 Schloss Einstein – Erfurt 15.00 Club der magischen Dinge 15.45 Lassie (13/52) 16.10 Power Sinters 16.35 The Garfield Show 17.20 Wir Kinder aus dem Mowenweg 17.55 Die Schlümpfe 17.50 Wackie und die starken Männer 18.10 Grisu – Der kleine Drache 18.35 Die Werkel-Ferkel (5/52) 18.47 Baumhaus 18.50 Sandmännchen 19.00 Die Borger 19.25 logol 19.30 Fünf Freunde 3. Deut. Abenteuerfilm, 2014	

Frankfurter Allgemeine

SELECTION

STIL

Portemonnaie Maxi

Die F.A.Z.-Edition aus weichem, mehrfach zertifiziertem Natur-Rinderleder bietet viel Platz für die unentbehrlichen Begleiter des Alltags. Sie passt sowohl in die ALEXANDRA SVENDSEN Hobo Bags als auch in die Umhängetaschen.

Sichern Sie sich Ihr Portemonnaie Maxi für 369 Euro oder die Hobo Bag (jetzt auch mit Standardhenkel) ab 789 Euro.

selection.faz.net

(069)7591-1010

Mit dem europäischen Wiederaufbauplan entstehe in Italien „ein neues Land“. So steht es auf der Regierungs-website „Italia domani“ über das riesige Investitionsprogramm, das die Europäische Union während der Pandemie beschlossen hat. Das Programm, auch „Next Generation EU“ (NGEU) genannt, soll in ganz Europa für Modernisierung auf breiter Front sorgen – vom Bahnwesen bis zur Energieversorgung, von Kultur bis zu Tourismus, von Forschung und Bildung bis zum Gesundheitswesen. Digitalisierung und soziale Inklusion sind dabei übergeordnete Ziele.

Finanziert wird der Plan mit gemeinsamen europäischen Schulden, womit das Thema auch für die aktuelle Eurobonds-Debatte relevant ist. Besonders auf Italien richten sich die Blicke, denn aus dem großen EU-Topf von mehr als 720 Milliarden Euro hat kein anderes Land so viel Geld erhalten – zwischen Mitte 2021 und Ende 2025 mehr als 153 Milliarden Euro. Bis August sollen es gut 194 Milliarden Euro werden, davon mehr als 70 Milliarden Euro als Zuschüsse und der Rest als günstige Kredite. Das Land ist ein Testfall nicht nur für die dortige Regierung, sondern auch für die EU-Kommission, die sich ähnliche Projekte in der Zukunft vorstellen kann.

Nun aber rechnen zwei renommierte Ökonomen der Mailänder Universität Bocconi scharf mit dem Wiederaufbauplan ab. Tito Boeri, Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung, und sein Kollege Roberto Perotti legen in einem bisher unveröffentlichten zweiunddreißigseitigen Papier dar, dass das NGEU-Programm Italien kaum voranbringe. Denn die italienische Verwaltung sei schlichtweg überfordert, das viele Geld sinnvoll einzusetzen. „Infolge dieser Misserfolge läuft Italien Gefahr, am Ende noch stärker verschuldet zu sein als zuvor, ohne seine strukturellen Schwächen beheben zu haben“, lautet ihr Urteil. „Reformen wurden nicht durchgeführt. Die meisten Programme wurden nur teilweise umgesetzt.“ Wechselnde italienische Regierungen hätten den Wiederaufbauplan eher „als Wettlauf um Ausgaben denn als Entwicklungsstrategie betrachtet“. Ein kohärentes Vorgehen habe es nie gegeben. Mehrfach mussten die Ziele heruntergeschraubt werden. Dabei sei mangelnde Transparenz ein riesiges Problem, betonen die Autoren. Das schwächt ihr vernichtendes Urteil teilweise ab. Denn ohne genaue Einblicke können sie auch nicht sicher sein, dass fast alles danebengeht. Laut der italienischen Regierung ist das Geld in rund 300.000 Projekte geflossen – „es ist quasi unmöglich, die Regierungsangaben zu überprüfen“, schreiben die Autoren.

Doch dort, wo sie konkret werden, können sie gewichtige Argumente anführen. In der Laufzeit des Wiederaufbauplanes seit 2021 sei beispielsweise die Zahl der gelösten Justizfälle gefallen statt gestiegen – dabei war es ein Ziel, die Effizienz der notorisch schwachen Justiz Italiens zu erhöhen. Selbst das extrem teure italienische Wohnungsrenovierungsprogramm namens „Superbonus“ mit Kosten von 165 Milliarden Euro habe das NGEU-Programm mit 14 Milliarden Euro bezuschusst und später indirekt erleichtert, obwohl diese Maßnahme kaum Breitenwirkung zeigte. Im Bildungssektor kamen Regierungsekrete wegen Streitereien zwischen dem Ministerium und Universitäten erst im vergangenen März heraus. „Das Ziel, Personal nach Leistungskriterien einzustellen und zu bezahlen, wurde



Aus EU-Mitteln finanziert: Elektrobusse in Rom

Foto Picture Alliance

EU-Milliardengrab Italien?

In der EU wird über neue gemeinsame Schulden gestritten.

Italien gilt als positives Beispiel – doch dort sind

150 Milliarden Euro womöglich weitgehend verpufft.

Von Christian Schubert, Rom

wegen Widerstand aus der Politik und dem Gewerkschaftslager verfehlt.“ Fragezeichen stellen sich auch bei der Finanzierung digitaler Transformation in diesem Bereich, „denn die meisten italienischen Schulen haben schon WLAN, digitale Register und interaktive Whiteboards.“

Beim Bau von Kindergärten, der Italiens Demographie-Krise lindern soll, zeigten sich viele Kommunen zögerlich, weil sie nach Auslaufen des Planes hohe Folgekosten befürchten, etwa für Personal. Zusammen mit der EU hat Italien daher das Ziel der neu geschaffenen Kindergartenplätze mehr als halbiert. Auffällig seien auch die Preiserhöhungen gewesen: Die ursprünglichen Kosten von 17.400 Euro für die Schaffung eines Platzes stiegen später auf 30.400 Euro. Kaum ein gutes Haar lassen die Autoren zudem am Bau neuer Studentenwohnheime sowie an der Reform der Arbeitsämter.

Dabei sparen die Ökonomen auch nicht an Kritik an den europäischen Institutionen. „Überraschenderweise hat das

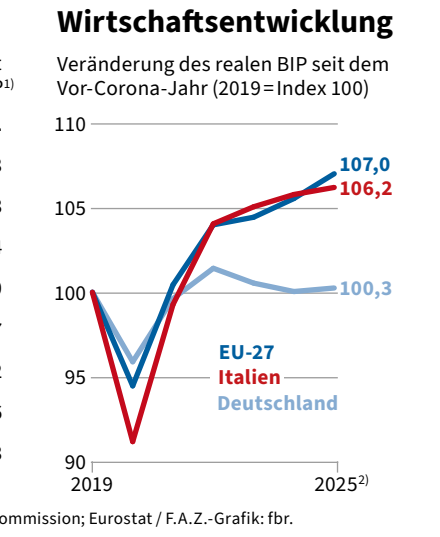
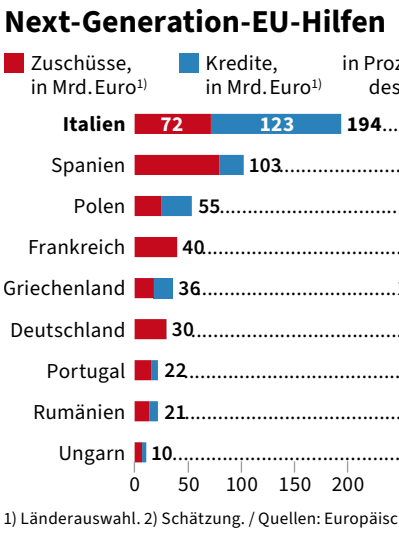
Europäische Parlament bisher wenig Druck ausgeübt, um die Transparenz zu erhöhen.“ Und: „Die Kommission hätte auf realistischere wirtschaftliche Prognosen drängen sollen“ und „die italienische Regierung vor dem Risiko warnen sollen, so viel Geld auf einmal anzunehmen.“

Es sind nicht irgendwelche Ökonomen, die das schreiben: Tito Boeri war früher Präsident der italienischen Sozialversicherungsbehörde INPS, er lehrte an der London School of Economics und arbeitete als Ökonom bei der OECD. Boeri gehört nicht einer radikal wirtschaftsliberalen Strömung an, sondern wird häufig zum italienischen Mitte-links-Lager gerechnet. Sein Kollege Roberto Perotti lehrt als Wirtschaftsprofessor ebenfalls seit Langem an der Bocconi und war früher in den Vereinigten Staaten tätig. Einer ihrer wichtigsten Kritikpunkte an dem Plan setzt an der knappen Zeit an. Bis August 2026 muss das Geld ausgegeben sein; darauf drängte bisher nicht zuletzt die Bundesregierung, die

das Programm nicht als Dauerzustand sehen wollte. Das führte laut Boeri zu „übergroßer Hast“.

In Italien stößt der kritische Bericht auf wenig Gegenliebe. Der Ökonom Francesco Giavazzi, der Mario Draghi nahesteht, ist „grundlegend anderer Meinung“, wie er auf Anfrage mitteilt. Im Büro des für den Wiederaufbauplan zuständigen Ministers Tommaso Foti ist die gleiche Aussage zu hören. Eine Kritik an der Kritik lautet, dass Boeri und Perotti die positiven Effekte etwa von Investitionen in den Bahnverkehr und in das Gesundheitswesen außer Acht lassen. In der Justiz etwa habe eine ganz neue „Kultur des Zeitbewusstseins“ Einzug gehalten, welche die notorisch langen Verfahren verkürzen könnte.

Auf einer Konferenz in Brüssel im Januar verwiesen Ökonomen der Europäischen Zentralbank und des Internationalen Währungsfonds darauf, dass der Plan als schnelle Reaktion der EU während der Pandemie international viel Vertrauen schuf, denn er unterstrich den Zusammenhalt der Länder und die Handlungsfähigkeit der Politik. Die Zinsen der Anleihen seien nach der Ankündigung gefallen. „Wir sahen ganz neue strukturelle Reformen, welche die Produktivität und die Widerstandsfähigkeit der Volkswirtschaften anheben“, sagte Alfred Kammer, Leiter der Europa-Abteilung des IWF. Daher seien auch spätere Krisen infolge des russischen Überfalls auf die Ukraine besser bewältigt worden. Über die Frage, welche wachstumsfördernde Wirkung der Plan hat, gehen Schätzungen auseinander. Der IWF meint, dass das Wachstum der EU-Länder zwischen 2021 und 2024 um jährlich rund 0,25 Prozentpunkte anstieg. Einig sind sich die meisten Ökonomen, dass die strukturellen Effekte des Planes erst in einigen Jahren beurteilt werden könnten. (Eurobonds für Tagesgeld-Sparer, Seite 29.)



Kliniken machen Heimen die Pflegekräfte streitig

Patientenschützer macht gemeinsame Ausbildung verantwortlich / Ministerin Warken will Missbrauch bekämpfen

itz. BERLIN. In der Diskussion um steigende Pflegeausgaben beklagt die Deutsche Stiftung Patientenschutz, dass immer mehr Kräfte aus Heimen und ambulanten Diensten in die Kliniken wechselten. Die im Jahr 2020 vereinheitlichte Ausbildung zur Alten- und Krankenpflegekraft habe dazu geführt, „dass Pflegekräfte in die Kliniken abwandern“, sagt Stiftungsvorstand Eugen Brysch. „Denn dort sind sowohl der Verdienst als auch die Arbeitszeiten attraktiver. Hier kann die stationäre Langzeitpflege nicht mithalten.“

Die Pflegebranche sieht diese Verschiebungen ebenfalls, macht dafür aber nicht die Ausbildung verantwortlich, sondern die Bezahlung. Es gebe eindeutig einen „sektoriübergreifenden Wettbewerb“, bestätigt Christine Vogler, die Präsidentin des Deutschen Pflegerats. „Krankenhäuser sind häufig tariflich besser aufgestellt, planbarer und so für viele beruflich Pflegenden attraktiver“, sagt sie. „Die Langzeitpflege und die ambulanten Dienste bleiben dagegen strukturell benachteiligt, auch finanziell.“ Nach Angaben des Statistischen Bundesamts verdienten Pflegefachkräfte im Altenheim im Jahr 2025 rund 4400 Euro im Monat, rund 100 weniger als im Krankenhaus. Bei Helfern waren es 3400 Euro, 200 Euro weniger.

Patientenschützer Brysch hat einen Vorschlag, wie man die Situation verbessern könnte: „Wir brauchen wieder zwei Pflegeausbildungen: die Krankenpflege und die Altenpflege.“ Die generalisierte Ausbildung sei gegen den Widerstand der Stiftung durchgesetzt worden. „Die Pflegelobby hat uns mit aller Kraft als Schwarzmalerei verunglimpft, sekundiert von den Kassen, die heute jammern.“ Tatsächlich sind die Kassen mit der Entwicklung der Krankenpflege nicht glücklich. Am Mittwoch hatte die AOK neue Zahlen zum starken Anstieg der Pflegekosten und des Pflegepersonals veröffentlicht und ebenfalls auf die Wechsel aus der Altenpflege hingewiesen.

Brysch hat wenig Hoffnung, dass die Politik, angeführt von Gesundheitsministerin Nina Warken (CDU), die Ausbildung von Kranken- und Altenpflege wieder trennt. „Aus Angst vor den Pflegeverbänden wird sich Nina Warken wegducken“, befürchtet er. Warkens Sprecher wollte sich zu dem Vorwurf des Wegduckens nicht äußern, sagte aber: „Wir halten an der generalistischen Pflegeausbildung fest, das wird nicht rückgängig gemacht.“

Bekannt wurde am Donnerstag auch, dass Warken und die Regierungsfractionen über eine Überarbeitung des Pflege-

budgets nachdenken. Ein Änderungsantrag zum Gesetz zur Anpassung der Krankenhausreform (KHAG), der der F.A.Z. vorliegt, sieht die Klarstellung vor, „dass die Kosten für Tätigkeiten, die nicht der unmittelbaren Patientenversorgung dienen, insbesondere hauswirtschaftliche, logistische, administrative oder technische Aufgaben, nicht im Pflegebudget zu berücksichtigen sind“.

Dadurch soll Fehlanreizen vorgebeugt werden. Der Hintergrund sind Vermutungen der Krankenkassen, dass nicht pflegerische Mitarbeiter in Kliniken zu Pflegekräften erklärt werden, um sie über das Budget abrechnen zu können, das in jedem Falle von den Kassen erstattet wird. Die Betriebskrankenkassen hatten sogar von „Betrug“ gesprochen.

Vogler geht das zu weit. „Betrugsvorfälle müssen belegt werden, pauschale Unterstellungen treffen die Falschen und diskreditieren Pflegeprofessionelle“, sagt sie. „Gleichzeitig gilt: Das Pflegebudget ist gesetzlich zweckgebunden, nicht zweckentsprechend verwendete Mittel sind zurückzuführen.“ Keinesfalls sollte man es jedoch, wie früher, in die Fallpauschalen der Kliniken (DRG) integrieren: „Pflege darf nicht wieder zum Sparobjekt der DRG-Logik werden, das wäre fatal.“

Bei den Missbrauchsvorwürfen geht es etwa um Putz-, Servier- und Hausmeister-tätigkeiten, die angeblich als „Pflege“ abgerechnet werden. Dafür erhalten einige dieser Personen angeblich Schnellschulungen. Dafür könnte ein Indiz sein, dass die Zahl der Hilfskräfte in der Pflege seit 2019 um 75 Prozent gestiegen ist.

Vogler sagt, das müsse man sich genau anschauen. „Assistenz kann Pflegefachpersonen entlasten, damit diese mehr Zeit für klinisch anspruchsvolle Aufgaben haben.“ Sie stellt aber auch klar: „Die Aufgaben von Servicekräften sind nicht Handlungsfelder von Pflegefachpersonen, das wäre zweckwidrig und inakzeptabel.“

Bryschs Vorschlag, die Ausbildung in der Pflege wieder zu trennen, weist sie zurück. „Die Abwanderung oder auch die Präferenzen der beruflich Pflegenden für ein Berufsfeld löst man nicht durch Mauern im Bildungssystem, sondern durch attraktive Arbeitsbedingungen und verlässliche Refinanzierung.“ Und weiter: „Die generalistische Ausbildung ist richtig, weil sie Anschlussfähigkeit schafft.“

In Regierungskreisen hieß es, falls es eine Abwanderung aus der Altenpflege gebe, liege das sicher nicht an der gemeinsamen Ausbildung. Denn deren erste Absolventen seien erst seit 2023 im Beruf.



Überfordertes Italien

Von Christian Schubert

Meine Güte(r)

Von Thiemo Heeg

Im Jahr 2020 stand die EU wegen der Pandemie vor dem wirtschaftlichen Stillstand. Daher legten die Regierungen und die EU-Kommission in großer Eile eine Investitions-Bazooka auf, die Europa nicht nur aus dem Schock befreien, sondern langfristig stärken sollte. Ein Land wie Italien, das öffentliche Investitionen lange vernachlässigt hatte, griff damals maximal ins Füllhorn und feierte das Geld aus Brüssel als großen Sieg. Transparenz über die Verwendung der Mittel wird dagegen bis heute kleingeschrieben. Der nun vorgelegte Ökonomen-Bericht legt an den richtigen Stellen die Finger in die Wunde: Die notorisch schwache Verwaltung Italiens war von dem vielen Geld schlicht überwältigt; große Hast verdrängte umweltbewusster Politiker ist. In diesem Jahrzehnt sollte der Marktanteil des Schienengüterverkehrs von 18 Prozent auf mehr als 25 Prozent steigen. Von diesen hochfliegenden Plänen sollte sich mancher in Berlin vielleicht jetzt ganz offiziell verabschieden. Zeit, sich ehrlich zu machen – in der Politik wie im Güterverkehrsmanagement der DB. Auch wenn es wehtut.

Wenn ein Unternehmen mehr als 40 Prozent seines Personals einspart, muss man die Frage stellen: Wie konnte es dazu kommen? Im Fall der Güterverkehrssparte der Deutschen Bahn, wo jetzt 6000 von 14.000 Mitarbeitern gehen müssen und eine Milliarde Euro eingespart werden soll, ist die Antwort vielfältig. Schlechte Konjunktur, schlechte Organisation, schlechte Struktur – und schlechtes Management, über viele Jahre hinweg. Denn DB Cargo steckt seit Langem in der Krise. Noch kein Vorstand hat es vermocht, das Unternehmen nachhaltig aus der Verlustzone zu manövrieren. Das ist umso bedenklicher, als der Frachttransport auf dem Gleis ein Lieblingsprojekt umweltbewusster Politiker ist. In diesem Jahrzehnt sollte der Marktanteil des Schienengüterverkehrs von 18 Prozent auf mehr als 25 Prozent steigen. Von diesen hochfliegenden Plänen sollte sich mancher in Berlin vielleicht jetzt ganz offiziell verabschieden. Zeit, sich ehrlich zu machen – in der Politik wie im Güterverkehrsmanagement der DB. Auch wenn es wehtut.

Merz’ rätselhafte Klimadebatte

Von Hendrik Kafsack, Brüssel

Geplant oder nicht, Kanzler Friedrich Merz hat eine Debatte über die EU-Klimapolitik ausgelöst. Ein Satz zum CO₂-Handel in Antwerpen reichte. „Sollte es sich nicht um das richtige Instrument handeln, sollten wir sehr offen für eine Überarbeitung sein“, sagte Merz auf dem Europäischen Industriegipfel vergangene Woche. Für die Veranstalter des Treffens aus der europäischen Chemiebranche konnte das nur eines heißen: Merz steht hinter ihrem Ziel, den europäischen Emissionshandel von Grund auf zu reformieren.

Einen Tag später auf dem EU-Sondergipfel in Alden Biesen ruderte der Kanzler jedoch wieder zurück. Er lobte den Emissionshandel sogar. Beruhigt hat er die Diskussion damit nicht. Im Gegenteil rätseln Politik und Industrie nun, was Merz will. Der Bundeskanzler hat das Vertrauen in das beste Instrument erschüttert, das die Europäische Union im Kampf gegen den Klimawandel hat. Kein anderer Ansatz kann den Ausstoß von CO₂ so günstig senken wie der Emissionshandel.

Der Name mag kompliziert klingen, das Prinzip ist einfach: Wer CO₂ ausstößt, braucht dafür eine Erlaubnis in Form von Zertifikaten. Von diesen gibt es eine begrenzte Zahl. Brüssel vergibt jedes Jahr genauso viele Zertifikate wie mit den Klimazielen vereinbar. Weil diese Ziele immer strenger werden, schrumpft auch die Zahl der Zertifikate. Von 2039 an wird es nach jetzigem Stand keine neuen Ausstoßrechte mehr geben.

Die EU erreicht ihre Klimaziele so punktgenau. Hinzu kommt: Die Industrie weiß, wie sich die Zahl der Rechte entwickelt. Die Zertifikate sind zudem handelbar. Die Industrie kann also rechtzeitig in CO₂-arme Technologie investieren. Wer hier besonders erfolgreich ist, kann sogar Zertifikate an die Nachzügler verkaufen. Kreativität ist bares Geld wert.

Der Emissionshandel funktioniert daher besser als dumpe Verbote wie das Aus für Verbrenner-Autos. Zahlen belegen das: Seit Beginn des Emissionshandels 2005 ist der CO₂-Ausstoß in Europa um 39 Prozent gesunken. Dennoch wuchsen die betroffenen Wirtschaftssektoren um 71 Prozent. Der Emissionshandel funktioniert allerdings nur, wenn die Beteiligten sich darauf verlassen können, dass ihre Investitionen in klimafreundliche Technologien nicht entwertet werden, indem die Politik in das Zertifikatesystem nach Belieben eingreift. Wer früh investiert hat, wird dann bestraft, Nachzügler profitieren. Auf eine Grundsatzreform oder gar Abschaffung des Systems dringt daher derzeit nicht „die Industrie“, sondern

vor allem die Nachzügler aus der Chemie. An der Börse sah man das sofort. Der Preis für Emissionsrechte stürzte nach Merz’ Auftritt in Antwerpen um zehn Prozent ab, die Chemiekonzerne gewannen, die Klimaschutz-Vorreiter etwa der Stahlbranche verloren.

Gleichzeitig dürfen die Europäer die Lage der Welt nicht ignorieren. Die USA haben sich unter Präsident Trump vom Klimaschutz verabschiedet. Kein Industrieland ist so ehrgeizig wie die EU. Hier liegt ein Grund, warum hiesige Unternehmen im globalen Wettbewerb zurückfallen. Die alte Frage stellt sich schärfer als zuvor: Erreicht die EU ihre Klimaziele am Ende allein durch den Abbau der Industrie?

Solange die EU an ihren Klimazielen festhält, darf sie am Emissionshandel nicht rütteln.

Vermeiden können die Europäer das, wenn sie ihren Klimaschutz günstig machen. Den Sorgen aus Teilen der Industrie ein stures „Weiter so“ entgegenzuhalten, ist jedenfalls keine Lösung. Einen großen Schritt hat die EU im Herbst gemacht. Sie rechnet nun Klimaprojekte in Afrika oder Asien auf das Klimaziel 2040 an. Das ist billiger, als in der EU noch das letzte Gramm CO₂ einzusparen. Und es schafft Luft, um die Industrie zu entlasten. Zehntausende Betriebe können mehr und vor allem länger – über 2039 hinaus – Ausstoßrechte bekommen. Die Kommission soll im Sommer Vorschläge dafür vorlegen.

Brüssel kann auf diese Weise nachjustieren, ohne das gesamte System zu kippen. Ein ähnlich vorsichtiger Eingriff wäre eine längere Vergabe kostenloser Ausstoßrechte an die Industrie. Sie ändert an der Ausstoßmenge nichts. Zugleich hilft sie aber der Industrie im weltweiten Wettbewerb. Der komplizierte CO₂-Grenzzoll (CBAM) sollte im Gegenzug verschwinden. Wer der Industrie noch weiter entgegenkommen will, muss die Frage beantworten, wie er das Klima stattdessen schützen will. Eine Alternative sind Steuerrabatte, Prämien oder Verbote. Das setzt voraus, dass der Staat weiß, welche Technologien förderwürdig sind oder zu verbieten. Prämien sind teuer, Verbote verhasst.

Der Emissionshandel braucht das alles nicht. Welche Technologien den CO₂-Ausstoß am kostengünstigsten senken, entscheidet der Wettbewerb der Ideen. Er ist und bleibt das beste Mittel – solange die Europäer an ihren Klimazielen festhalten.

GEFÄHRDETER BOOM

Die Netzentur wandelt Goldgräberstimmung in Furcht vor Fehlinvestitionen.

Wirtschaft, Seite 20

SCHNELLE SANIERUNG

Vorarbeit in der Fabrik senkt Kosten. Roboter helfen mit, um Außenwände zu bauen.

Immobilien, Seite 22



VERLORENES VERTRAUEN

Der Babymilchskandal belastet Nestlé. Der neue Vorstandschef krepelt den Konzern um.

Unternehmen, Seite 28

Zweifel am Batteriespeicherboom

Ein Papier der Netzentur wandelt Goldgräberstimmung in Furcht vor Milliarden-Fehlinvestitionen.

Von Nadine Bös, Düsseldorf

Rund ein Dutzend namhafte Energieunternehmen, die stark auf Batteriespeicherprojekte gesetzt haben, befürchten drohende Fehlinvestitionen in Milliardenhöhe und ein geschädigtes Vertrauen in den Investitionsstandort Deutschland und in die Energiewende. Den Grund schildern sie in einer „gemeinsamen Erklärung“, die sie an diesem Donnerstag an den Chef der Bundesnetzagentur, Klaus Müller, geschickt haben und die der F.A.Z. vorliegt: Die Unternehmen sind in Sorge, dass die Behörde die Betreiber verpflichten könnte, früher als gedacht und sogar rückwirkend Netzentgelte für Batteriespeicher zu entrichten. Bisher waren sie davon ausgegangen, noch lange davon befreit zu sein.

Batteriespeicher gewinnen in der von Erneuerbaren geprägten Energiewirtschaft stark an Bedeutung, weil sie überschüssigen Strom zwischenspeichern können, wenn die Preise niedrig sind, weil viel Wind und Sonne vorhanden sind. In dunkleren, windstillen Zeiten mit höheren Preisen, so das Kalkül, lässt sich dieser Strom dann gewinnbringend verkaufen. Dass sich mit Blick auf Netzentgelte für Batteriespeicher etwas ändern wird – das war der Branche zwar schon lange klar. Genauer: dass neue Speicher, die nach dem Stichtag 4. August 2029 in Betrieb gehen, künftig Netzentgelte entrichten müssen. Doch jetzt gibt es schwere Verunsicherung. Denn bisher waren die Unternehmen davon ausgegangen, dass alle Batterien, die noch vor dem Stichtag ans Netz gehen, für 20 Jahre von den Netzentgelten befreit sein werden. Das war einer der Gründe, warum in der Branche lange eine Art Goldgräberstimmung herrschte – bisweilen war gar von einem „Speicher-Tsunami“ die Rede. Viele wollten am Speicher-Boom partizipieren und riefen rasch Projekte ins Leben – auch, um vor dem Stichtag damit starten zu können. Neuerdings aber wackelt nach Lesart der Unternehmen die sicher geglaubte Netzentgelt-Befreiung. Und zwar nicht nur für im Bau befindliche und geplante Speicher, sondern auch für solche, die schon in Betrieb sind.

Es sei „ein Schock für alle im Speicherbereich tätigen Investoren“, dass die Bundesnetzagentur im Rahmen ihrer Netzentgeltreform (AgNes) „nun in Frage stellt“, dass neue Batteriespeicher 20 Jahre lang keine Netzentgelte zahlen müssen, heißt es in der „gemeinsamen Erklärung“. Unterzeichnet haben sie unter anderem der Lausitzer Energiekonzern Leag, der Essener Energieversorger Steag Igony, der mittlerweile dem spanischen Investor Asterion gehört, die Stadtwerke-Kooperation Trianel und die norwegische Statkraft, deren Deutschland-



Hilft bei der Stabilisierung des Netzes: Batteriespeicher neben einer Solaranlage in Sachsen-Anhalt

Foto dpa

geschäft aus Düsseldorf gesteuert wird. Zu den insgesamt elf Absendern gehören weitere Energieunternehmen, Speicher- und Ökostrom-Spezialisten.

Eigentlich steht die 20-Jahre-Netzentgeltbefreiung für Speicher in Paragraph 118 des Energiewirtschaftsgesetzes. Doch in einem unter der Überschrift „Orientierungspunkte“ veröffentlichten Papier der Bundesnetzagentur heißt es, die gesetzliche Regelung sehe „eine Abweichungskompetenz der Bundesnetzagentur – auch zum zeitlichen Anwendungsbereich – vor“. Übersetzt heißt das wohl: Die Behörde ist der Meinung, dass sie sich mit ihren geplanten Änderungen nicht unbedingt an die Stichtagsregelung zum 4. August 2029 halten muss.

Die Bundesnetzagentur räumt zwar ein, dass „ein potentieller Vertrauensschutz zu berücksichtigen“ sei. Sie schreibt aber im selben Absatz etwas verklausuliert, dass durch diverse Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs 2021 und 2023 das Vertrauen in den Fortbestand der Vollbefreiung „erschüttert worden sein“ dürfte. Im Klartext soll das wohl heißen: Die Behörde steht auf dem Standpunkt, dass Investoren sich nicht auf die Regelung hätten verlassen sollen

und ihnen hätte klar sein müssen, dass sich etwas ändern könnte.

Die Branchenvertreter sehen das völlig anders: „Mit dem Plan, alle Speicher mit Netzentgelten – zudem in unbekannter Art und Höhe – zu belasten, wird bei einer Vielzahl bestehender, in Realisierung befindlicher und projektierte Speicher nachträglich in die Geschäftsgrundlage eingegriffen und ihnen die Planungssicherheit entzogen“, bemängeln sie in ihrem Protestpapier. „Die Projekte wurden oder werden im Vertrauen auf die Regelung im Energiewirtschaftsgesetz bereits realisiert.“ Die „absehbare“ Folge sei, dass „fast alle Speicherprojekte, die heute bis 2029 in Planung sind, vorerst zurückgestellt werden“. Das seien laut dem Beratungsunternehmen Enervis Projekte in einem Umfang von 16 Gigawatt. Das entspricht grob der Leistung von 16 großen Kraftwerksblöcken, nur eben als Batterieinfrastruktur. „Damit würde der dringend benötigte Beitrag dieser Speicher zur Versorgungssicherheit und zur Systemstabilität auf absehbare Zeit nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen“, schreiben die Unternehmen weiter. Das Dokument schließt mit der Forderung, die Bundes-

netzagentur möge den Projekten den „Vertrauensschutz“ gewähren, an den die Branche bislang geglaubt hat.

Der Chef des Energieunternehmens Steag, Andreas Reichel, sagte der F.A.Z.: „Die derzeit diskutierten Vorschläge dürfen nicht der Sargnagel für viele Batteriespeicher-Projekte werden.“ Auf dem Spiel stünden wichtige Energiewende-Investitionen. Sein Unternehmen, das er „Pionier bei Batteriespeichern“ nannte, plane an seinen Standorten in Nordrhein-Westfalen und im Saarland „sehr konkret“ weitere Projekte. Er hoffe auf eine „investitionsfreundliche Lösung“, die die Netzdienlichkeit und den Stellenwert von Batteriespeichern für die Energiewende im Blick halte. „Andernfalls droht vielen Projekten das Aus.“

Der Präsident der Bundesnetzagentur, Klaus Müller, sagte der F.A.Z.: „Wir nehmen die Sorge der Branche wahr und ernst.“ Die Diskussion müsse dennoch geführt werden. „Nur wenn Netzentgelte und damit Preissignale auch auf Speicher wirken, können sie angereizt werden, sich netzdienlich zu verhalten. Das bedeutet aber nicht zwingend eine Verschlechterung. Wer auf den Anreiz reagiert, kann auch Erlöse generieren.“

Der höhere Mindestlohn belastet den Mittelstand

Datev-Index zeigt keine wirtschaftliche Erholung / Umsatz im Januar gesunken

pwe. FRANKFURT. Die Erhöhung des Mindestlohns am Jahresbeginn verschärft die Lage im deutschen Mittelstand. In personalintensiven Branchen wie im Gastgewerbe stiegen die Löhne und Gehälter im Januar um 6,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Das zeigt der Datev-Mittelstandsindex, den die F.A.Z. exklusiv veröffentlicht. Damit legten die Löhne im Gastgewerbe deutlich schneller zu als im Mittelstand insgesamt mit 3,9 Prozent. Zumindest zum Teil liegt diese Diskrepanz am Mindestlohn. Auch in den Bereichen Sonstige Dienstleistungen und Handel stiegen die Löhne mit 5,8 Prozent und 4,8 Prozent überdurchschnittlich. Der Mindestlohn war zum 1. Januar um 8,4 Prozent auf 13,90 Euro je Stunde angehoben worden.

Die steigenden Löhne treffen die mittelständischen Unternehmen besonders, weil zugleich die Umsätze sinken. Am Beginn dieses Jahres ist so keine wirtschaftliche Erholung in Sicht. Der Umsatz der kleinen und mittelgroßen Unternehmen lag im Januar um 0,7 Prozent niedriger als vor einem Jahr. Zugleich ging der Teilindex für die Beschäftigung um 0,8 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat zurück.

„Entgegen mancher optimistischen Verlautbarung gibt es derzeit keine belastbaren Anzeichen für eine wirtschaftliche Erholung“, sagte Robert Mayer, der Vorstandsvorsitzende der Datev-Genossenschaft. Die schlechte Lage im Mittelstand passt zu den sehr verhaltenen Perspektiven, die Unternehmen und Verbände in Umfragen

wie dem Ifo-Geschäftsklima oder der Deutschen Industrie- und Handelskammer für dieses Jahr prognostizieren.

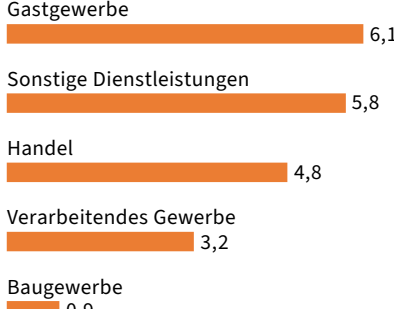
Besonders schwierig ist die Lage im verarbeitenden Gewerbe. Dort fiel der Umsatz im Januar um 4,8 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat. Wenn die Industrie von mehr Aufträgen unter anderem für die Aufrüstung profitiert, dann ist das unter den mittelständischen Unternehmen noch nicht angekommen. Im Baugewerbe sank der Umsatz in der um Saison- und Kalendereffekte bereinigten Rechnung um drei Prozent, im Handel um 2,9 Prozent. Im Gastgewerbe stagnierte die Entwicklung.

Der Datev-Mittelstandsindex gibt schneller als die offiziellen Statistiken Hinweise auf die wirtschaftliche Entwicklung anhand harter Daten zum Umsatz oder zur Beschäftigung. Datev, der Dienstleister für die steuerberatenden Berufe, greift dafür anonymisiert auf Umsatzsteuervoranmeldungen von mehr als einer Million Unternehmen und auf Lohn- und Gehaltsabrechnungen von mehr als acht Millionen Arbeitnehmern zurück. Am Beginn dieses Jahres hat Datev einige methodische Änderungen vorgenommen, um die Aussagekraft des Index zu erhöhen. So wird in der Lohnentwicklung nun als Basis der mittlere Stundenlohn herangezogen, zudem werden Einmal- und Sonderzahlungen berücksichtigt. An der grundlegenden Entwicklung des Indikators und der einzelnen Komponenten hat sich dadurch wenig verändert.

Datev-Mittelstandsindex

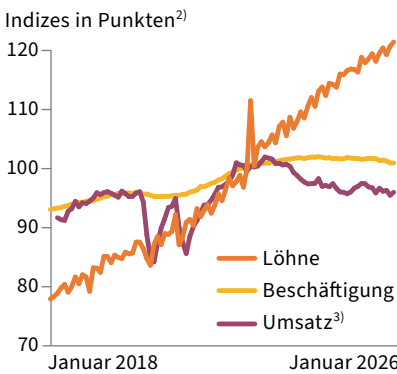
Der höhere Mindestlohn belastet die personalintensiven Branchen

Veränderung des Lohnindex in Prozent¹⁾²⁾



1) Zum Vorjahresmonat. 2) Saison- u. kalenderbereinigt. 3) Gleitender Drei-Monats-Durchschnitt. Quelle: Datev / F.A.Z.-Grafik fbr.; pwe.

Die Löhne steigen, Beschäftigung und Umsatz sinken



Ungarn mobilisiert Ölreserve

Pipelineausfall zeigt Abhängigkeit von Russland

ami. BERLIN. Um eine akute Versorgungskrise mit Öl und Benzin abzuwenden, zapfen Ungarn und die Slowakei jetzt ihre strategischen Ölreserven an. Denn seit Ende Januar ist die Belieferung mit russischem Pipeline-Öl unterbrochen, nachdem die Druschba-Pipeline in der Ukraine bei Kämpfen beschädigt wurde. Zugleich eskalieren die Spannungen mit den Nachbarn. Der Plan, russisches Öl nun über den Seeweg und eine kroatische Leitung zu importieren, stößt in Kroatien auf Widerstand. Neuen Ärger gibt es auch mit der Ukraine.

Nachdem Ungarn und die Slowakei offiziell um die Durchleitung aus der Adria gebeten hatten, ließ Kroatiens Wirtschaftsminister Ante Šušnjár wissen, es gebe Kapazitäten, aber besser nicht für Öl aus Russland. Denn das helfe, „den Krieg und Angriffe auf das ukrainische Volk zu finanzieren“, schrieb er auf der Plattform X. Zuvor hatte er sich für Hilfen offen gezeigt, soweit das Recht der EU und die US-Sanktionen solche zuließen.

Derweil haben sich die Regierungen in Budapest und Bratislava, die trotz des Überfalls auf die Ukraine beide gute Beziehungen zu Russlands Präsident Wladimir Putin unterhalten und in Brüssel Unterstützung für die Ukraine regelmäßig ablehnen, mit einem Hilfesuchen an die EU-Kommission gewandt, wie Ungarns Außenminister Péter Szijártó sagte. Die EU-Kommission solle den eigentlich wegen der Sanktionen ausgeschlossenen Import russischen Öls per Schiff genehmigen. Es handle sich um einen Notfall, man suche nur Ersatz für die genehmigte Einfuhr per Pipeline. Kroatiens Wirtschaftsminister Šušnjár nannte es in einem Anflug von Sarkasmus „herzerwärmend“, Ungarn über EU-Rechte und -Werte sprechen zu hören.

Gegen das Argument, die beiden Länder könnten ebenso gut nicht sanktionierte anderes Öl auf dem Weltmarkt einkaufen, wird vorgebracht, die Raffinerien seien auf das russische Urals-Öl ausgelegt, ein Umstieg auf andere Ölsorten sei technisch aufwendig. Der ungarische Energiekonzern MOL bestellt unterdessen wegen der Pipelinekrise russisches Öl per Seefracht. Das soll Anfang März im kroatischen Hafen Omisalj in der Kvarner-Bucht ankommen. Der Vorgang ist auch deshalb pikant, weil es noch vor Kurzem

aus Budapest geheißten hatte, es gebe auf der kroatischen Leitung nicht genügend freie Kapazitäten. Deshalb könne sie als Ersatz für Bezüge über die Druschba-Pipeline auch nicht infrage kommen.

Unterdessen bot der Wirtschaftsminister der Tschechischen Republik an, dem Nachbarland Slowakei Öl in begrenztem Maße zukommen zu lassen. Prag bezieht selbst kein Öl mehr aus Russland, seine Vorräte kommen über die Adria durch eine durch Bayern führende Leitung.

Die schon spannungsgeladenen Beziehungen zwischen Ungarn und der Slowakei mit der Ukraine werden durch die Krise weiter verschärft. So setzten beide Länder ihre Ausfuhr von Diesel in die von Russlands Angriffen geplagte Ukraine bis zur Wiederaufnahme der Öllieferungen über die Druschba-Leitung in einer offenbar koordinierten Aktion aus.

Der slowakische Ministerpräsident Robert Fico behauptete, die Schäden seien behoben. Die fortgesetzte Unterbrechung der Öllieferungen geschehe auf Anordnung des ukrainischen Präsidenten. In Kiew wurde beides zurückgewiesen. Allerdings erinnerte ein Außenamtssprecher auch daran, dass die für die Durchleitung nach Ungarn und die Slowakei bestehenden Genehmigungen nur „vorübergehender Natur“ seien.

In der Tat sind die US-Sanktionen gegen den Ölimport nur für ein Jahr ausgesetzt. Leider sehe man in Budapest und Bratislava keinerlei Bestrebungen, von russischem Öl loszukommen, hieß es in Kiew.

Russlands Überfall auf die Ukraine und die deswegen verhängten Sanktionen der EU und der USA gegen russische Öl- und Gasgeschäfte haben in der Region bereits zu einer Reihe von Veränderungen auf dem Energiemarkt geführt. Ungarn, die Slowakei und Serbien wollen zum Beispiel mehr Gas aus Aserbaidschan einkaufen.

Die Regierung Trump wirbt intensiv für den Einsatz von (amerikanischem) verflüssigtem Gas (LNG), das über Häfen in der Türkei, Griechenland oder der Adria eingespeist werden soll. Dazu passen aktuelle Berichte aus Bosnien-Herzegowina, wonach der Bau einer 160 Kilometer langen Leitung zum kroatischen LNG-Hafen Krk die Abhängigkeit von russischem Gas mindern soll.

China und IWF im offenen Streit über Industriepolitik

Bericht empfiehlt weniger Subventionen und Abwertung der Währung / Volksrepublik widerspricht vehement

guth. SHANGHAI. Eigentlich sind die Berichte Routine. Fachleute des Internationalen Währungsfonds (IWF) reisen für die sogenannten Artikel-IV-Konsultationen in die Hauptstädte, führen Gespräche, beurteilen die wirtschaftliche Lage und geben Empfehlungen ab. Der Bericht zu China, den ein IWF-Team nun aber veröffentlicht hat, ist keine Routine mehr, sondern legt die Konflikte der Weltwirtschaft so deutlich offen wie kaum ein Dokument sonst. Er illustriert, wie groß die Sorgen und Vorwürfe über Chinas Exportwelle in vielen Ländern sind. Und wie die Volksrepublik dagegenhänd und meint, der Rest der Welt verstehe seine Wirtschaft falsch.

Auf der einen Seite steht das Team des Internationalen Währungsfonds (IWF), das Chinas Wirtschaft turnusmäßig analysiert hat. Auf rund einhundert Seiten seziert es die chinesische Wirtschaft, geht in komplizierten ökonomischen Details auf die Deflation, die hohe Verschuldung der chinesischen Lokalregierungen und die angespannte Lage im chinesischen Immobiliensektor ein. Es analysiert den Exportüberschuss, der im vergangenen Jahr die Marke von einer Billion Dollar überschritten hat, und die seit Jahren schwache Nachfrage innerhalb Chinas.

Und es spricht Empfehlungen aus: China solle seine Industriepolitik halbieren, von rund vier auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts, und den Renminbi real aufwerten. Dieser hat etwa gegenüber dem Euro in den vergangenen Jahren deutlich abgewertet, ein Turbo für Chinas Ausfuhr.

Auf der anderen Seite steht Zhang Zhongxin, der IWF-Exekutivdirektor der Volksrepublik, der also im obersten

Entscheidungsgremium des Fonds sein Land vertritt. Mit ungewöhnlich scharfen Worten weist er die Kernforderungen des IWF-Teams zurück.

Chinas Außenhandelsbilanz sei verzerrt? „Wir stimmen den Einschätzungen der Mitarbeiter nicht zu“, schreibt Zhang in seiner sieben Seiten langen Widerrede. Die Methodik der IWF-Mitarbeiter sei mangelhaft. Sie sollten eine neue Einschätzung veröffentlichen, sobald diese überarbeitet sei.

Und überhaupt: Der Anstieg der chinesischen Ausfuhr liege nicht an Verzerrungen, sondern an Chinas Wettbe-

werbsfähigkeit, Innovationen und natürlich den USA, deren Handelspolitik dazu geführt habe, dass Lieferungen vorgezogen worden seien. Das heißt im Umkehrschluss, dass Chinas Führung in Peking den Rekordüberschuss für gerade angemessen groß hält.

Eine Aufwertung des Renminbis, die viele Länder und Fachleute fordern und die auch Thema beim Besuch von Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) in China in der kommenden Woche werden könnte, erteilt Zhang eine deutliche Absage. Chinas Wechselkurspolitik sei klar und konsistent und beruhe auf

Marktkräften, behauptet Zhang. China habe es „nicht nötig“, sich durch eine Abwertung einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen. Dass der Renminbi real abgewertet habe, liege nur an der im Vergleich niedrigen Inflation in China.

Genauso vehement wehrt sich der chinesische Exekutivdirektor gegen den Vorwurf der übergroßen Industriepolitik, die bedeutet, dass China seine favorisierten Unternehmen mit zu hohen Subventionen bedenkt. „Wir glauben, dass die Schätzungen der Mitarbeiter zum Umfang und zur Wirkung von Chinas Industriepolitik deutlich überhöht sind.“

Auch hier kritisiert Zhang die IWF-Fachleute. Ihre Methoden führten zu Verzerrungen und berechneten nicht ein, dass Vergünstigungen in China häufig nach „marktorientierten Prinzipien“ vergeben würden. Man könne das Ausmaß der Industriepolitik in China, den USA und Europa gar nicht vergleichen, weil die Definitionen nicht einheitlich seien.

Chinas Industriepolitik ist laut Zhang auch nicht schlecht für die Weltwirtschaft. Sie schade der Wirtschaft nicht, sondern fördere den „grünen und CO₂-armen Wandel“ und Innovationen. Chinas Industriepolitik unterstütze die grüne Entwicklung auf der ganzen Welt und bewirke so auch im Ausland „positive Effekte“. Chinas Industriepolitik sei historisch nicht ungewöhnlich und „offen und transparent“. Nach Zhangs Brief spricht wenig dafür, dass Bundeskanzler Merz mit seinen heimischen Sorgen um eine schrumpfende Industrie und günstigere Konkurrenz aus China kommenden Woche in Peking auf offene Ohren stoßen wird.



Kritisch: IWF-Direktorin Kristalina Georgieva

Foto AFP



Flossbach von Storch

VERMÖGENSVERWALTER

Vermögen bedeutet Verantwortung.

Für Generationen.

Vermögensverwaltung bedeutet für uns Zukunftsvorsorge. Als Deutschlands größter unabhängiger Vermögensverwalter legen wir unseren Fokus auf eine langfristige Anlagestrategie und den Erhalt und Aufbau des uns anvertrauten Vermögens. Seit mehr als 25 Jahren.

KONSEQUENT UNABHÄNGIG



Willkommen bei Flossbach von Storch:
flossbachvonstorch.de/anlagestrategie



Das dauert noch

Von Jan Hauser

Es gibt doch noch halbwegs gute Nachrichten für die gebeutelte Immobilienwirtschaft. Die Zahl der Baugenehmigungen hat im vergangenen Jahr deutlich zugelegt und ist um mehr als zehn Prozent auf 238.500 Wohnungen gestiegen. Besser als ein Rückgang wie in den Vorjahren ist das allemal. Bundesbauministerin Verena Hubertz (SPD) spricht schon von einer „Trendwende im Wohnungsbau“. Sicher ist das bisher allerdings noch nicht. Der Blick auf die Zahlen zeigt, dass die Baugenehmigungen in den Jahren von 2016 bis 2021 noch deutlich höher lagen. Zudem wird aus einer genehmigten Wohnung noch nicht automatisch und rasch auch eine fertige Wohnung. Positiv lässt sich absehen, dass die Politik an vielen Stellen bemüht ist, den Bauherren mehr Freiheiten zu geben. Die Bundesregierung setzt auf Erleichterungen durch den Wohnungsbauturbo. Verschiedene Bundesländer sind dabei, die Landesbauordnungen zu vereinfachen. Das muss dann nur noch in den Städten und Gemeinden ankommen, die ohnehin den Wohnungsbau in ihrer Region anstoßen können, wenn sie das wollen. Zum beabsichtigten Abbau von Bürokratie passen allerdings kaum die unterschiedlichen Pläne, Vermietern noch mehr vorzuschreiben. So verbessern sich kaum die Erfolgsaussichten für die Wohnungssuche in den beliebten Regionen Deutschlands. Bis aus der Zunahme der Baugenehmigungen gute Nachrichten auch für Wohnungssuchende werden, muss noch mehr passieren.

Wie Sanierungen schneller gelingen

Die Vorarbeit in der Fabrik soll Sanierungen beschleunigen und die Kosten senken. Dabei hilft mancher Roboter mit, um Außenwände im Werk zu bauen.

Von Jan Hauser (Text) und Lucas Bäuml (Fotos), Schlüchtern

Tack. Tack. Mit diesem Geräusch jagt die Maschine automatisch Nägel ins Holz. Immer wieder. Schneller als der Mensch arbeitet der Roboter in der Fertighausfabrik im hessischen Schlüchtern längst. Immer wieder packen allerdings auch die Arbeiter in der Produktionshalle mit an, um die verschiedenen Wandelemente zu bauen. Die Vorfertigung soll nicht nur den Traum vom Eigenheim erfüllen, sondern auch Sanierungen an alten Häusern antreiben. Der Anfang für das Fertighaus liegt an einem Ende der Halle fest in den Händen des Roboters: Zuerst montiert dieser den Holzrahmen für die benötigte Wand. In den Stationen danach kommen Dämmmaterial, Holzplatten, Türen, Fenster und viele weitere Teile hinzu. Stück für Stück entstehen die vorproduzierten Wandelemente, die später auf der Baustelle für das fertige Haus nur noch miteinander verbunden werden. Bis zu sechs Häuser am Tag und damit 1200 Häuser im Jahr schafft das Werk der Oikos-Gruppe, einer der größeren Fertighaushersteller in Europa. Davon soll auch die serielle Sanierung profitieren. In der Fabrik in Schlüchtern lässt das junge Unternehmen Ecoworks die Außenwände mit Faserzementplatten herstellen, mit denen es ältere Mehrparteienhäuser modernisiert. Die Wände aus der Fabrik werden dafür an die bestehen-



Wände aus der Fabrik: Ecoworks-Gründer Emanuel Heisenberg (linkes Foto, links) lässt Elemente für die serielle Sanierung im Werk von Oikos-Geschäftsführer Marco Hammer (rechts auf dem Foto) herstellen.

den Außenwände montiert: Wand an Wand, neue Fenster vor den bisherigen Fensterlöchern, eine neue Wärmehülle für ein erhaltenswertes Gebäude. Unternehmensgründer Emanuel Heisenberg will damit die Energiekosten des Hauses deutlich senken. „Die Module müssen wärmebrückenfrei sein und superschnell montiert werden können – und das quasi von außen, damit wir möglichst wenig in

die Wohnung reinkommen“, sagt er. Aktuell plant, vermisst und baut das Unternehmen an der Sanierung von 3000 Wohneinheiten.

Insgesamt lassen Immobilieneigentümer allerdings seltener ihre Häuser modernisieren. Im vergangenen Jahr wurden 260.000 Wohneinheiten in den fast 20 Millionen Wohngebäuden in Deutschland saniert, wie eine Erhebung im Auftrag des Bundesverbands energieeffiziente Gebäudehülle berechnet hat. Im Jahr 2023 waren es noch 275.000 Wohneinheiten. Um die Klimaziele im Gebäudebereich zu erreichen, gilt eine höhere Sanierungsquote als notwendig, aber diese sinkt seit Jahren in Deutschland.

Auf die serielle Sanierung mit vorgefertigten Fassadenelementen bauen mehrere Unternehmen wie Schröder Haus oder Renovate, um Häuser günstiger und schneller zu modernisieren. Die Deutsche Energie-Agentur (dena) sieht darin einen wichtigen Baustein, um die Wärmewende zu schaffen. Laut deren Analyse sind 30 Prozent aller Mehrfamilienhäuser optimal für eine serielle Sanierung geeignet. Für weitere 15 Prozent sei es technisch machbar, aber noch nicht in allen Fällen wirtschaftlich.

Heisenberg hat im Jahr 2019 mit dem Unternehmen und der seriellen Sanierung gestartet. Anfangs fühlte er sich für seine Ideen noch belächelt. Die damaligen Kosten sind mittlerweile deutlich gesunken. Allein für die vergangenen ein, zwei Jahre spricht er von Einsparungen um 20 bis 25 Prozent. Das reine Material umfasse rund ein Drittel der Kosten. „Mit höheren Stückzahlen skaliert das und wird günstiger“, sagt er.

Die Sanierung der Fassade, die rund 35 bis 40 Prozent Energie einspart, beziffert er derzeit auf 750 Euro je Quadratmeter Wohnfläche brutto. Eine Vollsanierung mit Dach, Photovoltaikanlage und Wärmepumpe veranschlagt Heisenberg auf 1500 Euro je Quadratmeter brutto vor Förderung. Dadurch lassen sich die Energiekosten um bis zu 90 Prozent senken oder sogar das Gebäude in ein Energieplushaus verwandeln. Vieles hängt aber vom jeweiligen Gebäudezustand ab.

Heisenberg will weiter wachsen. „Wenn wir ein Prozent des deutschen Sanierungsmarktes haben, ist das eine Milliarde Umsatz“, blickt er nach vorn. So weit ist es bisher noch nicht. Er rechnet in diesem Jahr mit einem fertiggestellten Umsatz von 45 Millionen Euro, der auch Projekte aus dem Vorjahr umfasst. Heisenberg ist größter Einzelaktionär von Ecoworks, dazu sind große Baufonds und Immobilienunternehmen beteiligt.

Am Anfang eines Auftrags sind seine Mitarbeiter zuerst vor Ort im Einsatz, um das Gebäude mit Laserscannern digital zu vermessen. Aus den gesammelten Daten entsteht rasch die individuelle Planung der Fassade. „Auf Basis dieser Punktwolke können wir dann per Knopfdruck diese Hülle planen“, sagt Heisenberg.

Möglichst viele Arbeiten sollen in der Vorfertigung geschehen, immer weniger auf der Baustelle. „Die Produktivität wächst in der industriellen Fertigung sieben bis zehn Mal mal schneller als im Bau“, sagt er. So bringt die Verlagerung der Arbeit in die Fabrik die Kosten schnell nach unten. Vor allem der Einsatz von Robotern und Künstlicher Intelligenz hat zugenommen und hilft den Abläufen.

In der Fertigungshalle in Schlüchtern gehört der Roboter als Standard dazu, der das Kernelement komplett automatisiert



Immobilien kaufen

Sonstiges

ENGEL&VÖLKERS

Unikat in Lech Zürs am Arlberg
Zweitwohnsitz Widmung im Neubau, nur 8 Wohneinheiten, Wfl. ab ca. 130 m², EnAusw. in Bearbeitung, Ab 3,9 Mio. €

VORARLBERG
0664 1400027 | Dorf 229 | 6764 Lech
engelvoelkers.com/vorarlberg
EuV Immo GmbH | Immobilienmakler

Fränkischer Bauernhauf

im Würzburger Umland, Haupthaus ca. 190 m² Wfl, ca. 3946 m² Grundstück, Scheune, Werkstatt, Lager, Stallungen, sehr gepflegter Zustand, KP 750.000 EUR, EAK: 8, 207,27 kWh/(m²a), EEFK: G, OI, Bj. 1993. Bei Interesse gerne melden!
Bei Interesse gerne melden! Ihre Ansprechpartnerin: S. Engelhardt, 0173 4354139, 0931/32 93 76 25, s.engelhardt@garant-immobilien.de
GARANT Immobilien

Gesuche

Hotels

zur Pacht oder zum Kauf gesucht
Wir suchen für bekannte Hotelketten sowie für bonitätsstarke Investoren Hotels ab 50-300 Zimmer zur Pacht oder zum Kauf. Ihr Angebot bitte an:
Bill Immo Hospitality GmbH, Hotel Immobilien Management
Tel. 0761/88 14 22 00
E-Mail: info@bill-immohospitality.com, www.bill-immohospitality.com

Gewerbeimmobilien

Gewerbeimmobilie zu verkaufen

Komplett vermietete Gewerbeimmobilie (Bj. 1989) in **Mühlheim am Main** zu verkaufen, Nettoertrag 170 t€, Kp 2,19 Mio. Erbpacht bis 2067. Gute Mieterstruktur und Bausubstanz. im Alleinauftrag, Maklercourtage 5 % plus MwSt.
Beck + Partner Immobilien ☎ 01726618122

Geschäftsverbindungen

www.besser-ändern.de

ENGEL&VÖLKERS

Historische Schönheit
Kattenhorn: Innere Ruhe und Entspannung am Bodensee. Privater Seezugang, Grdst. ca. 5 456 m², Wfl. ca. 332 m², 13 Zi., Bj. 1991. Denkmalgeschützt - EnAusw. keine Pflicht. 6 Mio. €

RADOLFZELL
+49 (0)7732 8969979 | Seestr. 54
engelvoelkers.com/radolfzell
GBS Immobilien Bodensee GmbH
Immobilienmakler

Jetzt inserieren auf

anzeigenannahme.faz.net

ÖKOLOGISCH BAUEN ANNO 1834.

MONUMENTS FOR FUTURE

Denkmale sind Klimaschützer: Denn langbauge, natürliche Materialien und eine positive Gesamtenergiebilanz zeichnen die meisten historischen Gebäude aus. Auch fortschrittliche und umweltfreundliche Technologien, die heute wieder Vorbildfunktionen einnehmen können, machen Denkmalschutz zu einem Synonym für Nachhaltigkeit.

Wir erhalten Einzigartiges. Mit Ihrer Hilfe!

Spendenkonto
IBAN: DE71 500 400 500 400 500 400
BIC: COBA DE FF XXX, Commerzbank AG
www.denkmalschutz.de

DEUTSCHE STIFTUNG DENKMALSCHUTZ
Wir bauen auf Kultur.



Hoch hinaus: Aus einer katholischen Kirche in Bad Orb ist eine „Boulder Church“, eine Kletterhalle, geworden.

Foto Frank Röß

Was aus Kirchen alles werden kann

Wenn die Kirchen ihre Immobilien abgeben, macht das den Weg für mehr Wohnraum frei. Damit entstehen auch Chancen für die Stadtentwicklung. Doch die Flächenkonversion fällt oft schwer.

Von Thomas Schröer

W as die Kirchen schmerzt, kann zur frohen Botschaft für Investoren werden. Der Mitgliederschwund hat zur Folge, dass Nachbarschaftsräume oder Gemeinschaften von Pfarreien immer öfter die Dorfkirche mit ortsansässigem Pfarrer ersetzen. Damit legen die Kirchen bislang selbständige Gemeinden zusammen und geben Liegenschaften auf. Dadurch entsteht ein erhebliches Flächenpotential: Nach Schätzungen gibt es in Deutschland rund 44.000 Kirchen, die sich etwa zur Hälfte auf die evangelische und die katholische Kirche verteilen. Bis zum Jahr 2060 wollen sich beide jeweils von einem Drittel ihres Immobilienbestands trennen.

Die Liegenschaften liegen in der Regel zentral, die bauliche Ausnutzung ist oft gering. Wohnungsbauträger dürften in den großen Metropolen und Universitätsstädten an solchen Filetstücken interessiert sein. Aber auch die Kommunen haben Interesse an diesen Grundstücken, die bauplanungsrechtlich als Gemeinbedarfsflächen gelten. Durch die gute Erreichbarkeit eignen sie sich für öffentliche Gebäude wie Kindergärten, Schulen, Verwaltungen, Kulturzentren, Krankenhäuser und Schwimmbäder.

Mit Gemeinbedarfsnutzungen der Kirchengebäude kann es gelingen, vernachlässigte Ortszentren wieder zu beleben. Die Flächenkonversion bietet damit das Potential, dem städtebaulichen „Donut-Effekt“ entgegenzuwirken. Der Begriff beschreibt, dass Stadtkerne durch Leerstand veröden, während neue Entwicklungen am Stadtrand entstehen.

Die Folgen zeigen sich beispielhaft an einem Sakralbau in Trier: In der ehemaligen Maria-Königin-Kirche sind im Jahr

2023 insgesamt 17 Mietwohnungen entstanden, wobei die Gebäudesubstanz weitgehend erhalten blieb. Sakralbauten lassen sich aber auch in Sportstätten verwandeln: Die ehemals katholische Pfarrkirche der Gemeinde St. Peter Waldhausen in Mönchengladbach und die frühere St. Michaels-Kirche in Bad Orb sind heute Kletterkirchen, auch Boulderhallen genannt. In Bad Orb dient der ehemalige Beichtstuhl nun als Umkleidekabine.

In Hanau soll aus der Christuskirche ein Bürogebäude für das Diakonische Werk mit Bäckereigeschäft im Erdgeschoss werden. Um die Anforderungen an Büros zu erfüllen, soll ein Glaskubus in das Kirchenschiff gesetzt werden. Die Umbaukosten werden auf rund sechs Millionen Euro veranschlagt. Die künftige Diakoniekirche, die ihren Tätigkeitsschwerpunkt in der Arbeit für Schuldner, Suchtkranke und Flüchtlinge sieht, liegt in Sichtweite zum neuen städtischen Sozialforum mit Jobcenter und Sozialamt. Das Projekt gilt als Paradebeispiel für eine Stadtreparatur durch ein modernes Sozialquartier an der Schnittstelle zwischen Hauptbahnhof und Innenstadt.

Abgesehen von solchen Leuchtturmprojekten tun sich die Kirchen strukturell schwer. Allerdings agieren die Landeskirchen und Bistümer auch unterschiedlich: Manche vermarkten ihre Immobilien forsch, andere gehen stufenweise vor. Im ersten Schritt bieten sie häufig nur Gemeindehäuser an und halten Kir-

chengebäude auch wegen der damit verbundenen Außenwirkung noch zurück.

In der Praxis zeigen sich für christliche Sakralbauten Herausforderungen: Knapp 90 Prozent von ihnen stehen in Deutschland unter Denkmalschutz. In den Staatskirchenverträgen haben sich die Kirchen zu einem aktiven Denkmalschutz verpflichtet. Ein Abriss oder Rückbau dürfte damit in den seltensten Fällen die Zustimmung der Behörden finden. Kreative Ansätze und Lösungen stoßen in der Umsetzung aber meist auf Hürden. Gerade in ländlichen Regionen ohne Wohnungsmangel dürfte es schwer fallen, für solche Liegenschaften Käufer und eine rentierliche Nutzung finden.

Generell werden wirtschaftliche Fragen für solche Umbauten wichtiger. Den Kirchen ist daran gelegen, im Falle der Veräußerung einen möglichst hohen Kaufpreis zu erzielen. Dafür muss die Kommune im Regelfall auf die Gemeinbedarfsausweisung der Fläche verzichten und den Weg für eine Wohnbaufläche mit möglichst hoher Baudichte freimachen.

Dafür hoffen die Kirchen auf den neuen Wohnungsbauturbo: Dieser ermöglicht eine solche planungsrechtliche Aufwertung ohne förmliche Änderung bestehender Bebauungspläne, wenn die Kommunen zustimmen. Doch viele Städte tun das nicht. So hat etwa Frankfurt in einem Eckpunktepapier zur Anwendung der Turboregel festgelegt, auf Gemeinbedarfsflächen keine Wohnungsbauvorhaben zuzulassen. Das schließt Wohnungsbau nicht grundsätzlich aus. Voraussetzung ist aber, dass am Standort keine Einrichtung des Gemeinbedarfs benötigt wird, was in der Regel langwierige innerstädtische Abklärungen erfordert.

Wird eine Fläche tatsächlich aus dem Gemeinbedarf entlassen, kann die Kommune eine Umwidmung für den Wohnungsbau ermöglichen. Im Regelfall wollen Städte und Gemeinden jedoch an der Wertsteigerung partizipieren. Dafür schließen Kommunen und Investoren städtebauliche Verträge ab, die eine bestimmte Quote an Sozialwohnungen und sozialer Infrastruktur gewährleisten. Dadurch sinkt der Verkaufserlös deutlich. Das schmeckt den Kirchen nicht immer.

Im internationalen Vergleich fällt auf, dass sich die christlichen Kirchen in Deutschland bei der Profanierung ihres Immobilienbestandes schwertun. In den Niederlanden und anderen Ländern ist das Vorgehen radikaler. Restaurants, Geschäfte und Vergnügungstätten werden in entwidmeten Sakralgebäuden akzep-

ten die Erschwinglichkeit von Wohnraum zu verbessern. Dazu gehören der Kauf von hypotheckenbesicherten Wertpapieren und ein Verbot für institutionelle Investoren, Einfamilienhäuser zu erwerben. Obwohl die Hypothekenzinsen nachgegeben haben, sind die Fortschritte ins Stocken geraten. Sorgen über die Staatsverschuldung halten die Renditen von US-Staatsanleihen hoch, an denen sich die Hypothekenzinsen orientieren. Volkswirte erwarten, dass die Investitionen in den Wohnungsbau im vierten Quartal 2025 zum vierten Mal in Folge geschrumpft sind.

Belastet wird der Markt durch höhere Hypothekenzinsen und gestiegene Materialkosten. Zölle auf importierte Waren wie Bauholz haben die Preise für Baumaterialien in die Höhe getrieben. Zudem sorgt ein Mangel an Arbeitskräften infolge eines härteren Vorgehens bei der Einwanderung für höhere Baukosten. Die Stimmung unter den Bauunternehmen hatte sich einer jüngsten Umfrage zufolge im Februar weiter eingetrübt. Die Unternehmen verwiesen auf anhaltend hohe Grundstücks- und Baukosten.

Die Regierung von Präsident Donald Trump versucht, mit mehreren Maßnah-

RECHTECK



Vermieter kann das Schloss nicht einfach auswechseln

Vermieter dürfen Mieter nicht eigenmächtig aussperren, selbst wenn unklar ist, ob der Mietvertrag noch besteht. In diesem Fall tauschte ein Vermieter in Lemgo das Türschloss einer Ferienwohnung aus, während die Mieter abwesend waren. Die Urlauber standen plötzlich vor verschlossener Tür und hatten keinen Zugang mehr zur Wohnung.

Das Gericht stellte im Eilverfahren fest, dass dieses Vorgehen als verbotene Eigenmacht nach Paragraph 858 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) zu werten ist. Mieter sind Besitzer der Wohnung und genießen deshalb besonderen rechtlichen Schutz. Dieser Besitzschutz gilt unabhängig davon, ob noch ein wirksamer Mietvertrag besteht.

Selbst wenn ein Mietvertrag formell ausgelaufen sein sollte, darf ein Vermieter nicht zur Selbsthilfe greifen. Eine Räumung erfordert grundsätzlich einen gerichtlichen Titel und die Vollstreckung durch einen Gerichtsvollzieher. Das Amtsgericht Lemgo ordnete an, dass der Vermieter den Mietern sofort wieder Zutritt gewähren und alle Schlüssel aushändigen muss.

Weigert sich der Vermieter, die Schlüssel herauszugeben, darf der Gerichtsvollzieher das Schloss auf Kosten des Vermieters öffnen lassen. Ob der Mietvertrag tatsächlich noch bestand, spielte für diese Eilentscheidung keine Rolle. Die Frage nach der Berechtigung des Besitzes kann später in einem Hauptsacheverfahren geklärt werden. Das Urteil stärkt den Besitzschutz und macht klar: Aussperren ist keine zulässige Lösung, auch nicht bei vermeintlich beendetem Mietverhältnis (Amtsgericht Lemgo, Urteil vom 20. November 2025, Aktenzeichen: 18 C 369/25).

Mieter darf trotz Kündigung in der Wohnung bleiben

Eine Eigenbedarfskündigung kann auch innerhalb der eigenen Familie jahrelang ausgeschlossen sein, wenn ein Mietshaus in Wohnungseigentum aufgeteilt und anschließend übertragen wird. So hatte eine Münchner Familie ihr Mehrfamilienhaus in Wohnungseigentum aufgeteilt und übertrug die Einheiten auf eine zu diesem Zwecke gegründete Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR). Gesellschafter waren nur die Eheleute und die beiden erwachsenen Kinder.

Als die Tochter für ihre Ausbildung die vermietete Wohnung nutzen wollte, kündigte die Gesellschaft dem Mieter wegen Eigenbedarfs. Der Mieter weigerte sich auszuziehen. Der Bundesgerichtshof erkannte an, dass die Tochter die Wohnung selbst nutzen wollte, erklärte die Kündigung aber dennoch für unwirksam. Grund ist die gesetzliche Kündigungssperre nach Paragraph 577a des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB): Diese schützt Mieter, wenn Wohnraum in Wohnungseigentum umgewandelt und dann veräußert wird. Hierunter fällt auch die Einbringung von vermietetem Wohnraum in eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts. Der Erwerber darf dann für drei Jahre nicht wegen Eigenbedarfs kündigen. In Städten mit angespanntem Wohnungsmarkt wie München gilt das sogar bis zu zehn Jahre.

Das Gesetz sieht für Familiengesellschaften Ausnahmen vor. Diese gelten aber nur, wenn ein Haus als Ganzes übertragen wird, nicht bei vorheriger Aufteilung in Wohnungseigentum. Der Bundesgerichtshof lehnte eine Ausdehnung der Ausnahme ab. Der Gesetzgeber habe bewusst zwischen ungeteilten Gebäuden und Wohnungseigentum unterschieden. Wer Mieterschutzregelungen übersieht, kann Eigenbedarf trotz familiärer Nähe lange nicht durchsetzen. Für die Münchner Familie bedeutet dies, dass sie erst nach Ablauf der zehnjährigen Kündigungssperre eine abermalige Eigenbedarfskündigung aussprechen kann (Bundesgerichtshof, Urteil vom 21. Januar 2026, Aktenzeichen: VIII ZR 247/24).

Fiona Ruby ist Rechtsanwältin der Kanzlei Bethge in Hannover.

VON POLL IMMOBILIEN

Immobilienbewertung persönlich von einem Experten oder direkt online.

Vertrauen Sie dem *Experten* für Premiumimmobilien.

Als renommiertes, in Frankfurt am Main gegründetes Maklerunternehmen ist **VON POLL IMMOBILIEN** europaweit an mehr als 400 Standorten vertreten. Allein im Rhein-Main-Gebiet sind wir als Marktführer mit rund 40 Partner-Shops und über 200 qualifizierten Immobilienprofis für Sie da. Ob es um eine marktgerechte Wertermittlung oder die richtige Verkaufsstrategie geht – bei uns ist Ihr Immobilienanliegen in professionellen Händen.

Kontaktieren Sie uns gern für eine individuelle Beratung!

TELEFON: 00800 – 333 333 09

Leading REAL ESTATE COMPANIES IN THE WORLD

von Poll Immobilien GmbH | Zentrale Frankfurt
Feldbergstraße 35 | 60323 Frankfurt am Main



Großbaustelle am Potomac: Arbeiter montieren temporäre Abflussrohre, um die Reparatur einer kaputten Zentralleitung zu ermöglichen.

Foto Reuters

In Washington stinkt es zum Himmel

Ein Rohr mit 1,82 Meter Durchmesser, das Abwasser aus dem Raum des Dulles-Flughafens zu einer Kläranlage transportieren sollte, ist nordwestlich von Washington gebrochen. In der Folge flossen Schätzungen zufolge 750 Millionen bis eine Milliarde Liter fäkalienhaltiger Brühe in den Fluss Potomac. Der Rohrbruch liegt knapp einen Monat zurück – doch die Behörden können offenbar bis heute nicht vollständig verhindern, dass weiter Abwasser in den Fluss gelangt. „Es ist schlimm“, sagt ein Fachmann, der ein Projekt zur Reinigung eines Potomac-Zuflusses betreibt.

Inzwischen hat der amerikanische Präsident Donald Trump die Geduld verloren. Über sein Sprachrohr Truth Social spricht er von einem massiven ökologischen Desaster, für das demokratische Lokalpolitiker und vor allem Marylands Gouverneur Wes Moore verantwortlich seien. Moore schoss zurück: Der Präsident belüge die Öffentlichkeit; für die Leitung sei die Bundesregierung zuständig, nicht Maryland. Das betroffene Abwasserrohr liege auf Bundesgebiet.

Der Chef der US-Umweltschutzbehörde EPA, Lee Zeldin, sprach von einer Abwasserkrise historischen Ausmaßes. „Keine amerikanische Familie, keine Gemeinde und kein Gewässer sollte jemals ein derartiges Ausmaß an Umweltzerstörung erleben müssen.“ Eine Untersuchung des Potomac Riverkeeper Network (PRKN)

Im Januar zerbarst in der US-Hauptstadt ein Abwasserrohr. Große Mengen einer braunen Brühe flossen in den Potomac. Der Schaden ist nicht behoben. Jetzt macht Donald Trump Dampf.

Von Winand von Petersdorff, Washington

und von Forschern der University of Maryland hatte im Potomac hohe Konzentrationen fäkalienbedingter Bakterien und krankheitserregender Keime festgestellt.

Die Flusswächter maßen am 3. Februar E.-coli-Bakterien in einer Konzentration, die das Sicherheitslimit um das 4227-Fache überschritt. Weiter flussabwärts sinken die Werte deutlich, lagen aber weiter über den akzeptierten Grenzwerten. Weil die Messergebnisse deutlich höher waren als bei einer Probenentnahme eine Woche zuvor, vermuten die Umweltschützer, dass es nicht gelungen ist, das Rohr vollständig abzudichten. Auf einer Pressekonferenz sagten die Verantwortlichen, die Reparatur könne sich bis Mitte Mai hinziehen. Die Trinkwasserversorgung der Hauptstadt ist nach Angaben der zuständigen Stellen nicht gefährdet: Washington bezieht sein Trinkwasser zwar aus dem Potomac, doch es wird weiter flussaufwärts entnommen und über ein separates Leitungssystem zu einer Trinkwasseraufbereitungsanlage am Stadtrand geführt.

Präsident Trump erklärte, er habe Bundesbehörden angewiesen, die Reparaturarbeiten nun zu leiten. Er könne nicht zulassen, dass inkompetente lokale Führungskräfte den Fluss in eine „Desasterzone“ verwandelten. Auch die Katastrophenschutzbehörde FEMA solle eingeschaltet werden.

Wie viele von Trumps Ankündigungen tatsächlich umgesetzt werden, ist offen. Zeldin klang kooperativer als sein Chef: „Die EPA steht bereit, ist hoch motiviert und in jeder Hinsicht in der Lage, auf jede mögliche Weise zu helfen, um Präsident Trumps klaren Wunsch zu erfüllen, diese Katastrophe zu beenden.“ Die Ursachen der Havarie sind noch unklar. Die zerborstene Leitung war 65 Jahre alt. Nach einer jüngsten Inspektion kam sie auf eine Liste von Renovierungsprojekten, die noch in diesem Jahr angegangen werden sollten.

Wie schwer der Schaden für Gewässer und Umwelt ist, lässt sich derzeit nur begrenzt einschätzen. Untersuchungen lau-

fen, waren aber zuletzt erschwert, weil der Fluss teilweise zugefroren war. Erst mit dem Tauwetter können Messteams wieder in Booten hinausfahren, um Wasserqualität, Sedimente und das Flussleben zu analysieren.

DC Water, der Wasserversorger der Hauptstadt, verfolgt mit einem umfangreichen Investitionsprogramm das Ziel, den Potomac so sauber zu machen, dass die Bürger bis 2030 darin schwimmen können. Ein Vertreter des Unternehmens sagte, dieses Ziel sei trotz der Havarie nicht gefährdet. Zugleich verweisen Umweltschützer auf Fortschritte in den vergangenen Jahren: Tunnel, die bei Starkregen Mischwasser zurückhalten, hätten die Abwassereintritte in die Flüsse nach Angaben von DC Water schon drastisch reduziert.

Im Moment warnen die Behörden dennoch ausdrücklich davor, mit dem Flusswasser in Berührung zu kommen. Direkt am Ufer nimmt man einen strengen, leicht chemischen Geruch wahr. Der Potomac wird normalerweise intensiv von Wassersportlern genutzt. Aquil Abdullah, der erste afroamerikanische Ruderer im olympischen Team der USA, hat hier das Rudern gelernt. Auch zahlreiche Angler – viele von ihnen aus Lateinamerika – fischen sonst regelmäßig am Fluss. Flussabwärts befinden sich Muschelzuchtgebiete, die aber nach Angaben der Behörden noch nicht betroffen sind.

Microsoft kassiert kräftig ab

Der Bund zahlt Rekordpreis von 480 Millionen Euro

fib. FRANKFURT. Peter Ganten ist überrascht – über den Bund, über dessen Verwaltung und über die Zahlungen an den Softwareriesen Microsoft, dessen Programme auf vielen Rechnern dort laufen. „Wir sehen mit Erstaunen, dass sich die Bundesverwaltung scheinbar wehrlos der Marktmacht von Microsoft ergibt“, schreibt der Vorstandsvorsitzende der Open Source Business Alliance (OSBA). „Eine Kostensteigerung um 38 Prozent in nur einem Jahr zeigt, wie riskant die Abhängigkeit von einem einzelnen Anbieter ist.“

Die OSBA ist der führende Branchenverband der Open-Source-Industrie in Deutschland. Er setzt sich für digitale Souveränität, offene Standards und den Einsatz von sogenannter Open-Source-Software ein. Nach einer Anfrage der Bundestagsabgeordneten Rebecca Lenhard, Bündnis 90/Die Grünen, an die Bundesregierung kam nun heraus, dass sich die Kosten für die Microsoft-Lizenzen in den vergangenen vier Jahren mehr als verdoppelten. Hatten die Amerikaner

im Rahmen der bestehenden Rahmenverträge 2022 noch 200 Millionen Euro für ihre Dienste und Programme kassiert, stand auf ihrer Rechnung für 2025 der Betrag von 481 Millionen Euro. 2024 seien es 347 Millionen Euro gewesen, 2023 374 Millionen Euro. Diese Entwicklung zeigt, dass der Staat bei all dem Gerede seiner führenden Vertreter um „Unabhängigkeit“ und „digitale Souveränität“ sich ohne Not in eine Position manövriert hat, in der er die Preispolitik von Microsoft offenbar tolerieren muss.

„Die Preise werden weiter steigen und weitere Steuergelder verschlingen“, erklärte Ganten. „Hinzu kommen schwerwiegende Sicherheitsrisiken: Erhebliche Mengen von Daten der Bundesverwaltung sind nicht vor der Willkür der amerikanischen Regierung geschützt.“ Dabei gibt es in Deutschland zahlreiche Unternehmen, Projekte und Initiativen, die durchaus gleichwertige Produkte anbieten könnten. Allein die Unternehmen fallen bei der Auftragsvergabe unter den Tisch.

Kindergeld künftig ohne Antrag

Klingbeil: Wegfall von „unnötigem Papierkram“

epd. BERLIN. Das Kindergeld soll künftig ohne vorherige Beantragung ausbezahlt werden. Voraussichtlich von März 2027 an soll dies für neugeborene Kinder möglich sein, bei denen die Eltern für älteren Nachwuchs bereits Kindergeld bekommen, wie am Donnerstag aus dem Bundesfinanzministerium verlautete. Ab November nächsten Jahres soll der Kindergeldantrag demnach auch für Erstgeborene wegfallen.

Funktionieren soll das durch eine bessere Organisation auf Behördenebene. Bereits heute erfährt das Bundeszentralamt für Steuern von den Meldebehörden, wenn die Geburt eines Kindes angemeldet wurde. Das Amt vergibt dann eine Steuer-ID für das Neugeborene und reicht sie an die Familienkasse der Bundesagentur für Arbeit weiter. Diese ist dafür zuständig, den Anspruch auf Kindergeld zu prüfen und es auszuzahlen.

Künftig soll die Familienkasse das Geld automatisch überweisen, sofern ihr die IBAN eines Elternteils bekannt ist, etwa aus früheren Kindergeldzahlungen

oder vom Steuer-Zentralamt. Liegen Kontodaten von beiden Elternteilen vor, bekommt demnach die Mutter das Kindergeld – das können die Eltern später ändern lassen, wie es aus dem Finanzministerium weiter hieß. Nur wenn gar keine IBAN vorhanden ist, werden die Eltern demnach kontaktiert und müssen ihre Daten vervollständigen, um Kindergeld zu bekommen. Auch wenn andere Daten fehlen, ist weiter ein Austausch mit dem Amt erforderlich.

Bundesfinanzminister Lars Klingbeil (SPD) erklärte, mit den Neuerungen könnten Eltern „nach der Geburt voll und ganz für ihr Baby da sein, statt sich mit unnötigem Papierkram herumzuschlagen“. Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas (SPD) verwies darauf, dass die Sozialstaatskommission die automatische Auszahlung von Sozialleistungen angeregt hatte. Das antragslose Kindergeld werde jetzt als erste Maßnahme auf den Weg gebracht. Im Jahr könnten dadurch etwa 300.000 Erstanträge auf Kindergeld entfallen.

Marktmacht großer Stromerzeuger gestiegen

Kartellamt blickt kritisch auf RWE, LEAG und ENBW und fordert Folgen für Gaskraftwerk-Ausschreibungen

nab. DÜSSELDORF. Das Bundeskartellamt ist der Auffassung, dass die Marktmacht der führenden deutschen Stromerzeuger RWE, LEAG und ENBW „deutlich gestiegen“ ist. Das teilte die Bonner Behörde am Donnerstag mit. Das Amt berief sich auf seinen neuen „sechsten Bericht über die Wettbewerbsverhältnisse bei der Erzeugung elektrischer Energie“. Die Marktmacht der drei führenden Unternehmen habe „erheblich zugenommen“, sagte Kartellamtspräsident Andreas Mundt und forderte, dies auch bei den Ausschreibungen für neue Gaskraftwerke zu berücksichtigen.

Mundt stellte einen direkten Bezug zur Energiewende her. Zahlreiche steuerbare Kraftwerke – also solche, die nicht von Wetterverhältnissen wie Wind und Sonne abhängen – seien Anfang 2024 aus dem Markt genommen worden. Der Untersuchungszeitraum des Marktberichts reicht vom 1. Mai 2024 bis zum 30. April 2025 und wirft

somit ein Schlaglicht auf die unmittelbaren Auswirkungen.

„Bei insgesamt knapperen Kapazitäten werden die verbleibenden Kraftwerke häufiger unverzichtbar für die Deckung der Nachfrage“, erläuterte Mundt. Schon bei niedrigen Marktanteilen könnten Kraftwerksbetreiber die Marktpreise stark beeinflussen. Deshalb gucken sich die Wettbewerbschüter an, wie oft ein Stromerzeuger unverzichtbar für die Deckung der Stromnachfrage ist. Es spreche für eine marktbeherrschende Stellung, wenn dies häufiger als in fünf Prozent der Jahresstunden der Fall sei. „Nach den aktuellen Ergebnissen des Marktberichts liegt RWE deutlich über dieser Schwelle“, heißt es vom Kartellamt.

Auch für LEAG stellte das Kartellamt Werte oberhalb der Vermutungsschwelle fest. „Die Werte für ENBW liegen in der Nähe der Schwelle, überschreiten sie jedoch nicht“, schreiben die Wettbewerbschüter. Das mögliche Bestehen

einer marktbeherrschenden Stellung habe rechtliche Konsequenzen, so dürften marktbeherrschende Kraftwerksbetreiber keine Erzeugungskapazitäten gezielt zurückhalten, um dadurch den Preis in die Höhe zu treiben.

Eine schnelle Entspannung der Marktverhältnisse sieht das Kartellamt nicht kommen. Nachdem Anfang 2024 die planmäßige Reaktivierung von Reservekraftwerken endete, sei Deutschland nun zurück auf seinem ursprünglichen Weg zum Kohleausstieg. Daran könnten auch die von der Bundesregierung angekündigten Ausschreibungen für den geförderten Neubau steuerbarer Gaskraftwerke zunächst nichts ändern, argumentieren die Wettbewerbschüter. Denn: Die neuen Kraftwerke müssen ja erst einmal gebaut werden und sind frühestens in einigen Jahren in der Lage, das Angebot spürbar zu vergrößern.

Zudem ist aus Sicht des Kartellamts für die wettbewerblichen Auswirkungen ent-

scheidend, welche Unternehmen die neuen Kraftwerke betreiben. „Die Ausschreibungen sollten daher gezielt dazu genutzt werden, bestehende Marktmacht abzubauen“, forderte Mundt. „Um die Anbietervielfalt zu sichern, wäre es sinnvoll, den Zuschlag je Bieter auf zehn Prozent der insgesamt ausgeschriebenen Kapazität zu begrenzen“, schlägt er vor. Mehr Wettbewerb auf den Stromerzeugungsmärkten zahle sich aus und führe zu niedrigeren Strompreisen für die Verbraucher.

Vor dem Hintergrund der steigenden Marktmacht großer Stromkonzerne bewertet der Bericht des Kartellamts auch Überlegungen zu einer Aufteilung der einheitlichen deutsch-luxemburgischen Stromgebotszone kritisch. Denn je kleiner die potentiellen Preiszonen, desto marktmächtiger würden theoretisch wettbewerbsstarke Unternehmen; im Extremfall drohen sie gar, zum einzigen Anbieter steuerbarer Kapazitäten in einer der Zonen zu werden.

BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER

Deutschlands demographischer Absturz

„Mehr Kinder braucht das Land“: So lautet die Überschrift zu Ihrem Titelfoto in der Ausgabe vom 7. Februar. Wie bitter, dass dieser Appell, von Präsident Macron unmissverständlich als „demographische Aufrüstung“ bezeichnet, offenbar nur für Frankreich gelten soll. Nach vielen Jahren eines „Geburtenwunders“, wie es die Autorin Michaela Wiegell beschreibt, ist Frankreich innerhalb kurzer Zeit auf ein Geburtentief von 1,67 gefallen. Die politische Reaktion darauf ist eindeutig: Mit einem neuen Maßnahmenpaket soll die Geburtenrate wieder in Richtung Bestandserhalt gelenkt werden. Frankreich hat das Problem erkannt – und handelt.

Ganz anders Deutschland. Hier wird ein seit 1972 anhaltender Geburtenschwund bis heute weitgehend verharmlöst, obwohl die Geburtenrate inzwischen bei fatal niedrigen 1,34 liegt. Was sich hierzulande seit Jahrzehnten vollzieht, ist kein statistischer Ausreißer, sondern ein demographischer Absturz mit absehbaren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen. Dabei ist Deutschland keineswegs ein Sonderfall. In vielen Ländern der Welt sinken die Geburtenzahlen. Der Unterschied: Die meisten Regierungen haben darauf längst mit einer klar bevölkerungsorientierten Politik reagiert wie Frankreichs Präsident Macron.

Im Koalitionsvertrag der Regierung Merz hingegen taucht das Politikfeld

Demographie lediglich in einem Nebensatz auf. Angesichts der dramatischen Folgen eines weiteren rasanten Geburtenschwunds drängt sich die Frage auf, was die Regierung davon abhält, nach dem Vorbild Macrons einen Paradigmenwechsel in der Familienpolitik zu wagen. Ihr bleibt nur wenig Zeit, wenn es nicht bereits zu spät ist.

KARL-HEINZ VAN LIER, NIERSTEIN

Déjà-vu Brexit

Zum Leitartikel „Verhängnisvoller Schulterschluss“ von Philip Eppelsheim (F.A.Z. vom 9. Februar): Über die Motivation, warum Bürger die AfD wählen, gibt es viele Erhebungen und Diskussion. Der Leitartikel von Herrn Eppelsheim impliziert, dass viele Wähler der AfD nicht wissen, was sie wählen werden, wenn sie bei der AfD ihr Kreuz machen. Er empfiehlt ihnen, einen „kurzen Blick in ihr Regierungsprogramm“ zu werfen. Ich bin jedoch überzeugt, dass die Wähler der AfD sehr wohl sehen, wie die Partei „die Republik verändern will“. Was viele jedoch nicht erkennen – oder bewusst ausblenden –, sind die mittel- und langfristigen Konsequenzen dieser Politik. Mein Déjà-vu: Brexit!

HARALD SCHULZ, KIEL

Entgrenzter Umgang mit Kindern

Zu dem Artikel „Aufstand gegen die soziale Seuche“ (F.A.Z. vom 14. Februar): Eine staatliche Regulierung der jugendlichen Nutzung digitaler Medien (und nicht nur ihrer sozialen Netzwerke) ist längst überfällig. Die gesundheitlichen Risiken und die Auswirkungen auf die seelische Entwicklung gerade Minderjähriger sind längst nicht mehr nur umgangssprachlich bekannt, sondern auch fachlich erwiesen.

Auf keinem reellen Marktplatz würde man den Marktbetreibern einen dermaßen entgrenzten Umgang mit unseren Kindern erlauben wie auf dem des weltweiten Netzes. Seine Produkte indes müssen heute nicht mehr aufgeschaut werden: Sie bahnen sich geradezu ungehemmt ihren Weg in die Wohn- und Kinderzimmer unserer Familien, während die Anbieter sich die eigenen Kosten für angemessenen Jugendschutz sparen und diesen den Eltern ihrer jungen Kunden überlassen. Für mich als Vater von vier Kindern ist es geradezu grotesk, mit welcher Gleichgültigkeit man das Leben unserer Jugend dermaßen konsumorientiert und gewalttöten unter dem Deckmantel falsch verstandener Toleranz und „Meinungsfreiheit“ von der Realität ihres wirklichen Kindseins entfremdet. Jetzt soll erst einmal eine Expertenkommission das längst bekannte Übel erfassen, wie der Beitrag erklärt, und ausgerechnet das Prinzip des Datenschutzes könnte einer Reglementierung dieser aufgezwungenen Veröffentlichung jugendlicher Biographien im Wege stehen!

Ohne eine staatliche Regulierung jedoch, mit einer nur individuell elterlich durchzusetzenden Steuerung der Nutzung der digitalen Welt also, befinden sich die meisten Eltern in einer Zwickmühle: Das Kind vor dem Einfluss des Internets schützen zu wollen, absorbiert nicht nur jede Woche Stunden ihrer Aufmerksamkeit; eine allzu konsequente Restriktion kann aufgrund

der ungeregelten und ubiquitär geforderten Verfügbarkeit von digitalen Medien auch zu einer sozialen Isolation des Kindes führen. Und dass die Eltern selber dafür noch hinreichend Medienkompetenz einbringen können, kann in der so beschleunigten Welt immer KI-gesteuerten digitalen Technik einer weniger gewährleistet werden.

Dass unsere demokratische Gesellschaft trotz einer großen Mehrheit ihrer Eltern und der Sorge um die schulischen und seelischen Entwicklungen ihrer Kinder nicht in der Lage ist, ohne eine langwierige Expertenkommission und vorbehaltlich der juristischen Machbarkeit oder der Hürden des Datenschutzes hierauf eine klare und zeitnahe regulative Antwort zu finden, macht mich wirklich fassungslos. Im Gegenteil laden die Bildungsministerien nun Apple und Co. in unsere Schulen ein. Jedoch sollen nicht die Länder, sondern die Eltern die „Schul-Tablets“ für ihre Kinder erwerben – wohl damit es für den Staat nicht zu teuer wird. Für dieses aufgezwungene Eigentum indes wird auch hier wieder jener Datenschutz und die besagte „Meinungsfreiheit“ gelten müssen, die unseren Kindern ihren entgrenzten Zugang ins Netz nahen werden – wenn ihre Eltern nicht erneut, etwa während der Hausaufgaben, durchgehend auf die korrekte Nutzung der neuen Geräte achten.

Da wir uns aber anscheinend nicht nur vor unseren eigenen Gesetzen fürchten müssen, sondern unsere Maßnahmen darüber hinaus wohl noch vom zu erwartenden Zorn des amerikanischen Präsidenten leiten lassen, wie in dem Artikel angedeutet, rechtfertigt dies dann zumindest eine weitere Verzögerung der erforderlichen Regulierung durch den vorgeschobenen Einsatz einer im Grunde überflüssigen Expertenkommission.

PROFESSOR DR. MED. WOLFGANG EIRUND, WIESBADEN

Was die schwäbische Hausfrau empfiehlt

Zu dem Artikel „Klima-Kult“ in der F.A.Z. vom 17. Februar: Niemand kann ernsthaft die Veränderungen des Klimas abstreiten. Weil es aber ein ernstes Thema ist, sollte man – auch am Faschingsdienstag – nicht leichtsinnig mit mathematischen beziehungsweise geometrischen Fakten umgehen. Ein Würfel mit einem Volumen von 200 bis 300 Kubikmeter hat eine Kantenlänge von rund 5,9 bis 6,7 Kilometer. Nebenbei: Wenn das Abtauen des Kühlschranks zu so

einem Großprojekt wird, dann hat man ein bisschen was falsch gemacht. Der Energieaufwand, der zum Auftauen erforderlich war, wurde vorher zur Bildung des Eisblocks hineingesteckt. Jede schwäbische Hausfrau empfiehlt, den Kühlschrank regelmäßig abzutauen, wenn der das nicht selbständig tut. Einfach deshalb, weil der Kühlschrank sonst einen Haufen Energie umsonst verbraucht.

KLAUS SCHÄFER, DITZINGEN

Eisblock ins heiße Badewasser

Ihrem Autor Edo Reents sei Dank für seine praktischen Hinweise zu den normalen Küchen-/Haushaltsarbeiten („Klima-Kult“, F.A.Z. vom 17. Februar). Früher hätte Mann sagen können, Kühlschrank sei in erster Linie Sache der Hausfrau.

Inzwischen gibt es auch eine immer größer werdende Zahl von Hausmännern. Und die müssen sich auch um das Enteisen des Eisfaches, des dritten, kümmern. Und wenn es der Hausmann nur am wütenden Piepsen des Kühlschranks merkt. Mir ist das schon passiert. Ich habe dann auch die Tiefkühlabteilung geprüft und den vereisten Block im Eisfach entdeckt. Nahm das Eisfach aus dem Kühl-

schränk (immerhin circa sieben Kilo Eis.) Dachte auch an ein großes, heißes Brotmesser. Brachte das Eisfach dann jedoch ins Bad. Stellte es in die Badewanne (Duschkabine geht auch) und benutzte die Handdusche, Stellung auf: sehr heiß. Nach einer gewissen Zeit verschwand der Eisblock – ohne Überschwemmung. Funktioniert auch ohne Handdusche, wenn man den Eisblock einfach schmelzen lässt. Morgens beim Zähneputzen ist er weg.

Nein, dieser Hinweis hat nichts mit der ICE-Abteilung der Vereinigten Staaten zu tun.

DR. WULFF BICKENBACH, MEERBUSCH

MENSCHEN UND WIRTSCHAFT

Vom Kaufmann zum Porzellan-Mäzen

Vor zwanzig Jahren rettete Jörg Woltmann die Königliche Porzellan-Manufaktur Berlin vor der Insolvenz. Jetzt stellt er die Weichen für die Zukunft von KPM.

Im reich dekorierten Büro von Jörg Woltmann steht neben großen Büsten von Friedrich dem Großen und Frédéric Chopin aus Porzellan auch eine kleine Porzellanfigur von Jörg Woltmann. Es ist ein Geschenk der heute etwa 240 Beschäftigten der Königlichen Porzellan-Manufaktur Berlin (KPM), die der Kaufmann und Bankier vor zwanzig Jahren vor der Insolvenz gerettet hat. „Eines wollte ich nie haben: ein produzierendes Unternehmen“, sagt Woltmann zur Übernahme des ältesten produzierenden Gewerbes in Berlin.

Bereut hat er seinen Einstieg bei KPM im Februar 2006 trotzdem nie. „Was ich mache, ist der Erhalt eines Kulturgutes, das ist Mäzenatentum“, sagt der 79 Jahre alte Unternehmer, der neben der Porzellan-Manufaktur auch zwei Hotels betreibt, eines davon das KPM Hotel im Berliner Stadtteil Tiergarten, angrenzend an das Gelände der Porzellan-Manufaktur. Sein Bankhaus, die Allgemeine Beamten Bank, mit deren Gewinnen er das Engagement bei der KPM finanzierte, hat er mittlerweile verkauft. „Es gibt in Berlin kein schöneres Unternehmen als die KPM“, sagt Woltmann.

Dass das Porzellan mit dem königlichen Zepter aus dem kurfürstlich-brandenburgischen Wappen als Markenzeichen etwas ganz Besonderes ist, wusste

Woltmann schon als Kind. Denn immer sonntags, wenn zu Hause in Berlin Moabit von KPM-Porzellan gegessen wurde, deckten die Erwachsenen allein den Tisch. Nachdem Woltmann mit 28 Jahren sein erstes Unternehmen verkauft hatte – einen Autohandel, den er neben der Banklehre und dem Betriebswirtschaftsstudium aufgebaut hatte –, leistete er sich deshalb drei Dinge: „Ein sehr schönes Auto, eine sehr schöne Uhr und mein KPM-Porzellan. Kurland weiß für acht Personen komplett.“

Das Tafelservice, das 1790 vom Herzog von Kurland in Auftrag gegeben wurde, gilt immer noch als das bekannteste und beliebteste Geschirr von KPM. Heute hat Woltmann eine ganze Sammlung von sehr schönen Autos in der Garage und auch viele sehr schöne Uhren zur Hand, aber immer noch das gleiche Tafelservice im Schrank. „Genau das ist auch ein Problem“, sagt er über die Beständigkeit von KPM und die damit verbundenen Herausforderungen. „Wir müssen immer wieder neue Kunden finden“, sagt er. Das geht nur mit neuen Designs.

Vor wenigen Tagen hat KPM eine schwarze Version des klassischen Kurland-Tafelservice vorgestellt. Aber auch für Porzellan im Jugendstil, für Bauhaus und Neue Sachlichkeit ist KPM bekannt. Mit der Serie „Lab Berlin“ knüpft das



Jörg Woltmann

Foto Andreas Pein

Unternehmen an die ehemalige Produktion von Laborporzellan an. „KPM to go“ soll vor allem Jüngere ansprechen.

Seit 2018 gibt es einen Porzellanbecher im gut zweihundertdreißig Jahre alten Kurland-Design für den Kaffee zum Mitnehmen. Mehr als 60.000 Stück davon wurden schon verkauft. „Damit schafft man den Einstieg in die KPM-Welt für etwas mehr als hundert Euro“, sagt Woltmann über eines der erfolgreichsten Produkte in der Geschichte der Manufaktur.

Gleich am Beginn dieser Geschichte steht eine wirtschaftliche Schiefelage. Denn als Friedrich der Große im Jahr 1763 die Porzellan-Manufaktur des Berliner Kaufmanns Johann Ernst Gotzkowsky kauft, rettet er den Betrieb vor dem Bankrott. Der preußische König denkt dabei auch an das Prestige seines Hofes, der damals in Sachen Porzellan im Schatten des Kurfürsten von Sachsen steht. Sieben Könige und Kaiser führten seither die Königliche Porzellan-Manufaktur.

Mit dem Ende der Monarchie wurde sie 1918 zur Staatlichen Porzellan-Manufaktur, die Marke KPM blieb aber erhalten.

Mit Berlin als Eigentümerin häuft der Betrieb bald Verluste auf. Als sich das Land 2004 von dem defizitären Unternehmen trennt, übernimmt ein Konsortium um einen Urenkel des letzten deutschen Kaisers KPM. Woltmann hilft mit seiner Bank bei der Finanzierung. Doch die Sanierung scheitert, und der Bankier springt kurz entschlossen als Eigentümer ein, um die Insolvenz und einen Verkauf ins Ausland zu verhindern.

Die Manufaktur hat er zu diesem Zeitpunkt noch nicht von innen gesehen, die Zahlen aber schon: Im ersten Geschäftsjahr nach der Übernahme steht einem Umsatz von gut acht Millionen Euro ein Verlust von mehr als zwei Millionen Euro gegenüber. Der Umsatz von KPM ist seither auf mehr als zwölf Millionen Euro gestiegen, der Betrieb macht weiter Verlust. Anders als in Meissen, Fürstenberg oder Nymphenburg trägt die Fehlbeträge der Manufaktur nicht die öffentliche Hand.

„Um die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft sicherzustellen, hat die Gesellschafterin die Restrukturierungs- und Sanierungsvereinbarung mit einem Rangrücktritt über 4,6 Millionen Euro sowie einer Finanzierungsusage über drei Millionen Euro verlängert“, heißt es zur Fortführungsprognose im jüngsten veröffentlichten Geschäftsbericht von KPM. Heißt im Klartext: Woltmann bezahlt als Eigentümer für seine Porzellan-Manufaktur immer weiter.

Kunsthandwerk ist arbeitsintensiv und an einem Standort wie Berlin besonders teuer. Eine weiße Tasse von KPM geht in der Produktion durch 25 Hände. Die Qualität wird zehnmal geprüft. Die Herstellung dauert 14 Tage. Eine Verlagerung der Produktion ins Ausland schließt Woltmann dennoch aus. „Ich habe für mich entschlossen, dieses Unternehmen so zu erhalten, wie es ist“, sagt er.

Seine Familie habe die Entscheidung für die Übernahme von KPM immer mitgetragen, sagt Woltmann. Andere suchten nach Erklärungen für den Einstieg des erfolgreichen Bankkaufmanns in das verlustreiche Geschäft. „Wenn der Jörg das Licht am Ende des Tunnels sieht, kauft er sich einfach noch ein Stück Tunnel dazu“, kommentierte sein langjähriger Geschäftspartner und väterlicher Freund Siegfried Stange. Mit ihm hatte

Woltmann 1974 eine Finanzberatung und später auch die Bank gegründet, deren Erfolg den Kauf der KPM ermöglichte.

Ein Jahr nach der Übernahme von KPM wurde Woltmann als Unternehmer des Jahres in seiner Geburts- und Heimatstadt Berlin ausgezeichnet. Es folgte 2011 das Bundesverdienstkreuz am Bande der Bundesrepublik Deutschland und 2015 die Auszeichnung mit dem Verdienstorden des Landes Berlin, auf den Woltmann besonders stolz ist. „Seit ich die Manufaktur habe, weiß ich, dass Geld nicht glücklich macht“, sagt er.

Nach dem Verkauf der Allgemeinen Beamten Bank, die 2024 von der Berliner Volksbank übernommen wurde, geht Woltmann jetzt daran, die Weichen für die KPM zu stellen. Mit der Arbeit aufhören will er nicht. Woltmann geht jeden Tag ins Büro und besucht mehrmals wöchentlich die Produktion. Die Nachfolgeregelung will er dennoch in den nächsten drei bis fünf Jahren klären. Am liebsten wäre ihm, wenn Tochter Sandra-Sophie die Manufaktur in die Zukunft führt.

„Das ist der Wunsch jedes Unternehmers, es muss aber auch möglich sein“, sagt Woltmann, den die Diskussion über die Erbschaftsteuer umtreibt. Würden die Pläne der SPD umgesetzt, würde das die Nachfolge an der Spitze von KPM innerhalb der Familie erschweren, sagt er. „Ich habe nichts gegen Erbschaftsteuern auf Privatvermögen, aber eine Erbschaftsteuer auf Betriebsvermögen wäre ein harter Schlag für den Standort.“

Um die Zukunft der Porzellan-Manufaktur zu sichern, wünscht sich Woltmann auch die Unterstützung des Landes Berlin. Dazu hat er 2017 eine Stiftung gegründet, in die Aufgaben zum Erhalt des Kulturgutes KPM ausgelagert werden. Geht es nach den Vorstellungen des Unternehmers, sollte sich das Land an diesen Aufgaben beteiligen, nicht aber an den Kosten der Produktion.

Auch die Pflege des mehr als 260 Jahre zurückreichenden Formenarchivs der Porzellan-Manufaktur könnte eine Aufgabe der Stiftung im Rahmen der Erhaltung des Kulturgutes KPM sein. Die Gipsform für die kleine Porzellanfigur von Jörg Woltmann, die er als damals neuer Eigentümer der Königlichen Porzellan-Manufaktur von den Beschäftigten zu seinem 60. Geburtstag im Februar 2007 geschenkt bekam, gehört ebenfalls dazu.

STEFAN PARAVICINI

Bill Gates sagt Rede auf KI-Gipfel ab

Mitgründer von Microsoft reagiert offenbar auf Berichte im Epstein-Skandal

dpa. NEU DELHI. Nach jüngsten Veröffentlichungen von Akten im Fall des Sexualstraftäters Jeffrey Epstein hat Microsoft-Mitgründer Bill Gates einen Auftritt beim KI-Gipfel in Indien abgesagt. Nach sorgfältiger Überlegung und um sicherzustellen, dass der Fokus auf den zentralen Prioritäten des Gipfels läge, werde Gates bei dem Treffen seine Keynote-Rede nicht halten, hieß es von der Gates Foundation in Indien auf der Plattform X. Genaue Gründe nannte die Stiftung auch auf Anfrage zunächst nicht. Die Gates Foundation werde durch den Präsidenten der Büros in Afrika und Indien, Ankur Vora, vertreten.

Medienberichten nach hatte die Rede von Gates für heute auf dem Programm des mehrtägigen Treffens von Regierungschefs verschiedener Staaten und einflussreichen Größen der Tech-

und KI-Industrie gestanden. Gates kommt in jüngsten Veröffentlichungen in Akten vor, die das US-Justizministerium Anfang Februar zum Fall Epstein veröffentlicht hat. Dort findet sich auch ein E-Mail-Entwurf aus dem Jahr 2013, der im Konto Epsteins gespeichert war und sich offenbar an Gates richtet.

Der Entwurf thematisiert Spannungen zwischen Gates und seiner damaligen Ehefrau sowie gescheiterte Geschäftsbeziehungen. Zudem enthält er unbelegte Vorwürfe persönlicher Natur – darunter den Hinweis, Gates habe Epstein gebeten, E-Mails zu löschen, die sich auf eine mögliche Geschlechtskrankheit sowie intime Details bezogen hätten. Belege dafür gibt es nicht. Die reine Nennung oder Abbildung in den Epstein-Akten ist kein Hinweis auf ein Fehlverhalten.

Gates wies die Vorwürfe im Sender 9News zurück. Epstein habe offenbar eine E-Mail an sich selbst geschrieben, die nie verschickt worden sei. Er wisse nicht, was sich Epstein dabei gedacht habe, sagte Gates und warf dabei die Frage auf, ob Epstein versucht habe, ihm zu schaden. Treffen mit Epstein bezeichnete er als Fehler. „Es war dumm von mir, Zeit mit ihm zu verbringen“, sagte Gates. „Ich bin einer von vielen, die es bereuen, ihn jemals kennengelernt zu haben.“

Regierungs- und Unternehmensvertreter aus aller Welt diskutieren noch bis Freitag in Neu Delhi über die realen Auswirkungen Künstlicher Intelligenz. Neben Staats- und Regierungschefs haben sich auch Topvertreter aus der Branche angekündigt, wie Open-AI-Chef Sam Altman und Alphabet-Chef Sundar Pichai.

Deutsches Putenfleisch, britischer Art

Ein Milliardär übernimmt Heidemark, den größten deutschen Putenschlachter

joja. DÜSSELDORF. Der Name Heidemark alleine kann wenigen Menschen etwas sagen, aber wer schon einmal Putenfleisch im Supermarkt gekauft hat, wird mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Produkt des Familienunternehmens aus dem niedersächsischen Ahlhorn im Einkaufswagen gehabt haben. Gut 50 Prozent Marktanteil hat Heidemark, was sich in eine Jahreskapazität von rund 200 Millionen Kilogramm Putenfleisch im Jahr übersetzt. 2300 Mitarbeiter arbeiten für das Unternehmen an fünf Standorten, sie erwirtschaften rund 760 Millionen Euro Umsatz im Jahr.

Die seit drei Generationen dahinter stehende Familie Kalvelage verabschiedet sich jetzt aber aus dem Geschäft. Damit kommt es in der Lebensmittelbranche zu einer weiteren Konsolidierung. Wie das Unternehmen am Donnerstag mitteilte, wird das Boparan Private Office neuer Eigentümer von Heidemark. Das Unternehmen, hinter dem der britische Milliardär Ranjit Boparan steht, will den deutschen Putenproduzenten in eine Tochtergesellschaft eingliedern, die Storteboom Food Group. Die wiederum sitzt in den Niederlanden und ist bislang vor allem auf Hähnchen spezialisiert. 4,3 Millionen Hähnchen pro Woche werden von rund 3500 Mitarbeitern an neun Standorten in Europa verarbeitet – aber bislang eben nicht in Deutschland. Die Storteboom Food Group setzt etwas mehr als 1,2 Milliarden Euro um, die gesamte Boparan Gruppe, zu der noch weitere britische Lebensmittelhersteller gehö-

ren, kommt auf Erlöse von mehr als fünf Milliarden Euro.

Der Konsolidierungstrend ist auf dem Lebensmittelmarkt seit einiger Zeit sichtbar, ob bei Milch oder Fleisch. Während aber der Verzehr von Schwein sinkt, stagnierte das Geschäft mit Putenfleisch. Hähnchenfleisch wird jedoch jedes Jahr mehr gegessen. Auch Heidemark ist in das Geschäft eingestiegen und hat sich vom reinen Putenproduzenten zu einem breiter aufgestellten Geflügelspezialisten entwickelt.

Allerdings soll das Interesse der Familie daran, das Geschäft selbst zu internationalisieren und zu vergrößern, überschaubar gewesen sein. Deshalb war auch bei Heidemark im Markt schon seit längerer Zeit über einen Verkauf spekuliert worden, vor allem seitdem im Februar 2025 mit Andres Ruff ein familienfremder Manager die Geschäftsleitung übernahm. Ruff kam vom Schweinefleischriesen Tönnies, er wurde auch geholt, um die Umsätze über die Milliardenmarke zu heben. „Wenn es uns gelingt, vom Puten-Spezialisten zum schlagkräftigen Geflügel-Vermarkter zu werden, dann war der Einstieg für mich ein Erfolg“, sagte der Manager im vergangenen Jahr der Lebensmittelzeitung zu seiner eigenen Motivation. Er hat jedenfalls noch nicht genug: Ruff soll auch nach der Übernahme im Amt bleiben, hieß es in der Mitteilung.

Auch an der Aufstellung des Unternehmens soll sich vorerst nichts ändern: „Die aktuellen Standorte von Heidemark werden beibehalten, während wir

gleichzeitig weitere Investitionen planen“, ließ sich Ruff in der Unternehmensmitteilung zitieren. Das war offenbar für die Eigentümerfamilie auch ein wichtiger Grund im Verkauf. Zumindest vertraut Christopher Kalvelage auf den „familienunternehmerischen Geist“ des Käufers: „Die Zusage, dass alle Mitarbeitenden ihre Arbeitsplätze behalten und das Management an Bord bleibt, war uns sehr wichtig. Auch die Perspektiven des neuen Besitzers haben uns, die Familie Kalvelage, sehr überzeugt.“ Der Käufer Boparan drückte in der Mitteilung seinen „großen Respekt“ vor dem Heidemark-Geschäft aus. Man könne in den kommenden Jahren viel voneinander lernen.

Der 59 Jahre alte Boparan, der in britischen Medien oft als „Chicken King“ bezeichnet wird, stammt aus den West Midlands in der Region Birmingham. Er hat sein Geschäft, das vor allem für die 2 Sisters Food Group bekannt ist, Anfang der Neunzigerjahre aufgebaut. Nach der aktuellen Reichenliste der „Sunday Times“ soll das Vermögen der Familie im letzten Jahr von 750 Millionen Pfund auf mehr als eine Milliarde Pfund angewachsen sein. Zum Kaufpreis von Heidemark machten die Unternehmen am Donnerstag keine Angaben. Aber Geldsorgen dürften auch die deutsche Gründerfamilie nicht plagen: Was 1965 mit einer Futtermühle begann, ist heute Europas größter Putenproduzent. Genehmigt werden muss die Transaktion noch von der Europäischen Kommission.

Frankfurter Allgemeine

Konferenzen

KI Business Akademie

Präsenzkurs am 5.3.2026

F.A.Z. Tower Frankfurt am Main

Generative KI und Prompt Engineering für Finance Professionals: CFOs, Treasurer und Controlling

Dieser Präsenz-Kurs vermittelt Ihnen fundiertes Know-how im Bereich generativer KI mit Schwerpunkt auf professionellem Prompt-Engineering für CFOs, Finance und Controlling. Sie lernen praxisnah, wie Sie moderne Sprachmodelle wie ChatGPT zur strategischen Steuerung, Analyse und Optimierung finanzwirtschaftlicher Prozesse einsetzen und dabei regulatorische Anforderungen sicher erfüllen.

Die Schulung behandelt konkrete Anwendungsfälle wie Unternehmensbewertung, Forecasting und Finanzberichtscommentierung sowie Corporate Finance, M&A und Investor Relations. In interaktiven Übungen erstellen Sie eigene Prompts für komplexe Analysen und Szenarien und vertiefen Ihr Wissen zu kritischen Erfolgsfaktoren, typischen Fehlern sowie Datenintegration und Datenschutz (DSGVO, EU AI Act).

Ihr Kursleiter:

Hamidreza Hosseini
Founder & CEO,
ECODYNAMICS und
Dozent, WHU

In Kooperation mit

ECODYNAMICS

Entdecken Sie jetzt unsere Online- und Präsenzkurse!



Weist die Vorwürfe zurück: Mark Zuckerberg, Vorstandschef von Meta, verlässt das Gerichtsgebäude in Los Angeles.

Foto Reuters

Zuckerberg verteidigt Meta

Der Meta-Chef sagt vor Gericht in Los Angeles aus. In dem Prozess geht es um die Suchtgefahren von Plattformen wie Instagram für junge Menschen.

Von Roland Lindner, New York

In dem viel beachteten Prozess um die Suchtgefahr sozialer Medien für junge Menschen hat am Mittwoch in Los Angeles Mark Zuckerberg ausgesagt. Der Vorstandschef von Meta verteidigte dabei seine Plattformen wie Instagram und Facebook. Er wies den Vorwurf zurück, dass es sich bei ihnen um schädliche Produkte handle und Meta das Ziel verfolge, seine Nutzer süchtig zu machen. Er gab allerdings auch zu, dass Instagram Nutzer habe, die unter dem Mindestalter von 13 Jahren liegen und bei der Anmeldung falsche Angaben machen.

Der Auftritt von Zuckerberg ist mit Spannung erwartet worden. Der Meta-Chef ist der mit Abstand prominenteste Zeuge in dem Prozess, der sich sowohl gegen sein Unternehmen als auch gegen Google richtet, den Eigentümer der Videoplattform Youtube. Das Gerichtsverfahren ist das erste seiner Art in den USA und wohl auch das erste von vielen. Es gibt mehrere Tausend vergleichbare Klagen, die sich um die Gefahren von Onlineplattformen für Heranwachsende drehen. Sie wurden von einzelnen Personen, Schulbezirken und Generalstaatsanwälten von Bundesstaaten eingereicht. Viele Beobachter vergleichen sie mit den Rechtsstreitigkeiten, die in den 1990er-Jahren gegen Tabakkonzerne wegen schädlicher Wirkungen von Zigaretten geführt wurden.

Den Internetkonzernen wird vorgeworfen, das Design ihrer Dienste sei darauf ausgerichtet, süchtig zu machen. Zum Beispiel mit Algorithmen, die Inhalte empfehlen oder mit Funktionen wie dem automatischen Abspielen von Videos. Diese Sucht gehe auf Kosten der psychischen Gesundheit junger Nutzer und führe zu Depressionen und Essstörungen.

Die Kläger fordern Schadenersatz von den Unternehmen und Designänderungen ihrer Plattformen. Die Analystin Minda Smiley von der Marktforschungsgruppe Emarketer sagt, sollten die Internetkonzerne die Verfahren verlieren, könnte das für sie „massive Implikationen“ haben, nicht nur wegen möglicher Schadenersatzzahlungen, sondern auch weil sie gezwungen werden könnten, ihre Geschäftsmodelle „völlig zu verändern“.

Zuckerberg wurde am Mittwoch im Zeugenstand mit einer E-Mail aus dem Jahr 2015 konfrontiert, in der er die Ziele ausgab, den „Teen-Trend“ zu revidieren und die auf seinen Plattformen verbrachte Zeit um zwölf Prozent zu erhöhen. Er gab jetzt zu, dass solche Zeitziele früher existiert hätten, allerdings habe er sie abgeschafft.

Ein anderes internes Dokument von 2015, das am Mittwoch zur Sprache kam, enthielt eine Schätzung, wonach vier Millionen Kinder unter 13 Jahren in den USA Instagram nutzten. Die Plattform hat ein Mindestalter von 13 Jahren. Zuckerberg sagte, Meta habe eine Reihe von Instrumenten eingeführt, um die Einhaltung dieser Regelung zu gewährleisten, aber er gab zu, dies sei „sehr schwierig“. Es gebe viele Kinder, „die über ihr Alter lügen, um unsere Dienste zu nutzen“.

Ein weiteres Thema bei Zuckerbergs Befragung waren „Beauty-Filter“ auf Instagram, die es Nutzern erlauben, ihre Gesichter zu verändern. Solche Filter wurden zwischenzeitlich von der Plattform entfernt, dann aber wieder zugelassen, obwohl Fachleute das Unternehmen vor schädlichen Folgen gewarnt hatten, vor allem für weibliche Teenager. Zuckerberg rechtfertigte die Entscheidung und sagte, ein Verbot dieser Filter komme nach seiner Auffassung „Bevormundung“ gleich.

Der konkrete Fall in Los Angeles dreht sich um eine heute zwanzig Jahre alte Frau, die in Gerichtsdokumenten nur als „K.G.M.“ oder „Kaley“ identifiziert wird. Sie hat nach eigener Darstellung Instagram schon mit neun Jahren genutzt und Youtube mit sechs Jahren. Sie behauptet, sie sei süchtig nach den Diensten geworden, und dies habe zu Depressionen und anderen Störungen geführt. Sie war am Mittwoch während Zuckerbergs Aussage im Gerichtssaal.

Ihr Anwalt Mark Lanier hat Plattformen wie Instagram und Youtube in seinem Eröffnungsplädoyer „Suchtmaschinen“ und „digitale Kasinos“ genannt. Metas Anwalt Paul Schmidt führte die psychischen Störungen der Klägerin dagegen auf ihre schwierigen Familienverhältnisse zurück. Das Unternehmen weist zu seiner Verteidigung auch auf Initiativen hin, seine Plattformen sicherer für junge Nutzer zu machen. Zum Beispiel in Form von speziellen „Teen-Konten“ für unter Sechzehnjährige. Diese Konten haben Restriktionen, welche Inhalte ihre Inhaber sehen können und wer sie kontaktieren darf.

Das Verfahren könnte auch zu einem Präzedenzfall dafür werden, inwiefern Internetkonzerne wegen etwaiger negativer Effekte ihrer Plattformen überhaupt zur Rechenschaft gezogen werden können. Bislang wurden sie davon weitgehend durch „Section 230“ bewahrt, einen umstrittenen Passus in einem Gesetz aus dem Jahr 1996, der sie aus der Verantwortung für Inhalte ihrer Nutzer nimmt. Die Kläger für in den aktuellen Fällen versuchen, Section 230 zu umgehen, indem sie nicht auf die Inhalte abzielen, sondern auf das Design der Plattformen selbst.

Die Klage von „K.G.M.“ richtete sich ursprünglich auch gegen Tiktok und Snap, den Betreiber von Snapchat. Diese beiden Unternehmen schlossen aber im Vorhinein des Prozesses Vergleiche mit der Klägerin, wobei nicht bekannt ist, zu welchen Konditionen. In anderen Klagen sind Tiktok und Snap weiterhin eingeschlossen.

Während Zuckerbergs Aussage kam es zu einem dramatischen Moment, als die zuständige Richterin Carolyn Kuhl die Anwesenden im Gerichtssaal davor warnte,

das Geschehen mit Digitalbrillen aufzunehmen. Vor Gericht waren einige Begleiter Zuckerbergs mit Metas Ray-Ban-Brillen gesehen worden, die über eine Kamera verfügen. Die Richterin sagte, wer mit solchen Brillen etwas aufgezeichnet habe, müsse dies löschen. Sie drohte mit Sanktionen wegen Missachtung des Gerichts.

In der vergangenen Woche hatte schon Instagram-Chef Adam Mosseri aussagen müssen. Er sagte, er glaube nicht, dass soziale Medien „klinisch süchtig“ machen können. Mosseri gab aber zu, dass es zu „problematischer Nutzung“ der Plattformen kommen könne. Mit diesem Begriff beschrieb er auch das Nutzungsverhalten der Klägerin, die angibt, bis zu 16 Stunden am Tag auf Instagram verbracht zu haben.

Zuckerberg musste sich auch schon vor dem US-Kongress gegen den Vorwurf verteidigen, nicht genug zum Schutz junger Nutzer zu tun. Vor zwei Jahren fand eine Anhörung mit ihm und den Chefs anderer Internetkonzerne statt, die sich um Suchtrisiken und diverse andere Gefahren für Heranwachsende drehte. Zuckerberg sah sich damals auf Drängen eines Senators gezwungen, sich bei anwesenden Eltern zu entschuldigen, die soziale Medien für den Tod ihrer Kinder mitverantwortlich machten. „Es tut mir leid, was Sie alle durchgemacht haben“, sagte er, wobei er auch auf Metas „industrieführende Anstrengungen“ verwies, Kinder auf seinen Plattformen zu schützen. Auch am Mittwoch in Los Angeles waren Eltern im Gerichtssaal, die sagen, Onlineplattformen hätten ihren Kindern geschadet.

Gegen Meta ist kürzlich noch ein weiterer Prozess im Bundesstaat New Mexico angefallen. Hier geht es um den Vorwurf, das Unternehmen habe junge Nutzer nicht ausreichend vor sexueller Ausbeutung auf seinen Plattformen geschützt. Die juristischen Auseinandersetzungen in den USA fallen in eine Zeit, in der zunehmend über Verbote sozialer Medien für Kinder und Jugendliche gesprochen wird. In Australien trat im Dezember ein Gesetz in Kraft, das die Nutzung solcher Plattformen unter 16 Jahren untersagt. Auch in Deutschland und anderen Ländern stehen solche Verbote zur Diskussion.

Krones wird nach Rekordjahr vorsichtiger

Trotz schwierigen Umfelds erwartet der größte Abfüllanlagenbauer der Welt weiteres Wachstum

maf. MÜNCHEN. Wer ein Getränk aus einer Glasflasche, PET-Flasche oder Dose trinkt, hat mit hoher Wahrscheinlichkeit aus einem Behälter getrunken, der von Krones stammt. Das in Neutraubling bei Regensburg sitzende Unternehmen gehört zu den deutschen Weltmarktführern, die in der Öffentlichkeit wenig bekannt sind. Ein Schicksal, das sich Krones mit Rational, dem in Landsberg anässigen Ausstatter von Großküchen, teilt. Die beiden im M-Dax notierten Unternehmen erzielen regelmäßig Rekorde bei Umsatz und Gewinn.

Krones erwartet als weltgrößter Abfüllanlagenbauer eine Fortsetzung des Wachstums, blickt aber angesichts der geopolitischen Spannungen, des schwachen Dollars und der US-Zollpolitik vorsichtiger nach vorne. Der Umsatz stieg 2025 um sieben Prozent auf 5,7 Milliarden Euro. Damit wurde das untere Ende der prognostizierten Wachstumsspanne von sieben bis neun Prozent erreicht. Der Betriebsgewinn vor Abschreibungen, Zinsen und Steuern (Ebitda) erhöhte sich um zwölf Prozent auf 602 Millionen Euro. Die operative Umsatzrendite lag mit 10,6 Prozent (2024 betrug sie 10,1) in der oberen Hälfte der angepeilten Span-

ne von 10,2 bis 10,8 Prozent. Der Nettogewinn legte um sieben Prozent auf 299 Millionen Euro zu.

Für das laufende Jahr klammert Krones Währungseffekte aus der Umsatzprognose aus und rechnet auf dieser Basis mit einem Wachstum von drei bis fünf Prozent. Auch unter Berücksichtigung negativer Wechselkurseffekte wird nach Aussage von Uta Anders, die im Vorstand die Finanzen verantwortet, ein Umsatzwachstum übrig bleiben. Das sei schon im Jahr 2025 der Fall gewesen, als die Umrechnungseffekte zum starken Euro mit 99 Millionen Euro belastet hätten.

Zwar bestätigte der Vorstand das Umsatzziel von sieben Milliarden Euro bis 2028, doch dazu reichen Wachstumsraten von drei bis fünf Prozent nicht aus. Gleichwohl betonte der Vorstandsvorsitzende Christoph Klenk im Gespräch mit der F.A.Z., dass es keinen Grund gebe, dieses Ziel aufzugeben. „Wir haben uns nie festgelegt, dass wir 2028 einen Umsatz von genau sieben Milliarden Euro erreichen. Das kann auch ein Stück darunterliegen.“ Ohne die negativen Wechselkurseffekte der beiden vergangenen Jahre wäre Krones 2026 schon bei einem Umsatz von knapp sechs Milliarden Euro,

fügte Klenk hinzu. Umsatzwachstum erwartet er von den neuen Werken in Indien und China, die erst noch in Produktion gehen. Krones sei zudem innovationsstark und habe eine neue Produktionslinie im Angebot sowie konkurrenzfähige Produkte für Niedriglohnländer am Start.

Zuversichtlich stimmen den Krones-Chef auch die regelmäßig zum Ende des Jahres geführten Kundengespräche. Aus diesen leitet er deren Investitionspläne für einen Zeitraum von drei Jahren ab. In den Regionen Afrika und Nahost sowie Asien-Pazifik sei dafür das Bevölkerungswachstum verantwortlich. Insgesamt hilft Klenk zufolge der internationale Trend zu einer Diversifizierung bei Produkten. Schließlich spiele die Wirtschaftlichkeit für die Kunden eine immer größere Rolle, weil die Märkte umkämpfter seien. Damit würden neue Abfülllinien attraktiver, weil sie wirtschaftlicher seien als alte. „Unsere Sparten außerhalb des Kerngeschäfts, also Intralogistik und Prozesstechnik, weisen gute Wachstumsperspektiven auf“, ergänzt Klenk. Nach seinen Worten kann Krones in einem schwierigen Umfeld wachsen, wie das vergangene Jahr schon gezeigt habe. Schließlich

nennt der Krones-Chef die erreichte Preisstabilität, die deutlich über den früheren Niveaus liege.

Ein Fünftel des Umsatzes erwirtschaftet Krones in den USA. Etwas mehr als die Hälfte des US-Geschäfts werde vor Ort produziert. Abfülllinien kämen im Wesentlichen aus Deutschland und seien von den Zöllen betroffen, berichtet Klenk. „Diese müssen unsere Kunden, aber nicht wir zahlen.“ Ein Vorteil sei, dass Krones keine großen Konkurrenten aus den USA habe. Im Wesentlichen steht das Unternehmen dort mit europäischen Anbietern im Wettbewerb. „Der Zollschock war für unsere US-Kunden groß und spiegelt sich in dem um zehn Prozent gesunkenen Auftragseingang wider“, sagt Klenk. Trotzdem rechneten sich für sie die Investitionen in die Krones-Produkte. „Wir erwarten in diesem Jahr eine Erholung des Auftragseingangs auf das Niveau der Vorjahre“, sagt Klenk für das US-Geschäft voraus.

Zum Jahreswechsel hatte Krones Aufträge über 4,19 Milliarden Euro in den Büchern. 2025 kamen neue Aufträge über insgesamt 5,56 Milliarden Euro herein, knapp zwei Prozent mehr als ein Jahr zuvor.

Eine Radikalkur für die Gütersparte der Bahn

Stellenkahltschlag und Milliarden einsparung: DB Cargo stehen weiter unsichere Zeiten bevor

tih. FRANKFURT. Bernhard Osburg ist einer der jüngsten Neuzugänge im Vorstand der Deutschen Bahn. Seit dem 15. November verantwortet er den Güterverkehr der DB. Dass der langjährige Stahlmanager noch keine 100 Tage im Amt ist, hindert ihn nicht, jetzt ein einschneidendes Sanierungskonzept für die Not leidende Sparte DB Cargo vorzulegen. Die am Donnerstag präsentierte Planung sieht vor, die Tochtergesellschaft des Staatskonzerns drastisch zu schrumpfen: Von 14.000 Stellen sollen rund 6000 wegfallen. Dazu kommen umfassende Umstrukturierungen des Unternehmens.

Ein Blitz aus heiterem Himmel? Ganz und gar nicht. Vielmehr eine Vollbremsung mit Ansage. DB Cargo gehört seit vielen Jahren zu den größten Sorgenkindern des Staatskonzerns. Der Frachttransporteur schreibt regelmäßige Verluste. Er leidet unter der Konjunktur, politischen Vorgaben, unter strukturellen und organisatorischen Problemen. Im Modus der Dauerkrise kamen und gingen mehr als 40 Vorstände in 25 Jahren.

Dazu gesellt sich akut die Tatsache, dass das Unternehmen nach dem Willen der EU-Kommission bis Ende des Jahres schwarze Zahlen schreiben muss. Von dann an ist ein Verlustausgleich durch den Bahnkonzern nicht mehr erlaubt. Die EU hat milliarden-schwere frühere Beihilfen nur unter der Bedingung von Reformen und Profitabilität gebilligt.

Dementsprechend sah sich schon Osburgs Vorgängerin Sigrd Nikutta gezwungen, ein Reformkonzept vorzulegen. Das jedoch reichte letztlich nicht aus, in einem Gutachten wurde es als unzureichend verworfen. Im Rahmen eines großen Umbaus des Konzernvorstandes musste auch sie gehen – und die Vorgabe für den Neuen war klar: Schnellstens Ergebnisse liefern, denn die Uhr tickt, die von der EU vorgegebene Schonfrist läuft ab.

Osburg hat nun einen mittelfristig ausgearbeiteten Sanierungsplan vorgelegt, basierend auf vier Säulen. Eine Sanierung ohne den jetzt vorgesehenen starken Arbeitsplatzabbau hält er für nicht möglich, wie er klarstellte. Denn um zu überleben, brauche es eine branchenübliche Profitabilität – die liegt Fachleuten zufolge in einer Größenordnung von zwei bis vier Prozent –, wovon DB Cargo weit entfernt sei. Dementsprechend steht eines ganz oben auf Osburgs

Agenda: Kosten senken. Rund eine Milliarde Euro will der einstige Thyssenkrupp-Manager bis 2030 einsparen, unter anderem durch den Wegfall von 4000 Arbeitsplätzen, eine schlankere Verwaltung und Produktivitätssteigerungen im Fuhrpark. Weitere 2000 Stellen werden im Einzelwagenverkehr gestrichen, in dem viele kleine Sendungen bearbeitet werden müssen. Eine logistisch komplizierte Arbeit, die als unprofitabel gilt.

Komplett aufgegeben werden soll der Einzelwagenverkehr, in dem die DB-Tochtergesellschaft mit 86 Prozent Marktanteil stark vertreten ist, aber nicht. Vielmehr setzt man auf eine grundlegende neue organisatorische Aufstellung. Die sogenannte Zugbildung, also vor allem das Zusammenstellen der Güterwaggons, soll künftig auf vier Hauptstandorte konzentriert werden: Köln-Gremberg, Seelze, Mannheim und Nürnberg. Fünf weitere Rangieranlagen sollen als Standorte mit flexiblerer Auslastung betrieben werden. Von derzeit 27 Instandhaltungswerken will Osburg zwölf schließen oder verkaufen. Und trotzdem: Der Einzelwagenverkehr bleibt defizitär und auf Bundesförderung angewiesen, betont der Güterverkehrsmanager. Auf die schlechte Konjunkturlage und eine sinkende Nachfrage von Auto-, Chemie- und Stahlkunden reagiert DB Cargo mit einem stärkeren Fokus auf das europäische Ausland.

Die Eisenbahngewerkschaft kommentierte die Planungen zwiesgespalten. Zwar müsse das Unternehmen effizienter werden, aber man werde „um jeden Arbeitsplatz kämpfen“. „Ich verspreche dem Arbeitgeber, dass das sehr harte Verhandlungen werden“, sagte die stellvertretende Vorsitzende Cosima Ingenschay. Angesichts der generell hohen Fluktuation im Schienengüterunternehmen der Deutschen Bahn könnte sich der geplante Stellenabbau allerdings sozialverträglich gestalten, ist in Branchenkreisen zu hören. 1000 Mitarbeiter jährlich verlassen durchschnittlich DB Cargo; im vergangenen Jahr sollen es sogar 1500 gewesen sein.

Insgesamt bewegt das Unternehmen in ganz Europa rund 80.000 Güterwagen. Im Jahr 2024 belief sich die transportierte Gütermenge auf 180 Millionen Tonnen. Die privaten Wettbewerber dominieren jedoch längst das Frachtgeschäft auf der Schiene – DB Cargo erreicht nur noch einen Marktanteil von rund 40 Prozent.

„Schwere Korruptionsvorwürfe“ EU-Airlines wollen Qatar-Flugabkommen kippen

tko. FRANKFURT. Für die Fluggesellschaft Qatar Airways war es ein großer Erfolg: Durch ein ausgehandeltes Verkehrsabkommen zwischen der Europäischen Union und Qatar fallen für die staatliche Fluggesellschaft des Emirats nahezu alle Beschränkungen für Flüge nach Europa weg. Für Fluggesellschaften aus der EU war dieses Abkommen von Beginn an ein Ärgernis. Nun wollen sie es zu Fall bringen – wegen „schwerwiegender Korruptionsvorwürfe“.

Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Lufthansa, Carsten Spohr, fordert zusammen mit seinen Amtskollegen von Air France-KLM und SAS, Benjamin Smith und Anko van der Werff, in einem Brief die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, auf, das Abkommen mit dem Emirat „unverzüglich auszusetzen“. Auch die Präsidenten der europäischen Vereinigungen für Piloten und Flugbegleiter haben den Brief, der der F.A.Z. vorliegt, unterzeichnet.

Eine weitere Anwendung des Abkommens wäre ein „schwerwiegender Fehler“, heißt es in dem Schreiben. Zu den Verhandlungsbedingungen, die zu dem Abkommen führten, erklären Spohr und die übrigen Briefautoren, dass diese „nicht einmal die grundlegendsten Standards an Transparenz und Rechenschaftspflicht“ erfüllten. „Solange Fragen der Korruption, der unzulässigen Einflussnahme und der Interessenkonflikte ungeklärt bleiben, kann das Abkommen nicht unverändert bleiben.“ Eine Kommissionsentscheidung, den ehemaligen Generaldirektor für Mobilität und Verkehr der Kommission „zu entlassen“, werten sie als Zeichen, dass ihre „unausgeräumten Bedenken“ berechtigt seien. Zuerst hatte die „Financial Times“ über den Brief berichtet.

Die Hintergründe zum Zustandekommen des Abkommens sind öffentlich nicht restlos aufgeklärt. Allerdings hatte die Vizepräsidentin der Kommission Henna Virkkunen Ende Januar erklärt, in einem Disziplinarverfahren sei festgestellt worden, dass ein Mitarbeiter gegen dienstrechtliche Vorschriften verstoßen habe. Einen Namen nannte sie nicht.

2023 war bekannt geworden, dass der damalige Leiter der zuständigen Generaldirektion, der Este Henrik Hololei, mehrfach in der Business Class mit Qatar Airways geflogen war, wobei die Kosten von Dritten übernommen wurden. Die Generaldirektion hatte die

Verhandlungen über das Abkommen mit dem Emirat geführt. Hololei war 2023 in Brüssel – auf eigene Bitte – versetzt worden.

Das Flugabkommen wird dennoch vorläufig angewendet. Es ermöglicht Qatar Airways mehr Verbindungen zwischen europäischen Städten und dem eigenen Drehkreuz in Doha, an dem Passagiere auf dem Weg nach Asien umsteigen können. Auf diesen Interkontinentalstrecken ist Qatar Airways somit ein direkter Wettbewerber von Lufthansa, Air France und SAS.

In deutschen Luftfahrtkreisen wird ohnehin über die Konkurrenz vom Golf geklagt: Im Asienverkehr sei es schon zu Verlagerungen gekommen. Der Anteil der Passagiere auf Fernoststrecken, die von Deutschland aus nonstop fliegen oder nur an einem Drehkreuz in Europa umsteigen, sei von mehr als 60 Prozent im Jahr 2010 auf 42 Prozent gefallen. Damit wird die Sorge verknüpft, Europa könnte in der internationalen Vernetzung stärker von Fluggesellschaften, die nicht in der EU sitzen, abhängig werden.

Im vergangenen Frühjahr hatte Qatar-Airways-Vorstand Thierry Antinori, ein früherer Lufthansa-Manager, im Gespräch mit der F.A.Z. gesagt: „Wir haben die fünf größten deutschen Flughäfen in unserem Streckennetz und damit mehr als alle anderen Airlines aus der Golfregion und aus Fernost. Für die Zukunft können wir uns mehr vorstellen.“ Auch die Gesellschaft Emirates aus Dubai kämpft darum, Berlin als weiteres Ziel in Deutschland mit ihrem Drehkreuz verbinden zu dürfen. Anders als Qatar Airways hat Emirates dies trotz jahrelanger Forderungen bislang aber nicht durchsetzen können. Den Verkehr zwischen Deutschland und Dubai regelt ein Verkehrsabkommen zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Gespräche, dieses durch ein Abkommen mit der EU zu ersetzen, waren gescheitert.

Die Chefs von Lufthansa, Air France und SAS mahnen bei von der Leyen nun, das Qatar-Abkommen grundsätzlich neu zu bewerten. Das globale Umfeld habe sich seit der Phase der Verhandlungen verändert. Es sei daher nötig, „der strategischen Autonomie in Schlüsselsektoren wie der Luftfahrt im Einklang mit dem neuen Ansatz der Europäischen Kommission in der Industrie- und Handelspolitik erneut Aufmerksamkeit zu schenken“.

Flugzeughersteller zwischen den Fronten

Nicht nur die ruckelnde Produktion, auch das drohende FCAS-Fiasko beschäftigt Airbus. Die Börse reagiert deutlich.

Von Niklas Záboji, Toulouse

Deißig Prozent mehr Gewinn, historisch volles Auftragsbuch, ein Auslieferungsrekord in Reichweite – für Airbus könnte die Lage schlechter sein. Im abgelaufenen Geschäftsjahr blieb der europäische Luft- und Raumfahrtkonzern unangefochtener Weltmarktführer im Zivilflugzeugbau. Und auch die lange Zeit darben­de Rüstungs- und Raumfahrtsparte legte stark zu und verzeichnete einen Rekordauftragseingang von 17,7 Milliarden Euro. „2025 war ein wegweisendes Jahr, das durch eine sehr starke Nachfrage nach unseren Produkten und Dienstleistungen in allen Geschäftsbereichen gekennzeichnet war“, betonte die Geschäftsführung am Donnerstag in Toulouse auf der Bilanzpressekonferenz.

An Großbaustellen mangelt es Airbus gleichwohl nicht. Die Produktion und Auslieferung neuer Flugzeuge mag wachsen und die Zahlen des krisengeplagten Erzrivalen Boeing weiterhin deutlich überflügeln. Doch das permanente Ruckeln im Produktionshochlauf will kein Ende nehmen. Auch sechs Jahre nach Beginn der Corona-Pandemie ist die Lieferkette nicht stabil. Mal fehlen einzelne Kabinenprodukte, mal ganze Triebwerke. Das verzögert die Auslieferung neuer Maschinen und verknappt mittelbar das Flugangebot – und das, obwohl Airbus seit Ende der Pandemie Rekordbestellungen von Airlines eingesammelt hat. Das gilt allen voran für seinen A320-Mittelstreckenbestseller, auf den rund 80 Prozent der Bestellungen entfallen.

Am Donnerstag musste der Konzern mit Blick auf den Produktionshochlauf einmal mehr zurückrudern. Das bisherige Ziel, im kommenden Jahr monatlich 75 Flugzeuge vom Typ A320 zu produzieren, ist demnach nicht mehr zu halten. Airbus begründet dies mit der „Unfähigkeit“ des US-Zulieferers Pratt & Whitney,



Gute Miene, ernüchternde Details: Airbus-Chef Guillaume Faury (links) und Finanzvorstand Thomas Toepfer. Foto AFP

die bestellte Anzahl an Triebwerken zu liefern. Das neue Ziel lautet nun 70 bis 75 Flugzeuge vom Typ A320 „bis Ende 2027“, ehe sich die Rate bei 75 „stabilisieren“ solle. Es ist nicht die erste Rücknahme einer Prognose: Vor vier Jahren hatte das Ziel gelaute, die Zielmarke von 75 sogar schon Mitte 2025 zu erreichen. Die Börse reagierte deutlich, schließlich bedeutet das gesenkte Produktionsziel weniger Flugzeugauslieferungen und damit weniger Umsatz. Am Donnerstagnachmittag notierte der Aktienkurs von Airbus rund sieben Prozent im Minus.

Dass Airbus mit Pratt & Whitney öffentlich so klar den Bremsklotz in der Lieferkette benennt, ist ungewöhnlich. Doch Probleme mit den Amerikanern gibt es nicht erst seit Kurzem. Schon seit Jahren bereiten ihre reparaturanfälligen Triebwerke der Luftfahrtindustrie Kumm-

er – und nach Ansicht von Airbus ist nun der Bogen überspannt. Pratt & Whitney habe die vereinbarte Abrufmenge, die man in einem Rahmenvertrag zwölf bis 18 Monate vor Jahresbeginn fixiert habe, „infrage gestellt“, erklärte Finanzchef Thomas Toepfer der F.A.Z. Insgesamt habe sich die Situation in der Lieferkette „deutlich gebessert“. Anders als noch vor wenigen Jahren hielten nun eigentlich alle Zulieferer Kurs in Richtung der Produktionsrate von 75. Nur Pratt & Whitney ziehe nicht mit. Rechtliche Schritte schließt man bei Airbus nicht aus. „Wir wollen unsere vertraglichen Rechte durchsetzen“, sagte Vorstandschef Guillaume Faury.

Zweite Großbaustelle des Airbus-Managements ist das deutsch-französisch-spanische Kampfflugzeugprogramm FCAS. Durch die öffentliche Infragestel-

lung durch Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) steht das 100-Milliarden-Euro-Vorhaben endgültig vor dem Aus – und die beteiligten Industrievertreter rätseln, wie es weitergehen soll. Airbus-Chef Faury betonte, dass man „viel Zeit und Energie“ in dieses Programm investiert habe. Auch bemühte er sich um Klarstellung, dass es zwar in der Programmsäule Kampfflugzeuge eine „Pattsituation“ gebe, „die mit den unterschiedlichen Erwartungen der Partner hinsichtlich der Führung und der Zusammenarbeit zusammenhängt“. Andere Säulen wie die Entwicklung einer digitalen „Gefechtswolke“ (Combat Cloud), Begleitdrohnen oder Triebwerke machten aber „gute Fortschritte“.

Mit Kritik am Dominanzanspruch des französischen Programmpartners Dassault hielt sich Airbus, dessen Rüstungs-

sparte in Deutschland sitzt, in den vergangenen Monaten nicht zurück. In Toulouse bemühte sich der Konzernchef Faury darum, nicht noch mehr Öl ins Feuer zu gießen. Man befinde sich an einem „schwierigen Punkt des Programms“, räumte Faury ein. Man sei bei Airbus aber weiter davon überzeugt, dass FCAS „als Ganzes sinnvoll ist und dass wir den Fortschritt und das Erbe der anderen Säulen nicht gefährden sollten“. Man glaube an die europäische Zusammenarbeit. Das gelte auch für den Fall, dass Deutsche, Franzosen und Spanier beim Kampfflugzeug getrennte Wege gehen. Noch sei man aber nicht an diesem Punkt angelangt. Dassault lehnte einen Kommentar am Donnerstag ab.

Drei Optionen werden für Airbus diskutiert: eine alleinige Kampfflugzeugentwicklung für Deutschland und Spanien, ein deutsch-spanisch-schwedisches Programm zusammen mit Saab und ein Hinzustoßen zum bestehenden britisch-italienisch-japanischen Programm GCAP. Faury wollte die Frage nicht beantworten, ob er eine Präferenz für eine dieser Optionen habe. Darüber müsse der Kunde, ergo die Politik, entscheiden.

Klar ist: Je weniger Partner, desto höher die jeweiligen Kosten für die einzelnen Nationen. Das ist vor allem für Frankreich ein Thema, das finanzpolitisch deutlich weniger Spielraum hat als Deutschland. Mittelfristig steht die Weiterentwicklung des bestehenden französischen Kampfflugzeugs Rafale inklusive Entwicklung einer begleitenden Kampfdrohne. Anders als für Deutschland und Spanien ist aber bislang kein Partner für Frankreich in Sicht bei einem neuen Flugzeug der sogenannten sechsten Generation, wie es bei FCAS geplant ist.

In puncto Kosten stehen bei FCAS noch keine gewaltigen Summen auf dem Spiel. Die laufende Entwicklungsphase wurde mit rund 3,2 Milliarden Euro budgetiert, getragen von Deutschland, Frankreich und Spanien, und noch ist kein teurer Demonstrator gebaut. Auch für Airbus ist der „finanzielle Effekt“ in den Worten von Finanzchef Toepfer „überschaubar“. Umsatzmäßig befinde man sich im „unteren dreistelligen Millionenbereich“. Man habe Teams bestehend aus mehreren 100 Mitarbeitern aufgebaut, die man im Fall eines Programmscheiterns überführen müsse. Die viel relevantere Frage aber sei, wie man dieses Programm aus der Blockade führen könne.

Zuversicht bei Zulieferer Knorr-Bremse

hpe. MÜNCHEN. Die gute Auftragslage im Bahngeschäft sorgt beim Zuliefererkonzern Knorr-Bremse für Optimismus. Der Vorstand um den Vorsitzenden Marc Llistosella erwartet für das laufende Jahr 2026 ein Umsatzplus und eine weitere Steigerung der Umsatzrendite. „Die konstant gute Performance unseres Rail-Geschäfts ist ein Garant für unseren wirtschaftlichen Erfolg“, erklärte Llistosella am Donnerstag anlässlich der Bilanzvorlage in München. „Auch die Truck-Division hat sich unter sehr schwierigen Marktbedingungen stark behauptet.“

Das vergangene Geschäftsjahr schloss Knorr-Bremse mit einem leichten Umsatzminus von einem Prozent auf 7,8 Milliarden Euro und einem um fünf Prozent auf eine Milliarde Euro verbesserten Betriebsergebnis ab. Während das Geschäft mit Lastwagenbremsen weiter schwächelt, ist die Nachfrage auf der Schiene den Angaben des Unternehmens zufolge unverändert hoch. Hier stiegen die Erlöse um fast sieben Prozent auf 4,3 Milliarden Euro, während das Nutzfahrzeuggeschäft um neun Prozent auf 3,5 Milliarden Euro schrumpfte.

Die operative Marge lag mit 13 Prozent in der Mitte der vom Vorstand zuvor ausgegebenen Prognose. Llistosella, der seit Jahresbeginn 2023 an der Spitze des Vorstands steht, kündigte an, im laufenden Jahr einen Umsatz zwischen 8 und 8,3 Milliarden Euro sowie eine operative Marge von 14 Prozent erreichen zu wollen.

An der Börse kamen die Nachrichten von Knorr-Bremse gut an: Die Wertpapiere des Zuliefererkonzerns verteuerten sich im Laufe des frühen Handels um knapp zwei Prozent und notierten zwischenzeitlich bei 108 Euro. Binnen eines Jahres ist der Kurs von Knorr-Bremse um 35 Prozent gestiegen. Analysten erklärten am Donnerstag, dass die Zahlen und Prognosen im Rahmen ihrer Erwartungen lägen. So erneuerte etwa das Analysehaus Jefferies seine Kaufempfehlung für die Knorr-Bremse-Aktie bei einem Kursziel von 117 Euro.

FIRMENINDEX	Seite	Berliner Volksbank.....	25	Deutsche Bank.....	29	Heidemark.....	25	Leag.....	20	Qatar Airways.....	26
2 Sisters Food Group.....	25	Bitcoin.....	31	Deutsche Lufthansa.....	26	ING.....	29	LEAG.....	24	RWE.....	24
Airbus.....	27	Boeing.....	27	DKB.....	29	Knorr-Bremse.....	27	Meta.....	26	SAS.....	26
Air France-KLM.....	26	Danone.....	28	Ecoworks.....	22	Königliche Porzellan-Manufaktur Berlin.....	25	Microsoft.....	24,25	Statkraft.....	20
Allgemeine Beamten Bank.....	25	Dassault.....	27	Emirates.....	26	KPMHotel.....	25	Nestlé.....	28	Steag Iqony.....	20
BBVA.....	29	DC Water.....	24	ENBW.....	24	Krones.....	26	Oikos-Gruppe.....	22	Storteboom Food Group.....	25
		Deutsche Bahn.....	26, 28	Google.....	26	Lactalis.....	28	Pratt & Whitney.....	27	Trianel.....	20

Die F.A.Z.-Wetterinformationen

im Internet: www.faz.net/wetter

Anzeige

Jetzt testen!

Für alle, die sich ihr eigenes Urteil bilden.

F.A.Z. PRO Einspruch: Ihr Experten-Update rund um Recht und Gesetz als wöchentliches Briefing und als Website.

Jetzt testen unter faz.net/pro-einspruch

Städte­wetter Deutschland

	20.02.	21.02.	22.02.
Aachen	6°	6°	10°
Arkona	-1°	1°	5°
Berlin	1°	7°	10°
Bremen	3°	7°	10°
Brocken	-4°	1°	5°
Cottbus	1°	7°	10°
Cuxhaven	3°	7°	10°
Dresden	1°	7°	11°
Düsseldorf	7°	12°	13°
Erfurt	3°	9°	13°
Essen	5°	10°	12°
Feldberg	-1°	2°	4°
Feldberg/Is.	2°	8°	10°
Frankfurt	5°	12°	15°
Freiburg	7°	12°	16°
Garmisch	4°	8°	13°
Greifswald	0°	6°	8°
Großer Arber	-4°	-1°	3°
Hamburg	3°	9°	11°
Hannover	4°	9°	12°
Helgoland	3°	6°	7°
Hof	1°	4°	9°
Kahler Asten	-2°	5°	8°
Karlsruhe	6°	12°	15°
Kassel	4°	9°	13°
Köln	7°	13°	15°
Konstanz	5°	10°	14°
Leipzig	3°	8°	12°
Lübeck	1°	7°	10°
Magdeburg	2°	8°	12°
Mannheim	5°	11°	15°
München	3°	7°	14°
Norderney	3°	6°	8°
Nürnberg	4°	8°	12°
Oberstdorf	3°	8°	12°
Osnabrück	6°	11°	13°
Passau	3°	6°	10°
Rostock	0°	6°	9°
Saarbrücken	7°	12°	15°
Stuttgart	7°	11°	15°
Sylt	1°	5°	7°
Trier	6°	12°	14°
Zugspitze	-11°	-8°	-4°

Vorhersage für heute

Vorhersage:

Vor allem im Osten scheint längere Zeit die Sonne. Sonst werden die Wolken nach einem teilweise freundlichen Beginn zahlreicher. Von Westen ziehen im Tagesverlauf Regen- und Schneefälle auf. Auch im äußersten Süden fällt gebietsweise noch Schnee, in tiefen Lagen Regen. Dabei besteht Glattegefahr. Höchstwerte von minus 2 bis plus 8 Grad werden erreicht. Im Süden weht der Wind nur schwach, sonst mäßig und an der Küste auch frisch aus südlichen Richtungen.

Biowetter

Asthmatiker müssen sich vermehrt auf Atembeschwerden einstellen. Wetterföhle Menschen leiden unter Kopfschmerzen. Personen mit Herz- und Kreislaufproblemen sollten bei körperlichen Anstrengungen vorsichtig sein. Aufgrund einer geringeren Schlafteufe fühlen sich viele Menschen müde und matt. Dies wirkt sich negativ auf die Konzentrationsfähigkeit aus.

Wetter in Deutschland heute

Bremen, Niedersachsen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern
Nach teilweise noch freundlichem Beginn zunehmend dichte Wolken, im Westen Schnee- und Regenfälle mit Glattegefahr. Temperaturen am Nachmittag bei Werten zwischen minus 2 und plus 5 Grad. Mäßiger, an der See frischer, zum Teil auch starker Wind aus Südost bis Süd.

Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland
Anfangs noch teilweise freundlich, von Westen jedoch im Tagesverlauf dichte Wolken und zeitweise Regen. Im Bergland auch noch Schneefall mit Glatte. Temperaturen von 0 bis 7 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus südlichen Richtungen.

Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen
Anfangs heiter bis wollig, nach Süden hin auch häufig Sonnenschein,

Späteralldings von Westen immer wolkgiger, aber noch überwiegend trocken. Höchstwerte zwischen minus 2 und plus 4 Grad. Mäßiger, an der Ostsee zeitweise frischer Wind aus südlichen Richtungen.

Baden-Württemberg, Bayern
Im äußersten Süden anfangs noch Schneefälle, in tiefen Lagen auch Regen, von Norden aber trockener mit Auflockerungen. Später von Westen erneut dichte Wolken mit etwas Regen. Temperaturen zwischen 1 und 8 Grad. Überwiegend schwacher Wind aus südlichen Richtungen.

Sonne & Mond
☀️ Δ 07:27
🌑 17:52
Angaben für Frankfurt am Main

Mondphasen
🌑 24.02. 🌒 03.03.
🌓 11.03. 🌔 19.03.

WetterKontor

Wetterlage heute (Mittag)

Städte­wetter Afrika

Accra 27° 28° 28°
Algier 18° 18° 22°
Casablanca 17° 22° 24°
Johannesburg 29° 27° 27°
Kairo 22° 23° 22°
Kapstadt 29° 32° 27°

Städte­wetter Nordamerika

Chicago 4° 2° 1°
Los Angeles 16° 19° 21°
Miami 30° 31° 32°
Montreal 5° -6° -3°
New York 2° 6° 3°
Vancouver 5° 6° 8°

Städte­wetter Lateinamerika

Buenos Aires 29° 28° 28°
Caracas 33° 34° 34°
Lima 28° 29° 28°
Mexiko-Stadt 27° 25° 17°
Rio de Janeiro 33° 32° 31°
Santiago 31° 33° 33°

Städte­wetter Naher Osten

Ankara 11° 12° 7°
Antalya 17° 17° 18°
Bagdad 23° 24° 29°
Dubai 31° 31° 30°
Riad 27° 26° 27°

Städte­wetter Asien

Bangkok 37° 36° 37°
Hongkong 23° 23° 25°
Shanghai 15° 17° 14°
Neu Delhi 27° 27° 29°
Peking 14° 20° 7°
Seoul 11° 15° 8°
Tokio 10° 13° 14°

Australien und Neuseeland

Auckland 23° 24° 22°
Melbourne 30° 25° 25°
Sydney 28° 31° 35°

Das besondere Wetterereignis

Die astronomische mögliche Sonnenscheindauer beträgt zurzeit mehr als 10 Stunden. Zum Frühlingsanfang Ende März sind es etwa 12 Stunden.

Sonne & Meer – Reisewetter am Wochenende

	Samstag	Sonntag		Samstag	Sonntag		Samstag	Sonntag		Samstag	Sonntag		Samstag	Sonntag		Samstag	Sonntag		Samstag	Sonntag		Samstag	Sonntag		Samstag	Sonntag		Samstag	Sonntag
Acapulco	30°	32°	Santo Domingo	31°	31°	Honolulu	27°	26°	Kapstadt	32°	27°	Madeira	18°	19°	Mombasa	37°	35°	Nordsee	2°	Adria	14°	Kreta	17°						
Bali	28°	28°	Fidschi	33°	33°	Horta (Azoren)	17°	18°	Kapverden	21°	21°	Malediven	32°	32°	Nassau	24°	25°	Ostsee	2°	Algarve	14°	Madeira	18°						
Cancun	29°	29°	Goa	36°	36°	Hurghada	26°	25°	Ko Samui	29°	29°	Masakat (Oman)	29°	31°	Perth	31°	31°	Bodensee	5°	Balearen	14°	Türk. Riviera	18°						
Colombo	31°	32°	Havanna	30°	30°	Jamaika	32°	31°	Kuala Lumpur	32°	31°	Mauritius	27°	27°	Phuket	29°	30°	Tegernsee	3°	Bretagne	11°	Zieland	4°						

Wassertemperaturen

Nordsee	2°	Adria	14°	Kreta	17°
Ostsee	2°	Algarve	14°	Madeira	18°
Bodensee	5°	Balearen	14°	Türk. Riviera	18°
Tegernsee	3°	Bretagne	11°	Zieland	4°
Gardasee	8°	Kanaren	19°	Zypern	18°

Nach dem Skandal um verunreinigte Babymilchprodukte kämpft Nestlé darum, den Rückhalt der verunsicherten Konsumenten zurückzugewinnen. „Wir wissen, dass Vertrauen aufgebaut und manchmal wiederhergestellt werden muss, und genau das ist unser Ziel“, sagte der Vorstandsvorsitzende Philipp Navratil anlässlich der Vorstellung der Jahresergebnisse. Der 50 Jahre alte Schweizer hat im September die Führung des weltgrößten Lebensmittelproduzenten übernommen, nachdem sein Vorgänger Laurent Freixe wegen einer verdeckten Liebesbeziehung zu einer Untergebenen gehen musste.

Nestlé hatte Ende November bei Stichproben in einem Werk in den Niederlanden geringe Mengen des Toxins Cereulid festgesellt. Wie sich später herausstellte, gelangte das Gift durch das zugegebene Arachidonsäure-Öl in die Babynahrung. Arachidonsäure ist eine Omega-6-Fettsäure, die wichtig ist für das Wachstum des Gehirns und der Sehkraft. Doch bei der Produktion dieses Öls durch einen chinesischen Zulieferer bildete sich Cereulid. Der Giftstoff bakteriellen Ursprungs kann Erbrechen und Durchfall auslösen. Nestlé rief schrittweise Babymilchprodukte in mehr als 60 Ländern zurück; andere Hersteller, die denselben Lieferanten hatten, zogen später nach.

Der Skandal ist inzwischen ein Fall für die Justiz. Ende Januar hat die Pariser Staatsanwaltschaft fünf Ermittlungsverfahren eingeleitet. Diese betreffen die Säuglingsmilchhersteller Nestlé, Lactalis, Danone, Babybio und La Marque en moins. Die Ermittler gehen den Fragen nach, ob Konsumenten getäuscht wurden, notwendige Rückrufe zunächst unterblieben sind und ob gesetzliche Sicherheits- oder Sorgfaltspflichten verletzt wurden. Überdies wird untersucht, ob es einen kausalen Zusammenhang zwischen dem Konsum kontaminierter Milch und dem Tod von drei Säuglingen gibt.

„Wir sind traurig darüber, dass drei Babys gestorben sind“, sagte Navratil im Gespräch mit Journalisten. Aber bisher gebe es keinen Hinweis, dass diese Todesfälle mit der Einnahme von Säuglingsnahrungsprodukten zusammenhingen. Nestlé sei von den Behörden dazu noch nicht kontaktiert worden, sei aber bereit, mit diesen zu kooperieren. In der Schweiz sind beim Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) bisher 20 Meldungen von Krankheitssymptomen eingegangen, die mit verunreinigter Säuglingsmilch im Zusammenhang stehen könnten. Das BLV hat bisher drei Proben betroffener Familien analysiert. Zwei davon enthielten Cereulid. Dabei handelte es sich um Produkte der Marke Aptamil, die der Hersteller Danone am 5. Februar zurückgerufen hatte. Eine BLV-Sprecherin betonte auf Anfrage der F.A.Z., dass man eine Erkrankung nicht abschließend auf eine konsumierte Säuglingsnahrung zurückführen könne, auch wenn im entsprechenden Produkt Cereulid nachgewiesen werde. Denn es bestehe immer die Möglichkeit, dass ein Kind beispielsweise an einem – möglicherweise unerkannten – Infekt gelitten oder das entsprechende Produkt nicht vertragen habe.

Trump stärkt Bayer AG

Glyphosat nötig für die nationale Sicherheit

wvp. WASHINGTON. Per präsidentialer Verfügung hat Donald Trump glyphosatsbasierte Pflanzenschutzmittel als elementar für die nationale Sicherheit eingestuft. Das ist ein weiterer Erfolg für den Pharmakonzern Bayer, den einzigen inländischen Produzenten der betreffenden Herbizide in den USA. Trump ordnete nun an, die Produktion sowie den dafür notwendigen Abbau von Phosphatgestein in den Anwendungsbereich des „Defense Production Act“ (DPA) aufzunehmen. Das Gesetz aus dem Jahr 1950 verleiht dem Präsidenten weitreichende Befugnisse: Er kann die heimische Industrie verpflichten, Güter für die nationale Verteidigung sowie für Katastrophenfälle (wie Pandemien oder Energieengpässe) zu priorisieren und zu produzieren.

Die praktischen Rechtsfolgen im konkreten Fall sind noch unklar. Im Dekret werden neben Glyphosat auch Phosphatverbindungen als elementar für die nationale Sicherheit eingestuft. Sie werden für die Glyphosatproduktion genutzt, sind aber auch wichtig für militärische Anwendungen. Bayer betreibt in Idaho eine Phosphatmine, deren Kapazität erweitert werden soll. Trump und seine Landwirtschaftsministerin Brooke Rollins können Bayer nun anweisen, für nationale Bestände zu produzieren. Zugleich kann der Konzern hoffen, dass die Regierung hilft, die Produktion abzusichern.

Das Dekret dürfte überdies Einfluss auf die Entscheidung des Supreme Courts haben. Im Januar hatte das Gericht bestätigt, es werde eine Berufung des globalen Agrarchemiekonzerns annehmen, mit der Bayer Tausende Klagen auf Ebene der Bundesstaaten blockieren will. In den Verfahren wird dem Unternehmen vorgeworfen, nicht ausreichend davor gewarnt zu haben, dass sein populäres Unkrautvernichtungsmittel Roundup Krebs auslösen könne. Die Richter prüfen, ob die Zulassung des Unkrautvernichters



Großreinemachen und Werben um Vertrauen: Philipp Navratil, der neue Nestlé-Chef

Foto dpa

Nestlé kämpft um Vertrauen

Der Babymilchskandal belastet den Schweizer Lebensmittelriesen. Der neue Vorstandschef krempelt den Konzern jetzt um. Die Börse applaudiert.

Von Johannes Ritter, Zürich

stammte von der Firma Cabio Biotech. Das Unternehmen aus Wuhan antwortet nicht auf Presseanfragen. Im Oktober hatte Navratil das laufende milliardenschwere Kostensenkungsprogramm verschärft und den Abbau von 16.000 Arbeitsplätzen angekündigt. Könnte dies direkt oder indirekt zu Defiziten im Qualitätsmanagement führen oder schon geführt haben? Diese Frage verneinte Navratil. Produktqualität und -sicherheit stünden an erster Stelle. „Da nehmen wir keine Abkürzungen.“ Auf diesem Feld sei auch nicht geplant, Investitionen oder Stellen zu streichen. Nestlé folge in seinen Fabriken strengen Vorgaben, die meist über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinausgingen.

Der größte Rückruf in der Unternehmensgeschichte hat das Konzernbetriebsergebnis, das 2025 um gut acht Prozent auf 14,4 Milliarden Franken gesunken ist, mit 75 Millionen Franken belastet. Nach Einschätzung der Nestlé-Finanzchefin Anna Manz dürften im ersten Quartal des laufenden Jahres infolge der Produktrückgaben und Lagerengpässe etwa 200 Millionen Franken Umsatz verloren gehen. Die indirekten Auswirkungen des Vorfalls, der den Ruf von Nestlé beschädigt hat, seien derzeit schwer einzuschätzen. Navratil indes zeigte sich zuversichtlich, dass das Unternehmen keinen dauerhaften (Marken-)Schaden erleiden werde.

Im Jahr 2025 sank der Umsatz des Konzerns um zwei Prozent auf 89,5 Milliarden

Franken. Bereinigt um Wechselkurseffekte sowie Zu- und Verkäufe meldet Nestlé ein organisches Wachstum von 3,5 Prozent nach 2,2 Prozent im Jahr zuvor. Hierzu trugen vor allem Preiserhöhungen bei. Für das laufende Jahr peilt Navratil ein organisches Wachstum von drei bis vier Prozent sowie eine operative Ergebnismarge an, die oberhalb der 16,1 Prozent liegen soll, die 2025 erreicht wurde.

Navratil will das Wachstumstempo durch einen Konzernumbau beschleunigen. Er richtet das Geschäft auf vier Kernbereiche aus: Kaffee, Tierfutter, Nutrition und Gesundheit sowie Kulinarikprodukte und Snacks. Die bisher separat geführte Gesundheitssparte (Health Science) wird mit der Nutrition-Einheit zusammengeführt, um Synergien zu heben. Schwach laufende Geschäfte will Navratil konsequenter als bislang aussortieren. Das Speiseeisgeschäft in Asien, Kanada und Lateinamerika, das Nestlé bisher noch in Eigenregie betreibt, soll an das bestehende Eis-Joint-Venture Froneri verkauft werden. Der Aktienkurs von Nestlé stieg am Donnerstag im Verlauf um drei Prozent auf 80,40 Franken. Hierzu dürfte beigetragen haben, dass die Dividende um fünf Rappen auf 3,10 Franken steigen soll.

Nicht nur die Deutsche Bahn im Visier

Hacker greifen die IT-Systeme an. Das zeigt, was auf Europa gerade zurollt

fib./maxs. FRANKFURT. Wer sich am Dienstagmittag oder Mittwoch über die App „DB Navigator“ über Zugausfälle informieren oder ein Ticket buchen wollte, erhielt oft eine Fehlermeldung. Hintergrund war ein Cyberangriff, erklärte die Deutsche Bahn am Mittwoch. Die Attacke sei „gezielt auf die DB gerichtet“ gewesen und „in Wellen erfolgt“. Ein Muster, das derzeit oft in Europa auftritt.

Die Bahn war Ziel einer sogenannten DDoS-Attacke (Distributed Denial-of-Service). Dabei schicken Hacker gleichzeitig Tausende Anfragen an ein System, bis es überlastet ist und im schlimmsten Fall zusammenbricht. Im Falle der DB sollen sogar Milliarden Anfragen je Minute eingegangen sein. Claudia Plattner, die Chef-in des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik, sprach von einer „unglaublich breitbandigen Attacke“. Das sei ganz klar „die größere Kante, keine alltägliche Dimension“, sagte sie dem WDR.

Lange galten DDoS-Angriffe als relativ simple Methode sogenannter „Script Kiddies“, also unerfahrener Hacker, die aus Neugier oder Spaß am Vandalismus vorgefertigte Angriffsmuster nutzen. Doch die Methoden haben sich weiterentwickelt. DDoS-Angriffe sind nicht nur viel größer, sondern auch schneller, gezielter und raffinierter geworden. Sie lassen sich längst bei hoch professionalisierten Hackern im Darknet bestellen, die mit gefälschten Kreditkarten Kapazitäten bei Cloud-Anbietern buchen, um möglichst große Datenmengen auf die Systeme zu jagen. Die Angreifer nutzen Künstliche Intelligenz, um ihre Attacken zu optimieren und besser zu tarnen. Auch staatliche Akteure, etwa aus Russland, greifen immer wieder auf DDoS-Angriffe zurück. Beispielsweise löste der Taiwan-Besuch der US-Senatorin Nancy Pelosi im Jahr 2022 großflächige DDoS-Angriffe auf die taiwanische Infrastruktur und wichtige Unternehmen des Landes aus, die später eindeutig chinesischen Akteuren zugeordnet wurden.

„Der Ausfall von Bahn.de zeigt, wie verwundbar selbst zentrale Plattformen

sind“, sagt Jens-Philipp Jung. Er leitet die Geschäfte des Frankfurter IT-Sicherheitsunternehmens Link11, das sich unter anderem auf die Abwehr von Überlastungsattacken spezialisiert hat. DDoS-Angriffe funktionierten heute wie Influenzaviren in der Grippezeit: „Angriffsmuster verändern sich permanent, sie werden jedes Mal anpassungsfähiger, und der bisherige Schutz hilft kaum noch.“ Und die Zahl der Angriffe steigt.

Link11 hat in den durch das Unternehmen geschützten Systemen einen Anstieg der DDoS-Angriffe um 225 Prozent gegenüber dem Vorjahreshalbjahr festgestellt. Das Angriffsvolumen summierte sich auf 438 Terabyte. Das entspricht dem Datenverbrauch von sieben Jahren ununterbrochenem Netflix-Streaming in 4K-Auflösung. Insbesondere geopolitische Spannungen seien ein Treiber.

Auch die Dauer der Attacken nehme zu. Der längste dokumentierte Angriff erstreckte sich über mehr als acht Tage. Diese „koordinierten Dauerfeuer“ stellen etablierte Verteidigungssysteme im Vergleich zu kurzen Blitzattacken vor Herausforderungen. Besonders raffiniert sind sogenannte Layer-7-Attacken, die sich als legitimer Datenverkehr tarnen, indem sie scheinbar herkömmliche Anfragen generieren. So können auch weniger breitbandige Attacken durch die Sicherheitsnetze rutschen.

„DDoS-Angriffe auf zentrale Dienste, wie die der Deutschen Bahn, gehören mittlerweile zum Alltag“, sagt Mirko Ross vom IT-Sicherheitsunternehmen Asvin. Für gewöhnlich könnten solche Angriffe mit den entsprechenden Maßnahmen abgefangen werden. Die Größe des Angriffes auf die DB lasse aber auf Fähigkeiten schließen, die über die gewöhnlicher Cyberkrimineller oder Aktivisten hinausgingen. Ob es sich um einen russisch lancierten Angriff handle, bleibe abzuwarten. „In der Regel benötigt die forensische Analyse und Zuweisung von staatlichen Akteuren einige Zeit, da diese geübt darin sind, falsche Spuren zur Her-

kunft der Angriffe zu legen“, sagt Ross. Die „Bild“-Zeitung hatte unter Verweis auf ungenannte Quellen berichtet, russische Hacker steckten hinter den Angriff.

Klar ist, dass gegnerische Geheimdienste die deutsche Wirtschaft zunehmend ins Visier nehmen. „Hybride Angriffe auf Deutschland, die sich in einer Grauzone zwischen Krieg und Frieden abspielen, sind kein potentielles Risiko, sie sind Realität“, sagte Bitkom-Präsident Ralf Wintergerst zuletzt. Gerade wurde die technische Infrastruktur der Verwaltung der EU-Kommission Ziel von Hackern. Binnen Stunden waren die Attacken erkannt, eingeehgt und abgewehrt. Anfang Februar waren gleich mehrere Ministerien Spaniens im Visier. Erst erklärten Hacker, aus den als sicher geltenden Systemen des Finanzministeriums 47 Millionen Datensätze abgegriffen zu haben. Dann fuhr das Wissenschaftsministerium Teile seines IT-Systems herunter, um Hacker-Attacken zu unterbinden.

In Italien soll sich kurz vor der Eröffnung der Olympischen Spiele in Mailand und Cortina über IT-Plattformen der Veranstalter eine Welle von Spam-Mails ergossen haben, welche die Systeme überlasten und ausschalten sollte. Als Angreifer wurde die russische Hackergruppe NoName057(52) identifiziert. Die anrollenden Angriffe konnten zum Großteil abgewehrt werden.

Angesichts der globalen Bedrohungslage legte die Kommission Ende Januar ein neues Cybersicherheitspaket vor, um Europa ein koordiniertes Vorgehen zu erlauben und vor Angriffen in den Netzen besser zu schützen. Schon seit Dezember ist in Deutschland das NIS-2-Umsetzungsgesetz in Kraft, das eine europäische Richtlinie für sichere Cyber- und IT-Systeme aufgreift, um die kritische Infrastruktur abzusichern. Dazu gehören allein hierzulande rund 30.000 Unternehmen, Institutionen und Organisationen wie Transportunternehmen, Energieversorger, Finanzinstitute oder Krankenkassen.



Schlechter Start

Von Johannes Ritter

Schlechter hätte der Start von Philipp Navratil in sein neues Amt als Vorstandsvorsitzender von Nestlé nicht sein können. Nur wenige Monate nachdem der Schweizer die Führung des größten Lebensmittelherstellers der Welt übernommen hat, erschüttert der Skandal um kontaminierte Babymilch den Konzern. Dass ein chinesischer Produktionspartner eine verunreinigte und somit toxische Zutat geliefert hatte, die für Säuglinge gefährlich sein kann, betrifft zwar auch einige andere Hersteller wie Danone und Lactalis. Aber das ist für Nestlé kein Trost. Als Weltmarktführer im Verkauf von Babynahrung steht für den Konzern besonders viel auf dem Spiel – zumal er gerade in diesem Geschäft schon einmal am Pranger stand: Vor gut 50 Jahren sah sich Nestlé dem Vorwurf ausgesetzt, Mütter in Entwicklungsländern durch aggressive Werbung dazu zu animieren, Milchpulver statt der nachweislich gesünderen Muttermilch zu verwenden.

Säuglingsnahrung ist ein besonders heikles Feld, wie auch ein Fall aus dem Jahr 2008 zeigt. Damals mischte ein chinesischer Hersteller seinen Milchprodukten die Industriechemikalie Melamin bei, um den Proteingehalt künstlich zu erhöhen. Dadurch erkrankten fast 300.000 Babys, sechs starben. In der Folge griffen viele Eltern zu (teureren) Markenprodukten aus dem Westen. Doch dieses Vertrauen ist durch den jüngsten Skandal schwer beschädigt worden. Der Imageschaden könnte auf andere Geschäftsfelder ausstrahlen. Der Fall wirkt auch ein Schlaglicht auf die Einkaufsstrategie des Konzerns. Wenn man den Einkauf aus Kostengründen zentralisiert und auf möglichst wenige Zulieferer konzentriert, potenzieren sich die Risiken, wenn in einem Glied der Lieferkette geschludert wird. Umso wichtiger ist eine gut funktionierende Qualitätskontrolle. Doch diese hat sowohl bei dem chinesischen Lieferanten als auch im Hause Nestlé versagt.

Scherbenhaufen

Von Niklas Záboci

Das Luftkampfsystem FCAS sollte das Leuchtturmprogramm der europäischen Rüstungskooperation sein. Das Potential hatte es. Die Architektur mit hochmodernem Kampfflugzeug, Drohnen und Vernetzung ist und bleibt verheißungsvoll. Doch knapp neun Jahre später stehen Deutsche und Franzosen vor einem Scherbenhaufen. Im Streit um Führung und Arbeitsanteile haben sich die Industriepartner Airbus und Dassault verhakht. Die Politik ist nicht willens oder fähig, daran etwas zu ändern. Und so geht in dem Multimilliardenprogramm, das Europa auf vielen Ebenen unabhängig machen soll von amerikanischer Technik, schon seit Monaten nichts mehr voran.

Nun hat Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) öffentlich das Todesurteil gefällt – mit einer Argumentation, die in Paris zu Recht irritiert. In einem Podcast verwies Merz auf ein „echtes Problem im Anforderungsprofil“. Frankreich brauche anders als die Bundeswehr ein atomwaffenfähiges und ein flugzeugträgerfähiges Flugzeug. Zudem stellte der Kanzler die Grundsatzfrage, ob man in 20 Jahren eigentlich noch ein bekanntes Kampfflugzeug brauche. So berechtigt Reflexionen über beide Punkte sind: Auf Fachebene ist in den vergangenen neun Jahren hinlänglich darüber gesprochen worden. Bislang deutete nichts darauf hin, dass FCAS deshalb scheitern sollte.

Viel spricht dafür, dass Merz sich unbedacht geäußert hat und seine Argumente gegen FCAS vorgeschoben sind. Das wiegt in mehrfacher Hinsicht schwer. Er stößt damit die französischen Partner vor den Kopf, wie man es umgekehrt auf deutscher Seite zuvor zu Recht Dassault-Chef Éric Trappier vorgeworfen hat. Und indem Merz nicht sagt, wohin statt FCAS die Reise gehen soll, lässt er auch die heimische Industrie im Regen stehen. Von einem Kanzler, der Deutschland wehrfähig machen will, darf man mehr erwarten.

Finanzen

Eurobonds für Tagesgeld-Sparer

Jenseits aller politischen Diskussionen: Was könnten Sparer von gemeinsamen Anleihen der Eurostaaten etwa zur Finanzierung der Verteidigung erwarten?

Von Christian Siedenbiedel, Frankfurt

Ein Stück Papier wird man nicht ausgehändigt bekommen. Das Ganze bekommt aber eine Wertpapierkennnummer, einen Kupon und ein Rating. Was weiß man sonst noch über jene mysteriösen „Eurobonds“, über die derzeit politisch so gestritten wird? Frankreich ist dafür, Deutschland dagegen. Während die Staaten Europas sich raufen, ob es gut wäre, sich gemeinsam am Anleihemarkt zu verschulden, um beispielsweise die gewaltigen Herausforderungen in der Verteidigung leichter stemmen zu können, sehen Anlagefachleute die Eurobonds nüchterner. Manchmal nennen sie sogar alle in der Währung Euro notierten Anleihen einfach Eurobonds. In der aktuellen Diskussion aber geht es um mehr: gemeinsame Staatsanleihen aller Euroländer.

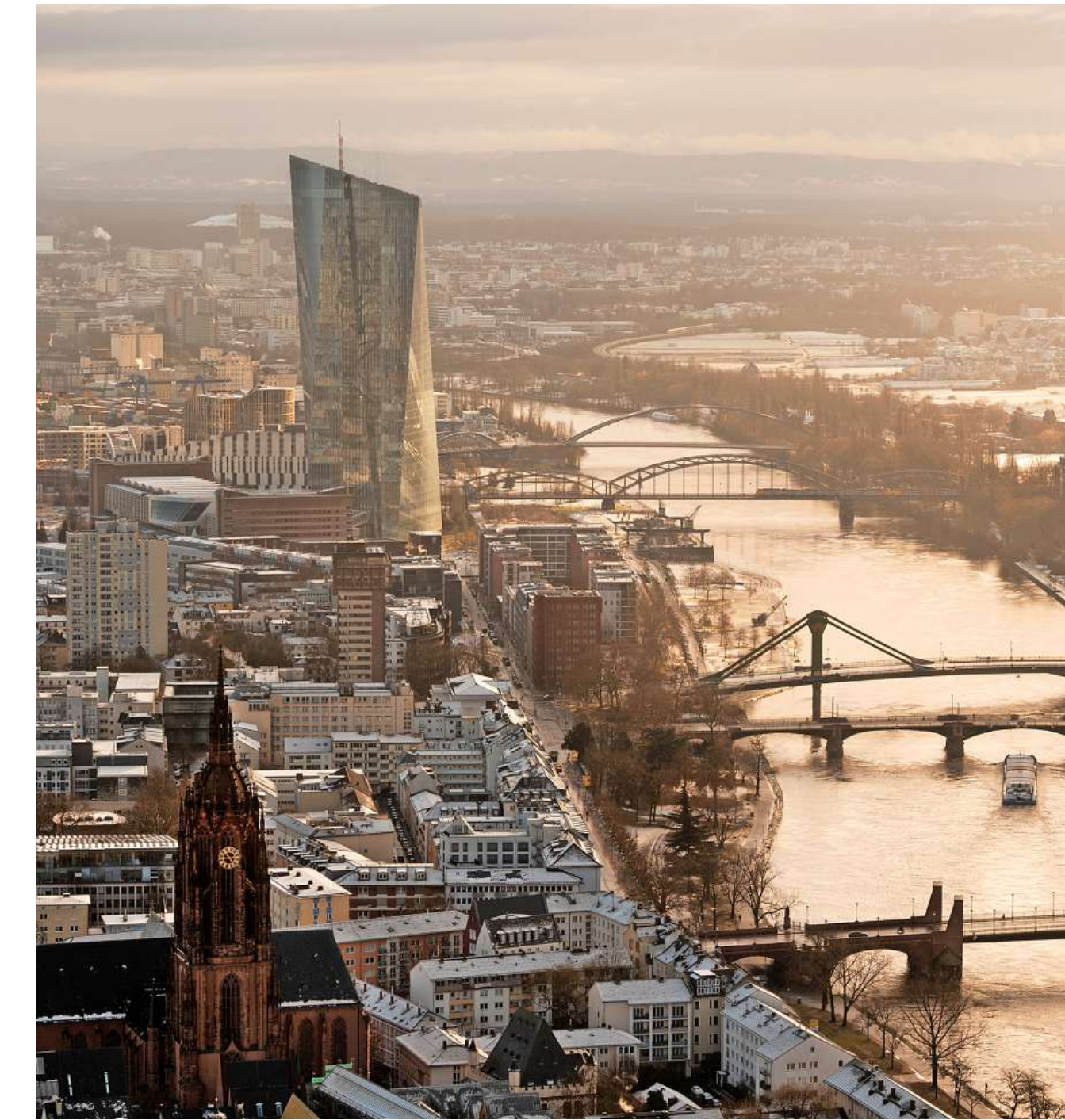
Doch was würde so ein Wertpapier für Sparer und Anleger bedeuten? Wenn man mit Anlagefachleuten wie Ulrich Stephan, dem Chefanlagestrategen der Deutschen Bank für Privat- und Firmenkunden, über diese Frage redet, betonen sie weniger das Neue an möglichen Eurobonds als vielmehr die Vergleichbarkeit mit vielen längst existierenden Papieren. „Es gibt bereits europäische Anleihen, sollte es für weitere Zwecke weitere Emissionen geben, werden diese sich sicherlich nach den bestehenden Bedingungen richten“, sagt Stephan. Und auch Christoph Rieger, Anleihefachmann der Commerzbank, hebt hervor: „Eurobonds sind schon länger Wirklichkeit – und wir sind der festen Überzeugung, dass sie gekommen sind, um zu bleiben.“

Für Sparer würden sich zwei Fragen stellen: Was kostet es, und was bringt es? Oder anders formuliert: Welche Rendite könnte man als Anleger von möglichen neuen Eurobonds erwarten, und wie gefährlich ist es bei Eurobonds im Vergleich zu Tagesgeldkonten, Festgeldkonten oder Bundesanleihen, dass man als Sparer sein Geld am Ende nicht wiedersieht?

Anlagefachmann Stephan nennt zwei Beispiele von Papieren, die man vielleicht etwas mit den künftigen Eurobonds vergleichen könnte: die Anleihen aus dem EU-Wiederaufbauprogramm und Anleihen aus dem Programm Next Generation EU (NGEU). Emittent sei in beiden Fällen die EU, vertreten durch die Europäische Kommission gemäß Artikel 47 des EU-Vertrages.

Hinsichtlich der Rendite liegen diese Papiere etwas oberhalb der Rendite der deutschen Bundesanleihe, aber noch nicht auf dem deutlich höheren Niveau der französischen oder italienischen Staatspapiere. „Aktuell rentiert eine Anleihe mit siebenjähriger Laufzeit aus dem EU-Wiederaufbauprogramm mit 2,72 Prozent“, sagt Stephan: „Anleihen aus dem NGEU-Programm rentieren analog.“

Zum Vergleich: Die Rendite der deutschen Bundesanleihe ist im Zuge der Pläne der Bundesregierung für höhere Staatsausgaben und Staatsschulden im



Innerhalb der Notenbank sind die Auffassungen zu Eurobonds so divers wie im Finanzministerrat.

Foto Frank Röth

Laufe des vergangenen Jahres gestiegen. Derzeit beläuft sie sich auf rund 2,5 Prozent. Damit bringt das europäische Papier ungefähr 0,2 Prozentpunkte mehr als das deutsche. Die Rendite französischer Staatsanleihen mit sieben Jahren Laufzeit beläuft sich auf 2,9 Prozent, also rund 0,2 Prozentpunkte mehr als die EU-

Anleihe. Italienische Siebenjährige kommen auf eine Rendite von 2,98 Prozent.

„Die EU-Anleihen sind grundsätzlich ähnlich wie Bundesanleihen bewertet, allerdings gibt eine große Ratingagentur der EU eine um einen Tick schlechtere Bonitätsbewertung“, sagt Anlagefachmann Stephan. Standard & Poor's habe

die EU um eine Stelle schlechter eingestuft als die Bundesrepublik Deutschland. Für diese leicht schlechtere Bonitätsbewertung müsse die EU einen etwas höheren Zins zahlen.

„EU-Anleihen gelten dennoch als sehr sicher“, hebt Stephan hervor. „Da auch die Stückelung zu 1000 Euro in der Regel

für Privatanleger geeignet ist, sind die Anleihen insgesamt interessant.“

Ob es nach einer möglichen künftigen Emission von Eurobonds im großen Stil für Anleger besser wäre, Bundesanleihen oder Eurobonds zu kaufen, hänge von der Risikotoleranz ab, meint Stephan. „Beide Emittenten, sowohl die EU wie Deutschland, gelten als mündelsicher – dennoch weist Deutschland mit einer leicht besseren Bewertung einen niedrigeren Zins aus.“

Spannend könnte werden, ob mögliche Eurobonds dann andere Sparformen verdrängen. Viele Sparer in Deutschland halten ihr Geld auf Giro-, Tages- und Festgeldkonten. Früher waren Bundes-schatzbriefe noch sehr beliebt. Es gibt aber auch immer mehr Privatanleger, die Wertpapierdepots haben. Und da spielen neben Aktien die Anleihen eine wichtige Rolle: Wer mehr Risiko eingehen will, setzt auf Unternehmensanleihen oder Schwellenländer, wer vorsichtig ist, landet häufig bei Bundesanleihen.

Wenn die neuen Eurobonds ein sogenanntes „safe asset“ im großen Stil werden sollen, wie ihre Befürworter sagen, müssten sie sich eigentlich auch in privaten Depots finden. Im Vergleich zu Tagesgeldkonten jedenfalls kann sich eine Verzinsung von 2,72 Prozent durchaus sehen lassen: Nach Zahlen der FMH-Finanzberatung in Frankfurt zahlen Deutschlands Banken im Schnitt 1,45 Prozent auf Tagesgeld. Für Festgeld auf zehn Jahre gibt es 2,45 Prozent.

Bankeinlagen sind in Deutschland durch die Einlagensicherung sowie zusätzliche Einrichtungen der Banken geschützt. Dass man da sein Geld nicht wieder sieht, ist schon sehr unwahrscheinlich. Wie die Haftungsregeln für die neuen Eurobonds aussähen, weiß man noch nicht. Ralf Umlauf, Rentenmarktfachmann der Landesbank Hessen-Thüringen, sieht noch viele Fragen: Ist eine solidarische Haftung für alle Schulden der teilnehmenden Staaten geplant? Ist die EU für die Rückzahlung verantwortlich oder eine Gruppe von teilnehmenden Staaten? Werden in diesem Prozess Steuererhebungs-kompetenzen auf die EU übertragen? Sollen generell alle Ausgaben der Staaten und der EU über die Anleihen finanziert werden, oder gibt es nur investitionsbezogene Finanzierungen?

Für die derzeitigen EU-Bonds jedenfalls scheint der Markt die Rückzahlung für etwas weniger wahrscheinlich zu halten als für deutsche Staatsanleihen – aber nicht für dramatisch weniger. „Dass Eurobonds am Markt gut aufgenommen würden, kann man vermuten“, sagt Umlauf. Das Beispiel der bisher begebenen EU-Bonds zeige, dass die Investoren durchaus Interesse an gesamteuropäischen Papieren haben: „Dies würde umso mehr gelten, wenn ein liquider und tiefer Markt entstehen würde, der ein entsprechend großes Volumen hätte.“

25.000 Punkte im Dax wieder in Gefahr

dpa-AFX. FRANKFURT. Nach dem starken Vortag mit einem vorläufigen Befreiungsschlag bis auf mehr als 25.300 Punkte im Dax sind die Anleger am Donnerstag wieder vorsichtiger geworden. Anschlusskäufe gab es erst einmal keine, womöglich auch wegen einer steigenden Gefahr eines Kriegs zwischen Iran und den USA. Während die Ölpreise vor diesem Hintergrund zulegten, ging es für den Dax zurück in Richtung der runden Marke von 25.000 Punkten. Zuletzt sank der deutsche Leitindex um 0,95 Prozent auf 25.038 Zähler. Auffallend waren hohe Kursverluste für Airbus. Etwas getrübt wurde die Laune zudem von der US-Notenbank, die im Protokoll ihrer jüngsten Sitzung die Risiken betonte, die von einer zu hohen Inflation ausgehen können. Zuletzt hatte sich die Hoffnung auf eine Zinssenkung der Fed bereits nach hinten verschoben. Der M-Dax mit den mittelgroßen deutschen Werten verlor am Donnerstag 0,55 Prozent auf 31.569 Zähler. Der Eurozonen-Leitindex Euro Stoxx 50 sank um 0,9 Prozent. Beim Flugzeugbauer Airbus bemängelten Marktteilnehmer den schwachen Ausblick, der unter den Erwartungen liege. Analysten hatten mit noch mehr Flugzeugauslieferungen gerechnet als von Airbus in Aussicht gestellt. Die Papiere rutschten am Dax-Ende um sieben Prozent ab.

BBVA bringt bis zum Sommer eine Kreditkarte

Kundeneinlagen der spanischen Digitalbank liegen nach den ersten sechs Monaten bei rund fünf Milliarden Euro

arp. FRANKFURT. Die spanische Digitalbank BBVA will ihren deutschen Kunden noch vor Beginn der Sommerreise-saison eine Kreditkarte anbieten. Dies erfuh die F.A.Z. exklusiv. Damit will das spanische Institut, das im vergangenen Juni zunächst mit einem verzinsten Girokonto in den deutschen Markt eingetreten ist, seine Produktpalette erweitern und sich von Neobanken absetzen. Diese bieten vielfach lediglich Debitkarten, die gerade im Ausland etwa bei Autovermietern oder Hotels nicht akzeptiert werden. Auch die ING Deutschland hat eine Kreditkarte angekündigt, bislang aber noch nicht auf den Markt gebracht.

Über die genauen Konditionen ist noch nichts bekannt, allerdings bietet die BBVA schon mit ihrer Debitkarte günstige Voraussetzungen. So verzichtet sie, anders als beispielsweise die ING Deutschland, auf Fremdwährungsgebühren bei Zahlungen mit der Debitkarte außerhalb der Eurozone. Bei vielen anderen Instituten werden zwei Prozent auf den Umsatz fällig. Für die Nutzung von Geldautomaten außerhalb der Eurozone berechnet die BBVA pauschal zwei Euro pro Abhebung unter der Voraussetzung, dass mindestens 150 Euro in Landeswährung abgehoben werden. In Spanien können Geldautomaten der BBVA ohne jede Einschränkung genutzt werden.

Die BBVA betreibt Digitalbanken in Italien und Deutschland, bei denen die Kunden 12,2 Milliarden Euro an Einlagen halten, teilte die BVVA der F.A.Z. mit. Mehr als 40 Prozent entfallen dabei auf Deutsch-

land – also rund fünf Milliarden Euro. Zum Vergleich: Die nach Kunden 100-mal größere ING Deutschland hat lediglich 30-mal so hohe Kundeneinlagen, nämlich 156 Milliarden Euro. Auch der Umstand, dass die BBVA der spanischen Einlagensicherung unterliegt, die Guthaben nur bis zu einer Summe von 100.000 Euro garantiert, schreckt die Sparer offenbar nicht ab. 23 Prozent halten Guthaben von mehr als 100.000 Euro, gibt die Bank an. Die meisten deutschen Institute, wie auch die Direktbanken ING und DKB, können als Mitglieder der freiwilligen Einlagensicherung des Bankenverbands deutlich höhere Summen garantieren. Die BBVA hat bislang einen Beitritt in die freiwillige Einla-

genversicherung für nicht nötig erachtet und verweist auf ihre 168-jährige Tradition sowie ihre Finanzstärke. An der Börse ist die spanische Bank mit 114 Milliarden Euro knapp doppelt so viel wert wie die Deutsche Bank.

Die genaue Zahl der Kunden und weitere Finanzdaten will die Digitalbank zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht mitteilen, gibt aber an, dass die Kundenzahl acht Monate nach Markteintritt im sechsstelligen Bereich liegt. „Seit unserem Start in Deutschland Ende Juni 2025 sind wir mit den ersten Ergebnissen sehr zufrieden. Die Resonanz war vom ersten Tag an stark, und besonders ermutigend ist die hohe Kundenaktivität: Kunden ha-

ben das Angebot schnell angenommen, früh Geld auf ihre Konten eingezahlt und wichtige Funktionen aktiv genutzt“, so die Bank. Sie sieht in Deutschland eine stärkere „Dynamik“ als bei ihrem Markteintritt in Italien vor vier Jahren.

Die BBVA ist mit Kampfzinsen in den deutschen Markt eingetreten. Wer in den ersten Wochen ein Konto eröffnet hatte, bekam Guthaben bis zu einer Höhe von 500.000 Euro für die Dauer eines ganzen Jahres mit mindestens drei Prozent verzinst. Später reduzierte die Bank ihr Angebot und bot die dreiprozentige Verzinsung für einen Zeitraum von sechs Monaten. Dieses Angebot gilt heute noch.

Auch die übrige Produktpalette wurde ausgebaut. So vergibt die BBVA jetzt auch Konsumentenkredite und ermöglicht die nachträgliche Ratenzahlung getätigter Umsätze. Außerdem ist es möglich, bei einigen Supermarktketten Bargeld auf das Konto einzuzahlen. Seit Neuestem bietet die BBVA auch Festgeldkonten, mit einer Verzinsung zwischen 2,2 Prozent (sechs Monate Laufzeit und drei Prozent (fünf Jahre Laufzeit).

Auch in der Kundenkommunikation geht das spanische Institut neue Wege. In absehbarer Zukunft soll es eine BBVA-App geben, die in ChatGPT-Apps integriert ist. Sie soll Nutzern in Italien und Deutschland in einfacher Dialogform klare Antworten zu Kontobedingungen, Karten und Sparprodukten geben. Sobald sie im Markt gestartet ist, wäre sie eine der ersten Banking-Apps innerhalb von ChatGPT-Apps.



BBVA ist in Spanien verbreitet und will in Deutschland angreifen.

Foto Bloomberg



Nachdenkenswert

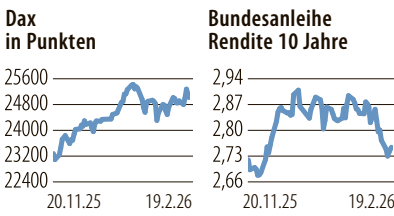
Von Archibald Preuschat

Wenn etablierte Banken und Sparkassen die Frage gestellt bekommen haben, ob sie neue Spieler im deutschen Privatkundenbankenmarkt spüren, haben sie zumeist abgewinkt. Das könnte sich als Fehler erweisen. Denn die ersten Einblicke in die Geschäftsentwicklung der ersten acht Monate, welche die BBVA jetzt gewährte, sollten Sparkassen, Volksbanken, aber auch Direktbanken durchaus Anlass zum Nachdenken bieten. Natürlich ist das Wachstum der spanischen Digitalbank auch auf das generöse Zinsangebot zurückzuführen, in welches zumindest die ersten Kunden kamen. Drei Prozent über den Zeitraum eines Jahres – mittlerweile sind es noch sechs Monate – können sich durchaus sehen lassen. Andere Direktbanken bieten mit einem oder gar nur 0,75 Prozent aufs Tagesgeld deutlich weniger. Natürlich wird es auch für die BBVA einen Realitätscheck geben, wenn die Sonderkonditionen im Sommer auslaufen. Viele Neukunden haben wohl überschüssige Liquidität bei der BBVA geparkt, um die Zinsen mitzunehmen. Nicht auszuschließen ist daher, dass auch dem spanischen Institut dann ein Mittelabfluss droht. Dennoch, der zügige Ausbau der Produktpalette, Konsumentenkredite, Festgeldangebote und in Bälde auch eine Kreditkarte machen die BBVA zu einer ernst zu nehmenden Größe im deutschen Privatkundenmarkt. Diesem wird ja nachgesagt, dass es eigentlich zu viele Banken gibt. Aber für die richtigen scheint noch Platz.

Liquidität für Banken ab 2027

Reuters. ZÜRICH. Die Schweizerische Nationalbank (SNB) hat die Rahmenbedingungen für ihre neue „Erweiterte Liquiditätsfazilität“ (ELF) festgezurr. Das Instrument solle Banken mit Sitz in der Schweiz ab Anfang 2027 im Bedarfsfall rasch und standardisiert mit flüssigen Mitteln versorgen, berichtete die Notenbank am Donnerstag. Ziel sei es, die Stabilität des Bankensystems zu stärken, wenn Institute ihre eigenen Liquiditätspuffer als nicht mehr ausreichend einschätzen. Als Pfand für die Kredite akzeptiere die Notenbank Hypotheken sowie ein breites Spektrum an Wertpapieren. Für systemrelevante Banken könnten zudem institutsspezifisch weitere Sicherheitskategorien zugelassen werden. Kernstück des neuen Regelwerks sei ein abgestuftes Verfahren beim Zugriff auf die Notenbankgelder. Bis zu einer bankenspezifischen Obergrenze – der sogenannten ELF-Limite – können Institute Liquidität gegen Sicherheiten abrufen, ohne dafür einen gesonderten Antrag stellen oder ihre Solvenz formell bestätigen zu müssen. Die Höhe dieser Limite orientiert sich an den von der jeweiligen Bank vorbereiteten und gemeldeten Sicherheiten. Erst wenn der Finanzbedarf diese Schwelle überschreite, werde die Hürde höher.

Die Börse



	18.2.26	19.2.26
F.A.Z.-Index	3374,19	3355,34
Dax	25278,21	25020,95
M-Dax	31742,22	31483,71
Tec-Dax	3721,82	3703,31
Euro Stoxx 50	6103,37	6046,06
F.A.Z.-Euro-Index	219,98	218,36
Dow Jones	49662,66	49425,57
Nasdaq Index	22753,64	22722,13
Bund-Future	129,27	129,24
Tagesgeld Frankfurt	1,99 %	1,99 %
Bundesanl.-Rendite 10 J.	2,74 %	2,75 %
F.A.Z.-Renten-Rend. 10 J.	2,91 %	2,92 %
US-Staatsanl.-Rend. 10 J.	4,08 %	4,09 %
Gold, Spot (\$/Unze)	4976,98	5006,93
Rohöl (London \$/Barrel)	70,32	71,20
1 Euro in Dollar	1,1845	1,1753
1 Euro in Pfund	0,8724	0,8738
1 Euro in Franken	0,9124	0,9119
1 Euro in Yen	181,99	182,05

Alle Werte Stand: 16:08 Uhr

NETFLIX KÄMPFT UM SEINE ZUKUNFT

Netflix will ein noch größerer Spieler auf dem Markt für Unterhaltung werden.

Finanzen, Seite 30

EIN NEUER RISIKOINDIKATOR

Bitcoin hat nach Rekordhöhen in den vergangenen Jahren erheblich an Wert verloren.

Finanzen, Seite 31

AB VOM SCHUSS

Bewahrt Franziska Preuß bei ihrem letzten olympischen Rennen die Nerven?

Sport, Seite 33

DER UNDANKBARSTE PLATZ

Keine Nation landet bei den Winterspielen so oft auf dem vierten Platz wie Deutschland.

Sport, Seite 34

Netflix kämpft um seine Zukunft

Am 20. März fällt die Entscheidung: Bekommt Netflix Warner Bros. Discovery mit HBO und DC Comics – oder grätscht Paramount mit einem höheren Gebot dazwischen? Aktivisten mischen sich ein, Senatoren warnen, die Aktionäre sind gespalten.

Von Christoph Scherbaum

Die geplante Übernahme von Warner Bros. Discovery (WBD) durch Netflix entpuppt sich als echter Krimi. Das Unternehmen, das einst mit dem Versand von Leih-DVDs begonnen hatte, würde auf diese Weise nach dem Sieg in den sogenannten „Streaming Wars“ seine Dominanz in der Entertainment-Branche erheblich ausbauen. Schließlich wurde man sich die Rechte an Marken wie HBO mit „Game of Thrones“ oder den DC Comics sichern. Paramount stellt sich diesem Vorhaben entgegen, während eine Entscheidung in der Bieterschlacht bald fallen dürfte.

Bei Netflix ist man das Hin und Her offenbar langsam leid. Konzernchef Ted Sarandos sagte gegenüber CNBC: „Paramount hat viel Lärm gemacht und die Aktionäre mit Verwirrung überschüttet (...) unter anderem durch das Aufstellen all dieser hypothetischen Angebote und direkter Gespräche mit den Aktionären unter Umgehung des Vorstands von Warner Bros. Discovery. Wir haben diesen Aktionären nun die Möglichkeit gegeben, genau das zu bekommen, was sie verdienen, nämlich vollständige Klarheit und Sicherheit.“

Warner Bros. Discovery darf im Rahmen der Bedingungen der Fusionsvereinbarung daher bis zum 23. Februar 2026 Gespräche mit Paramount Skydance führen, um Klarheit für die Aktionäre von Warner zu schaffen und Paramount die Möglichkeit zu geben, sein „bestes und endgültiges Angebot“ abzugeben.

82,7 Milliarden Dollar

Netflix hatte im vergangenen Dezember 27,75 Dollar pro Aktie in bar für die TV- und Film-Vermögenswerte von WBD geboten. So kommt der Deal auf ein Volu-

men von 82,7 Milliarden Dollar. An den traditionellen Medien-TV-Netzwerken wie CNN ist man dagegen nicht interessiert. Paramount hatte wiederum 30 Dollar je Aktie für das gesamte Unternehmen einschließlich CNN geboten. Außerdem würde man 2,8 Milliarden Dollar als sogenannte Break-up-Fee zahlen, die das Unternehmen Netflix bei einer Kündigung der Vereinbarung schulden würde.

Die Geschäftsführung von Warner Bros. steht ihrerseits weiterhin zum Netflix-Deal. Sie hatte erklärt, dass das Angebot von Netflix nach wie vor „im besten Interesse der WBD-Aktionäre“ liege. Für den 20. März ist eine außerordentliche Hauptversammlung geplant. Die Aktionäre sollen dann das vom Vorstand empfohlene Angebot bestätigen oder ablehnen.

Einige Aktionäre favorisieren wiederum das Paramount-Angebot. Wie üblich springen auch dieses Mal Marktteilnehmer auf den letzten Drücker auf, um von einer Bieterschlacht rund um eine geplante Übernahme zu profitieren. So hat nun der aktivistische Investor Ancora Holdings offiziell eine Beteiligung von 200 Millionen Dollar an WBD bekannt gegeben. Dieser drängt das Management, den Netflix-Deal aufzugeben und Gespräche mit Paramount aufzunehmen.

Kartellrechtliche Bedenken

Zu den Hauptargumenten eines Paramount-Deals gehört neben einem möglichen höheren Preis auch die Aussicht auf einen einfacheren Weg zu einer Genehmigung der Übernahme durch die Regulierungsbehörden. Selbst ohne Paramount hat Netflix in den vergangenen Jahren eine enorme Marktmacht aufgebaut.

So hatte man beispielsweise Größen wie Disney oder Amazon im Zuge der sogenannten „Streaming Wars“ ausgesto-



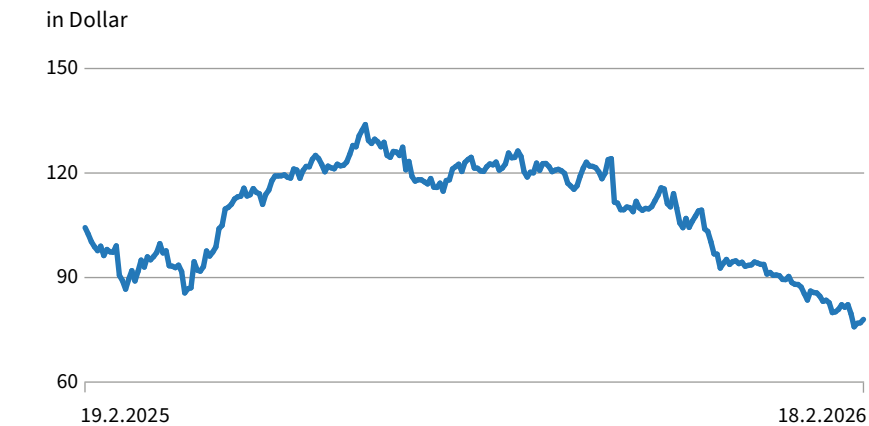
Hollywoodreif: Die geplante Übernahme von Warner Bros. durch Netflix.

Foto Reuters

chen. Zudem könnte eine WBD-Übernahme einen weiteren Schritt in Richtung Aussterben des traditionellen Kinos bedeuten. In dieses Bild passt ein Brief von Paramount-CEO David Ellison, Sohn des Oracle-Gründers Larry Ellison, an US-Senatoren. Darin warnt er, dass die geplante WBD-Übernahme durch Netflix den Wettbewerb „auslöschen“ würde, während er argumentiert, dass der Paramount-Deal einen Schub für das Streaming und den Kinoertrieb bedeuten würde.

Auch viele Netflix-Anleger könnten einen Paramount-Deal bevorzugen. Die Aktie des Streaming-Anbieters hatte in den vergangenen Jahren zeitweise einen unglaublichen Höhenflug erlebt. Zuletzt waren jedoch Sorgen über hohe Ausgaben, zum Beispiel für Inhalte, aufgekommen. Auch die milliarden schwere Übernahme von WBD wäre unter diesem Kritikpunkt einzuordnen. Zumal Netflix zuletzt keine überzeugenden Quartalsergebnisse abgeliefert hatte.

Netflix



Quelle: Bloomberg / F.A.Z.-Grafik: helff.

Im vierten Quartal lagen Umsatz und Gewinn nur leicht über den Konsensschätzungen, während die Prognose enttäuschte. Die operative Marge für das laufende erste Quartal 2026 wird bei 32,1 Prozent erwartet. Analysten hatten mit im Durchschnitt 34,4 Prozent gerechnet. Die Erlösschätzungen für das erste Quartal liegen ebenfalls leicht unter den Markterwartungen, während zuletzt auch das Nutzer-Engagement nicht an die hohen Erwartungen des Marktes herankommen konnte.

Analysten senken den Daumen

Als Folge der jüngsten Ergebnisse und Aussichten haben einige Analysten ihre Kursziele für die Netflix-Aktie gesenkt. Dazu gehört Canaccord-Analystin Maria Rippes. Sie hatte das Kursziel von 152,50 auf 125,00 Dollar nach unten gesetzt, das „Kaufen“-Rating aber bestätigt. Laut Rippes steht die Netflix-Aktie seit Ende Oktober unter Druck, was offenbar auf moderatere Engagement-Kennzahlen sowie höhere prognostizierte Ausgaben für Inhalte und andere Bereiche für 2026 zurückzuführen ist. Dennoch dürften die Führungsposition von Netflix im Bereich Originalinhalte sowie Investitionen in lizenzierte Inhalte und neue Genres aus Analystensicht weiterhin für ein dauerhaftes Engagement der Nutzer und ein

Aktienmärkte

52 Wochen	Börsenwert								
Tief	Vergleich	Hoch	Gesamt	18.2.26	19.2.26	Xetra	Veränd.	18.2.26	Div.
				Schluss	15.55 h	18.2.	30.12.25	Div.	Rend.
Dax									
25278,21	25028,56	-1,0	+2,2						
28161,00	Adidas A	157,05	156,45	-0,4	-7,5	2,00%	1,28		
149820,84	Airbus SE (NL) A	209,58	199,16	-5,3	-4,6	3,00%	1,59		
141515,83	Allianz SE A	372,50	372,00	-0,1	-4,7	15,40%	4,14		
43492,61	BASF SE A	49,91	48,73	-2,4	+9,7	2,25%	4,62		
44803,45	Bayer A	45,81	45,61	-0,4	+23,2	0,11%	0,24		
26764,12	Beiersdorf	106,30	106,20	-0,1	+13,4	1,00%	0,94		
50446,03	BMW St. A	91,80	89,90	-2,1	-3,5	4,30%	4,78		
7857,45	Brenntag SE	54,76	54,42	-0,6	+9,8	2,10%	3,86		
38233,40	Commerzbank	34,20	33,91	-0,8	-6,1	0,65%	1,92		
14698,83	Continental	73,18	73,18	-0,7	+7,7	1,80%	2,69		
32224,12	Daimler Truck Hldg.	42,32	42,09	-0,5	+12,8	1,90%	4,51		
58253,55	Deutsche Bank A	31,00	30,49	-1,6	-7,9	0,68%	2,23		
40886,76	Deutsche Börse A	217,00	217,20	+0,1	-2,9	4,00%	1,84		
56837,50	Deutsche Post A	48,65	48,25	-0,8	+5,4	1,85%	3,76		
163206,79	Deutsche Telekom A	32,37	32,73	+1,1	+18,3	0,90%	2,75		
48573,85	E.ON SE	18,59	18,39	-1,0	+14,0	0,55%	2,99		
12041,69	Fresenius M. C.	40,39	41,44	+1,6	+0,7	1,44%	3,51		
10568,27	Fresenius SE	241,82	241,82	+0,6	+6,4	1,00%	1,92		
10622,81	GEA Group	65,20	65,05	+0,1	+12,9	1,15%	1,76		
29883,97	Hannover Rück SE	245,20	247,80	+1,1	-6,9	9,00%	3,63		
36435,56	Heidelberg Materials	204,00	204,20	+0,1	-8,4	3,30%	1,62		
14662,92	Hochtief	85,80	85,60	-0,4	+18,2	2,00%	2,14		
60091,96	Infinion Techn. A	46,09	46,02	-0,2	+22,0	0,35%	0,76		
56435,79	Mercedes-Benz Grp. A	59,40	58,61	-1,3	-2,4	4,30%	7,34		
16510,70	Merck	128,55	127,75	-0,8	+4,2	2,20%	1,72		
7111,16	MTU Aero Engines	394,70	394,70	+1,2	+1,2	2,55%	2,56		
70025,76	Minchener Rück A	531,80	536,00	+0,8	-4,7	2,00%	3,73		
5481,88	Porzellan Hldg. SE	36,21	35,80	-1,1	-10,3	1,91%	5,34		
8553,25	Qiagen (NL) A	41,55	41,36	-0,5	+1,1	2,415%	0,54		
16970,93	Salzgitter A	171,14	171,14	-0,1	+12,3	0,10%	0,51		
37831,76	RWE	52,74	50,86	-3,6	+12,4	1,10%	2,16		
211941,55	SAP SE A	173,38	172,52	-0,5	-17,2	2,35%	3,51		
5223,75	Scout24 SE	66,70	69,85	+1,4	-18,8	1,32%	1,90		
192040,93	Siemens A	240,40	240,40	-1,9	-8,9	2,55%	2,56		
140230,94	Siemens Energy A	166,65	162,85	-2,3	+35,3	0,00%	0,00		
46868,40	Siemens Health. A	41,50	41,55	+0,1	-7,5	1,00%	2,41		
10485,70	Siemens	74,10	75,02	+1,2	-8,9	1,20%	1,60		
2125,75	Volkswagen VZ A	104,10	102,45	-1,9	+1,8	6,36%	0,21		
22804,11	Vonovia SE	26,91	27,29	+1,4	+11,2	1,22%	4,47		
5571,60	Zalando SE	21,16	21,09	-0,3	-16,8	0,00%	0,00		

M-Dax									
31742,22	31417,17	-1,0	+2,6						
2655,59	Axon SE	23,73	23,23	-2,1	+34,2	0,15%	0,65		
3215,83	Acquindown (L)	2,98	2,98	+3,3	+12,4	0,00%	2,36		
4076,08	Aumovio SE	40,40	40,74	-0,7	-5,1	0,00%	0,00		
7503,28	Aurubis	166,20	166,90	-0,8	+34,4	1,60%	0,96		
4120,78	Aurion Group SE	16,99	16,86	-1,7	-51,6	0,00%	0,00		
4115,16	Bechtle A	32,66	32,66	-1,9	+26,2	0,70%	1,41		
4587,98	Bilfinger SE	123,50	122,00	-1,2	+13,6	2,40%	1,97		
2432,78	Carl Zeiss Meditec A	27,18	27,20	+0,1	-32,0	0,60%	2,21		
8292,80	CIT Eventim	65,15	65,55	+0,6	-16,5	1,66%	2,56		
6188,83	Delivery Hero SE	21,57	20,62	-4,4	-9,2	0,00%	0,00		
10867,90	Deutsche Lufthansa	9,19	9,06	-1,4	+7,8	0,30%	3,31		
9286,89	Deutsche Wohnen SE	23,25	23,20	+0,7	+12,1	0,04%	0,17		
12050,00	DWS Group	58,35	60,25	+1,5	+6,6	2,20%	3,65		
7111,16	Evonik Industries	15,40	15,25	-0,9	+14,2	1,17%	7,67		
3754,80	Friedmann Rich	44,85	44,70	-0,3	+2,6	1,15%	2,57		
3350,29	flatedegiro	33,22	34,02	-8,4	-17,2	0,04%	0,13		
7688,77	Frappo	84,10	83,15	-1,1	+18,9	0,00%	0,00		
3947,87	Freemove	39,68	39,68	-1,4	+6,6	1,97%	1,62		
2432,67	Fuchs SE Vz.	37,22	37,14	-0,2	-2,6	1,17%	3,15		
9333,33	Hella	80,70	84,00	+0,4	+1,7	0,95%	1,13		
7849,46	Hensoldt A	82,40	82,50	+0,1	+12,4	0,50%	0,61		
8626,78	Hochtief	85,80	85,60	-0,4	+18,2	2,00%	2,14		
2594,24	Hugo Boss	36,87	36,85	-0,1	+1,9	1,40%	3,80		
3318,00	Ionos Group SE A	23,80	23,70	-0,4	-11,4	0,00%	0,00		
1749,12	Jungheinrich	66,32	66,44	-0,5	+2,9	0,80%	2,20		
2873,04	K&S	14,40	14,40	+2,8	+6,0	0,40%	2,44		
8547,59	Kion Group	35,35	35,15	-0,3	-4,5	0,82%	1,26		
17828,72	Knorr-Bremse	106,60	110,60	+3,8	+16,2	1,75%	1,58		
4163,97	Krones	140,80	131,80	-6,4	-2,9	2,60%	1,97		
7674,98	Kronos	14,36	14,40	+0,3	+15,9	0,15%	1,04		
5097,25	LEG Immobilien SE	66,30	67,45	+1,7	+8,4	2,70%	4,00		
7674,98	Nemetschek SE A	66,80	66,45	-1,0	+28,4	0,55%	0,83		
7849,46	Nordex SE A	34,64	33,62	-2,9	+15,5	0,00%	0,00		
6130,05	TKS	36,80	36,80	-1,9	+46,0	0,00%	0,00		
3413,06	Puma SE	23,61	23,06	-2,3	+3,4	0,61%	2,65		
8385,38	Rational	738,50	737,50	-0,1	+11,5	15,00%	2,03		
17352,70	Redcare Pharmacy (NL)	66,95	66,50	-0,7	+2,2	0,00%	0,00		
2873,04	RTG Immobilien	61,03	60,51	-0,9	+12,8	0,42%	0,69		
5694,54	RTL Group (L)	36,65	36,80	+0,4	+6,8	2,50%	6,79		
8656,13	Sartorius Vz. A	233,00	231,20	-0,8	-6,5	0,74%	0,32		
1910,01	Shoer SE	34,00	34,20	+0,6	-7,6	2,30%	6,73		
3109,17	TAG Immobilien	15,45	15,40	-0,3	+6,0	0,40%	2,44		
27398,10	Talanx	106,40	106,10	-0,3	-6,8	2,70%	2,54		
818,04	TeamViewer SE A	4,76	4,81	+1,0	-20,5	0,00%	0,00		
6982,22	thyssenkrupp	11,12	10,75	-3,3	+15,9	0,15%	1,40		
6130,05	TKS	36,80	36,80	-1,9	+46,0	0,00%	0,00		
18300,00	Traton SE	36,78	36,60	-0,5	+2,0	1,70%	4,64		
4166,01	TUI	8,39	8,21	-2,1	-8,6	0,10%	1,22		
5191,68	United Internet A	27,34	27,04	-1,1	-2,3	1,90%	7,03		
4107,02	Wacker Chemie	81,00	78,15	-2,8	+13,6	2,50%	3,17		

Prime Standard

Frankfurt	18.2. Schluss	19.2. 15.55 h																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	</
-----------	---------------	---------------	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	----

Kaum etwas ist beständiger als der Wechsel der Jahreszeiten. Der Winter kommt immer wieder, auch wenn er jedes Mal ein wenig anders aussieht. Zu gelten scheint das auch für den „Krypto-Winter“. Ende 2021 begann der erste und dauerte bis Ende 2022. Nun herrscht seit Oktober offenbar abermals Winter. Der Bitcoin-Preis ist seitdem um fast die Hälfte gefallen.

Aber das ist nur die eine Seite der Medaille. Immerhin liegt der Preis auch jetzt noch rund 330 Prozent über dem Tiefstand von November 2022. Die wahren Technologiegläubigen ficht das daher auch nicht an. Glaubt man einer Analyse der Fondsmanagerin Cathie Wood, könnte Bitcoin im Jahr 2030 rund 800.000 Dollar kosten. Denn für sie bleibt alles beim Alten: Bitcoin ist das neue, digitale Gold und wird zunehmend als Wertspeicher genutzt werden.

Nach einer Analyse der DB Research scheint in der Entwicklung aber doch eher ein Bruch vorzuliegen als Kontinuität. Die starke Kursentwicklung der Jahre 2024 und 2025 wurde von den Hoffnungen getragen, die sich mit einer positiven Entwicklung des Investment- und Regulierungsumfelds verbanden: der Zulassung von ETF im Januar 2024, positiven Kommentaren Trumps zur Kryptobranche während des Wahlkampfs und schließlich dessen Wahl im November 2024. Daran schlossen sich weitere politische Impulse an: Trumps Ankündigung von Bitcoin-Reserven sowie der „Genius Act“ zur Regulierung von Stablecoins.

Doch seitdem hat sich der Wind gedreht. Seit Oktober 2025 flossen aus US-Spot-Bitcoin-ETF mittlerweile zwölf Milliarden Dollar ab. Der „Crypto Fear and Greed Index“, der als wichtiger Stimmung Indikator gilt, steht mit aktuell 13 Punkten immer noch tief im Bereich der extremen Angst. Anfang des Monats lag der Index sogar bei nur sechs Punkten. Laut Umfragen von DB Research hat auch die Verbraucherakzeptanz nachgelassen. Lag diese im Juli 2025 noch bei 17 Prozent, waren es zuletzt nur noch zwölf Prozent.

Wer an einen Durchmarsch von Krypto und Stablecoins in der Bankenbranche glaubte, sieht sich getäuscht. Der „Clarity Act“, der vor allem klare Zuständigkeiten in der Regulierung schaffen sollte, hängt im Bankenausschuss des US-Senats fest. Der ursprüngliche Zweck des Gesetzes droht durch politische Interessen verwässert zu werden, beklagt etwa James Butterfill, Head of Research beim Kryptoinvestor Coinshares.

Ein Treffen im Weißen Haus, das ein Patt zwischen Banken und der Kryptobranche beenden sollte, endete ohne Ergebnis. Einigen können sich die Seiten vor allem nicht darüber, ob Stablecoin-Inhaber Zinsen oder ähnliche Erträge und Prämien erhalten dürfen. Die Banken fürchten einen massiven Abfluss von Einlagen – von 500 Milliarden Dollar bis Ende 2028 ist die Rede –, der vor allem die Stabilität regionaler Institute gefährden könnte. Die Verhältnisse seien ungleich: Kryptoplattformen könnten mit zinsähnlichen Renditen aufwarten, ohne denselben regulatorischen Auflagen zu unterliegen.

Und dann versetzte Finanzminister Scott Bessent der Kryptoanlage noch einen Tritt, indem er vor dem Kongress erklärte, dass die US-Regierung keine Maßnahmen ergreifen werde, um Bitcoin zu stabilisieren. Die Bitcoin, die die Regierung halte, seien ebenso wenig als strategische Investitionen oder politische Instrumente zu verstehen.

Für weitere Verunsicherung sorgen Fortschritte im Bereich der Quantencomputer. Mit diesen wäre es nach heutigem Stand möglich, zwischen 20 und 50 Prozent aller Bitcoin anzugreifen, indem die Computer aus den öffentlichen Schlüsseln zu den Wallets, die für Transaktionen genutzt werden, die privaten Schlüssel ableiten, die Zugriff auf die Wallet selbst gewähren. Das ist mit herkömmli-



Foto Bloomberg

Währung oder Geldanlage? Die unterschiedliche Sichtweise von Bitcoins wirkt sich auch auf die Wertentwicklung aus.

Vom digitalen Gold zum Risiko-Indikator?

Bitcoin hat nach Rekordhöhen in den vergangenen Jahren erheblich an Wert verloren. Warum die Krise kein kurzfristiges Phänomen sein könnte – und Bitcoin zunehmend zum Indikator für die Risikobereitschaft der Anleger wird.

Von Martin Hock, Frankfurt

chen Computern nicht möglich. Da die Bitcoin-Technik an sich nur von wenigen verstanden wird, sorgt das für Unsicherheit. Vor allem aber lastet auf Bitcoin die Risikoaversion angesichts geo- und handelspolitischer Unsicherheiten.

Für DB Research legt die jüngste Entwicklung nicht zuletzt einen Schluss ganz nahe: Bitcoin funktioniere eben nicht als „digitales Gold“. Seit dem Bitcoin-Höchststand im Oktober hat die Kryptoanlage knapp 50 Prozent verloren, der Goldpreis stieg aber um mehr als 70 Prozent. Erst in den vergangenen Tagen gab es wieder mehr Gleichlauf – indes gilt das etwa auch für US-Aktien. Für Gold sehen die Analystinnen Marion Laboure und Camilla Siazon zudem unverändert fundamentale Nachfragefaktoren. Auch die Korrelation mit dem US-Aktienmarkt sei deutlich gesunken. Bisher habe Bitcoin oft als Frühindikator für einen schwächelnden Aktienmarkt gegolten. In der zweiten Januarhälfte aber ging diese weiter verloren.

Die Quintessenz ist für DB Research vergleichsweise einfach: Der starke Anstieg des Bitcoin-Preises zwischen 2023 und 2025 deute auf eine mögliche Entkopplung von seinem fundamentalen Wert hin: Kurz, es war eine Blase, angetrieben von der Hoffnung auf noch höhere Kurse statt vom tatsächlichen zugrunde liegenden Wert mit dem zwangsläufigen Platzen derselben.

Das versteht DB Research zunächst positiv: Es signalisiere das Ende des „Tinkerbell-Effekts“, also von Bitcoin als reiner spekulativer Glaubenssache. Nun gehe der Weg hin zur greifbareren Realität. Doch die ist ihrer Darstellung nach weniger grandios als bisher geglaubt: Bitcoin sei kein echtes Zahlungsmittel und keine Währung: Es fehlten ihm Eigenschaften eines Tauschmittels, einer Recheneinheit und eines Wertspeichers. Daher werde es

Gold oder traditionelle Währungen kaum ersetzen. Die Volatilität von Bitcoin sei kein Fehler, sondern ein inhärentes Merkmal, und das werde wohl bestehen bleiben. Seine konkrete Rolle müsse der Coin erst noch finden, verschwinden werde er wohl nicht.

Andererseits gibt just diese Aussage zu denken. Wie soll ein fundamentaler Wert gefunden werden, wenn nicht klar ist, welche Rolle Bitcoin einnehmen kann? Das lässt immer noch Raum für Spekulationen und für Prognosen wie die von Cathie Wood, weil man immer noch vom großen Durchbruch träumen kann.

Aber auch etwas nüchternere Analysen lassen sich nicht davon abbringen, dass Bitcoin eine „goldene“ Zukunft beschieden sei. Butterfill etwa deutet die Kursbewegung als Übertreibung, in der sich „Stimmung und Preis von fundamentalen Indikatoren entkoppeln“. Die „fundamentale These“ sei unverändert: Bitcoin sei ein knappes, nicht staatliches

monetäres Asset mit fixer Angebotsmenge und ohne Abhängigkeit von institutioneller Glaubwürdigkeit. Für die Analysten der Kryptobörse Bitunix ist Bitcoin immer noch ein Indikator – und zwar für die Bereitschaft von Anlegern, in Anlagen mit höheren Risiken zu investieren. Dann ist auch die Volatilität, wie die DB-Research-Analystinnen schreiben, kein Fehler, sondern sogar Sinn und Zweck.

Kryptooptimisten sehen dagegen trotz hoher Nervosität erste Stabilisierungstendenzen. Die schlechte Stimmung sei in der Vergangenheit häufig mit Phasen der Bodenbildung einhergegangen, meint etwa Marc des Ligneris, leitender Portfoliomanager beim Krypto-Investor Coinshares. Er sieht Hinweise auf eine konjunkturelle Belebung in den USA, die in der Vergangenheit oft mit mehr Dynamik bei Risikoanlagen einhergegangen sei. Für den Kryptomarkt dürfte entscheidend sein, ob Bitcoin in einem stabileren Umfeld erneut an Bedeutung gewinnen könne. Violeta Todorova, Analystin bei Leverage Shares, sieht einen für Bitcoin typischen Zyklus, rund um das sogenannte „Halving“, wenn die Entlohnung für neue Bitcoin halbiert wird. Aktuell gebe es wieder „strategische Akkumulationen“, beim Stand von 60.000 Dollar könne der Boden erreicht sein. Des Ligneris liefert ein bisschen Phantasie: Die Krypto-Infrastruktur könnte von KI profitieren, etwa wenn autonome Programme selbständig Dienste einkaufen und Transaktionen über Blockchains abwickelten. Coinbase wolle dafür spezielle digitale Geldbörsen entwickeln. Selbst wenn Bitcoin mittlerweile nur noch als Hochrisikoanlage betrachtet wird, könnte in einem schrumpfenden Markt der Preis steigen und dies Risikoinvestoren wieder zum Einstieg bewegen. Das umso mehr, je höher die Risikoneigung ist. Dann wäre Bitcoin genau das: ein Indikator für die Risikoeinschätzung der Märkte.

Eurokurs stabilisiert sich wieder

dpa-AFX. FRANKFURT. Der Kurs des Euro hat sich am Donnerstag nach seinen Verlusten vom Vortag stabilisiert. Am Nachmittag notierte die Gemeinschaftswährung bei 1,17 Dollar und damit in etwa auf dem Niveau vom Vorabend. Die Europäische Zentralbank hatte den Referenzkurs zuletzt auf 1,1845 (Dienstag: 1,1826) Dollar festgesetzt.

Am Mittwoch hatten eine Reihe robuster Konjunkturdaten aus den Vereinigten Staaten den Euro belastet. Im späten Handel weitete die Gemeinschaftswährung die Verluste etwas aus, nachdem die amerikanische Notenbank Federal Reserve im Protokoll ihrer jüngsten Sitzung die inflationären Risiken betont hatte. Einige Notenbanker hatten bei dem Treffen darauf hingewiesen, dass die Fed die Leitzinsen erhöhen könnte, sollte die Teuerung über den Erwartungen der Notenbank liegen.

Volkswirt Paul Ashworth von Capital Economics geht derweil weiter davon aus, dass der designierte Notenbank-Chef Kevin Warsh Schwierigkeiten haben wird, seine Fed-Kollegen von der Notwendigkeit einer aggressiven Zinssenkung im laufenden Jahr zu überzeugen. Wenn sich – wie von ihm erwartet – das Beschäftigungswachstum festige, berge das Inflationsrisiken. Zudem verwies Warsh darauf, dass die amerikanische Kerninflation deutlich über dem Zielwert der Fed von zwei Prozent bleiben dürfte. Für die Kernrate werden schwankungsfällige Preise für Energie und Nahrungsmittel herausgerechnet.

Quantum auf Börsenkurs

Reuters. FRANKFURT. Der deutsche Drohnenhersteller Quantum Systems bereitet sich einem Medienbericht zufolge auf einen Börsengang vor. Ein Debüt sei Anfang kommenden Jahres denkbar, schrieb das „Manager Magazin“ am Donnerstag unter Berufung auf Insider. Eine Marktkapitalisierung von zehn Milliarden Euro sei realistisch. Als Zwischenschritt wolle das Start-up zuvor weitere 400 bis 600 Millionen Euro bei Investoren einsammeln. Bei dieser Finanzierungsrunde könnte die Bewertung auf sechs Milliarden Euro steigen. Das Unternehmen wollte sich nicht zu diesen Themen äußern.

Quantum Systems gehört zu den wertvollsten deutschen Start-ups. Das Unternehmen bietet Aufklärungs- und Überwachungsdrohnen an, die mithilfe Künstlicher Intelligenz (KI) gesteuert werden. Diese kommen unter anderem im Ukrainekrieg zum Einsatz. Im November hatte das Unternehmen 180 Millionen Euro frisches Kapital eingesammelt und dabei eine Bewertung von drei Milliarden Euro erreicht. Zu den Anteilseignern gehört die Beteiligungsgesellschaft Porsche SE.

Irankonflikt treibt Ölpreis

dpa-AFX. NEW YORK. Die Ölpreise haben am Donnerstag zugelegt. Vor allem die gestiegene Gefahr eines Kriegs zwischen Iran und den USA stützt laut Händlern die Preise. Ein Barrel (159 Liter) der Nordseesorte Brent zur Lieferung im April kostete 71,01 Dollar. Das waren 0,66 Dollar mehr als am Vortag. Der Preis für US-Öl der Sorte West Texas Intermediate (WTI) zur Lieferung im März stieg um 67 Cent auf 65,86 Dollar.

Nach den jüngsten Atomverhandlungen zwischen den USA und Iran häufen sich Hinweise auf einen möglicherweise bald bevorstehenden Krieg. Der Sender CBS News zitierte informierte Quellen, wonach ranghohe nationale Sicherheitsbeamte US-Präsident Donald Trump mitgeteilt hätten, dass das Militär bereit sei, schon am Samstag Angriffe auf Iran durchzuführen. Trump habe aber noch keine endgültige Entscheidung getroffen.

Die Gespräche finden vor dem Hintergrund einer militärischen Drohkulisse der Vereinigten Staaten statt. Im Januar ließ Irans Staatsapparat Massenproteste im eigenen Land brutal niederschlagen. Die USA wollen vor allem verhindern, dass Iran in den Besitz einer Atombombe kommt. Trump drohte der iranischen Führung mit militärischem Eingreifen und ließ die Militärpräsenz rund um Iran verstärken. Das Land ist ein wichtiger Ölförderland.

Nasdaq 100 am Scheideweg

Das Fundament des technologielastigen Index beginnt morsch zu werden / Technische Analyse / *Von Wieland Staud*

Die tollen Tage sind vorbei. Selbst die härtesten Feierbiester dürften wieder nüchtern sein. Allein ein wenig Schlaf wird dem einen oder anderen noch fehlen. Als ausgewiesener Faschingsmuffel erlebe ich das ausgelassene Treiben seit Jahrzehnten mit reichlich Distanz. Für mich gibt es lediglich einen Pflichttermin: den „frängischen Fasching“ aus Veitshöchheim. Zum einen habe ich eine Schwäche für diesen Landstich und seinen Menschenschlag und zum anderen, weil ich dem Auftritt der Altneihäuser Feuerwehrkapell'n entgegenfiebere: einem zwölf Mann starken Blasmusik-Ensemble aus der Oberpfalz. Sie kommen daher wie die allerletzten Volltrottel, tragen ramponierte Feuerwehruniformen aus der Kaiserzeit und hinterlassen einen bestenfalls bedingt nüchternen Eindruck.

Aber wenn sie loslegen, legt man die Ohren an. Ich kenne nichts Vergleichbares: Können vor dem Herrn. Ihr Repertoire reicht von Dixie über Schlager bis zum Kaiserwalzer. Wenn ihr Kommandant dann ein paar Verse zum Besten gibt, bleibt kein Auge trocken. Es wird ausgeteilt, als ob es kein Morgen gäbe. Alle bekommen ihr Fett ab: zuvorderst die Franken, aber auch viele „Großkopferte“. Derbe Sprüche gibt es zwar zuhauf. Aber die landen fast nie unter der Gürtellinie. Respekt und Wertschätzung bleiben erhalten.

In einer rauer gewordenen Welt möchte man meinen, dass dies unter halbwegs Gleichgesinnten gerade jetzt der Leitgedanke wäre. Man liest sich gegenseitig ordentlich die Leviten, achtet aber darauf, dass die Brücken zueinander nicht abgerissen werden. Bitter, dass man scheinbar dort darauf pfeift, wo der abgebildete Nasdaq 100 seine Heimat hat.

Aufwärtstrend intakt

Sein Chart sieht zunächst eher unspektakulär aus. Der Aufwärtstrend ist zweifelsohne intakt. Allein bei 26.000 Punkten klemmt es seit Oktober ein wenig. Seiner Fortsetzung sollte in erster Näherung dennoch wenig im Weg stehen. Aber diese Lagebeurteilung fängt an, Risse zu bekommen, sobald man auf mittelfristige Indikatoren schaut: Sie befinden sich sehr klar im „Fällt“-Modus. Aber auch das ist für sich allein genommen zunächst nicht so schlimm. Der MACD signalisiert lediglich, dass die Luft erst einmal raus, der Aufwärtstrend aber etwa in sechs von zehn Fällen nur bedingt gefährdet ist.

Kritischer wird es, wenn man tiefer bohrt und sieht, was sich hinter oder besser unterhalb dieser schillernden Fassade zuträgt: Die Schwergewichte des Nasdaq 100 fangen an wegzubrechen. Sein Fundament wird morsch. Am besten sichtbar wird diese Entwicklung bei Microsoft:

Seit dem Allzeithoch bei 555 USD Ende Juli des vergangenen Jahres haben die Pessimisten das Kommando übernommen und die Aktie auf Niveaus unter 400 Dollar gedrückt. Das ist spannend: Microsoft verliert binnen sechs Monaten 30 Prozent, mehr als eine Billion Dollar seiner Marktkapitalisierung, und dennoch ist im Chart des Nasdaq 100 davon so gut wie nichts zu sehen. Man könnte nun meinen, dass andere Schwergewichte

dies durch Kurssteigerungen aufgefangen haben. Aber das ist nicht der Fall. Amazon beispielsweise hat rund 20 Prozent verloren. Ähnliches gilt für Meta, der Kurs von Oracle hat sich gar mehr als halbiert. Selbst wenn sich beispielsweise Apple, Nvidia und Co. bislang besser gehalten haben. Fast allen Werten aus dem Billion Dollar Club ist gemein, dass sie seit einem halben Jahr keine nennenswerten Kurssteigerungen aufweisen, son-

dern in der Mehrzahl nachgegeben haben. Wenn der Nasdaq 100 sich dennoch bislang stabil zeigte, müssen deren Verluste nolens volens durch die verbleibenden Werte mit geringeren Marktkapitalisierungen aufgefangen werden. Genau das ist ein Problem: Wenn die Platzhirsche ins Wanken geraten, sind das oft Krisensymptome. Der aktuelle „Fällt“-Modus des MACD bekommt deshalb ein höheres Gewicht als frühere vergleichbare Phasen. Denn die wurden meist von stabilen Schwergewichten begleitet.

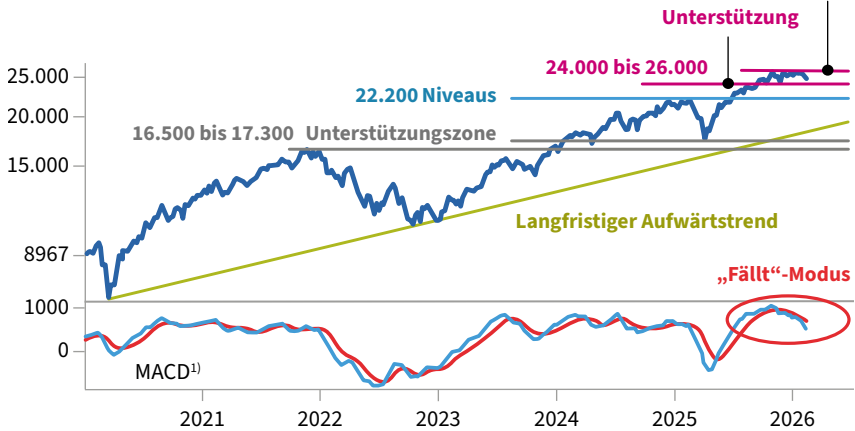
Der Trend ist ein Freund

Wie wird es weitergehen? Auch jetzt sollte man besser nicht die wichtigste aller Regeln der technischen Analyse zur Seite schieben: Der Trend bleibt unser Freund. Solange es nicht überragende Gründe für sein Ende gibt, tut man gut daran, den Abgang aufzuschieben. Aber angerichtet ist der Bärenbraten allemal. Dem Feuer fehlt nur noch ein wenig Temperatur. Die könnte sich schon mit Kursen unter 24.000 Punkten einstellen. Was momentan besonders unangenehm ist: Selbst neue Bestmarken über 26.000 Punkte würden wohl nur temporär für Entspannung sorgen.

Der Autor ist Geschäftsführer der Staud Research GmbH.

Nasdaq 100

in Indexpunkten (Skala logarithmisch)



1) MACD: Moving Average Convergent Divergence, auf Wochenschlusskursbasis.
Quelle: Staud-Research / F.A.Z. - Grafik: niro.

ANZEIGE

Name Whrg. Ausg./Rückst. Perf.
Stand: 19.02.2026 1 Monat
*Preis vom Vortag / letzt verfügbar

Nachhaltigkeits-Fonds (ESG)



info@arete-ethik.ch; www.arete-ethik.ch

Arete PRI VAL Growth	€	146,46/139,48	-2,62
Arete PRI VAL Inco	€	130,80/126,99	-0,85



www.deka.de | Tel. 069 / 7147-652

DBA ausgewogen	€	144,75/139,18	0,45
DBA dynamisch	€	136,82/131,56	0,21
DBA konservativ	€	112,91/110,70	0,58
DBA moderat	€	127,12/123,42	0,44
Deka-ESG StrInv CF	€	172,19/165,97	3,04
Deka-ESG Akt CF	€	329,15/317,25	-2,33
Deka-ESG ManSelect	€	123,46/119,00	-0,13
Deka-ESG Rent CF A	€	126,16/123,08	0,64
Deka-ESG StrInv CF	€	172,19/165,97	3,04
Deka-ESG StrInv TF	€	157,41/157,41	2,97
Deka-Nachf.E.St.CF A	€	104,79/104,79	0,25
ESG Global Champ CF	€	182,79/176,18	-3,64
ESG Se&KRed CF	€	101,80/98,12	0,46
Naspa-Ak.Gb.NachCF	€	101,72/98,52	2,85
Naspa-PS Chance	€	78,19/75,18	-1,36
Naspa-PS ChancePlus	€	157,10/149,62	-1,66
Naspa-PS Ertrag	€	49,55/48,58	-0,06
Naspa-PS Wachst.	€	51,18/49,69	-0,74
Persp.Dynamisch CF	€	120,42/114,69	-1,76
Persp.Mit Asset CF	€	117,94/114,50	-0,53

Metzler Asset Management GmbH

RWS-Aktienfonds	€	123,51/117,63	-1,69
-----------------	---	---------------	-------

ODDO BHF Asset Management

Exk:PolarisBal DRw	€	/91,11	-1,79
Exk:PolisDyn DRw	€	/105,09	-3,79
Polaris Flexi DRw	€	/90,71	-2,66
Polaris Mod DRw	€	/78,15	-0,26

Ökoworld

OkoVision Classic	€	242,35/230,81	1,47
Water For Life C	€	237,31/226,01	4,96



www.axxion.lu / info@axxion.lu

MAS Val-Priv Inv P	€	497,85/474,14	1,71
Mit Axx-Europa A	€	468,77/446,45	1,09
Mit Axx-Europa B	€	201,58/191,98	0,83



BNP Paribas Funds

Aqua	€	/243,42	3,19
China Equity	€	/185,27	0,99
Climate Impact	€	/292,63	3,98
Consumer Inn	€	/325,90	-6,88
Disruptive Techno	€	/2825	-7,62
Energy Transition	€	/721,23	2,52
Euro Equity	€	/850,57	-1,62
Euro HY ShortDu Bd	€	/133,25	0,36
Health Care Innov	€	/1716	-2,91
S&M&T Food	€	/120,02	1,25

C&P Funds (Creutz & Partners)

C&P Funds ClassiX	€	107,70/107,70	-2,23
C&P Funds DetoX	€	60,31/60,31	1,32
C&P Funds Quantix	€	194,46/194,46	-1,01



Cat Dutch Resid II	€	10,80/10,80	1,79
Cat.Scandia Chance	€	13,49/13,49	0,15
Catella European R	€	14,80/14,80	0,14
Catella MAX	€	19,73/18,79	-0,11
Catella Mod Wohnen	€	9,75/9,75	0,10
Catella Nachh Immo	€	10,26/9,96	0,40
Catella Parken Eur	€	10,38/9,89	-2,66
Catella Wohnen Eur	€	10,09/10,09	0,00
Immo-Spez.Süddeut.	€	14,11/14,11	0,29
Multiten. Stiftung	€	13,07/12,45	0,08
PaRhei Dutch Resid	€	13,86/13,86	0,15
Sar Sust Prop-EuCi	€	1113/1113	-1,58
Wirtsch.-reg SüdDE	€	10,89/10,37	0,38

Commerz Real

hausInvest	€	46,32/44,11	0,11
------------	---	-------------	------

DAVIS FUNDS SICAV

Global A	\$	75,69/71,34	-1,75
Value Fund A	\$	121,71/114,71	1,23



www.deka.de | Tel. 069 / 7147-652

AriDeka CF	€	108,93/103,49	1,49
BasisStrat Flex CF	€	138,95/133,93	-0,36
BerolinaRent Deka	€	41,72/40,26	-0,05
BW Zielfonds 2030	€	54,69/53,62	-0,27
Deka-ESG Div RHEd	€	123,26/118,80	0,99
Deka-ESG ReRheinEd	€	29,79/29,21	0,76
Deka-Europ. Bal. CF	€	57,74/56,06	0,87
Deka-Europ. Bal. TF	€	110,46/110,46	0,85
Deka-Europa Akt Str	€	108,73/103,55	1,13
DekaFonds CF	€	164,29/156,08	-1,00
Deka-Global Bal CF	€	113,40/110,10	0,73
Deka-Global Bal TF	€	107,08/107,08	0,70
Deka-MegaTrends CF	€	172,31/166,08	-2,33
Deka-Na.Div Str CF	€	157,25/151,57	1,25
Deka-Sachwer. CF	€	116,19/112,81	1,51
Deka-Sachwer. TF	€	108,95/108,95	1,48
DekaSpezial CF	€	737,36/710,71	-2,38
DekaTresor	€	88,25/86,10	0,48
DivStrateg.Eur CF	€	240,43/231,74	1,38
DivStrategieur CF	€	134,22/129,37	1,80
ESG Se&KRed TF	€	48,96/48,96	1,85
Euro Potential CF	€	170,36/164,20	0,84
EuropaBond CF	€	95,81/93,02	1,40
EuropaBond TF	€	33,74/33,74	1,35
Frankl.Sparinvest	€	216,34/206,04	-1,25
GlobalChampions CF	€	421,12/405,90	-2,57
GlobalChampions TF	€	358,98/358,98	-2,63
Mainfrt Strategiek	€	216,15/216,15	3,15
Mainfrt Wertk ausg	€	100,01/100,01	2,28
Multi Asset In.CFA	€	91,87/89,19	2,29
Multitrent-Invest	€	34,19/33,19	0,79
Multizins-INVEST	€	25,94/25,18	0,96
Naspa-Fonds	€	41,64/40,62	1,53
RenditDeka	€	22,86/22,19	1,03
RenditDeka TF	€	28,64/28,64	1,01
RentenStratGI TF	€	80,25/80,25	0,80
RentenStratGlob CF	€	83,46/81,03	0,83
Technologie CF	€	109,35/105,40	-5,69
UmweltInvest CF	€	247,52/238,57	2,50
UmweltInvest TF	€	208,36/208,36	2,44
Weltzins-Invest P	€	20,13/19,54	0,83

Deka Intern. (Lux.) (Deka-Gruppe)

1822 Str.Cha.PI.	€	165,73/159,36	-1,59
1822 Str.Chance	€	113,01/109,19	-1,14
1822 Str.Ert.PI.	€	50,74/49,50	0,18
1822 Str.Wachstum	€	61,26/59,48	-0,62
Berol.Ca.Chance	€	77,88/75,61	-1,34
Berol.Ca.Premium	€	103,53/100,03	-1,58
Berol.Ca.Sicherh.	€	45,03/43,93	0,02
Berol.Ca.Wachst.	€	45,19/43,98	-0,66
DekaEuAktSpezAV	€	193,82/193,82	6,04

ANZEIGE

MERKUR
PRIVATBANK

Jetzt testen.
Testen Sie jetzt unsere Vermögensverwaltung
und sichern sich 3,00 % Zinsen p.a.

www.merkur-privatbank.de/jetzt-testen

3,00 %
p.a.
Angebot freibleibend

DekaEuAktSpezCF(A)	€	281,55/271,37	4,95
Deka-FlexZins CF	€	1019/1014	0,44
Deka-FlexZins PB	€	1022/1022	0,45
Deka-FlexZins TF	€	1014/1014	0,43
DekaGlobAktLRGCF(A)	€	275,49/265,53	2,74
Deka-Indust 4.0 CF	€	242,79/234,01	-4,32
Deka-Indust 4.0 TF	€	219,22/219,22	-4,38
Deka-Lifestyle CF	€	93,88/90,49	-5,96
Köln Str.Chance	€	82,91/81,28	-0,78
Köln Str.Ertrag	€	46,62/45,71	0,24
Köln Str.Wachstum	€	48,31/47,36	-0,32
KölnStr.Chance+	€	71,30/69,90	-1,83
UnterStrat Eu CF	€	202,28/194,97	-2,68

Deka-Vermögensmanagement GmbH

Deka-BaAZSt off 25	€	123,01/120,60	-1,78
Deka-PB Wert 4y	€	117,57/114,15	0,59
Deka-PISel ausgew	€	129,60/125,83	-0,35
Deka-PISel dynam	€	152,17/147,74	-0,94
Deka-PISel moderat	€	111,08/108,90	0,15
DekaStruk.SChance	€	235,80/231,18	-0,80
DekaStruk.SChance+	€	371,84/364,55	-1,58
DekaStruk.SErtrag+	€	106,63/104,54	0,30
DekaStruk.SWachst.	€	119,71/117,36	-0,07
Hamb Stiftung D	€	1015/994,81	0,61
Hamb Stiftung I	€	912,67/894,77	0,61
Hamb Stiftung P	€	91,68/88,15	0,58
Hamb Stiftung T	€	127,09/122,20	0,59
Haspa TrendKonz P	€	92,44/88,88	0,71
Haspa TrendKonz V	€	99,91/96,07	0,74
LBBW Bal. CR 20	€	47,09/46,17	-0,28
LBBW Bal. CR 40	€	56,13/55,03	-0,69
LBBW Bal. CR 75	€	77,22/75,71	-1,66
Priv BaPrem Chance	€	215,41/203,22	0,81
Priv BaPrem Ertrag	€	49,17/47,28	0,38

Fonds Direkt Sicav

Skyline Dynamik	€	349,98/349,98	0,36
-----------------	---	---------------	------



www.guinnessgi.com/de
info@guinnessgi.com

Global Equity Inc	€	/19,43	2,72
Global Innovators	€	/38,25	-6,81
Sustainable Energy	€	/26,06	3,46

KUNST

Frankfurter Allgemeine
SELECTION

Meisterwerke
vergangerer Jahrzehnte
neu erleben

In einem Rückblick auf 46 Jahre erfolgreiche Galeriearbeit leben in der Reihe „DIE GALERIE öffnet ihre Schatztruhe“ internationale Größen der zeitgenössischen Kunstszene sowie Meister der klassischen Moderne mit kleinen Restauflagen auf.

Sandro Chia

Sandro Chia, geboren 1946 in Florenz, ist ein Hauptvertreter der „Transavanguardia“. Er entwickelte einen poetisch-narrativen Stil, geprägt von intensiven Farben und expressiver Figürlichkeit. Chia verbindet Kunstgeschichte, Mythologie und Popkultur. International ausgestellt, lebt und arbeitet er heute in Miami, Rom und auf seinem Weingut in der Toskana.

Scena d'Affetto – Szene der Zuneigung

Mit dieser Farbradierung schafft es Chia meisterlich, mit wenigen Bildmitteln eine Atmosphäre der Vertrautheit, der Zuneigung und Stille zu erzeugen; die intensive Farbigkeit der Rot- und Blautöne vermittelt die Kraft ihrer Liebe und die starken Gefühle, die das Paar zueinander hegt.

Die Radierung wurde 1987 in einer Auflage von 87 Exemplaren auf schweres Büttenpapier gedruckt. Aus dieser Edition im Format 72 x 93 cm stehen nur noch wenige signierte und nummerierte Exemplare zur Verfügung.

Amanti – Liebende

Die Radierung entstand 1998 in einer Auflage von 75 Exemplaren, gedruckt auf schweres Büttenpapier.

Das Paar verschmilzt farblich und formal zu einer Einheit, verstärkt durch kontrastreiche Farben und Schatten. Die stilisierten, klassischen Züge lösen die Figuren aus der Realität und heben sie auf eine idealisierte, fast zeitlose Ebene. Auch „Amanti“ im Format 93 x 72 cm ist nummeriert und signiert.

Sichern Sie eines der Bilder für 980 Euro statt 1.600 Euro zzgl. 50 Euro Versandkosten.

Universal Investment

Degussa Univ.Rent	€	65,86/64,57	0,86
-------------------	---	-------------	------

Universal-Investment-Luxembourg S.A.

CondorBalance-UI	€	112,71/107,34	-0,04
CondorChance-UI	€	126,70/120,67	0,24
CondorTrends-UI	€	114,77/109,30	-0,84

Warburg Invest

DMüller Prem Akt €	€	94,36/90,73	-1,66
--------------------	---	-------------	-------

W&W Asset Management Dublin

SouthEast Asian Eq	€	/184,77	2,03
--------------------	---	---------	------

SONSTIGE FINANZPRODUKTE

Luxembourg Placement Funds

Solitär	€	/2721	-0,16
Solitär II	€	/1811	-0,31

Weiterführende Fondsinformationen finden Sie unter



faz.net/fondsinfo

Allgemeine Erläuterungen

Investmentfonds nach Kapitalanlagegesetzbuch (KAGB)
Whrg.: Währung (A = Australischer Dollar, € = Euro, F = Schweizer Franken, £ = Brit. Pfund, ¥ = Japanische Yen, P = Polnischer Zloty, S = Schwedische Krone, \$ = US-Dollar).
Ausg.: Ausgabepreis eines Fondsanteils zum angegebenen Tag.
Rückk.: Rücknahmepreis eines Fondsanteils zum angegebenen Tag.
NAV: Nettoinventarwert.
Perf.: Performance auf Basis der letzten verfügbaren NAVs (Nettoinventarwerte). Berechnung nach BVI-Methode.
* Fondspreise etc. vom Vortag oder letzt verfügbar.
Ausgabe / Rücknahmepreise werden bei mehr als vier Vorkomma- ohne Nachkommastellen abgebildet.
Alle Angaben ohne Gewähr, keine Anlageberatung und -empfehlung.



+49 69 26095760
fundsservice@infrontfinance.com
Infront publiziert die Fondsdaten im Auftrag der Fondsgesellschaften als besonderen Service für deren Anleger.





Steinmeiers Geschichtsstunde

Aufmerksame Kunden des Olympics Shop des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) werden es sicher schon gemerkt haben: Der Link, über den die T-Shirts der Nazi-Spiele 1936 aus der „Heritage Collection“ zu kaufen waren, ist nun doch vom Netz genommen. Damit ist auch das Motiv der Winterspiele jenes Jahres in Garmisch-Partenkirchen nicht mehr online erhältlich, das einen Skisportler, die Augen (gewiss blau) geschlossen, das Haar (gewiss blond) unter einer Sturm-, pardon, einer Skihaube verborgen beim Gruß zeigt: den rechten Arm erhoben, die Hand nicht abgebildet. Wie grüßt er nur, der Skisportler, und wen? Ludwig Hohlwein, der Gestalter des Motivs, erlangte eine so große Bedeutung für die Nationalsozialisten, dass er schließlich in die „Gottbegnadeten-Liste“ des Ministeriums von Joseph Goebbels aufgenommen wurde. Womöglich ergibt sich trotz des Online-verkaufsstops noch eine Gelegenheit zu erfragen, ob die Winterspiele vor 90 Jahren „auch gute Aspekte“ mit sich brachten und welche das wohl waren. Immerhin konnte IOC-Sprecher Mark Adams mit jenen Worten mit Blick auf die Sommerspiele in Berlin im selben Jahr mal wieder Jesse Owens ins Rennen schicken, vor ein paar Tagen.

Allzu überzeugend scheint das Argument allerdings nicht daher zu kommen. Aus Schloss Bellevue ist nun zu hören, dass Frank-Walter Steinmeier kein Fan einer deutschen Olympiabewerbung um die Sommerspiele 2036 ist: „Historisch problematisch.“ Der Bundespräsident befürwortet Bewerbungen um die Spiele 2040 und 2044. Nun ließe sich beim Blick um ein Jahrhundert zurück einwenden, dass das IOC im Juni 1939 den Einfall hatte, die Winterspiele 1940 abermals an Garmisch-Partenkirchen zu vergeben. Das Deutsche Reich aber zog, statt noch einmal Olympische Spiele auszurichten, lieber noch einmal in einen Weltkrieg, um dem Weltbild, für das Propagandisten wie Hohlwein malten, zur Weltherrschaft zu verhelfen. Historisch problematisch ist das also alles. Entscheidend wird bei einer deutschen Bewerbung, ganz gleich für welches Jahr, wie die Bewerber und das IOC mit dieser Historie umgehen. Mit einem toten Link ist es nicht getan. chw.b.

„Es ist nur die erste Halbzeit“

sid. PIRÄUS. Als Patrik Schick den Hexenkessel im Süden Griechenlands zum Schweigen gebracht hatte, jubelte Florian Wirtz am anderen Ende Europas. „Vamos“, zu deutsch „Los geht’s“, schrieb Bayer Leverkusens ehemaliger Spieler bei Instagram. Aus dem fernen Liverpool feierte er den wichtigen Erfolg seiner früheren Kollegen. Durch das 2:0 (0:0) im Play-off-Hinspiel bei Olympiakos Piräus ist das Achtelfinale der Champions League für die Werkself realistisch.

Trainer Kasper Hjulmand warnte dennoch. „Es ist nur die erste Halbzeit. Wir haben eine gute Ausgangsposition, aber es ist noch nicht vorbei. Wir müssen noch ein gutes Spiel machen“, sagte er. Wie gefährlich der griechische Double-Gewinner sein kann, hatte Leverkusen schließlich beim 0:2 in der Ligaphase erfahren.

Am Mittwochabend triumphierte Leverkusen, anders als beim „Warnschuss“ (Sport-Geschäftsführer Simon Rolfes) vor einem Monat, dank einer reifen Vorstellung. Das Team habe „in gewissen Phasen daraus gelernt“, sagte Kapitän Robert Andrich: „Wir haben häufiger auch mal den langen Ball gewählt – das sieht nicht immer schön aus, nimmt aber Druck raus. Das ist ein weiterer Entwicklungsschritt bei uns. Es muss nicht immer nur schön sein.“

Schick entschied die Partie binnen 144 Sekunden: Erst verwertete er einen Konter eiskalt (60.), dann köpfte er nach einer Ecke zum 2:0 ein (63.). „Ein wichtiger Sieg. Es war ein schwieriges Spiel, weil Olympiakos sehr viel Tempo gemacht hat“, sagte Schick bei DAZN.

Der Tscheche schrieb zeitgleich Vereinsgeschichte. Er ist erst der zweite Leverkusener, der in einem K.-o.-Spiel der Königsklasse zwei Tore erzielen konnte. Das hatte zuvor nur Michael Ballack geschafft – im April 2002 beim 4:2 gegen Liverpool im Viertelfinale.

Sturz ins Ungewisse

Erstmals seit 28 Jahren bleiben die deutschen Kombinierer ohne Olympia-Medaille. Im Teamsprint wirft ein Sturz das Duo Rydzek/Geiger zurück. Waren die Wettbewerbe Werbung für den Sport?

Von Stephan Klemm, Tesero

Am Donnerstagvormittag staunten die deutschen nordischen Kombinierer noch über sich selbst. „Was ist denn hier los?“, fragte Johannes Rydzek, nachdem er gemeinsam mit Vinzenz Geiger die erste Teildisziplin, das Skispringen, glänzend beendet hatte. Die Mannschaft des deutschen Skiverbandes (DSV) gewann in dichtem Schneetreiben diese Teildisziplin. Zuvor waren Rydzek und Geiger im Einzelwettkampf mit der Anlage nicht zurechtgekommen. Die beiden starken Langläufer aus Oberstdorf befanden sich nun aber in der Goldspur.

Doch der Traum vom Triumph platzte bei ebenfalls dichtem Schneetreiben im Langlaufstadion von Tesero im Val di Fiemme am Nachmittag sehr rabiat. Geiger stürzte in der entscheidenden Phase in seiner vierten von fünf 1,5-Kilometer-Runden, die jeder Starter zu absolvieren hatte. Und das gleich zweimal kurz hintereinander im tiefen Neuschnee des Tages. Damit hatten die Deutschen keine Chance mehr auf einen der vorderen drei Plätze.

Zuvor hatte sich eine Fünfergruppe gebildet, Rydzek und Geiger liefen taktisch und hatten ihren nicht so großen Vorsprung von 13 Sekunden auf Norwegen nach dem Sprung von der Schanze bewusst abgegeben, um im Pulk zu fahren. Norwegen, Finnland, Österreich, Deutschland und Japan pflügten den Schnee fortan von vorne. Die beiden Deutschen schienen das Rennen im Griff zu haben, doch dann verlor Geiger bei seinem vorletzten Tageseinsatz in der Loipe plötzlich die Kontrolle im Tiefschnee und kippte nach links weg. Der Japaner Ryota Yamamoto fuhr daraufhin auf Geiger auf.

Geiger rappelte sich schnell auf, fiel kurz darauf aber noch einmal in den Schnee. Damit hatte er alle Chancen auf eine Medaille für sein Zweierteam eingebüßt. „Ich bin noch nie gestürzt. Dass es hier passiert, ist extrem bitter. Es war ein saublerer Fehler“, sagte Geiger nach dem Rennen.

Am Ende gewann Norwegen mit Andreas Skoglund und Jens Luraas Oftedal, der zuvor schon beide Einzel gewonnen hatte und mit drei Goldmedaillen bei drei



Tief enttäuscht im Tiefschnee: Vinzenz Geiger und Johannes Rydzek nach der verpassten Medaillenchance

Foto dpa

Starts zum König der Kombinierer bei diesen Winterspielen aufstieg. Finnland wurde Zweiter, Österreich Dritter. Die Deutschen wurden auf der Zielgeraden sogar noch von Italien überholt und belegten den für sie völlig enttäuschenden fünften Rang.

Die DSV-Athleten waren mit großen Zielen zu den Spielen ins Val di Fiemme gereist. Nach den Vorleistungen im Weltcup schienen drei Medaillen keine utopische Zielsetzung zu sein. Nun aber steht die erfolgreiche Kombinierer-Nation erstmals seit 1998 mit leeren Händen da. Denn die neun vergebenen olympischen Medaillen dieser Spiele teilten sich Norwegen, Finnland und Österreich.

Ob deutsche Kombinierer in Zukunft ihre olympische Bilanz aufbessern können, ist offen. Denn diese traditionelle Sportart droht aus dem Programm der Olympischen Spiele zu kippen, zu dem sie seit den ersten Winterspielen von

1924 gehört. Es geht dem Internationalen Olympischen Komitee (IOC) mit seinen Wettkämpfen vor allem um eine weltweite Verbreitung einer Sportart, Abwechslung in den Ergebnissen und auch um weiche Faktoren wie Nachahmungseffekt, Verkaufsmöglichkeiten und Anziehungskraft für Zuschauer vor Ort und an den Fernsehern. Der Ringe-Konzern wird registriert haben, dass bei diesen Winterspielen im Gegensatz zu vorherigen oder auch zu Weltcup-Veranstaltungen eine sehr große Zuschauermenge bereits beim Skispringen das Stadion gefüllt hat. Die Langlauf-Arena in Tesero bot überdies den gewohnt stimmungsvollen Rahmen. Am Donnerstag wurde von einigen Zuschauern mit Plakaten gegen die Streichung der Sportart aus dem olympischen Programm protestiert.

Zur ersten Entscheidung der Kombinierer war am fünften Wettkampftag auch IOC-Präsidentin Kirsty Coventry

nach Tesero gereist. Sie hatte sich nach einem spannenden Rennen vom Ambiente angetan gezeigt. Nach dem Wettkampf hatte sie zudem das Gespräch mit Athleten gesucht. Geiger sagte: „Kirsty Coventry hat von dem Tag geschwärmt, sie fand ihn super aufregend.“ Klar ist: Sollte die Kombination im olympischen Programm bleiben, dann nur im Zusammenspiel mit den Frauen, die bisher noch nicht zugelassen sind.

Zuletzt hatten sich auch der Deutsche Olympische Sportbund und Staatsministerin Christiane Schenderlein für den Erhalt der Kombination im olympischen Programm eingesetzt. Schenderlein sagte: „Die Zukunftsfrage der Nordischen Kombination kann für mich nicht damit beantwortet werden, indem man die Sportart aus dem olympischen Kanon entfernt, sondern indem man die Frauen hinzufügt.“ Die finale Entscheidung fällt im Juni.

Ab vom Schuss

Biathletin Franziska Preuß hat sich zurückgezogen. Bewahrt sie bei ihrem letzten olympischen Rennen die Nerven?

ist? „Vielleicht werde ich weinen, vielleicht werde ich lachen. Ich weiß es nicht.“

Franziska Preuß floh aus dem Stadion, packte ihre Sachen, ein Schal verdeckte ihr halbes Gesicht, suchte ein Schlupfloch in der Streckenbegrenzung, um nicht vor Kameras und Mikrofone treten zu müssen. Ein Arzt begleitete sie in die Katakomben. Bis Redaktionsschluss dieser Ausgabe äußerte sie sich nicht zu ihrem Staffelfrennen. Wer mag es ihr verdenken? Welche Worte könnten beschreiben, wie es sich anfühlt, wieder und wieder daran zu scheitern, was man doch gut kann? Die Nerven zu behalten, wenn es beim letzten Stehendanschießen um Gold oder Blech geht, hat sie in der vergangenen Saison zum WM-Titel und zum Sieg im Gesamtweltcup geführt. In diesem Jahr ist es ihre größte Schwäche.

Ende November, Saisonauftakt in Östersund: Preuß schießt in der Frauen-Staffel als Schlussläuferin eine Strafrunde. Anfang Januar, Frauen-Staffel im Oberhof: Preuß verhindert als Schlussläuferin erst mit der dritten Nachladepatrone eine Strafrunde. Eine Woche später, Frauen-Staffel in Ruhpolding: Preuß schießt als Schlussläuferin eine Strafrunde. Mitte Februar, Mixed-Staffel in Antholz: Preuß schießt als Schlussläuferin eine Strafrunde, verhindert aber eine zweite und sichert den Bronzerang im Duell mit Norwegen. Auch in den folgenden Einzelrennen verhindern Schießfehler im letzten Stehendanschlag den Medailleerfolg. Wie erklärt sie sich das? „Ich merke, dass die Spannung im Körper steigt, und dann wird es unruhig. Dann

schaffe ich es nicht mehr, den Schalter umzulegen, und es geht dahin. Keine Ahnung, woher das kommt“, sagte sie nach dem Verfolgungsrennen, in dem sie im vergangenen Jahr Weltmeisterin wurde und nun Sechste. „Es ist leider so. So ist Biathlon.“ Von einem Trauma könnte man hier sprechen, einer Erfahrung, die im Unterbewusstsein hängen bleibt. Als Konsequenz stellte das Trainerteam die Taktik für die olympische Frauen-Staffel um. Preuß lief an zweiter Position, um sie, wie Sportdirektor Felix Bitterling sagte, aus der Drucksituation der Schlussläuferin herauszunehmen. Der Plan scheiterte. Preuß stand als Führende allein am Schießstand und kam als Zwölfte aus der Strafrunde. Als auch der letzte Nachlader nicht ins Schwarze traf, ging Bitterling hinter der Bande in die Knie.

Weil Preuß danach nicht in der Öffentlichkeit sprechen mochte, wurden andere über sie befragt. „Sie war nicht in der Verfassung, groß was sagen zu können oder sagen zu wollen“, sagt der Sportdirektor. Sie habe sich zuletzt immer wieder aus den Löchern ausgegraben und sich auf den nächsten Wettkampf vorbereitet. „Ich hoffe, das gelingt ihr vor dem Massenstart auch.“ Bundestrainer Kristian Mehringer wollte nicht von Schuldzuweisungen sprechen, wies auf die starken Leistungen der jungen Julia Tannheimer und von Schlussläuferin Vanessa Voigt hin, deren Laufen und Schießen immerhin Platz vier rettete. Doch auch Mehringer, der Preuß lange kennt, wirkte ratlos beim Blick auf seine erfahrene Athletin: „Da muss ein bisschen Zeit vergehen“, sagte er. „Natürlich ist sie fertig. Wir haben sie versucht zu trösten.“ Aber: „Für uns ist wichtig, dass sie den Reset-Knopf drückt und ohne große Erwartungshaltung den Massenstart angeht, es genießt. Es würde mich freuen, wenn sie das letzte olympische Rennen noch mal gut absolviert.“

Wenigstens das könnte ein Trost für Franziska Preuß sein: Es kann nur besser werden. Wenn sie abermals scheitern sollte, würde das niemanden überraschen. Sie muss nicht mehr die Erwartungen anderer erfüllen, kann nur noch für sich laufen und treffen. Sie hat selbst in der Hand, mit welchen Erinnerungen sie das Antholzer Tal verlassen wird.

JULIA BASIC

Italienischer Widerstand

Russen bei Paralympics im März unerwünscht

dpa. ROM. Italien als Gastgeber der bevorstehenden Paralympics-Winterspiele sperrt sich gegen die Zulassung von Sportlern aus Russland und Belarus. „Die italienische Regierung bringt ihre absolute Ablehnung gegenüber der Entscheidung des Internationalen Paralympischen Komitees zum Ausdruck, sechs russische und vier belarussische Athleten zur Teilnahme an den Paralympischen Spielen in Mailand-Cortina 2026 zuzulassen“, heißt es in einer Erklärung von Außenminister Antonio Tajani. Zuvor schon hatte die Ukraine angekündigt, der Eröffnungsfeier am 6. März in Verona fernzubleiben.

Die Ukraine wehrt sich schon seit vier Jahren gegen die russische Invasion. Vor diesem Hintergrund dürfen bei den derzeit laufenden Olympischen Winterspielen nur Einzelsportler aus Russland unter neutraler Flagge dabei sein. Das Internationale Paralympische Komitee (IPC) hatte dagegen im September überraschend entschieden, die Sanktionen gegen die Dachverbände Russlands und seines Verbündeten Belarus aufzuheben.

Nach aktuellen Planungen sollen die Behindertensportler aus Russland und Belarus bei der Eröffnungsfeier auch unter eigener Flagge sowie eigener Hymne einlaufen dürfen. Dazu heißt es in der Erklärung des italienischen Außenministers, die auch von Sportminister Andrea Aboodi unterzeichnet ist: „Die anhaltende Verletzung des Waffenstillstands sowie der olympischen und paralympischen Ideale durch Russland, unterstützt von Belarus, ist mit der Teilnahme ihrer Athleten unvereinbar, es sei denn als neutrale Einzelathleten.“

Vor Kurzem hatte das IPC bestätigt, dass bei den Paralympics sechs Startplätze an russische Athleten vergeben worden seien. Belarus darf vier Teilnehmer entsenden. Zugleich verwies das Komitee darauf, dass die endgültige Entscheidung bei den italienischen Organisatoren und Behörden liege.

Eine Sprecherin des Deutschen Behindertensportverbands (DBS) hatte dazu erklärt: „Stand jetzt kann ich sagen, dass wir auf uns schauen und uns auf den Sport fokussieren.“ Zuvor hatte der DBS die Russland-Entscheidung des IPC wiederholt kritisiert.

Entscheidungen

- Skibergsteigen, Frauen, Sprint
- Marianne Fattton (Schweiz)
 - Emily Harrop (Frankreich)
 - Ana Alonso Rodriguez (Spanien)

- Skibergsteigen, Männer, Sprint
- Oriol Cardona Coll (Spanien)
 - Nykta Fylyppow (Neutraler Athlet)
 - Thibault Anselmet (Frankreich)

- Nordische Kombination, Teamsprint
- Norwegen
 - Finnland
 - Österreich

Medaillenspiegel

Nation	Gold	Silber	Bronze	Ges.
1. Norwegen	16	8	10	34
2. Italien	9	5	12	26
3. USA	7	11	6	24
4. Frankreich	6	8	5	19
5. Niederlande	6	7	2	15
6. Schweden	6	6	3	15
7. Schweiz	6	4	3	13
8. Deutschland	5	8	8	21
9. Österreich	5	8	5	18
10. Japan	5	6	11	22
11. Kanada	4	4	6	14
12. Australien	3	2	1	6
13. Großbritannien	3	0	0	3
14. China	2	3	4	9
15. Südkorea	2	2	3	7
16. Tschechien	2	2	0	4
17. Slowenien	2	1	1	4
18. Spanien	1	0	1	2
19. Brasilien	1	0	0	1
Kasachstan	1	0	0	1
21. Polen	0	3	1	4
22. Neuseeland	0	2	1	3
23. Finnland	0	1	4	5
24. Lettland	0	1	1	2
25. Georgien	0	1	0	1
26. Bulgarien	0	0	2	2
27. Belgien	0	0	1	1

(Nach 92 von 116 Entscheidungen)
Medaillen für AN werden im Medaillenspiegel nicht aufgeführt. Aufgrund der Doping-Manipulationen, eines in manchen Ländern nicht, oder nur unzureichend existierenden Kontroll-Systems und dem teilweise bislang nicht nachweisbaren verbotenen Substanzen übernimmt die Redaktion keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben. Eingefrorene Proben dürfen 10 Jahre lang nachkontrolliert werden. Mit dem endgültigen Ergebnis ist erst nach Ablauf der Verjährungsfrist 2036 zu rechnen.

Vier gewinnt

Wer bei Olympia den vierten Platz erreicht, gilt als erster Verlierer. Dabei sind viele kaum schlechter als die vor ihnen – und besser als die meisten anderen.

Keine andere Nation landet bei diesen Winterspielen so oft auf dem undankbarsten Rang wie die Deutschen. Zeit für eine Ode an die Vierten.

Von Julia Basic, Achim Dreis, Anno Hecker und Stefanie Sippel

Ihr Gesicht verbirgt sie hinter der verspiegelten Brille und einem schwarzen Tuch. Als sie gefragt wird, wie es ihr gehe, sagt sie: „Kacke.“ Bis zuletzt hatte die Snowboarderin Annika Morgan auf dem dritten Platz im Slopestyle gelegen. Sie hatte ihr Board über die Rails balanciert, war über die Rampen gefahren, hatte sich in der Luft um ihren eigenen Körper gedreht und dabei an ihr Snowboard gegriffen. Im ersten Run landete sie dabei jedes Mal sanft. Und auch im zweiten Run, nur ganz kurz berührte ihre Hand bei einem Trick den Schnee. Im dritten Run greifen ihre beiden Trainer sie wieder von beiden Seiten an den Armen, um ihr Schwung zu geben. Sie fährt los, balanciert wieder über die Rails, der erste Sprung gelingt. Der Backside 1080, drei Rotationen. Sie kommt nicht ganz rum und stürzt in den Schnee.

Nun muss sie warten. Weltmeisterin Zoi Sadowski-Synnott ist die letzte Starterin und fährt zu Silber. Morgans Name verschiebt sich runter, auf Rang vier. „Ich war die ganze Zeit Dritte, bis zum letzten Moment“, sagt sie. Das sei schon übelst blöd. Ihr Trainer Michael Dammert sagt: „Vierter ist schon etwas undankbar, aber sie hat gezeigt, dass sie voll am Start ist.“

Die Vierten gelten häufig als die Unglücklichsten. Dabei sind viele kaum schlechter als die auf Platz drei vor ihnen – und besser als alle anderen hinter ihnen. Eine Auszeichnung bekommen sie dafür aber nicht. Und niemand sammelt bisher bei diesen Winterspielen so viele vierte Plätze wie Deutschland. In der Liste führt das deutsche Team bisher mit elf vierten Plätzen vor Norwegen mit neun und Frankreich mit acht.

Viele Vierte wünschen sich nichts sehnlicher als Dritte zu sein, um eine Medaille zu bekommen. Ein Blick zurück zeigt: Die Dritten waren früher nicht besser dran als die Vierten heute. Bei den ersten Olympischen Spielen der Neuzeit im Jahr 1896 in Athen wurden zwar Medaillen vergeben. Allerdings bekam damals der Sieger nur Silber und wurde mit Ölzweigen bekränzt, der Zweitplatzierte erhielt Bronze und einen Lorbeerkranz. Und der Dritte: ging leer aus.

Erstmals wurden Gold-, Silber- und Bronzemedailen bei den Olympischen Sommerspielen 1904 in St. Louis vergeben. Das Konzept festigte sich dann bei den Olympischen Spielen in London 1908. Damals wurde auch erstmals ein offizieller Medaillenspiegel erstellt. Und die Medaillenausbeute prägt bis heute unseren Blick auf die Spiele. Hätte sich dort jemand ein anderes Konzept ausgedacht, wären die Vierten also womöglich nicht so unglücklich, wie sie es heute sind. Und ohnehin: Sind die Vierten nicht auch Gewinner?

Wenn es jedes Mal eine Medaille gäbe für den vierten Platz, könnte Vanessa Voigt eine Vitrine damit füllen. In Peking vor vier Jahren, bei ihren ersten Olympischen Spielen, verfehlte die Biathletin den Bronzerang im Einzelrennen um 1,3 Sekunden. Die Teamkolleginnen bastelten ihr eine Medaille aus Pappe, das machte das Verlangen in ihr nur noch größer, bei den nächsten Spielen auch in einem Einzelrennen Edelmetall statt eine Attrappe aus dem Hals zu tragen.

Vanessa Voigt, 28, ist die sicherste Schützin im deutschen Team. In den ersten drei Rennen der Olympische Spiele lag ihre Trefferquote bei 100 Prozent. Mit der Mixed-Staffel gewann sie zum Auftakt Bronze, doch im Einzel wurde es wieder dieser verflixte vierte Platz. Ihre

Gefühle danach? Ein Mix aus Stolz darauf, beim wichtigsten Ereignis, als es zählte, ihre Saison-Bestleistung abgerufen zu haben. Und natürlich auch Enttäuschung darüber, dass es nicht für mehr gereicht hat. In der Loipe kann sie mit den Laufzeiten der Weltelite nicht konkurrieren, und auch am Schießstand verliert sie im Vergleich meist Sekunden, weil sie auf sichere Treffer statt auf Risiko setzt. Aber: „Ich habe alles gegeben und kann mir nichts vorwerfen“, sagte sie nach dem Rennen. „Hier gibt es keine Blumen für den vierten Platz. Aber ich denke sie mir einfach – und auch die Schokolade.“ In

der Frauen-Staffel folgte der nächste Dämpfer. Motiviert bis in die Haarspitzen sei sie gewesen, ihr Quartett als Schlussläuferin aufs Podium zu führen. Doch ihre Vorläuferinnen patzten zu häufig. Voigt konnte – abermals mit zehn Schuss, zehn Treffern – wieder nur Rang vier retten. Eine Chance bleibt ihr noch im Massenstart an diesem Samstag. Davor wolle sie mal einen Tag „Biathlon Biathlon sein lassen“. Das hat ihr schon auf dem Weg zu den Olympischen Spielen geholfen, der steinig war. Die Vorsaison brach sie vor der Weltmeisterschaft ab, fühlte sich völlig leer und körperlich am Ende. Eine

lange Auszeit, Urlaub mit ihrem Freund, weit weg von Schnee und Schießstand, gab ihr neue Kraft. Und auch in den sozialen Medien gönnt sie sich regelmäßig Pausen von Miesmachern und Beleidigungen. Weil sie weiß, wer die Menschen sind, die ihr wichtig sind und zu ihr stehen, auch wenn sie Vierte wird.

„Vielleicht sind die Vierten sogar die wahren Gewinner bei Olympia“, sagte Lisa Buckwitz nach dem Wettbewerb im Monobob – den sie auf Rang vier beendet hat, ohne diesen philosophischen Gedanken bis aufs Letzte auszuführen. Nur so viel beteuerte sie: „Es ist ein sehr guter

vierter Platz.“ Und sie erinnerte generell daran: „Ein vierter Platz ist nichts Schlechtes.“ Es seien immerhin Olympische Spiele.

Dabei galten die Gedanken von Lisa Buckwitz auch ihren Kolleginnen im Eiskanal, Hannah Neise, die im Skeleton Vierte wurde. Und Merle Fräbel, die beim Rodeln nach zwischenzeitlicher Führung wegen eines Fahrfehlers sogar noch auf Rang acht zurückfiel.

„Wir können so stolz darauf sein, was wir erreicht haben“, sagte Buckwitz, die vor den Spielen durch das Sponsoring von Onlyfans für Aufsehen sorgte.

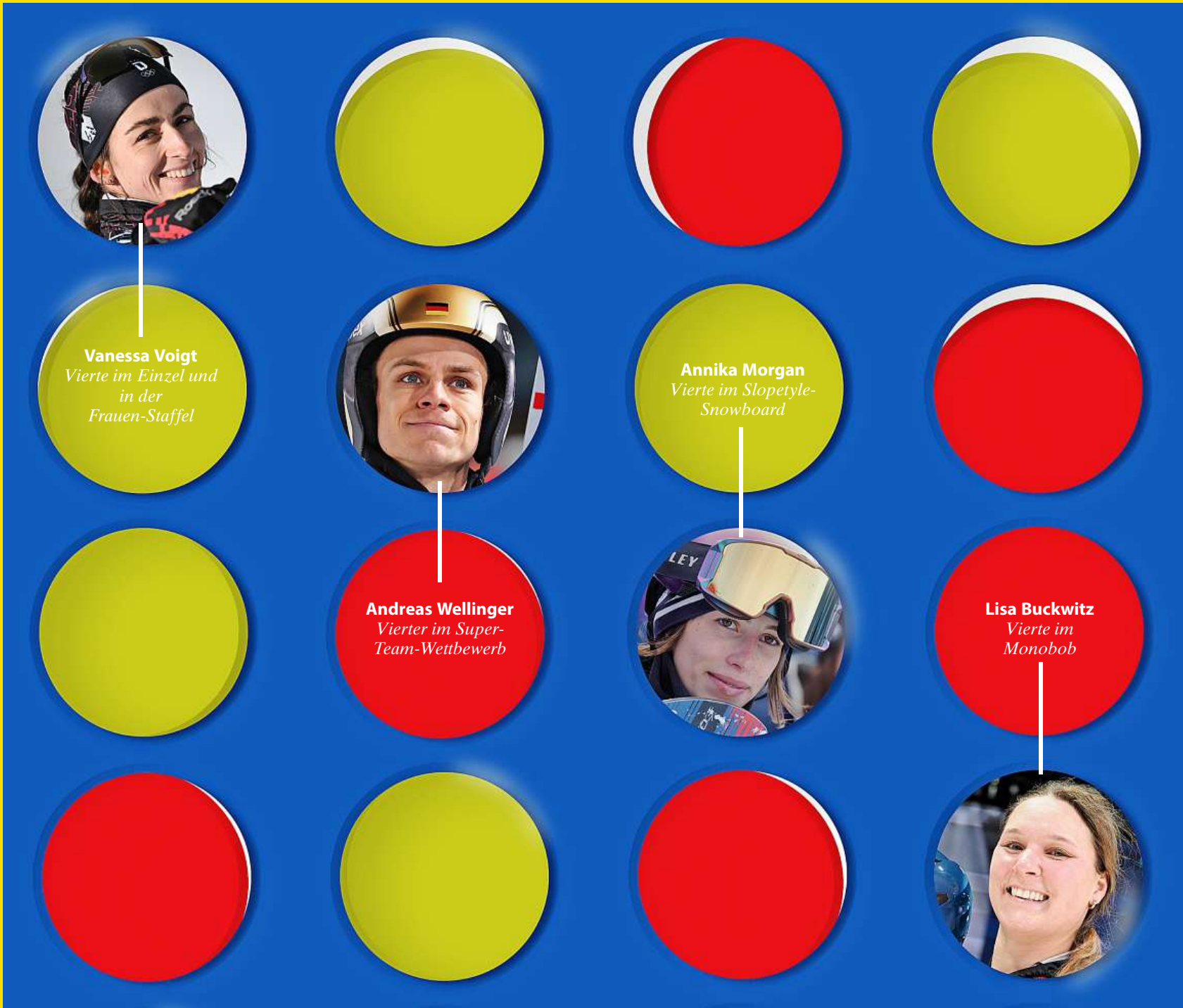


Foto Picture Alliance

Zeitplan

FREITAG, 20. FEBRUAR:

■ ENTSCHEIDUNGEN

12.00–13.45 Uhr: Ski Freestyle, Frauen, Ski-cross, Finale
13.30–15.10 Uhr: Ski Freestyle, Männer, Aerials
14.15–15.25 Uhr: Biathlon, Männer, 15 Kilometer, Massenstart
16.30–18.10 Uhr: Eisschnelllauf, Frauen, 1500 Meter
19.30–21.15 Uhr: Ski Freestyle, Männer, Halfpipe
20.15–22.50 Uhr: Shorttrack, Frauen, 1500 Meter
21.18–22.50 Uhr: Shorttrack, Männer, 5000 Meter, Staffel

■ Weitere Wettkämpfe

10.00–11.00 Uhr: Ski Freestyle, Frauen, Ski-cross, Qualifikation
10.30–11.45 Uhr: Ski Freestyle, Männer, Aerials, Qualifikation
14.05–17.05 Uhr: Curling, Frauen, Halbfinale
16.40–19.10 Uhr: Eishockey, Männer, Halbfinale: Kanada – Finnland
18.00–20.45 Uhr: Bob, Frauen, Zweierbob, 1. Lauf (18.00 Uhr) und 2. Lauf (19.50 Uhr)
19.05–22.05 Uhr: Curling, Männer, Spiel um Bronze
21.10–23.40 Uhr: Eishockey, Männer, Halbfinale: USA – Slowakei

TV-Berichterstattung: ZDF/Eurosport

Das Ende des „Rockkonzerts“

Für das junge deutsche Curling-Team wäre bei Olympia mehr möglich gewesen – „enorm stolz“ ist es trotzdem

CORTINA D’AMPEZZO. Am Ruhetag vor ihrem letzten Gruppenspiel haben die deutschen Curler noch einmal Olympia-Atmosphäre aufgesogen. Sie schauten sich den Slalom der Alpin-Damen an, wollten die nach dem ersten Durchgang auf Silberkurs liegende Lena Dürr zum Medaillengewinn anfeuern. Doch nach dem ersten Tor im zweiten Lauf war Schluss. Eingefädelt.

Dagegen war der Fehlschuss von Marc Muskatewitz im siebten End gegen die Tschechen am Vortag fast schon nicht mehr so schlimm. Die Deutschen führten 5:2, steuerten auf einen sicheren Sieg zu und hätten sich damit der Medaillenrunde angenähert. Doch dann vermasselte der deutsche Skip seinen Take-out. Die Tschechen schrieben unerwartet drei Steine und waren wieder im Spiel. Im achten End konnten die Deutschen dann den „Hammer“ nicht nutzen, das Recht auf den letzten Stein. Auch dieser Schuss ging nach hinten los. Muskatewitz hatte seine Sicherheit verloren, agierte mit schwerem Arm statt locker aus dem Handgelenk. Am Ende gewannen die Tschechen 9:7, und die deutsche Hoffnung auf den Einzug ins Halbfinale war auf ein Minimum gesunken.

Zum Abschluss der Vorrunde besiegte das Team vom Curling Club Füssen

dann immerhin noch die Chinesen 6:4 und beendete das Turnier nach vier Siegen und fünf Niederlagen auf Rang sieben, punktgleich hinter den USA und



Marc Muskatewitz

Foto dpa

Italien. An der Spitze des Tableaus standen die ungeschlagenen Schweizer. Zudem erreichten die Kanadier (7:2 Siege) sowie die Norweger und die Schotten (je 5:4), die für Großbritannien antreten, die Medaillenrunde – ein Erfolg, der auch für die Deutschen machbar gewesen wäre.

Das Fazit des jüngsten Teams im Turnier, das mit der Empfehlung des überraschenden Europameisterschaftstitels von 2024 angetreten war, fiel dennoch positiv aus. „Ich bin enorm stolz“, sagte Muskatewitz im Rückblick. Der Dreißigjährige führte eine Gruppe sehr junger Spieler an, die sich erstaunlich schnell an den olympischen Trubel gewöhnt hatte. Benjamin Kapp und Johannes Scheuerl sind 23 Jahre alt, Felix Messenzehl 22.

Auch Bundestrainer Uli Kapp, selbst dreimal Europameister in den Neunzigerjahren und 2006 Olympia-Teilnehmer in Turin, zeigte sich insgesamt angetan. Kapp hatte seine Jungs, die sonst vor ein paar Dutzend Leuten im Allgäu Steine schieben, nicht nur technisch-taktisch auf das Turnier vorbereitet, sondern auch auf die Atmosphäre mit mehreren Tausend Zuschauern eingestimmt.

In der alten Eishockeyhalle von Cortina 1956, die für die Curling-Wettbewerbe 2026 umgerüstet wurde, aber ihren

hölzernen Charme behalten hatte, konnten sich die Füßsener stets der lautstarken Unterstützung aus ihrer Heimat erfreuen. „Kapp, Kapp, Kapp, Benny Kapp“, skandierten mit schwarz-rot-goldenen Perücken maskierte Allgäuer nach Extra End. Anschließend fühlte sich Muskatewitz „wie nach einem Rockkonzert“, wenn es in den Ohren noch pfeift, obwohl längst wieder Stille eingekehrt ist – und er musste erst mal einen nächtlichen Schneespaziergang einschieben.

„Die deutschen Fans waren unglaublich“, bedankte sich Scheuerl für die Unterstützung. „Das ist für uns etwas extrem Besonderes, wir sind mega dankbar für alles.“ Und obwohl sie ausgeschieden sind, traten sie doch aus dem Schatten ins Licht, so Messenzehl, zumindest für ein paar olympische Tage: „Das werden wir alle nie vergessen.“ ACHIM DREIS

Sie selbst hatte ihren ersten Lauf verkorkst, Zwischenrang sieben, kämpfte sich dann bei jeder Fahrt weiter nach vorn und stellte sogar einen Startrekord auf. Ihr Problem war, dass sie sich am ersten Tag „bei den Kufen vergriffen“ hatte. Das konnte sie angesichts der starken Konkurrenz nicht mehr ganz aufholen.

„Heute war ein besserer Tag“, sagte sie nach dem zweiten Teil des Wettbewerbs im Monobob – um dann unmittelbar umzuschalten: „Ich blicke nach vorne“, sagte die Einunddreißigjährige, die nun ihr Olympiadebüt als Pilotin im Zweierbob gibt.

Als Anschieberin gewann sie bereits 2018 Gold. Nun hofft sie auch als Pilotin, „dass ich eine Medaille mitnehmen kann“. Und zwar, das betonte Buckwitz mit Nachdruck, „nicht nur für mich, sondern auch für Neele“. Gemeint ist Neele Schuten, ihre Anschieberin.

In drei der ersten vier Trainingsläufe fuhren Buckwitz/Schuten Bestzeit, das lässt hoffen für den Wettkampf am Freitag und Samstag im Eiskanal. „Dann werde ich das Ding hoffentlich rocken“, sagte Buckwitz. Und: „Hoffentlich kein vierter Platz.“

Eine einschneidende Erfahrung haben auch Andreas Wellinger und Philipp Raimund gemacht. Da stehen sie, die beiden deutschen Skispringer, im Auslauf der Schanze von Val di Fiemme. Eben noch voller Hoffnung, mit dem letzten Sprung an den Norwegern vorbeigezogen zu sein. Jetzt fassungslos in den Himmel starrend, um Verständnis ringend für die Entscheidung der Jury: Abbruch vor den letzten drei Springern dieses Super-Team-Wettbewerbs, weil Wind und Wetter der Fairness keine Chance lassen, wie die Juroren erklären.

Und so werden alle zurückgesetzt auf die Wertung nach den ersten beiden der drei vorgeschriebenen Sprünge. Verflögen der dritte und letzte große Satz des Olympiasiegers Raimund, wieder zurückgefallen auf Rang vier in der nun auf Ewigkeit eingefrorenen Blitztabelle. Frust und Wut im deutschen Lager. Der Sportdirektor des deutschen Verbandes ist außer sich. Die Herren der Jury hätten doch auch eine Wetter-App. Als Raimund begreift, dass 15 Minuten Geduld mit der Laune der Natur gereicht hätten, um das Finale fair und würdig zu Ende zu bringen, aber der TV-Übertragungsplan eine Rolle spielte, kommt er zu seinem K-Punkt. Er spricht von einer gefühlten Magenhebung, nachdem die Norweger während der Siegerehrung bei bestem Springerwetter mit Bronze dekoriert worden sind: 0,6 Punkte Rückstand, 16 Zentimeter. Was tut noch mehr weh, als Vierter zu werden? Nie zu erfahren, ob es nicht doch für Bronze oder mehr gereicht hätte.

Und Annika Morgan? Die konnte in ihrem vierten Platz doch noch etwas Positives sehen. Schon nach ihrem ersten Wettkampf, dem Big Air, hatte sie gesagt, dass Olympia nur ein weiterer Wettkampf sei. Nach ihrem zweiten Start verfestigte sich ihr Eindruck. „Ich konnte mich richtig gut beruhigen, da bin ich stolz drauf“, sagt sie. Und da ist noch etwas anderes, eine Gewissheit. Sie sprach von Luft nach oben. Das ist eine Floskel, doch sie passt in diesem Fall. Denn hätte sie ihre Zeit in der Luft im letzten Run ein bisschen verlängern können, hätte sie die letzte Drehung geschafft und wäre sicher im Schnee gelandet. Da sei noch mehr drin, sagt Morgan, vielleicht ja in vier Jahren.

Medaille für Maier?

Das bringt der Freitag bei den Olympischen Spielen

tora. FRANKFURT. Am drittletzten Wettkampftag der Winterspiele ist zuerst Ski Freestyle der Frauen im Fokus. Im Skicross stehen für Medaillenkandidatin Daniela Maier, Veronika Redder, Leonie Bachl-Staudinger und Luisa Klapprott nach der Qualifikation (10.00 Uhr/ZDF/Eurosport) gleich die finalen K.-o.-Runden (12.00 Uhr) an. Danach gibt es im Biathlon die letzte Chance für die deutschen Männer im Massenstart über 15 Kilometer (14.15 Uhr), ehe Lea Sophie Scholz im Eisschnelllauf über 1500 Meter (16.30 Uhr) an den Start geht. Bei den Entscheidungen im Ski Freestyle der Männer bei den Aerials (13.30 Uhr) und in der Halfpipe (19.30 Uhr) sowie im Shorttrack der Frauen über 1500 Meter (20.15 Uhr) und in der Männer-Staffel über 5000 Meter (21.18 Uhr) sind keine Deutschen dabei, wie in den Eishockey-Halbfinals der Männer (16.40 Uhr und 21.10 Uhr) nach der Niederlage gegen die Slowakei. Eine gute Ausgangsposition wollen sich die deutschen Teams beim Zweierbob der Frauen in den ersten beiden Läufen (18.00/19.50 Uhr) verschaffen. Die beiden entscheidenden Durchgänge finden am Samstag statt.

Tagelang, ganze zwölf an der Zahl, wurde das Paket weitergereicht. Das Paket mit der Last, endlich das erste Gold für die 2022 noch so erfolgreiche Volksrepublik China zu gewinnen. So lange verzögerte sich die Lieferung vom wichtigsten Edelmetall, dass Internetnutzer schon spotteten, sie werde erst 2028 in Los Angeles ankommen. Am Mittwoch zeigte dann Su Yiming, was er kann: Nämlich unter anderem einen Backside-1800-Nose-Grab und einen Switch-Backside-1620-Mute-Grab. Sprünge, mit denen man bei der Slope-styledisziplin mit dem Snowboard die Goldmedaille gewinnt.

Der Moment war für den bronzegefarbten Wuschelkopf umso schöner, da er am gleichen Tag seinen Geburtstag feierte. Das Paket, das so lange brauchte, war nichts weniger als Sus Geschenk an sich und eine ganze Nation.

Chinas Wintersportfreunde warteten begierig auf Ergebnisse, die an die Spiele von 2022 erinnerten, als das chinesische Team zu 15 Medaillen, darunter neun goldene, kam. Es drohte der jähe Absturz des selbst erklärten Wintersportaufsteigers. Die Volksrepublik lag bis zum Mittwochmorgen noch auf Rang zwanzig des Medaillenspiegels. Hinter Nationen wie Kasachstan und Brasilien. Eine zunehmend unangenehme Situation, zu der auch Tong Lixin, stellvertretender Leiter der chinesischen Delegation, befragt wurde: „Gold wird ganz natürlich kommen.“

Eigentlich sollte die Expansion der Winterspiele 2022 nach Ostasien einen bleibenden Eindruck hinterlassen und eine neue, zahlungskräftige Wintersportnation begründen. 300 Millionen Skifahrer wollte Staatschef Xi Jinping formen. Inspirationsquellen sollten die Medaillengewinner sein. Pekings Investitionen vor 2022 waren gigantisch. Schätzungen kamen auf als 300 Milliarden Euro im Eis- und Schneesektor zwischen 2016 und 2022. Doch was passierte danach?

Den Einbruch findet Forscher Athanasios Sakis Pappous von der Fakultät für Life Quality Services an der Universität Bologna nicht ungewöhnlich: „Chinas Ansatz für den Wintersport für Peking 2022 war stark ereignisorientiert. Das Land investierte massiv in die schnelle Talentförderung.“ Dieses Modell sei kurzfristig äußerst effektiv gewesen, aber nach Ende der Spiele war es zwangsläufig anfällig. „Der Aufbau einer tiefgreifenden, dauerhaften Pipeline von Elite-Wintersportlern erfordert mehr, als nur Geld in das Problem zu stecken, wenn die Spiele näher rücken. Es bedarf jahrzehntelanger Basisarbeit“, sagt Sakis Pappous, der die Auswirkungen von Großereignissen des Sports intensiv studiert. „Für China erschwert der Mangel an zugänglichen Daten zu Budgets für Spitzensport die Abschätzung, ob und in welchem Umfang die Mittel gekürzt wurden.“ Sakis Pappous ist sich allerdings recht sicher, dass es wie bei anderen Gastgeberländern nach der Großveranstaltung wie Olympischen Spielen zu niedrigeren Ausgaben kam.

Der von der Staatsführung anvisierte Wintersportboom soll kurz nach den Winterspielen 2022 trotzdem ins Reich der Mitte gekommen sein – zumindest nach staatlichen Angaben. So verzeichnete die Skibranche einen Anstieg der Besuche um 34,8 Prozent auf 26,05 Millionen seit dem Ende der Spiele. 52 neue Skigebiete seien gebaut worden. Die undurchsichtige Datenlage mache das Ergebnis allerdings schwer verifizierbar, sagt Sakis Pappous. Heißt: Ob der Boom wirklich den Zahlen entspricht, könne



Sicherte China das erste Gold dieser Spiele: Su Yiming

Foto Reuters



Superstar in zwei Ländern: Eileen Gu ist Kalifornierin, startet aber für China.
Foto dpa



Siegerin: Mengtiao Xu Foto Reuters

Mit Milliarden zu Gold?

Nach den erfolgreichen Spielen von Peking 2022 wollte China sich als Wintersportnation etablieren. Nun ist die Medaillenausbeute dürftig, der Erfolgsdruck auf Athleten aber hoch. *Von Tobias Landwehr, Mailand*

niemand seriös sagen. Und: „Es dauert oft ein Jahrzehnt oder länger, bis die tatsächlichen Auswirkungen von Olympischen Spielen richtig eingeschätzt werden können. Vier Jahre seit Peking 2022 sind einfach zu kurz, um Schlussfolgerungen zu ziehen.“ Immerhin seien die olympischen Anlagen noch im regelmäßigen Betrieb.

Auf den aktuellen Pisten und Bahnen in Milano-Cortina hat man vom Boom wenig gesehen. Hinzu kommt die öffentliche Wahrnehmung, die in China zuweilen unerbittlich sein kann. „Wenn Athleten nicht so performen, wie erhofft, dann ist in chinesischen sozialen Medien die Aufregung häufig sehr groß auch mit aus meiner Sicht teilweise unfairen Argumenten“, sagt Björn Alpermann, Professor für Contemporary Chinese Studies an der Universität Würzburg. Das gilt auch abseits der Piste: „Es reicht, sich aus Sicht der Fans, die zum Teil sehr nationalistisch sind, falsch zu äußern oder zu freundlich gegenüber dem japanischen Konkurrenten zu sein.“

In dem Sinne schienen Olympiasieger Su die richtigen Worte gelungen zu sein. „Nur Gold würde dafür sorgen, dass unsere Hymne gespielt wird“, erklärte er nach der Siegerehrung: „Bei einem internationalen Wettbewerb bedeutet es alles, wenn die Welt die chinesische Hymne hören kann.“ So ein Statement dürfte ausreichen patriotisch sein.

Dennoch konnte Su auch für eine kleine Stärkung der Völkerverständigung sorgen. Nachdem Japans neue Premier-

ministerin Sanae Takaichi zu erhöhter Vorsicht gegenüber Peking aufgerufen und China darauf eine kleine politische Eiszeit eingeläutet hat, sind Japaner in China derzeit nicht wohlgefallen. Sus Erfolg konnte das ein wenig ändern. Sein Coach, der Japaner Yasuhiro Sato, brach beim Erfolg seines Athleten unter Freudentränen zusammen und verdeutlichte so das innige Band, das zwischen Sportsmännern unterschiedlicher Herkunft geknüpft werden kann.

Neben Su erhofft man sich in China weiteres Edelmetall vom Superstar des chinesischen Wintersports, Gu Eileen. Die in San Francisco geborene Freestyle-Athletin wechselte mit 16 Jahren zum chinesischen Verband, gewann 2022 zweimal Gold. Mit ihrer gewaltigen Reichweite in den beiden größten Volkswirtschaften ist Gu die bestbezahlte Olympia-Athletin. Auch die chinesische Regierung investierte Millionen in Gu, schreibt das „Wall Street Journal“. Für solche Transfersummen erwartet die Öffentlichkeit Gold. Bisher gewann Gu im Big Air sowie Slopestyle auf Skiern zweimal Silber.

Anders als Gu sind die meisten chinesischen Athleten abhängig von der staatlichen Förderung. „Es ist ein angemessenes Auskommen, würde ich sagen“, erklärt der Sinologe Alpermann. „Man wird da nicht reich, aber solange man aktiv ist, kann man davon ganz gut leben.“ Nach Ende der Karriere fielen einige Athleten jedoch in ein Loch, was die Einkünfte angeht. Da helfe es defi-

nitiv, Medaillen zu gewinnen, um sich Werbe- und Bekanntheitsmöglichkeiten zu erarbeiten.

Geschafft hat das Flaggenträger und Eisschnellläufer Ning Zhongyan, der nach seiner zweiten Bronzemedaille in der Mannschaftsverfolgung am Dienstag erleichtert erklärte: „Nach Peking war ich wirklich traurig. Der Druck, den ich mir selbst auferlegt habe, war völlig unerbittlich. Dieses Mal bin ich gelassener.“ Ning

konnte sich vor vier Jahren knapp nicht in den chinesischen Medaillenreigen einreihen. Eine Situation, an der er zu zehren hatte. „Aber ich habe ein starkes Herz, gab jeden Tag mein Bestes. Und nach Peking 2022 bin ich mental gewachsen.“ So hat er auch die Entscheidung, im Lauf um Bronze nicht auf dem Eis zu stehen – obwohl er der einzige aktuelle Medaillengewinner des Teams war –, mit Fassung getragen. Zuvor hatte er dazu

SLIDE TO GOLD EIN TEAM. EIN ZIEL.

Als stolzer Partner wünscht DHL dem Deutschen Bob- und Schlittenverband viel Erfolg bei den Winterspielen.



„Ein unvergesslicher Tag“

Fatton und Cardona Coll erste Olympiasieger im Skibergsteigen – Paller Vierte

dpa. BORMIO. Tatjana Paller kämpfte sich den Berg hoch, schlängelte sich durch die „Diamanten“, schnallte die Skier ab, erklimmte 42 Treppenstufen, schnallte die Skier wieder an, lief die letzten der 70 Höhenmeter nach oben, riss die Felle ab und stürzte sich in die Abfahrt – doch es reichte nicht. Bei ihrer Aufholjagd im Sprint-Finale war die 30-Jährige alte ehemalige Bahnradschwimmerin im Kampf um die ersten olympischen Medaillen im Skibergsteigen 3,04 Sekunden zu langsam: Rang vier statt Bronze.

Skibergsteigen hat den Ursprung im Skitourengehen. Die Athletinnen und Athleten laufen mit ihren Skiern einen Hang hinauf. Um dabei nicht rückwärts zu rutschen, sind Felle unten an die Ski-flächen gespannt. Für ein kurzes Stück müssen sie auch Treppen steigen, auf diesem Streckenabschnitt werden die Skier abgeschnallt. Oben angekommen, werden die Felle von den Skiern entfernt, und es geht eine kurze Abfahrt hinunter.

Die neue Sportart im olympischen Wettkampfprogramm wurde gut angenommen. Die Stimmung auf der Tribüne und an der Piste sei ausgelassen und spürbar besser gewesen als bei einem Weltcup, sagte ein Sprecher des deutschen Teams.

Paller hatte in Bormio einen schlechten Start im Sechser-Finale erwischt, die WM-Dritte erreichte die Wechselzone vor der Abfahrt als Letzte. Aller Wagemut war danach vergeblich, der Rückstand zu groß. Sprint-Weltmeisterin Marianne Fatton aus der Schweiz gewann das erste Olympiagold im Skibergsteigen vor Emily Harrop aus Frankreich (+2,38 Sekunden). Dritte wurde Ana Alonso Rodriguez aus Spanien (+10,45 Sekunden). Deren Teamkollege Oriol Cardona Coll gewann danach eben-



Fahrt zu Gold: Marianne Fatton



Lauf zu Platz vier: Tatjana Paller Fotos dpa

falls nach WM- auch Olympiagold – vor Nikita Filippow, der als erster „Neutraler Olympischer Athlet“ aus Russland eine Medaille bei diesen Spielen gewann.

Paller konnte ihre kämpferische Glanzleistung aus dem Halbfinale nicht wiederholen. Nach dem Start war sie auf den sechsten und damit letzten Platz zurückgefallen, holte aber nach der Passage mit den Spitzkehren („Diamanten“) auf den Treppenstufen auf und ging nach dem Abreißen der Felle als Zweite in die Abfahrt. Bis ins Ziel hielt sie ihre Position und qualifizierte sich direkt für das Finale.

Paller hatte es als Einzige des deutschen „Skimo“-Trios ins Halbfinale geschafft. Finn Hösch, U23-Weltmeister von 2023, lag in seinem Vorlauf gut im Rennen und nach dem Anstieg auf Rang drei, der zur direkten Qualifikation für das Halbfinale gereicht hätte. In der Wechselzone vor der Abfahrt aber benötigte der Studentenweltmeister zu viel Zeit, um die Felle abzuziehen. Als Vierter seines Laufs war Hösch schließlich 3,6 Sekunden zu langsam, um wenigstens als einer von drei „Lucky Losern“ das Halbfinale zu erreichen. Auch Helena Euringer schied aus, als Fünfte ihres Laufs.

„Vorwiegend überwiegt die Freude, das ist ein unvergesslicher Tag“, sagte Hösch, dem fast vier Sekunden für das direkte Weiterkommen gefehlt hatten. „Das Ergebnis weiß ich sportlich einzusortieren. Ich weiß, dass es nicht an der Laufleistung gelegen hat, sondern, dass es eine falsche taktische Entscheidung mit der Fellwahl war.“ Paller und Hösch haben noch eine weitere Medaillenchance: im Mixed-Wettbewerb am Samstag.

Dicke Luft am Berg

Gondelbahn
ohne Gondel

Wer zum Skifahren will, der nutzt am besten einen Skilift. Wahlweise eine Gondel, einen Sessellift oder eine Kabinenbahn. Die Wahl vierter Ordnung ist der Skibus. Der taugt höchstens, um innerorts die Leute zu den Talstationen zu bringen.

Nun ist es bei Olympischen Spielen so, dass viele Menschen nicht nur zum Skifahren wollen, um selbst Ski zu fahren, sondern vor allem, um Skifahrern beim Skifahren zuzuschauen. Zum Beispiel auf der Olimpia delle Tofane, zumeist Tofana genannt, der olympischen Vorzeigestrecke für die Skiwettbewerbe der Frauen. Das Starthaus steht 2320 Meter über dem Meeresspiegel, das Ziel immerhin noch auf 1560. Cortina d'Ampezzo liegt nur auf 1224 Metern. Zu Fuß ins Zielstadion zu kommen ist eine Option – allerdings nur für sehr ambitionierte Olympiatouristen. Zumal der Weg ins Ziel über enge Serpentinstraßen führt, die nicht als Wanderstrecken ausgewiesen sind.

Warum also nicht eine Gondel nutzen? Weil sie nicht fertig wurde. Die Seilbahn Apollonio-Socrepes, für 35 Millionen Euro geplant und gebaut, hätte Tausende Fans zur Tofana bringen sollen. Die Gondeln gab's auch, standen aber eingepackt hinter der Baustelle, als die Rennen begannen: keine Gondel, keine Gondelfahrt. So mussten alte Dieselsebuse erhalten, um das Publikum Richtung Tribüne zu karren. Es kam zum Verkehrschaos – und Gestank verdrängt die gute Bergluft.

Die erste gute Nachricht: Im laufenden Olympiabetrieb wurden einige Gondeln eingehängt, die Anlage probeweise mit halber Kraft für 1200 Menschen pro Stunde zugelassen. Geplant war eine Kapazität von 2400. Aber das von Fans geliebte Abfahrtsrennen war längst Geschichte. Die zweite gute Nachricht: Für die Paralympics soll die Gondelbahn laufen wie geplant. Start ist der 6. März. ad.

Auf Krimskrams verzichtet

Neuer Eiskanal
im Matsch

Um zu erkennen, ob Olympia-Besucher an der Bob- und Rodelbahn in Cortina d'Ampezzo waren, muss man nicht nach ihren Tickets schauen, sondern auf ihre Schuhe. Man erkennt die Fans sogar von hinten. Dreckverschmierte Hosenbeine bis zu den Knien vom Latschen durch den Matsch rings des Eislabirynths.

Ja, sie haben es hinbekommen, ihr olympisches Prestigeobjekt, die Italiener. Mithilfe chinesischer Bautrupps. Binnen zwölf Monaten wurde rund um die Uhr gearbeitet. 24/7, wie das im Internetzeitalter heißt, oder auch „eight days a week“, mit schönem Gruß an die „Fab Four“ in Liverpool. Und nachts von Weitem im Dunkeln, beleuchtet, sieht sie auch schön aus, die Eisschlang. Für rund 118 Millionen Euro ersetzte das neue „Cortina Sliding Centre Eugenio Monti“ die alte „Pista olimpica Eugenio Monti“. 117 Millionen des Neubaus übernahm angeblich der Staat. Das versprach zumindest Finanzminister Giancarlo Giorgetti von der Lega Nord. Damit es billiger wurde, verzichtete der Bauherr auf Krimskrams drum herum: befestigte Wege zum Beispiel. Oder Begrünung. Oder Geländer zur Sicherheit, damit sich die Leute beim Umhertipeln auf dem rutschigen Gelände abstützen können.

Auch die Zugänge in den Katakomben rings um Start- und Zielhaus sind nicht fertig geworden, sie versprühen den Charme eines Rohbaus. Unverkleideter Sichtbeton, grau und grob – man ahnt schon, wo nach den Spielen Kifferpartys der nicht elitären Ortsjugend stattfinden werden. Aber ja, es soll alles noch fertiggestellt werden.

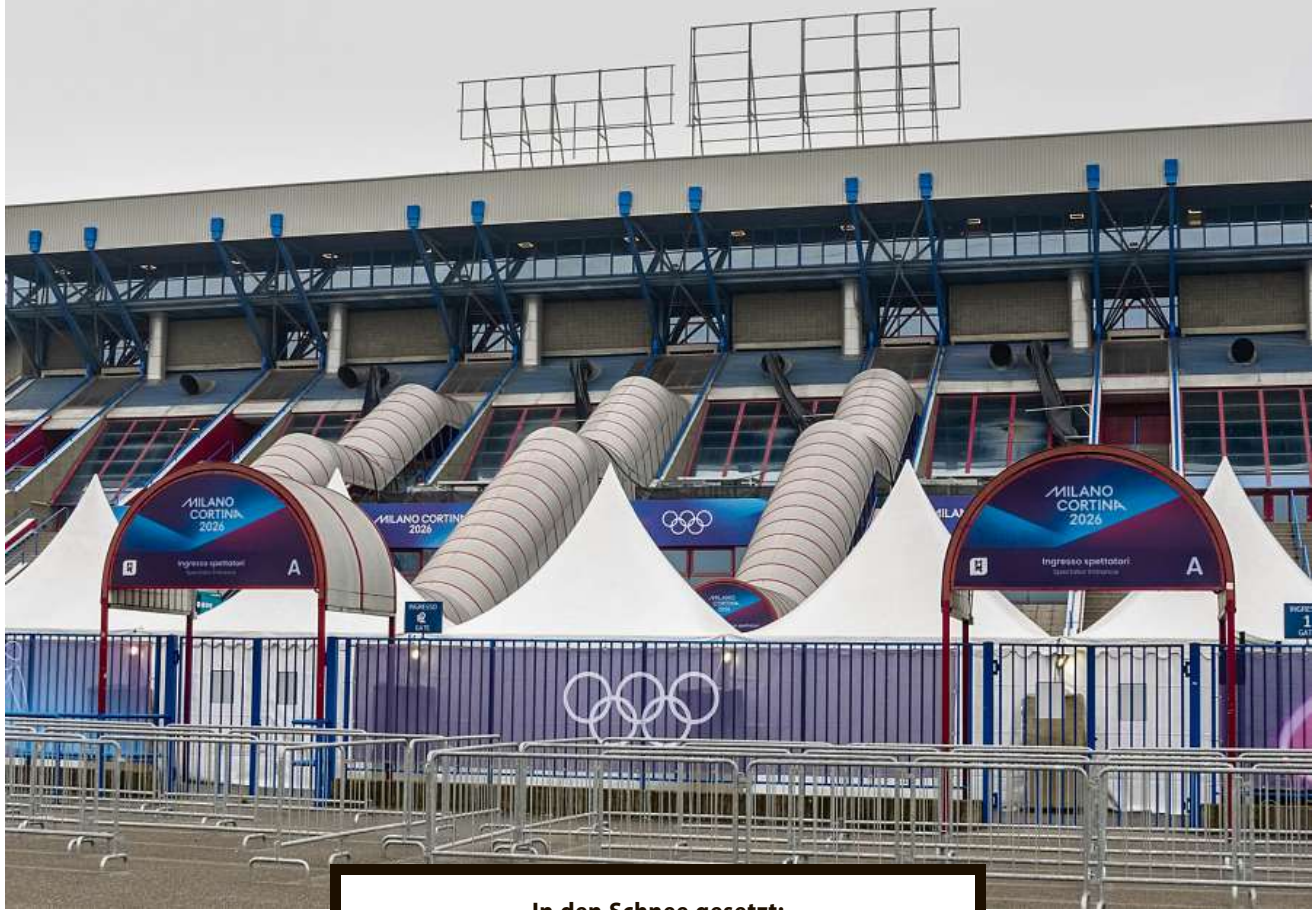
Gelieben von der alten Bahn ist der Namenspatron, ein berühmter italienischer Bobfahrer aus dem nahen Toblach, der 1956 in Cortina zwei Silbermedaillen gewann und 1968 in Grenoble im Alter von 40 Jahren Doppel-Olympiasieger wurde. Eigentlich war dieser Eugenio Monti alpiner Skifahrer und sogar italienischer Meister. Dann sattelte er nach einem schweren Sturz um und wurde Bobfahrer. Das passt zu der berühmtesten Filmszene in der alten Eisbahn: Im Kassenschlager „James Bond 007 – In tödlicher Mission“ aus den Achtzigerjahren floh James Bond auf Skiern vor Männern auf Motorrädern im Eiskanal. Er entkam knapp. Doch bei den Dreharbeiten starb ein Stuntman.

Dagegen hatte Georg Hackl bei seinem Sturz an der neuen Bahn noch Glück im Unglück. Die deutsche Rodelikone war auf dem Laufsteg neben der Rodelbahn in eine Lücke geraten und in einen zwei Meter tiefen Schacht gefallen. Er trug eine ausgekugelte Schulter davon. Man kann das auch Glück nennen. Für Hackl und den Bauherrn. ad.



Olympia auf
der Baustelle

Winterspiele sind vor
allem Fernsehspiele: Sie bieten schöne
Bilder von perfekten
Sportstätten. Was aber sieht und erlebt
man aus der Nähe?



In den Schnee gesetzt:
Anfang März wird die Gondelbahn am Tofana
Alpin-Zentrum (o.) laufen. Ins Assago-Forum
kehrt der Basketball zurück.

Fotos Reuters (2)/Adobe

Kein Auge für Sardinien

Winterspiele in der
Messehalle

Neulich war Tourismusmesse in Mailand. Nein, das ist keine Metapher für das internationale Publikum, das zu den Eishockey-Spielen auf dem Messegelände Rho gekommen ist. Auch nicht für die Niederländer, die sich in die gegenüberliegenden Messehallen 13 und 15 setzen, um die Eisschnelllaufwettbewerbe zu sehen. Es war tatsächlich Tourismusmesse auf dem überaus weitläufigen Gelände am Ende der Metrolinie 1, während dort zugleich die Olympischen Spiele ausgetragen werden. Und so strömten den Eishockey-Fans vergangene Wo-

che an drei Tagen Menschen entgegen, die in ihren Beuteln Prospekte trugen, die Sardinien schönsten Ferienhäuser zeigen. Und warum auch nicht? Für Olympiabesucher, die, aus welchen Gründen auch immer, mit den vielfältigen Schönheiten Italiens nicht vertraut sind, deren Blick, deren Italienbild womöglich also maßgeblich die Vista dieses eklektischen Sammelsuriums der Stilformen des Messebaus am Mailänder Stadtrand bestimmt, hätten die Messestände optische Erbauung und den ein oder anderen positiv besetzten Lernerfolg geboten. Sie hatten aber kein Auge für die Schönheiten der Costa Smeralda, auch nicht für die türkischen Lederwaren, die in anderen Ecken des Messegeländes ausgestellt werden. Sie waren Jünger der Präsidentin des Internationalen Olympischen Komitees und konzentrierten sich auf den

Sport. Und zwar in angemessen eng und stimmungsvoll aus Stahlrohr konstruierten und mit schwarzen Vorhängen verdunkelten temporären Eisstadien, die ihren Zweck voll und ganz erfüllten. Das Drumherum genügte den Ansprüchen der Zweckdienlichkeit und war auf das Nötigste beschränkt. Flair? Hier nicht zu haben. Haben Sie schon mal am Dom gesucht? Die Führungsschicht des olympischen Vergnügens dürfte aber mit Erleichterung festgestellt haben, dass bei aller Frugalität wenigstens die Olympic Family Lounge erhalten blieb, sogar für Häppchen wurde gesorgt. Zahlende Kundschaft konnte sich dagegen für Thermoskannenkaffee und Focaccias anstellen, deren Qualität bei Menschen mit einem von Klischees geprägten Italienbild für nachhaltige Erschütterung gesorgt haben dürfte. chwb.

Kein Firlefanz im Forum

Betonklotz mit
Gruselpotential

Das Forum in Assago ist eine wunderbare, wuchtige Sporthalle. Für einen Zweck gebaut, den Sport, und zwar zu Beginn der Neunzigerjahre. Das bedeutet: kein Firlefanz, keine Multifunktion. Zur Eröffnung trat im Oktober 1990 Katarina Witt auf, seither spielen hier für gewöhnlich die Basketballspieler von Armani Mailand. Das klingt nach Bellezza und Brimborium, tatsächlich steht das Forum aber am Stadtrand, an den man mit der Metrolinie 2 gelangt, die an einem Einkaufszentrum vorbei über die Felder geführt wird. Der Klotz aus Sichtbeton grenzt an die Autobahn, große Treppen führen hinauf und hinein, sie wirken wie die Schleusen in ein Raumschiff. An den Türen kleben Zettel, die darauf hinweisen, dass das Venue Media Centre (VMC), die Medienräume also, um drei Uhr morgens zu räumen ist. Ein dezenter Hinweis an Journalistinnen und Journalisten aus dem Fernen Osten Asiens, die in großer Zahl über die Erfolge des japanischen Eiskunstlaufteams berichten. Im Inneren sind die Gänge so verschachtelt, verwinkelt und in die Jahre gekommen, dass sich die Anlage auch hervorragend als Kulisse für eine Low-Budget-Horrorsplatter-Produktion anbietet. Möglicher Titel: Deadline des Grauens – Nachts um vier im VMC. Ist das ein Gedanke für die Legacy-Abteilung in Lausanne, vielleicht eine Idee für das Spätprogramm im Olympic Channel? Andererseits, warum in neuen Gefilden jagen, wenn doch im Kerngeschäft noch ein bisschen was zu holen ist. Italiens Profi-Basketball könnte gewiss ein Franchise in der im Entstehen begriffenen NBA Europe vertragen. Vielleicht sollte sich die erprobte Partnerschaft aus örtlichem Organisationskomitee und IOC zusammantun und eine Mannschaft zusammenstellen, mit der sie den Betonbunker am Stadtrand auch künftig bespielen. Der Name findet sich von selbst: Milano Neutrals. chwb.

Ein Weg zum Biathlon

Im Dauerstau mit
schöner Aussicht

Rund 58,5 Millionen Euro hat Südtirol in die Biathlonanlage von Antholz investiert. Dafür gab es: eine neue Beschneiungsanlage mitsamt Wasserteichspeicherbecken, einen neuen Streckenabschnitt und sieben Flutlichttürme, die auch tagsüber so hell strahlen, dass man die Sonnenbrille zückt. Weil nun 19.100 Fans hier zuschauen können, hat das Tal in den Olympiatagen für 58,5 Millionen Euro auch einen Dauerstau bekommen. Eine Straße führt hinein und wieder heraus, und das Verkehrsaufkommen, sagt Bürgermeister Schuster, sei wie in der touristischen Hauptsaison zum Bettenwechsel. Also brachte der erste Wettkampftag den ersten Verkehrskollaps. Auf der Pustertaler Staatsstraße, von der das Antholzer Tal abzweigt, ging nichts mehr. Zu viele Menschen seien mit dem eigenen Pkw statt mit Bussen angereist, von denen es wiederum zu wenig gab, und für die Autos zu wenige Parkplätze. Eines beschädigte eine Schrankenanlage der Eisenbahn, die aus dem Takt geriet, was zu Wartezeiten am Bahnhof führte. Im Stau am Kontrollpunkt am Taleingang steckten auch die Shuttlebusse fest. An den darauffolgenden Tagen hätten mehr Busse, mehr Parkplätze und der Appell an die Zuschauer, früher anzureisen, zu einer „normalen“ Verkehrssituation „wie während eines Weltcups geführt“, sagt Schuster. „Normal“ heißt hier: Mal staut es sich mehr, mal weniger. Und irgendwann kommen alle an. Wenn sie denn in den richtigen Bus steigen. Manche Volunteers und Busfahrer sind ebenso wenig ortskundig wie die Gäste. Welcher Shuttle-Bus hält nun in Antholz-Niedertal, Niederrasen oder Oberolanz? Wo Vielsprachigkeit sonst ein Türöffner ist, führt sie hier zu Missverständnissen, weil sich die italienischen Bezeichnungen der kleinen Ortschaften schlecht unterscheiden: Umstieg in Antholz-Mittertal (Anterselva di mezzo), talauswärts geht es vorbei an Anterselva di sotto (Antholz-Niedertal), Rasun di sopra (Oberlassen) und Rasun di sotto (Niederrasen). Am Ende des Tals liegt Olanz (Valdaora), aufgeteilt in Niederolanz, Mitterolanz und Oberolanz. Ganz einfach, oder? Certo. Wem das alles zu viel wird, sollte den Blick weiten. Eingerahmt von den knapp 3000 Meter hohen Gipfeln der Rieserfernergruppe und der Roten Wand, steht die Südtirol-Arena auf 1600 Meter Höhe kurz vor dem Staller Sattel. Es ist wunderschön. Und wahnsinnig voll. jbc.



Ernüchternde
Antwort

Von Marc Heinrich

Das olympische Eishockey-Turnier hat alles zu bieten, was diesen Sport faszinierend macht: Rasanz, Raffinesse, Rigorosität. Doch die Deutschen dürfen nicht mehr mitmachen, zu Recht. Sie erreichten lediglich in kurzen Momenten jenes Qualitätsniveau, das auf einer solchen Bühne Voraussetzung ist für einen langen Weg. Wer die Partien sah, die auf die Niederlage des Teams von Bundestrainer Harold Kreis gegen die Slowakei am Mittwoch folgten, konnte erkennen, woran es der deutschen Auswahl mangelte: Die Begegnungen zwischen Kanada und Tschechien (4:3) sowie den USA und Schweden (2:1) boten eine Eishockey-Werbeshows in Überlänge – Last-Minute-Glückseligkeit und Tränen der Enttäuschung inklusive. Dass nahezu alles, was aktuell in der nordamerikanischen Profiliga (NHL) Rang und Namen hat, in Mailand dabei ist, wertet die Winterspiele auf – und zeigt dem Deutschen Eishockey-Bund (DEB), wie weit sein Männer-Team von der Spitze entfernt ist.

Von Leon Draisaitl wird vor allem das Bild des Fahnenträgers im Regenponcho bleiben. Auf dem Eis entsprach sein Einfluss trotz der Tore und Vorlagen nicht den Erwartungen. Ihm mislang es, die anderen durch sein Zutun besser zu machen. Kreis setzte über weite Strecken auf eine NHL-Achse, vertraute der ersten und zweiten Reihe in einem Maße,

Das Aus des deutschen
Eishockey-Teams bei
Olympia ist mehr als ein
Ausrutscher.

das Alternativen marginalisierte. Ein Wettbewerb unter maximalem Druck verlangt jedoch nach mehr Linien, die Verantwortung tragen. Für die Spieler aus der Deutschen Eishockey Liga (DEL) wurde die Situation zur Frusterfahrung: Kai Wissmann, Janas Müller, Lukas Kälbe oder Marc Michaelis spielten fehleranfällig. Sie verloren den Puck in Momenten, in denen er auf diesem Niveau nicht verloren gehen darf. Ob ihnen das Vertrauen fehlte oder ob der Bundestrainer ahnte, dass ihre Grenzen gegen die Weltelite offengelegt würden, ist müßig zu erörtern, weil es zur gleichen Erkenntnis führt. Die DEL definiert ihren Status gern über Zuschauerzahlen und wirtschaftliche Stabilität. In Mailand zählt beides nicht. Bei den Olympischen Spielen lautet die Frage, ob Tempo, Handlungsschnelligkeit und Präzision internationale Spitzenklasse darstellen. Die Antwort fiel für die Deutschen ernüchternd aus.

Am Ende lagen die Ursachen neben individuellen Defiziten auch in konzeptionellen Schwächen. Die DEB-Auswahl bestand aus Profis, die auf dem Eis nie einen Kollektivgedanken entwickelten. Moritz Müller brachte es als Erster treffend auf den Punkt, als er feststellte, man verfüge über gute Spieler, aber nicht über eine gute Mannschaft. Zwischen Talent und Teamegeist liegen Organisationsarbeit, Rollenklärung und die Bereitschaft, Abläufe bei Bedarf zu justieren.

Es war Kreis' Versäumnis, dass er die Notwendigkeiten nicht entschlossener vermittelte. Damit ist die Debatte aber nicht erledigt. Wer perspektivisch zumindest ein bisschen aus dem langen Schatten von König Fußball treten will, benötigt mehr als symbolische Bilder. Er braucht ein Konzept für die Generation von morgen, das internationale Maßstäbe reproduziert, statt sie lediglich zu bestaunen. Die Tage in Mailand stellten für das deutsche Eishockey keinen Ausrutscher dar: Sie waren eine realistische Standortbestimmung.

Olympia auf FAZ.NET



Mit Ihrem Handy
finden Sie an dieser
Stelle Liveticker,
Nachrichten,
Zeitpläne und
Ergebnisse
faz.net/olympia

Prozess nach tödlichen Schüssen

FRANKFURT Eineinhalb Jahre nach den tödlichen Schüssen am Frankfurter Hauptbahnhof müssen sich von Freitag an acht Männer vor dem Landgericht Frankfurt verantworten. Die Staatsanwaltschaft wirft sieben Angeklagten gemeinschaftlichen Mord vor, dem achten die Verabredung zu einem Verbrechen. Einem Angeklagten wird zudem ein Verstoß gegen das Waffengesetz zur Last gelegt.

Am Abend des 20. August 2024 soll ein heute 56 Jahre alter Mann aus Baden-Württemberg an Gleis 9 vor den Augen zahlreicher Zeugen einen Siebenundzwanzigjährigen erschossen haben. Der Anklage nach schoss er ihm aus einer Entfernung von 30 Zentimetern mit einer halbautomatischen Selbstladepestole in den Hinterkopf. Danach soll der Mann noch zwei weitere Male auf das am Boden liegende Opfer geschossen haben. Der Mann starb noch am Tatort. Eine Streife der Bundespolizei nahm den mutmaßlichen Schützen fest.

Sowohl der Sechsfünfzigjährige als auch das Opfer sind Türken. Hintergrund der Tat soll eine seit Jahren andauernde Familienfehde sein, bei der mehrere Angehörige beider Familien getötet wurden. Die Tat am Frankfurter Hauptbahnhof ist laut den Strafverfolgern auf ein vorangegangenes Verbrechen in der Türkei zurückzuführen; dort soll der Neffe eines Angeklagten getötet worden sein – nach Angaben der kurdischen Gemeinde, die sich kurz nach der Tat öffentlich äußerte, im Jahr 2016 auf einer Erdbeerplantage in Antalya von dem später erschossenen Siebenundzwanzigjährigen.

Die Gruppe soll zunächst den Bruder des späteren Opfers für ihre Racheaktion ausgesucht haben. Als sie diesen nicht antrafen, kundschafte sie das spätere Opfer aus, wie es weiter heißt. Demnach hatte der später Getötete mehrere Livestreams auf seinem Tiktok-Kanal hochgeladen. Darüber soll ihn ein weiterer Angeklagter, 29 Jahre alt, lokalisiert haben.

Außerdem stehen drei weitere Türken im Alter von 22, 26 und 29 Jahren vor Gericht. Sie sollen auf das Opfer am Mainzer Hauptbahnhof gewartet haben, da der Mann dort umgestiegen sein soll. Auch sie hatten laut der Anklage das Ziel, den Mann zu erschießen, falls sie ihn antrafen. Ein 34 Jahre alter Deutscher soll die Tat im Hintergrund koordiniert haben und mit den Männern in Mainz und Frankfurt in Kontakt gestanden haben. Außerdem soll sich ein Neunundzwanzigjähriger dazu bereit erklärt haben, das Opfer zu töten, weshalb er ebenfalls angeklagt ist. elzo.



Die aktuellsten
Meldungen aus
der Region auf
www.faz.net/rmz

Die Rückkehr der Sterns

Aus einem Weinhandel entstand einst in Frankfurt das Bankhaus Stern. Nun eröffnet ein Nachfahre in der Stadt eine Niederlassung.

DIE DREI, SEITE 3

Wetter

Anfangs überwiegend
freudlich, später
von Westen her dichte
Wolken und örtlich Regen.
Höchsttemperaturen 3 bis 5 Grad.

Temperaturen Mittwoch

Flughafen Frankfurt

Min.

1°

Max.

6°

Feldberg im Taunus

Niederschlag Mittwoch 0 bis 24 Uhr

Flughafen Frankfurt

0 mm

Hölle eng

Sollte es noch einmal schneien an einem Tag, an dem U- und Straßenbahnfahrer streiken, bitte nie, niemals in einen Bus der Linie M32, die zwischen Ost- und Westbahnhof verkehrt, einsteigen. hoff.

Welche Projekte halten Sie für (sehr) wichtig?	
in Prozent der Befragten*	
Sanierung der Schulen	95
Anpassung der Stadt an Klimawandel	88
Bau zusätzlicher Wohnungen im „Stadtteil der Quartiere“	84
Bau weiterer U-Bahn-, Straßenbahnlinien	82
Mehr Polizeikontrollen im Bahnhofsviertel	79
Schaffung eines Suchthilfeszentrums	69
Bau weiterer Fahrradwege	61
Schaffung eines „Hauses der Demokratie“	37
Wegnahme weiterer Autofahrspuren	36
Streichung von Parkplätzen	32
Bau einer Multifunktionshalle am Waldstadion	31
Bau einer neuen Oper/eines Schauspielhauses	30

Mehr auf faz.net:

*Mehrfachnennungen möglich. 1014 befragte Wahlberechtigte aus Frankfurt, 2. bis 10.2.2026. / Quelle: Forsa / Foto: Stefan Nieland / F.A.Z. - Grafik: swa.

Die marode Schule IGS Süd in Sachsenhausen

Politik gegen das Auto wenig beliebt

FRANKFURT Die Behinderung des Autoverkehrs findet nur ein Drittel der Bevölkerung gut. Die Forsa-Umfrage für die F.A.Z. zeigt zugleich: Wichtiger als der Radwegebau sind den Bürgern neue Schienenverbindungen.

Von Manfred Köhler

Die größten Probleme in Frankfurt

Problem	2026 (%)	2016 (%)
Verkehrsprobleme allgemein	41	31
Zustand ÖPNV	15	14
Mieten, Wohnungsangebot	44	34
Ausländer, Asylpolitik, Flüchtlinge	9	25
Schulden, Bildungseinrichtungen	16	9
Fehlende Kinderbetreuungseinrichtungen	4	5
Dreck in der Stadt	19	8
Stadtplanung	4	4
Kriminalität	16	15
Drogen	13	2016 keine Daten
Soziale Probleme	19	10
Finanznot der Stadt	2	1
Umweltprobleme	4	3
Unmut über Politiker	6	2
Fluglärm	0	4
Keine Probleme	17	16

*Die Befragten wurden ohne jedwede Vorgabe gebeten anzugeben, was für sie derzeit die drei größten Probleme in Frankfurt seien. Mehrfachnennungen möglich. 1014 Befragte Wahlberechtigte aus Frankfurt, 2. bis 10.2.2026 / Quelle: Forsa / F.A.Z. - Grafik: swa.

halten 99 Prozent der CDU-Anhänger für wichtig, auch 69 Prozent der Grünen-Freunde, aber nur 36 Prozent derjenigen, die der Linken zuneigen. Die Schaffung eines Suchthilfeszentrums heißen 87 Prozent der Grünen-Anhänger gut, aber lediglich 54 Prozent derjenigen, die sich der CDU zurechnen.

Vollends auseinander fallen die Bewertungen der Verkehrspolitik jenseits des Schienennetz-Ausbaus. Der Bau weiterer Fahrradwege hat mit 91 Prozent die größte Unterstützung bei den Grünen, doch nur 32 Prozent der CDU-Anhänger halten ihn für wichtig. Beim Wegfall von Fahrspuren und von Parkplätzen ist es umgekehrt. Nur neun Prozent der potentiellen CDU-Wähler halten das für bedeutsam. Die Zustimmung der Grünen-Anhänger dazu ist deutlich höher, erreicht aber bei Weitem nicht den Wert, den der Ausbau der Radwege erzielt. Lediglich 68 Prozent der Grünen-Sympathisanten wollen weniger Platz für das Auto und nur 63 Prozent den Wegfall von Parkplätzen. Bei den SPD-Anhängern hat diese Neuausrichtung der Verkehrspolitik in den vergangenen Jahren noch weitaus weniger Freunde. Sie sind zwar zu 70 Prozent für mehr Radwege, aber zu nur 37 Prozent für weniger Fahrspuren und zu 41 Prozent für weniger Parkplätze.

Bei den Stichworten Multifunktionshalle einerseits und Oper/Schauspiel andererseits ist die Bandbreite kleiner. Die geplante Halle am Waldstadion hat den höchsten Wert bei SPD-Anhängern mit 44 Prozent, doch liegt er bei der CDU mit 42 Prozent fast genauso hoch, während die Grünen-Anhänger dem Vorhaben mit 22 Prozent die geringste Bedeutung zumessen. Auch bei den beiden geplanten Neubauten für Oper und Schauspiel ist der Zustimmungswert bei SPD-Anhängern mit 43 Prozent am höchsten, wiederum gefolgt mit kleinem Abstand von den CDU-Anhängern mit 39 Prozent. Die Zustimmung der Grünen-Anhänger schiebt sich mit 41 Prozent dazwischen. Gedrückt wird in diesem Fall der Durchschnittswert durch die AfD-Anhänger, von denen gerade einmal ein Prozent dieses Vorhaben für wichtig hält.

Die allgemeiner gehaltene Frage nach den größten Problemen in Frankfurt, die von Forsa auch vor zehn Jahren schon einmal gestellt worden war, zeigt abermals die große Bedeutung des Verkehrs. Verkehrsprobleme wurden von 56 Prozent genannt und damit so häufig wie kein anderes Thema. Der Wohnungsmarkt und die Mieten liegen auf Platz zwei. Der Themenkomplex „Ausländer, Asylpolitik, Flüchtlinge“ hat an Bedeutung gewaltig verloren. Nach oben geschellt sind in der Liste der größten Probleme in der Stadt die Drogen, umgekehrt hat das Thema Fluglärm an Bedeutung so weit verloren, dass es in der Befragung gar nicht mehr vorkam. Die Umweltpolitik rangiert auf einem der untersten Plätze. Bei der Frage nach den größten Problemen in der Stadt hatten die Mitarbeiter von Forsa den Befragten nichts vorgegeben, sie sollten einfach die drei größten aus ihrer Sicht nennen.

Ohne Bonus, aber vorne

Von Günter Murr

Seit fast 14 Jahren ist Petra Roth nicht mehr Frankfurts Stadtoberhaupt. Bei Veranstaltungen ihrer CDU, zuletzt beim politischen Aschermittwoch in Harheim, wird sie aber immer noch als „unsere Oberbürgermeisterin“ begrüßt. Das hat nicht nur mit Wertschätzung gegenüber der Person zu tun, sondern auch mit der Sehnsucht nach der guten, alten Zeit, in der die CDU die dominierende Kraft in Frankfurt war. Sie stellte nicht nur 17 Jahre lang eine über Parteigrenzen hinweg beliebte Oberbürgermeisterin, sondern auch die größte Fraktion im Stadtparlament. Bis 2011 erzielte sie bei den Kommunalwahlen mehr als 30 Prozent der Stimmen.

Der Einbruch bei der Wahl 2016 auf nur noch gut 24 Prozent der Stimmen hatte zwar viel mit der allgemeinen politischen Stimmung zu tun, die der CDU Verluste bei vielen Wahlen bescherte. Aber auch der entfallene OB-Bonus spielte eine Rolle. Wie dieser wirken kann, zeigt die aktuelle Umfrage, die Forsa im Auftrag der F.A.Z. erstellt hat: Demnach kann die SPD mit ihrem Oberbürgermeister Mike Josef entgegen dem Bundestrend in Frankfurt zulegen.

Der CDU fehlt nicht nur ein Oberbürgermeister. Sie hat auch sonst derzeit kein Zugpferd in ihren Reihen; der bekannteste Frankfurter CDU-Politiker, Ministerpräsident Boris Rhein, steht nicht zur Wahl. Spitzenkandidat Nils Köhler kämpft nun schon zum zweiten Mal um ein gutes Ergebnis für seine Partei. Er macht das seriös und sachlich, versucht sich deutlich von den Mitbewerbern abzugrenzen, achtet aber auf einen moderaten Ton, um die Brücken zu potentiellen Koalitionspartnern in der Mitte des politischen Spektrums nicht einzureißen. Schaumschlägerei und Selbstdarstellung sind seine Sache nicht.

Das macht Köhler sympathisch. Ein Großteil der Frankfurter dürfte ihn allerdings nicht kennen – und das ist neben dem ungünstigen Bundestrend ein Problem für die CDU. Sie hat es schwer, über die 24 Prozent hinauszukommen, die ihr in der aktuellen Forsa-Umfrage prognostiziert werden.

Damit könnte sie zwar stärkere Kraft werden, doch besteht die Gefahr, dass ihr dieser Sieg am Ende nichts nutzt. Um etwa zu verhindern, dass sich im Stadtparlament eine Mehrheit gegen sie finden kann, müsste die CDU an frühere Erfolge anknüpfen und einen Stimmenanteil um die 30 Prozent erreichen. Derzeit sieht es nicht danach aus, als würden diese alten Zeiten zurückkehren.

Cannabis-Projekt gestoppt

WIESBADEN In der Landeshauptstadt wird es erst einmal kein Forschungsprojekt zur Abgabe von Cannabis in den Apotheken geben. Das hat die Wiesbadener Rechtsdezernentin Milena Löbcke (Die Linke) am Donnerstag mitgeteilt und die Entscheidung scharf kritisiert. Demnach hat das Bundesamt für Landwirtschaft und Ernährung den Antrag abgelehnt und dies mit Zweifeln begründet, dass das Cannabis-Konsumgesetz eine rechtlich zulässige Grundlage sei, um einen solchen Antrag zu stellen. Aktuell darf in Apotheken nur medizinisches Cannabis auf Privatrezept abgegeben werden.

Löbcke hält diese Entscheidung für falsch: „Wer Cannabis legalisiert, muss auch sicherstellen, dass es legale Zugangswege gibt.“ Sei dies nicht der Fall, werde das eigentliche Ziel des Gesetzes konterkariert. Ihrer Meinung nach sind Forschungsprojekte unabdingbar, um die legale Abgabe von Cannabis auszuweiten. Die Dezernentin kündigte an, mit den Projektpartnern zu sprechen und rechtliche Schritte prüfen, um das Projekt doch noch durchsetzen zu können. robm.

Hessen genehmigt mehr Bauten

22 Prozent mehr Genehmigungen

WIESBADEN Mit dem Wohnungsbau geht es aufwärts, die Zahl der Baugenehmigungen ist in Deutschland 2025 gestiegen. Einen besonders starken Zuwachs verzeichnete Hessen. Wie aus Zahlen des Statistischen Bundesamtes hervorgeht, wurden im vergangenen Jahr in Hessen Baugenehmigungen für 16.772 Wohnungen erteilt. Das sind genau 3000 mehr als 2024. Der Anstieg um rund 22 Prozent fällt damit doppelt so stark aus wie im Bundesdurchschnitt.

Wirtschaftsminister Kaweh Mansoori (SPD) führt das auch auf die hessische Landespolitik zurück. „Wir digitalisieren die Genehmigungsbehörden, stellen Fördermittel in Rekordhöhe bereit und vereinfachen die Regeln“, teilte er mit. „Das zeigt Wirkung.“ Zudem sei das Bauen durch den Abbau bürokratischer Hürden erleichtert worden. Auch Thomas Reimann, Vizepräsident der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände, zeigte sich erfreut über die Entwicklung, relativierte den prozentualen Anstieg allerdings. „Zur Wahrheit gehört, dass wir in Hessen von einem sehr niedrigen Niveau kommen.“ 2024 seien in Hessen so wenige Wohnungen genehmigt worden wie zuletzt 14 Jahre zuvor. Auch die höheren Zahlen von 2025 lägen immer noch weit unter dem Neubaubedarf, den Reimann für ganz Hessen mit 26.000 Wohnungen jährlich bezifferte.

Mansooris Baupakete, mit denen der Wohnungsbau schneller, einfacher und günstiger werden soll, zeigen nach Einschätzung Reimanns eine erste Wirkung. Es gebe Grund zur Hoffnung, dass sich die große Zurückhaltung beim Wohnungsbau endlich löse. Von einer Erholung könne aber noch keine Rede sein, so Reimann. Younes Frank Ehrhardt, Geschäftsführer des Eigentümerverbands Haus & Grund Hessen, verwies darauf, dass der Aufschwung vor allem von privaten Eigentümern und Unternehmen getragen werde, auf die 95 Prozent aller Baugenehmigungen entfielen. Die öffentliche Hand hingegen reduziere ihre Bautätigkeit weiter. Der Wohnungsneubau bleibt maßgeblich von individuellen Investitionsentscheidungen abhängig.

Neue Abflugroute entlastet Gebiete

FRANKFURT Die ersten Monitoring-Ergebnisse zur neuen Abflugroute Cindy/Sulus haben die Erwartungen der Fluglärmkommission Frankfurt erfüllt. Das teilte die Kommission mit, nachdem das Forum Flughafen und Region (FFR) dem Gremium, in dem Kommunen und Luftfahrtindustrie vertreten sind, die ersten Auswertungen von Flug- und Lärmdaten zur im Sommer 2025 geänderten Abflugroute vorgestellt hat.

Die Zwischenergebnisse seien ein entscheidender Prüfstein dafür, ob die mit der Routenänderung verfolgten Ziele tatsächlich erreicht würden, sagte Manfred Ockel (SPD), stellvertretender Vorsitzender der Fluglärmkommission. „Unsere Aufgabe ist es, auf Basis umfassender fakten- und lärmwertebasierter Daten dafür zu sorgen, dass Fluglärm insbesondere in den hochbelasteten Gebieten so weit wie möglich reduziert wird“, führte Ockel weiter aus. Endgültig sei aber erst nach Abschluss des auf ein Jahr festgesetzten Probetriebs zu entscheiden, ob man das Ziel erreicht habe. Voraussichtlich Ende dieses Jahres werde man eine Bilanz vorlegen können, hieß es weiter aus der Fluglärmkommission. Inzwischen werde man das Monitoring weiter „eng begleiten“, weitere Messungen auswerten und – soweit möglich – auch alternative Möglichkeiten der Routen- und Flugplanung prüfen.

Die ersten Daten bestätigen den Angaben zufolge die Annahme, dass mit der neuen Route tatsächlich bisher besonders stark belastete Anrainer entlastet, weniger stark besiedelte Gebiete aber stärker als bisher belastet würden. Das lasse sich aus den veränderten Flugspuren aus ersten Messwerten ausgewählter Lärmmessstationen folgern, so die Kommission. Die Auswertung von rund 30.000 Flugspuren in fünf Monaten zeige zudem, dass die vorgegebene Streckenführung gut eingehalten werde. Konkret belegten Messungen in Weiterstadt-Gräfenhausen, Darmstadt-Arheilgen, Erzhäusern und Egelsbach, dass es, wie beabsichtigt, Entlastungen in Darmstadt-Arheilgen und Weiterstadt-Gräfenhausen gebe und zusätzliche Belastungen in den weniger dicht besiedelten Gebieten in Erzhäusern und Egelsbach erle-



Viel zu tun: Wegen des starken Schneefalls mussten die Stationen der U-Bahnen und Straßenbahnen vom Schnee befreit werden, wegen des Streiks war dafür auch Zeit.

Foto AP

Stillstand durch Schnee und Streik

RHEIN-MAIN Schulen wichen auf Distanzunterricht aus, Busse fuhren nicht, Lastwagen standen quer: Der Schnee hatte weite Teile Hessens fest im Griff. Mancherorts verschlimmerten Streiks die Lage.

Schneefall und Glätte haben am Donnerstag große Teile Hessens ausgebremst und teilweise lahmgelegt, an einem Tag, an dem vielerorts auch der öffentliche Nahverkehr durch Warnstreiks beeinträchtigt gewesen ist. Während Frankfurt vom Ausstand besonders betroffen war, fielen die Auswirkungen in anderen Regionen Hessens weniger stark aus.

In Mittel- und Westhessen sorgten heftige Schneeschauer und rutschige Fahrbahnen bereits früh für deutliche Einschränkungen. Nach Angaben des Rhein-Main-Verkehrsverbunds wurde der Busverkehr auf zahlreichen Linien verspätet aufgenommen oder vorübergehend eingestellt. Verspätungen häuften sich vor allem in Landkreisen in der Mitte

und im Westen Hessens, aber auch im Main-Kinzig-Kreis führten nicht geräumte Straßen zu Fahrausfällen. Witterungsbedingt konnten einzelne Züge im Regionalverkehr nicht fahren.

Die Polizei registrierte eine Reihe von witterbedingten Unfällen. Das Präsidium Südhessens berichtete von Meldungen gleichsam im Minutentakt am frühen Donnerstagsmorgen und mehreren Verletzten. Bei Heusenstamm stürzte ein Baum auf ein Auto, die Fahrerin wurde leicht verletzt. In Bad Orb führten mehrere quer stehende Lastwagen zu einem Verkehrschao, in Nidderau blieb ein Lastwagen, in Biebergemünd ein Bus stecken, bei Bruchköbel stand ein Tanklastwagen quer, in Birstein kippte ein Lastwagen in einen Graben. In Offenbach kollidierten zwei Fahrzeuge, ein drittes wich aus und blieb vorübergehend im Schnee stecken. Neben blockierten Strecken meldeten die Beamten zahlreiche Fahrzeuge, die auf glatten Abschnitten nicht weiterkamen. Die Polizei Mainz meldete bis zum Nachmittag „rund 20 Verkehrsunfälle, die auf die aktuellen Witterungsbedingungen zurückzuführen sind“.

Die winterliche Lage wirkte sich auch auf Schulen aus. Im Rheingau-Taunus-Kreis wechselten mehrere Einrichtungen am Freitag in den Distanzunterricht, wie die Verwaltung mitteilte. Manche Schulen, wie das Gymnasium Taunusstein und die Pestalozzi-Schule in Idstein, blieben jedoch geöffnet. Im Kreis Gießen stellte die Dietrich-Bonhoeffer-Schule in Lich, im Hochtaunuskreis die St.-Angela-Schule in Königstein den Präsenzunterricht ein. In Königstein wurden angesetzte Klausuren und Nachschreibtermine verschoben.

Von den angekündigten Streiks waren am Donnerstag neben Frankfurt auch Gießen und Marburg betroffen. Die Stadtwerke gingen aber von deutlich geringeren Einschränkungen als in Frankfurt aus. In Gießen sind die Busfahrer der Nahverkehrstochter Mit.Bus nicht zum Ausstand aufgerufen, der Linienbetrieb sollte regulär laufen. Auch in Marburg ging man von normalem Stadtbusverkehr aus. Allerdings warnten die Städte, dass der Schnee – unabhängig vom Streik – zu temporären Ausfällen und Verzögerungen führen könne. An diesem Freitag ist

vom Warnstreik vor allem Wiesbaden betroffen. Die städtische Gesellschaft Eswe Verkehr teilte mit, dass der Ausstand von 3 Uhr an läuft und voraussichtlich bis Betriebsende in der Nacht auf Samstag andauern soll. Auf den meisten Linien fahren keine Busse, das On-Demand-Angebot Wi-Mobil ist ausgesetzt. Es gibt jedoch Ausnahmen: Die Linien 5, 28, 39 und 46 sowie Regionalbusse werden von Partnerunternehmen bedient und sollen daher fahren.

Hintergrund der Arbeitsniederlegungen ist ein von Verdi beklagter „Eklat“ kurz vor Schluss der dritten Verhandlungsrunde im öffentlichen Nahverkehr: Arbeitgeber hätten überraschend neue Themen eingebracht, die aus Sicht der Gewerkschaft Kürzungen für Beschäftigte bedeuten. Die parallel in allen Bundesländern geführten Verhandlungen betreffen in Hessen vor allem die Arbeitsbedingungen nach dem Manteltarifvertrag, nicht die Gehälter. (Siehe Seite 3.)



Umgekippt: Ein Lastwagen kam bei Babenhausen von der Straße ab.

Foto Imago

Mansoori sieht Tourismus im Aufwind

WIESBADEN Laut der aktuellen Statistik ist die Zahl der Übernachtungen in Hessen zurückgegangen

„Der Tourismus in Hessen setzt seinen positiven Trend fort.“ Diese Feststellung sieht der hessische Wirtschaftsminister Kaweh Mansoori auch nicht durch die aktuellen Zahlen des Landesamts für Statistik widerlegt, nach denen ein leichter Rückgang zu verzeichnen ist.

Die Beherbergungsbetriebe meldeten für das vergangene Jahr 15,5 Millionen Gäste, das ist im Vergleich zu 2024 ein Minus von 0,3 Prozent. Die Zahl der Übernachtungen sank um 1,2 Prozent auf 34,3 Millionen. Die durchschnittliche Bettenauslastung verringerte sich von 37,9 auf 37,7 Prozent.

Mansoori argumentiert, dass die Fußballeuropameisterschaft im Jahr 2024 für einen „Wachstumsausreißer“ gesorgt habe. Fünf Spiele fanden in Frankfurt statt.

Die Bilanz des vergangenen Jahres erreiche zwar nicht ganz die Zahlen aus dem extrem starken Jahr der EM. Aber aussagekräftig sei der Vergleich mit dem „normalen“ Jahr 2023. Und der ergebe ein „deutliches Wachstum“.

So seien im vergangenen Jahr 580.000 Ankünfte mehr registriert worden als 2023. Auch die Zahl der Übernachtungen sei um rund 420.000 gestiegen. Zudem deuteten die vorliegenden Daten aus dem laufenden Jahr auf positive Aussichten hin. So hätten die Statistiker für Januar eine Million Gäste und 2,3 Millionen Übernachtungen in Hessen registriert. Im Vergleich zum Januar 2025 sei die Zahl der Gäste um 5,1 Prozent, die Zahl der Übernachtungen um 7,7 Prozent gestiegen. „Hessen ist ein starkes, gefragtes

Reiseziel“, heißt es in einer Pressemitteilung des Wirtschaftsministers. Dies sei ein positives Signal für die Beschäftigten und die Unternehmen im Hotel- und Gastgewerbe. Aber der Tourismus strahle weiter aus, indem er wichtige Impulse für die Wertschöpfung und die wirtschaftliche Stabilität im ganzen Land gebe.

Die Tourismusbranche rechne mit einem Bruttoumsatz von 14,6 Milliarden Euro jährlich. Das entspreche ungefähr 40 Millionen Euro, die die Gäste in Hessen täglich ausgaben. Damit sichere der Tourismus mehr als 200.000 Existenzen. „Er bleibt ein bedeutender Wirtschaftsfaktor und leistet einen erheblichen Beitrag zur Entwicklung in Stadt und Land“, so Mansoori. Der Minister legt Wert auf eine Entwicklungsstrategie. Investiert

wird vor allem in die Digitalisierung der Angebote. So stellt das Ministerium bis 2028 3,3 Millionen Euro für ein landesweites Datenmanagementprojekt bereit, das die hessischen Tourismusangebote besser sichtbar machen soll.

Damit wird das Ziel verfolgt, das gesamte touristische Angebot im Land strukturiert und frei verfügbar abzubilden und für Künstliche Intelligenz auszustatten. Dies sei die Grundlage für Sichtbarkeit, Buchbarkeit und wirtschaftlichen Erfolg. Das Ministerium will Hessens Stärken aber auch analog präsentieren. Die Verbundenheit zwischen Stadt und Land soll beispielsweise Anfang März auf der Internationalen Tourismus-Börse Berlin herausgestellt werden.



Gratis zum Einkaufsbummel

Von Hanns Mattes

Wenn man zu Fuß vom Hanauer Westbahnhof durch die Hanauer Innenstadt laufen will, dann ist man vielleicht zehn Minuten unterwegs – so groß ist die City nicht. Aber wer will, der kann sich den Spaziergang seit Kurzem sparen und den Bus nehmen, ohne dafür eine Fahrkarte kaufen zu müssen. Der eine oder andere wird das zu schätzen wissen, so viel Spaß machen die Wege zum Beispiel bei schlechtem Wetter ja auch nicht. Viele Haltestellen, gerade einmal sieben, fallen in die neue „Cityzone“, aber dazu zählen auch die am höchsten frequentierten Stationen am Markt- und am Freiheitsplatz.

Alles in allem kein großes Ding, aber es ist ein kleiner Baustein einer großen Anstrengung: Hanau kämpft darum, die Innenstadt lebendig zu halten, stemmt sich gegen Leerstände und Verödung. Diese Sorge zieht sich seit fast zwei Jahrzehnten durch die Stadtentwicklung und gab seinerzeit auch den Anstoß für den sogenannten Innenstadtbau, der am deutlichsten auf dem Freiheitsplatz sichtbar wird. An die Stelle eines (leer stehenden) Kaufhauses und eines Parkplatzes sind ein Einkaufszentrum, dazu das sogenannte Kulturforum mit der Stadtbibliothek und ein neuer Busbahnhof getreten. Das funktioniert, die Besucherfrequenz passt. Zur Aufenthaltsqualität gehört aber auch das Sicherheitsgefühl der Besucher, dem versuchen die Behörden unter anderem mit Streifengängen und Videoüberwachung Rechnung zu tragen.

Ein weiteres prominentes Projekt ist die Umwandlung des ehemaligen Kaufhofs in den sogenannten Stadthof. Um einen Leerstand zu vermeiden, der der City das Rückgrat hätte brechen können, hat Hanau das Gebäude gekauft, dort finden nun Pop-up-Stores Platz, das erste Stockwerk bespielen die Verantwortlichen mit möglichst publikumsträchtigen Ausstellungen. Vor Kurzem kam die Nachricht, dass im Untergeschoss ein großer Sportartikelhändler einziehen wird, von dem sich die Stadt einen weiteren Kundenmagneten erhofft. Aber solche Erfolge sind keine Glücksfälle oder Selbstläufer, sie sind das Ergebnis kontinuierlicher und harter Arbeit der zuständigen städtischen Stellen. Es gibt Programme, um Ladenleerstände zu vermeiden; ein Vorkaufsrecht erlaubt der Kommune direkten Zugriff auf Immobilien. Der Einsatz für die Innenstadt ist auch kommunalpolitischer Konsens – und nach Überzeugung aller Beteiligten eine Daueraufgabe. Denn das Konsumverhalten ändert sich, der stationäre Einzelhandel hat zu kämpfen. Das Gegenmittel soll das oft beschworene Einkaufserlebnis in der City sein, das einer großen Bandbreite der angebotenen Waren bedarf. Denn nur mit den schon jetzt reichlich vertretenen Cafés, Mobilfunkläden und Barbershops lässt sich kein Staat, pardon, keine Stadt machen.

Hessen will Opfer besser schützen

WIESBADEN Der hessische Justizminister Christian Heinz (CDU) will mit einer Bundesratsinitiative den Schutz der Opfer von häuslicher Gewalt weiter erhöhen. Vor allem die Verfahrensordnung solle verbessert werden: Betroffene sollen künftig den Gerichtsstandort, an dem ihr Anliegen verhandelt wird, frei wählen können. Dies vermeide, dass Täter Hinweise auf den aktuellen Wohnort erhielten. Außerdem sollen Opfer und Kinder möglichst wenig mit dem Täter konfrontiert werden und die zuständigen Ämter und Behörden, gerade im Hinblick auf das Kindeswohl, enger zusammenarbeiten.

„Wir sind zuversichtlich, dass eine Mehrheit bei den Ländern zustande kommen wird“, sagte Heinz. Laut Ministerium befasst sich der Bundesrat erstmals am 6. März mit dem Vorschlag. Bereits mit der Initiative zur sogenannten spanischen Fußfessel hat Hessen sich für einen stärkeren Schutz der Betroffenen von häuslicher Gewalt eingesetzt. Nun sollen die Rechte von Opfern auch in familienrechtlichen Verfahren gestärkt werden.

elzo.

Eine jüdische Familie kehrt zurück

FRANKFURT Aus einem Weinhandel an der Frankfurter Judengasse ist im 19. Jahrhundert das Bankhaus Jacob S.H. Stern entstanden. Die Nazis verfolgten die Familie. Nun hat Nachfahre Jérôme Stern in der Stadt wieder eine Niederlassung eröffnet.

Von Alexander Jürgs

Die Villa Bonn gehört zu der Sorte Gebäude, die man mit Ehrfurcht betritt. Alles dort ist imposant, gediegen und sehr alt. Beindruckt blickt man auf die dezente Pracht, die zahlreichen Gemälde und Grafiken an den Wänden, das riesige Treppenhaus, die feinen Textiltapeten. Es ist an diesem Vormittag ausgesprochen still im Haus.

Der Berliner Hofbaumeister Ernst Eberhart von Ihne hat das repräsentative Stadthaus für die jüdische Bankiersfamilie Bonn am Ende des 19. Jahrhunderts entworfen. Bis heute ist es ein Treffpunkt für die Elite aus Wirtschaft, Politik und Kultur, ein Ort, an dem „genetzwert“ wird.

In einem der kleineren Zimmer im ersten Stock wartet Jérôme Stern. Eine Etagere mit Pralinen steht auf dem Tisch, es gibt Cappuccino und Wasser. Die Gründerzeitvilla hat Stern als Treffpunkt ausgewählt, weil sie ihn an die Zeit erinnert, in der seine Familie eine wichtige Rolle in der Stadt spielte. „Wenn ich in diesen Räumen bin, dann denke ich: So ähnlich haben auch meine Vorfahren damals gelebt.“

Die Sterns haben Frankfurt geprägt – als Händler, Bankiers, Mäzene und engagierte Bürger. Sie haben Unternehmen und Banken aufgebaut, haben eine Stiftung für Waisen ins Leben gerufen, waren an der Gründung der Goethe-Universität beteiligt. Sie haben auch den Bau des ersten Frankfurter Volksbrausebads, die Badeanstalt am Merianplatz, und ein medizinisches Forschungsinstitut finanziert. Und mit einer Stiftung Wissenschaftler gefördert, die sich mit der Frankfurter Geschichte auseinandersetzten.

Unter den Nationalsozialisten wurden die Mitglieder der jüdischen Familie zu Opfern von Verfolgung und Vertreibung. Ihr Eigentum wurde geraubt, die geschäftliche Tätigkeit wurde ihnen verboten, das Bankhaus der Familie schließlich liquidiert. Paul Stern, letztes Mitglied der Familie, das in Frankfurt geblieben war, misslang die Flucht. Gesundheitlich schon länger schwer angeschlagen, starb er 1939 in Heidelberg.

Diese Familiengeschichte, die schlechten wie die guten Zeiten, will der in London lebende 56 Jahre alte Jérôme Stern besser verstehen. Darum hat er eine Kunsthistorikerin engagiert, die schon seit einigen Jahren an einem Buch über die Sterns arbeitet und zusammenträgt, was von der Vergangenheit der Händler- und Bankiersfamilie zu entdecken ist.

Seit Kurzem aber verbindet den in der Schweiz geborenen Jérôme Stern noch mehr mit der Stadt am Main: Er hat eine Dependence seiner Vermögensverwaltung in Frankfurt eröffnet. Seit vergangenem Sommer ist das Unternehmen J. Stern & Co. auch in der Stadt zu Hause und berät wohlhabende Kunden bei der Geldanlage. So schließt sich für Stern ein Kreis.

Begonnen hat alles mit einem Weinhandel, der in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts im jüdischen Ghetto Frankfurts, der sogenannten Judengasse, eröffnet wurde. Die Geschäfte dort liefen von Anfang an gut für die Familie. Schon bald verlieh man nicht nur privat Geld, sondern auch an andere jüdische Händler in Frankfurt. Immer mehr verlegte sich die Familie auf das Geschäft mit Wechseln. Das Bankhaus Jacob S.H. Stern wurde gegründet.

Zwei Familienmitglieder, die Brüder Wolf und David Stern, ließen sich im Bankhaus der Rothschilds ausbilden. Und die Familie knüpfte Kontakte ins Ausland, nach Paris, nach Amsterdam. Der Handel mit Wechseln, Devisen und Staatsanleihen florierte. 1831 folgte dann der nächste große Schritt: Abraham Stern zog es nach Paris, wo er A.J. Stern & Cie., die spätere Banque Stern, aufbaute. Von 1836 an war die Familie auch in London aktiv. David J. Stern war es, der dort ein Bankhaus führte. Später wurde es in Stern Brothers umbenannt. Die Familie aus der Frankfurter Juden-

gasse hatte es geschafft: Auf dem globalen Finanzmarkt spielte sie eine wichtige Rolle. Und auch wenn sich die Geschäfte der Sterns immer weiter aufgefächert haben, arbeiteten die Familienzweige in den unterschiedlichen Metropolen doch eng zusammen.

Seine Vorfahren hätten geholfen, „die industrielle Revolution zu finanzieren“, sagt Jérôme Stern mit Stolz. Und dass die Familientradition für ihn bis heute eine enorme Bedeutung habe. „Das ist mein Weg, das ist meine DNA“, sagt Stern. Die Haltung, dass ein guter Privatbankier „nur seinen Kunden“ diene, habe er von seinen Vorfahren übernommen.

In der Finanzwelt arbeitet er schon lange. Stern hat in St. Gallen in der Schweiz und im amerikanischen Chicago studiert, er hat die schweizerische und die französische Staatsangehörigkeit. Angestellt war er bei der Credit Suisse, bei Lehman Brothers und im Finanzunternehmen Nomura. Sein eigenes Unternehmen J. Stern & Co. hat er 2012 gegründet – auch weil ihn in der Branche einiges gestört habe, sagt er.

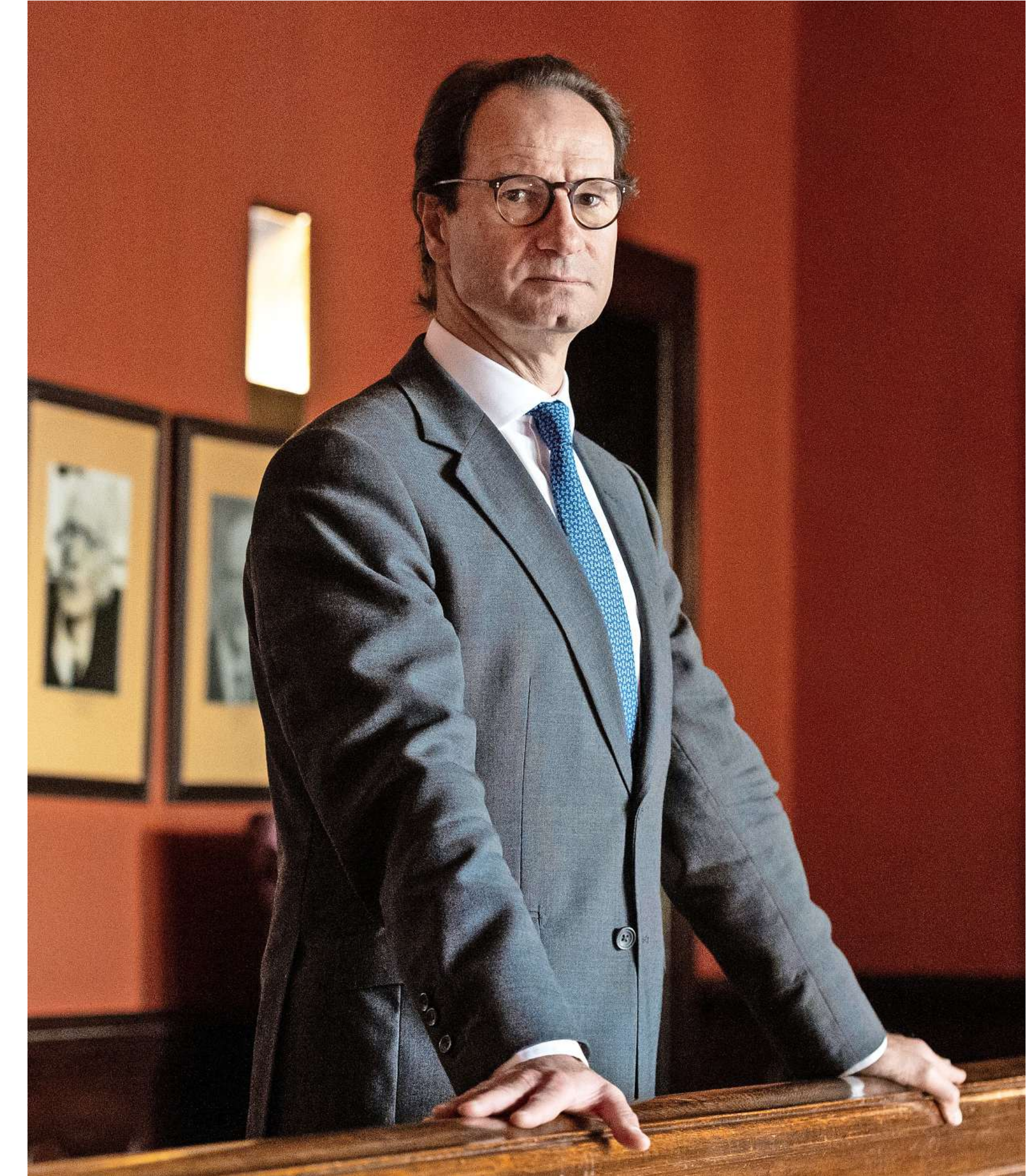
„Investments werden heute immer kurzfristiger, Schnelligkeit bestimmt die Branche“, klagt Stern. „Viele Kunden aber wollen strategischer anlegen. Sie denken in Zeiträumen von fünf, zehn, 20 oder 30 Jahren.“ Für sie soll sein Unternehmen, das er mit zwei Partnern führt, da sein. Insgesamt seien es 2,5 Milliarden US-Dollar, die J. Stern & Co. verwalte – darunter auch eigenes Vermögen der Stern-Familie. Gut 40 Mitarbeiter hat das Unternehmen, Büros gibt es in London, New York, Zürich und Malta. In Frankfurt ist nun Andreas Krebs, früherer Geschäftsführer der Pariser Vermögensverwaltung Mandarin Gestion, für J. Stern & Co. tätig.

Die Entscheidung, in der Stadt am Main eine Filiale zu eröffnen, sei hauptsächlich geschäftlicher Natur gewesen, sagt Stern, doch natürlich habe auch die Familiengeschichte eine Rolle gespielt. Völliges Neuland sei Frankfurt für ihn sowieso nicht. „Ich war oft hier, wir hatten auch vorher schon deutsche Kunden“, erzählt er. Auch einige Freunde von ihm und seiner Frau lebten in der Stadt. „Ich fühle mich alles andere als fremd hier“, sagt Stern. Die Rückkehr in die Stadt, in der seine Familie ihre Wurzeln hat, nennt er „emotional etwas Großes“.

Für Geschichte, für seine Familiengeschichte, habe er sich schon immer stark interessiert, sagt Stern. Zu Beginn sei es aber vor allem sein Onkel gewesen, der es sich zur Aufgabe gemacht habe, mehr über die Lebenswege der Stern-Familienmitglieder herauszubekommen. Doch gerade über das Schicksal der Familie in der NS-Zeit gab es nur wenige Dokumente im Familienbesitz. Jérôme Stern nahm deshalb Kontakt zum Jüdischen Museum in Frankfurt auf. Die Mitarbeiter dort brachten ihn auch mit der selbständigen Historikerin Ann-Kathrin Rahlwes zusammen, die nun an dem Buchprojekt zur Familiengeschichte arbeitet.

Das in Frankfurt bis heute bekannteste Mitglied der Familie ist Theodor Stern, der von 1837 bis 1900 lebte. Nach ihm ist der Theodor-Stern-Kai am südlichen Mainufer benannt, der zur Universitätsklinik führt. Unter der Leitung von Stern und seinem Geschäftspartner Otto Braunfels stieg die Familienbank zu einer der größten und renommiertesten deutschen Privatbanken auf. Das Bankhaus Jacob S.H. Stern erhielt einen Sitz im Zentralausschuss der Deutschen Reichsbank und wurde ein enger Partner der Deutschen Bank, die zu der Zeit damit begann, ins Ausland zu expandieren.

In Frankfurt wirkte Theodor Stern aber nicht nur als Bankier, sondern auch als Wohltäter und Politiker. 1873 wurde er erstmals in die Stadtverordnetenversammlung gewählt. Stern war zunächst Mitglied der Demokratischen Partei, später der liberalen Fortschrittspartei,



In der Villa Bonn im Frankfurter Westend: Jérôme Stern ist vom Charme der Gründerzeit begeistert.

Foto Lucas Büml



Zwei Generationen:

Theodor Stern saß für die Fortschrittspartei in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung. Sein Sohn Paul Stern, auf dem Bild rechts mit seiner Nichte Marguerite Kaulla, wurde von den Nazis aus dem Bankgeschäft gedrängt.

Fotos Jahrbuch der Frankfurter Bürgerschaft (1926), Archiv der Familie Stern



führte lange die Finanzkommission des Stadtparlaments, dem er bis zu seinem Tod angehörte.

Als Stifter erwarb er die sogenannte Dürer-Bibliothek für Frankfurt und finanzierte den Bau der Taubstummen-erziehungsanstalt. Mit dem 1888 eröffneten Volksbrausebad am Merianplatz kämpfte er gegen die schlechten hygienischen Zustände in den Arbeiterquartieren an. Für zehn Pfennig konnte jeder, der wollte, dort duschen. Seife, Handtuch und Bürsten waren inklusive. Sogar die New Yorker Stadtverwaltung interessierte sich für die neue Badeanstalt – und ließ sich Baupläne und Fotografien schicken.

Nach Sterns Tod setzte seine Witwe Johanna das Mäzenatentum fort. 1901 spendete sie eine halbe Million Mark für den Aufbau einer medizinischen Forschungseinrichtung, die Stiftung förderte damals auch den Bakteriologen und Krebsforscher Paul Ehrlich. 1914 wurde das Theodor-Stern'sche Medizinische Institut Teil der neu gegründeten Frankfurter Universität. „Die Stadt war gut zu meiner Familie, deswegen hat sie ihr etwas zurückgegeben“, sagt Jérôme Stern dazu. Dass der Aufstieg seiner Familie in Frankfurt begann, sei kein Zufall gewesen, meint der Vermögensverwalter. „Viele der frühen Handelsstädte sind später zu wichtigen Finanzzentren ge-

worden: Frankfurt, London, New York, Singapur, Hongkong.“

Und dann erzählt er von Paul Stern, dem Sohn von Theodor und Johanna Stern. Er führte die Familienbank nach dem frühen Tod seines Bruders Wilhelm im Jahr 1930. Nach 1933 wurde es für ihn immer schwerer, die Bank am Leben zu erhalten. Die Nazis sorgten dafür, dass er aus mehr und mehr Aufsichtsräten ausgeschlossen wurde, auch den Sitz im Zentralausschuss der Reichsbank verlor er. 1938 musste das Bankhaus schließen.

Nach den Novemberpogromen im selben Jahr – in Frankfurt wurden mehrere Synagogen niedergebrannt, Tausende jüdische Männer in die Konzent-

rationslager Buchenwald und Dachau verschleppt – beantragte Stern ein Visum für Großbritannien. Doch zur Flucht kam es nicht mehr, im August 1939 musste er seinen Pass in der Frankfurter Devisenstelle abliefern. Zu dieser Zeit war Stern bereits schwer krank, im Dezember starb er in Heidelberg. Sein Vermögen wurde konfisziert, eine dagegen gerichtete Klage seiner in der Schweiz lebenden Erbin abgewiesen. Erst 2005 restituierte das Städtel-museum drei Gemälde, die Stern geraubt worden waren. Der Großteil seiner wertvollen Kunstsammlung gilt bis heute als verschollen.

An Paul Sterns Geschichte sieht man, wie schnell sein Umfeld drehen kann“, sagt Jérôme Stern. Sich vorzustellen, dass viele Juden damals darauf hofften, die Situation könne sich doch wieder verändern, falle heute schwer. „Sie wollten nicht wahrhaben, was passierte, bis es dann zu spät war.“

Gegen Deutschland verspürt er keinen Groll. Der Leidensweg von Paul Stern hat bei ihm keine Wut auf das Land geweckt, in dem sein Vorfahre drangsaliert wurde. Das habe viel mit der deutschen Erinnerungskultur zu tun, mit der Bereitschaft, sich intensiv mit den dunklen Kapiteln der Historie des Landes zu beschäftigen, erklärt Stern. „Deutschland hat sich seiner Geschichte wirklich gestellt, das muss man anerkennen.“

Er sei heute immer gern in Frankfurt, sagt Stern. Er will seine Kontakte weiter intensivieren, zur Stadtgesellschaft, zur Goethe-Universität, auch zur Jüdischen Gemeinde in Frankfurt. Das führt an diesem Vormittag in der Villa Bonn zu einer letzten Frage: Wie hält er selbst es mit der Religion, welche Rolle spielt sie in seinem Leben, in seinem Alltag? Stern überlegt einen Augenblick, dann lächelt er und antwortet: „Das ist für mich Privatsache.“



Hier glättet kein Besen die Bahn: Beim Rollstuhl-Curling ist besondere Präzision gefragt.

Foto Frank Röth

Curling ohne Schrubb

Es klingt wie weit entferntes Donnerrollen, als der massive Stein über die Eisfläche gleitet. Ein Klacken signalisiert den Zusammenstoß. Die Formation im Haus wird auseinander gesprengt. Gewischt, um dem Spielgerät einen noch besseren Dreh zu geben oder es weiter rutschen zu lassen, hat niemand auf dem Weg dorthin. Beim Rollstuhlcurling, der Paravariante der Sportart, die seit ihrer Aufnahme ins olympische Programm 1998 in Nagano während der Spiele regelmäßig und auch jetzt in Cortina d'Ampezzo wieder für starke Fernsehquoten sorgt, gibt es die Handarbeit am Besen nicht. „Man muss deshalb perfekt spielen“, sagt Vera Tiuliakova, die bei den „Fußgängern“, also in der olympischen Disziplin, 2019 Junioren-Weltmeisterin für ihr Geburtsland Russland war.

Zum ersten Mal versuchen die 27 Jahre alte Frau und ihr Ehemann, der deutsche Nationalspieler Sixten Totzek, die rund 20 Kilogramm schweren, klobigen Steine auch ohne die Putzarbeit in den Zielkreis zu bringen und dabei gegnerische Granitkreisel aus dem Weg zu räumen. Natürlich dürfen sie dafür auch nicht wie gewohnt ein paar Meter lang im tiefen Hockstand rutschend Geschwindigkeit aufbauen, bevor sie den Stein auf die Strecke geben. Rollstuhlcurling wird aus dem Sitzen heraus gespielt, mit einem Teleskopstab, der es in den moderneren Varianten erlaubt, dem Stein beim Ausk-

Bei den Olympischen Winterspielen erlebt Curling als Fernsehsportart ein abermaliges Hoch. In der Frankfurter Eissporthalle ist der Sport auch im Rollstuhl möglich.

Von Katja Sturm

cken die gleiche Rotation zu verleihen, wie sie das Mixed-Double-Team Tiuliakova/Totzek sonst durch ein Drehen der Hand am Griff erzeugt.

Curlingspieler der Frankfurter Eintracht leiten die Schnupperstunde in der Eissporthalle am Ratsweg, bei der die beiden als Gaststars geladen sind. Die Aktion ist Teil des Begleitprogramms, mit dem die Stiftung Deutsche Sporthilfe und der Sportkreis Frankfurt vor dem an diesem Samstag anstehenden Ball des Sports Menschen in Bewegung bringen wollen. In der Paravariante hat die aus etwa 50 Mitgliedern bestehende Abteilung schon eine internationale Erfolgsgeschichte geschrieben: Heike Melchior und Martin Schlitt zählten beispielsweise bei den Paralympics 2018 in Pyeongchang zum deutschen Nationalteam und belegten mit diesem den achten Platz. Doch diese Zeiten sind vorbei, die Eintracht ist mittlerweile sogar aus dem Deutschen Curling Verband ausgetreten, wie Melchior erzählt. So gerne wäre die

58 Jahre alte Frau, der eine Krebserkrankung die Beine lähmte, im März in Italien noch einmal dabei gewesen bei den Weltspielen der Sportler mit körperlicher Beeinträchtigung. Doch der Verband habe sich vor zwei Jahren gegen eine Teilnahme an den Weltmeisterschaften und die damit verbundene Qualifikationsmöglichkeit entschieden, obwohl das Team gerade erst in die A-Gruppe aufgestiegen war. So ist bei den Sportarten der Paralympics in Mailand und Cortina Deutschland im Rollstuhlcurling nicht vertreten. Es ist die einzige Disziplin, in der Deutschland fehlt.

Möglichkeiten, bei Turnieren mitzuspielen, haben die Frankfurter trotzdem und suchen dafür Mitspieler. „Alle können kommen“, sagt Spartenleiterin Mariia Rauhala. Bei den Curling-Schnupperkursen, die während der Wintersaison mehrmals ausgeschrieben werden, melden sich zum jüngsten Termin 16 Neugierige an. Doch die Eintracht-Vertreterin wünscht sich auch mehr Resonanz für

die Rollstuhlvariante. Zum morgendlichen Sporthilfe-Angebot an diesem Werktag ist niemand gekommen.

Zweimal in der Woche gibt es Trainingszeiten. Bei der Eintracht mischen sechs Menschen, die auf den Rollstuhl angewiesen sind, und sechs Gehörlose mit. „Wir sind inklusiv, ohne das besonders hervorzuheben“, sagt Melchior. Jeder könne mit jedem spielen.

Für Rollstuhlcurling reicht ein Alltagsmodell der Bewegungshilfe; Sportvarianten, wie man sie etwa aus dem Parabasketball kennt, sind laut Melchior wegen der nach außen gerichteten breiten Räder sogar hinderlich. Zudem müssen die Stühle Bremsen haben, damit sie bei der Abgabe des Steins nicht wegrutschen. Zusätzlich hält jeweils ein Teamkollege den Stuhl des anderen fest.

„Witzig“, kommentiert Totzek seine Versuche, aus anderer Ausgangslage heraus zu spielen. Natürlich fehlen dem Debütanten noch die Übung und das Gefühl am Stick, das es für das Niveau, auf dem der mehrmalige Weltmeisterschaftsteilnehmer sonst spielt, braucht. Es fällt dem Sechszwanzigjährigen auch nicht leicht, ohne Kniefall seinen Stein weit genug in Richtung Dolly zu bekommen, wie das Zentrum des aus konzentrischen Kreisen bestehenden Hauses heißt. Nach diesem Gedächtnis kann er es aber kaum abwarten, wieder zurückzukehren zu seinem Team. Was den Spaß angeht, gibt es beim Rollstuhlcurling schon mal keinen Unterschied.

Ball des Sports bald nicht mehr in Frankfurt?

Festhalle ist möglicherweise nicht mehr lange Heimat des großen Fundraising-Events

Es mag dekadent klingen: Eine der Veränderungen beim Ball des Sports in diesem Jahr ist, dass es Champagner gibt statt Sekt aus deutschen Ländern. Aber es entspricht einer etwas mutigeren Herangehensweise der Stiftung Deutsche Sporthilfe als Veranstalter im Werben um die prominenten Gäste: Man will nicht am falschen Ende sparen. Manch ein Ballbesucher führte in der Vergangenheit die Kopfschmerzen am Tag danach eben auf den Schaumwein zurück, da will sich der Gastgeber nun keine Blöße geben.

Der Ball ist schließlich laut Karsten Petry, letztmals als Marketingvorstand der Sporthilfe für die Organisation verantwortlich, auch bei seiner 55. Ausgabe seit 1970 nicht nur das größte Fundraising-Event im europäischen Sport mit einem Reinerlös von einer Dreiviertelmillion Euro für die Individualförderung der besten deutschen Sportler. Das Gala-Event gilt auch als Schaufenster des deutschen Spitzensports und soll Wertschätzung gegenüber den besten Athleten des Landes demonstrieren.

Etwas volksnäher solle es nach dem Willen der Stiftung aber doch zugehen: Erstmals ist in diesem Jahr ein Zugang zum Ball ohne die bisher zwingend erforderliche Einladung möglich. Zwar bleibt das Galadinner von 19 Uhr an einem auf 1000 Gäste limitierten Kreis an erfolgreichsten Sportlern der vergangenen zwölf Monate sowie der geladenen Elite aus Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Sportpolitik vorbehalten. Doch auch nicht prominente Gäste können an der Night Session teilnehmen, die um 21.30 Uhr beginnt.

Rund 500 Besucher machen von dieser Möglichkeit Gebrauch. Für 490 Euro plus einer erbetenen zusätzlichen Spende an die Sporthilfe erleben sie eine rauschende

Party mit vielen Promis – von dem vor wenigen Tagen zum Olympiasieg gerasteten Rodler Max Langenhan über Schwimmstar und Sporthilfe-Aufsichtsrätin Franziska van Almsick bis hin zu Jürgen Klopp, dem derzeit wohl prominentesten Deutschen.

Die Night Session wird anders als in den Vorjahren vollständig in der Festhalle stattfinden, nachdem zuletzt das Foyer noch mit Genussständen und Lounges bis in die Nacht mit einbezogen war. „Wir haben das Konzept auf links gedreht“, sagt Jürgen Haßler, der mit seiner Agentur seit vielen Jahren für die Gestaltung der Ballräume zuständig ist.

Wenn es für Frankfurt als Gastgeberstadt optimal läuft, würde zu Beginn der Night Session ein Höhepunkt endgültig für Begeisterung im Saal sorgen: Zwischen 21.30 und 22 Uhr könnten Laura Nolte und Deborah Levi im Zweierbob im letzten Lauf ihres olympischen Wettbewerbs als Favoritinnen im Eiskanal zu Gold rasen. Pilotin wie Anschießerin trainieren und leben in Frankfurt.

In all die Vorfreude auf einen spektakulären Ball in zauberhaftem Ambiente mischt sich jedoch ein gewisser Ärger: Die Stiftung Deutsche Sporthilfe wartet seit einem Jahr auf verlässliche Signale des Landes Hessen. „Wir sind zufrieden

mit den Zusagen aus Frankfurt, auch die Messe zeigt Entgegenkommen, um uns hier zu halten“, sagt Petry. „Vom Land Hessen kommt indes seit Langem nichts, wir wissen nicht genau, ob es Desinteresse ist oder ob man andere Prioritäten setzt.“ Die Sporthilfe wolle grundsätzlich gern über die 2027 endende Vertragslaufzeit hinaus in Frankfurt bleiben, wenn nach der Kommunalwahl am 15. März aber nicht eine klare Botschaft aus der Staatskanzlei komme, müsse über eine abermalige Ausschreibung für ganz Deutschland nachgedacht werden. Eine solche hatte es vor fünf Jahren gegeben, nachdem Wiesbaden als Gastgeber ausgeschieden war. Damals setzte sich Frankfurt gegen Düsseldorf durch.

Nach Informationen der F.A.Z. erzürnt die Sporthilfe, dass das Land seine indirekte Unterstützung über Lotto Hessen zurückfahre, während die Stadt Frankfurt im vergangenen Jahr noch ihre finanzielle Zuwendung deutlich von 450.000 auf 580.000 Euro erhöht hatte. „Wir haben unsere Aufgaben erledigt“, sagt Oberbürgermeister Mike Josef (SPD) auf Nachfrage. „Nun warten wir auf klärende Gespräche.“

Mit Interesse hat Petry zudem zur Kenntnis genommen, dass die Wiesbadener CDU im Wahlkampf auf Plakaten für die Rückkehr des Balls in die Landeshauptstadt wirbt. Das ruft Spekulationen hervor, ob die Landesregierung ein Interesse daran haben könnte, die beiden größten hessischen Städte gegeneinander auszuspielen. Eine Ausschreibung könnte aber weitere Mitbewerber auf den Plan rufen: Mögliche deutsche Olympiabewerbestädte wie München oder Hamburg könnten Lust verspüren, sportpolitisch Punkte zu sammeln.

DANIEL MEUREN



Vorbereitung: Bis Samstag wird die Festhalle umgebaut. Foto Maximilian von Lachner

DER BESTE PREIS DER STADT – QUALITÄT JETZT NOCH GÜNSTIGER

100 % LOEWE, 100 % HIGH-END, VIELE PROZENTE GÜNSTIGER

Loewe steht für Made in Germany, Präzision und Innovation seit über 100 Jahren. Die Marke vereint edles Design mit modernster Technologie – Fernseher, die nicht nur zeigen, sondern beeindrucken. Bei uns erleben Sie Loewe in Aktion: klarer Klang, gestochen scharfes Bild, intuitive Bedienung. Kommen Sie vorbei und überzeugen Sie sich selbst.

Wir freuen uns auf Sie! Ihr Ernst Schmid

UVP 8499,-
5999,-
Inklusive Beratung

UVP 9999,-
4999,-
Inklusive Beratung



LOEWE ICONIC V.65

4K/UHD OLED-TV

So wird Ihr Zuhause mehr als ein Wohnraum – mit einem kraftvollen Fernseher als zentralem Design-Statement. Ausstellungsstück.
164 cm = 65 Zoll
Maße ohne Fuß: 153 x 114 x 32 cm (inkl. integrierter Soundbar und Standbasis)



LOEWE BILD S.77 DR+

4K/UHD OLED-TV

Großer 77"-OLED-TV mit moderner Bildtechnik, optionaler Aufnahmefunktion und edlem Design. Bietet beeindruckende Farbdynamik und hohe Detailtreue. Ausstellungsstück.
196 cm = 77 Zoll
Maße ohne Fuß: ca. 172 x 98 x 7 cm

% Weitere TVs stark reduziert



Weitere stark reduzierte Angebote unter www.hifi-profis.de

STÜCK UVP 430,-
388,-
Inklusive Beratung

STÜCK UVP 399,-
194,-
Inklusive Beratung



LOEWE KLANG MRS

Multiroom-Lautsprecher

Kompakter Multiroom-Lautsprecher mit kraftvollem Sound, klarer Sprachwiedergabe und vielseitigen Streaming-Optionen über Loewe-Multiroom-System.
Maße (B x H x T): 23 x 40 x 22 cm



LOEWE KLANG SUB1

Subwoofer

Aktiver Subwoofer mit kräftigem Bass und sauberer Impuls-wiedergabe – ideal zur Ergänzung kleiner bis mittlerer Stereo- oder TV-Audio-Setups.
Maße (B x H x T): 30 x 16 x 30 cm



LOEWE KLANG BAR3 MR

Soundbar

Flexible 3-Kanal-Soundbar mit klarer Sprachwiedergabe, kräftigem Klang und Multiroom-Fähigkeiten – verbessert TV-Audio ohne externe Zusatzlautsprecher.
Maße (B x H x T): 95 x 7 x 16 cm

% Weitere Lautsprecher und Soundbars stark reduziert

Alle Preise in Euro inkl. MwSt. Werbeanzeige für KW 8 und 9/2026. Verkauf der Lautsprecher nur paarweise. Preis gilt pro Stück.

FRANKFURT
Große Friedberger Straße 23-27
Telefon: 069.920041-0
Mo-Fr: 10-19 Uhr | Sa: 10-18 Uhr

WIESBADEN
Rheinstraße 29
Telefon: 0611.974535-0
Di-Fr: 10-19 Uhr | Sa: 10-18 Uhr

MAINZ
Rheinstraße 4 (Fort Malakoff)
Telefon: 06131.275609-0
Di-Fr: 10-19 Uhr | Sa: 10-18 Uhr



HIFI-PROFIS

Ihr Haus für TV | HiFi | Heimkino

Wie Frankfurt zur Marke werden will

Was will Frankfurt sein? Finanzmetropole im Herzen Europas? Stadt der kurzen Wege? Heimat eines der wichtigsten europäischen Flughäfen? Digitalhauptstadt? Die Stadt hat, da sind sich an diesem Donnerstagmittag alle einig, viel zu bieten. Doch wie kann es gelingen, die Vorzüge Frankfurts im Ausland noch bekannter zu machen?

Das nämlich wäre wichtig, findet Florian Rentsch, ehemaliger Wirtschaftsminister Hessens und heute als Vorstandsvorsitzender des Verbands der Sparda-Banken auch Finanzplatzbeauftragter der Hessischen Landesregierung. Rentsch sagt, in Sachen Imagepflege müssten Frankfurt und mit der Stadt auch die gesamte Region jetzt einen Schritt nach vorne tun.

Warum das so ist, das kann Rentsch an einem Beispiel erklären: Neulich habe ihm ein Vertreter einer großen deutschen Unternehmensberatung berichtet, dass deren Nachwuchskräfte bei Stellenausschreibungen immer nach Hamburg, Berlin oder München wollten, aber fast nie nach Frankfurt. „Das ist ein echtes Problem für die Entwicklung des Wirtschaftsstandorts“, sagt Rentsch in einer von F.A.Z.-Herausgeber Carsten Knop moderierten Diskussionsrunde im Rahmen des Deutschen Marketing-Tags, zu dem rund 500 Experten der Branche im Kap Europa zusammengekommen sind.

Dort diskutieren Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft am Nachmittag darüber, wie Frankfurt einen Markenname entwickeln kann, der weltweit ein emotionales, positives und letztlich auch anziehendes Bild zeichnet. Ein solches Bild zu entwickeln, ist die Aufgabe von Marketingexperten wie Alicia Feltens, die als Präsidentin des Frankfurter Marketingclubs die Diskussion organisiert hat.

Feltens sagt, anderen Städten gelinge es besser, ein Narrativ zu entwickeln, das positiv auf den Standort einzahle. In Frankfurt dagegen sei unklar, wofür die Stadt stehe. Dafür müsse die Vielfalt an Themen, die Stadt und Region mit Blick auf Banken, Luftfahrt, Industrie, Vielfalt, Internationalität oder Start-ups auf sich vereinen, reduziert werden auf eine klare Botschaft. „Marken geben Haltung und Orientierung, also brauchen wir eine Idee, wie wir uns positionieren wollen.“

FRANKFURT Banken, Flughafen, Internationalität, kurze Wege: Der Standort Frankfurt hat vieles zu bieten. Das Problem ist: Das ist zu wenig bekannt. Nun mahnen Experten, die Stadt als Marke besser zu positionieren.

Von Daniel Schleidt



Markenzeichen der Stadt: Das Euro-Symbol steht auch für die Internationalität Frankfurts.

Foto Carlotta Steinkamp

Doch eine solche Idee scheint derzeit noch zu fehlen. Das weiß auch Mike Josef (SPD). Der Oberbürgermeister erlebt immer wieder, dass Menschen Frankfurt mit großer Skepsis begegnen. Er erinnert sich daran, wie die heutige Präsidentin der Europäischen Zentralbank, Christine Lagarde, einst aus Washington nach Frankfurt kam. Auf Josef wirkte es damals so, als sei Lagarde unsicher, was sie am Main erwartete. „Heute fühlt sie sich pudel-

wohl.“ Das Phänomen, dass Menschen erst dann ihre Liebe zu Frankfurt entwickeln, wenn sie eine Weile dort gelebt haben, zeigt: Die Stadt hat offenbar vieles zu bieten, was das Leben attraktiv macht, nur gelingt es noch zu wenig, diese Vorteile auch bekannt zu machen.

Frankfurt, lobt Josef, sei Weltstadt im Taschenformat. Er selbst sei durch seine Vita ein Beispiel dafür, was diesen Ort auszeichne: Josef glaubt, dass seine eige-

ne Geschichte vom Flüchtlingskind zum Oberbürgermeister in anderen großen deutschen Städten nicht möglich gewesen wäre, weil dort die Durchlässigkeit der Gesellschaft nicht so gegeben sei wie hier. „So etwas geht nur in Frankfurt“, sagt er.

Frank Dievernich sieht das genauso. Der Vorstandsvorsitzende der Stiftung Polytechnische Gesellschaft versucht sich gleich zu Beginn der Diskussion da-

ran, die Grundpfeiler eines Frankfurter Markenkerns zusammenzufassen. Er hebt dabei unter anderem hervor, dass aufgrund ebenjener Durchlässigkeit und wegen der kurzen Wege keine Blasen entstünden, sondern wichtige Themen öffentlich breit diskutiert und angegangen würden.

Dieser gemeinsame Gestaltungswille sei ein Teil der DNA Frankfurts, das stets von seinem enormen bürgerschaftlichen Engagement gelebt habe. So habe sich eine Gemeinschaft gebildet, die es ermögliche, dass sich junge Menschen mit Migrationshintergrund selbstverständlich wie Frankfurter fühlten. Insofern sieht Dievernich Frankfurt auch als Laborstadt für Internationalität: „Wer sich anschauen möchte, wie Internationalität künftig funktioniert, muss hierherkommen.“

Wie stark die Internationalität die Stadt inzwischen prägt, zeigt sich nicht nur an der Vielfalt der Nationen, die hier vereint sind, sondern auch an Veranstaltungen wie der Ambiente, die kürzlich Menschen aus 180 Ländern nach Frankfurt gebracht hat. Detlef Braun, Geschäftsführer der Messegesellschaft, sagt, der sehr gute Zuspruch zu der Konsumgütermesse stehe auch für die besondere Qualität Frankfurts. Denn während vergleichbare Veranstaltungen in vermeintlich attraktiveren Städten Aussteller verlören, werde hier weiterhin Geschäft gemacht.

Frankfurts Rolle als Wirtschaftsmetropole will Braun gerade jetzt stärker in die Waagschale werfen, da sich Kräfteverhältnisse im internationalen Handel verschoben, unter anderem durch die Zollpolitik aus den USA. „Wir haben derzeit eine dramatische Chance, international zu zeigen, welch starken Wirtschaftsstandort wir in Frankfurt haben“, findet Braun. Bloß müsse man damit nun auch schnell anfangen, „wir haben keine Zeit mehr zu verlieren“, sagt Patricia Borna, Geschäftsführerin bei der Industrie- und Handelskammer Frankfurt.

Wichtig sei dabei, finden sie und auch Messe-Chef Braun, sich nicht unter Wert zu verkaufen, sondern mutig zu zeigen, was die Stadt zu bieten habe – und zwar unbedingt über Deutschland hinaus, hebt Braun hervor. „Die Diskussion über die Marke Frankfurt braucht deshalb eine europäische Dimension.“

Arne Weick wird Chef der Fraspas

FRANKFURT Arne Weick wird neuer Vorstandsvorsitzender der Frankfurter Sparkasse. Laut einer Mitteilung des Unternehmens tritt der langjährige Risiko- und Firmenkunden-vorstand die Nachfolge von Ingo Wiedemeier an, der zum 1. April als Finanzvorstand zur Konzernmutter, der Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba), wechselt. „Mit Arne Weick verfügt die Frankfurter Sparkasse über eine ausgesprochen erfahrene Führungspersönlichkeit“, sagte Helaba-Chef Thomas Groß, Vorsitzender des Verwaltungsrats der Sparkasse. Weick sei „bestens vernetzt in der Stadtgesellschaft und der regionalen Wirtschaft“. Außerdem zeichneten ihn Fachkenntnis, große Erfahrung und ein breites Netzwerk aus, so Groß.

Der 59 Jahre alte Weick ist seit dem 1. August 2012 Mitglied des Vorstands der Frankfurter Sparkasse. Nach zehn Jahren als Risikovorstand ist er seit 2022 verantwortlich für das Firmenkundengeschäft sowie das Ressort Treasury. Seine berufliche Laufbahn begann Weick 1993 bei der Helaba im Vorstandsstab. Der Bankkaufmann und Betriebswirt promovierte an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt.

In der neuen Funktion übernimmt er die Verantwortung für die Ressorts Vorstandsstab, Kommunikation, Recht, Unternehmenssteuerung, Strategie, Personal, Organisation und Prozesse, IT-Organisation und Betriebs-services sowie Interne Revision. Seine bisherigen Aufgaben, den Firmenkundenvertrieb sowie das Treasury, verantwortet künftig Marktvorstand Sven Matthiesen. Der Vorstand der Frankfurter Sparkasse wird damit zunächst drei Mitglieder umfassen. Perspektivisch soll das Gremium um einen Firmenkundenvorstand ergänzt werden. ddt.



Arne Weick

Nachrichtlicher Hinweis



Zur Ankündigung von Kartierungsarbeiten und Trassenbefahrungen für den Neubau der 380-kV-Höchstspannungsleitung Ober-Erlenbach - Bommersheim - Frankfurt Nord2 und dem Rückbau von Teilabschnitten der 380-kV-Höchstspannungsleitung Karben - Frankfurt Südwest der TenneT TSO GmbH nach § 44 EnWG Abs. 2 in den Städten Oberursel (Taunus), Bad Homburg v. d. Höhe, Friedrichsdorf und Steinbach (Taunus).

Die Kartierungsarbeiten erstrecken sich voraussichtlich über einen Gesamtzeitraum vom 09. März 2026 bis zum 26. Februar 2027.



Die Ankündigung erfolgt über die Internetseite der Stadt Oberursel (Taunus): www.oberursel.de/de



Die Ankündigung erfolgt über die Internetseite der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe: www.bad-homburg.de/de



Die Ankündigung erfolgt über die Internetseite der Stadt Friedrichsdorf: <https://www.friedrichsdorf.de/rathaus/aktuelles/oeffentliche-bekanntmachungen>



Die Ankündigung erfolgt über die Internetseite der Stadt Steinbach (Taunus): <https://www.stadt-steinbach.de>

Bitte wenden Sie sich bei Fragen auch an:

Anne Klingenburg

Referentin für Projektkommunikation

und Bürgerbeteiligung **TenneT**

Tel.: + 49(0)921 507 40 - 6240

E-Mail: anne.klingenburg@tennet.eu

„Elf Stunden Ruhezeit müssen sein“

FRANKFURT Fachanwältin Mira Ney zur Debatte über das Arbeitszeitgesetz

Frau Ney, die schwarz-rote Bundesregierung erwägt eine Reform des Arbeitszeitgesetzes. Landen in Ihrer Kanzlei viele Streitfälle zum Thema Arbeitszeit?

Tatsächlich kommen zu uns häufig Arbeitnehmende mit sehr langen täglichen Arbeitszeiten. Oft ist das damit verbunden, dass keine Pausen genommen wurden oder die Pausen zu kurz waren. Zum Streit darüber kommt es häufig, wenn sie entsprechendes Entgelt verlangen für ihre Überstunden. Oder wenn jemand einen Burnout oder andere gesundheitliche Beeinträchtigungen hat, also merkt, er kann nicht mehr, und in der Rückschau feststellt, dass dieser Zustand vielleicht auch auf eine Arbeitsbelastung und -verdichtung zurückzuführen ist, die nicht mehr gesetzeskonform ist.

Die Arbeitszeiterfassung sollte das ja eigentlich verhindern?

Der Arbeitgeber muss ein Zeiterfassungssystem etablieren, er kann aber einiges an Verantwortung an die Arbeitnehmenden abgeben und sie die Zeiten buchen lassen. Trotzdem muss der Arbeitgeber kontrollieren, ob auch korrekt gebucht wird und die gesetzlichen Regelungen eingehalten werden, und da ist er gut beraten, regelmäßig zu überprüfen, was die Leute erfassen. Und darauf zu achten, dass sie auch Pausen nehmen.

Wenn Arbeitnehmer aber viel mobil und im Homeoffice arbeiten, könnten sie doch auch Überstunden aufschreiben, die schwer nachvollziehbar sind?

Wenn ein Arbeitnehmer für Überstunden nachträglich eine Vergütung durchsetzen will, muss er schon beweisen, dass der Arbeitgeber die Überstunden entweder veranlasst oder davon gewusst hat – sie also geduldet hat, wie wir Juristen sagen. Ein Beispiel, das ich zuletzt gesehen habe: Kurz vor Jahresabschluss musste noch ganz viel erledigt werden, und es war klar, dass das in der Regelarbeitszeit nicht zu schaffen war. In dem Fall hat der Arbeitgeber die Überstunden quasi angewiesen. Von Duldung würde man sprechen, wenn ich als Standortleiterin ständig von einem Kollegen mitten in der Nacht Mails kriege, sie beantworte und vielleicht noch schreibe: „Super, kannst Du auch noch dieses und jenes nachgucken?“ In beiden Fällen hätte ein Arbeitnehmer, der nachträglich eine Vergütung der Überstunden verlangt, juristisch durchaus Erfolgsaussichten. Allerdings: Wenn ich in einem laufenden Arbeitsverhältnis eine Vergütung meiner Überstunden einklage, weiß ich nicht, wie danach das

Arbeitsverhältnis aussieht. Oft endet es dann in einer Beendigung, das sagen wir den Mandanten auch ganz ehrlich.

Haben Arbeitgeber nicht trotzdem einen Punkt mit der Befürchtung, dass ihnen auf Basis des Arbeitszeitgesetzes jemand an den Karren fährt, nur weil er nachts mal eine Mail geschrieben hat?

Selbst wenn jemand spät abends noch Mails schreibt, ist das nicht zwingend ein Problem, denn Sie können über Betriebsvereinbarungen sehr viel flexibel regeln. Zum Beispiel eine Gleitzeit festlegen zwischen sieben und 22 Uhr, ergänzt um die Festlegung, dass zumindest ein Teil der Stunden innerhalb der Kernarbeitszeit von, sagen wir, neun bis 17 Uhr erbracht werden muss. Das kann der Arbeitnehmende dann gut gestalten und damit auch Themen wie die Vereinbarkeit mit dem Familienleben dadurch abfangen.

Das Arbeitszeitgesetz schreibt allerdings elf Stunden Mindestruhezeit pro

Tag vor, das heißt, der Arbeitnehmer könnte dann, wenn er bis 22 Uhr arbeitet, am nächsten Tag nicht um neun Uhr anfangen.

Genau, elf Stunden Ruhezeit müssen sein. Das halte ich auch für sinnvoll, wir erleben durch die ständige Erreichbarkeit ohnehin schon eine Entgrenzung von Arbeit. Die Folgen merkt man natürlich nicht nach einer Woche, auch nicht nach ein paar Monaten, sondern oft erst nach Jahren – und dann ist es vielleicht schon zu spät.

Aber wenn sich so viel betrieblich regeln lässt, brauchen wir dann vielleicht gar kein Gesetz? So hat es ja Bundeskanzler Friedrich Merz formuliert.

Doch, denn bei der gesetzlichen Verankerung geht es um Mindeststandards. Nur in sieben Prozent aller Unternehmen gibt es überhaupt einen Betriebsrat. Beschäftigte ohne Betriebsrat, die vielleicht auch nicht gewerkschaftlich organisiert sind, wären ohne gesetzliche Mindeststandards ja Freiwild. Viele Hinweise auf Gesetzesverstöße bekommen wir übrigens aus Branchen, in denen auch körperlich hart gearbeitet wird: aus dem Gesundheits- und Pflegebereich, der Gastronomie und Hotellerie, aus der Logistik und von Kurierfahrern. Dabei gibt es für diese Branchen tarifvertragliche Regelungen, die es ermöglichen, Beschäftigte weit mehr als die im Arbeitszeitgesetz vorgesehenen acht bis zehn Stunden täglich einzusetzen – man denke nur an die Bereitschaftsdienste in Krankenhäusern. Da ist im Wege von Tarifverträgen vieles möglich, entscheidend ist aber, dass es für lange Dienste Ausgleichszeiten gibt.

Wie steht es mit Ihrer eigenen Branche, also Anwaltskanzleien, oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, wo ja auch sehr lang gearbeitet wird?

Zum Teil sprechen wir da über die sogenannten höheren Dienste-Jobs, die so hoch bezahlt sind, dass es weniger um den Umfang geht als um die Aufgaben, die ich zu erledigen habe. Wer ein Einkommen oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze zur gesetzlichen Rentenversicherung bezieht (Anmerkung der Redaktion: Diese Grenze liegt bei gut 100.000 Euro), bei dem gelten die Überstunden als abgegolten. Wenn solche hoch bezahlten Kräfte ausscheiden, drehen sich die Streitigkeiten oft eher um Bonuszahlungen und Abfindungen – die letztlich natürlich auch mit dem Arbeitspensum zusammenhängen, das sie geleistet haben.

Das Gespräch führte **Barbara Schäder**.



Mira Ney

Foto AfA

Zur Person

Mira Ney leitet das Frankfurter Büro der Anwaltskanzlei Arbeitsrecht für Arbeitnehmer (AfA). Sie berät schwerpunktmäßig Betriebsräte, Gesamtbetriebsräte und Konzernbetriebsräte, unter anderem bei Verhandlungen über Interessenausgleich und Sozialpläne sowie bei der Erstellung von Betriebsvereinbarungen. Vor ihrem Einstieg bei AfA Rechtsanwältin war sie vier Jahre lang für EY tätig, wo sie hauptsächlich Unternehmen zu arbeitsrechtlichen Fragen beriet.



Repräsentativ: Der Wohnturm am Kureck soll das Viertel aufwerten.



Noch nicht abgenommen: der neue Wohnturm am Wiesbadener Kureck (rechts).

Fotos Marcus Kaufhold

Turm wartet auf erste Bewohner

WIESBADEN Der Bau des Hochhauses am Kureck schreitet voran. Mehr als 60 Prozent der Wohnungen sollen verkauft sein, die ersten Bewohner sollen Mitte des Jahres einziehen.

Von Robert Maus

Ist der 60 Meter hohe Luxus-Wohnturm am Wiesbadener Kureck nun offiziell fertig oder nicht? Dazu gibt es derzeit unterschiedliche Aussagen. Das Architekturbüro Max Dudler hatte mitgeteilt, dass der Turm fertiggestellt sei, zugleich aber in einer Mail eingeschränkt, dass man damit die Übergabe an den Bauherrn meine. Die Wiesbadener Bauaufsicht informierte unterdessen das Baudezernat, dass der Wohnturm auf dem Grundstück Taunusstraße 1 weder faktisch noch formell fertiggestellt sei. Ungeachtet dessen sollen Mitte des Jahres die ersten Bewohner einziehen, teilte unterdessen

das Wiesbadener Immobilienunternehmen Dahler mit. Die Eigentümergesellschaft FBW Projektbau GmbH aus Dreieich war am Donnerstag nicht zu erreichen.

Die Schweizer Architekten von Max Dudler hatten das Hochhaus am Kureck entworfen, das Teil eines städtebaulichen Masterplans ist. Der Abschluss des markanten Baus wird in der Stadt herbeigesehnt, denn er wertet das gesamte Gebiet am Ende der Wilhelmstraße und in unmittelbarer Nähe von Staatstheater und Kurhaus auf. Nach Einschätzung der Bauaufsicht ist es aber noch nicht so weit: „Eine

Anzeige der Fertigstellung oder die Anzeige einer vorzeitigen Nutzungsaufnahme liegen der Bauaufsicht nicht vor.“ Nach einer Ortsbesichtigung am vergangenen Freitag kommt die zuständige Fachabteilung zu dem Ergebnis: „Im Großen und Ganzen handelt es sich um einen veredelten Rohbau, lediglich zwei Musterwohnungen sind auch im Innenausbau fertig.“ Die Vermarktung des Turms macht nach Auskunft von Mira van der Zalm, Eigentümerin und Geschäftsführerin des Wiesbadener Immobilienunternehmens Dahler, Fortschritte. Mittlerweile seien mehr als 60 Prozent der 66 Wohnungen verkauft.

Der Innenausbau der verkauften Wohnungen werde fertiggestellt. Wohnungen, die noch keinen Käufer gefunden haben, werden innen noch nicht ausgebaut, damit die späteren Eigentümer die Arbeiten ihren persönlichen Wünschen entsprechend veranlassen können. Der Immobilienmarkt habe spürbar angezogen: Seit Mitte vergangenen Jahres gebe es erheblich mehr Anfragen für das Projekt Kureck. Dadurch sei es gelungen, weitere Wohnungen zu verkaufen. Für Wiesbadens Baudezernenten Andreas Kowol (Die Grünen) sind das gute Nachrichten. Er sagte am Donnerstag, dass der Baufort-

schritt des Wohnturms und der umliegenden Immobilien das gesamte innerstädtische Areal rund um das Kureck spürbar aufwerte. In diesem Zusammenhang erinnerte Kowol daran, dass langfristig eine Ausweitung der Fußgängerzone über die Georg-August-Zinn-Straße an der hessischen Staatskanzlei bis zum Kureck geplant sei. Damit würde auch das dahinterliegende Villenviertel sehr gut für Fußgänger erschlossen. Für die künftigen Bewohner hält der Turm einige Annehmlichkeiten bereit. Neben der Dachterrasse ist auch ein Fitnessareal mit Dampfsauna im ersten Obergeschoss vorgesehen, das

laut van der Zalm derzeit ebenfalls fertiggestellt wird. Im Foyer wird es einen Concierge geben, der sich um die „Belange der Turmbewohner“ kümmern soll. Die Parkplätze befinden sich in der Quartiersgarage seitlich des benachbarten Adina-Hotels. Es kann auf insgesamt fünf Etagen geparkt werden. Von dort aus gibt es einen direkten Zugang zum Turm im ersten Obergeschoss. Van der Zalm geht davon aus, dass die ersten Eigentümer Mitte des Jahres in den Turm einziehen werden.

Der Turm ersetzt das 1971 errichtete Bürohochhaus der R + V-Versicherung, die 2010 an ihren neuen Unternehmensstandort im Stadtteil Erbenheim gezogen war. Die Entscheidung der Wiesbadener Politik im Jahr 2014, dort einen Wohnturm zu errichten, war nicht unumstritten. 2016 wurde das alte R+V-Hochhaus abgerissen. Der Baubeginn für den Wohnturm war eigentlich für 2019 vorgesehen gewesen. Der vorherige Eigentümer, die Heidelberger IFM Immobilien AG, hatte das Projekt jedoch im Sommer 2019 an die FBW Projektbau GmbH, eine Tochter der Dreieicher FBW-Gruppe, veräußert und der Bau verzögerte sich. Im Mai 2022 wurde schließlich der symbolische Grundstein gelegt. Damals hieß es, die Arbeiten sollten 2024 abgeschlossen sein. FBW-Eigentümer Fabrizio Floresta sprach von einem „neuen Wahrzeichen“ für die Stadt.

Die Wohnungen haben eine Größe von 71 bis 476 Quadratmetern. In den ersten drei Stockwerken des Turms soll es ein Boarding-Haus geben. Der Turm ist Teil eines Ensembles, zu dem das 1950 errichtete Stadthaus zählt, in dem heute das hessische Sozialministerium untergebracht ist, und das erweiterte „Wiesbadener Palais“, in dem das Digitalministerium seinen Platz hat. Die beiden denkmalgeschützten Gebäude wurden saniert, 2020 eine Auto-Garage und 2021 das Adina-Hotel neu gebaut. Zudem gibt es neue Stadtvillen. Am Pfingstsonntag 2024 war der Bau durch einen Sabotageakt beschädigt worden. Täter hatten sich Zugang zum Rohbau verschafft und in einem oberen Stockwerk eine Löschwasserleitung geöffnet. Das Wasser floss über mehrere Stockwerke bis in die Keller sowie in die Aufzug- und Kabelschächte. Die Ermittler gingen von einem Schaden in Millionenhöhe aus. Die Investitionskosten für den Turm und die Nebengebäude hatte die FBW-Gruppe nach eigenen Aussagen noch 2022 mit rund 100 Millionen Euro beziffert.



Erinnerung: Mit Kränzen an den Schauplätzen der Morde, im Bild der Tatort in Kesselstadt, wird in Hanau an die neun Opfer des rassistischen Attentäters erinnert.

Foto Lando Hass

Hanau: Gedenken an den Tatorten

Mit Kranzniederlegungen ist an die Opfer des rassistischen Attentats von Hanau erinnert worden. Am 19. Februar 2020 hatte ein damals 43 Jahre alter Deutscher erst neun Menschen mit Migrationshintergrund, dann seine Mutter und sich erschossen. Wie nach Angaben der Stadt mit Angehörigen der Opfer vereinbart, blieb es an den beiden Tatorten in der Hanauer Innenstadt und dem Stadtteil Kesselstadt bei einem stillen Gedenken. Zu den Teilnehmern zählten neben Hanaus Oberbürgermeister Claus Kaminsky (SPD) und Angehörigen der Opfer auch Natalia Pawlik (SPD), Staatsministerin beim Bundesarbeitsministerium, Reem Alabali Radovan (SPD), Bundesentwicklungsministerin, der Bundesopferbeauftragte Roland Weber, Landesopferbeauftragte Daniela Birkenfeld (CDU)

und die türkische Generalkonsulin Nargihan İlknur Akdeveliöglü. Auch an der Gedenktafel auf dem Hauptfriedhof, dort gab es zudem ein muslimisches Gedenken, und an Gräbern der Opfer in Offenbach, Dietzenbach, in der Türkei, in Rumänien und in Bulgarien wurde an die rassistischen Morde erinnert. Für den Abend waren in Hanau Lichtkorridore an Heumarkt und Kurt-Schumacher-Platz geplant, an denen der Mörder seine Opfer erschossen hatte. Eine Kundgebung ist zudem für Samstag geplant, sie soll um 16 Uhr auf dem Marktplatz beginnen. Der Verzicht auf eine zentrale Gedenkveranstaltung in Hanau, wie sie zum fünften Jahrestag ausgerichtet worden war, war nach Angaben der Stadt Hanau mit den Opferangehörigen so vereinbart worden. Sie werde es wieder zum zehnten Jahrestag

der rassistischen Morde geben, hatte Kaminsky angekündigt, dann in einer Folge von fünf Jahren. Das stille Gedenken in der Zwischenzeit sei keine Reaktion auf eine Rede der Mutter eines Opfers mit falschen Vorwürfen gegen die Stadt Hanau, sondern schon zuvor mit anderen Angehörigen so verabredet worden. In Hanau entsteht derzeit das „Haus für Demokratie und Vielfalt“ in der Nähe des ersten Tatorts. Vor dem Gebäude soll auch das Mahnmal Platz finden, mit dem an die Morde erinnert werden soll. Über dessen Standort war lange diskutiert worden, einige Angehörige hatten sich für den zentralen Marktplatz ausgesprochen. Schließlich einigte man sich auf den künftigen „Platz des 19. Februar“, auf dem das von Heiko Hünnerkopf entworfene Mahnmal aufgebaut wird. hm.

Frankfurter Allgemeine
SELECTION

VERANSTALTUNG

Frankfurter Allgemeine Bürgergespräch

Wer soll im Römer regieren?

Am 15. März entscheiden die Frankfurter über die Zusammensetzung Ihrer Stadtverordnetenversammlung. Wie bestimmt der Römer den Alltag der Bürger? Welche Vorstellungen haben die Parteien der Mitte von der Zukunft Frankfurts? Welche wichtigen Entscheidungen stehen in den nächsten fünf Jahren an?

Seien Sie am **25. Februar 2026 um 19.30 Uhr** in der **Evangelischen Akademie Frankfurt** oder im **Livestream** dabei.

Im Gespräch:
Katharina Knacker (Die Grünen)
Nils Köbler (CDU)
Kolja Müller (SPD)
Stephanie Wüst (FDP)

Moderation: **Jacqueline Vogt** und **Manfred Köhler** (F.A.Z.).

Jetzt anmelden: selection.faz.net/veranstaltungen

Hilfswerk mit neuer Führung

KÖNIGSTEIN Kardinal Koch steht Kirche in Not vor

Führungswechsel beim päpstlichen Hilfswerk Kirche in Not mit internationalem Hauptsitz in Königstein im Taunus: Die Hilfsorganisation und die dazugehörige Stiftung haben einen neuen Präsidenten und einen neuen Generalsekretär. Das Präsidentenamt bekleidet Kurt Kardinal Koch, den Posten des Generalsekretärs hat Ferdinand Habsburg übernommen. Das Hilfswerk unterstützt nach eigenen Angaben die Kirche in materieller und geistlicher Not, Armut und Verfolgung. Im Jahr 2024 finanzierte Kirche in Not mithilfe von Spenden Projekte in fast 140 Ländern. Alle zwei Jahre veröffentlicht das Werk, wie es in einer Mitteilung heißt, zudem die einzige nicht staatliche Studie zur Religionsfreiheit aller Religionen in der Welt.

Kardinal Koch hat kürzlich die Zentrale in Königstein besucht und eine Messe in der Hauskapelle gefeiert. Die Stadt im Taunus ist seit 1975 Sitz des Hilfswerks, das aus der 1947 gegründeten Ostpriesterhilfe hervorgegangen war. Zunächst unterstützte der Gründer, Pater Werenfried von Straaten, Heimatvertriebene und die Kirche hinter dem Eisernen Vorhang. Die Zentra-

le an der Bischof-Kindermann-Straße liegt hinter dem heute städtischen Haus der Begegnung, das zuvor ebenfalls von der Ostpriesterhilfe und Kirche in Not genutzt worden war. Zudem betreibt das Hilfswerk Nationalbüros in 24 Ländern, die Deutschland-Zentrale ist in München.

Der aus der Schweiz stammende Kardinal Koch verwies anlässlich des Besuchs in Königstein darauf, wie dringend die „Neuevangelisierung“ in den westlichen Ländern sei, „denn der Glaube ist in einigen unserer Regionen sehr schwach“. Im Vatikan ist er für die Einheit der Christen zuständig und wird daher der Ökumene-Minister des Papstes genannt. Nur mit einem gemeinsamen Geist könne die Kirche Konflikte und Kriege überwinden, äußerte der Kardinal. Der 60 Jahre alte neue Generalsekretär Habsburg ist Österreicher, aber in der Schweiz aufgewachsen. Nach einem Studium in Berlin hat er im Marketing gearbeitet und ein Medienunternehmen gegründet. Den Posten bei Kirche in Not hatte zuvor zwölf Jahre lang Philipp Ozores inne, der nun die Leitung eines Familienweinguts in der Pfalz übernimmt. flf.

Kirchen gegen Extremismus

FRANKFURT Appell an Bürger vor Kommunalwahl

Mit der Kampagne „Aufstehen für ...“ beziehen die evangelischen Landeskirchen und katholischen Bistümer Position vor den Kommunalwahlen in Hessen am 15. März und der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz eine Woche später. Sie rufen dazu auf, Verantwortung für das demokratische Gemeinwesen zu übernehmen, extremistischen Tendenzen entgegenzutreten und das Wahlrecht „bewusst wahrzunehmen“.

Eine parteipolitische Empfehlung enthält die Kampagne nicht. Doch die christlichen Kirchen sprechen sich klar für eine „offene, solidarische und gerechte Gesellschaft“ aus. Jede Form von Menschenverachtung, Antisemitismus, Rassismus, Muslimfeindlichkeit, Homophobie und anderer Diskriminierung widerspreche dem Glauben. „Wir stehen auf ...“ beziehe sich auch auf die uneingeschränkte Geltung der Menschenrechte und den Schutz des menschlichen Lebens von Anfang an. „Nationalistische Überhöhungen, völkisches Denken, Geschichtsrelativierung und ethnisch definierte Zugehör-

rigkeit lehnen wir ab“, heißt es auf der zur Kampagne gehörenden Seite www.aufstehen-fuer.de im Internet. Die Kirchen stünden für soziale Gerechtigkeit und Inklusion und gegen Ausgrenzung, Spaltung und Leugnung des Klimawandels. Sie wenden sich auch gegen Feindbilder, populistische Kommunikationsstrategien und jede Form der Zusammenarbeit mit verfassungsfeindlichen Kräften.

An der Kampagne beteiligen sich die katholischen Bistümer Fulda, Limburg, Mainz, Paderborn, Speyer und Trier, die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau, die Evangelische Kirche in der Pfalz, die Evangelische Kirche im Rheinland und die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck. Mit dabei sind außerdem die Arbeitsgemeinschaften Christlicher Kirchen im Gebiet der beiden Bundesländer. Die Kampagne soll Orientierung geben, Mut machen und dazu beitragen, dass die Wahlen in einem Klima der Verantwortung, des Respekts und der Solidarität stattfinden, heißt es in der gemeinsamen Erklärung. bie.

Streik: Fast alle Busse stehen still

WIESBADEN Wer in der hessischen Landeshauptstadt den öffentlichen Nahverkehr nutzt, muss am heutigen Freitag mit erheblichen Einschränkungen aufgrund des Warnstreiks der Gewerkschaft Verdi rechnen. Das hat das städtische Busunternehmen Eswe Verkehr mitgeteilt. Demnach beginnt der Streik mit Betriebsbeginn um 3 Uhr und dauert voraussichtlich bis zum Betriebsende in der Nacht auf Samstag. In diesem Zeitraum fahren die Busse auf den meisten Linien nicht. Zudem ist auch das On-Demand-Angebot von Wi-Mobil von dem Warnstreik betroffen, es sind am Freitag keine Buchungen möglich.

Auch wenn Fahrgäste sich auf Ausfälle und Verzögerungen im gesamten Stadtgebiet einstellen müssen, gibt es einzelne Linien, die von Partnerunternehmen betrieben werden und auf

denen die Busse fahren. Dabei handelt es sich um die Linien 5, 28, 39 und 46 sowie die Regionalbusse. Vereinzelt fahren die Gemeinschaftslinien 6 und 33 aus Mainz kommend bis zum Bahnhof Wiesbaden-Ost, wo Passagiere in die S-Bahn umsteigen können. Die Busse fahren dann vom Bahnhof-Ost wieder nach Mainz zurück. Auch die Busse der Linie 74 fahren zum Teil. Sie starten während des Streiks an der Haltestelle „Friedrich-Bergius-Straße“, und dort endet die Linie auch.

Im Verlauf des Streiktages kann es laut Eswe Verkehr zu kurzfristigen Änderungen kommen, weshalb sich die Fahrgäste regelmäßig informieren sollten. Das Busunternehmen empfiehlt die Eswe-Ticket-App und die dynamischen Fahrgastanzeigen. Zudem informiert Eswe Verkehr über seine Social-Media-Kanäle. robm.

Stadt sucht Investoren für Heime

MÖRFELDEN-WALLDORF Nur ein Drittel des erwarteten Bedarfs an Pflegeplätzen kann in der Stadt gedeckt werden. In Walldorf gibt es keine Einrichtung.

Von
Hans Dieter Erlenbach

Der Bürgermeister von Mörfelden-Walldorf, Karsten Groß (CDU), stellt eine nüchterne Bilanz auf: Bis zu 300 stationäre Pflegeplätze werden in den nächsten Jahren in der Stadt benötigt, tatsächlich gibt es bisher aber nur 90. Die befinden sich im Altenhilfzentrum in Mörfelden, in Walldorf gibt es keinen einzigen Pflegeplatz. Der Magistrat hat inzwischen einen Grundsatzbeschluss gefasst, um Abhilfe zu schaffen. Die neue Pflegeeinrichtung soll vorbehaltlich der Zustimmung des Stadtparlaments in Walldorf gebaut werden.

Das Altenhilfzentrum in Mörfelden bietet 90 stationäre Pflegeplätze, 24 Plätze in der Tagespflege und 17 städtische Wohnungen mit betreutem Wohnen. In Walldorf hat die Stadt mögliche Grundstücke untersucht, darunter auch den Walldorfer Festplatz. Doch eine teilweise Bebauung würde die Möglichkeit von Festen erheblich einschränken. Ein weiteres Gebiet an der Ecke Farmstraße/Hermann-Löns-Straße wäre zwar attraktiv, weil direkt am Wald gelegen, doch müssten dafür Bäume eines Bannwaldgebiets gefällt werden. Bleibt als einzige Möglichkeit nur der Nordring, an dem ausreichend Fläche zur Verfügung steht.



Handreichung: In Walldorf gibt es kein Pflegeheim, in dem Senioren versorgt werden können.

Foto dpa

Die Verwaltung will in den nächsten Monaten verschiedene Betreibermodelle prüfen. Bis Ende September soll ein auf den Bau von Pflegeeinrichtungen spezialisiertes Unternehmen im Auftrag der Stadt Kontakt mit möglichen Investoren und Betreibern aufnehmen. Das Parlament soll in einem Jahr schlussreife Unterlagen erhalten, um die dringend benötigten Einrichtungen auf den Weg zu bringen.

Östlich der am Nordring vorhandenen Sporthalle ließen sich nach Mitteilung

der Verwaltung verschiedene Pflegemodelle realisieren. In sieben Wohngruppen wären bis zu 120 stationäre Pflegeplätze möglich. Im Erdgeschoss könnte eine Tagespflege mit bis zu 20 Plätzen entstehen. Ein weiteres Modell sieht 120 Wohneinheiten im betreuten Wohnen und 20 Tagespflegeplätze vor.

In Mörfelden reichen die vorhandenen 90 Plätze ebenfalls nicht aus. Deshalb will die Stadt das bestehende Altenhilfzentrum erweitern und dort weitere 60 Plätze anbieten. Seit 2021 laufen

Gespräche mit möglichen Investoren, die auch für weitere Pflege- und Wohnformen offen sind.

Dass schnelles Handeln notwendig ist, zeigt ein Blick auf die Zahlen. Mörfelden-Walldorf hatte zum 31. Dezember 2024 genau 31.638 Einwohner, von denen fast 20 Prozent älter als 65 Jahre waren. Im Kreis Groß-Gerau sind elf Prozent der Menschen älter als 80 Jahre. Übertragen auf Mörfelden-Walldorf sind das nach Berechnungen der Verwaltung bis zu 300 Plätze.

Polizei räumt Osthang der Mathildenhöhe

DARMSTADT Besetzer wollten Baumfällungen verhindern / Polizei bringt sechs Personen vom Gelände

Die Polizei hat am Donnerstag den besetzten Osthang der Mathildenhöhe in Darmstadt geräumt. Einige Besetzer wollten das Gelände nicht freiwillig verlassen, sodass die Polizei in Amtshilfe für die Stadt Darmstadt tätig geworden ist und sechs Personen von dem Gelände gebracht hat. Danach konnte am frühen Nachmittag die geplante Rodung beginnen.

Der Osthang neben dem Olbrichweg ist als Bauplatz für ein Besucherzentrum für die Welterbestätte vorgesehen. Dem Neubau müssen nach den Plänen der Stadt 13 Bäume auf dem unbebauten und verwilderten Gelände weichen. Die Verwaltung hatte im Dezember einen ersten Versuch unternommen, die Bäume zu fällen. Aktivisten besetzten den Osthang und verhinderten damit vorerst die Rodung. Seitdem dauerte die Besetzung an, einige Aktivisten hatten in der Main Hall, einem Holzbau, aus.

Für den zweiten Anlauf hatte die Stadt eine Sperrung des Osthangs angeordnet, die seit Mittwochmorgen galt. Am Mittwoch wollten die Besetzer das Gelände entgegen der Anordnung von Mitarbeitern der Stadt nicht verlassen. Am Donnerstagmorgen begann die Polizei mit der Räumung. Nach ihren Angaben waren zwei der Besetzer auf einen Baum geklettert und hatten sich dort mit Kletter-



Vor der Rodung: Polizeibeamte, darunter Spezialkräfte, räumen den von Aktivisten besetzten Osthang.

Foto dpa

gurten befestigt. Einer hatte sich zudem die Hände zusammengeklebt.

Ein Höheninterventionsteam des Spezialeinsatzkommandos der Polizei näherte sich ihnen mithilfe einer Hebebühne und brachte beide sicher auf den Boden. Die Spezialkräfte holten eine Person, die

sich auf dem Dach der Main Hall festgekettet hatte, herunter, ebenso drei weitere Personen, die sich auf einer erhöhten Ebene der Main Hall befanden.

Bis zum Mittag war der Osthang geräumt, wie das Präsidium bekannt gegeben hat. Der Einsatz verlief „nahezu rei-

bungslos“, und es wurde niemand verletzt, wie ein Polizeisprecher auf Nachfrage sagte. Nach einer Schätzung der Polizei hatten 20 bis 30 Demonstranten ab dem Morgen außerhalb der Absperrung gegen die Räumung protestiert.

Nach einer jahrelangen Diskussion hatte das Darmstädter Stadtparlament im vergangenen Jahr den Bau des Besucherzentrums, das mehr als 20 Millionen Euro kosten wird, mit großer Mehrheit beschlossen. Damit soll Kulturtouristen eine Anlaufstelle geboten werden, in der die Entstehung und die stilistischen Besonderheiten der von 1901 bis 1914 entstandenen Jugendstilbauten auf der Mathildenhöhe erläutert werden. Der Neubau mit drei Ebenen und verglaster Fassade soll im Erdgeschoss einem Café und einer Informationstheke Platz bieten. Im ersten Stock ist ein Vortragsraum geplant, der oberste Stock ist für Veranstaltungen für Kinder gedacht.

Auf dem Osthang steht als einziges Gebäude die Main Hall, eine Halle aus Holzbalken. Dort wurden von einem Verein Veranstaltungen der Alternativkultur ausgerichtet. Auch die Main Hall muss dem Besucherzentrum weichen. Als Ersatzstandort hat die Stadt eine Fläche in der Weststadt angeboten, wo die Halle nach ihrer Demontage wiederaufgebaut werden soll. höv.

Vielleicht wird nichts verlangt von uns während wir hier sind, als ein Gesicht leuchten zu machen bis es durchsichtig wird?

Hilde Domin

In tiefer Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Edith Wagner

* 29.3.1941 † 14.2.2026

In unseren Herzen leuchtest Du weiter.

Isabelle, Nicola und Manfred
Christa und Leo Schupmehl
Vera und Carsten Böhnke
Claudia und Oliver (Schupmehl-)Glaab
mit Saskia und Anja
und alle Angehörigen

Die Trauerfeier und anschließende Beisetzung finden am Mittwoch, den 25.2.2026, um 14.30 Uhr auf dem Marxheimer Friedhof statt.

Erich Köstlmaier

* 11.04.1928 – † 18.01.2026

Du bist nun auf Deinem letzten Spaziergang. Nicht verloren – nur vorausgegangen.

In tiefer Freundschaft, Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied.

Ivana und Familie

Die Trauerfeier findet am Donnerstag, den 26. Februar 2026 um 12.45 Uhr in der Friedhofskapelle in Frankfurt Griesheim, Waldschulstr. 79, statt. Nach der anschließenden Urnenbeisetzung gehen wir still auseinander.

Begrenzt ist das Leben, doch unendlich die Erinnerung.

∞

Andreas Meyer-Thewihsen

25.11.1954 - 17.02.2026

„Die Rätsel des Lebens lösen sich in der Wärme des Herzens, das nach Gedankenlicht strebt.“ Rudolf Steiner

In Liebe
Claudia
Aurel und Anna
Vincent und Johanna
Kaspar und Elsa

Die Trauerfeier findet **heute, den 20.02.2026** in der Christengemeinschaft um **16 Uhr** statt.
Frauenlobstraße 2, 60487 Frankfurt

Bestattungskalender

Am Freitag, dem 20.02.2026 (Angaben ohne Gewähr) Frankfurt am Main-Bonames 11.15 Trauerfeier und Bestattung Kreth, Gabriele Hedwig geb. Brathun, 77 J. 12.00 Trauerfeier und Bestattung Behrens, Erika geb. Schäfer, 95 J. Frankfurt am Main-Harheim 11.15 Trauerfeier und Bestattung HDorn, Udo, 81 J. Frankfurt am Main-Hauptfriedhof 10.30 Trauerfeier Prescher, Eva Maria, 75 J. 13.30 Trauerfeier und Bestattung Rau, Horst Michael, 80 J. Frankfurt am Main-Hedernheim 12.00 Trauerfeier und Bestattung Schwarzbach, Peter, 84 J.	Frankfurt am Main-Heiligenstock 11.15 Bestattung Scholz, Manuela, 56 J. 12.45 Trauerfeier und Bestattung Degen, Inge Klara geb. Geibel, 78 J. 13.30 Bestattung Henze, Rainer Alwin Heinrich, 82 J. Frankfurt am Main-Zeilsheim 12.45 Bestattung Kärcher, Helmut, 90 J. 13.30 Trauerfeier Puchta, Marga geb. Hüppler, 89 J. Bad Homburg, Waldfriedhof 13.00 Trauerfeier mit Urnenbestattung Herbert, Mechthild, 84 J. Steinbach (Taunus) 13.30 Trauerfeier mit Urnenbeisetzung Bödicker, Wolfgang, 83 J.
---	--

In Stunden der Trauer sind wir für Sie da!

seit 1936

PIETÄT SCHÜLER

Bestattungshaus Andreas Schüler GmbH

In der Römerstadt 10 • 60439 Frankfurt
Heerstraße 28 • 60488 Frankfurt
Telefon: (069) 57 22 22 (Tag und Nacht)
www.pietat-schueler.de

Traueranzeigen online gestalten

Unsere Online-Anzeigenannahme erleichtert durch Musteranzeigen und Motivgalerie die Gestaltung Ihrer Traueranzeigen. Sie gelangen in wenigen Schritten zu Ihrer Anzeige. www.trauer-rheinmain.de

Auskünfte und Beratung: Telefon (069) 75 01-46 41 | Fax (069) 75 01-46 40
(Montag – Freitag: 7-17 Uhr) | traueranzeigen@rmm.de

RMM | RheinMain.Media

Wandertipp

Mit Freiheitsdrang auf den Schrenzer

BUTZBACH Seit sich hessische Städte mit Zusatznamen schmücken, sieht sich auch die Wetterau-Gemeinde in der Pflicht, den Streiter für Freiheit und nationale Einheit Friedrich Ludwig Weidig zu würdigen. Mit einer neu gestalteten Museumsabteilung widerfährt ihm nun Gerechtigkeit.

Von Thomas Klein

Noch bis vor wenigen Jahren war es unvorstellbar, den Ortsnamen durch die ergänzende Bezeichnung einer mit der Gemeinde verbundenen Persönlichkeit aufzuwerten. Obwohl die hessische Gemeindeordnung dies schon immer erlaubte – nach Prüfung durch das Innenministerium –, blieb es über Jahrzehnte bei Ergänzungen wie Bad oder Landeshauptstadt.

Erst mit der allgemeinen Rückbesinnung, die im Lokalen eine Antwort auf das Globale suchte, entdeckte man die Persönlichkeiten, auch wenn sie wie Konrad Zuse lediglich in einem Ort ihrer Wahl lebten. Das hinderte Hünfeld 2006 nicht, den nun gut zum Zeithintergrund passenden Computererfinder als eine der ersten Städte per Zusatznamen einzugemeinden. Darauf erinnerten sich Kassel und Steinau der Brüder Grimm, Wolfhagen entriß jetzt den Brasilien-Forscher Hans Staden und Frankenberg den Bildhauer Philipp Soldan dem Vergessen, und zuletzt, im November 2024, erwählte Friedrichsdorf im Taunus den Telefonfinder Philipp Reis zum Namenspatron.

Gemessen daran, hat sich die Wetterau-Gemeinde Butzbach mit Friedrich Ludwig Weidig 2010 einem weitaus schwierigeren Kandidaten verschrieben. Tragik und Scheitern sind ungünstige Ratgeber bei der Vermittlung eines Lebens, das nicht eben Allgemeingut ist. Diesem Kämpfer für Demokratie und Mitstreiter Georg Büchners Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, ist der Gemeinde zweifellos ein aufrichtiges Anliegen. Jüngst fand dies in der vom Bund getragenen „Stiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte“ Aufnahme und Würdigung.

Anlass bot – zusätzlich zu einem bestehenden Rundweg durch die Altstadt mit Lebensstationen des Pfarrers und Rektors – die Eröffnung einer Weidig-Abteilung innerhalb der ohnehin muster-gültigen Ausstellung zu Vormärz und Revolution von 1848/49 im Stadtmuseum. Jetzt kann auch wieder daran erinnert werden, dass Weidig 1814 auf der Anhöhe „Schrenzer“ im Geiste nationaler Befreiung als Erster im Großherzogtum Hessen-Darmstadt Turn- und Wehrübungen abhielt. Unglücklicherweise waren es Nationalsozialisten, die zum 100. Todestag 1937 ein „Bergturnfest“ in ganz anderem Ungeist ausrichteten. Im Verständnis der Turner, das Freiheits- und Bewegungsdrang in eins setzt, behielt man es aber bei, und auch ein damals errichteter Findling mit Weidig im Halbprofil wurde als unbedenklich erachtet und unverändert gelassen.

Vermutlich ließ Weidig seine Schüler, also Bürgersöhne, antreten. Vorherrschend war die bäuerliche Welt, wie sie,

vom Schrenzer gut zu überschauen, noch heute die fruchtbare Wetterau prägt. Ob die Bauern geknechtet wurden wie im „Hessischen Landboten“ beklagt, ist nicht mehr zu entscheiden. Am drückendsten war wohl die Steuer- und Abgabenlast. Die stattlichen Gehöfte vielerorts sprechen auch für eine andere Seite: Man zeigte Stolz und Wohlstand durch verziertes, aufwendig gestaltetes Fachwerk.

Westlich vom Schrenzer hat sich mit Ebersgöns eines dieser Dörfer im Kern erhalten. Typisch sind in Oberhessen um einen rechteckigen Hof gruppierte, nach außen vollkommen abgeschlossene Gebäude, die im Volksmund Bauernburgen genannt werden. Die überdachte Einfahrt besteht aus zwei Flügeln, darüber sind Gefache und Streben, die wie die umgebenden Hölzer geschnitzt und farbig ausgelegt oder mit Sinnsprüchen und Hinweisen auf die Erbauer versehen wurden.

Wegbeschreibung

So nicht Stadtrundgang und Museumsbesuch voranstellen, erreicht man – begleitet von den Markierungen schwarzer Punkt und blauer Strich – vom Butzbacher Bahnhof aus in gut zehn Minuten den Schrenzer auf der ansteigenden Tausnuststraße, oben im Wald dann rechts. Autonutzer können direkt hinauffahren und vom Parkplatz am Freibad einige Schritte zum Anschluss an die Zeichen hinabgehen. Ob man den Weidig-Gedenkstein jetzt oder später aufsucht, macht keinen Unterschied. ❶

Die Zeichen führen sogleich tiefer in den Wald, vermeiden jedoch Forstwege. Zwischen hohen Buchen und Kiefern verlaufen sie stets über Schlängelpfade. Das wellige Terrain ist nicht allzu fordernd, aber eine Versuchung wert darf die nach gut einer halben Stunde anzutreffende zünftige Einkehr „Forsthaus Butzbach“ nahe einem Segelfluggelände sein.

Dahinter finden die Lotsen über einen Holzsteg wieder in Wald zurück, jetzt assistiert vom schwarzen Dreieck. Ihm schließt man sich geradeaus an, wenn in Richtung Ebersgöns verkürzt werden soll. Nach dem Waldaustritt liegt hier der Vulkankegel des Dünsbergs beeindruckend vor Augen.

Bei der ausholenden Runde mit den bisherigen Markierungen versperrt der abwechslungsreiche Wald zwar die Sicht, bietet aber eine große Grillhütte. Noch weit davor ist darauf zu achten, dem links abbiegenden blauen Strich nicht zu folgen und 300 Meter danach auch nicht länger dem schwarzen Punkt. Justament an dieser Stelle – geradeaus – fehlt das zuvor aufgetretene Naturpark-Zeichen roter Fuchs (rechts steht ein historischer Grenzstein).



Mit dem Blick der Römer: Ein Stück des Weges führt am Limes entlang zu einem 1957 rekonstruierten Wachturm.

Foto Thomas Klein



Bald ist es wieder da, um über 400 Meter mit dem Weg des blauen Punkts zu verbinden. Der führt rechts bei leichtem Gefälle abwärts, bis die stimmungsvolle Raststation auftaucht. Die wäre vielleicht eine Alternative, da es im Zentrum von Ebersgöns keine Gastronomie mehr gibt. Wohnburgen heutigen Zuschnitts sind zu passieren, ehe den Wanderer die geschlossene Fachwerk-galerie umfängt. Auch frei stehende Gebäude zeigen kunstvolles Fachwerk, und selbst dem Pfarrkirchlein fehlt es nicht an einer hölzernen Außentreppe. ❷

Dort muss man sich auf einen Farbwechsel einstellen – jetzt übernimmt das Zeichen rotes Dreieck. Mit ihm verlässt man rechts hinaus (Zur Pfingst-weide) zwischen großzügigen Eigenheimen

den Ort. Zunächst geht man schnurgerade durch Felder aufwärts, dann unter stattlichen Bäumen. Eine Weile ändert sich an der Richtung wenig, erst eine vor den Bäumen erkennbare Streuobstwiese ist das Signal, rechts und gleich links abzubiegen. Dort geht es noch etwas bergauf, bevor nach dem Linksabbiegen 500 Meter weiter Gefälle zu Neubauten am Rande Butzbachs einsetzt.

Davor schwenkt das Dreieck im Verbund mit dem Limeswanderweg rechts ein und begleitet zwischen Wald und Gärten, um schließlich nach 700 Metern den Limes zu queren. Die Zeichen umgehen ihn oberhalb; man kann und darf auch über die Wallkrone aufsteigen. Dank der Steilheit blieb der römische Grenzwall in erstaunlicher Mächtigkeit erhalten. ❸

Kurz vor dem Schrenzer kann man gleich hinüberwechseln oder noch ein Stück klettern, endend an einem 1957 nachgebildeten Wachturm samt Palisade. Die Größe und Lehm-Reisig-Gefache entsprechen kaum mehr heutigem Erkenntnisstand, dennoch bleibt er unverändert, da als „wichtiges Zeugnis aus der Frühzeit archäologischer Rekonstruktion“ geltend, wie es auf einer Erläuterungstafel heißt.

Quasi mit dem strategischen Blick der Römer über Wetterau und Vogelsberg läuft man abwärts zum Gedenkstein für Friedrich Ludwig Weidig. Von dort aus geht es rechts zurück zu den Parkplätzen oder weiter die Kleebergstraße hinunter und nach rechts (Nuss-allee) gen Bahnhof.



DATEN

Länge: 13, ab Bahnhof 15 km (ohne Stadtrundgang)
Höhenmeter: 250
Karte: Hintertaunus-Ost, Maßstab 1:25.000, Verlag Natur Navi



ANFAHRT

Über die A 5 bis Ausfahrt Butzbach, weiter mit der Hauptrichtung Nord/Hallenbad zu einem Verkehrskreis und die zweite Abfahrt unter den Gleisen gen Schrenzer.

Aus Richtung Süden fährt jede Stunde ein Zug, weitere, wenn man in Friedberg umsteigt.



SEHENSWERT

Der Dreiklang aus Kirchen, Schloss und zahlreichen, denkmalgeschützten Fachwerkbauten zeichnet Butzbach aus. Vom großzügigen Marktplatz mit dem Alten Rathaus von 1560 und weiteren, teils reich gezielten Häusern erreicht man die wichtigsten Bauwerke. Im Stadtmuseum werden Faltblätter zum Rundgang auf Weidigs Spuren vorgehalten (auch im Internet einsehbar). Er schließt freilich nicht den 320 Meter hohen Schrenzer oberhalb der Stadt ein, wo Weidig 1814 Turn- und Wehrübungen abhielt. Am Waldrand verlief der dort gut erhaltene römische Limes, ergänzt um einen (1957) rekonstruierten Wachturm.



EINKEHREN

„Forsthaus Butzbach“, samstags und sonntags von 11.30 bis 20 Uhr, freitags und montags von 16 bis 20 Uhr, www.forsthaus-butzbach.de



ÖFFNUNGSZEITEN

Stadtmuseum, Farbgas 16 in Butzbach, freitags bis sonntags jeweils von 14 bis 17 Uhr, sonntags auch von 10 bis 12 Uhr sowie mittwochs von 15.30 bis 19.30 Uhr



QR-SCAN

Dieser QR-Code führt Sie über das Handy zur Route www.faz.net/wandertipp



Foto Peter Emig

MUSICAL

Jekyll & Hyde

Kann man im Menschen das Böse vom Guten trennen? Dr. Henry Jekyll ist überzeugt, dass dies möglich ist, und wagt das Experiment an sich selbst. Die Folge ist die Spaltung seiner Persönlichkeit und die Geburt von Edward Hyde, der zunehmend die Kontrolle übernimmt. Der innere Konflikt eskaliert, bis Jekyll in einen Kampf mit seinem eigenen Schatten gerät. Frank Wildhorns Musical greift diese dramatische Vorlage auf und verbindet sie mit rockigen und romantischen musikalischen Akzenten sowie kraftvollen Ensemble und Tanzszenen.

JEKYLL & HYDE

Wiesbaden, Hessisches Staatstheater Wiesbaden, Freitag, 20. Februar, 19.30 Uhr

KLASSIK

hr-Sinfonieorchester



Foto Marco Borggreve

Mendelssohns Klangwelt aus dem „Sommer-nachtstraum“ trifft auf die Brahms Lieder und Unsuk Chins Cellokonzert. Die koreanische Komponistin fordert ihre Interpreten

kompromisslos heraus und schafft ein Klangfeld, das bewusst an die Grenzen des Spielbaren führt. Alisa Weilerstein, eine international profilierte Cellistin, erkundet darin extreme technische und gestalterische Bereiche. Sie ist seit Jahren für ihre intensive Auseinandersetzung mit zeitgenössischer Musik bekannt und arbeitet regelmäßig mit Komponisten an neuen Werken. Das hrSinfonieorchester trägt die Musik weiter in jene Atmosphäre, in der Mendelssohns Bühnenmusik ihre Wirkung entfaltet.

HR-SINFONIEORCHESTER

Frankfurt, Alte Oper, Freitag, 20. Februar, 20 Uhr



Foto Maria Villameva

ROCK

The Kooks

The Kooks präsentieren ein Programm, das fast zwei Jahrzehnte Bandgeschichte bündelt: von den frühen Songs ihres Debütalbums „Inside In/Inside Out“ über die ChartErfolge von „Konk“ bis hin zu den neueren Stücken aus „10 Tracks To Echo In The Dark“ und „Never/Know“. Die Band um Luke Pritchard und Hugh Harris macht dabei deutlich, wie konsequent sie ihren IndieRockSound weiterentwickelt hat, ohne ihre charakteristische Direktheit zu

verlieren. Ihr Ruf als LiveBand begleitet sie seit den ersten Auftritten in Brighton und prägt bis heute ihre Konzerte: klare Gitarrenlinien, ein präzises Zusammenspiel und die unverwechselbare Dynamik zwischen Pritchard und Harris.

THE KOOKS

Frankfurt, Jahrhunderthalle, Freitag, 20. Februar, 20 Uhr

AUSSTELLUNG

Gesichtslos.



Foto Hyp Yerlikaya, Serie „Amalie“

Die Ausstellung beleuchtet ein gesellschaftliches Tabuthema und gibt Einblicke in die oft verborgene Welt der Prostitution. Mit 40 inszenierten Fotografien von Hyp Yerlikaya und begleitenden Texten werden die Geschichten, Ängste, Sorgen, aber auch Hoffnungen dieser Frauen erzählt. Die Ausstellung basiert auf Erfahrungsberichten von Frauen, die ihre Heimatländer verlassen haben, um ein besseres Leben zu finden, jedoch mit einer anderen Realität konfrontiert wurden.

GESICHTSLOS. FRAUEN IN DER PROSTITUTION

Frankfurt, Haus am Dom, Mo–Fr 9–17 Uhr, Sa/So 11–17 Uhr, bis 12. April

KLASSIK

Christiane Karg und Wolfram Rieger



Foto Gisela Schenker

Wenn Christiane Karg und Wolfram Rieger einen Liedabend gestalten, wird der Konzertsaal zum Resonanzraum für Zwischentöne. Im Casals Forum spannen Sopran und Klavier ein Panorama zwischen französischem Impressionismus und ibero-amerikanischen Klangfarben: Ravel trifft auf Guastavino und Montsalvatge. Mit Flöte und Violoncello entsteht ein Abend von sinnlicher Intensität.

CHRISTIANE KARG UND WOLFRAM RIEGER

Kronberg, Casals Forum, Samstag, 21. Februar, 19.15 Uhr



Alle Termine finden Sie online unter faz.net/vk



**Nur für
kurze Zeit**

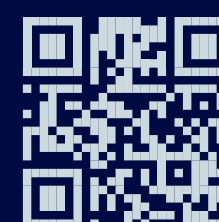


F.A.Z. & Sonntagszeitung im Digitalpaket — 3 Monate für nur 49,90 €

Behalten Sie das aktuelle Weltgeschehen im Blick –
mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung unter der Woche
und der Sonntagszeitung am Wochenende.

Ihre Vorteile:

- ✓ **Von überall:** Lesen Sie die F.A.Z. und Sonntagszeitung im Digitalpaket jetzt 3 Monate für nur 49,90 € statt ~~158,70 €~~ – als E-Paper im Zeitungslayout oder als bildstarke Edition.
- ✓ **Alle Artikel zum Anhören** und Zugang zu exklusiven Audio-Playlists.
- ✓ **Ihr tägliches Plus:** Minutenaktuelle Nachrichten und exklusive Hintergrundberichte sind auf unserem Onlineportal FAZ.NET mit FAZ+ für Sie inklusive.
- ✓ **Geschenk zur Wahl:** F.A.Z.-Tasse Sonderedition oder 20-€-Aral-Gutschein.



Jetzt Angebot sichern: **(069) 75 91-33 59** oder **faz.net/3monate**

Der Junge steht seinen Mann

MAINZ Stammspieler ist Kacper Potulski in Mainz nicht. Aber der Achtzehnjährige hat für einen Defensivspieler einen außergewöhnlichen Werdegang.

Von Peter H. Eisenhuth



Scheut keinen Zweikampf: Kacper Potulski kommt Leipzigs Conrad Harder in die Quere.
Foto Reuters

Der junge Blondschoopf, der da im Trikot des FSV Mainz 05 über den Platz lief, war den allermeisten Zuschauern unbekannt. Nur jene, die regelmäßig bei Spielen der Nachwuchsmannschaften zu Gast waren, konnten mit seinem Namen etwas anfangen: Kacper Potulski, 17 Jahre alt, Innenverteidiger. Anfang Juli vorigen Jahres durfte er erstmals mit den Erwachsenen spielen, eine Halbzeit lang im Auftakttest der Saisonvorbereitung beim Landesligavererein SpVgg Ingelheim.

Ein klarer Fall von unvollständigem Bundesligakader. Potulski würde so lange mit dem Team von Cheftrainer Bo Henriksen trainieren, bis alle Nationalspieler aus ihrem verlängerten Urlaub zurückkehren. Das war der Plan mit dem polnischen Talent, das im Sommer 2023 von Legia Warschau an den Bruchweg gekommen war. Danach sollte Potulski, der gerade das U19-Alter erreicht hatte, zur U23 stoßen.

Doch die Dinge entwickelten sich anders: Als alle da waren, blieb er. Der

Youngster fuhr trotz vollzähligen Kaders mit ins Trainingslager nach Tirol, und inzwischen hat er mehr Bundesliga- als Regionalligaeinsätze in seiner Vita stehen. Achtmal durfte er ganz oben ran, zudem fünfmal in der Conference League, weshalb Sportdirektor Niko Bungert ihm den Ehrentitel „Mister Europapokal“ verlieh. Auch als Torschütze trat Potulski schon in Erscheinung: Beim überraschenden 2:2 in München gelang ihm Mitte Dezember per Kopf der Treffer zum 1:1.

Urs Fischer äußerte sich gegen Jahresende zurückhaltend zum Status des inzwischen Achtzehnjährigen. Nein, ein Stammspieler sei Potulski noch nicht, sagte der Trainer. Gerade im Spiel gegen die Bayern habe er sich in einigen Situationen nicht sehr clever verhalten. „Der Junge hat noch viel zu lernen, aber er ist dazu bereit. Es gibt noch viel zu tun, aber er befindet sich auf einem guten Weg.“

Bemerkenswert war das Vertrauen, das sowohl er als auch sein Vorgänger dem Jugendlichen schon damals schenken, dennoch. Zwar spielen sich immer wieder junge, sehr junge Akteure in den

Vordergrund, in der Regel handelt es sich aber um Offensivkräfte. Kai Havertz, Florian Wirtz, Jamal Musiala – sie alle debütierten als Siebzehnjährige in der Bundesliga, in Mainz war Jonathan Burkardt bei seinen ersten Profischritten nur ein Jahr älter.

In der Defensive aber, wo jeder Fehler schwerer wiegende Konsequenzen haben kann, setzen Trainer eher auf erfahrene Kräfte denn auf jugendlichen Elan. Insofern mag es auch Verletzungen anderer Akteure wie Andreas Hanche-Olsen oder der viel zitierten Belastungssteuerung geschuldet sein, dass Potulski schon mal den Vorzug vor routinierten Positionskollegen erhält. Sicher aber entspringt es auch der Überzeugung des Trainers, dass der Junge seinen Mann steht.

Und Potulski zahlt zurück. Mit Zweikampfstärke am Boden und in der Luft, mit Hartnäckigkeit in Laufduellen, mit zunehmend besser werdendem Aufbau-spiel. Und nicht zuletzt mit der Monstrergatsche beim 2:1-Sieg in Leipzig, mit der er den allein durchgestarteten Conrad Harder im Strafraum am freien

Abschluss und dem wahrscheinlichen Ausgleich hinderte.

Die Verpflichtung des österreichischen Nationalspielers Stefan Posch am letzten Tag der Wintertransferperiode hat den polnischen Juniorennationalspieler in der Hierarchie um einen Platz nach hinten rücken lassen, in den beiden zurückliegenden Spielen setzte Fischer in der Anfangsformation auf den Neuzugang in einer Dreierkette mit Stefan Bell und Dominik Kohr. Am Freitagabend gegen den Hamburger SV aber dürfte Potulski wieder von Beginn an auflaufen, da Abwehrchef Bell wegen einer in Dortmund erlittenen Innenbandzerrung im rechten Knie für die kommenden Wochen ausfällt.

„Jeder ist ersetzbar“, sagte der Trainer in der Pressekonferenz am Donnerstag, „und das wird auch morgen der Fall sein.“ Das Fehlen eines Spielers sei ja immer auch die Chance für einen anderen, der an dessen Stelle ins Team rücke. „Aber natürlich tut es weh, weil ‚Bello‘ in den vergangenen Wochen gut unterwegs war, nicht nur offensiv, sondern auch im gegnerischen Strafraum.“

Bell ist nicht der Einzige aus der Stammmformation der vergangenen Wochen, den Fischer ersetzen muss: Kapitän Silvan Widmer muss wegen seiner fünften Gelben Karte aussetzen, seinen Platz auf der Außenbahn können Philipp Mwene oder Nikolas Veratschnig einnehmen. Erkrankt sind zudem die Nachwuchsstürmer Nelson Weiper und Fabio Moreno Fell, zwei der wenigen Spieler, die am Rosenmontag auf dem 05-Wagen bei unwirtlichem Wetter durch die Stadt gefahren sind.

Der Trainer saß derweil mit seinen Assistenten im Büro und tüftelte an der passenden Herangehensweise gegen den HSV, gegen den es in der Hinrunde nach einem desolaten Auftritt ein 0:4 setzte. Das gleiche Resultat brachten die Mainzer vor einer Woche vom BVB mit, was aber nur eine kurze Unterbrechung der zuvor dreiteiligen Siegesserie bleiben soll. Diesmal nämlich geht es nicht nur um Punkte für den Klassenerhalt, sondern auch um ein Geschenk für Urs Fischer – der am Freitag 60 Jahre alt wird.

In Europa im Halbfinale

Eintracht- Frauen treffen auf BK Häcken

FRANKFURT Im Halbfinale des UEFA Women's Europa Cup treffen die Fußballfrauen der Frankfurter Eintracht auf BK Häcken aus Schweden. Das Hinspiel findet im Stadion am Brentanobad statt, Austragungstermin ist der 24. oder 25. März. Zum Rückspiel kommt es dann am 1. oder 2. April. BK Häcken aus Göteborg ist schwedischer Meister. Im Viertelfinale besiegten die Schwedinnen Breidablik aus Island 4:1 und 7:0. Die Mannschaft spielt seit Jahrzehnten in der Damallsvenskan, der höchsten Liga im schwedischen Frauenfußball. Aktuell ist die Frankfurter Mittelfeldspielerin Pernille Sanvig nach Häcken verliehen.



Erfolgreich: Remina Chiba erzielt im Viertelfinal-Rückspiel das 1:0.
Foto dpa

Das andere Halbfinale des Wettbewerbs bestreiten Hammarby IF (Schweden) und AC Sparta Praha. Zögen die Frankfurterinnen ins Endspiel ein, würde das Finalrückspiel Anfang Mai am Main ausgetragen werden.

Nach dem 4:0-Erfolg im Viertelfinalhinspiel gegen den dänischen Vertreter FC Nordsjælland gewannen die Frankfurterinnen auch das Rückspiel 3:2. Vor gut 600 Zuschauern erzielten die Japanerin Remina Chiba (5. Minute), die Schweizerin Geraldine Reuteler (22.) und die nach der Halbzeitpause eingewechselte Australierin Hayley Raso (52.) die Treffer für die Eintracht. Trainer Niko Arnauts schonte in dem Duell viele Stammspielerinnen. Frankfurts Ziel ist es, den Titel im Europacup zu gewinnen. die.

NEUES AUS FRANKFURTS STADTTTEILEN

Anzeigen-Sonderveröffentlichung der RheinMain.Media | Freitag, 20. Februar 2026

Dr. Steffen G. Tschackert im Interview

Herr Dr. Tschackert, für wen eignet sich „Feste Zähne an nur einem Tag“ besonders?

Die SKY-fast-&-fixed-Implantationsmethode eignet sich besonders für Patienten mit größeren zahnlosen Bereichen. Leider sind die wenigen, noch vorhandenen Zähne dieser Patienten meistens in einem so katastrophalen oder schlechten Zustand, dass wir sie nicht mehr erhalten können und die Komplett-Implantation die perfekte Lösung darstellt. Der Vorteil der Methode liegt klar auf der Hand. Das ganze Prozedere dauert maximal einen Tag, wir behandeln auf Wunsch unter Vollnarkose, Patienten haben im Anschluss kaum oder gar keine Schmerzen und können die Praxis noch am gleichen Tag mit festen Zähnen verlassen. Deshalb ist diese Methode auch besonders für Angstpatienten geeignet. Sie müssen ihre Angst

nur einmal überwinden und erhalten eine ganzheitliche Lösung ohne Schmerzen an nur einem Tag.

Wie können Sie ein gutes Behandlungsergebnis sicherstellen?

Die Anamnese – also das persönliche, individuelle Gespräch – ist sehr wichtig, um bisherige Behandlungen und den eigenen Umgang mit den Zähnen sowie die psychische Verfassung des Patienten zu erfahren. Egal, welchen Behandlungsplan wir umsetzen, die richtige Pflege ist das A und O für den Erhalt des Ergebnisses. Wir empfehlen unseren Patienten deshalb dringend, ihre Prophylaxe-Termine regelmäßig wahrzunehmen.

Welche Informationen erhalten die Teilnehmer in Ihrem Webinar?

Ich gebe einen tiefen Einblick

in die Funktionsweise von SKY fast & fixed. Anhand von vielen Beispielen und Fallstudien erläutere ich alle Details der Methode. Des Weiteren gebe ich einen Einblick in die Kostenstruktur, den Ablauf einer Behandlung und lasse auch bereits behandelte Patienten zu Wort kommen.

Wie lange dauert das Webinar und ist auch Raum für Fragen der Teilnehmer?

Wir kalkulieren mit einer Stunde. Je nachdem wie viele Fragen gestellt werden, kann es auch etwas länger dauern. Wir wünschen uns Fragen, denn nur so können wir dazulernen und noch besser wissen, was Patienten beschäftigt.

Dr. Tschackert & Kollegen

Goethestraße 23
60313 Frankfurt
Telefon (0 69) 28 30 30
praxis@tschackert.com

Selfie-Point NWZ

Bis vor Kurzem stand der Selfie-Point Frankfurt auf dem Paulsplatz und war dort das Highlight für Fotomotive aus der Mainmetropole. Bis zum 7. April macht er jetzt Halt im NordWestZentrum.

Der Selfie-Point ist ein wanderndes Stadtprojekt, das durch die Stadtteile reist. Initiiert wurde das Projekt vom Dachverband der Frankfurter Gewerbevereine e.V. in Kooperation mit der Stabsstelle Stadtmarketing der Stadt. Gemeinsam setzen sie ein starkes Zeichen für die Identität, Vielfalt und Lebensfreude. Unter dem Motto „Wir alle sind FRANKFURT!“ ist es das Ziel, Menschen zusammenzubringen, Stadtteile sichtbar zu machen und neue Begegnungen zu schaffen.

Das NordWestZentrum schafft einen idealen Rahmen, um Quartiere zusammenzuführen und gemeinsame Momente festzuhalten.

ehrlich. Ich kann diese Praxis nur weiterempfehlen, nicht nur aufgrund des freundlichen Personals, sondern weil man sich vom ersten Moment an gut aufgehoben fühlt.“

Sebastian K. strahlt inzwischen mit seinen neuen, festen Zähnen im Oberkiefer über das ganze Gesicht und freut sich über „die beste Entscheidung seines Lebens“. Wie genau das SKY-fast-&-fixed-Implantatsystem funktioniert, erläutert Dr. Steffen Tschackert in seinem Webinar.

Den Termin für das nächste Webinar finden Interessierte unter www.tschackert.com/fast-fixed.

Wer sich in der Zwischenzeit noch ausführlicher informieren möchte: www.tschackert.com

Kostenfreie Entsorgung zur richtigen Zeit

FES sammelt Grünschnitt aus Frankfurter Stadtteilen ein

Der Frühling kündigt sich mit dem Knospen von Bäumen, Sträuchern und Gartenpflanzen an. Ein Rückschnitt darf allerdings nur noch bis zum 28. Februar erfolgen, da ab März viele Vögel nisten und Insekten, Kleinsäuger und Reptilien wieder vermehrt auftauchen. Zum Schutz der Tierwelt dürfen bis zum 30. September nur noch weniger eingreifende Form- und Pflegeschnitte vorgenommen werden. Grundstückseigentümern obliegt es auch, auf öffentliche

Straßen und Plätzen überhängende Bewachsung bis Ende Februar ordnungsgemäß zurückzuschneiden. Damit wird einer möglichen Unfallgefahr und anderen Schäden vorgebeugt, auch gibt ein Schnitt vielen Pflanzen einen neuen Wachstumskick. Der Grünschnitt wird durch die Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH (FES) zeitnah und kostenfrei abgeholt. In den kommenden Wochen sind für alle Frankfurter Stadtteile entsprechende Abholtermine ge-

plant: fes-frankfurt.de/services/gruenschmittentsorgung-frei-haus.

Umweltfreundlicher Kreislauf

Sperrige und nicht zur Selbstkompostierung geeignete Grünabfälle werden damit zu 100 Prozent einem natürlichen Ab- und Umbau zu hochwertigem Kompost zugeführt. Frankfurter Gartenbesitzern wird der Weg zum Wertstoffhof erspart – nicht zu vergessen die Einsparung des CO₂-Ausstoßes.

Das zur Abholung Bereitgestellte darf drei Kubikmeter und einen Meter Länge nicht überschreiten. Gegebenenfalls kann mit Naturkordel (kein Draht) geschnürt oder die Abholung in kompostierbaren Säcken vorbereitet werden. Rasenschnitt wird nicht abgeholt, Äste nur bis zu einer Dicke von zehn Zentimetern. Das Schnittgut soll frühestens ab 15.30 Uhr des Vortags oder bis 6 Uhr am Abholtag gut sichtbar an der Grundstücksgrenze bereitgestellt werden.

Grauer Star: Wenn Licht an Brillanz verliert

Moderne Kataraktmedizin – Infoabend im ARTEMIS Augenzentrum

Wenn die Welt unschärfer wird, Farben verblasen und Licht stärker blendet, steckt oft der Graue Star dahinter. Dabei trübt sich die Augenlinse nach und nach ein – schmerzfrei und meist unbemerkt, bis die Sicht deutlich schlechter wird. Fast alle Menschen entwickeln ab etwa 60 Jahren einen Grauen Star. Diabetes, langjährige Kortisontherapie, starke UV-Strahlung oder frühere Augenverletzungen können den Prozess beschleunigen.

Eine medikamentöse Behandlung gibt es bisher nicht. Die wirksame Therapie ist der Austausch der getrübbten Linse durch eine Kunstlinse. Der Eingriff erfolgt ambulant, unter örtlicher Tropfbetäubung ohne Einsatz von Spritzen und ist dank moderner Technik sicher, schnell und kaum spürbar. Viele bemerken bereits kurz nach

der Operation eine deutliche Verbesserung ihres Sehens. Neben Standardlinsen stehen Premiumlinsen zur Wahl, die oft mehr Unabhängigkeit von der Brille ermöglichen. Die passenden Linsen werden in der ARTEMIS Augenklinik Dillenburg nach gründlicher Untersuchung und persönlichen Sehgewohnheiten ausgewählt. EDOF-Linsen erweitern den Schärfbereich und bieten ein natürliches, kontrastreiches Sehen. Multifokallinsen ermöglichen gutes Sehen in Nähe, Ferne und Zwischenentfernungen – in der Regel ganz ohne Brille. Alle modernen Kunstlinsen schützen die Netzhaut durch integrierten UV-Schutz. Das ARTEMIS Augenzentrum Frankfurt bietet regelmäßig kostenfreie Infoabende an – verständlich erklärt und ohne Vorwissen.



Mitnehmen, für mehr Grün in Zukunft.

Sonderaktion Grünschnitt

KOSTENFREI

- Sammlung von Grünschnitt ohne Anmeldung (allerdings nur am betreffenden Tag)
- bis max. 3 m³ in Bündeln (max. 1 m lang, ggf. mit Naturkordel geschnürt, kein Draht) oder in kompostierbaren Säcken (Papier)
- kein Rasenschnitt, Äste bis max. 10 cm Dicke
- am betreffenden Tag bis 6.00 Uhr bereitstellen (frühestens 15.30 Uhr des Vortags)
- nahe der Grundstücksgrenze bereitstellen, ohne zu behindern

Termine für Ihre Abholung

fes-frankfurt.de/services/gruenschmittentsorgung-frei-haus



fes-frankfurt.de

Die Rhein-Main-Macher

„SKY fast & fixed – die beste Entscheidung meines Lebens!“

Feste Zähne an nur einem Tag – Dr. Tschackert macht es möglich



Vertrauen zum Zahnarzt ist ein sehr wichtiges Kriterium, wenn es um die eigenen Zähne geht. Die meisten Menschen wissen nur wenig über die vielfältigen Behandlungsmöglichkeiten eines Zahnarztes. Deshalb ist es umso wichtiger, dass vom ersten Moment an Vertrauen vorhanden ist. Patienten müssen sich gut beraten und informiert fühlen, um auf dieser Basis ihre Entscheidung

Patient Sebastian K.
DR. TSCHACKERT & KOLLEGEN

Ortsübliche Bekanntmachung



Ankündigung von Kartierungsarbeiten und Trassenbefahrungen

für den Neubau der 380-kV-Höchstspannungsleitung Ober-Erlenbach –
Bommersheim – Frankfurt Nord2 und dem Rückbau von Teilabschnitten der
380-kV-Höchstspannungsleitung Karben – Frankfurt Südwest

Voraussichtlich vom 9. März 2026 bis zum 26. Februar 2027

Projektbeschreibung

Um die Rhein-Main-Region zukunftssicher mit elektrischer Energie versorgen zu können, muss das Stromnetz auf Höchstspannungsebene ausgebaut werden. Zu den geplanten Ausbaumaßnahmen zählt auch der Neubau der 380-kV-Höchstspannungsleitung Bommersheim – Ober-Erlenbach – Frankfurt Nord2 und der Rückbau von Teilabschnitten der 380-kV-Höchstspannungsleitung Karben – Frankfurt Südwest. Die Maßnahme ist Teil eines größeren Projektes, welches sich bis in den Frankfurter Norden erstreckt und in den nächsten Jahren verwirklicht werden soll. Das Vorhaben ist in der Maßnahme P486 unter M837 und M837a sowohl im Netzentwicklungsplan Strom 2023 (2037/2045) als auch im 1. Entwurf zum Netzentwicklungsplan Strom 2025 (2037/2045) aufgeführt.

Die hier bekanntgemachten Vorarbeiten betreffen die Kommunen Eschborn, Frankfurt am Main, Steinbach (Taunus), Oberursel (Taunus), Bad Homburg v.d.H., Friedrichsdorf, Rosbach v.d.H., Karben, Bad Vilbel, Niederdorfelden und Maintal.

Vorhabensträgerin und Verfahrensstand

Die TenneT TSO GmbH (TenneT) bereitet als zuständige Vorhabens-trägerin für diesen etwa 20 km langen Leitungsbauabschnitt das entsprechende Genehmigungsverfahren vor, das sogenannte Planfest-stellungsverfahren. Als Grundlage für die Planung und um später einen zügigen Bauverlauf zu gewährleisten, müssen notwendige Vorarbeiten durchgeführt werden. Hierzu gehören Kartierungsarbeiten und Trassenerkundungen (Befahrung/Besichtigung).

Trassenerkundung,-befahrung und -besichtigung

Das beauftragte Trassierungsbüro Omexom Hochspannung GmbH wird erste Befahrungen und Begehungen im Untersuchungsraum durchführen. Ziel hiervon ist es, geografische Merkmale wie Steigungen, Neigungen und Hindernisse sowie Vegetation zu erheben. Außerdem werden die Informationen zu Straßenbreiten und -höhen, Verkehrsbeschränkungen, Beschilderungen, Straßenzuständen und Absperrungen etc. erfassen. Dabei werden befestigte Wege und Flächen als Zuwegung mit einem PKW befahren, während unbefestigte Flächen zu Fuß begangen werden. In beiden Fällen kann es sich hierbei um öffentliche wie auch private Wege handeln. Die Ergebnisse werden mit Fotos, Videos sowie Notizen dokumentiert. Die Fotos dienen ausschließlich der anschließenden Auswertung im Rahmen der Vorarbeiten zu dem hier genannten Vorhaben und werden weder an Dritte weitergeleitet noch zugänglich gemacht.

Inhalte der Kartierungsarbeiten

TenneT führt im Rahmen des Genehmigungsverfahrens die Kartierungen als Vorarbeiten durch. Hierzu wurde von TenneT die ERM GmbH beauftragt. Durch die Kartierungen werden Landschafts- und Artengruppen in einem definierten Gebiet auf sogenannten Datenkarten erfasst, so dass die Lebensräume hinsichtlich ihrer Bedeutung für den Naturhaushalt und Artenschutz bewertet werden können. Dies bedingt die konkrete Überprüfung auf den vom Untersuchungsraum betroffenen Grundstücken. Um ein landschaftsökologisches Gesamtbild zu erhalten, werden eine Reihe von Methoden eingesetzt, die im beigefügten Dokument näher beschrieben werden und der Darstellung, Sammlung und Auswertung von raumbezogenen Daten dienen.

Projekt- und Zeitraum der Trassenerkundung, -befahrung und -besichtigung

Die Trassenbefahrungen finden ganzjährig vom 13. März 2026 bis zum 26. Februar 2027 statt. Sie dienen der Vorhabensträgerin dazu, sich intensiv mit dem Planungsraum und den örtlichen Gegebenheiten vertraut zu machen sowie die Ergebnisse der einzelnen Planungsschritte direkt vor Ort abzugleichen. Die Erkenntnisse aus den Befahrungen bilden eine wichtige und belastbare planerische Grundlage für das Wege- und Transportkonzept.

Projekt- und Zeitraum der Kartierungen

den Lebenszyklen der Flora und Fauna und hängt auch von äußeren Umständen wie der Witterung ab. Die vorgenannten Lebenszyklen sind daher je nach Art unterschiedlich. In aller Regel betragen diese bis zu 8 Monaten. Die Kartierungsarbeiten werden daher im Monat

März 2026 begonnen und erst zu Ende Januar 2027 enden. Die Arbeiten finden überwiegend werktags in der Zeit von 8:00 bis 18:00 Uhr statt. Arten- und witterungsabhängig kann es dabei zu Abweichungen kommen. Es können auch Arbeiten am Abend und während der Nacht sowie an den Wochenenden durchgeführt werden.

Nicht alle Flurstücke innerhalb des Untersuchungsraums werden von jeder Kartierungsmethode betroffen sein. Vielmehr finden auf den einzelnen Flurstücken für den dort speziell vorgefundenen Lebens- und Naturraum angepasste Kartierungen statt. Für die Kartierungen müssen nicht nur private und öffentliche Wege begangen und befahren, sondern auch landwirtschaftliche Flächen zu Fuß betreten werden. Der zeitliche Umfang der einzelnen Kartierungen ist artspezifisch und dauert zwischen 15 Minuten und mehreren Stunden am Tag und in der Nacht. Teilweise müssen die Kartierungen wiederholt werden. Art und Umfang der Kartierungsarbeiten sind im beigefügten Dokument näher beschrieben. Die dort beschriebenen Kartierungen können jeweils in zeitlichem Abstand zueinander stattfinden. Das heißt: Es ist möglich, dass auf einzelnen Flurstücken im Untersuchungsraum nur ein Teil dieser Kartierungen durchgeführt oder dass die Grundstücke mehrfach oder gar nicht betreten werden müssen.

Informationen darüber, welche Flurstücke im Untersuchungsraum betroffen sind, finden sich in den Flurstücksübersichten, die ab März auf der TenneT-Projekthomepage in der Rubrik „Bekanntmachungen“ einsehbar sind.

www.tennet.eu/mainnetzausbau

Beauftragte Firmen und Umsetzung

Die Trassenerkundungen (Befahrungen und Besichtigungen) werden von der Omexom Hochspannung GmbH (Schulstraße 124 | 29664 Walsrode) im Auftrag der TenneT TSO GmbH durchgeführt. Mit den Kartierungsarbeiten hat TenneT das Unternehmen ERM GmbH (Brüsseler Str. 1-3 | 60327 Frankfurt a.M.) mit dem beteiligten Büro BFF – Linden (Rehweide 13 | 35440 Linden) beauftragt.

Rechtliche Grundlage und Entschädigung

Das Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) regelt die Berechtigung zur Durchführung der Vorarbeiten. Nach § 44 Abs. 1 EnWG sind Eigentümer oder Nutzungsberechtigte der betroffenen Grundstücke verpflichtet, die zur Vorbereitung der Planung des Vorhabens notwendigen Vermessungen, Boden- und Grundwasseruntersuchungen sowie sonstige Vorarbeiten durch den Träger des Vorhabens oder von ihm Beauftragte zu dulden. Flurschäden können bei den Begehungen nicht entstehen. Es werden keine Maschinen eingesetzt; es handelt sich um Begehungen zu Fuß oder Befahrungen öffentlicher, privater und landwirtschaftliche Wege mit regulären Pkw. Sollte es dennoch zu Schäden kommen, werden diese durch TenneT beseitigt bzw. in voller Höhe entschädigt. Wir bitten daher um Benachrichtigung.

Näheres zu dem Projekt
finden Sie unter:

www.tennet.eu/mainnetzausbau



Bei Fragen sind wir für Sie da!

Bitte wenden Sie sich an unsere Referentin für
Projektkommunikation und Bürgerbeteiligung:

Anne Klingenburg

Tel.: + 49 (0)921 50740-6240

E-Mail: anne.klingenburg@tennet.eu

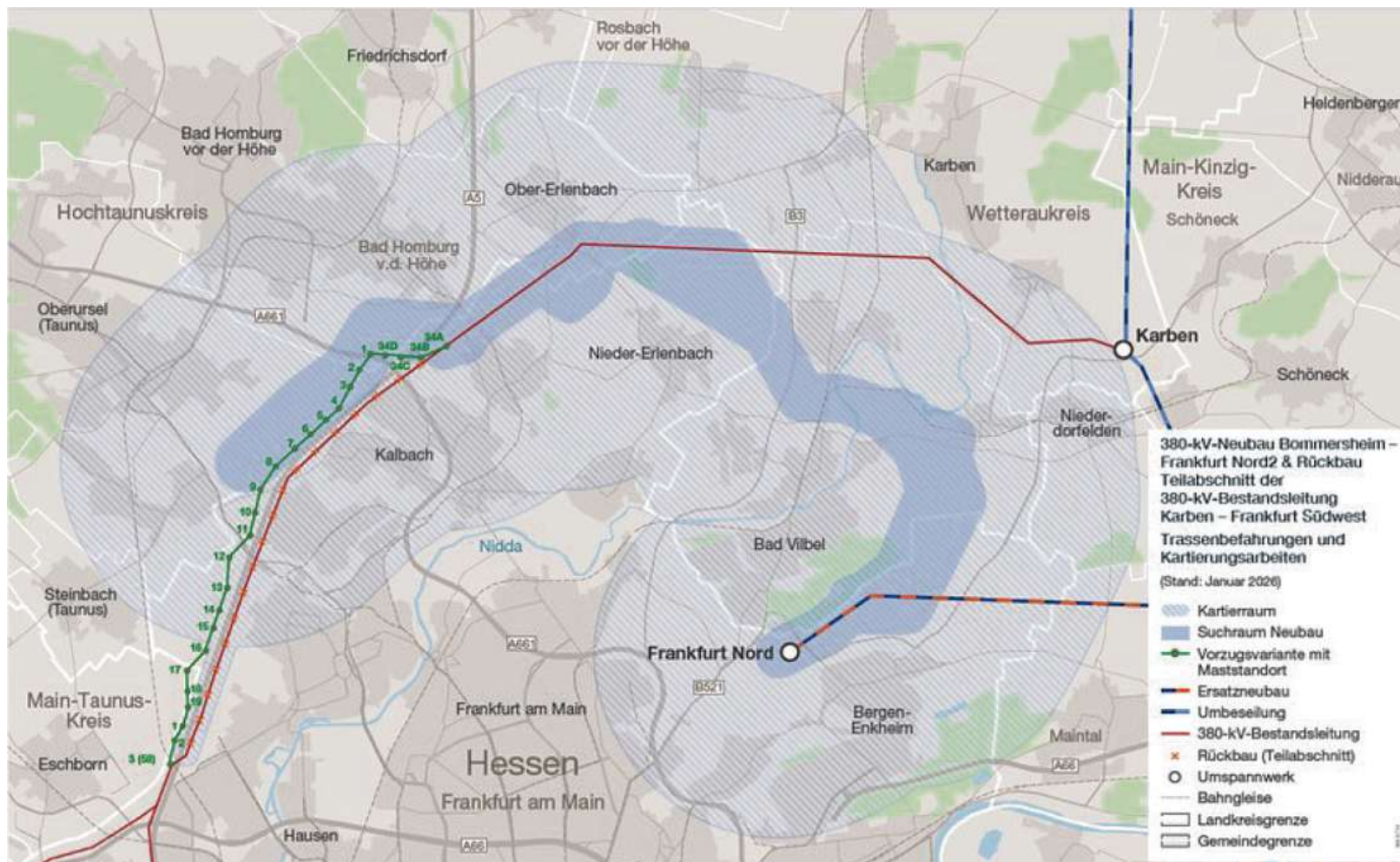
Ortsübliche Bekanntmachung

Ankündigung von Kartierungsarbeiten und Trassenbefahrungen

für den Neubau der 380-kV-Höchstspannungsleitung Ober-Erlenbach –
Bommersheim – Frankfurt Nord2 und dem Rückbau von Teilabschnitten der
380-kV-Höchstspannungsleitung Karben – Frankfurt Südwest

Voraussichtlich vom 9. März 2026 bis zum 26. Februar 2027

Karte Projektraum



Mögliche Arbeiten im Projektraum

Verhören, Sichtbeobachtungen, Begehungen

Eine Fläche wird visuell oder akustisch erfasst, um z.B. das Vorkommen bestimmter Vogelarten oder den Biotop- und Nutzungstyp sowie einzelne Pflanzenarten festzustellen. Flächen werden zu Fuß begangen oder die Erfassung erfolgt von Wegen aus. Für die Erfassung kann auch ein Fernglas oder, bei singenden Heuschrecken, ein Ultraschalldetektor eingesetzt werden. Im Bereich von Amphibiengewässern finden die Maßnahmen auch nachts statt.

Baumhöhlenkartierung und Horstsuche

Zu den Maßnahmen gehört eine Baumhöhlenkartierung. Diese ist erforderlich, um in Wald und Gehölzen (z. B. Feldgehölze) Höhlenbäume und Horste von Großvögeln zu identifizieren und sie zu erhalten. Bei Baumhöhlenkartierungen wird die Fläche des Projekttraums systematisch abgesprochen und dabei jeder einzelne Baum nach Höhlen, Spalten oder ausgefallenen Astabbrüchen visuell abgesucht. Bei der Horstsuche kann ein größerer Bereich von einem Punkt aus nach Großnestern und Horsten abgesucht werden. In der Regel müssen dazu Wege nicht verlassen und private Grundstücke nicht betreten werden.

Klangattrappe

Die Klangattrappe ist eine Methode zur Überprüfung der Anwesenheit und zum Erstnachweis des Uhus. Ein Lautsprecher wird an geeigneten Orten platziert, um den männlichen Balzruf abzuspielen. Bei einer positiven Reaktion wird der Klang sofort abgebrochen. Potenzielle Nistplätze werden tagsüber optisch kontrolliert. In der Regel müssen dazu (öffentliche/ private) Wege nicht verlassen und private Grundstücke nicht betreten werden.

Handfänge und Kescherfänge

Hand- und Kescherfänge können zum Nachweis oder zur Bestimmung von Amphibien, Reptilien, Heuschrecken und Libellen an allen Gewässern sowie deren direktem Umfeld durchgeführt werden. Die Fläche wird dabei begangen.

Ausbringen von Wasserfallen (Reusenfallen)

Wasserfallen dienen an Gewässern der Erfassung von Amphibienarten. Dabei werden nachts drei bis fünf Reusengruppen mit jeweils drei Wasserfallen pro Gewässer ausgebracht. Nach dem Nachtfang werden die Reusen am folgenden Morgen umgehend untersucht.

Ausbringen von Haselmaus-Niströhren/Nistkästen

Das Ausbringen von Niströhren erfolgt in Wäldern und Gehölzen, um das Vorkommen von Haselmaus und Baumschläfer zu klären. Dabei werden die in Frage kommenden Flächen zu Fuß begangen, um möglichst geschützte und störungsarme Standorte zu finden. Dort werden kleine Kästen und Plastikröhren in Büschen und Bäumen befestigt, in denen die Haselmäuse oder Baumschläfer ihre Nester bauen können.

Horchboxen und Telemetrie von Fledermäusen

Das Vorgehen dient zum Nachweis von Fledermäusen und zur Identifikation von Wochenstuben. Dabei werden in geeigneten Lebensräumen Horchboxen aufgestellt, die automatisch Ultraschalllaute aufzeichnen. Mit diesen können Fledermausarten identifiziert werden. Kommen Fledermausarten vor, die ihre Wochenstuben in Baumhöhlen haben können, werden an geeigneten Standorten an einzelnen Abenden unter fortwährender Kontrolle Netzfänge durchgeführt. Gefangene Fledermäuse werden identifiziert und ggf. besendert, um am nächsten Tag mittels Telemetrie ihre Wochenstuben zu identifizieren.

Ausbringen von Schalbrettern

Schalbretter dienen als künstliche Verstecke zur Erfassung von Kreuz- und Wechselkröten. Sie werden vor Beginn der Laichsaison im Umfeld temporärer und potenzieller Gewässer ausgelegt. Die Fläche wird dabei ebenfalls zu Fuß begangen.

Ausbringen von künstlichen Verstecken

Künstliche Verstecke aus Schaltafeln, Profilblechen, Bitumenwellpappen, Dachziegeln oder Teichfolien werden an besetzten Positionen im Gelände ausgebracht und gesichert. Die Verstecke werden regelmäßig im Rahmen von Transekt-Begehungen kontrolliert, um darin gefundene Reptilien zu dokumentieren. Die Fläche wird begangen.

Einsatz von Hydrophonen

Zur Erfassung der Knoblauchkröte wird ein Hydrophon im Gewässer ausgebracht, das den Frequenzbereich der Kröte erfasst. Das Hydrophon wird mindestens drei Tage lang an der gleichen Position belassen. Das Hydrophon ist mit einem Aufnahmegerät verbunden, um die Rufe aufzunehmen und mit Referenzrufen sonographisch zu analysieren, um den Artnachweis zu erbringen.

Einsatz von Amphibienfangzaun und Fangeimern

Das Ausbringen von Amphibienfangzäunen erfolgt, um wandernde Amphibien zu erfassen. Der Zaun wird so platziert, dass die Tiere in Fangeimer gelangen, die in regelmäßigen Abständen entlang des Zauns eingegraben sind. Die Flächen werden zu Fuß begangen, um die Eimer regelmäßig zu kontrollieren und die darin gefangenen Tiere zu dokumentieren.

Strukturerfassung für xylobionte Käfer

Hierbei werden gezielt Strukturen wie Totholz und Mulmhöhlen an Bäumen erfasst, die Lebensraum für holzbewohnende Käferarten bieten. Die Begehung erfolgt idealerweise in der laubfreien Zeit, um die Strukturen leichter zu identifizieren. Geeignete Bäume werden markiert, verortet und anschließend einer Detailuntersuchung unterzogen, um vorkommende Käferarten zu bestimmen.

Tea Time im Kloster

154 Konzerte: Rheingau Musik Festival

OESTRICH-WINKEL Von den 154 Konzerten, die das Rheingau Musik Festival vom 20. Juni bis 5. September an 26 Spielstätten des Rheingaus und benachbarter Regionen bietet, sind allein 50 dem Länderschwerpunkt „United Kingdom“ gewidmet. Schon das erste Wochenende steht im Zeichen des Vereinten Königreichs: Das hr-Sinfonieorchester spielt in den Eröffnungskonzerten in der Basilika von Kloster Eberbach und im Wiesbadener Kurhaus als Hauptwerk jeweils die „Enigma Variations“ des britischen Komponisten Edward Elgar. Dazwischen stellen sich zwei Residenzkünstler mit Solokonzerten vor: die französische Trompeterin Lucienne Renaudin Vary und der japanische Pianist Hayato Sumino, der als Social-Media-Star Cateen bekannt ist.

Vary gestaltet vier weitere Festivalkonzerte, begleitet von einem Akkordeonisten, Pianisten und Organisten sowie einem Kammerorchester. Sumino ist sogar sechs weitere Male beim Festival zu erleben, etwa mit der Kammerphilharmonie Bremen, dem Tonhalle-Orchester Zürich und der Academy of St Martin in the Fields. Das in London ansässige Orchester ist selbst als „Orchestra in Residence“ engagiert und leistet so Beiträge zum Länderschwerpunkt. Unter anderem wird es dazu erstmals in seiner Geschichte mit dem ebenfalls in London beheimateten Tenebrae Choir auftreten.

Auf ein weiteres britisches Vokalensemble richtet das Festival einen Fokus: Das Oktett Voces8 arbeitet in Eberbach unter anderem mit dem Kammerchor und der Cappella Academica der Frankfurter Musikhochschule zusammen, um Werke von Purcell und Britten aufzuführen. Für Vokalkunst aus dem Vereinigten Königreich stehen beispielhaft The King's Singers, The Choir of the King's Consort und der Tenor Ian Bostridge. Sehr britisch erscheint die Idee einer Reihe von „Tea-Time-Konzerten“, die immer um 17 Uhr in Kloster Eberbach beginnen und meist im Hospitalkeller Kammermusik bieten.

Hauptspielort für Kammermusik ist sonst wieder der Fürst-von-Metternich-Saal von Schloss Johannisberg. Dort sind etwa das Klavierduo Lucas und Arthur Jussen sowie die Violinistinnen Bomsori Kim und María Dueñas zu Gast. Auf die 23 Jahre alte Spanierin richtet sich ebenfalls ein Fokus. So ist sie unter anderem als Solistin im Konzert mit den Bamberger Symphonikern zu hören. Weitere angesehene Orchester sind mit dem Mahler Chamber Orchestra und dem West-Eastern Divan Orchestra unter der Leitung seines Gründers Daniel Barenboim eingeladen.

Neben der Klassik bietet das Festival wieder ein umfangreiches Angebot für Kinder und Familien, Feste, Kulinarisches und Open-Air-Konzerte vieler Genres. Als Jazzmusiker wird der schwedische Posaunist Nils Landgren zu seinem 70. Geburtstag besonders mit vier Konzerten gewürdigt, eines davon mit der Neuen Philharmonie Frankfurt.

Erwartet werden bis zu 130.000 Besuchern. Von diesem Gesamtkontingent an Karten seien schon 40.000 verkauft, sagte Marsilius Graf von Ingelheim, der neben dem Gründerintendanten Michael Herrmann das Festival als Geschäftsführer mitverantwortet. Das sei ein neuer Rekord im Vorverkauf. Dazu tragen die 4670 Mitglieder des Festival-Fördervereins erheblich bei, da sie ein Vorkaufsrecht genießen. Rund 100 Unternehmen unterstützen das Festival, das sich bei einem Etat von acht Millionen Euro je zur Hälfte aus Sponsoren- und Eintrittsgeldern finanziert.



Der erste richtige Filmstar: Asta Nielsen (1881 bis 1972) in „Der fremde Vogel“ (1911, restauriert 2025)

Foto Deutsche Kinemathek/Masha Matzke

Hollywood kommt aus Frankfurt: Asta-Nielsen-Matinee

Kommen die Filmstars aus Hollywood? Nicht ganz. Denn das Studiosystem der Amerikaner, das dort erst deutlich nach dem Ersten Weltkrieg Kontur gewann, hat schon viel früher anderswo begonnen: in Frankfurt. Und das schon 1911. Asta Nielsen (1881 bis 1972) hieß der erste Weltstar des Kinos. Im Mai 1911 hatte die dänische Schauspielerin im Frankfurter

Büro der Projections Actien-Gesellschaft „Union“ in der Kaiserstraße 64 einen Exklusivvertrag unterschrieben, der das Kino umkrepelte: weg von den Kurzfilmen, hin zum Langfilm, mit einer Strategie, die Plakate, Anzeigen, Abspielbedingungen systematisch festlegte. Insgesamt 23 Nielsen-Filme in drei Produktionsserien sind so entstanden. Nur fünf der acht

Filme der ersten Serie sind erhalten. Einer, „Der fremde Vogel“ wird am 22. Februar um 12 Uhr in einer Matinee im Deutschen Filminstitut und Filmmuseum (DFF), begleitet am Klavier von Uwe Oberg, gezeigt. Aus gutem Grund: Wäre im Textarchiv des DFF nicht die „Spezialnummer der Asta-Nielsen-Zeitung“ vom 11. November 1911, dem Kinostart von

„Der fremde Vogel“, entdeckt worden, wäre nicht eine ganze Kaskade neuer Forschung entstanden. Friederike Grimm erläutert in der Matinee, was es damit auf sich hat. Dann läuft „Der fremde Vogel“ in einer frisch digital restaurierten Fassung, die von der Restauratorin Masha Matzke an der Deutschen Kinemathek Berlin verantwortet wurde. emm.

Eine Ausstellung wie ein Theater

DARMSTADT Ingrid Honneth hat viele Jahre auch als Bühnenbildnerin gearbeitet. Deshalb verliert man sich in ihrer Ausstellung im Kunstarchiv wie in einem begehbaren Stück.

Von Christoph Schütte



Surreal: Ingrid Honneth, Memento naturalis (2026).

Foto Christoph Rau

Schließlich arbeitet sie seit jeher mit dem Raum. Weshalb sich so manche ihrer im Kunstarchiv neu inszenierten Werke der vergangenen 20 Jahre ausnehmen wie Bühnenbilder. Und tatsächlich fühlt man sich angesichts der im Kern banalen, zu gewaltigen Dimensionen aufgeblasenen Alltagsdinge, angesichts von manns-hohen Scheren, Schlüsseln, Spaten, von Schmeißfliegen und Maden, einem Löwenzahn, der sich trotzig in der Wüstenei behauptet, und noch so allerlei, beinahe wie im Traum. Und man muss nicht gleich an Sigmund Freud und an die Psychoanalyse denken, um all die Schrauben und Muttern ihres Werks vor allem als bedrohlich oder wenigstens als etwas gruselig zu empfinden.

Dabei sind Honneths Plastiken formal und gelegentlich auch motivisch der Pop-Art nah, namentlich all den riesigen Wäscheklammern, Spitzhacken und Streichhölzern, den Eistüten, Spiegeleiern und Lippenstiften etwa Claes Oldenburgs ungleich näher als dem Surrealismus. Ihre Mittel freilich und ihre bevorzugten Materialien – Styropor und Pappmaché, Stoff, Papier, ein wenig Draht vielleicht und lässig aufgetragene Farbe – sind die der Arte Povera, der Bühne, des Theaters. Das Stück, das hier gespielt wird, möchte man mehr als alles andere romantisch nennen. Es ist ein Schauermärchen, ganz wie es im Buche steht, wenn sich die Szene, geht das Licht aus, wundersam belebt und die Dinge bald schon machen, was sie wollen. Und der Betrachter ahnt: Von nun an ist er nicht mehr Herr im eigenen Haus.

DIE VERLASSENE BÜHNE, Kunstarchiv Darmstadt, Kasinostraße 3, bis 24. April.

Galerien in Frankfurt und Rhein-Main

Frankfurt

Anita Beckers Braubachstraße 9 ☎ Di–Fr 11–18, Sa 12–17 ☎ 92 10 19 72 ► **Jan Schmidt**, bis 7.3.

Arte Giani Taunusanlage 18 ☎ Mo 12–18, Di–Fr 10–18 ☎ 97 58 37 88 ► **Peter Schlör**, *Whispers*, bis 13.3.

Ausstellungsraum Eulengasse Seckbacher Landstraße 16 ☎ Do 17–21, Fr 15–18, So 15–19 ☎ 56 00 59 10 ► *Conspiracy Theory, Video-Serie von Václav Cimbora de Sena*, bis 1.3.

Christel Wagner Galerie Fahrgasse 22 ☎ Mi–Fr 13–18, Sa 11–15 ☎ 21 99 69 32 ► **20 Jahre Christel Wagner Galerie, Part 3**, bis 7.3.

Filiale Stiftstraße 14 ☎ Di–Fr 14–18, Sa 11–15 ☎ 29 92 46 70 ► **Sebastian Volz**, *Nevertheless*, bis 7.3.

Frankfurter Westend Galerie Arndtstraße 12 ☎ Di–Fr 9–13, Do 14–18 ☎ 74 67 52 ► *Resonanzen, Künstlerinnen und Künstler der Galerie*, bis 13.3.

Galerie Barbara von Stechow Feldbergstraße 28 ☎ Mi–Fr 12–19, Sa 11–16 ☎ 72 22 44 ► **Isa Dahl und Bruno Feger**, bis 5.3.

Galerie Bärbel Grässlin Schäfergasse 46B ☎ Di–Fr 10–18, Sa 10–14 ☎ 29 92 46 70 ► **Andreas Slominski**, bis 14.3.

Galerie Drei König Oppenheimer Straße 20–24 ☎ Di/Do/Fr 15–19 ► *Surreal meets Abstrakt, Salvador Dali und Angela Preijs*, bis 3.3.

Galerie Hanna Bekker vom Rath Braubachstraße 12 ☎ Di–Fr 12–18, Sa 12–15 ☎ 28 10 85 ► **Peter Engel**, bis 26.2.

Galerie Heike StreLOW Lange Straße 31 ☎ Mo/Mi/Fr 14–18, Sa 12–15 ☎ 48 00 54 40 ► **Eric Mangen**, *Forever Wild Child*, bis 11.4.

Galerie Hübner + Hübner Grüneburgweg 71 ☎ Di–Fr 14–19, Sa 10–14 ☎ 72 12 81 ► **Dela Quarshi**, bis 27.2. ► **Gunilla Jähnichen**, bis 27.2.

Galerie Kai Middendorff Niddastraße 84 ☎ Mi–Fr 14–18.30, Sa 11.30–17 ☎ 74 30 90 35 ► **Ekmek Yalcindag, Tondi**, bis 21.2.

Galerie Leuenroth Fahrgasse 15 ☎ Do/Fr 13–18, Sa 12–16 ☎ 01 75 / 5 61 76 54 ► **Artemisia, Isabelle Dutoit / Yvette Kießling / Tanja Selzer**, bis 7.3.

Galerie Maurer Fahrgasse 5 ☎ Mi–Fr 13–18, Sa 12–16 ☎ 90 02 56 40 ► **Jan Davidoff**, *Layers of the Real*, bis 28.3.

Galerie Mühlfeld + Stohrer Fahrgasse 27 ☎ Mi–Fr 13–18.30, Sa 11–16 ☎ 96 23 09 62 ► **Lukas Frese**, *Habitat*, bis 7.3.

Galerie Peter Sillem Dreieichstraße 2 ☎ Mi/Fr 10–16, Do 10–18, Sa 14–16 ☎ 61 99 55 50 ► **Laura J. Padgett**, bis 14.3.

Goldstein Galerie Schweizer Straße 84 ☎ Do–Sa 14–18 ► **Markus Schmitz**, *Auftönen und Peppen*, bis 7.3.

Japan Art Galerie Friedrich Müller Braubachstraße 9 ☎ Di–Fr 10–13 und 14–18, Sa 10–14 ☎ 28 28 39 ► **Malerei**, *Bambus, Tuschebilder und Bambuskörbe*, bis 14.3.

KunstRaum Bernusstraße Bernusstraße 18 ☎ Do/Fr 14.30–18.30, Sa 11–14 ☎ 97 78 36 56 ► **Margarete Zahn**, *Materialschnitte 2005–2025*, bis 20.2. ► **Ursula Edelmann 100**, eine fotografische Retrospektive, bis 30.3.

Synnika Niddastraße 57 ☎ Fr 15–19 ☎ 01 56 / 78 39 39 73 ► **Oliver Hardt**, *Internal Review*, bis 10.4.

Wolfstaedter Rotlintstraße 98 ☎ Mi–Fr 14–18, Sa 13–16 ☎ 01 63 / 6 32 98 17 ► **Dina Rautenberg und Hans Jürgen Diez**, bis 14.3.

Darmstadt

Galerie Netuschil Schleiermacherstraße 8 ☎ Do/Fr 14.30–19, Sa 10–14 ☎ 0 61 51 / 2 49 39 ► **Gerd Winter und Matthias Will**, *Der Leichtigkeit Form geben, Malerei und Skulptur*, bis 21.3. ► **Vortrag**: Gerd Winter und Matthias Will, Gespräch und Führung ☎ Fr 19

Künstlerhaus Ziegelhütte Kranichsteiner Straße 110 ☎ Fr–So 15–18 ☎ 0 61 51 / 9 67 67 10 ► **In Between**, von Renate Kletzka, bis 28.2.

Raum für Kunst Ludwigstraße 16 ☎ Do/Fr 16–19, Sa 12–15 ► **Jörg Bussmann**, *Vogelflüge*, bis 21.3.

Friedberg

Galerie & Edition Hoffmann Görbelheimer Mühle ☎ Mi–Fr 11–18, Sa 11–16 ☎ 0 60 31 / 24 42 ► **Einblicke, Positionen der konkreten und konstruktiven Kunst II**, bis 1.3.

Hochheim

DavisKlemmGallery Projektraum Kirchstraße 4 ☎ durchgehend geöffnet ☎ 0 61 34 / 2 86 97 30 ► **Projekt #22: malatsion**, bis 22.2.

Neu-Isenburg

StadtGalerie im Bürgeramt Schulgasse 1 ☎ Mo–Fr 7–18, Sa 9–12 ☎ 0 61 02 / 74 74 15 ► **Klaus Münchschwander** – *Buchstabenbilder und Plakate*, bis 27.2.

Offenbach

Sight Galerie und Kunstberatung Schillstraße 2 ☎ Di–Fr 16–19 ☎ 01 57 / 83 02 66 58 ► **Artist Positions 25**, bis 27.2.

Seligenstadt

Galerie Kunstforum/Altes Haus Frankfurter Straße 13 ☎ Fr–So 15–18 ☎ 0 61 82 / 92 44 51 ► **Perspektiven der Fotografie**, bis 15.3.

Wetzlar

Galerie am Dom Krämerstraße 1 ☎ Di–Fr 13–18, Sa 10–14 ☎ 0 64 41 / 4 64 73 ► **Accrochage**, bis 30.6.

Wiesbaden

Kleinschmidt Fine Photographs Steubenstraße 17 ☎ Mi–Fr 14–18 ☎ 06 11 / 5 99 07 01 ► **Rediscovery Jan Wenzel**, *Die Allegorie im Sternzeichen*, bis 6.3.

Rubrecht Contemporary Büdingenstraße 4–6 ☎ Mi–Fr 14–18 ☎ 06 11 / 2 05 21 15 ► **Ewald Janz**, *Kosmos*, bis 28.3.

Tüll & Spitze Unter den Eichen 7 ☎ Mo–Fr 8–18, Sa 8–13 ► **Elisabeth Springer-Heinze und Roland Meyer-Petzold**, *Rhythmus und Ruhe*, bis 28.3.



Aus voller Kehle

Von Eva-Maria Magel

Im Advent. Auf dem Liedzettel steht ein sehr bekannter Text: „Tauet, Himmel, den Gerechten“. Also fröhlich losgeschmettert. Dumm nur, dass das Mitsingen in der Frankfurter Frauenfriedenskirche schnell ausgebremst wurde. Denn der Text mochte genau derselbe sein, den man von Kindesbeinen an gesungen hat – aber die Melodie nicht.

Der Grund: regionale Besonderheiten. Das Bistum Limburg hat dem Lied 1974 eine regionale Fassung verpasst. Zu finden sind solche Extras im „Diözesanteil“ des „Gotteslobs“, des katholischen Gesangbuchs. Dort steht auch „Wäre Gesanges voll unser Mund“ (1999), mit einem Text des einstigen evangelischen Frankfurter Stadionpfarrers Eugen Eckert, Gründungsmitglied der Band Habakuk, die von Frankfurt aus von 1975 an das sogenannte Neue geistliche Lied besonders geprägt hat.

Lieder dieser Stilrichtung waren einst, in beiden großen christlichen Konfessionen, regelrecht revolutionär. Heute sind sie mal ins Standardrepertoire gerutscht, mal Exoten, die kaum jemand singen kann, so selten werden sie für die Gottesdienste ausgesucht. Dann wird der Gemeindegesang, der ohnehin oft schütter ist, weil die Kirchen Mitglieder verlieren und diejenigen, die kommen, nicht mehr beherzt mitsingen, leise und unsicher.

Dass „Wäre Gesanges voll unser Mund“ es im „Gotteslob“ nur in den Regionalteil und nicht in den allgemeinen Teil geschafft hat, hält Meinrad Walter rückblickend für einen Fehler. Das Lied sei doch ungeheuer populär, sagt der Freiburger Theologe und Musikwissenschaftler. Populär ist es jedenfalls bei den Frankfurter Künstlern, Kreativen und Interessierten, die sich zum traditionellen „Aschermittwoch der Künstler“ im Frankfurter Haus am Dom eingefunden haben. Sie singen es kräftig mit, sogar ein bisschen mehrstimmig.

Beweis für eine der vielen Thesen im bunten Aschermittwochsvortrag Walters, der sich den „Musikalischen Tonarten der Verkündigung“ widmete. Das Thema ist trotz schwindender Mitgliederzahlen weiter wichtig: 23 Prozent der Amateurmusiker finden über die Kirchen zur Musik. Chöre und Konzerte der Kirchen sind in manchen Gegenden das einzige kulturelle Angebot. Gleichzeitig sind die großen geistlichen Kompositionen höchst beliebt im Konzertbetrieb jenseits der Kirchen.

Singen aber als Kulturtechnik geht in Schulen wie in der Freizeit verloren. Umso größer die Verantwortung der Kirchenmusik. Den Beweis trat im Aschermittwochsgottesdienst im Dom eine kleine Schola an, die den Gemeindegesang sicher durch die Fährnisse komplizierter Melodien lotste. Ob es solche Hilfe öfter geben sollte? Im Haus am Dom will man nun in Workshops Fragen der Kirchenmusik weiter nachgehen. Wo liegt die Verbindung von Musik und Theologie? Stimmt das oft Augustinus zugeschriebene Diktum, „Wer singt, betet doppelt“? Was bedeutet das für die Profikirchenmusiker, die gern komplexe Werke bieten, aber zugleich den Gemeindegesang neu entfachen sollen? Verstehen sie sich als Seelsorger? Und welche Musik soll überhaupt gesungen werden? Seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil sind „alle Formen wahrer Kunst“ im Gottesdienst möglich. Da gibt es viel zu singen.